

Andrea Löw, Doris L. Bergen und Anna Hájková (Hrsg.)
Alltag im Holocaust

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Band 106**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Redaktion:
Johannes Hürter und Thomas Raitchel

Alltag im Holocaust

Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945

Herausgegeben von

Andrea Löw, Doris L. Bergen und Anna Hájková

Oldenbourg Verlag München 2013

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, D-81671 München
Tel: 089 / 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Titelbild: Essensausgabe im Ghetto Theresienstadt für deportierte niederländische Juden, 20. Januar 1944; United States Holocaust Memorial Museum; Foto: Ivan Vojtech Fric
Einbandgestaltung: Thomas Rein, München, und Daniel Johnson, Hamburg
Satz: Typodata GmbH, Pfaffenhofen a.d. Ilm
Druck und Bindung: Grafik+Druck GmbH, München

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-70948-3
eISBN 978-3-486-73567-3
ISSN 0506-9408

Inhalt

<i>Doris L. Bergen, Anna Hájková, Andrea Löw</i> Warum eine Alltagsgeschichte des Holocaust?	1
<i>Beate Meyer</i> Alltagsgeschichtliche Aspekte der Verfolgung. Funktionäre, Mitarbeiter und Mitglieder der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zur Zeit der Deportationen (1941–1943)	13
<i>Beate Kosmala</i> Überlebensstrategien jüdischer Frauen in Berlin. Flucht vor der Deportation (1941–1943)	29
<i>Richard Lutjens</i> Vom Untertauchen: „U-Boote“ und der Berliner Alltag 1941–1945	49
<i>Maria von der Heydt</i> „Wer fährt denn gerne mit dem Judenstern in der Straßenbahn?“ Die Ambivalenz des „geltungsjüdischen“ Alltags zwischen 1941 und 1945 . .	65
<i>Michaela Raggam-Blesch</i> „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“. Alltag und Verfolgungserfahrungen von Frauen und Männern halbjüdischer Herkunft in Wien 1938–1945.	81
<i>Dieter J. Hecht</i> Jüdische Jugendliche während der Shoah in Wien. Der Freundeskreis von Ilse und Kurt Mezei	99
<i>Mary Fulbrook</i> „Unschuldig schuldig werden“? Systemische Gewalt und die Verfolgung der Juden von Będzin.	117
<i>Benjamin Frommer</i> Verfolgung durch die Presse. Wie Prager Bürokraten und die tschechische Polizei halfen, die Juden des Protektorats zu isolieren	137
<i>Magda Veselská</i> „Sie müssen sich als Jude dessen bewusst sein, welche Opfer zu tragen sind ...“ Handlungsspielräume der jüdischen Kultusgemeinden im Protektorat bis zum Ende der großen Deportationen	151
<i>Lisa Peschel</i> Gegen eine uniforme Definition des Jüdischseins: Drei Kabarets aus dem Ghetto Theresienstadt	167

<i>Anna Hájková</i> Mutmaßungen über deutsche Juden: Alte Menschen aus Deutschland im Theresienstädter Ghetto	179
<i>Silvia Goldbaum Tarabini Fracapane</i> „Wir erfuhren, was es heißt, hungrig zu sein.“ Aspekte des Alltagslebens dänischer Juden in Theresienstadt	199
<i>Maura Hametz</i> „Leben im Blut“ in der schönen Stadt: Juden und Nationalsozialisten in Triest 1943–1945	217
<i>Susanne Heim</i> Widersprüchliche Loyalitäten. Die Reaktionen internationaler jüdischer Hilfsorganisationen auf die Situation der deutschen Juden.	237
Abkürzungen	253
Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes	257
Personenregister	261

Doris L. Bergen, Anna Hájková, Andrea Löw

Warum eine Alltagsgeschichte des Holocaust?

Jahrzehntlang konzentrierte sich die Holocaustforschung auf die dramatischen, die „großen“ Momente: die Entscheidung für den Völkermord, die Rekonstruktion der Tatvorgänge oder die Widerstandsaktivitäten der Opfer. Zwar fanden Aspekte der Sozial- und Alltagsgeschichte durchaus Eingang in die NS-Forschung, doch konnte man sich lange nicht vorstellen, dass solche Ansätze auf die Erforschung des Holocaust übertragen werden könnten. Zu groß erschien die Angst, dadurch die Verfolgungssituation zu trivialisieren, zu dominant die Wahrnehmung, dass es etwas wie „Alltag“ in dieser extremen Situation nicht gegeben haben könne. In den letzten Jahren ist hier eine Wende zu beobachten: Es sei nicht nur möglich, sondern man müsse vielmehr, so inzwischen die Auffassung vieler Forscherinnen und Forscher, die Kontinuitäten, die trotz dieser extremen Brüche vorhanden waren, ja das mitunter Alltägliche im Leben Einzelner und gesellschaftlicher Gruppen erforschen. So wird die Alltagsgeschichte der jüdischen Bevölkerung zu einem integralen Bestandteil der komplexen Geschichte des Holocaust. Die Verfolgten geraten damit nicht als passive Opfer, sondern als handelnde Individuen in den Blick, die selbst versuchen, etwas wie Alltag, eine Normalität in dieser unnormalen Welt, zu organisieren.¹ Sie trafen Entscheidungen, ihr Leben war mitnichten nur ein abstrakter Überlebenskampf, auf den die auf die Täter konzentrierte Historiografie es häufig reduziert hat.²

Es geht in diesem Band also nicht nur um das Sterben der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, sondern gerade auch um ihr Leben seit dem Beginn der systematischen Deportationen im Herbst 1941. Diese markieren nach dem Überfall auf die Sowjetunion und den damit einsetzenden Massenmorden einen weiteren Schritt im Prozess der Vernichtung zunächst bestimmter Gruppen, später potenziell aller Juden. Die meisten Juden, die im Herbst 1941 deportiert wurden, lebten noch eine Zeit lang in osteuropäischen Ghettos – manche von ihnen wurden jedoch bereits 1941 unmittelbar nach ihrer Ankunft in Kaunas oder Riga ermordet. Vielen war anfangs unklar, was die Transporte konkret bedeuteten, eine große Unsicherheit prägte das Leben der Menschen, die seit Herbst 1941 im Schatten der Deportationen lebten. Vieles von dem, was den jüdischen Alltag auch in dieser Phase prägte, war allerdings die Konsequenz der ersten Jahre der NS-Verfolgung in Deutschland: Strukturen waren geschaffen, die wichtigsten der anti-jüdischen Gesetze erlassen, jüdische Zwangsorganisationen ins Leben gerufen worden, die soziale Exklusion, so treffend von Orlando Patterson und Marion Kaplan als „sozialer Tod“ beschrieben,³ war ebenso weit fortgeschritten wie Verschiebungen und Anpassungen

¹ Den Beginn setzten u. a. zwei Monografien von 2006: Alexandra Garbarini, *Numbered Days: Diaries and the Holocaust*, New Haven 2006; Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006. Vgl. auch Renée Poznanski, *Jews in France during World War II*, Hanover 2001 (Original 1994) und Barbara Engelking/Jacek Leociak, *The Warsaw Ghetto: A Guide to the Perished City*, New Haven/London 2009 (Original 2001).

² Elissa Mailänder Koslov in *Forum: Everyday Life in Nazi Germany*, in: *German History* 27 (2009), No. 4, S. 560–579, hier S. 577.

³ Orlando Patterson, *Slavery and Social Death: A Comparative Study*, Cambridge, Mass. 1985; Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany*, New York 1998, S. 5 und 235–239.

innerhalb der Opfergruppe, aus der zunehmend eine Gemeinschaft geworden war. Daher nehmen einige der Autoren in diesem Band auch die Zeit vor Oktober 1941 mit in den Blick.

Juden hatten, dies wurde den Machthabern, aber auch Beobachtern und der jüdischen Bevölkerung selbst, seit dem Sommer 1941 immer klarer, keine Zukunft im deutschen Machtbereich. Sie würden verschwinden, auf welche Art und Weise auch immer. Die Wendung von der „Lösung der Judenfrage“ erfuhr allmählich eine Bedeutungsverschiebung. Anfangs hatte sie zumeist für eine territoriale Lösung durch Vertreibung an die Peripherie oder gänzlich außerhalb des deutschen Herrschaftsbereichs gestanden, doch mit der Ausbreitung der Massenmorde und dem Wissen darüber in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung verbreitete sich ein Gefühl dafür, dass die meisten Juden so gut wie tot waren, dass mit ihnen zumindest nicht mehr gerechnet werden musste. Diese Ahnung machte die „systemische Gewalt“, die *Mary Fullbrook* in ihrem Beitrag beschreibt, erst möglich. Und wie *Magda Veselská* zeigt, führte diese Ahnung dazu, dass beispielsweise Kirchenmänner versuchten, sich Synagogen oder andere Gebäude anzueignen, da Juden in Böhmen und Mähren diese ohnehin nicht mehr lange benötigen würden. Es gab in dieser Perspektive schon bald keine Juden mehr in der Synagoge.

Es geht in diesem Band vor allem um die Frage, wie die jüdische Bevölkerung in dieser extremen Verfolgungssituation reagierte, wie sie ihr Leben gestaltete, wie die Gesellschaft sich veränderte und was von ihren Vorkriegsnormen und -ordnungen erhalten blieb. Wie traten Menschen ihren Verfolgern und auch Nachbarn gegenüber, für die es normal, nahezu eine Routine geworden war, Gewalt auszuüben und von ihr auch zu profitieren? Wann wurde einzelnen Juden, aber auch den Institutionen im und außerhalb des Reichs klar, dass jüdisches Leben in Europa keine Zukunft haben sollte? Die Interpretation der zunehmenden Exklusion und Verfolgung seitens internationaler jüdischer Hilfsorganisationen änderte sich im Laufe des Kriegs, wie *Susanne Heim* zeigt: Sie versuchten zunächst einzugreifen, begannen dann aber resigniert darüber nachzudenken, was es bedeutete, dass es nach Kriegsende keine Juden in Europa mehr geben würde. Sie fingen an, für diese veränderte Zukunft zu planen.

Mit den Methoden und Konzepten, die die Pioniere der Alltagsgeschichte, so etwa Alf Lüdtke,⁴ entwickelt haben, ist es möglich zu analysieren, wie Menschen unter den Bedingungen der Verfolgung und der ständigen Konfrontation mit dem Tod versuchten, ihre Situation zu erfassen und sich insofern anzueignen, als sie ihr Leben neu organisierten und selbst Einfluss auf ihre Lage nahmen. Die Arbeiten Saul Friedländers mit seiner integrativen Geschichte der Judenverfolgung waren wegweisend für die weitere Forschung mit einem Fokus auf die Opfer, deren Handlungsspielräume und wie sie diese nutzten.⁵ Ebenso sind die politischen Dimensionen sowie Machtstrukturen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft besser zu erkennen, so beispielsweise die Spielräume der jüdischen Funktionäre gegenüber der Gestapo, oder wie sich die komplizierten Beziehungen zwischen ökonomischem Kapital (Zugang zu materiellen Ressourcen), Alter und ethnischer Zugehörigkeit etwa in Theresienstadt auf die Machtstrukturen auswirkten.

⁴ Vgl. Alf Lüdtke (Hrsg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a. M. u. a. 1989; ders., *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.

⁵ Vgl. besonders Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Band 1: *Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 1998, Band 2: *Die Jahre der Vernichtung 1939–1945*, München 2006.

„When we examine something in great detail and at close range, do we understand it better?“ – so fasste der Frühneuzeithistoriker Brad Gregory 1999 die zentrale Frage nach der Legitimität der Alltagsgeschichte zusammen.⁶ Der vorliegende Band soll diese Frage mit einem klaren Ja beantworten. Der alltagsgeschichtliche Zugang rückt die Wahrnehmungen, Handlungsspielräume und Reaktionen der Verfolgten, aber auch ihre Interaktion mit der übrigen Bevölkerung ins Zentrum. Wir verstehen Alltagsgeschichte als eine analytische Geschichte von unten, die sich den Mentalitäten und Handlungsweisen, der Kultur und den Interaktionen der einfachen Leute widmet, aber auch die Reaktionen der leitenden Funktionäre erfragt. Der Alltagshistoriker ist immer auch ein historischer Anthropologe, der die vergangene Ära nach ihrer Logik und Handlungsmustern untersucht.⁷ Unsere Alltagsgeschichte der Judenverfolgung bezieht die zentralen Faktoren des Geschlechts, der Klasse und der Generationen sowie des kulturellen und geografischen Hintergrunds in die Analyse ein.

Eine zentrale Perspektive für einen alltagsgeschichtlichen Zugang der Geschichte von Juden im nationalsozialistischen Deutschland ist Gender. In mehreren Publikationen hat vor allem Marion Kaplan Frauen aus dem deutsch-jüdischen Bürgertum untersucht und gezeigt, wie deren Rolle sich unter den neuen Bedingungen radikal änderte und sie in vielen Fällen zu den Ernährern und zum Rückhalt ihrer Familien wurden. Indem sie die Rolle jüdischer Frauen untersucht, analysiert sie zugleich die Beziehungen und Interaktionen zwischen Männern, Frauen und Kindern, zwischen Juden und Nicht-Juden, und damit den „sozialen Tod“ der deutschen Juden in seiner ganzen Bedeutung.⁸ Auf unterschiedliche Art und Weise und in unterschiedlichem Ausmaß nehmen viele Artikel in diesem Band Genderaspekte in den Blick und zeigen, wie sehr Menschen, auch und vor allem unter den Bedingungen extremer Gewalt, nicht nur bloße Individuen sind: Sie sind Jungen und Mädchen, Frauen und Männer, Teile von Paaren, Familien und Gruppen; sie sind von formellen und informellen Definitionen und Erwartungen geprägt.⁹ *Beate Kosmalas* Artikel über die Entscheidung von Frauen, in Berlin in den Untergrund zu gehen, legt nahe, dass das Geschlecht in bestimmten Situationen durchaus einen Unterschied machen konnte.

Makro- und Mikroperspektive werden in diesem Band zusammengeführt. Mehrere Beiträge untersuchen die Entwicklung an einzelnen Orten, aber auch innerhalb kleiner sozialer Gruppen. Doch ist dies stets in einem größeren Zusammenhang zu sehen: *Lisa Peschel* untersucht vordergründig drei Theaterstücke aus Theresienstadt, doch beleuchtet sie damit Zugehörigkeiten und Loyalitäten, sie analysiert Identitäten von Menschen, die in Theresienstadt einzig aufgrund der von den Nationalsozialisten vorgenommenen Definition zusammenleben mussten, und Kontinuitäten zum Leben der Akteure vor dem Krieg.

⁶ Brad Gregory, *Is Small Beautiful? Microhistory and the History of Everyday Life*, in: *History and Theory* 38 (1999), No. 1, S. 100–110, hier S. 100.

⁷ Vgl. auch die Übersicht bei Paul Steege/Andrew Stuart Bergerson/Maureen Healy/Pamela Swett, *The History of Everyday Life: A Second Chapter*, in: *The Journal of Modern History* 80 (2008), No. 2, S. 358–378, hier S. 362 und Elissa Mailänder Koslov/Paul Steege/Dennis Sweeney/Andrew Stuart Bergerson, *Forum: Everyday Life in Nazi Germany*, in: *German History* 27 (2009), No. 4, S. 560–579.

⁸ Kaplan, *Dignity*.

⁹ Vgl. Doris L. Bergen, *What Do Studies of Women, Gender, and Sexuality Contribute to Understanding the Holocaust?*, erscheint in: Myrna Goldenberg/Amy Shapiro (Hrsg.), *Different Horrors, Same Hell*, Seattle 2013; vgl. auch Dagmar Herzog (Hrsg.), *Brutality and Desire: War and Sexuality in Europe's Twentieth Century*, Houndmills, Basingstoke 2009.

Großen Einfluss auf diesen Band haben auch die Arbeiten von *Beate Meyer*. In ihrer Studie über Mischehen und „Mischlinge“ hat sie gezeigt, wie man die Makro- mit der Mikroebene sinnvoll verbinden kann.¹⁰ Meyer stellte dar, wie sich die NS-Verfolgung auf der Kleinstebene der Gesellschaft, der Familie, in Fällen der Mischehen auswirkte: Die „Festung Familie“ hielt oft nicht stand. In ihrer Analyse weit gefächerter Quellengattungen von Vaterschaftsklagen über Abstammungsverfahren und Oral-History-Interviews konnte Meyer die Muster des sozialen Ausschlusses der letzten Juden im Reich – Mischehenpartner und „Mischlinge“ – im Leben konkreter Menschen aufzeigen.

Manche Fragestellungen sind vor allem integrativ gewinnbringend anzuwenden, andere wiederum versprechen mehr Erkenntnis, wenn man Gemeinschaftsdynamiken als solche erkennt und die neu erschaffene „jüdische“¹¹ Gruppe in sich untersucht. Wie die Beiträge im vorliegenden Sammelband zeigen, wurden die als Juden Abgestempelten durch soziale Exklusion und dann vor allem durch ihre Deportationen zu einer Gruppe, die als solche zu untersuchen sinnvoll ist. *Maria von der Heydt* und *Michaela Raggam-Blesch* verdeutlichen in ihren Beiträgen über „Geltungsjuden“ und „Mischlinge“ den konstruierten Charakter der NS-Rassenideologie und wie verwirrend die Definitionsversuche und Unklarheiten im Umgang mit den so klassifizierten Menschen für diese waren. Gerade bei Mischlingen geht es um Menschen, denen, aus der Perspektive der „Endlösung“ her betrachtet, „nichts geschah“: Die meisten haben überlebt.

Sprache, Kultur und Herkunft

„Geltungsjuden“, „Mischlinge“, „Arier“ – die Untersuchung von Gruppen, die von den Nationalsozialisten als „Juden“ ausgegrenzt wurden, bringt immer auch sprachliche Probleme mit sich. Wie kann man über Gruppen schreiben, die sich selbst nie als eine solche verstehen würden und keine eigene Bezeichnung dafür haben? Wir sind in unserer Analyse gezwungen, diese Tätersprache zu nutzen.¹² Doch mit dem hier praktizierten Zugang können wir zugleich herausarbeiten, welche Auswirkungen die Erfahrung der Ausgrenzung auf die Sprache der Verfolgten hatte und mit welchen sprachlichen Mitteln sie wiederum versuchen, diese Erfahrung zu vermitteln.¹³ *Richard Lutjens* widmet seinen Beitrag den Narrativen untergetauchter Juden, erzählt entlang ihrer Erinnerungen detailliert vom Alltag derjenigen, die in der Illegalität überlebt haben. Oftmals muss genau hinter standardisierte Narrative geblickt werden, um das jeweils extrem individuelle Schicksal zu

¹⁰ Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999.

¹¹ Tim Cole hat vorgeschlagen, angesichts der Heterogenität der als Juden Verfolgten, deren einziges vereinigendes Merkmal die NS-Bezeichnung als Juden war, den Begriff in Anführungszeichen zu benutzen: *Holocaust City: The Making of a Jewish Ghetto*, New York 2003, S. 44.

¹² Eine frühe Analyse der NS-Sprache findet sich bei Henry Friedlander, *The Manipulation of Language*, in: Ders./Sybil Milton (Hrsg.), *The Holocaust: Ideology, Bureaucracy, and Genocide*, Millwood 1980, S. 103–113. Vgl. auch Victor Klemperer, *LTI – Lingua Tertii Imperii: Notizbuch eines Philologen*, Berlin 1947 und Thomas Pegelow Kaplan, *The Language of Nazi Genocide: Linguistic Violence and the Struggle of Germans of Jewish Ancestry*, New York 2009.

¹³ Vgl. Andrea Löw, *Die Erfahrung der radikalen Ungleichheit. Vom sprachlichen Umgang mit dem Ghettoleben in Litzmannstadt (Łódź)*, in: Nicole Kramer/Armin Nolzen (Hrsg.), *Ungleichheiten im „Dritten Reich“. Semantiken, Praktiken, Erfahrungen* (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 28), Göttingen 2012, S. 48–68.

erkennen. Hier zeigt sich direkt ein weiteres sprachliches Problem: Wir reden von Juden, die „in der Illegalität“ überlebt haben. Und dies ist auch die Wortwahl derjenigen, die darüber berichten.

Alltagsgeschichte hat einen dezidierten Fokus auf das Politische; sie entdeckt es allerdings in neuen Zusammenhängen. Alltagshistoriker haben darauf hingewiesen, das Politische sei im Alltag jenseits von staatlichen Strukturen zu erkennen. Das Beklagen der ausbleibenden Butterrationen¹⁴ oder eine Denunziation, weil ein Moskauer Fabrikvorsteher 1937 den Kommunismus nicht ernst genug nahm: Beides sind Momente von politischer Aktivität und politischem Verständnis von Alltag.¹⁵ Alltägliche politische Handlungen können sowohl Subversionen der Staatsmacht als auch Komplizenschaft mit ihr bedeuten, wie *Benjamin Frommer* in seinem Artikel zeigt. Was könnte politischer sein als die Anschuldigung in einer Zeitung, dass der Hundezüchter-Verband von Louny im Protektorat Böhmen und Mähren in einem Schaukasten ein Foto zeige, auf dem auch der Hund eines Juden zu sehen sei?

Von Anfang an standen auch kulturelle Fragen im Fokus alltagshistorischer Betrachtungen. Wir können Kulturen vergangener Zeiten erforschen, indem wir die vielen kleinen, selbstverständlich erscheinenden Gesten und Interaktionen und auch bekannte Quellen gegen den Strich lesen, eben nicht als Selbstverständlichkeit ansehen. So untersucht *Dieter Hecht* das Alltagsleben der Zwillinge Ilse und Kurt Mezei und ihres Freundeskreises in Wien und diskutiert Fragen nach Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Liebe und Religion. *Anna Hájková* analysiert die Sichtweise und Kultur der alten, ehemals bürgerlichen städtischen deutschen Juden, die geradezu idealtypische Repräsentanten dessen waren, was uns als deutsches Bürgertum des wilhelminischen Deutschlands und der Weimarer Republik bekannt ist.

Sprache, Kultur, Herkunft – all dies ist direkt verbunden mit der räumlichen Dimension des Holocaust. Zunächst: Es machte einen Unterschied, von wo aus jemand wohin deportiert wurde. Manche Transporte deutscher Juden wurden seit dem Herbst 1941 an Orte geleitet, wo die Menschen direkt nach ihrer Ankunft ermordet wurden. Andere Deportierte wiederum kamen in Ghettos, wo sie zumindest eine Weile leben, manche gar überleben konnten. In den Ghettos, in denen deportierte Juden nicht sofort ermordet wurden, war die kulturelle und ethnische Herkunft bedeutsam für die Stellung innerhalb der Gesellschaft. So verdeutlichen die Beiträge von *Anna Hájková* und *Silvia Goldbaum Tarabini Fracapanè*, dass Sprache, Ethnizität und kulturelle Zugehörigkeit dominante Faktoren innerhalb der Zwangsgemeinschaft darstellten.

Dieser Sammelband widmet sich den Entwicklungen im Großdeutschen Reich und damit einem enorm großen Raum, der sich im Laufe der Zeit durch Annexionen noch vergrößerte. Alltagsgeschichte verdeutlicht die zentrale Bedeutung von Orten, besonders für diejenigen, die nirgends mehr einen solchen hatten. Deportierte Juden verloren ihre Heimat, sie wurden an einen ihnen fremden Ort gebracht, an dem sie sich ein zumindest temporäres Leben organisieren mussten.¹⁶ Für diejenigen Juden, die dieser Deportation

¹⁴ Belinda J. Davis, *Home Fires Burning: Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin*, Chapel Hill u. a. 2000. Vgl. in unserem Zusammenhang auch dies./Thomas Lindenberger/Michael Wildt (Hrsg.), *Alltag, Erfahrung, Eigensinn. Historisch-anthropologische Erkundungen*, Frankfurt a. M. u. a. 2008.

¹⁵ Sheila Fitzpatrick, *Signals from Below: Soviet Letters of Denunciation of the 1930s*, in: *The Journal of Modern History* 68 (1996), No. 4, S. 831–866.

¹⁶ Vgl. auch Tim Cole, *Traces of the Holocaust: Journeying in and out of the Ghettos*, London 2011.

dadurch entgehen wollten, dass sie untertauchten, gab es ebenfalls keinen Platz mehr. *Richard Lutjens* und *Beate Kosmala* zeigen in ihren Beiträgen, was es hieß, von Ort zu Ort wandern zu müssen, um nicht entdeckt zu werden. Die untergetauchten Juden wollten der Deportation – was im Laufe der Zeit häufig einen Euphemismus für Mord darstellte – entgehen, doch dachten dann viele von ihnen in ihrer Verzweiflung darüber nach, sich selbst das Leben zu nehmen.

Maura Hametz widmet ihren Beitrag der Hafenstadt Triest, die seit September 1943 in der deutschen Operationszone Adriatisches Küstenland dem berüchtigten Odilo Globocnik unterstand, der zuvor in Lublin für die Organisation und Durchführung der „Aktion Reinhardt“ verantwortlich gewesen war. Hametz beginnt ihre Analyse der dortigen Entwicklung mit einem Gedicht eines italienischen Juden aus Triest, dem Dichter Umberto Saba, aus dem Jahr 1944, das die Bedeutung von Heimat und deren Verlust noch einmal unterstreicht: „Ich hatte eine schöne Stadt zwischen den felsigen Bergen und dem leuchtenden Meer [... Sie] haben mir alles genommen [...].“¹⁷

Amos Goldberg hat auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die mit einer inflationären Einbeziehung und damit Popularisierung der Opferstimme einhergehen könne, nämlich dass sie im Leser und Zuhörer potenziell eine melodramatische Ästhetik erzeuge.¹⁸ Hieraus ergibt sich die zentrale Notwendigkeit, an die Stelle bloßer Betroffenheit im Wissen um das Schicksal der jüdischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs eine genaue Analyse treten zu lassen. Der Gefahr einer Sentimentalisierung kann auch die Untersuchung marginalisierter Opfer entgegenwirken. Indem wir die Exklusionsmechanismen innerhalb der verfolgten Gesellschaft untersuchen, so etwa im Fall von jüdischen Frauen, die sich mit sexuellem Austausch vor dem Verhungern zu schützen versuchten,¹⁹ Bettlern, „Geltungsjuden“ und „Mischlingen“, die sich bemühten, ihre Abstammung zu verschleiern. All diese Menschen sind Teil der Geschichte des Holocaust und bieten sich sicherlich nicht für ein melodramatisches Narrativ an. Der Eigensinn der doppelt – rassistisch und sozial – Stigmatisierten, ihr Streben nach Autonomie, ihre Bemühungen, an Ressourcen zu gelangen, um eine Rückkehr in eine normale Gesellschaft, die doch längst nicht mehr normal ist, erklärt ebenso viel über die Marginalisierten wie auch über die Normen der sie ausschließenden Gesellschaft.

Zwei Forscher haben demonstriert, wie es die Analyse schärfen und Sentimentalitäten vermeiden helfen kann, wenn marginalisierte Gruppen in den Fokus rücken. Barbara Engelking und Jan Grabowski analysieren die „Kriminellen“ im Warschauer Ghetto, es geht um Prostitution, Schwarzmarkthandel, Fälschung und Diebstahl.²⁰ Engelkings und

¹⁷ Siehe S. 217 in diesem Band.

¹⁸ Amos Goldberg, *The Victim's Voice and Melodramatic Aesthetics in History*, in: *History and Theory* 48 (2009), No. 3, S. 220–237.

¹⁹ Zur sprachlichen Problematik, ob man im Fall von Ghettos und Konzentrationslagern von Prostitution sprechen kann oder andere Konzepte und Begrifflichkeiten finden sollte, vgl. Anna Hájková, *Sexual Barter in Times of Genocide: Negotiating the Sexual Economy of the Theresienstadt Ghetto*, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 38 (Spring 2013), No. 3, S. 503–533.

²⁰ Barbara Engelking/Jan Grabowski, *„Żydów łamiących prawo należy karać śmiercią!“*. „Przestępczość“ Żydów w Warszawie 1939–1942, Warszawa 2010. Folgende zwei Studien haben sich dieses Themas schon eher angenommen, sind aber methodologisch nicht alltagsgeschichtlich ausgerichtet und konzentrieren sich nicht nur auf die Opferperpektive: Christa Schikorra, *Kontinuitäten der Ausgrenzung. „Asoziale“ Häftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück*, Berlin 2001 und Robert Sommer, *Das KZ-Bordell. Sexuelle Zwangsarbeit in nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Paderborn 2009.

Grabowskis Buch ist umso wichtiger, als es mit dem gewohnten Narrativ über „unschuldige“ Opfer und somit mit alten Annahmen und Stereotypen über die Homogenität der Opfergruppe bricht. Wenn man sich der Perspektive der sonst als „unwürdig“ abgestempelten Akteure zuwendet, kann man eine wesentlich breitere Auffächerung innerhalb der Opfergruppe, ihre unterschiedlichen Handlungsoptionen und wie sie diese aktiv nutzen, erkennen.

Quellen

Die Quellen zur Untersuchung des Alltags sind zugleich überall und nirgends. Wie *Beate Kosmala* es in ihrem Beitrag beschreibt, nutzt sie „diverse Textsorten, die mit unterschiedlichem zeitlichen Abstand zum Geschehen entstanden“. Dies klingt banal, ist es aber mitnichten. Die Aufsätze in diesem Sammelband stützen sich auf eine Vielzahl persönlicher Quellen wie Interviews, Tagebücher, Briefe, veröffentlichte und unveröffentlichte Erinnerungsberichte und Memoiren. Der Umgang mit Oral History, die lange ein zentrales Instrument der deutschen Alltagsgeschichte war, kennzeichnet einen weiteren Einschnitt, der sich in unserem Band widerspiegelt. Da es inzwischen immer weniger Zeitzeugen gibt, sind selbst durchgeführte Interviews auch bei unseren Autoren nur noch selten – *Lisa Peshel* oder *Silvia Goldbaum Tarabini Fracapane* sind hier zu nennen. Die Interviews anderer, früherer Projekte werden so zum Text. Doch auch Quellen, die man nicht sofort mit Alltagsgeschichte assoziieren würde, bilden die Grundlage der Beiträge: offizielle Regierungsdokumente, Zeitungen, Akten verschiedener Organisationen. Von besonderer Bedeutung sind die Dokumente jüdischer Organisationen, sowohl innerhalb des Großdeutschen Reichs, die zeigen, wie deren Vertreter versuchten, jüdisches Leben zu organisieren, als auch international, besonders jene des American Jewish Joint Distribution Committee und des Jüdischen Weltkongresses.²¹

Der große Holocaustforscher Raul Hilberg hat seine Forschungsmethode auf eine Art und Weise beschrieben, die jedem Alltagshistoriker bekannt vorkommen dürfte. Ein Forscher, so betonte er, müsse überall hinschauen: „You cannot skip anything; you cannot omit any place or organization.“²² Hilberg hat die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie wichtig Tagebücher aus den Ghettos als Quelle sind,²³ und beispielsweise darauf, dass Ironie unter Juden weitverbreitet war, „und sie verschwand nicht einmal in der Stunde der Vernichtung“.²⁴ Er drängte Forscher dazu, neue Bereiche zu erkunden und sich auch tabuisierten Themen zuzuwenden. Er bestand darauf, dass Forscher auch die schwierigen

²¹ In der Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1945“ (VEJ), hrsg. im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und des Lehrstuhls für Geschichte Ostmitteleuropas an der Freien Universität Berlin von Susanne Heim, Ulrich Herbert u. a., München 2008ff., wird versucht, ein derart breites Quellenspektrum zu präsentieren.

²² Raul Hilberg, *The Development of Holocaust Research – A Personal Overview*, in: David Bankier/Dan Michman (Hrsg.), *Holocaust Historiography in Context: Emergence, Challenges, Polemics, and Achievements*, Jerusalem/New York 2008, S. 25–36, Zitat S. 29.

²³ Raul Hilberg/Stanislaw Staron/Joseph Kermish (Hrsg.), *The Warsaw Diary of Adam Czerniakow: Prelude to Doom*, New York 1979.

²⁴ Raul Hilberg, *Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren*, Frankfurt a. M. 2002, S. 151.

Fragen stellen müssen und dass wir nach den Antworten in allen Quellen suchen müssen, die wir finden können.²⁵ Hilbergs Zusammenfassung dieser Antworten enthält eine zentrale Einsicht auch in den vorliegenden Band: „Überall, wo ich hinsah, tauchte die Sehnsucht nach dem Vertrauen, dem Gewohnten, dem Normalen als Leitmotiv auf.“ Menschen wollten, so Hilberg, „in ihren alltäglichen Gewohnheiten Stabilität und besonders das innere Gleichgewicht wahren. Ob nun Täter, Opfer oder Zuschauer: Sie alle wollten ihre Stetigkeit und Fassung bewahren.“²⁶

Die Wurzeln einer Alltagsgeschichte des Holocaust gehen jedoch noch viel weiter zurück, sie liegen bei den zeitgenössischen Beobachtern, Chronisten und Interpreten. Emanuel Ringelblum und seine Mitstreiter sind einen solchen Weg bereits im Warschauer Ghetto gegangen. Die Gruppe „Oneg Schabbat“ hat Fragen gestellt und Themen bearbeitet, für deren Entwicklung die Historiografie nach dem Krieg lange gebraucht hat. „Oneg Schabbat“ bemühte sich um eine sachliche Analyse gerade der komplizierten Themen – die Prinzipien der Dokumentensuche und der Darstellung bezeichnete Ringelblum als „Allseitigkeit“ und „Objektivität“²⁷ –, wie den innerjüdischen Konflikten, der Handlungsweise der Judenräte und Mitglieder des Ordnungsdienstes, aber auch von Bettlern und Dieben. Die Mitarbeiter haben beispielsweise Frauen, die im Ghetto als Prostituierte ihren Unterhalt verdienten, interviewt, was ein ganz neues Licht auf die Frage nach der Legitimität solcher Themen wirft. Im Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos wurden Dokumente zur Erforschung nahezu sämtlicher Aspekte des Lebens und Sterbens der polnischen Juden gesammelt und produziert. Ringelblum und seine Kollegen strebten eine große Gesamtdarstellung der Geschichte der polnischen Juden während des Kriegs mit vielfältigsten Themen an; es sollte auch eine Sozialgeschichte des Ghettos entstehen. Aber nicht nur das: Ringelblum und sein Team waren darüber hinaus an den Interaktionen zwischen Juden und Nichtjuden interessiert, sie verstanden also die jüdische Geschichte als Bestandteil einer breiteren Sozialgeschichte.

Die Beiträge

Die Aufsätze sind so angeordnet, dass sie in geografischer Hinsicht die territoriale Expansion des nationalsozialistischen Deutschlands widerspiegeln, und damit die Erweiterung der Judenverfolgung und die globale Dimension des Holocaust. Von Berlin und dem „Altreich“ wird der Blick auf Österreich geweitet, dann auf die Gebiete, die nach der Einverleibung der Tschechoslowakei, dann nach dem Angriff auf Polen, der Invasion in Däne-

²⁵ Hilberg, *Development*, S. 35.

²⁶ Raul Hilberg, *Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers*, Frankfurt a. M. 1994, S. 165. Vgl. auch ders., *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1996.

²⁷ Emanuel Ringelblum, *Kronika getta warszawskiego wrzesień 1939 – styczeń 1943*, hrsg. von Artur Eisenbach und Adam Rutkowski, Warszawa 1983, S. 479. Zu Ringelblum vgl. Samuel D. Kassow, *Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos*, Reinbek bei Hamburg 2010; Ruta Sakowska, *Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer*, Berlin 1993. Ähnlich breit ist auch das Themenspektrum der Lodzer Ghettochronik, wenn auch die Darstellungsweise eine ganz andere ist; vgl. Sascha Feuchert/Erwin Leibfried/Jörg Riecke (Hrsg.), *Die Chronik des Ghettos Litzmannstadt/Lodz*, 5 Bände, Göttingen 2007. Zu Wilna vgl. Herman Kruk, *The Last Days of the Jerusalem of Lithuania: Chronicles from the Vilna Ghetto and the Camps, 1939–44*, hrsg. von Benjamin Harshav, New Haven 2002.

mark und dem Fall Mussolinis in den deutschen Machtbereich gelangten. Das letzte Kapitel nimmt die weiteste Perspektive ein, indem es internationale jüdische Hilfsorganisationen untersucht.

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war ebenso wie die Israelitische Kultusgemeinde in Wien und die Jüdische Kultusgemeinde in Prag gezwungen, an der Organisation der Deportation von Juden aus dem Reich mitzuwirken. *Beate Meyer* untersucht, wie sich der „Dienstalltag“ ihrer Mitarbeiter gestaltete und welchen Änderungen er mit dem Beginn der Deportationen unterlag. Sie geht aber auch der Frage nach, wie sie die deutschen Anordnungen umsetzten und wie darauf die jüdische Bevölkerung reagierte. Die Mitarbeiter der Reichsvereinigung handelten, so *Beate Meyer*, gemäß der traditionellen Verwaltung, die ihnen aus der Weimarer Zeit vertraut war, und hofften, ihr Gegenüber fühle sich derartigen Regeln auch verpflichtet. Indem die Funktionäre deutsche Anordnungen umsetzten und damit auch die Deportationen mit organisierten, entstand eine tiefe Kluft zwischen ihnen und großen Teilen der jüdischen Bevölkerung.

Manche Juden widersetzten sich den Anordnungen, die sie mittels der Reichsvereinigung erreichten. Ungefähr 1 700 Jüdinnen und Juden überlebten in Berlin im Versteck oder unter Annahme einer falschen Identität. Zwei Aufsätze widmen sich diesen untergetauchten Juden. *Beate Kosmala* analysiert die Bedeutung des Schritts in die Illegalität mit dem Schwerpunkt auf der Lage jüdischer Frauen. Ausgehend von den Selbstzeugnissen überlebender Frauen, zeichnet sie die Entschlussbildung der Jüdinnen nach und wie sie damit gezwungen waren, alles hinter sich zu lassen, was ihr bisheriges Leben, ihre soziale Existenz, ausgemacht hatte. Diese Erfahrung hatte auch Auswirkungen auf die Sprache der Menschen. *Richard Lutjens* widmet seinen Beitrag den Narrativen Überlebender, erzählt entlang ihrer Erinnerungen detailliert vom Alltag der untergetauchten Juden, von der Notwendigkeit, immer wieder das Versteck zu wechseln, und von Konflikten mit den Helfern.

Andere mussten nicht untertauchen, um der Deportation zu entgehen, konnten sich jedoch nie sicher sein, ob ihr Verbleib im Reich nur ein temporärer sein würde. Über das Schicksal der „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“ waren sich auch die deutschen Machthaber nicht einig. *Maria von der Heydt* und *Michaela Raggam-Blesch* zeigen, wie stark das Leben der so klassifizierten Menschen von ständiger Angst und Ungewissheit geprägt war. Zudem saßen die „Geltungsjuden“ und „Mischlinge“ zwischen allen Stühlen, durften nicht „Arier“ sein, doch zur jüdischen Gemeinschaft gehörten sie auch nicht und wurden hier häufig nicht akzeptiert. Beide Autorinnen stellen die Biografien von „Geltungsjuden“ und, so *Raggam-Blesch* am Beispiel der Stadt Wien, sowohl von diesen als auch von „Mischlingen“ ins Zentrum. Aus deren Erinnerungen wird die Widersprüchlichkeit der Erfahrungen und der komplizierte Alltag sehr deutlich.

Eine dichte Untersuchung eines jungen Freundeskreises von jüdischen Wienern präsentiert *Dieter Hecht*. Am Beispiel von Ilse und Kurt Mezei, deren Tagebücher überliefert sind und als Quelle im Zentrum des Beitrags stehen, und ihrer Freunde untersucht er das Leben von jüdischen Jugendlichen unter dem NS-Regime. Diese entwickelten besondere Strategien, um sich einen Alltag zu schaffen, Strategien, die einen Balanceakt zwischen altersbedingten Bedürfnissen und der durch die Verfolgung geprägten Situation bedeuteten. Dinge, die im Leben Jugendlicher auch in anderen Zeiten von Bedeutung sind, wurden in den Verfolgungsalltag integriert. So spielten Liebe und Freundschaft auch in der Gefahrensituation eine zentrale Rolle.

Mary Fulbrook analysiert das Leben der Juden im ostoberschlesischen Będzin (Bendzin) und die Intentionen und Handlungsweisen der Deutschen vor Ort, der Ausführenden der Besatzungs- und Verfolgungspolitik. Sie zeigt auf, dass unter der Ebene der offensichtlichen Täter, die direkte Gewalt ausübten, eine Machtstruktur existierte, von der die jüdische Bevölkerung gar nicht viel mitbekam, die sie aber ganz unmittelbar betraf. Fulbrook konzentriert sich auf die Jahre der Ghettoisierung und stößt auf ein Problem, das für den gesamten Band zentral ist: In den Erinnerungen Überlebender nehmen traumatische, brutale Ereignisse zumeist einen großen Raum ein, weniger werden die langen Phasen zwischen den Gewaltaktionen, also das alltägliche Leben unter der Verfolgung, thematisiert.

Die böhmischen und mährischen Juden, die im März 1939 unter deutsche Herrschaft gerieten, waren in hohem Maße assimiliert. Die antijüdische Gesetzgebung, die diese Gemeinschaft rasch ebenso stark ausgrenzte wie diejenige im „Altreich“ und in Österreich, ist gut erforscht. Wie diese jedoch rezipiert wurde und wie die Praxis der Isolierung im Protektorat Böhmen und Mähren aussah, untersucht *Benjamin Frommer*. Tschechische Offizielle von den Ministerien bis hinunter auf die lokale Ebene spielten eine große Rolle bei der Errichtung des „Ghettos ohne Mauern“. Frommer wertet tschechische Zeitungen aus, in denen immer wieder Denunziationsbriefe gedruckt wurden. Das tschechische Innenministerium ging derartigen Anschuldigungen stets nach. Jeder dieser Briefe und Artikel trug zum „sozialen Tod“ der Juden im Protektorat bei.

Jüdische Gemeinden im Protektorat mussten ebenso wie die Reichsvereinigung das Leben unter der Verfolgung organisieren, aber auch bei der Umsetzung deutscher und tschechischer Anordnungen, also bei der eigenen Ausgrenzung und später der Deportation nach Theresienstadt mitwirken. *Magda Veselská* zeigt das Lavieren der Gemeinden zwischen den jeweiligen Mitgliedern, den deutschen Stellen vor Ort und der Kultusgemeinde in Prag, die der Prager Zentralstelle für jüdische Auswanderung verantwortlich war und keine andere Chance sah, als den Druck nach unten weiterzugeben. Veselská verdeutlicht, wie kompliziert es für die Mitarbeiter der Gemeinden war, das Leben im Protektorat zu organisieren, einen Alltag zu erhalten, ohne dabei zu sehr ins Zentrum der Kritik zu geraten.

Die meisten tschechischen Juden wurden über kurz oder lang nach Theresienstadt verschleppt, während es aus Deutschland und Österreich sowie anderen Ländern Ausnahmegruppen waren, die hierher kamen. Aus dem Deutschen Reich wurden neben Funktionären der Reichsvereinigung vor allem ältere Menschen nach Theresienstadt deportiert. *Anna Hájková* analysiert die Rolle dieser älteren deutschen Juden im Ghetto. Diejenigen, die nicht weiter deportiert wurden oder im Ghetto starben, versuchten, ihren Platz in der Ghettogesellschaft zu finden, und interessierten sich trotz des Altersnachteils und der kulturellen Unterschiede rege für ihre neue Umgebung. Gleichzeitig hielten sie weiter an ihren kulturellen Codes als deutsche Bürgerliche fest. Obwohl alte deutsche Juden im Ghetto mit den ungünstigsten Voraussetzungen konfrontiert waren, erwiesen sie sich, so Hájková, als erstaunlich anpassungsfähig, offen und neugierig.

Silvia Goldbaum Tarabini Fracapanè widmet sich den dänischen Juden in Theresienstadt. Diese tauchen in den Narrativen anderer Häftlinge stets als privilegierte, durch Pakete aus der Heimat gut versorgte Gruppe auf. In der Tat überlebten fast 90 Prozent der dänischen Juden. In ihrer Untersuchung der Erinnerungen Überlebender kann die Autorin jedoch zeigen, in welchem hohem Maße dänische Juden hungerten, litten und erkrankten. Die Selbstzeugnisse sind voller Beschreibungen von extremem Hunger, was noch einmal

mehr verdeutlicht, wie schwierig die Lebensbedingungen insgesamt in diesem angeblich privilegierten Ghetto waren.

Die Menschen in Theresienstadt entwickelten ein reges kulturelles Leben, das immer ein Produkt des sozialen, ethnischen, politischen und kulturellen Hintergrunds war. *Lisa Peschel* konzentriert sich vor allem auf die letzten drei Aspekte und zeigt in ihrer Analyse von drei Theaterstücken aus Theresienstadt, in welchem hohem Maße diese als Narrative fungierten, die eine Kontinuität zur Vorkriegsidentität der Autoren und Mitwirkenden darstellten und ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft – einer Gemeinschaft, die nicht von den Nationalsozialisten nach rassistischen Kriterien festgelegt worden war.

Maura Hametz richtet den Blick in eine ganz andere Region, auf Triest. Da die Geschichte von Juden in Triest nur wenigen Spezialisten bekannt ist, berichtet Hametz in ihrem Aufsatz sowohl über die Vorgeschichte als auch vom jüdischen Leben unter deutscher Besatzung; und damit auch vom Sterben, kulminierten Globocniks Aktivitäten doch in der Errichtung des Lagers Risiera di San Sabba, dem einzigen Lager mit Krematorien auf italienischem Boden.

Die Juden unter deutscher Besatzung hofften auf Hilfe von außen. Am Ende des Bandes schlägt *Susanne Heim* den Bogen in die freie Welt, stellt die Reaktionen und Rettungsversuche jüdischer Organisationen außerhalb des deutschen Machtbereichs dar. Letztlich geriet auch die Politik dieser internationalen Organisationen in eine Sackgasse, auch ihnen blieben kaum Optionen. Und so spiegelt sich in den Bemühungen dieser Organisationen die ausweglose Lage der jüdischen Repräsentanten im Deutschen Reich wider.

Dank

Dieser Band präsentiert die Ergebnisse eines von der University of Toronto und dem Institut für Zeitgeschichte organisierten Workshops, der im November 2010 in Berlin stattfand. Er knüpfte an den Workshop „Jüdische Perspektiven auf die Jahre der ‚forcierten Auswanderung‘ bis zur Ghettoisierung und Deportation der Juden aus dem Deutschen Reich (1938/39 bis 1941)“ an, den Beate Meyer, Susanne Heim und Anna Hájková im Mai 2009 in Hamburg veranstaltet hatten.²⁸

An den spannenden und fruchtbaren Diskussionen in Berlin haben sich neben den Autorinnen und Autoren Y. Michal Bodemann, Christoph Dieckmann, Imke Hansen, Marion Kaplan, Monika Richarz, Mark Roseman, Peter Schöttler, Stefanie Schüler-Springorum, Martina Voigt und Nancy Wingfield als Kommentatoren beteiligt.²⁹ Dafür möchten wir ihnen sehr herzlich danken, manch wertvoller Gedanke in den Aufsätzen geht auf sie zurück.

Der Workshop fand in der Berliner Abteilung der University of Toronto statt. Dafür und für ihre große Hilfe vor, während und nach der Veranstaltung sind wir Y. Michal Bodemann, Tim Kremser und Anika Schulz sehr dankbar.

Der Workshop wurde großzügig gesponsert von der Fondation pour la Mémoire de la Shoah, der Gerda Henkel Stiftung, der Axel Springer Stiftung und dem Institut für die

²⁸ Die Tagungsbeiträge sind veröffentlicht in Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010.

²⁹ Ein Protokoll des Workshops ist zu finden bei: H-Soz-u-Kult, 13.04.2011, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3613>>.

Geschichte der deutschen Juden. Für diese Unterstützung, die das ganze Unternehmen erst möglich gemacht hat, danken wir sehr herzlich.

Für die Finanzierung der Übersetzungen danken wir dem Institut für Zeitgeschichte München – Berlin und dem Chancellor Rose and Ray Wolfe Chair in Holocaust Studies der University of Toronto. Den Herausgebern der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind wir zu Dank für die Aufnahme in die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte verpflichtet, außerdem danken wir den Redakteuren der Reihe, Johannes Hürter und Jürgen Zarusky, für ihre vielfältige Hilfe sowie Angelika Reizle für ihre Unterstützung dabei, das Manuskript auch formal in einen ansprechenden Zustand zu bringen; außerdem haben Katja Klee und Stefan Messingschlager das gesamte Manuskript sorgfältig korrigiert. Die Übersetzungen aus dem Englischen stammen von Hermann Graml und Pascal Trees.

Beate Meyer

Alltagsgeschichtliche Aspekte der Verfolgung

Funktionäre, Mitarbeiter und Mitglieder der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zur Zeit der Deportationen (1941-1943)

Alltagsgeschichte konzentriert sich – so die klassische Definition – auf Routinen und Gleichförmigkeiten, die bestimmte Personengruppen im Laufe der Zeit während ihres Arbeits- und sonstigen Lebens entwickeln. Eine zweite Sichtweise bezeichnet mit „Alltag“ jene vielfältige Praxis, in der die Menschen ihre Situation wahrnehmen und sich „aneignen“, also eine Perspektive auf das Geschehen. Die Alltäglichkeit in diesem Sinne beschreibt Alf Lüdtke als „Arena, in der Mitmachen und Zustimmung, aber auch eigenständige Distanz, Ausweichen und womöglich Widerstehen kreierte und praktiziert werden“.¹ Geht es um die deutsch-jüdischen Funktionäre, ihre Mitarbeiter und die von ihnen abhängigen Mitglieder der Reichsvereinigung, so bietet es sich aus meiner Sicht an, mit beiden Begriffsdefinitionen zu arbeiten: Während die meisten deutschen Juden angesichts der Dynamik der NS-Judenpolitik ab 1941 Routinen und Gleichförmigkeiten gar nicht erst entwickeln konnten, sondern in der einzig wiederkehrenden Gewissheit von immer neuer Unsicherheit und Unberechenbarkeit leben mussten, brachten ihre Funktionäre und die leitenden Mitarbeiter der Organisation solche durchaus aus der Vor-NS-Zeit mit, wenngleich sie diese an die stark veränderten Verhältnisse anpassen mussten. Denn hinter den Akademikern, die in größeren Institutionen oder als höhere Beamte im Staatsdienst gewirkt hatten und nun die neue Reichsvereinigung gestalteten, lag eine Berufspraxis in Verwaltungsapparaten, die ihre Berufsausübung nachhaltig beeinflusst hatte und an der sie auch unter den neuen Rahmenbedingungen festhielten. Nach dem Vorbild preußischen Verwaltungshandelns mit seinen Hierarchien, Abteilungen und Dienstwegen, Dienstvorschriften, dem Bemühen um Transparenz und sachorientierten Entscheidungen unabhängig von Personen, kurz: nach den erworbenen Verhaltensweisen und Regeln formten sie den Verwaltungsapparat der jüdischen Organisation.

Ausgehend von beiden Definitionen der Alltagsgeschichte will ich untersuchen, wie die in die Arbeit der Reichsvereinigung eingebrachten Routinen und Gleichförmigkeiten die Perspektiven beeinflussten, unter denen die jüdischen Beteiligten (Funktionäre, Mitarbeiter und Mitglieder der Reichsvereinigung) einander betrachteten, und dabei primär drei Aspekte in den Blick nehmen: Erstens wie gestalteten und organisierten die Funktionäre der Reichsvereinigung, der alle deutschen „Volljuden“ (ausgenommen die in Mischehen) angehören mussten, mit ihren Aktivitäten und den auf Anweisung der örtlichen Gestapostellen weitergegebenen Ge- und Verboten das tägliche Leben ihrer Zwangsmitglieder? Um welche Anordnungen handelte es sich? Zweitens stellte die Organisation selbst einen kleinen Kosmos für die ca. 6 000 dort erwerbstätigen Juden dar, sei es in der Berliner Zentrale, den Bezirksstellen oder den vielen angeschlossenen Einrichtungen. Welchen Veränderungen unterlag deren (Arbeits-)Alltag dort? Drittens mussten die Zwangsmitglieder (wie auch diejenigen Juden, die nicht zum Beitritt gezwungen waren) der Organisation auf die Anordnungen reagieren. Befolgt sie diese oder entzogen sie sich ihnen, wenn

¹ Vgl. Alf Lüdtke, *Alltagsgeschichte*, in: *Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*, hrsg. von Stefan Jordan, Stuttgart 2002, S. 22f.

sie unzumutbar oder gar lebensbedrohlich schienen? Und welche Konflikte ergaben sich daraus? Und schließlich – alle drei Aspekte betrachtet – wie entwickelte sich das Verhältnis der beteiligten Gruppen zueinander?

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war am 4. Juli 1939 gegründet worden.² Der NS-Staat schuf sich damit einen Vermittler seiner antijüdischen Maßnahmen und Ansprechpartner für die neue Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Die deutsch-jüdischen Repräsentanten ihrerseits strebten nach Ersatz für die alte Interessenvertretung, die Reichsvertretung der Juden in Deutschland, die 1938 handlungs- und vor allem zahlungsunfähig geworden war. So lag die Existenz der Reichsvereinigung im beiderseitigen Interesse, und die staatlicherseits zugewiesenen Aufgaben deckten sich mit den inhaltlichen Schwerpunkten, die sich die jüdischen Funktionäre gesetzt hatten: primär die Förderung der Massenauswanderung, außerdem die Zuständigkeit für Schule, Ausbildung und Wohlfahrt. Allerdings unterstand die neue Organisation dem Ende September 1939 gegründeten Reichssicherheitshauptamt (RSHA) als „aufsichtsführender“ oder „vorgesetzter Behörde“ direkt, kleinere jüdische Gemeinden und sonstige Gruppierungen wurden eingegliedert und ihr Vermögen übertragen. 14 größere Kultusvereinigungen³ durften als Zweigstellen weiterexistieren, weitere 17 Bezirksstellen wurden reichsweit geschaffen. Die Reichsvereinigung – bzw. ihre jeweilige regionale Stelle – übernahm die Trägerschaft aller Schulen, Anstalten, Krankenhäuser, Heime usw., und die deutsch-jüdischen Funktionäre, die bereits die Vorgängerorganisation geleitet hatten, amtierten weiter: Leo Baeck, Otto Hirsch, Paul Eppstein oder Julius Seligsohn, um nur einige zu nennen, und als Abteilungsleiterinnen etliche Frauen wie Cora Berliner, Paula Fürst oder Hannah Karminski.⁴

Bereits 1939/40 hatten frühe Deportationen (Stettin, Schneidemühl, Baden/Pfalz, Wien) die deutschen Juden und ihre Repräsentanten in höchste Alarmbereitschaft versetzt.⁵ Doch ihre Funktionäre hatten von den Transporten erst im Nachhinein erfahren, konnten sie nicht beeinflussen oder gar verhindern. Schlimmer noch: Das RSHA hatte eine Grundsatzentscheidung getroffen, an der es auch später festhielt: Die Reichsvereinigung durfte nicht an den Zielgebieten für Deportierte tätig werden. Im September 1941 befahl Hitler, mit den Transporten zu beginnen, auf die verschiedene Gauleiter seit langem gedrängt hatten. Auf seinen Wunsch hin ordnete Himmler an, die Juden des „Altreichs“ und des Protektorats als „erste Stufe“ in die bis dahin besetzten Ostge-

² Reichsgesetzblatt I (1939), 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, S. 1097. Vgl. ausführlicher hierzu Beate Meyer, *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939-1945)*, Göttingen 2011.

³ Diese Kultusvereinigungen wurden im Laufe des Jahres 1942 aufgelöst und gingen in den Bezirksstellen auf, als letzte die Berliner Kultusgemeinde am 29. 1. 1943.

⁴ Vgl. Esiel Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime*, Tübingen 1994; Gudrun Maierhof, *Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933-1943*, Frankfurt a. M. 2002; Otto Dov Kulka (Hrsg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, Bd. 1, Tübingen 1997; Beate Meyer, *Between Self-Assertion and Forced Collaboration. The Reich Association of Jews in Germany, 1939-1945*, in: Francis R. Nicosia/David Scrase (Hrsg.), *Jewish Life in Nazi Germany. Dilemmas and Responses*, New York 2010, S. 149-169.

⁵ Vgl. Andrea Löw, *Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941* und Beate Meyer, *Der Traum von einer autonomen jüdischen Verwaltung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Auswanderer und Zurückbleibende in den Jahren 1938/39 bis 1941*, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hrsg.), *„Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“*. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010, S. 59-76 und 21-38.

biete und im folgenden Frühjahr noch weiter gen Osten zu deportieren.⁶ Wahrscheinlich im Dezember desselben Jahres entschied er, die europäischen inklusive der deutschen Juden in das systematische Morden in den besetzten Ostgebieten einzubeziehen.⁷

Zu diesem Zeitpunkt war die aus noch ca. 163 000 Personen bestehende jüdische Gemeinschaft im „Altreich“ stark überaltert; jüngere Jüdinnen und Juden leisteten unter entwürdigenden Bedingungen Zwangsarbeit, es sei denn, sie waren in jüdischen Einrichtungen beschäftigt. Der Großteil war verarmt, weitgehend isoliert, wohnte meist in „Judenhäusern“, Barackensiedlungen oder notdürftig hergerichteten Unterkünften. Alte, Kranke, Waisen usw. lebten in Anstalten und Heimen, die von der Reichsvereinigung neu geschaffen oder ausgebaut worden waren.⁸ Nun befahl das RSHA, mit den Großdeportationen zu beginnen. In „Teilaktionen“ – so die Absicht der Machthaber – sollten erst einmal 60 000 Juden aus den größeren Städten „von West nach Ost“ in das Ghetto von Lodz gebracht werden.⁹ Im September 1941 trafen sich die „Judenreferenten“ der Gestapostellen im „Altreich“ in Berlin, um die praktischen Probleme der geplanten Transporte zu erörtern.¹⁰ Das RSHA überließ es den Gestapostellen, sich der Bezirksstellen der Reichsvereinigung für Zuarbeiten zu bedienen.¹¹

Als die erste Großdeportation deutscher Juden aus Berlin erfolgen sollte, umging das RSHA die Reichsvereinigung allerdings, indem es deren Vorstandsmitglieder nicht informierte. Stattdessen lud die Berliner Gestapo die führenden Funktionäre der Kultusgemeinde vor und stellte ihnen frei, sich an der bevorstehenden „Aussiedlung“ der Juden zu beteiligen. Diese berieten sich mit dem Vorstand der Reichsvereinigung, und gemeinsam entschieden sie, um Schlimmeres zu verhüten, „trotz erheblicher Bedenken“ (Moritz Henschel) und „schweren Herzens“ (Martha Mosse), an der seit 1939 praktizierten Strategie der Kooperation festzuhalten und die geforderten Zuarbeiten zu leisten.¹² Sie erkannten den fundamentalen Einschnitt, verbanden damit aber die Hoffnung, mehr als in den letzten beiden Jahren steuernd eingreifen und größere Härten für ihre stark überalterte Mit-

⁶ Vgl. Peter Witte, Zwei Entscheidungen in der „Endlösung der Judenfrage“: Deportation nach Lodz und Vernichtung in Chelmno, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1995, S. 38–68, hier S. 50ff.; vgl. auch Christopher Browning, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus, München 2003, S. 604f.

⁷ Vgl. Christian Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: WerkstattGeschichte 18 (1997), S. 7–44; siehe auch Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamik von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 75–126, hier S. 75.

⁸ Eine Statistik der Reichsvereinigung von 1940 weist aus, wie sich die Zahl der Heime seit 1933 verändert hatte (Bundesarchiv [BArch], R 8150/1/2, S. 175): Während Erholungsheime praktisch weggefallen waren, stieg die Zahl der Alters- und Siechenheime von 64 (1933) auf 122 (1940), die Zahl der Bewohner hatte sich verdreifacht.

⁹ Wegen des Protestes des zuständigen Gauleiters Arthur Greiser wurde diese Zahl auf 20 000 Juden und 5 000 „Zigeuner“ reduziert.

¹⁰ Vgl. Browning, Entfesselung, S. 542.

¹¹ Michael Wildt (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD von 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995, Dok. 32, S. 194–205, hier S. 197.

¹² Vgl. Beate Meyer, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden, in: Beate Kosmala/Claudia Schoppmann (Hrsg.), Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945 (Solidarität und Hilfe, Bd. 5), Berlin 2002, S. 273–296, hier S. 278ff.

gliedschaft vermeiden zu können.¹³ Zudem begriffen sie die NS-Sprachregelung „Teilaktionen“ als eine „Teilevakuierung“, die also nicht alle Juden betreffen würde. Danach – so glaubten sie – könnten sie eine deutsche Rest-Gemeinde weiter betreuen.¹⁴ Sie verfügten ohnehin über keine Alternative: Die Auswanderung wurde Juden im Oktober 1941 verboten, und die Gestapo stellte klar, dass die Transporte mit ihrer oder ohne ihre Mitwirkung stattfinden würden. Die Gestapo und das RSHA forderten von den jüdischen Funktionären, über die anstehenden Transporte zu schweigen bzw. die aufgerufenen Juden über das Deportationsziel zu täuschen. Sollten sie dies nicht befolgen, drohte ihnen die Einweisung in Konzentrationslager, wo schon mehrere hochrangige Funktionäre (wie Otto Hirsch oder Julius Seligsohn)¹⁵ ermordet worden waren.

Ohne es zu ahnen, hatte die Reichsvereinigung bereits wichtige Vorarbeiten für die Deportationen geleistet: Die Berliner Zentrale hatte – auf Befehl – nicht nur eine Mitgliederkartei, sondern auch eine Zentralkartei erstellt, die Angaben über alle „Volljuden“ (und bei Mischehen über deren Familienmitglieder) enthielt. In dieses Register waren neben anderen Listen auch die Quittierungen der Judensterne eingeflossen, die die Reichsvereinigung im September 1941 verteilen musste. Die Bezirksstellen lieferten dafür ihre regionalen Karteien, von denen die örtliche Gestapo meist gleich eine Abschrift anforderte. Die Zentralkartei war im Oktober 1941 gerade komplettiert, als der NS-Staat die ersten Großdeportationen anordnete.¹⁶ Von nun an hielten die Bezirksstellen nicht nur Wohnungswechsel, Änderungen des Familienstandes, Todesfälle usw., sondern auch „Abwanderungen“ in ihrer Kartei fest, meldeten dies an die Zentralkartei, so dass lokal wie zentral alle Einzel- wie Masseninformationen vorlagen.

Die Reichsvereinigung fürchtete bei Beginn der Deportationen, ihre umfangreiche Fürsorgearbeit künftig nicht mehr finanzieren zu können, da diese größtenteils aus der nun entfallenden „Auswandererabgabe“ bestritten worden war. Sie erwirkte deshalb beim RSHA die Erlaubnis, 25 Prozent der liquiden Mittel eines jeden zu Deportierenden als freiwillige „Abwandererspende“ beanspruchen zu dürfen, die die Bezirksstellen einzuziehen hatten.¹⁷ Damit sollte vor allem die Wohlfahrt finanziert werden, die wichtiger denn je wurde. Dies kam den noch nicht deportierten Juden zugute, doch reihte sich die Reichsvereinigung damit in die Schlange derer ein, die Zugriff auf das Vermögen nehmen wollten: Im Gesamtinteresse der deutschen Juden erhob die Organisation Anspruch

¹³ Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 058, 1 Js 9/65 (Stapoleit.) P. 32, Vernehmung Martha Mosse vom 11. 7. 1967, S. 3; Yad Vashem Archives Jerusalem (YVA), 01/51, Moritz Henschel, Vortrag „Die letzten Jahre der Jüdischen Gemeinde Berlin“, gehalten in Tel Aviv am 13. 9. 1946, Transkript S. 3; Leo Baeck, A People Stands before Its God, in: Eric H. Boehm (Hrsg.), We Survived. The Stories of Fourteen of the Hidden and the Hunted of Nazi Germany. As Told to Eric H. Boehm, New Haven 1949, S. 284–298, hier S. 288.

¹⁴ Vgl. YVA, 01/51, Henschel, Vortrag.

¹⁵ Beide waren aufgrund ihrer Tätigkeit verhaftet worden, Seligsohn starb am 28. 2. 1942 im KZ Sachsenhausen, Otto Hirsch am 19. 6. 1941 im KZ Mauthausen, vgl. www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, Zugriff 7. 8. 2008.

¹⁶ Centrum Judaicum Archiv Berlin (CJA), 2 B 1/2, Aktennotiz Nr. 64, Rücksprache im RSHA vom 2. 5. 1941, S. 2; siehe auch Staatsarchiv Hamburg (StaHH), 522-1 Jüdische Gemeinden, Abl. 1993, Ordner 20, Schreiben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) an Bezirksstellen und Kultusvereinigungen vom 17. 6. 1941.

¹⁷ CJA, 2 B 1/4, Aktennotiz K 26 vom 28. 11. 1941, S. 2. Das RSHA informierte die „Evakuierungsstellen“ (Gestapo) mit Schreiben vom 3. 12. 1941 entsprechend (vgl. NRW Staatsarchiv Münster, 45 Js 29/78, Urkunden 004, Anlage IV, S. 45ff.).

auf den Besitz der Einzelnen. Zentrale, Bezirksstellen und ihre Mitarbeiter scheuten sich auch nicht, unwillige Juden unter Druck zu setzen und ihnen zu drohen, die Gestapo einzuschalten.¹⁸ Erwartet wurde, dass die zu Deportierenden ihr „gesamtes Restvermögen“ spendeten.¹⁹

Ab 15. Oktober 1941 verließen in schneller Folge Deportationszüge Wien, Prag, Luxemburg, Berlin, Frankfurt, Köln, Hamburg und Düsseldorf mit dem Ziel Lodz, das Ghetto „Litzmannstadt“. Im November folgten weitere Deportationen aus diesen Städten, hinzu kamen Bremen, München, Breslau, Nürnberg. Im Dezember betraf die „Evakuierung“ wieder die genannten Orte sowie Stuttgart, Kassel, Münster/Osnabrück/Bielefeld und Hannover.²⁰ 1 000 Juden eines Berliner Transports nach Riga liquidierte die SS kurzerhand am Zielort, und weitere 5 000 aus Berlin, München, Frankfurt am Main, Wien und Breslau, die nach Riga gelangen sollten, aber nach Kowno umgeleitet worden waren, wurden ebenfalls sofort von einem Einsatzkommando erschossen. Während die Umstände dieser ersten Massenexekutionen von immerhin 6 000 deutschen Juden bekannt sind, liegen die Gründe weitgehend im Dunkeln.²¹

Im Jahr 1942 rollten dann Züge aus dem gesamten „Altreich“, Wien und Prag nach Riga, Izbica, Piaski, Theresienstadt, Warschau, Auschwitz, Minsk, Majdanek, Sobibor oder Zamosc, Krasnystaw, Wlodawa, Ujazdow, Maly Trostinez. 1943 folgten Transporte nach Auschwitz und Theresienstadt.

Das RSHA ordnete diese „Abwanderungen“ jeweils an. Der Zeitraum, in dem ein Gebiet „judenfrei“ gemacht wurde, konnte von den jüdischen Akteuren ebenso wenig beeinflusst werden wie der Umfang der Transporte, die insgesamt zwischen Oktober 1941 und Juni 1943 reichsweit letztlich alle ungeschützten „Volljuden“ erfassten. Dennoch hat, darauf wies Raul Hilberg hin, „jede Stadt [...] ihre eigene Deportationsgeschichte, und jede dieser Geschichten offenbart eine Menge über die Mechanismen der Deportationen und das psychologische Klima, in dem sie stattfanden“.²² Dieses Klima hing auch davon ab, ob die regionalen Verfolgungsinstitutionen miteinander konkurrierten und wie weit die jüdischen Funktionäre der Bezirksstellen solche Rivalitäten nutzen konnten, um für ihre Mitglieder in Einzelfällen Erleichterungen zu erlangen oder zusätzliche Schikanen abzuwenden.²³ Zudem vermochten sie gelegentlich über Beziehungen oder Bestechung etwas zu

¹⁸ So beispielsweise Leo Baeck Institute New York (LBI NY), AR 2038, Reichsvereinigung Bezirk Baden-Pfalz in Liquidation, Rundschreiben betr.: Vorbereitung des Abwanderertransports vom 16. 8. 1942, S. 2.

¹⁹ Ebenda, Rundschreiben betr.: Abwanderung vom 20. 9. 1942, S. 2.

²⁰ Vgl. Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich, Aufstellung der Transporte im Kalenderjahr 1941, Wiesbaden 2005, S. 444f.

²¹ Vgl. Wolfgang Scheffler, Massenmord in Kowno und ders., Das Schicksal der in die baltischen Staaten deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden 1941–1956, in: Ders./Diana Schulle, Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Bd. I, München 2003, S. 1–43 (Ermordung Berliner Transport, S. 4ff.) und 83–87; Browning, Entfesselung, S. 565ff.; Andrej Angrick/Peter Klein, Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006, Kap. 8, S. 212–242, hier S. 214

²² Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Frankfurt a. M. 1990, S. 320.

²³ Vgl. Beate Meyer, Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941–1945). Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), Göttingen 2004, S. 63–85, hier S. 63ff.

erreichen. Eine weitere Möglichkeit zur Intervention boten ihnen die Deportationsrichtlinien, die das RSHA erließ: Es listete für jeden Transport auf, welche Gruppen aufgenommen werden sollten.²⁴ Hielten sich die Gestapostellen nicht an diese Vorgaben, konnten die jüdischen Funktionäre (manchmal) erfolgreich zugunsten Einzelner intervenieren. Ihre Stelle musste dann ein anderer einnehmen. Am 23. Oktober 1941 ordnete Eichmann die Rückstellung der über 65-jährigen bei den Deportationen an und wies darauf hin, dass ein Durchgangslager für bestimmte Juden aus dem Reich geplant sei, in das auch böhmische Juden kommen sollten. Im November kündigte auch Heydrich an, Theresienstadt solle die Funktion eines Altersghettos für deutsche Juden bekommen.²⁵ Die jüdischen Funktionäre rechneten es sich als Verdienst an, diese Erleichterung für ältere und gebrechliche Menschen erreicht zu haben. Andererseits verdeutlichte ihnen diese Entscheidung, dass es den Machthabern keineswegs um „Teildeportationen“ ging. Von den „Osttransporten“ wurden die für Theresienstadt bestimmten Juden bis Juni 1942 zurückgestellt, dann begannen die „Alterstransporte“.

Im Januar 1942 konnte die Zentrale der Reichsvereinigung ihrer „vorgesetzten Behörde“ melden, sie habe ein einheitliches Organisationsschema für alle Bezirksstellen entwickelt.²⁶ Bis dahin unterschieden sich die Abläufe bei den ersten Transporten, die nach den Vorgaben jeweils 1 000 Personen umfassen sollten, noch im Detail: Manche Bezirksstellen mussten Namen aus ihrer Kartei liefern, aus denen dann die Gestapo Deportationslisten zusammenstellte, während andere fertige Namenslisten von der Gestapo erhielten, nach denen sie die Deportationsbefehle verschicken sollten; einige sollten bestimmte Altersgruppen aus der Kartei herausziehen, später dann auch Berufsgruppen, die aus Sicht der Gestapo nicht mehr benötigt wurden. Die regionalen jüdischen Verantwortlichen gingen unterschiedlich damit um: Während beispielsweise der Mainzer Vorsitzende Michel Oppenheim glaubte, bei der Vielzahl der ohnehin kursierenden Listen gäben seine der Gestapo kein neues Material,²⁷ verweigerte der Hamburger Bezirksstellenleiter Max Plaut die direkte Mitwirkung an der Erstellung der Listen, ohne dass negative Konsequenzen folgten. Die Hamburger Gestapo verschickte Einschreiben mit der Post. Unter ihrem eigenen Briefkopf lautete die gedruckte Aufforderung: „Evakuierungsbefehl Nr. ... Ihre Evakuierung aus Groß-Hamburg wird hiermit befohlen. Von diesem Befehl werden auch ihre Angehörigen [...] betroffen. Der Abtransport wird umgehend durchgeführt.“²⁸ Ungeachtet Plauts anhaltendem Stolz auf die Verweigerung musste seine Bezirksstelle die Zuarbeiten einige Monate später doch übernehmen.

²⁴ Alle erhaltenen Richtlinien sind abgedruckt bei Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“; beispielsweise waren bei den ersten Deportationen Juden in Mischehen, ausländische (nicht staatenlose bzw. solche aus besetzten Ländern), Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben und über 65-Jährige aufgenommen, vgl. ebenda, S. 56ff.

²⁵ Vgl. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, bearbeitet von Peter Witte u. a., Hamburg 1999, S. 251; Goebbels vermerkte Heydrichs Plan eines „Altersghettos“ mit der Tagebucheintragung vom 18. 11. 1941, vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, Teil II, Bd. 2: Oktober – Dezember 1941, München 1996, S. 309. Siehe auch den Beitrag von Anna Hájková in dem vorliegenden Band.

²⁶ CJA, 2 B 1/4, Aktennotiz K 31 vom 13. 1. 1942, S. 3.

²⁷ Zitiert nach Meyer, Handlungsspielräume, S. 80.

²⁸ Als Faksimile in: Beate Meyer (Hrsg.), Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden. Geschichte. Zeugnis. Erinnerung, Hamburg 2006, S. 37.

Die Bezirksstellenleiter fassten die „Evakuierungsbefehle“ und ihre Anweisungen für jüdisches Personal unterschiedlich ab, wenn die zuständige Gestapostelle ihnen keine verbindlichen Vorgaben zukommen ließ. Nicht der Inhalt, aber die sprachliche Form, die sie gegenüber ihren Mitgliedern wählten, unterschied sich durchaus. So schrieb beispielsweise der Leiter der Bezirksstelle Rheinland: „Im Auftrag der Geheimen Staatspolizei Köln teilen wir Ihnen mit, dass Sie sich für einen Abwanderungstransport [...] zur Verfügung zu halten haben. Ort und Zeit der Gestellung wird Ihnen noch durch den zuständigen Herrn Landrat bekannt gegeben werden.“²⁹ Es folgte die Mahnung: „Es ist zwecklos, Rückstellungsanträge bei der Behörde einzureichen, da sie nicht berücksichtigt werden können. Nichtgestellung zum festgesetzten Termin hat staatspolizeiliche Maßnahmen zur Folge.“³⁰ Die Aufgerufenen könnten bei Bedarf Kleidung oder andere Hilfe erhalten, „wir haben die Vertrauensleute angewiesen, den Transportteilnehmern nach jeder Richtung hin behilflich zu sein und sie zu unterstützen, wie wir auch alles tun werden, was in unseren Kräften steht, um zu helfen.“³¹ Die Bezirksstelle gab den Druck der Gestapostelle also relativ ungeschminkt weiter und verwies dabei explizit auf den Verursacher. Dies mochte die Angesprochenen verstören, doch blieben sie nicht im Unklaren, wer die Aktion veranlasst hatte und über die Tatsache, dass sie dieser nicht entkommen konnten.

Die Bezirksstelle Westfalen bemühte sich stärker, den zu deportierenden Mitgliedern über eine reibungslose Organisation hinaus auch psychologischen Beistand zu bieten. „Streng vertraulich“ richtete sie sich an den Kreis der jüdischen Helfer:

„Schwere Aufgaben sind uns übertragen worden. Wir sind für die richtige und rechtzeitige Durchführung der Behörde gegenüber verantwortlich. Im Interesse unserer betroffenen Mitglieder muss schnell und exakt gearbeitet werden. Unsere Vertrauensleute haben sich voll und ganz für das Gelingen und die Durchführung der ihnen gestellten Aufträge einzusetzen. Sie sind daher vorläufig von der Evakuierung verschont. [...] Wir hoffen nicht, dass Sie uns in irgend einem Punkt im Stich lassen. Was wir von Ihnen verlangen, ist notwendig; die Fristen sind uns von der Aufsichtsbehörde gestellt. Es muss alles funktionieren. Sonst könnten Weiterungen eintreten, die niemand verantworten kann.“³²

Die Verfasser fanden deutliche Worte für die „schwere Aufgabe“ und wiesen auf die Bedrohung für alle Juden hin: Repräsentanten, Helfer und zu Deportierende mussten alleamt „funktionieren“, wollten sie nicht gemeinsam für das Fehlverhalten einer der Gruppen bestraft werden. Dennoch verteilte sich die Last deutlich ungleich: Die zu Deportierenden trugen die reale Bürde, ins Ungewisse verschleppt zu werden, während die Mitarbeiter und Funktionäre alles taten, um ein solches Schicksal für sich hinauszuzögern oder vielleicht abzuwenden. Den jüdischen Funktionären schien aber auch klar zu sein, dass Helferdienste bei diesem Geschehen emotional keineswegs leicht zu bewältigen und schon gar nicht selbstverständlich waren. Die Helfer, ob es die ständigen Mitarbeiter der Reichsvereinigung oder Freiwillige waren, gerieten nicht nur oft in Gewissenskonflikte, wenn Juden verbotene Hilfeleistungen oder geheimzuhaltende Informationen von ihnen

²⁹ Bezirksstelle Rheinland, Köln, Ernst Peiser, Merkblatt und Deportationsbescheid, 6. 6. 1942, Faksimile siehe www.floerken.eu, Zugriff 7. 8. 2008; abgedruckt in: Dieter Corbach, 6.00 Uhr ab Messe Köln-Deutz. Deportationen 1938–1945, Köln 1994, S. 29.

³⁰ Ebenda, S. 31.

³¹ Ebenda.

³² Bezirksstelle Westfalen, Schreiben der Beauftragten für den Regierungsbezirk Minden, Adolf I. Stern, Karl I. Heumann, Bezirksstellenleiter Dr. I. Max Ostwald, o. D., als Faksimile unter: www.kf-kronenberg.com/reich-de.htm, Zugriff 4. 8. 2008.

erbat, sondern liefen durch diese Tätigkeit Gefahr, ad hoc in einen Transport eingereiht zu werden, sollten sie einem Gestapobeamten unliebsam aufgefallen sein oder aus dem schlichten Grund, dass ein zu Deportierender fehlte. Dem sollten Kennzeichnungen für Ordner vorbeugen, in Berlin etwa rote Armbinden, oder ein entsprechendes Schreiben der Reichsvereinigung, das an die Wohnungstür geheftet wurde. Deshalb versicherte die Bezirksstelle Westfalen zur Beruhigung, sie seien aufgrund ihrer Mitarbeit vorläufig (!) geschützt. Dem unterzeichnenden Bezirksstellenleiter war außerdem die physische wie psychische Belastung der zu Deportierenden gewärtig, die andere nicht ansprachen: „Die Betreuung der Betroffenen hat sofort einzusetzen. Jeder betroffenen Familie ist außerdem ein besonderer Helfer zuzuteilen. Seine Hilfe soll sowohl auf Verminderung der Arbeiten als auch auf seelische Betreuung eingestellt sein.“³³

Die Verantwortlichen in der Reichsvereinigung gingen davon aus, dass jüdische Helfer den Betroffenen „hilfreich“ (Leo Baeck)³⁴ und solidarisch zur Seite standen, anders als die Polizisten, Gestapo-, SS- oder SA-Leute, die beispielsweise in Frankfurt oder Breslau die zu Deportierenden abholten und in Sammellager eskortierten. Die in Frankfurt öffentlich gezeigte Brutalität und unverschämte Bereicherung der SA-Leute an den Juden bewirkte, dass das Verfahren geändert wurde: Die Gestapo setzte nun Kriminal- und Schutzpolizei ein und zog die Bezirksstelle der Reichsvereinigung heran.³⁵

Machten zu Deportierende Krankheit geltend, durften jüdische Ärzte sie auf ihre Transportfähigkeit untersuchen. Die Mediziner standen einerseits unter dem Druck der Gestapo, möglichst viele Juden als transportfähig zu deklarieren, andererseits versuchten sie, Betroffenen zu helfen. Da das RSHA zunächst noch darauf drang, Familien nicht auseinanderzureißen, schützte eine Rückstellung meist mehrere Personen. Dann wurden Namen von der Ersatzliste aufgerufen, und die Zurückgestellten erhielten den Deportationsbefehl einige Zeit später. Ab Sommer 1942 verschaffte ihnen eine solche Rückstellung manchmal die Zeit, um unterzutauchen. Hatten Frauen ein Kind geboren, gestand ihnen die Gestapo bei den ersten Deportationen meist vier bis sechs Wochen Schonfrist zu.³⁶

Trotz der Zusicherung, Funktionäre und Mitarbeiter der Reichsvereinigung seien von den Deportationen (vorläufig) ausgenommen, standen von Beginn der Großdeportationen an immer wieder deren Namen auf den Listen. Reklamationen blieben wenig erfolgreich. Die jüdischen Funktionäre wiesen oft vergebens darauf hin, die Arbeitsfähigkeit der Organisation sei gefährdet. Erst im April 1942 ermahnte das RSHA auf wiederholte Bitten der Reichsvereinigung die Gestapostellen, die jüdischen Funktionäre der Bezirksstellen „im eigenen Interesse“ nur dann mit zu deportieren, wenn sie nicht mehr benötigt würden.³⁷ Doch zeitgleich mit dem entsprechenden Telegramm wurden mehrere Vorstandsmitglieder in Leipzig und Ludwigshafen verhaftet. Parallel zu den Deportationen

³³ Ebenda.

³⁴ Leo Baeck, *A People Stands before Its God*, S. 288.

³⁵ Monica Kingreen, *Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden in den Jahren 1941–1945*, in: Dies. (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938–1945, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 357–402, hier S. 358ff.

³⁶ Vgl. Beate Meyer, „Vor ihnen lag eine schreckliche Zukunft“ – Die Betreuung deutsch-jüdischer Kinder zur Zeit der Deportationen, in: Miriam Gillis-Carlebach/Barbara Vogel (Hrsg.), *Das jüdische Kind zwischen hoffnungsloser Vergangenheit und hoffnungsvoller Zukunft*, Hamburg 2008, S. 107–125.

³⁷ LAB, B Rep. 058, 1 Js 9/65, Telegramm Eichmann an Gestapostellen, hier: Düsseldorf, vom 22. 4. 1942, S. 62.

mussten die Bezirksstellenleiter stetig Personal „abbauen“, d. h. zur Deportation freigeben. Anfangs konnten die entlassenen Mitarbeiter noch in Abteilungen versetzt werden, die mit der „Abwanderung“ befasst waren, denn nur diese vergrößerten sich kurzzeitig. Dann aber wurden Abteilungen und schließlich ganze Bezirksstellen aufgelöst.

Hatte die Arbeit in der jüdischen Organisation für qualifiziertes jüdisches Personal oder aber auch Personen, die körperlich schwere Zwangsarbeit bei Rüstungsfirmen nicht leisten konnten, zwischen 1939 bis 1941 noch eine vergleichsweise leichte Tätigkeit, ein finanzielles Auskommen und Schutz vor der Deportation bedeutet, so fanden sie sich nun an einem gefährlich-exponierten Ort wieder. Sie mussten während der Arbeit den Judenstern tragen (selbst wenn sie dies als Juden in „privilegierter Mischehe“ sonst nicht mussten). Razzien in den Geschäftsstellen, Kontrollbesuche in Heimen und Anstalten und Hausdurchsuchungen nahmen drastisch zu. Verantwortliche oder zufällig Anwesende wurden schnell Opfer von Verhaftungsaktionen. Wenn Mitarbeiter tatsächlich oder vermeintlich Regeln missachtet hatten, zu spät zur Arbeit erschienen oder in einer Abteilung tätig waren, die nicht mehr benötigt wurde, konnte sich der Vorteil der Arbeit blitzschnell zum Nachteil wandeln. Dann befanden sich Mitarbeiter und Mitglieder der Reichsvereinigung in der gleichen Situation, und die Funktionäre konnten nichts für sie tun. Bot die Organisation 1941 noch knapp 6000 Jüdinnen und Juden Arbeit, so wies ihre Statistik 1943 nur noch ca. 453 Personen aus, die in der Zentrale, den Bezirksstellen oder deren Einrichtungen erwerbstätig waren.³⁸

Die Deportationen

In den meisten Städten erhielten die Bezirksstellen der Reichsvereinigung die Anweisung, Sammellager einzurichten, in denen die zu Deportierenden ein bis drei Tage verblieben, bis alle Formalitäten geregelt waren. Eingesperrt in provisorisch hergerichteten Messehallen, Gartenlokalen, Logenhäusern, Kegelbahnen oder Gemeindehäusern erlebten sie ihre letzten Tage in der Heimatstadt. Betrieb die Berliner Kultusgemeinde wegen der großen Zahl der dort ansässigen Juden (ca. 74000) permanente Sammellager, so bestanden diese anderenorts nur kurzzeitig. Juden aus ländlichen Regionen wurden vor der Deportation in größere Sammellager verlegt, so die Saarpfälzer Juden, die nach Stuttgart gebracht wurden. Die Leiter ihrer heimatlichen Bezirksstellen durften dann nicht mehr in Kontakt mit ihnen treten.³⁹ Wo Juden in größeren Barackensiedlungen lebten, wie in München Milbertshofen oder Köln Müngersdorf, dienten diese auch als Sammellager, als die Deportationen begannen.

Die Sammelstellen waren unterschiedlich gesichert: Während in Milbertshofen der erste Deportationstransport Tag und Nacht von SS-Streifen bewacht wurde, stand in Hamburg, wo die Juden sich am Vorabend des Abtransports in einem Logenhaus einfinden mussten, „nur“ Ordnungspolizei vor dem Gebäude, um zwei unterschiedliche Vorgehens-

³⁸ Laut Mitarbeiterverzeichnis arbeiteten am 1.9.1941 insgesamt 5524 Mitarbeiter dort; Vorstandsmitglieder, Bezirksstellenleiter und unbezahlte Helfer müssten dazugerechnet und die wenigen „arischen“ Mitarbeiter abgezogen werden (CJA, Mitarbeiterverzeichnis der Reichsvereinigung); zur Zahl der bei der Rest-Reichsvereinigung Beschäftigten siehe CJA, Ordner: Allgemeines/Vertrauensmänner, Schreiben der RVJD an Berufsgenossenschaft vom 21.10.1943.

³⁹ Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg, B 1/19, Nr.333, diverse Schreiben vom April 1942.

weisen aufzuzeigen. In der Regel wurden im Sammellager die Formulare für die Vermögenseinziehung ausgefüllt, teils durch jüdisches Personal, teils durch Finanzbeamte. Gestapoleute durchsuchten das Gepäck und führten Körperkontrollen durch, wobei Schreibkräfte, Putzfrauen oder die örtliche Hebamme für Jüdinnen zuständig waren. Dass sich Gestapobeamte bei den Abholungen oder Durchsuchungen im Sammellager bereicherten, stellte nicht die Ausnahme, sondern die Regel dar. Die Pässe der Juden erhielten einen Stempel zur „Evakuierung“. Einmal im Sammellager, durften die Insassen dieses nicht mehr verlassen, und Außenstehenden war der Zugang verboten. Außer Mitarbeitern der Verfolgungsinstitutionen konnte lediglich jüdisches Personal mit Passierscheinen ein- und ausgehen,⁴⁰ was die Gestapo allerdings nicht überall gestattete. In Nürnberg beispielsweise durfte es die Baracken auf dem Gelände des Reichsparteitages nicht betreten. Hier herrschte die blanke Willkür, gepaart mit sadistischer Gewalt, noch bevor die Eingewiesenen einen Deportationszug bestiegen hatten.⁴¹

Die Reichsvereinigung trug die Verantwortung für Sauberkeit, Verpflegung, medizinische Versorgung der Insassen und stellte die Ordner. Wie die Funktionäre wurde das jüdische Personal vor Ort unter Schweigepflicht über die Vorgänge im Lager gestellt und für den Fall, dass Einzelne Nachrichten schmuggeln oder gar jemandem behilflich sein sollten, das Lager zu verlassen, mit Konzentrationslagerhaft bedroht.

Die deutschen Juden mussten ihre Deportation selbst bezahlen. Die Bezirksstellen hatten für Minderbemittelte einzuspringen, was nur über Spendensammlungen möglich war.⁴² Die Reichsvereinigung sollte die Kosten über das „Sonderkonto W“ (= Wanderung) mit den Bezirksstellen abrechnen.⁴³ Letztere hatten die Gelder von den Mitgliedern zu erheben, einen Teil an die Gestapo, den anderen an ihre Zentrale abzuführen. Während der ersten Deportationswelle aus dem „Altreich“ häuften sich Probleme rund um die Finanzierung der Transporte: So hatte etwa die Gestapo Hamburg Max Plaut angewiesen, 90 000 RM vom Konto abzuheben und 70 000 RM davon aus Mitteln der „ausgesiedelten Personen“ wieder einzutreiben. Bei einem anderen Transport beschlagnahmte die Gestapo Hamburg kurzerhand das gesamte Vermögen der zu Deportierenden und gab keine Beträge zugunsten der Bezirksstelle frei. In solchen Fällen konnten sich die Bezirksstellen nur an ihre Zentrale wenden, die ihrerseits das RSHA anrief.⁴⁴ Doch während die Reichsvereinigung strikt von oben nach unten organisiert war, gestand die Verfolgerseite ihren einzelnen Stellen zu, von der Hierarchie abzuweichen. So wiesen manche Gestapostellen – wie die in Breslau – die Zentrale der Reichsvereinigung einfach telefonisch an, Mittel freizugeben. Sie gingen davon aus, dass ein Jude einer Gestapowanweisung unverzüglich folgte.

Diese Vorgänge führten zu grundsätzlichen Problemen:

- Es entstand eine zunehmende Kluft zwischen den Funktionären der Reichsvereinigung, ihren Mitarbeitern und ihren Mitgliedern (und erst recht zu den Juden, die zwar von allen Maßnahmen betroffen, nicht aber Mitglieder der Reichsvereinigung waren), die

⁴⁰ Faksimile in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 323.

⁴¹ Ausführlicher hierzu siehe Meyer, *Handlungsspielräume*, S. 73–79.

⁴² CJA, 2 B 1/4, Aktennotiz AN K 21 vom 8. 11. 1941, S. 1f.; so teilte die Reichsvereinigung es ihren Bezirksstellen mit, siehe United States Holocaust Memorial Museum Washington (USHMM), RG-14.035M, Reel 10, Leipzig Jewish Community Records (2001.150), Schreiben der RVJD vom 30. 10. 1941 und 12. 11. 1941.

⁴³ CJA, 2 B 1/3, Aktennotiz K 20, Rücksprache im RSHA vom 5. 11. 1941, S. 2.

⁴⁴ CJA, 2 B 1/4, Aktennotiz AN K 27 vom 1. 12. 1941, S. 1.

sich in den Perspektiven manifestierte, die sie aufeinander entwickelten: Die jüdischen Mitglieder waren zwar auf die Organisation angewiesen, wenn sie finanzielle Unterstützung benötigten, soziale Einrichtungen nutzen oder Informationen über Ver- und Gebote erhalten wollten. Andererseits jedoch führten die Bezirksstellen Karteien über sie, verlangten, dass sie die antijüdischen Maßnahmen befolgten, stellten ihnen die Deportationsbefehle zu und setzten sie wegen der Zahlungen unter Druck. Die Mitarbeiter der Organisation waren vor Zwangsarbeit und Deportation vorläufig geschützt, doch mussten sie realisieren, dass ihr Arbeitsverhältnis sie persönlich gefährdete, während sie zugleich diejenigen waren, die den Mitgliedern gegenüber die Anordnungen zu vollstrecken und Drohungen auszustoßen hatten, wenn sie nicht selbst zur Rechenschaft gezogen werden wollten. Den jüdischen Funktionären wiederum versprachen die Gestapostellen das „Vorzugshetto“ Theresienstadt, einige stellten in Aussicht, sie von der Deportation auszunehmen, ihnen gar die Ausreise zu gestatten, wenn sie ihre Aufgaben erfüllt hätten. Doch die alltägliche Behandlung widersprach dem: Jüdische Funktionäre wurden angebrüllt, gedemütigt oder geschlagen. Auch ihre anfänglichen Hoffnungen auf Einflussnahme verflüchtigten sich schnell. Sie erkannten bald, dass es weder um „Teilaktionen“ noch um die Betreuung einer Rest-Gemeinde in Deutschland ging, sondern um die Deportation aller Juden aus Deutschland, inklusive deren Führung. Da sie sich aber an das Schweigegebot hielten, die Strategie der Kooperation nie aufgaben und sich immer in dem Bereich bewegten, den die Machthaber als „legal“ bezeichneten, vertiefte sich die Kluft zu den Mitgliedern im Laufe des Jahres 1942 weiter. In den Augen der betroffenen Juden wurden die regionalen jüdischen Repräsentanten und ihre Mitarbeiter bis hinunter zu den jüdischen Ordnern zu denjenigen, die die Zwangsmaßnahmen des NS-Staates gegen sie umsetzten. Dass die Position der leitenden jüdischen Funktionäre und der Mitarbeiter stets gefährdet und ihre vermeintliche Macht nur vorübergehend geliehen war, realisierten viele dabei nicht.

- Das Bemühen der Funktionäre, die Regeln preußischer Verwaltung in der täglichen Arbeit der Reichsvereinigung einzuhalten, machte (fast) alle Vorgänge innerhalb der jüdischen Gemeinschaft auch für die Verfolgerseite transparent und ermöglichte dieser, ihre antijüdischen Maßnahmen besonders effizient auszuführen.
- Während die Gestapobeamten glaubten, „ihren“ jüdischen Funktionären vor Ort oder auch denen in Berlin kraft Amtes Anweisungen erteilen zu können, mussten sich die Bezirksstellenleiter jede Aktion von ihrer Zentrale gestatten lassen. Diese wiederum benötigte dafür das Plazet des RSHA. Warum das RSHA Probleme gerade um Finanzen nicht innerhalb der eigenen Befehlsstruktur löste, ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Statt dessen kehrten bestimmte Grundkonstellationen immer wieder: Die Gestapobeamten betrachteten die Deportationen als willkommene Quelle persönlicher Bereicherung oder der ihrer Dienststelle. Demgegenüber achtete das RSHA darauf, dass die Geldmittel der jüdischen Organisation nicht auf diesem Weg „abhanden“ kamen. Sie sollten dem Deutschen Reich zufließen, und die Reichsvereinigung musste vorab das Einverständnis des RSHA über finanzielle Planungen einholen und hinterher Rechenschaft über jede noch so kleine Summe ablegen. Demgegenüber vermied das RSHA es, die Gestapoleute vor den jüdischen Funktionären bloßzustellen, indem es Anordnungen gänzlich umstieß. Allenfalls machte es Auflagen,⁴⁵ die wiederum die Gestapoleute

⁴⁵ So z. B. der Gestapo Bayreuth, die die Höhe der verlangten Summe begründen musste, BArch, R 8150/46, AN F 48, Rücksprache im RSHA vom 7. 2. 1942, S. 2, Punkt 1e, o. p.

verärgerten, was sie die jüdischen Funktionäre, die Zurückbleibenden und die zur Deportation aufgerufenen Juden deutlich spüren ließen. Aus der Sicht etlicher Judenreferate verzögerte die Existenz der Reichsvereinigungsstellen die Deportationen ohnehin nur, und oft genug versuchten sie, den Prozess eigenmächtig zu beschleunigen, indem sie jüdische Funktionäre vor Ort unter Druck setzten.

Bevor ein Deportationszug abging, benannten die Vertreter der Reichsvereinigung Transportleitungen und ärztliche Begleiter und Schwestern, die während der Fahrt die Deportierten versorgten. Die Transportleitungen behielten oft auch nach der Ankunft in den Ghettos eine leitende, organisierende Funktion wie beispielsweise die jüdische Transportleitung von Hamburg im Ghetto Minsk unter dem Kaufmann Edgar Frank, der dort zum Judenältesten ernannt wurde.⁴⁶

Als die ersten Transporte das „Altreich“ verlassen hatten, wurden die Reichsvereinigung und ihre Bezirksstellen zuständig für den Postverkehr mit den Ghettos, soweit dieser überhaupt genehmigt wurde. Etliche Bezirksstellen versuchten, Informationen über das weitere Schicksal der Juden zu sammeln: Die Hamburger schickten den nach Lodz Deportierten, aber auch den jüdischen „Schutzhäftlingen“ kleinere Geldbeträge, die von den Empfängern in den Ghettos und Lagern quittiert wurden. So konnten sie deren Spur verfolgen, Verlegungen bzw. das Verschwinden der Häftlinge registrieren, wenn Quittungen ausblieben und ihre Nachforschungen abschlägig beschieden wurden.⁴⁷ Manche Bezirksstellenleiter sammelten sorgfältig Nachrichten, die über Soldaten, Polizisten, Angehörige der Zivilverwaltungen usw. an sie gelangten. Viele Botschaften enthielten Hinweise auf Hunger, Not und Tod. Die Bezirksstelle Breslau beispielsweise empfing eine Information, es seien am 15./16. September 1942 in Sobibor „alle Eichen gefällt worden wie auch alle Bäume. Nur zehn Eichen seien übriggelassen worden“. Dies bedeutete, dass die aus Breslau verschleppten Juden bis auf 10 ermordet worden waren.⁴⁸ Die jüdischen Funktionäre baten auch Angehörige der Deportierten um Abschriften erhaltener Post, wie beispielsweise der Karlsruher Bezirksstellenleiter, der um Informationen aus Riga und Izbica nachsuchte. Bitter merkte er dabei an, ihm selbst würde man ja nichts schreiben, da „mindestens ein Teil der Personen der irrigen Auffassung ist, man habe nichts getan, um ihr Schicksal abzuwenden, wenn sie nicht gar glaubten, man habe selbst die Einteilung zum Transport vorgenommen“.⁴⁹

Kamen Lebenszeichen aus Lodz noch relativ häufig, so blieben sie aus Minsk, Kowno und Riga, den folgenden Deportationszielorten, fast völlig aus. Den Stellen der Reichsvereinigung wurden alle Kontaktversuche verboten (ausgenommen Lodz und später Theresienstadt), sie sollten auch ihre Mitglieder abhalten, dorthin zu schreiben,⁵⁰ was natürlich nicht in ihrer Macht stand. Geld- oder Geschenksendungen in diese Gebiete waren verboten.⁵¹

⁴⁶ Vgl. Beate Meyer, Die Deportation der Hamburger Juden 1941–1945, in: Meyer (Hrsg.), Verfolgung, S. 42–78, hier S. 63f.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ NRW Staatsarchiv Münster, 45 Js, 29/78, Vernehmung Louis Grünberger vom 31. 10. 1967, S. 4.

⁴⁹ Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg, B 1/19, Nr. 333, Schreiben Eisemann, Karlsruhe, an Reis, Pforzheim.

⁵⁰ LBI NY, AR 25033, Rischowsky Collection, Aktennotiz Z 116, S. 1.

⁵¹ CJA, 2 B 1/4, Aktennotiz R 19 vom 7. 7. 1942, S. 3.

Die Jahre 1942/43 brachten keine Beruhigung ins alltägliche Leben der deutschen Juden. Aus etlichen Regionen war ein Großteil der jüdischen Bevölkerung bereits im Herbst/Winter 1941 deportiert worden. Im Jahr 1942 betrafen die Transporte auch die Hachscharalager, die Bewohner der Anstalten und Heime für Waisen, Sieche, Blinde, Taube oder Geistesranke und deren Personal, Berufsgruppen, die bis dahin noch benötigt worden waren, und zunehmend auch die Mitarbeiter der Bezirksstellen. Die 39 Schulen, die im „Altreich“ noch existierten, wurden aufgelöst, die Lehrer deportiert und die Schüler zur Zwangsarbeit verpflichtet, wenn sie über 14 Jahre alt waren.

Zunehmend wurden Juden in Kollektivhaftung genommen. Sie durften ihre Anliegen nicht mehr direkt bei Behörden einreichen, sondern bei Eingabestellen der Bezirksstelle, die sie vorzuprüfen und möglichst abzulehnen hatten. Auch diese Vorgabe erfüllten die Mitarbeiter auf Weisung der Funktionäre getreu den Anweisungen und oft zum Ärger der Mitglieder, die ihre Sache selbst vertreten oder Konsulenten beauftragen wollten. Die ohnehin eingeschränkten Möglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, wurden mancherorts für alle Juden gestrichen, wenn einzelne gegen Auflagen verstoßen hatten. In fast allen Städten verhängten die Nationalsozialisten Sperrzonen für Juden in der Innenstadt und rund um die lokalen Sehenswürdigkeiten. Die Bezirksstellen der Reichsvereinigung mussten dies nicht nur bekannt geben, sondern auch für die Einhaltung sorgen. Ein Druckmittel war dabei, die gemeinsame Haftung der jüdischen Gemeinschaft zu betonen, wenn Einzelne gegen die Anordnungen verstoßen hatten.

Weitere arbeitsintensive Aufgaben der Geschäftsstellen bestanden in der Bearbeitung der Heimeinkaufsverträge der noch nach Theresienstadt zu deportierenden Mitglieder und dem Verkauf der Liegenschaften der Reichsvereinigung, meist zu Preisen unter dem Marktwert. Währenddessen lebten die noch nicht deportierten Juden zusammengedrängt in ungeeigneten, überfüllten Quartieren, für deren Belegung und notdürftige Instandhaltung die Organisation ebenfalls verantwortlich zeichnete. Die Wohlfahrtsausgaben wurden vom RSHA immer wieder reduziert, und die Bezirksstellen verloren die ohnehin sehr begrenzte Verfügung, die sie noch über ihren Etat gehabt hatten. Mancherorts wurde die restliche jüdische Bevölkerung umquartiert (so Ende 1942 von Nürnberg nach Fürth oder von Mainz nach Darmstadt),⁵² um diese Gebiete endlich als „judenfrei“ melden zu können. Im Juni 1943 war die Zahl der Bezirksstellen auf 15 gesunken. Die Tätigkeiten der aufgelösten Büros waren verteilt worden, so dass – um nur ein Beispiel zu nennen – die Bezirksstelle Hamburg auch für Schleswig-Holstein, Oldenburg, Bremen, die Regierungsbezirke Stade, Lüneburg sowie Mecklenburg und – nach Auflösung der Bezirksstelle Hannover-Kassel – noch für Braunschweig-Land sowie Hildesheim zuständig war.⁵³ Wie üblich, wurden die entlassenen Mitarbeiter und ihre Familien nach der Schließung der Büros deportiert. Für die anderen betroffenen Juden brachten die Umstrukturierungen weitere Wege und den Verlust vertrauter Ansprechpartner mit sich. Die Großdeportationen fanden bis Juni 1943 statt. Dann lebten – abgesehen von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit – nur noch durch ihre Mischehen geschützte „Volljuden“ im „Altreich“.

⁵² Vgl. Meyer, Handlungsspielräume, S. 78 und 81.

⁵³ BArch, R 8150/37, Liste Bezirksstellen Reichsvereinigung, vermutlich Ende 1942, S. 106; ebenda, R 8150/51, Bericht Levy an RSHA vom 29.12.1942, Bericht Lilienthal an RSHA vom 1.6.1942, S. 255.

Wissen um die Vernichtung

Die Frage, wie weit die jüdischen Funktionäre in Berlin und den Bezirksstellen um den Judenmord wussten, den – während er stattfand – keine zeitgenössische Begrifflichkeit wie „Holocaust“ oder „Shoa“ als Gesamtgeschehen zusammenfasste, lässt sich aus den zeitgenössischen Quellen schwer beantworten: Viele kannten einzelne Vorgänge, konnten Rückschlüsse ziehen und wussten es einzuordnen, wenn keine Nachrichten mehr eintrafen. Die Berliner Funktionäre wie auch die Bezirksstellenleiter hatten im Laufe ihrer Tätigkeit eine ungeschriebene Rangliste aufgestellt, wie tödlich ein Zielort war. Auschwitz stand an der Spitze. Dennoch betonten die wenigen Überlebenden im Nachhinein glaubhaft, zwar den genozidalen Gehalt der Deportationen in die Ghettos erkannt, das Gesamtgeschehen des Judenmords aber nicht überschaut zu haben. Hans-Erich Fabian, der Finanzexperte der Reichsvereinigung, fasste nach dem Krieg zusammen, man habe die Lebensbedingungen in Theresienstadt wesentlich besser eingeschätzt, als sie sich in der Realität herausstellten, und von den Weitertransporten nichts gehaut, sondern sei von „verhältnismäßiger Sicherheit“ ausgegangen. Die Situation in den Ghettos von Lodz und Riga habe man sich als schlimm und den Distrikt Lublin als ein besonders schlechtes Zielgebiet vorgestellt. Dass kaum eine Überlebenschance in Auschwitz bestanden habe, sei bald klar gewesen, wenngleich von Gaskammern und Erschießungen nichts bekannt gewesen sei.⁵⁴ Das Wissen untergeordneter Mitarbeiter war kaum geringer, wie Briefe eines Berliner Sachbearbeiters, Hermann Samter, zeigen: Von den nach Minsk, Kowno und Riga „umgesiedelten“ Juden habe man nichts gehört, gehe bei Riga von anständiger Behandlung aus; aus Lodz kämen nur vorgedruckte Karten; die von Berlin nach Warschau Deportierten schienen gut untergebracht, die Stettiner seien mit unbekanntem Ziel fortgebracht worden; in Piaski habe Schmutz und „fürchterliche Not“ geherrscht, Alte und Kranke hätten den Hungertod erlitten.⁵⁵ Im August 1942 rechnete Samter mit der eigenen Deportation bis zum Jahresende. Ihm war noch ein Aufschub gewährt, bis er am 12. März 1943 nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde.⁵⁶

Doch selbst wenn die jüdischen Funktionäre (und die Mitarbeiter) die Informationen aus dem Verfolgungsalltag in Deutschland und die Nachrichtensplitter aus den Ghettos und Lagern zu dem erschreckenden Gesamtbild zusammengesetzt und die Wahrheit gekannt oder gehaut hätten, hätten sie den Gesamtprozess nicht stoppen können. Hatten sie anfangs aus Verantwortungsgefühl für die Mitglieder ihren Part im Deportationsgeschehen übernommen, so konnten sie während des Geschehens nicht mehr aussteigen, der Preis wäre nicht nur die schnellere, brutalere Deportation der Alten und Schwachen, sondern auch der eigene Tod gewesen. Sie brachen auch das verordnete Schweigen gegenüber ihren Mitarbeitern und diese gegenüber den Mitgliedern nicht. Nur wenige wagten es, Betroffene zu warnen, Karteikarten verschwinden zu lassen oder anderes. Stattdessen versuchten sie, an den Regeln traditionellen Verwaltungshandelns festzuhalten, um Willkür zu verhindern und – wenn möglich – den Prozess wenigstens zu verlangsamen.

⁵⁴ LAB, B Rep. 058, 1 Js 9/65, Vernehmung Hans-Erich Fabian vom 28./29. 10. 1968, S. 9f.

⁵⁵ YVA, 0.2/30, Hermann Samter, Letters, Sept. 1940–7.2. 1943, an Hannah Kobilinski u. a., Brief vom 11. 5. 1942, inzwischen veröffentlicht: Hermann Samter, „Worte können das ja kaum verständlich machen“. Briefe 1939–1943, Göttingen 2009, S. 84–87.

⁵⁶ Ebenda, Brief vom 10. 8. 1942, S. 92f.; zu Samters Deportation siehe Daniel Fraenkel, Einleitung, in: Ebenda, S. 18–22.

Die Masse der deutschen Juden realisierte die Lebensgefahr erst im Herbst/Winter 1942 oder nach der Fabrik-Aktion Ende Februar/Anfang März 1943, dann versuchten einige, sich durch Flucht zu entziehen.⁵⁷ Führende Funktionäre und Mitarbeiter befanden sich nur in Einzelfällen unter ihnen: Sie hielten in der Regel – waren sie nicht vorher bereits deportiert worden – auf ihrem Posten aus, bis das RSHA am 16. Juni 1943 die Auflösung aller Geschäftsstellen befahl. Gleichzeitig ließ es die Leiter und führende Mitarbeiter in Haft nehmen und als „Belohnung“ für ihre Dienste nach Theresienstadt bringen. Nur wenige der führenden Funktionäre aus der Zentrale und der Kultusvereinigung in Berlin (z. B. Baeck, Fabian, Mosse) überlebten, von 29 Bezirksstellenleitern entkamen nur drei der Deportation (von denen zwei nach dem Krieg aus einem Lager zurückkehrten). Lediglich Max Plaut konnte – wie versprochen – ausreisen.⁵⁸

Die Büros der Organisation durften in Mischehe lebende Juden als „Vertrauensmänner“ (darunter einige wenige Frauen) einer Neuen oder Rest-Reichsvereinigung weiterführen. Sie regelten ehrenamtlich mit reduziertem Personal die Angelegenheiten der Juden, die durch ihre Mischehe bisher geschützt waren. Als im Februar/März 1945 deren Deportation vorbereitet wurde, entzogen sich dem etliche „Vertrauensleute“ wie Mitglieder. Erst in den letzten Wochen der NS-Herrschaft begann sich die Kluft zwischen jüdischen Funktionären und Mitgliedern faktisch wieder zu schließen. Die „Vertrauensmänner“ hatten mehr Glück als ihre Vorgänger: Zwar wurde der Leiter der Rest-Organisation in Berlin, Walter Lustig, von den sowjetischen Besatzern getötet,⁵⁹ aber die 41 jüdischen Repräsentanten überlebten bis auf fünf Männer das Ende des NS-Regimes: im Ghetto Theresienstadt, zu Hause oder im Versteck.

Fazit

Die jüdischen Funktionäre der Reichsvereinigung versuchten, der NS-Judenpolitik dadurch zu begegnen, dass sie sich bemühten, die „vorgesetzte Behörde“ auf die Regeln traditionellen Verwaltungshandelns zu verpflichten, die ihnen aus der Weimarer Zeit vertraut waren, um Willkür und Gewalt zu minimieren. Obwohl sie damit weitgehend erfolglos blieben, hielten sie an diesen Gepflogenheiten umso stärker fest, als sie ihnen zunehmend als einzige Möglichkeit erschienen, die andauernde Radikalisierung der Judenpolitik zu verhindern. Doch implizierten ihre geordneten Verfahren, dass Funktionäre wie Mitarbeiter die Handlungsmöglichkeiten der Mitglieder beschneiden, deren Lebensverhältnisse lückenlos erfassen und sie der Deportation preisgeben mussten, wenn das RSHA den Abtransport anordnete. Je stärker der Prozess verlangsamt werden konnte, desto länger waren Funktionäre wie Mitarbeiter und ein Teil der restlichen Mitglieder geschützt. Währenddessen änderten sich aber die Perspektiven der Mitarbeiter und Mitglieder aufeinander und auf die Funktionäre in dem Maße, in dem die gegensätzlichen Interessen

⁵⁷ Beate Kosmala, Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941–1943), in: Kundrus/Meyer (Hrsg.), Deportation, S. 135–159, hier S. 158.

⁵⁸ Vgl. Beate Meyer, Max Plaut (1901–1974), in: Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.), Institut für die Geschichte der deutschen Juden 2003–2008, Hamburg 2009, S. 50–54, hier S. 53f.

⁵⁹ Ulrike Offenberg, Die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1945–1953, in: Julius H. Schoeps (Hrsg.), Leben im Land der Täter. Juden im Nachkriegsdeutschland (1945–1952), Berlin 2001, S. 133–156, hier S. 136.

deutlich wurden. Es entstand eine tiefe Kluft, die sich erst gegen Ende des Krieges tendenziell wieder schloss, als die in Mischehe lebenden jüdischen Vertrauensmänner Vorbereitungen für die Deportation der Juden aus existierenden Mischehen treffen sollten. Aber das tiefe Misstrauen der Mitglieder gegenüber den Funktionären und vielen Mitarbeitern hielt bis in die Nachkriegszeit an. Die perfide Einbeziehung der jüdischen Funktionäre in den Prozess der Deportationen, die nicht sie, sondern das NS-Regime zu verantworten hatte, erschwerte nach Kriegsende das Zusammenfinden der restlichen jüdischen Gemeinschaft und vergiftete das Gemeindeleben noch lange Zeit.

Beate Kosmala

Überlebensstrategien jüdischer Frauen in Berlin

Flucht vor der Deportation (1941–1943)

Erst fünf Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann in Deutschland eine intensivere Forschung über Rettung von Juden in der NS-Zeit.¹ Damit rückten auch jene jüdischen Frauen und Männer, die nach jahrelanger Verfolgung im Dritten Reich den Entschluss fassten, durch Flucht in die Illegalität der Deportation zu entkommen, in den Fokus der Aufmerksamkeit. Als das NS-Regime fünf Tage nach Beginn der systematischen Deportationen am 18. Oktober 1941 ein endgültiges Emigrationsverbot verhängte,² befanden sich die noch im Deutschen Reich verbliebenen Juden in einer nahezu ausweglosen Situation. Seit Sommer 1942 ahnten oder wussten die meisten, dass der Befehl zur „Evakuierung“ in den Osten einem Todesurteil gleichkam.³ Um den Transporten in die Ghettos und Vernichtungslager zu entkommen, blieben nur noch die Flucht in die Illegalität oder der Suizid als „extremste Form der Flucht“.⁴

Die Entscheidung für ein Leben im Versteck war dramatisch; die Überlebenschancen in Deutschland mussten nach den Jahren der Drangsalierung und systematischen Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus der „Volksgemeinschaft“ gering erscheinen. Dass sich die Verfolgten im Falle des Untertauchens nicht nur den Befehlen des NS-Regimes, sondern auch den Anordnungen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland widersetzen mussten, machte die Entscheidung noch komplizierter.⁵ Dies traf für Männer und Frauen gleichermaßen zu.

Dieser Beitrag stellt die Situation jüdischer Frauen in den Mittelpunkt, die sich in den kritischen Jahren 1942/43 zum Untertauchen entschlossen. Das Wagnis, alle Spuren hinter sich zu verwischen und unterzutauchen, bedeutete fast immer, jede Gemeinschaft mit der eigenen Gruppe aufzugeben, die selbst dann noch gegeben schien, wenn man zum Sammellager ging, um zusammen mit Angehörigen und Schicksalsgenossen auf den Transport geschickt zu werden. Der Entschluss zur Flucht vor der Deportation, der einen extrem starken Überlebenswillen voraussetzte, erforderte Kraft zum individuellen und

¹ Im Rahmen des Forschungsprojekts „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945“ am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin entstand seit 1997 erstmals eine Datenbank mit Angaben zu untergetauchten Juden und ihren Helfern. Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer*, München 2003; Beate Kosmala/Claudia Schoppmann (Hrsg.), *Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945*, Berlin 2002. – Seit 2005 wird die Datenbank an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ständig ergänzt.

² Vgl. Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, Heidelberg 1996, S. 353.

³ Beate Kosmala, *Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941–1943)*, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20)*, Göttingen 2004, S. 135–159.

⁴ Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984, S. 194f.

⁵ Beate Meyer, *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die jüdische Gemeinde zu Berlin 1938–1945*, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“*, Berlin 2000, S. 291–337, hier S. 303f.

einsamen Handeln. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf: Unter welchen spezifischen Bedingungen waren jüdische Frauen fähig, so zu handeln? Welche Bedeutung hatten Familienstrukturen und ihre Dynamiken? Widersprach der Entschluss zur Flucht in die Illegalität nicht der tradierten Frauenrolle?

Die vorliegende Untersuchung bezieht sich aus verschiedenen Gründen auf die Situation von Jüdinnen in Berlin. Schon vor 1933 war hier die größte jüdische Gemeinde des Deutschen Reichs beheimatet. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zogen zahlreiche Juden aus der Provinz in die Metropole, weil sie hofften, hier weniger massiv der Verfolgung ausgesetzt zu sein. Im Herbst 1941, vor Beginn der Massendeportationen, befand sich daher ein Großteil der in Deutschland verbliebenen Jüdinnen und Juden (73 000 von 164 000 im „Altreich“) in der Reichshauptstadt. Sie bildeten zu diesem Zeitpunkt eine überalterte Gruppe mit deutlich mehr Frauen als Männern.⁶

Als in anderen Städten mit größeren jüdischen Gemeinden die Deportation der sogenannten Volljuden im September 1942 fast abgeschlossen war, lebten in Berlin noch Tausende jüdischer Zwangsarbeiter mit ihren Angehörigen.⁷ Unter ihnen hatte sich das Wissen um die Ermordung der Juden „im Osten“ immer mehr verbreitet, und die Zahl der Untertauchenden stieg deutlich an. Die unverhüllte Brutalität des Deportationsvorgangs von Oktober bis Dezember 1942, als eine Gruppe Österreicher unter SS-Hauptsturmführer Alois Brunner das Tempo der Transporte aus der Reichshauptstadt forcierte, raubte vielen Verfolgten die letzten Illusionen. Tausende flohen noch in den ersten beiden Monaten des Jahres 1943 in den Untergrund.⁸ Der Faktor Zeit spielte für die Möglichkeit zur Flucht in die Illegalität eine entscheidende Rolle, und die Chance, eine Flucht zu erwägen, hatten daher fast nur Jüdinnen und Juden in Berlin.

Um die Entscheidungssituationen von jüdischen Frauen und ihre Zwangslagen herauszuarbeiten, wird nach ihrem Verfolgungsalltag vor dem Absprung in die Illegalität gefragt. Unter welchen familiären und finanziellen Voraussetzungen trafen sie die Entscheidung, die Flucht in den Untergrund zu riskieren? Welche Überlebensstrategien entwickelten sie? Zur Beantwortung dieser Fragen werden überwiegend schriftliche Selbstzeugnisse herangezogen.

Es steht jedoch kein homogener Quellenbestand zur Verfügung, sondern diverse Textsorten, die mit unterschiedlichem zeitlichem Abstand zum Geschehen entstanden. Manche Überlebenden verfassten wenige Jahre nach der Befreiung umfangreiche Erlebnisberichte, die als Manuskripte teils in Archiven, teils in privaten Nachlässen ruhen, andere publizierten (oft relativ spät) ihre Erinnerungen als Buch. Wieder andere wurden verhältnismäßig zeitnah (1950er Jahre) befragt oder sandten kürzere Berichte an Archive. Interviews kamen meist erst Jahrzehnte nach dem Geschehen zustande. Um die Schicksale auf breiterer Basis zu erfassen, sind auch Lebensläufe in Entschädigungsakten der Betroffene

⁶ Vgl. Marion Kaplan, *Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland*, Berlin 2003, S. 206; Claudia Schoppmann, *Im Untergrund. Jüdische Frauen in Deutschland 1941–1945*, in: Barbara Distel (Hrsg.), *Frauen im Holocaust*, Gerlingen 2001, S. 189–217, hier S. 192. 1939 betrug der weibliche Anteil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland 58 Prozent.

⁷ Vgl. Wolf Gruner, *Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945)*. Neue Perspektiven und Dokumente, in: Kundrus/Meyer (Hrsg.), *Deportation*, S. 21–62, hier S. 57.

⁸ Vgl. Claudia Schoppmann, *Die „Fabrik-Aktion“ in Berlin: Hilfe für untergetauchte Juden als Form humanitären Widerstands*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 2 (2005), S. 138–148, hier S. 141f.

nen aus den 1950er Jahren von Bedeutung.⁹ Die Nachkriegstexte enthalten neben den Schilderungen der Verfolgungsjahre implizit auch Beurteilungen und Bewältigungsversuche, die in die Analyse einzubeziehen sind. Dass es kaum Aufzeichnungen aus der Zeit unmittelbar vor und nach der Flucht in die Illegalität gibt, liegt in der Natur der Sache. Umso eindrucksvoller sind die noch nicht publizierten Ausnahmen, die hier einbezogen werden können.¹⁰

Anders als etwa in der Studie von Gudrun Maierhof, die Handlungsspielräume von Jüdinnen auslotet, die in jüdischen Selbsthilfeeinrichtungen engagiert waren,¹¹ kommen in diesem Beitrag Frauen zu Wort, die nicht öffentlich in Erscheinung getreten sind. Ihre Selbstbehauptung bestand darin, dass sie den Versuch wagten, sich dem Deportationsbefehl zu entziehen. Sie nutzten ihre Handlungsspielräume, wie gering diese auch sein mochten, um ihr eigenes Leben und das ihrer Kinder oder Partner zu retten.

Vor der Entscheidung: Gescheiterte Emigration, Zwangsarbeit und Deportation

Wie sehr die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen nach 1938 und verstärkt nach Kriegsbeginn den Alltag der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich zur Quälerei machten, muss hier nicht im Detail wiedergegeben werden. In den Selbstzeugnissen von Frauen stehen für die Jahre vor der Illegalität vor allem ihre endlosen Anstrengungen, eine Möglichkeit zur Emigration zu finden, ihr Trennungsschmerz von Kindern, Ehepartnern und Angehörigen, harte Zwangsarbeit und schließlich die Deportation von Familienmitgliedern und Freunden als kaum erträgliche Belastungen im Vordergrund.

Edith Rosenthal (geb. 1906) schildert Anfang 1947 nicht nur ihr Leben im Versteck, sondern auch die Jahre davor als Zeit ständiger Qualen, beginnend mit ihren vergeblichen Mühen, aus Deutschland zu entkommen. „Viel Schuld trägt der Hilfsverein,¹² der uns trotz größter Mühen nicht rausbrachte. Und die Staaten, die ihre Grenzen fest geschlossen hatten [...]. Der Hilfsverein meinte zu uns, was wollen Sie im Ausland, Sie haben doch Ihre Existenz, und wir müssen die Passage für KZ[-Häftlinge] geben. Aber musste man erst ins KZ kommen, um rauszukommen?“¹³ Nachdem alle Emigrationsversuche

⁹ Manche dieser Schreiben sind knapp und zweckgebunden, andere schildern in ihrem Lebenslauf ausführlich ihr Verfolgungsschicksal.

¹⁰ Dies trifft auf die Sammlung bisher unveröffentlichter Briefe und Postkarten von Marie Winter zu, geschrieben von 1938 bis zu ihrer Flucht vor der Deportation im März 1942 an ihre Tochter in Basel. Die Publikation dieser Zeugnisse ist geplant; Privatbesitz Gabriel Heim. – Eine seltene Quelle für das Leben im Untergrund fand im Frühjahr 2011 die Tochter von Alice Löwenthal. Die Mutter hatte von 1943 bis 1945 zahlreiche fiktive Briefe an ihren deportierten Mann geschrieben, in denen sie wie in einem Tagebuch ihren täglichen Kampf beschreibt; Privatbesitz Eva Nickel.

¹¹ Gudrun Maierhof, Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933–1943, Frankfurt a. M. u. a. 2001.

¹² Neben der Reichsvertretung der deutschen Juden und dem Palästinaamt war der Hilfsverein der deutschen Juden eine zentrale Stelle für die Unterstützung der Auswanderung in europäische Länder oder nach Übersee (außer Palästina).

¹³ Edith Rosenthal, Aufzeichnungen, Berlin Anfang 1947, Archiv der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin (AGDW), 6 S. Siehe auch Christine Zahn, Von einem Quartier zum nächsten. Eine Odyssee im Berliner Untergrund, in: Benz (Hrsg.), Überleben, S. 229–238.

für die Familie gescheitert waren, gelang es ihr, wenigstens die beiden Töchter nach Palästina zu schicken. Als das jüngere, achtjährige Kind im November 1939 abreiste, konnte die Mutter wegen der Ausgangssperre nicht einmal am Zug Abschied nehmen: „Da könnte ich heute noch schreien vor Jammer“, erinnert sich Edith Rosenthal später.

In fast allen Berichten wiederholen sich Beschreibungen dieser Art. Der Kampf um die – schließlich gescheiterte – Emigration war über Jahre Teil des Alltags und beherrschte die Familienbeziehungen. Die Situation jüdischer Frauen nach dem Novemberpogrom 1938 bringt Charlotte Opfermann auf den Punkt: „[Sie] erlaubten ihren männlichen Partnern, Vätern ihrer Kinder, das Land zu verlassen und ermutigten sie dazu, besonders nach den Verhaftungen vom November 1938, als Ausreisevisa und die Buchung einer Passage in ein neues Land die einzige Möglichkeit war, um aus den KZ [...] entlassen zu werden. Diese Frauen blieben zurück, bis die letzte Phase der Massenmordmaschinerie in Gang kam.“¹⁴ Auch Else Murzynski (geb. 1900) schildert 1950 ihren Kampf um Emigration. 1935 zog sie mit ihrem Mann und zwei Kindern aus Weiden (Oberpfalz) nach Berlin, da das Ehepaar in der bayrischen Kleinstadt sein Kaufhaus aufgeben musste. Während sie vergeblich auf das ersehnte Affidavit aus den USA wartete, nutzte ihr Mann im Mai 1939 die Chance, nach England zu fliehen. Else Murzynski sah sich vor Herausforderungen gestellt, die ihrer Vorstellung von der Frauenrolle widersprachen: „Nach der Abreise Arnolds kam ich mir recht verlassen vor, ich war gewohnt, dass ein geliebter Mann die Verantwortung für die Familie getragen hat, und nun ruht alles auf meinen so schwachen Schultern.“¹⁵ Kurz danach erkämpfte sie, dass der 16-jährige Sohn ebenfalls nach England entkam. „Walter ist endlich fort, nichts habe ich mir inniger gewünscht, als dieses Kind endlich über die Grenze zu wissen“, lautet die Notiz der erleichterten Mutter vom 29. August 1939.¹⁶ Das Permit für sie und die 12-jährige Tochter kam zu spät. An Weihnachten 1939 notiert sie: „Ich möchte tapfer und stark sein [...]. Warum bin ich dann manchmal so klein und verzagt und will mich an einen starken Mann hängen, der mir hilft, die Bürde zu tragen?“¹⁷

Ein traumatisches Scheitern erlebte Klara Donig (geb. 1897) mehrere Jahre vor ihrer Flucht in die Illegalität. Als sie 1938 mit ihrem Mann und der sechsjährigen Tochter nach Belgien entkommen wollte, wurden in Aachen alle Beteiligten verhaftet; ihr Ehemann wurde schwer misshandelt und die Familie nach Berlin zurückgeschickt.¹⁸

Lotte Themal (geb. 1913), ehemals Verkäuferin in einem Berliner Warenhaus, plante 1936 die Auswanderung nach Palästina, fühlte sich aber nach dem Tod des Vaters für die Mutter und die beiden jüngeren Geschwister verantwortlich. Im März 1938 verzichtete die 25-Jährige auf die Teilnahme an einer Hachschara,¹⁹ da ihr Mann aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt wurde. Versuche, gemeinsam in die USA zu entkommen, scheiterten. Ende 1938 hatte der im KZ Sachsenhausen inhaftierte Bruder Vorrang: „Meine

¹⁴ Zitiert nach Elizabeth R. Baer/Myrna Goldenberg, Introduction, in: Dies. (Hrsg.), *Experience and Expression. Women, the Nazis and the Holocaust*, Detroit 2003, S. XIII-XXXIII, hier S. XIXf.

¹⁵ Else Murzynski, Autobiografischer Text o.T., 1950. Margot Linszyc, die Tochter der Verfasserin, übergab das bislang unveröffentlichte Manuskript im August 2010 meiner Kollegin Claudia Schoppmann. Eine Kopie befindet sich im AGDW.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda, S. 6.

¹⁸ Margaritta Salzmann, Bericht meiner Berliner Jahre im Untergrund (vermutlich aus den 1980er Jahren), AGDW, 5 S., hier S. 1. Es handelt sich um den Erlebnisbericht der Tochter.

¹⁹ Landwirtschaftliche und handwerkliche Ausbildung zur Vorbereitung auf ein Leben in Palästina.

Mutter unternahm, was sie konnte, und brachte es wirklich zustande, dass mein Bruder auf ein Handwerkerzertifikat nach England auswandern konnte.“²⁰

Auch Marie Winter (geb. 1879), einst wohlhabende Witwe eines Möbelfabrikanten, kämpfte spätestens seit 1939 unermüdlich darum, aus Deutschland zu entkommen. Ihre Tochter hatte sich 1937 in Basel niedergelassen. Zwar konnte die Witwe in Berlin noch in ihrem eigenen Haus leben, wurde aber bald nur noch geduldet und bewohnte zuletzt ein Zimmer im Kellergeschoss. In ihren Briefen berichtet sie der Tochter von ihrem Berliner Alltag, den Anstrengungen und Niederlagen, aber auch von ihren bescheidenen Freuden und Hoffnungen. Ihr ersehntes Ziel war es, in die Schweiz zu gelangen. Gleichzeitig bemühte sie sich um ein Affidavit für die USA und ein Transitvisum für Kuba. Wochenlang lief die gehbehinderte Frau, die seit Oktober 1940 Englischunterricht nahm, zu verschiedenen Stellen in Berlin, täglich zwischen Hoffen und Bangen. Im Februar 1941 schreibt sie nach Basel: „Mir wird mit noch so guten Affidavits etc. nicht zu helfen sein, denn meine verfluchte Wartenummer verhindert alles, und ich habe gar keine Antwort vom Konsulat bekommen.“²¹ Ihre Hilferufe werden immer dringlicher, als fühlte sie die enger werdende Schlinge um den Hals. Mitte März 1941 berichtet sie: „Bei mir ist Krieg, und man weiß daher nie, was morgen sein kann. Während ich jetzt abends 9 Uhr dies schreibe, ist noch nichts los, aber es kann noch kommen wie vergangene Nacht mal wieder nach langer Pause. Mein Gottvertrauen stärkt mich dabei, denn so ganz allein hier unten im Keller! [...] Draußen tageshell, saß ich am Fenster und betrachtete den Himmel im Hochbetrieb.“²² Zwei Wochen später: „Bei mir herrscht nur ein Gedanke, von morgens bis abends – nur raus!!!“²³

Noch im November 1941, als das Emigrationsverbot bereits verhängt worden war, setzte sie ihre Anstrengungen fort: „Von 11-3 Uhr saß ich in diesem Jammerhaus Hilfsverein, wo Hunderte von Menschen vom Unglück gezeichnet herumsitzen und eigentlich nicht wissen wozu. Hilfe und Rat wollen sie alle haben, nicht einer geht mit einer zufriedenstellenden Antwort ab, genau wie ich selbst.“²⁴ Einen Monat später schien sie zu resignieren: „Helfen wirst Du mir nicht können, denn bei den eingetretenen Verhältnissen ist jede Hoffnung aus!“²⁵

Zentral ist die Erinnerung an Zwangsarbeit. Seit 1940, spätestens 1941 wurden nicht nur die jüdischen Männer, sondern auch fast alle arbeitsfähigen Frauen im Alter von 14 bis 55 Jahren in der Rüstungsindustrie und in kriegswichtigen Betrieben zur Zwangsarbeit herangezogen. Im August 1941 galt die Arbeitskapazität der jüdischen Bevölkerung in Berlin als „voll ausgenutzt“.²⁶ „Der entsetzliche Krieg war im Gange. Da hieß es, alle Juden, die müssen arbeiten oder [ins] KZ, so kam ich 1940 zu Siemens. [...] Post von den Kindern und Verwandten blieb aus, wir waren im Hexenkessel“, heißt es bei Edith Rosen-

²⁰ Iselotte Thernal, *Meine Erlebnisse während der Zeit der Judenverfolgungen in Deutschland 1933–45*, Berlin im März 1957 (Wiener Library), Yad Vashem Archives Jerusalem (YVA), 02/346, 17 S., hier S. 1.

²¹ Marie Winter, Brief vom 27. 2. 1941, Privatbesitz Gabriel Heim.

²² Winter, Brief vom 13. 3. 1941, ebenda.

²³ Winter, Brief vom 28. 3. 1941, ebenda.

²⁴ Winter, Brief vom 10. 11. 1941, ebenda.

²⁵ Winter, Brief vom 14. 12. 1941, ebenda.

²⁶ Wolf Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 212. Männer wurden zwischen 14 und 60 Jahren zwangsverpflichtet.

thal.²⁷ Frauen verrichteten in Tag- und Nachtschichten ungewohnt schwere körperliche Tätigkeiten. Darüber hinaus lastete auf vielen die Verantwortung für alte oder kranke Angehörige, auf den Müttern die Sorge um die Kinder. Oft lebten sie unter bedrückenden Wohnverhältnissen nach erzwungenen Wohnungswechseln. Der Ausnahmezustand wurde zum Alltag. Ilse Rewald (geb. 1918) schreibt über das Jahr 1941:

„Ich werde in einer Rüstungsfabrik der Luftwaffe zwangsverpflichtet. Wir arbeiten zehn Stunden täglich [...]. Wir kontrollieren schwere Eisenteile, prüfen die Gewinde und müssen unseren Kontrollstempel zum Schluss darauf drücken. Wer etwa fehlerhafte Teile stempelt, wird wegen Sabotage angezeigt. Paradoxiertweise arbeiten wir für Deutschlands Rüstung und sind noch froh, dass wir gebraucht werden. [...] Der Hocker ohne Lehne ist mir eine Qual, und in den letzten Stunden des Tages schmerzt mein Rücken so, dass ich denke, er bricht entzwei.“²⁸

Erna Segal (geb. 1898) verfasste 1956 ein umfangreiches Manuskript über das Schicksal ihrer Familie im Ersten Weltkrieg, in den Verfolgungsjahren seit 1933 und in der Zeit der Illegalität. Die Mutter von drei Kindern, Hausfrau und langjährige ehrenamtliche Mitarbeiterin im jüdischen Wohlfahrts- und Jugendamt, arbeitete seit Anfang 1942 in einer Fabrik zur Herstellung von Soldatenmänteln. Ihre Erinnerung lautet: „Schmerzerfüllt und von Gram gebeugt, krank an Körper und Seele musste ich tagaus tagein zu der mir so verhassten Zwangsarbeit gehen. Der lächerliche Arbeitslohn wurde von der Firma auf ein Sperrkonto eingezahlt, wir waren nur Sklavenarbeiter für die Kriegsmaschine Hitlers und seiner Genossen.“²⁹ In ihrer Erinnerung verbindet sich die Kriegsentwicklung mit ihrer persönlichen Situation bei der Zwangsarbeit: „Es wurde August 1942, immer lauter wurden die Nachrichten, dass Südfrankreich besetzt werden wird. [...] Ich weinte Tag und Nacht, ich weinte bei der Arbeit. Ich war nicht mehr imstande, mein bestimmtes Quantum an Pelzwesten zu schaffen, hatte bereits Unannehmlichkeiten. Wir hatten einen Vormann [...] [er] trieb uns an und drohte mit der Abschiebung, wer nicht genug schaffte. Eines Tages brach ich bei der Arbeit zusammen [...] und man brachte mich halbtot nach Hause.“³⁰

Nach Beginn der Deportationen war die Hoffnung, durch die Zwangsarbeit vor der Verschleppung geschützt zu sein, ein enormer Antrieb zu Höchstleistungen in den Betrieben. Else Murzynski berichtet über eine Freundin, die in einer Schneeketten-Fabrik als Schweißerin arbeitete: „Sie erzählt uns, dass ihr Vorarbeiter davon spricht, dass derjenige, der den Rekord erreicht, vorläufig von der Deportation zurückgestellt wird. Und Ella arbeitet. Sie schuffet, ihre Augen sind rot unterlaufen vom grellen Licht, die Hände voller Schwielen. Sie will ihre Tochter von 17 Jahren retten und den Sohn im Ausland wiedersehen.“³¹

Im August 1942 meldete sich Else Murzynski, die bis dahin noch als Praxishelferin bei einem jüdischen Zahnarzt beschäftigt war, für eine Stelle bei der Firma Osram, da auch sie glaubte, durch Fabrikarbeit eher vor der Deportation sicher zu sein. Im jüdischen Arbeitsamt war jedoch ihre Karteikarte nicht auffindbar. Ein Freund hatte sie verschwinden lassen, um sie zu schützen. Ihre unbedachte Meldung zog den sofortigen Deportationsbefehl für sie und ihre Tochter nach sich. Diese Situation beschreibt sie mit den Worten: „Der Schatten, der zwei Jahre hinter uns her war, hatte Gestalt bekommen. Die Gefahr

²⁷ Rosenthal, Aufzeichnungen, AGDW, S. 1.

²⁸ Ilse Rewald, Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben. Beiträge zum Widerstand 1933–1945, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1975, 14 S., hier S. 2.

²⁹ Collection Erna Segal, Leo Baeck Institute Archives New York (LBI NY), ME 594, 1. und 2. Teil, 319 S., hier 2. Teil, S. 146.

³⁰ Ebenda, 1. Teil, S. 68.

³¹ Murzynski, Autobiografischer Text o.T. (s. Anm. 15), S. 8f.

jagte uns nicht mehr, sie war unabwendbare Tatsache geworden. Der gähnende Abgrund, die Hölle warteten!³² Um Zeit zu gewinnen, ließ sie sich ein Thrombose auslösendes Mittel injizieren, das sie transportunfähig machte.

Fast alle Frauen hatten vor ihrem Entschluss zum Untertauchen die Verschleppung nahestehender oder fremder Menschen selbst erlebt. Else Murzynski musste mit ansehen, wie rücksichtslos die Gestapo den gelähmten Sohn ihres Vermieters „abholte“: „Es geht jedes Gefühl unter, in der Hilflosigkeit, in der wir uns befinden. Da nützt kein Beten und kein Klagen mehr. So geht es weiter – rund um uns nichts als Elend“, notiert sie für den Sommer 1942.³³

Edith Rosenthal berichtet: „Einer nach dem Anderen kam fort. Mit meines Bruders Frau Luise traf ich mich jeden Morgen um Viertel sechs Uhr auf dem Bahnhof. Eines Tages kam sie nicht mehr. [Zu] Straßenrazzien aus Wohnungen, ohne vorher etwas anzusagen, kam die SS [...] Sie machten uns das Leben zur Hölle!“³⁴ Im Folgenden beschreibt sie die Szene einer brutalen Abholung von Mitbewohnern, deren Zeugin sie wurde: „Vier Untermieter holten sie aus meiner Wohnung ab. Mann, Frau, Kind und Schwester der Frau. Besoffen kam die SS an, und mit Fußtritten wurde besonders das 11-jährige Kind behandelt. Die Frau Linberg lag krank im Bett, nichts half, sie musste mit.“³⁵

Nach dieser Schreckenszene ging Edith Rosenthal aber nicht dazu über, ihre Flucht vor der Deportation zu planen, sondern sie dachte an Suizid: „Nach all diesen Aufregungen konnte ich nicht mehr und überredete mein Goldchen [Ehemann] zum Schlussmachen. Es war nicht so einfach, aber es gelang mir. Zyankali hatte ich besorgt. Es ist mir noch so im Gedächtnis, als sei es heute gewesen.“³⁶

Nachdem schon die Novemberpogrome 1938 eine größere Zahl von Suiziden deutscher Juden ausgelöst hatten, nahmen diese nach Beginn der Deportationen stark zu.³⁷ Die amtliche Aufforderung, die Wohnung zu räumen und sich zur „Evakuierung“ bereitzuhalten, löste bei vielen, die sich nun jeglichen Rückhalts beraubt sahen, den Entschluss aus, dem Leben selbst ein Ende zu setzen. Hildegard Henschel, die Frau des letzten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, antwortete im Jerusalemer Eichmannprozess auf die Frage, ob es eine Möglichkeit gegeben habe, sich der Deportation zu entziehen: „Nur den Selbstmord [...]. Die Selbstmorde begannen unmittelbar vor dem ersten Transport nach Litzmannstadt und steigerten sich in einem sehr schnellen Tempo. Die Leute nahmen Veronal, zum Teil auch Zyankali.“³⁸ Als „runde Zahl von Selbstmorden“ zwischen dem Oktober 1941 und Anfang 1942 nannte Hildegard Henschel allein für Berlin die Zahl von 1 200. Kwiet und Eschwege gehen davon aus, dass in Berlin insgesamt etwa vier Prozent, zeitweilig aber auch bis zu zehn Prozent der zur Deportation vorgesehenen Juden in den Tod flüchteten. Zwischen 2 000 und 3 000 sollen sich allein in der Deportationszeit umgebracht haben.³⁹

³² Ebenda, S. 12.

³³ Ebenda, S. 10.

³⁴ Rosenthal, Aufzeichnungen, AGDW, S. 1f.

³⁵ Ebenda, S. 2.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Kwiet/Eschwege, Selbstbehauptung, darin der Abschnitt „Selbstmord“, S. 194–215, hier S. 202.

³⁸ Zitiert nach Kwiet/Eschwege, Selbstbehauptung, S. 203.

³⁹ Ebenda, S. 205. Außerdem: Dagmar Hartung-von Doetinchem/Rolf Winau (Hrsg.), Zerstörte Fortschritte. Das Jüdische Krankenhaus in Berlin 1756 – 1861 – 1914 – 1989, Berlin 1989, S. 179; vgl. auch Kaplan, Mut, S. 255–262.

Eine neuere Veröffentlichung über den „erzwungenen Freitod“ Berliner Juden enthält für das Jahr 1942 eine Liste von 823 Namen jüdischer Frauen und Männer, die nach ihrem Suizid auf dem jüdischen Friedhof von Weißensee bestattet wurden.⁴⁰ Die genauere Analyse der Liste bestätigt, was auch Kwiet und Eschwege konstatieren: „Die jüdischen Selbstmörder waren alt.“⁴¹ In der Tat war weit mehr als die Hälfte älter als 62 Jahre; zwei Drittel waren weiblich. Dass auch Frauen, die sich zur Flucht in die Illegalität entschlossen, oft unmittelbar vor dieser Entscheidung den Selbstmord als Ausweg erwogen hatten, zieht sich durch viele Berichte.

Die Entscheidung: Zwischen Ohnmacht und Handeln

Im Folgenden geht es um die Frage, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen Frauen unter den beschriebenen extremen Belastungen fähig waren, die Entscheidung zur Flucht zu treffen. Es gab eine Vielzahl von Möglichkeiten: Sorgfältig vorbereitetes Verschwinden zu einem gewissen Zeitpunkt, vage Verabredungen mit potenziellen Helfern oder spontane Reaktionen auf eine Bedrohungssituation, ein Sprung ins völlig Unbekannte, ins Nichts.⁴²

Jüngere Frauen, die noch bei ihren Eltern oder in engem Kontakt mit ihnen lebten, stellte deren Deportation oft vor ein quälendes Dilemma. Die Frage, ob man Mütter, Väter, Geschwister allein lassen dürfe, quälte Frauen offenbar noch mehr als Männer, wie aus vielen Berichten hervorgeht.⁴³ Der Entschluss zum Untertauchen wurde so zur tragischen Entscheidung. Nach dem Überleben kehrte die Frage nach der eigenen Schuld als schmerzhaft Last zurück und war nur schwer zu bewältigen.⁴⁴ Lotte Themal schildert die Situation, wie sie am 9. Januar 1942 plötzlich erfuhr, dass ihre Mutter sich im Sammellager zur Deportation befand. In ihrer Fassungslosigkeit habe sie bei der Jüdischen Gemeinde angefragt, ob sie mitkommen könne. Der mit ihr befreundete Angestellte habe geantwortet: „Lotte, mache es mir bitte nicht schwer, ich kann es nicht verantworten, ich muss dir die Wahrheit sagen. Du würdest umsonst dein Opfer bringen. Man nimmt dir in den ersten 10 Minuten dein Kind weg, und in weiteren 10 Minuten trennt man dich von deiner Mutter. Wem hilfst du?“⁴⁵ In ihrem Bericht gibt sie diesen Dialog als wörtliche Rede wieder, als wolle sie sich ihr Verhalten selbst erklären.

Um nicht von ihren Angehörigen getrennt zu werden, wollte Ilse Rewald ebenfalls „evakuiert“ werden, als ihre Mutter und Tante Anfang Januar 1942 nach Riga deportiert wurden. Sie glaubte allerdings damals noch an ein Arbeitslager im Osten. Da ihr Mann als Zwangsarbeiter bei der Reichsbahn aber nicht freigestellt wurde, blieb das Ehepaar in Berlin zurück. Sie tauchten unter.⁴⁶

⁴⁰ Anna Fischer, *Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938–1945 in Berlin*, Berlin 2007, S. 129–153. Vgl. auch Christian Goeschel, *Selbstmord im Dritten Reich*, Berlin 2011.

⁴¹ Kwiet/Eschwege, *Selbstbehauptung*, S. 213.

⁴² Dieser Ausdruck stammt aus dem Titel der Studie von Katrin Rudolph, *Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und „nichtarischen“ Christen*, Berlin 2005.

⁴³ Vgl. Kosmala, *Zwischen Ahnen und Wissen*, S. 150–153.

⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 153–156.

⁴⁵ Themal, *Erlebnisse*, YVA, 02/346, S. 2.

⁴⁶ Vgl. Rewald, *Berliner, die uns halfen*, S. 4f.

Lotte Strauss (geb. 1913) schreibt in ihren autobiografischen Aufzeichnungen Jahrzehnte nach den Ereignissen über die Verschleppung ihrer Mutter und ihres Vaters im Oktober 1942: „Ich versuchte viele Stunden, meine Eltern zu überreden, den Befehl zu missachten und sich statt dessen im Berliner Untergrund zu verstecken.“⁴⁷ Sie konnte sie nicht überzeugen. In der Nacht nach der Abholung der Eltern entkam sie selbst in letzter Minute der Gestapo. Dies war für die junge Frau das Signal zum Untertauchen, gemeinsam mit ihrem späteren Mann.

In den Schilderungen der Fluchtsituation erscheint das Untertauchen oft als spontane, ungeplante Handlung. Betrachtet man aber den gesamten Erinnerungstext, gibt es Hinweise, dass besonders Frauen mit einem Kind oder mehreren Kindern für den gefürchteten Tag X häufig Vorkerhungen getroffen hatten. Allerdings lebten im Herbst 1941 nur noch verhältnismäßig wenige Kinder und Jugendliche unter 17 Jahren in Berlin bzw. Deutschland. Zwischen Januar 1939 und Kriegsausbruch waren 5 479 Mädchen und Jungen zwischen zwei und 17 Jahren durch die Abteilung Kinderauswanderung und den Hilfsverein der deutschen Juden aus dem Altreich ins Ausland (außer Palästina) in Sicherheit gebracht worden. 4 753 von ihnen gelangten von Dezember 1938 bis September 1939 ohne ihre Eltern über die Niederlande nach Großbritannien.⁴⁸ Mehrere tausend Jugendliche entkamen bis 1939 auch im Rahmen der von Recha Freier gegründeten Jugend-Alija nach Palästina, sei es auf legalem oder bereits illegalem Wege.⁴⁹ Ende 1939 lagen bei der Reichsvereinigung jedoch noch unbearbeitete Anträge für 10 833 Kinder vor, die meist nicht mehr entkommen konnten.⁵⁰ Nach Beginn der Deportationen gab es in Deutschland, wo der politische Widerstand seit 1933 systematisch zerschlagen worden war, keinerlei organisierte Rettungsaktionen für jüdische Kinder, wie wir sie beispielsweise aus dem deutsch besetzten Polen oder den Niederlanden kennen. Die in Berlin verbliebenen Kinder konnten meist nur durch die Anstrengungen ihrer Mütter (oder Väter) und mithilfe von Nichtjuden gerettet werden.⁵¹

Obwohl Else Murzynski noch keine konkreten Pläne hatte, schuf sie seit Mitte 1942 für sich und ihre Tochter finanzielle Rücklagen für eine eventuelle Flucht vor der Deportation. Die einst wohlhabende Frau verkaufte Möbel und Bilder und ließ Porzellan und Schmuck zur Aufbewahrung nach Bayern bringen, was ihr später tatsächlich zugutekam. Allerdings verlor sie mehrmals größere Geldbeträge an betrügerische Fluchthelfer, die sie über die Schweizer Grenze bringen sollten – ein Desaster, das auch viele andere erlitten. Die Flucht in die Illegalität zog Erna Murzynski erst im Herbst 1942 in Erwägung, als ein jüdischer Bekannter, der bereits untergetaucht war, sie dazu ermutigte. Trotz dreimaliger Aufforderung zur Deportation verhartete sie wie gelähmt: „Ich komme in einen Zustand, der Gefahr kalt ins Auge zu schauen. Dies endlose Warten, ohne zu wissen, was geschehen

⁴⁷ Lotte Strauss, *Über den grünen Hügel. Erinnerungen an Deutschland*, Berlin 1997. Vgl. darin das Kapitel: Die Deportation der Eltern, Flucht vor der Gestapo, Berlin, 24. Oktober 1942, S. 63–80.

⁴⁸ Vgl. Claudia Curio, *Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien*, Berlin 2006.

⁴⁹ Vgl. Gudrun Maierhof, *Wege der Rettung. Recha Freier und Käte Rosenheim*, in: Gudrun Maierhof/Chana Schütz/Hermann Simon (Hrsg.), *Aus Kindern wurden Briefe. Die Rettung jüdischer Kinder aus Nazi-Deutschland*, Berlin 2004, S. 48–69.

⁵⁰ Vgl. Curio, *Verfolgung*, S. 63.

⁵¹ Vgl. Marnix Croes/Beate Kosmala, *Facing Deportation in Germany and the Netherlands: Survival in Hiding*, in: Beate Kosmala/Georgi Verbeeck (Hrsg.), *Facing the Catastrophe. Jews and Non-Jews in Europe during World War II*, Oxford u. a. 2011, S. 97–158, hier S. 118f.

wird. Wissen, dass der Tag auf einen wartet, man kann es nicht glauben. [...] Ich habe nur das sichere Bewusstsein, [...] dass ich kämpfen muss für das Leben meiner Tochter. Es ist ein starkes und hartes Gefühl.⁵² Offenbar erschienen ihr die in Aussicht stehenden Quartiere viel zu vage und gefährlich. Erst Ende Januar 1943, als die Gestapo ohne Vorankündigung erschien, um alle Bewohner des Hauses festzunehmen, brachte sie in der fast ausgeweglosen Situation die Kaltblütigkeit auf, mit der 16-jährigen Tochter aus der Wohnung zu flüchten. „Es ist stockfinstere Nacht, kein Mond. Mit einem Ruck entfernen wir die Judensterne von unseren Mänteln, werfen sie in eine Ecke. Mein Herz klopft zum Zerspringen, mein Blut und alle Pulse rasen. Wir gehen und gehen, wie aufgezoogene Maschinen, ich denke nichts als – nun sind wir frei.“⁵³ Dies war der Beginn einer komplizierten und gefährlichen Odyssee.

Zweifellos erregte die Vorstellung, alles hinter sich zu lassen, die bisherige Existenz gleichsam auszulöschen, Angst und Grauen. Viele wollten auf den Rückhalt, den sie noch bei Schicksalsgenossen fanden, nicht verzichten. Auch Lotte Thernal, die 1942 gemeinsam mit elf jüdischen Familien in einer Wohnung auf engstem Raum wohnte, zögerte ihr Untertauchen lange hinaus. Sie beschreibt, wie lebensnotwendig die Unterstützung war, die sich die Verfolgten angesichts der quälenden Alltagsprobleme gegenseitig gaben. „Wir waren wirklich wie eine große Familie, es gab keinen Streit, wir waren glücklich, wenn wieder ein Arbeitstag vorbei war und alle, die auf Außenarbeit waren, zurückgekommen waren.“⁵⁴

Erna Segal hatte sich zwar verhältnismäßig frühzeitig auf die Flucht in die Illegalität eingestellt, entschloss sich aber ebenfalls erst im Moment höchster Gefahr zu diesem Schritt. Sie berichtet von einem denkwürdigen Schlüsselerlebnis im Frühjahr 1942. Ein Soldat sei ihr auf der Straße gefolgt und habe sie angesprochen: „Er hielt es für seine Menschenpflicht, Juden über ihr zukünftiges Schicksal aufzuklären, damit der eine oder andere vielleicht die Möglichkeit habe, sich zu retten.“⁵⁵ Der Soldat habe an sie appelliert, jede Chance zu nutzen, sich nicht deportieren zu lassen. Ihr Mann aber habe den Fluchtgedanken als Utopie abgetan. Dies habe bei ihr den Entschluss bewirkt, notfalls auch allein aktiv zu werden:

„Ich habe nun all die Jahre entgegen meinem Willen seine Wünsche respektiert und war nun zum ersten Mal gewillt, allein zu handeln. Ich rief daher meine Kinder und eröffnete ihnen die ganze traurige und unfassbare Situation, erzählte ihnen genau, was ich gehört habe und fragte sie, ob sie gewillt wären, den Versuch zu machen, illegal zu leben, denn dann heißt es sofort handeln, sagte ich ihnen [...], und meine Kinder waren mit meinem Plan sofort einverstanden. Wir haben nichts zu verlieren und vielleicht alles zu gewinnen, sagten sie.“⁵⁶

Doch bis zur Verwirklichung ihres Plans verstrichen noch Monate. Erna Segal gibt an, sie habe im Juni 1942, kurz nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich am 27. Mai 1942, mit der konkreten Vorbereitung begonnen, da sie die Atmosphäre in Berlin als extrem bedrohlich erlebt habe: „Keiner wusste, was die nächsten paar Stunden bringen konnten, wir fingen nun an, alles zu ordnen, brachten einige Sachen zu D., um bereit zu sein, wann immer es die Zeit erfordern sollte. Wir hofften, den richtigen Zeitpunkt, in die Illegalität

⁵² Murzynski, Autobiografischer Text o. T. (s. Anm. 15), S. 16.

⁵³ Ebenda, S. 19.

⁵⁴ Thernal, Erlebnisse, YVA, 02/346, S. 3.

⁵⁵ Collection Segal, LBI NY, ME 594, 1. Teil, S. 128.

⁵⁶ Ebenda, S. 130.

zu gehen, nicht zu verpassen.“ Im Herbst 1942 befand sich die Familie jedoch noch immer in ihrer Wohnung: „Meine Tochter wurde sehr unruhig und wollte die Wohnung für immer verlassen. Ich bat sie, noch einige Tage zu warten, mein Mann hatte keine Unterkunft, und ich war ständig auf der Suche. Wir mussten uns also einig sein, die Wohnung gemeinsam zu verlassen!“ Um ein Haar wäre zumindest für den Sohn der richtige Zeitpunkt verpasst worden. Als die SS im November 1942 die Zwangsarbeiter des Lagers Wannsee plötzlich festnahm und sie in Lastwagen zur Deportationssammelstelle fuhr, gelang es dem 17-jährigen abzuspringen. „Er fiel auf das Pflaster, und [...] floh in die U-Bahn und riss seinen Stern ab und kam mit blutenden Knien und ganz erschöpft nach Hause. Der Augenblick, in die Illegalität zu gehen, war nun durch diesen Vorfall gekommen.“⁵⁷

Edith Rosenthal gelang es nach einem Erfahrungsaustausch mit einer befreundeten Familie, die bereits illegal lebte, sich von ihren Selbstmordgedanken loszureißen und Energie zum Handeln zurückzugewinnen. Ihr stärkster Antrieb war der unbedingte Wunsch, eines Tages ihre Kinder, die sie in Palästina wusste, wiederzusehen. Anfang 1943 traf sie gemeinsam mit ihrem Mann Vorkehrungen, um nicht vorzeitig „abgeholt“ zu werden: „Entfernung des Namensschildes und des Judensterns von der Tür, Abstellen der Klingel, Bestechung des Postboten, Anbringen einer Leiter im Luftschacht, lautloses Verhalten, Abkleben der Tür, um jeden Lichtschein zu vermeiden.“⁵⁸ Rosenthals präparierten aber nicht nur die Wohnung, sondern sorgten auch für die finanzielle Absicherung eines Lebens in der Illegalität. Dennoch zögerten sie den entscheidenden Schritt zu lange hinaus, sodass Edith Rosenthal nicht mehr gemeinsam mit ihrem Mann entkommen konnte.

Letztes Signal zur Flucht in die Illegalität war die sogenannte Fabrik-Aktion am 27. Februar 1943, eine reichsweite Großrazzia, bei der SS, Gestapo und Polizei überfallartig vor Fabriken, Betrieben und Wohnhäusern vorfuhren, um alle noch verbliebenen jüdischen Zwangsarbeiter und ihre Angehörigen festzunehmen, zu den Sammellagern zu fahren und in den folgenden Tagen nach Auschwitz zu deportieren.⁵⁹ Das Berliner Forschungsteam über die Deportationsflüchtlinge geht davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt zwischen 4 700 und 5 000 Jüdinnen und Juden in der Stadt „verschwanden“, d. h., dass der größte Teil aller in Berlin lebenden Juden, die vor der Deportation flüchteten, erst Ende Februar/Anfang März 1943 in den Untergrund ging.⁶⁰

Weil sie sich krank fühlte, blieb Edith Rosenthal am 27. Februar der Arbeit fern und wurde dadurch vom sofortigen Abtransport nicht erfasst. Als sie von der Festnahme ihres Mannes erfuhr, habe sie völlig gelähmt darauf gewartet, selbst „abgeholt“ zu werden. Doch mit dem Gedanken an ihre Kinder habe sie sich in letzter Minute anders besonnen. Mit den bereitliegenden 1 500 Mark flüchtete sie zu der vorher vereinbarten Adresse. Ihr Start in den Untergrund begann zwar nicht unvorbereitet und mittellos, aber sie musste in einem Zustand körperlicher und seelischer Erschöpfung und unter dem Schock, ihren

⁵⁷ Ebenda, S. 130.

⁵⁸ Rosenthal, Aufzeichnungen, AGDW, S. 2.

⁵⁹ Dazu Wolf Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischehen“ 1943*, Frankfurt a. M. 2005, S. 34–84.

⁶⁰ Beate Kosmala, Barbara Schieb, Claudia Schoppmann und Martina Voigt erarbeiten für die Berliner Gedenkstätte „Stille Helden“ in der Stiftung „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ eine Darstellung zum Thema Überleben in der Illegalität in Deutschland 1941–1945, die auch eine quantitative Auswertung des statistischen Materials einbezieht. Die Publikation ist für 2013/2014 geplant.

Mann verloren zu haben, die gefährliche Odyssee beginnen, ohne zu wissen, wie lange sie würde standhalten müssen.⁶¹

Auch Klara Donig, deren erste Flucht 1938 gescheitert war, erfuhr am Tag der Fabrik-Aktion, dass ihr Mann im Betrieb festgenommen wurde. Erst als die abholenden Wagen schon vor dem Haus standen, überwand sie ihre Angststarre. Treibende Kraft zur Flucht war wohl die damals 12-jährige Tochter, die sie anflehte, doch noch zu fliehen. Die Mutter und das Mädchen versteckten sich für einige Stunden in den Müllkästen ihres Mietshauses, bis sie nach Einbruch der Dunkelheit unbemerkt das Haus verlassen konnten. Im Bericht der Tochter heißt es: „Wir gingen nur mit dem, was wir anhatten, ohne Geld, ohne Ausweise, ohne irgendetwas, zu Freunden, die in derselben Straße wohnten.“⁶²

Besonders eindringliche Selbstzeugnisse liegen von Alice Löwenthal vor, die ebenfalls erst nach der Festnahme ihres Mannes am Tag nach der Fabrik-Aktion mit ihren beiden Kindern aus ihrer Wohnung flüchtete. Sie war bis zu diesem Zeitpunkt nicht auf die Flucht in ein Versteck vorbereitet gewesen, sondern auf die gemeinsame Deportation, da sie und ihr Mann nicht an die Möglichkeit geglaubt hatten, als Familie überleben zu können.

Später beschreibt sie den Moment ihrer nächtlichen Entscheidung:

„Ich legte abends zur gewohnten Zeit meine beiden Kleinen schlafen. Da wir Juden ja schon lange kein Telefon mehr in der Wohnung haben durften, rief ich dann von einem Mitbewohner unseres Hauses bei christlichen Freunden an, um mich noch einmal von ihnen zu verabschieden. Der Wohnungsinhaber hörte das Telefongespräch mit an und sagte danach, er wolle mir helfen, ich dürfe keinesfalls warten, bis man auch mich mit den Kindern abhole. Der Kinder wegen müsse ich es tun. Ich sah ein, dass ich niemals mit meinem Mann und den Kindern zusammenbleiben würde, oder gar zusammen in ein Lager kommen würde. Ein kurzer harter Kampf mit mir selber, denn ich wollte ja auch meinen Mann nicht im Stich lassen, dann ging ich auf diesen wohlgemeinten Rat ein. Die ganze Nacht hindurch half mir dieser Mann, wenigstens einen Teil unserer Kleidung und Wäsche aus der Wohnung in seine eigene zu transportieren. [...] Er half mir, alte Familienerinnerungen, Briefe und Bilder zu verbrennen, die ich diesen Gestapomördern nicht in die Hände fallen lassen wollte. Meine Jugend verbrannten wir, so war es mir!“⁶³

Alice Löwenthals Worte bringen besonders eindringlich zum Ausdruck, weshalb die Vorstellung von der „Illegalität“ so grauerregend war, bedeutete sie doch, die eigene soziale Existenz spurlos auszulöschen. Noch in letzter Minute vor dem Absprung erwog auch die Mutter von zwei kleinen Töchtern den Suizid als Ausweg:

„Dann, gegen Morgen allein gelassen, stand ich in meiner Küche vor dem Gasherd und überlegte, ob es nicht besser sei, die fest schlafenden Kinder in ihren Bettchen in die Küche zu schieben, mich selbst auf den Fußboden zu legen und die vier Gashähne aufzudrehen. Damit wäre alle Angst und Qual zu Ende. Dann aber sagte ich mir wieder, dass vielleicht, vielleicht doch mein Mann einmal zurückkäme und dann das alles umsonst durchgehalten hätte. Diesen Verzweiflungsgedanken durfte ich nicht ausführen, das hatte er nicht verdient.“⁶⁴

Die wenngleich nur vage Hoffnung, das Ende von Krieg und Verfolgung erleben und geliebte Angehörige wieder finden zu können, war ein entscheidender Antrieb, die Flucht in die Illegalität zu wagen und die Zeit des sozialen Todes durchzustehen.

Spontane Fluchten ohne jegliche finanzielle Mittel und ohne verabredete Verstecke waren eher für junge Frauen typisch, die ohne Angehörige zurückgeblieben waren. Die Fä-

⁶¹ Vgl. Rosenthal, Aufzeichnungen, AGDW, S. 3.

⁶² Salzmann, Bericht, AGDW, S. 2.

⁶³ Alice Nickel (Löwenthal), „Illegal“ in Berlin (Wiener Library), YVA, 02/622, 6 S., hier S. 1.

⁶⁴ Ebenda.

higkeit zum spontanen Handeln konnte lebensrettend sein, wie das Beispiel von Hanni Weissenberg (geb. 1923) zeigt. Ihr Vater erlag 1940 als Zwangsarbeiter einem Asthmaleiden, und im Frühjahr 1942 starb auch ihre Mutter. Im September 1942 stand die 19-Jährige ihrer Großmutter bei, als diese zur Deportation nach Theresienstadt abgeholt wurde. Danach zog sie zu jüdischen Bekannten. Da die Eltern schon Ende der 1930er Jahre auf die Wohlfahrt angewiesen waren, gab es keine finanziellen Rücklagen. Auch Hanni Weissenberg war am 27. Februar 1943 wegen einer Verletzung an der Hand der Zwangsarbeit ferngeblieben, aber die „Abholer“ standen bald vor der Haustür. Sie erinnert sich an die Situation:

„Gestapo und jüdische Menschen, zum Abholen gezwungen, verteilten sich in den verschiedenen Aufgängen. Bald darauf klingelte es an meiner Tür. Ich hielt mich fest, um nicht dem Reflex zu folgen, die Tür aufzumachen. Ich hatte jetzt die feste Absicht, nicht mitzugehen. Wie ich das machen könnte und wohin, war mir völlig nebelhaft. [...] Ich riss die Tür auf und jagte die drei Treppen herunter, ohne gesehen zu werden, und war auf der Straße! Mit einem Stern und sonst nichts!“⁶⁵

Ähnlich abrupt erfolgte Steffi Cussels (geb. 1918) Flucht in den Untergrund. Was sie bis zu diesem Zeitpunkt erlebt hatte, kann hier nur in Kurzform zusammengefasst werden. Während ihr älterer Bruder 1938 nach Australien entkommen war, wurde sie 1939 zur Zwangsarbeit bei der Fa. Siemens verpflichtet. Als der Vater schwer erkrankte, wurde die Lage der Familie ausweglos. Er starb im Frühjahr 1941 an Lungenentzündung, die Mutter wurde ein halbes Jahr später nach Minsk deportiert. Die völlig mittellose Tochter zog nun zu einer jüdischen Freundin, deren Eltern ebenfalls verschleppt worden waren. Als eines Morgens im Februar 1943 Gestapo im Treppenhaus erschien und sie ihre „Abholung“ befürchtete, setzte sie alles auf eine Karte. Sie flüchtete spontan, ohne jede Vorsorge, und besaß nur noch das, was sie „auf dem Leibe trug“.⁶⁶

Wie die Beispiele von Hanni Weissenberg und Steffi Cussel zeigen, geschah die Flucht in den Untergrund in vielen Fällen spontan. Gelingen konnte sie meist nur, wenn die Frauen zumindest Anhaltspunkte hatten, an wen sie sich wenden konnten, d. h. Kontakte zu nichtjüdischen Berlinern, von denen sie annehmen konnten, dass sie entweder bereit wären, die Verfolgten aufzunehmen oder sie zumindest nicht zu verraten.

Auch Margot Stark (geb. 1922) war nach der Deportation der Eltern mittellos zurückgeblieben. Im Februar 1943, eine Woche vor der Fabrik-Aktion, erschien die Gestapo an der Wohnung, wo sie noch mit anderen Juden lebte. In einem Interview erinnert sie sich: „So, wir beschlossen also nicht aufzumachen, und die Angst war wahnsinnig. Also man wusste, man hatte ja keine Chance. Nach vielleicht ein bis zwei Stunden, ich weiß es heute nicht, wurde es ruhig. [...] Und dann haben wir noch ganz, ganz lange gewartet, vielleicht noch einmal anderthalb oder zwei Stunden. Und dann hatten wir eine ganz gute Chance zur Flucht.“⁶⁷ Sie floh zu christlichen Bekannten ihrer Eltern, die es aber ablehnten, sie aufzunehmen. In dieser aussichtslosen Lage half ein Zufall in Gestalt eines Nachbarn: „Ich dachte, also, ja nun ist es aus, wie ja immer. [...] Es war ja alles dunkel, da kam Herr Meinke an mir vorbei und sagte in dem Moment, und das sind die Worte, die

⁶⁵ Hanni Lévy, Berlin zwischen 1940 und 1945, Paris 1983, AGDW, 13 S. Weitere Informationen über die Kindheit und Jugend und die Zeit in der Illegalität berichtete sie 2010 und 2011.

⁶⁶ Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin, Entschädigungsstelle, Register-Nr. 250612, Lebenslauf von 1960.

⁶⁷ Interview von Beate Kosmala mit Margot Stark in Berlin, 4. 1. und 13. 4. 2000, Transkription im AGDW.

meinem Gedächtnis unvergesslich bleiben: Komm sofort zu uns! Komm sofort zu uns!⁶⁸ Margot Stark kehrte noch ein letztes Mal in die inzwischen leere Wohnung zurück:

„Ich hab ganz, ganz schnell wahllos in einen Rucksack was reingetan und nahm den Schlüssel für den Boden und verschwand – mit nichts. Kein Geld, ich hatte ja nichts, also, ich war ja für nichts vorbereitet, muss ich dazu sagen. Das, was ich anhatte, Wintermantel und ein paar Sachen [...] und so schnell wie möglich wieder raus [...] ohne Stern natürlich, möchte ich betonen, das ist ganz klar. [...] Und jetzt habe ich überlegt, um Gottes willen, also, du musst erstmal einen großen Umweg machen. Man hat ja nicht gewusst, ob man beobachtet wurde oder wie auch immer. Man war ahnungslos, wir hatten ja wirklich keine Vorstellung von nichts, also einen großen Umweg gemacht, und kam dann also glücklich in die Wohnung des Ehepaars Meinke.“⁶⁹

Lange Zeit herrschte der Eindruck vor, dass die Versteckten eher jünger waren.⁷⁰ Aufgrund der inzwischen breiten Datenbasis (3 400 Personen) des Berliner Forschungsteams der Gedenkstätte Stille Helden ergibt sich ein differenzierteres Bild: 20 Prozent gehörten den Geburtsjahrgängen 1860–1889 an, 24 Prozent waren von 1890 bis 1899 geboren, 19 Prozent von 1900 bis 1909, 15 Prozent von 1910–1919, 14 Prozent von 1920–1929, 8 Prozent von 1930–1944. Bisher wurde das Alter noch nicht nach Frauen und Männern differenziert. Die größte Gruppe von etwa einem Drittel war also 1942 zwischen 23 und 42 Jahre alt, aber 60-jährige und ältere Frauen und Männer stellten ebenfalls einen erheblichen Anteil.⁷¹

Auch Selbstzeugnisse älterer Frauen zeigen, mit welcher Entschlossenheit sie versuchten, der Deportation zu entkommen. Am 5. November 1941 schreibt die 62-jährige Marie Winter angesichts der Zwangstransporte aus Berlin an die Tochter in Basel: „Wohin, lieber Gott, ist meine große Schicksalsfrage: zu Dir oder nach Cuba – der große allgemeine Rausschmiss kommt nicht in Frage, lieber tot. Noch bin ich gesund und hoffnungsvoll im Gegensatz zu all meinen Freunden, die sozusagen gepackt auf die Höllenfahrt warten. Diesen Gedanken lasse ich einfach nicht aufkommen.“⁷²

Zwei Monate später wurde sie selbst für einen der nächsten Transporte erfasst und versuchte verzweifelt, der Tochter ihre Todesangst begreiflich zu machen:

„Ille, meine Geliebte, es sieht inzwischen bitterböse mit mir aus: ich bin registriert, und es wird mir nicht anders gehen als meinen anderen Unglücklichen. Ich bin kein Mensch mehr. Ich komme mir vor wie in dem Kampf ums Leben, den heute Morgen ein Mäuschen durchmachen musste. Als ich heute zum Waschen kam, sitzt gemütlich in der Wanne eine Maus. Erschreckt öffnete ich schleunigst den Wasserhahn und goss dazu noch grausam Wasser auf ihr Haupt. Es war scheußlich anzusehen, wie das arme Wesen sich aus dieser Todesgefahr zu retten suchte. Mittlerweise war die Wanne schon halb voll, und die Maus schwamm immer noch kämpfend in dem großen Meer, bis ihr endlich die Puste ausging. Erstaunlich, wie lange die Kraft um den Lebenskampf anhielt. Such is life! Vielleicht auch das meine!“⁷³

Allein ihre starke Bindung an die Tochter und der Wunsch, bei ihr zu sein, schienen ihr noch etwas Energie zu geben.⁷⁴ Marie Winter wollte dem „Rausschmiss“ und der „Höllenfahrt“, wie sie die Deportation bezeichnet, unter allen Umständen entkommen. Der Toch-

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Vgl. Kaplan, Mut, S. 288, weist auf die Studie von Avraham Seligmann hin, der vermutet, dass die Hälfte der Versteckten zwischen 12 und 59 Jahre alt war. Vgl. ders., An Illegal Way of Life in Nazi Germany, in: Leo Baeck Institute Yearbook 37 (1992), S. 327–361, hier S. 359.

⁷¹ Vgl. Datenbank der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) Berlin.

⁷² Winter, Brief vom 5. 11. 1941, Privatbesitz Gabriel Heim.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Vgl. Winter, Brief vom 19. 3. 1942.

ter gelang es schließlich, von Basel aus eine Hilfsaktion in Gang zu setzen, die sich aber zu lange hinzog. Im März 1942 sprang Marie Winter, bereits auf dem Weg in das Sammellager, mit dem Mut der Verzweiflung aus der Straßenbahn und flüchtete zu Berliner Freunden der Tochter, wo sie sich bis zum Zeitpunkt der geplanten Bahnfahrt an die Schweizer Grenze zusammen mit vier anderen alten Jüdinnen fortgeschrittenen Alters verborgen halten konnte. Trotz sorgfältiger Vorbereitung wurden sie im Mai 1942 unmittelbar vor dem nächtlichen Grenzübertritt festgenommen.⁷⁵ Nur eine der fünf Frauen entkam auf Schweizer Boden;⁷⁶ eine von ihnen vergiftete sich im Gefängnis,⁷⁷ Marie Winter und die beiden anderen wurden deportiert.⁷⁸ Bekannt wurde das Schicksal dieser Frauen im Rahmen der Forschung über die Dichterin Gertrud Kantorowicz, die eine der Beteiligten war. Die Geschichte zeigt, dass diese fünf Frauen zwischen 62 und 78 Jahren sich verhältnismäßig frühzeitig, im April 1942, zur Flucht vor der Deportation entschlossen. Möglicherweise gibt es noch sehr viel mehr gescheiterte Fluchten dieser Art.

Zur Gruppe älterer Frauen, die sich im letzten Augenblick dem Abtransport in den Osten widersetzen, gehört die verwitwete Ida Gassenheimer (geb. 1881). Tochter und Schwiegersohn entkamen 1942 mithilfe italienischer Diplomaten aus Berlin in die Schweiz.⁷⁹ Ende Februar 1943 war die vereinsamte Frau nicht auf eine Flucht in die Illegalität, sondern auf ihre baldige Abholung zur Deportation vorbereitet: „Etwas Geld, teils erspart, teils durch Verkauf von Einrichtungsgegenständen erworben, hatte ich in die Kleidungsstücke eingenäht [...], und einen Rucksack mit Essen hatte ich ebenfalls gepackt, – für die lange Fahrt.“⁸⁰ Doch kurz darauf – so erinnert sie sich – wurde sie Zeugin, wie in der ersten Märzwoche ihre letzten jüdischen Nachbarn „abgeholt“ wurden: „Es war dies ein uns nun schon bekannt gewordener hoher Militär-Lastwagen, auf den die Opfer nur sehr schwer aufsteigen konnten. Ich sah dann mit meinen eigenen Augen, wie sie hinaufgepeitscht wurden.“ Und sie zitiert eine für sie wohl bemerkenswerte Aussage der ihr unsympathischen Portiersfrau: „Man wollte Sie abholen, aber ich habe denen gleich gesagt, dass Sie zu anständig wären, um zu türmen.“ Die Gestapo habe angeordnet – so die Frau –, sie solle sich umgehend im Sammellager melden. Dieser Art von „Anständigkeit“ widersetzte sie sich entschieden. Ohne aus ihrer bereits versiegelten Wohnung ihre letzte Habe holen zu können, ohne ein mögliches Versteck zu kennen, entschloss sie sich zur Flucht. Nach einem ersten Fehlschlag fand sie bei der früheren Sprechstundenhilfe ihres

⁷⁵ Vgl. Angela Rammstedt, Das Scheitern der Damen Kantorowicz, Hammerschlag und Winter, in: Petra Zudrell (Hrsg.), *Der abgerissene Dialog. Die intellektuelle Beziehung Gertrud Kantorowicz – Margarete Susman oder Die Schweizer Grenze bei Hohenems als Endpunkt eines Fluchtversuchs*, Innsbruck u. a. 1997, S. 11–70.

⁷⁶ Paula Korn, geb. 1879, gelangte nach dem Krieg zu ihrem Sohn in die USA. Schweizerisches Bundesarchiv Bern, E 4264 (-) 1985/196, Dossier Nr. 03253.

⁷⁷ Paula Hammerschlag (1870–1942) nahm sich beim Verhör in Hohenems das Leben. Ihr Sohn, der im Dezember 1938 in die Schweiz geflohen war, war maßgeblich an der Fluchthilfeaktion von 1942 beteiligt.

⁷⁸ Gertrud Kantorowicz (1876–1945) und ihre Tante Klara Kantorowicz (1862–1943) wurden in das Ghetto Theresienstadt verschleppt, während Marie Winter, da sie bereits im März 1942 vor der Deportation geflohen war, einem Transport nach Riga angeschlossen und dort ermordet wurde.

⁷⁹ Noch vor Ende des Zweiten Weltkriegs publizierte die Tochter Käthe Cohn unter einem Pseudonym und mit anonymisierten Namen der Helfer ihre Fluchtgeschichte: Catherine Klein, *Escape from Berlin*. Translated by Livia Laurent, London 1944.

⁸⁰ Ida Gassenheimer, *Meine Erlebnisse in Nazi-Deutschland* (Wiener Library), YVA, 02/616, 20 S., hier S. 6.

Schwiegersohnes entscheidende Hilfe.⁸¹ Die Witwe überlebte und gelangte nach dem Krieg zu ihren Kindern nach England.

Implikationen der Entscheidung

Die Berichte von Frauen, die in der Illegalität den Holocaust überlebten, beinhalten zwar, soweit es in diesem Kontext überhaupt möglich ist, „Erfolgsgeschichten“, vermitteln aber kein Bild heroischer Widerstandskraft und ungebrochenen Überlebenswillens. Auch wenn sich die Frauen in bestimmten Situationen als stark und kämpferisch beschreiben, thematisieren sie immer wieder ihre physischen und psychischen Grenzen, ihre Nervenkrise und Zusammenbrüche. Angesichts der unwägbareren Gefahren fühlten sich viele – vor allem Frauen, die ihren Mann verloren hatten – hilflos und verlassen. Doch der Entschluss zum Untertauchen setzte oft ungeahnte Kräfte frei.

Else Murzynski, die die Wochen vor der Flucht in die Illegalität als Zeit völliger Ohnmacht beschreibt, entwickelte danach enorme Energien. Mit ihrer 16-jährigen Tochter überstand sie zehn Monate lang eine Odyssee durch verschiedene Verstecke, ehe sie am 30. Oktober 1943 dank einer aufrichtigen Helferin doch noch in die Schweiz entkommen konnten.⁸² Um die Fluchthelfer aus dem Grenzgebiet zu bezahlen, veräußerte Else Murzynski vorher die in Bayern eingelagerten Wertgegenstände – ein ebenfalls gefährliches Unterfangen.

Die gelungene Flucht in der Gewissheit, nicht nur sich selbst, sondern das eigene Kind gerettet zu haben, lässt Else Murzynski ihren Erlebnisbericht mit einer optimistischen, zukunftsorientierten Szene nach der Ankunft in der Schweiz beenden:

„Es ist ein trüber und kalter Novembertag, aber in unserem Herzen ist die Sonne, wir sind aufgeschlossen für alles Schöne, was wir hier sehen. [...] Neben mir geht mein Kind mit strahlendem Gesicht. Ich sehe sie oft von der Seite an, im Bewusstsein, dass ich sie zweimal geboren habe und sie jetzt einem besseren Leben entgegen geht. Die erste Nachricht, die ich meinem Mann und Sohn nach England senden darf, ist ein Telegramm: We are still alive.“⁸³

Lotte Thernal durchlebte nach ihrem überstürzten Untertauchen ebenfalls gefährvolle Monate, hetzte durch zahlreiche Quartiere. Schließlich ergatterte sie mit vorher nicht gekannter Kaltblütigkeit falsche Papiere. Berliner Helfer vermittelten ihr eine Adresse in Westpreußen, wo sie mit ihrem Kind unter falschem Namen unterkam. Anfang 1945 schlug sie sich von dort mit anderen Flüchtlingen vor der herannahenden Front mit letzter Kraft nach Berlin durch, wo sie noch im Februar mit Diphtherie in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Offenbar konnte sie diese Energien mobilisieren, weil sie für ihr Kind kämpfte und den Rückhalt ihres Mannes hatte, dem es ebenfalls gelang, die Zeit der Illegalität in Berlin zu überstehen. Trotz großen Verlusts endet ihr Bericht tröstlich: „Keiner meiner Angehörigen kam zurück, keiner meiner Freunde. Möge ihnen allen die ewige Ruhe gegeben sein. Allen denen, die uns halfen, diese Zeit zu überstehen, mögen diese Zeilen ein Gedenkstein sein in steter Dankbarkeit.“⁸⁴

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 8.

⁸² Claudia Schoppmann, Fluchtziel Schweiz. Das Hilfsnetz um Luise Meier und Josef Höfler, in: Benz (Hrsg.), Überleben, S. 205–219.

⁸³ Murzynski, Autobiografischer Text o. T. (s. Anm. 15), S. 41.

⁸⁴ Thernal, Erlebnisse, YVA, 02/346, S. 17.

Erna Segal, die eigentlich ebenfalls eine „Erfolgsgeschichte“ zu berichten hat, da nicht nur sie selbst, sondern auch ihr Mann, ihre Tochter und ihr jüngerer Sohn die Gefahren der Illegalität überlebten, kann den Verlust ihres älteren Sohnes, der von Belgien aus nach Auschwitz deportiert und ermordet worden war, nicht verwinden. Dem Kapitel über das Leben in der Illegalität schickt sie die Bemerkung voraus: „Es war gut, dass wir nicht im Voraus gewusst haben, welche Gefahren wir zu überleben haben. Ich glaube nicht, dass wir den Mut gehabt hätten, die Illegalität zu wählen. Ich glaube, wir hätten wie viele andere den Freitod gewählt.“⁸⁵ In dieser frappierenden Aussage sind wesentliche Implikationen der Entscheidung für die Flucht in die Illegalität enthalten: das Entsetzen vor dem absolut Unbekannten, der Spagat zwischen Ohnmacht und Heroismus, der stets gegenwärtige Gedanke an den Suizid. Am Ende ihres Berichts bemüht sich die Verfasserin, in all dem Leiden einen Sinn zu finden: „Als wir vor der schwersten Prüfung unseres Lebens standen, zweifelte ich so [manches Mal] daran. Es kostete mich eine Überwindung, diese Zweifel von mir zu weisen. Ich fand dann Menschen, die mir durch ihre grenzenlose Güte und Hilfsbereitschaft den Glauben an die Menschheit wiedergaben.“⁸⁶

Als Edith Rosenthal nach der Befreiung bewusst wurde, dass ihr Mann nicht zurückkehren würde, wollte sie sich umbringen. Neuen Lebenswillen schöpfte sie, als im Herbst 1945 Nachricht von den Töchtern aus Palästina kam.⁸⁷ 1952 fasst sie im Rahmen ihres Entschädigungsantrags ihre Erfahrungen im Berliner Untergrund zusammen: „Ich hatte vom 27. Februar 1943 bis zur Befreiung im Mai 1945 über 70 Obdache. Oft in abgestellten S-Bahnzügen, Kellern, Ruinen. [...] Ich bin seelisch nicht in der Lage, die Schreckenszeit zu beschreiben und mehr Einzelheiten von der Jagd der Gestapo nach mir aufs Papier zu bringen. Bezeichnend, in welcher Verfassung ich das Ende des Krieges erlebte: Im Jahre 1942 wog ich 63 kg, im Mai 1945 36 kg.“⁸⁸

Besonders eindringlich vermittelt Alice Löwenthal die unabsehbaren Konsequenzen der Entscheidung zur Flucht vor der Deportation in ihren Aufzeichnungen von 1943 bis 1945.⁸⁹ Ende März 1943 hält sie in einem ihrer fiktiven Briefe an ihren deportierten Mann fest: „Vier Wochen erst sind wir getrennt, und mir erscheint es vier Jahre [...] Ich musste nun plötzlich erkennen, wie trostlos allein, wie fremd ich mir selbst war!“⁹⁰ Einen Monat später spricht ihre völlige Einsamkeit aus ihr: „Ohne Halt, ohne einen Menschen, der mir das Liebste ist! Nur für die Kinder leben, ihnen Halt sein und selber das Gefühl haben, haltlos zu sein? Schwer, furchtbar schwer ist das! Ich habe mir nie solche Kräfte, wie ich sie jetzt brauche, zugetraut!“⁹¹ Obwohl Alice Löwenthal zahlreiche Helfer fand, verließ sie nie das Gefühl völligen Ausgestoßen- und Ausgeliefertseins. Selbst als die ersehnte Befreiung im Frühjahr 1945 in greifbare Nähe rückte, während der letzten Wochen des Kampfes um Berlin, taucht der Gedanke an den in der Entscheidungssituation verworfenen Selbstmord wieder auf: „Eines aber ist mir klar, hätte ich gewusst, dass das so lange noch gehen muss, hätte ich doch damals die Gashähne aufgedreht. Ich hätte nicht gerechnet, dass das

⁸⁵ Collection Segal, LBI NY, ME 594, 2. Teil, S. 155.

⁸⁶ Ebenda, S. 326.

⁸⁷ Vgl. Zahn, *Von einem Quartier zum nächsten*, S. 238.

⁸⁸ Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin, Entschädigungsstelle, Register-Nr. 73528, Erklärung vom 4. 3. 1952.

⁸⁹ Nur wenige Verfolgte wagten es, im Untergrund Aufzeichnungen zu machen. Vgl. dazu auch Schoppmann, *Im Untergrund*, S. 200.

⁹⁰ Alice Löwenthal, Brief vom 29. 3. 1943, Privatbesitz Eva Nickel.

⁹¹ Löwenthal, Brief vom 19. 4. 1943, ebenda.

noch Jahre weitergehen würde! [...] Ach, könnte ich doch erst meinen ganzen Hass, meine ganze Wut und Erbitterung [...] loslassen.“⁹² Zu diesem Zeitpunkt wusste Alice Löwenthal noch nicht, dass ihre beiden kleinen Töchter, von denen sie sich Ende 1943 trennen musste, 1944 in Weimar verraten und in Auschwitz ermordet worden waren.⁹³ Auch ihr Mann, an den sie noch bis Sommer 1945 Briefe richtete, kehrte nicht mehr zurück. Ihr Resümee 1946 lautet: „Es ist mir selbst ein eigenartiges Gefühl, mich wieder frei und offen und unter meinem richtigen Namen bewegen zu können, und die schweren zweieinhalb Jahre kommen mir heute wie ein schlechter Traum vor. All das, was ich mir damals so herbeigesehnt habe, endlich wieder ein freier, ehrlicher Mensch zu sein, meine eigenen vier Wände zu haben, ist Wirklichkeit geworden. Nur die liebsten und nächsten Menschen sind nicht mehr bei mir.“⁹⁴ Dieses Trauma, verbunden mit einem tiefen Schuldgefühl den Kindern gegenüber, bestimmte ihr weiteres Leben.

Angesichts der jahrelangen Ausgrenzung und Verfolgung, angesichts der unausweichlich erscheinenden, bürokratisch geplanten und brutal durchgesetzten Deportation und in der allgemeinen Atmosphäre von Angst und Bespitzelung unter der NS-Diktatur ist es eher überraschend, dass zwischen dem Beginn der reichsweiten Transporte im Oktober 1941 und dem Frühjahr 1943 etwa 7 000 der noch in der Hauptstadt lebenden Juden den Entschluss fassten, sich durch die Flucht in den Untergrund zu entziehen. Von rund 5 600 namentlich bekannten Personen, die untertauchten, – diese Zahl bezieht sich allerdings auf Deutschland – ist mehr als die Hälfte (55 Prozent) weiblich. Da der Anteil der Frauen an der jüdischen Bevölkerung eine Mehrheit (nach der Zählung von 1939 betrug sie 58 Prozent) ausmachte, sind demnach etwas weniger Frauen als Männer untergetaucht. Dies scheint frühere Vermutungen, dass der Entschluss, in die Illegalität zu flüchten, für Frauen schwerer zu treffen war, da es kaum möglich schien, sich mit Kindern zu verstecken, oder weil eine „Evakuierung“ zusammen mit Angehörigen weniger bedrohlich erschien, zu bestätigen, wenngleich in abgeschwächter Form.⁹⁵

Allerdings war die Überlebenschance von Frauen etwas größer. Von rund 1 700 Personen aus Berlin, die in der Illegalität überlebt haben, sind 58 Prozent weiblich.⁹⁶ Dass nur etwa ein Viertel aller Deportationsflüchtlinge die Befreiung erlebte, zeigt, wie risikoreich das Unterfangen war. Die zahlreichen Beispiele aus Erlebnisberichten zeigen, dass eigene finanzielle Ressourcen der Frauen, über die nur ein Teil verfügte, die Flucht und das Überdauern im Untergrund erleichterten, aber nicht alleinige Voraussetzung waren.

Es liegt auf der Hand, dass nach gelungener Flucht in die Illegalität das Überleben nur dann gelingen konnte, wenn es Verbindungen zu nichtjüdischen Helferinnen und Helfern gab, die zu dem Risiko bereit waren, kurz- oder langfristig Quartiere, Lebensmittel und falsche Papiere zur Verfügung zu stellen oder Fluchthilfe zu leisten.

Oft kam es erst in letzter Minute zur Flucht. Wie die Beispiele aus den Selbstzeugnissen belegen, wollten auch diejenigen, die sich auf das Untertauchen eingestellt oder es zu-

⁹² Löwenthal, Brief vom 14. 3. 1945, ebenda.

⁹³ Beate Kosmala, Das kurze Leben von Ruth und Gittel Süßmann, in: Inge Franken (Hrsg.), Gegen das Vergessen. Erinnerungen an das Jüdische Kinderheim Fehrbelliner Straße 92 Berlin-Prenzlauer Berg, 2. erw. Auflage, Berlin 2010, S. 83–96 und 205–208.

⁹⁴ Anhang an die Briefe von Alice Löwenthal, Eintrag vom 6. 3. 1946, Privatbesitz Eva Nickel.

⁹⁵ Vgl. Kaplan, Mut, S. 288, während Avraham Seligmann davon ausgeht, dass es ebenso viele Frauen wie Männer gewesen sein können. Ders., An Illegal Way of Life, in: Leo Baeck Institute Yearbook 37 (1992), S. 359.

⁹⁶ Vgl. Datenbank der GDW Berlin, die weiter fortgeführt wird.

mindest in Erwägung gezogen hatten, den Zeitpunkt, zu dem sie den winzigen Rest an Sicherheit der eigenen vier Wände und die Gemeinschaft mit Schicksalsgenossen aufgeben mussten, so weit wie möglich hinauszögern. Dies führte dazu, dass viele Frauen, die sich mit ihren Partnern auf die Flucht vor der Deportation vorbereitet hatten, nach der überfallartigen Fabrik-Aktion allein diesen Weg gehen mussten.

Die jüdischen Frauen, die sich 1942/43 in Berlin dazu entschlossen, waren, ehe das Leben in der Illegalität überhaupt begann, jahrelang enormen physischen und psychischen Strapazen ausgesetzt gewesen; fast alle hatten traumatische Trennungen erlitten und Gewaltszenen bei Deportationen erlebt. Auffallend ist, dass auch für jene Frauen, die sich letztlich für die Flucht in die Illegalität entschieden, der Suizid als Ausweg eine Rolle spielte – vor der Entscheidung und danach. Sie mussten nach der Flucht in den Untergrund ihren bisherigen Alltag im Ausnahmezustand gegen noch extremere Bedingungen eintauschen, waren meist auf sich allein gestellt und einsam. Obwohl die überlieferten Überlebensberichte eigentlich „Erfolgsgeschichten“ präsentieren, sind sie geprägt von allen Facetten des Grauens und der Angst, sie sprechen von den ermordeten Angehörigen und von Schuldgefühlen.

Richard Lutjens

Vom Untertauchen: „U-Boote“ und der Berliner Alltag 1941–1945

Als das Dritte Reich im Mai 1945 zusammenbrach, war die einst so lebendige und kosmopolitische jüdische Gemeinde Berlins nahezu vernichtet.¹ Von den 160 564 Mitgliedern, die sie im Juni 1933 zählte, waren rund 90 000 emigriert. Annähernd 8 300 jener Juden, die in der Stadt festgesessen hatten, erlebten den Sommer 1945. Die Mehrheit dieser Personen, etwa 4 700 (56,6 Prozent der Gesamtheit), hatten überlebt, weil sie mit einem „arischen“ Partner verheiratet waren oder als „Mischlinge“ gegolten hatten. Weitere 1 900 (22,9 Prozent) überlebten die Schrecken der Lager und fanden den Weg zurück in die Stadt. Dort trafen sie die „U-Boote“, also die 1 700 Männer, Frauen und Kinder (20,5 Prozent), die dem Holocaust in Verstecken in und um Berlin entronnen waren.² Die Berliner „U-Boote“ machen mithin mehr als ein Drittel der Juden aus, die sich im früheren Altreich in Verstecken hatten retten können. Von bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, ist die Geschichte der in Berlin und sonst in Europa untergetauchten Juden nur wenig erforscht.³

¹ Alle Zitate aus Dokumenten, die im Landesarchiv Berlin (LAB) oder im Centrum Judaicum Archiv Berlin (CJA) aufbewahrt werden, sind den Anträgen der Überlebenden an den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ entnommen. Die Syntax und die Schreibweise der Anträge wurden übernommen.

² Vgl. Siegmund Weltlinger, *Hast du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung*, Berlin 1954. Vgl. auch Wolf Gruner, *Judenverfolgung in Berlin. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt*, Berlin 1996, S. 94. Die zuerst von Weltlinger genannten Zahlen dienen als Basis der hier angeführten Zahlen und werden auch sonst von Forschern benutzt. So wird in den Studien noch immer Weltlingers Zahl von 1 400 überlebenden versteckten Berliner Juden verwendet, auch in Roger Moorhouse, *Berlin at War. Life and Death in Hitler's Capital 1939–1945*, London 2010, S. 306; Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, Oxford 1998, S. 228. Neuere Forschungen der „Gedenkstätte Stille Helden“ in Berlin legen nun nahe, dass mehr als 1 700 illegal in und um Berlin lebende Juden überlebten. Diese höhere Zahl wird in dem vorliegenden Beitrag als zutreffend angenommen. Jedoch ist dem Verfasser unbekannt, ob die Schätzungen der in Lagern und in Mischehen überlebenden Juden geändert wurden. Infolgedessen sind die genannten Zahlen eine Mischung der Zahlen Weltlingers zu Lagern und Mischehen und neuen Schätzungen zu Juden, die im Versteck überlebt haben. Vgl. auch den Aufsatz von Beate Kosmala in dem vorliegenden Band.

³ Studien zum Schicksal der deutschen Juden während der NS-Periode haben angefangen, sich mit dem Thema des Untertauchens zu beschäftigen. Die beiden ersten sind: Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984; Wolfgang Benz, *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988. Dann folgten: Marion A. Kaplan, *Life Underground*, in: Dies., *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, Oxford 1998, S. 201–228; Wolfgang Benz (Hrsg.), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer*, München 2003; Trude Maurer, *From Every Day Life to a State of Emergency. Jews in Weimar and Nazi Germany*. Translated from the German by Allison Brown, in: Marion A. Kaplan (Hrsg.), *Jewish Daily Life in Germany 1918–1945*, Oxford 2005, S. 271–373. Auch Roger Moorhouse widmet den in Berlin illegal Überlebenden einige Aufmerksamkeit: Ders., *Berlin at War*. Außerdem behandeln zwei weitere Arbeiten auf lokaler Ebene den Alltag im Untergrund: Petra Bonavita, *Mit falschem Paß und Zyankali. Retter und Gerettete aus Frankfurt am Main in der NS-Zeit*, Stuttgart 2009; Gunnar Paulson, *Secret City. The Hidden Jews of Warsaw 1940–1945*, New Haven 2002.

Diese Lücke beraubt die Forscher wertvoller Einsichten einer ansehnlichen Minderheit von Überlebenden, deren tägliche Erfahrungen außerhalb der Lager und Ghettos die Möglichkeit bieten, eine noch wenig verstandene Facette des jüdischen Lebens während des Holocaust zu erhellen. Der Mangel an historischer Forschung bewirkt auch das Fortdauern einer Reihe von falschen Vorstellungen über das Leben im Versteck. Die beiden vielleicht eklatantesten besagen, dass Juden das Untertauchen in ganz Europa gleich erlebten und dass sie sich physisch für Monate und Jahre versteckten. Wissenschaftler wie die Öffentlichkeit haben oft das Beispiel der Anne Frank und ihrer Familie vor Augen, wenn sie sich das Untertauchen im nationalsozialistisch beherrschten Europa zu vergegenwärtigen suchen. Die Folge ist, dass das Dasein im Versteck als statisches und gleichförmiges Phänomen erscheint, abgetrennt von den Prozessen des täglichen Lebens und Sterbens, mit dem die Juden in den Lagern und Ghettos konfrontiert waren. Für die „U-Boote“ in Berlin ist eine solche Kategorisierung ebenso ungenau wie unangemessen. Die hier vorgenommene Untersuchung der von den Überlebenden in ihren Zeugnissen genutzten Sprache erweist, dass das Leben im Berliner „Untergrund“ dynamisch, facettenreich und auf vielfache Weise mit der Stadt verwoben war. Die „U-Boote“ bewegten sich durch das öffentliche Berliner Leben auf Wegen, die zeigen, dass oberflächliche und unkritische Annahmen über „das Verstecken“ in Frage gestellt werden müssen und eine Neubewertung des Untertauchens in der Darstellung des Holocaust notwendig ist.

Zeugnisse der überlebenden Berliner „U-Boote“ haben über sechs Dekaden hinweg eine bemerkenswerte thematische Konstanz bewiesen. Fast alle Berichte drehen sich um bestimmte allgemeine Themen: die Entscheidung unterzutauchen, die Beschaffung von Nahrung und Unterkunft, die Gefährdung durch Luftangriffe und Denunziationen, die größeren Themen von Verlust und Kampf. In diesem Sinne sind, um einen Überlebenden zu zitieren, die diversen Erlebnisse zwar „verschieden, aber gleich“.⁴ Unter der Oberfläche dieser Standard-Erzählung findet sich jedoch eine zweite und aussagekräftigere Darstellung. Ihr zufolge war es keineswegs immer möglich, sich physisch zu verbergen. Die „U-Boote“ mussten in Bewegung bleiben und waren dabei auf sich selbst und auf die Unterstützung durch Nichtjuden angewiesen. Sie machten sich ihre besondere Position in Berlin zunutze, um in aller Öffentlichkeit versteckt zu bleiben, in den Worten einer Überlebenden: „Untergetaucht – an der Oberfläche – 1941/1945.“⁵ Daher sind die Zeugnisse der Überlebenden letztlich doch bemerkenswert individuell und unterschiedlich.

Die hier vorgenommene Analyse der täglichen Erfahrungen im Untergrund basiert vor allem auf schriftlichen und mündlichen Aussagen der ehemaligen Berliner „U-Boote“. Sie illustriert das Alltagsleben der Untergetauchten durch eine Untersuchung der Sprache dieser Narrative. Textanalyse riskiert oft die Unterordnung der persönlichen Stimmen von Individuen unter die unpersönlichen Gesetze größerer öffentlicher Diskurse, wodurch sie in einen Gegensatz zu den Zielen der Alltagsgeschichte gerät. Indes ist der Alltag des Untertauchens relativ immun gegen diese Gefahr. Namentlich ist der geografische und quantitative Fokus des Projekts recht klein und spezifisch, und Wissenschaftler haben sich mit dem Thema noch kaum beschäftigt. Infolgedessen gibt es darüber nur wenig öf-

⁴ Interview mit Ruth G., 2. 4. 2008, Petaluma, Kalifornien.

⁵ Archiv des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin (ZfA), Akte Dr. Charlotte B., Untergetaucht – an der Oberfläche – 1941/1945.

fentliche Diskurse, welche die Stimmen der einzelnen Überlebenden verhüllen könnten. Überdies muss man sich, um die Erlebnisse der Untergetauchten zu klären, tief in Hunderte von Zeugnissen vertiefen und die Individuen in der einzig möglichen Weise hervorheben: durch ihre eigenen Worte. Das genaue Lesen der Texte ist daher grundlegend für jedes Vorhaben, das die höchst individuellen Erfahrungen der Untergetauchten erörtern will. Ohne ein solch genaues Studium droht die allgemeine Erzählung die individuellen und historisch informativeren Elemente des Geschehens zu überschreiben und vorgefasste, oft irriige Vorstellungen vom Alltag im Untergrund zu nähren. Die Analyse der Sprache in den Berichten der einzelnen Überlebenden hingegen schält das Menschliche und das Persönliche eines jeden „U-Boots“ heraus, wodurch seine oder ihre Erlebnisse besser in den Berliner Alltag situiert werden.

So beschäftigt sich diese Untersuchung zuerst mit der Sprache, die von den Überlebenden gebraucht wird, wenn sie ihre Erfahrungen beschreiben. Die Vielfalt des Redens über das Untertauchen deutet auf eine erstaunliche Diversität der Erlebnisse. Danach folgt eine Erörterung des narrativen Standardmusters in den frühen Zeugnissen von Überlebenden, und zwar durch eine Prüfung der Anträge, die gestellt werden mussten, um als Opfer des Faschismus anerkannt zu werden. Anschließend werden durch eine Analyse des vom „U-Boot“ Herta F. nach dem Krieg verfassten OdF-Antrags einige breitere Aspekte des Untertauchens in Berlin behandelt. Ihr Bericht ist bemerkenswert detailliert und schildert die zentralen Probleme des Untertauchens: die Beschaffung von Nahrung und Unterkunft, Verhaftung und Flucht, Arbeit.

Untertauchen in Berlin: Definitionen und Formen

Anne Frank bleibt das bekannteste Beispiel eines Lebens im erzwungenen Untergrund. Die Wirkung ihres Tagebuchs auf das allgemeine Bewusstsein hat auch, vielleicht unbewusst, die Vorstellung der Historiker von dem beeinflusst, was eine Existenz im Versteck ausmachte, und den Gebrauch des Worts „Verstecken“ als Analysekategorie selbstverständlich werden lassen.⁶ Ein relativer Mangel an historischen Untersuchungen des Phänomens des Versteckens bzw. Untertauchens im damaligen Europa führte, zusammen mit dem wirkungsmächtigen Vermächtnis der Anne Frank, zu der weithin unangefochtenen Annahme, dass sich die meisten untergetauchten Juden physisch versteckten und Jahre still und unbeweglich an einem Ort verbrachten. Eine Anzahl von Nachkriegsaussagen Berliner „U-Boote“ nährt diese Annahme, vor allem deshalb, weil viele Überlebende irgendwann in ihren Berichten das Wort „verstecken“ benutzten. Ein nicht untypisches Zeugnis, den OdF-Behörden gegenüber gegeben, stammt von dem damals zwölf Jahre alten Günter W., der während des Krieges mit seinen Eltern untergetaucht war:

„Wir haben denn auch unter den allerschwierigsten Verhältnissen 27 Monate, ohne Lebensmittelkarten und ohne Wohnung, in Verstecken gelebt, und befanden uns oft in der größten Gefahr, verhaftet zu werden. Sehr oft haben wir im Freien schlafen und uns in Kellern und ausgebombten Häusern aufhalten müssen; bei Luftangriffen trauten wir uns nicht in den Keller zu gehen und

⁶ Anne Franks Einfluss auf die Vorstellung vom Leben im Untergrund ist von Forschern oft vermerkt und als Ausgangspunkt der meisten Diskussionen über das Thema benutzt worden. Vgl. Zoë Vania Waxman, *Writing the Holocaust. Identity, Testimony, Representation*, Oxford 2006, S. 136; Nicholas Stargardt, *Children*, in: Peter Hayes/John K. Roth (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Holocaust Studies*, Oxford 2010, S. 227; Kaplan, *Between Dignity and Despair*, S. 205.

befanden uns oft in größter Gefahr. Ich habe mit meinen Eltern, wenn wir Gelegenheit hatten, die englischen Nachrichten abgehört und ich habe dieselben an ausländische Arbeiter weiter verbreitet. Dies habe ich immer, bis zur Befreiung, getan.“⁷

Günter gebraucht in seiner Aussage das Wort „Versteck“. Dies und das Fehlen von genaueren Details scheinen auf den ersten Blick zu bestätigen, dass die große Mehrheit der untergetauchten Berliner Juden die späteren Kriegsjahre in Abgeschlossenheit verbrachte. Tatsächlich trifft aber das Gegenteil zu.

Sieht man genauer hin, widerspricht gerade der Bericht Günters – wie so viele Berichte anderer – der Vorstellung, die meisten untergetauchten Juden hätten, jedenfalls in Berlin, im strikten Sinne des Wortes im Versteck gelebt. Offensichtlich waren Günter und seine Familie ständig in Bewegung: „[...] im Freien und [...] in Kellern und ausgebombten Häusern.“ Nachdem im März 1943 die Großangriffe der alliierten Luftflotten auf die Stadt begonnen hatten, sahen sich die Untergetauchten zu fortwährendem Wechsel der Unterkunft gezwungen. Außerdem verfügten Günter und seine Familie – wie andere Berliner „U-Boote“ auch – nicht über Essensmarken, mussten also Lebensmittel auf andere Weise beschaffen: bei Freunden und Bekannten, auf dem Schwarzmarkt, durch Arbeit oder vielleicht durch den Verzehr des markenfreien „Stammgerichts“ in einem der Berliner Restaurants. Günter hatte Zugang zu englischen Rundfunksendungen, und seine Familie verbreitete die abgehörten Nachrichten bei ausländischen Arbeitern; sie waren also von ihrer Umwelt nicht völlig abgeschlossen. Auch wenn er das Wort „verstecken“ gebrauchte, so ist doch klar, dass er und seine Familie mindestens so viel Zeit in Bewegung und in Kontakt mit Nichtjuden waren wie ruhig und immobil im Versteck.

Mobilität hing von einer Reihe von Faktoren ab, nicht zuletzt vom Grad der Feindseligkeit in der Nachbarschaft, vom Maß der Assimilation und von der Fähigkeit, sich in der umgebenden Gesellschaft zu bewegen, ohne als fremd aufzufallen.⁸ Gewiss, Berliner Juden verbrachten oft längere Zeit, manchmal Monate, immer im gleichen Versteck, in einigen Fällen sogar die ganzen Kriegsjahre.⁹ Aber vollständige Immobilität war die Ausnahme, und selbst jene Juden, die solchermaßen von der Regel abwichen, lebten wohl ebenso oft in Wohnungen wie in Kellern oder auf Dachböden.¹⁰ Misstrauische Nachbarn, Verfolgung durch die Gestapo und häufige Luftangriffe machten fortwährende Bewegung zur Notwendigkeit, und diese drei Faktoren werden denn auch von Überlebenden zu meist genannt, wenn sie ihre Mobilität erklären wollen. Überdies haben viele „U-Boote“ gearbeitet oder nicht selten Cafés, Restaurants, Theater, Kinos und andere Vergnügungstätten besucht, um der Eintönigkeit des Lebens im Untergrund zu entkommen. Auch die Oper war bei den Untergetauchten sehr beliebt.¹¹ In Günters Bericht erscheint das Abhören englischer Rundfunksender und die Weitergabe der Nachrichten an ausländische Arbeiter als eine Form des Eskapismus.

⁷ CJA, 4.1, 3096.

⁸ Wie wichtig es für einen Untergetauchten war, „jüdisch“ oder „nichtjüdisch“ auszusehen, ist von vielen Überlebenden bezeugt. Vgl. etwa ZfA, Akte Susanne von Schüching, Interview mit Frau von Schüching, interviewt von Marion Neiss, 14.11.1984, S. 10; Ruth W., Holocaust Testimony (T-619), Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies, Yale University Library.

⁹ Vgl. Interview mit Ruth G., 2. 4. 2008. Ihr Vater, ein Arzt, verbrachte den ganzen Krieg über in der Wohnung ehemaliger Patienten.

¹⁰ LAB, E Rep. 200-22, Nr. 7 und 8.

¹¹ Vgl. Peter Wyden, Stella, New York 1992, S. 251f.

Obwohl die überlebenden Berliner Juden gelegentlich das Verb „verstecken“ nutzen, deuten ihre Zeugnisse oft auf das Gegenteil hin. Sie benützen denn auch häufiger das Wort „untertauchen“, wenn sie ihren Schritt in die Welt der Schlupfwinkel charakterisieren. Danach bezeichnen sie jene Zeit als eine Periode, in der sie „illegal“ gelebt hatten, und verwenden oft den Begriff „tarnen“, um auszudrücken, wie sie zu existieren vermochten. Die meisten Überlebenden sprechen nur dann von „verstecken“, wenn sie physisches „sich verbergen“ meinen. Alfred A. schildert sein Leben im Untergrund folgendermaßen: „Ich begann mich auf alle Arten zu tarnen, denn ich durfte ja nicht mehr auf meinem richtigen Namen leben. Es war sehr schwer für mich, ich mußte unter fremden Menschen leben, um nicht erkannt zu werden, und das tat ich, und zwar gründlich.“¹²

Alfred A. hat also nicht das Wort „verstecken“ oder eine seiner Abwandlungen benutzt, doch würden die meisten Historiker konstatieren, er habe genau dies getan.

Fast alle überlebenden Berliner Juden sagen von sich, sie hätten illegal gelebt oder seien „illegal“ gewesen. Im März 1946 veröffentlichte die jüdische Zeitschrift „Der Weg. Zeitschrift für Fragen des Judentums“ einen Aufsatz von Rudolf Frauenfeld, der unter dem Titel „Wir Illegalen“ die Nöte der Existenz im Untergrund beschrieb. Wenn auch das Wort „illegal“ anscheinend von der Bürokratie des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“ für die Untergetauchten gefunden wurde, so haben doch die Überlebenden den Begriff nicht gedankenlos in ihren Zeugnissen verwendet. Vielmehr benutzen sie „illegal“ in Verbindung mit einer Anzahl anderer Wörter, die ihr damaliges Leben am besten kennzeichnen, wie etwa „untergetaucht“, „getarnt“, „flüchtig“, „im Untergrund“. Für Berlin ist der Begriff historisch nützlich, vor allem als Substantiv, da so viele Untergetauchte sich selber als „Illegale“ bezeichnen. Allerdings ist das Etikett problematisch, da es auch für kriminelles Verhalten steht. Außerdem ist der Begriff etwas eng und passt wohl nicht für alle Formen des Untertauchens. Nicht jeder überlebende Berliner Jude ist der Meinung, illegal gelebt zu haben, jedenfalls nicht den ganzen Krieg.¹³ Am 12. Januar 1945 hat sich zum Beispiel das „U-Boot“ Paula V. als Flüchtling vor der Roten Armee registrieren lassen. Nachdem sie Lebensmittelkarten und vermutlich auch eine Unterkunft bekommen hatte, betrachtete sie sich nicht mehr als eine Illegale. Hätte sie freilich jemand erkannt und denunziert, wäre sie festgenommen worden. Paulas Fall zeigt die Schwierigkeiten, die mit dem Gebrauch des Begriffs „illegal“ verbunden sind. Wie ist dann das Leben Berliner Juden, die seit 1941 den Nationalsozialisten entkommen sind, am treffendsten zu charakterisieren?

Wenn man den Alltag der Berliner „U-Boote“ zu verstehen sucht, bleibt „verstecken“, trotz der oft täuschenden Nebenbedeutungen, vielleicht der angemessenste Begriff. Der Begriff trifft nicht nur auf diejenigen zu, die physisch aus der Gesellschaft ausschieden, weil sie Festnahme und Deportation zu fürchten hatten, sondern meint oft auch das Verbergen der wahren Identität in der Öffentlichkeit. Als allgemeiner Begriff kann „verstecken“ mithin als Ausgangspunkt dienen. Auch muss er den Gebrauch anderer, spezifischerer Charakterisierungen nicht ausschließen, wie etwa „tarnen“, „untertauchen“ und „illegal“. Tatsächlich führt es, wenn wir dieses Vokabular in gleicher Weise benutzen wie die Überlebenden, zu einem tieferen Verständnis der Komplexitäten des Lebens im Untergrund; die diversen Erfahrungen der in Berlin Versteckten treten schärfer hervor.

¹² LAB, C Rep. 118-01, Nr. 30320.

¹³ Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 31551.

Das Standardnarrativ der überlebenden Opfer des Faschismus und der Lebenslauf von Herta F.

Frühe Nachkriegsaussagen von „U-Booten“ sind in den Anträgen zu finden, die gestellt wurden, um als Opfer des Faschismus anerkannt zu werden.¹⁴ Diese Anerkennung, die in den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende mit Vorzugsrationen und Wohnungszuteilungen verbunden waren, hatten die meisten Illegalen bitter nötig, da sie unterernährt, krank und oft obdachlos und verarmt waren. Die frühesten Anträge wurden an den Hauptausschuss Opfer des Faschismus gerichtet, den Gegner des NS-Regimes Anfang Mai 1945 ins Leben riefen und der noch im selben Monat durch die Sowjetische Militärregierung offiziell anerkannt wurde.¹⁵ Eine Debatte über die Frage, ob auch Juden als Opfer des Faschismus zu gelten hätten, führte im September 1945 zur Schaffung einer Unterkategorie: Opfer der Nürnberger Gesetze.¹⁶

Die Struktur der von den Überlebenden eingereichten Zeugnisse zeigt klar die Erfordernisse des Antrags- und Anerkennungsprozesses. Auf den Formularen waren Name, Geburtsdatum und Geburtsort verlangt, dazu die aktuelle Adresse, die Adresse von 1933, die Konfessionszugehörigkeit; ferner wurde gefragt, ob man den Davidstern getragen hatte, ob man in einem Lager gewesen war, ob man illegal gelebt hatte – wenn ja, wie lange –, ob und in welchen Organisationen oder politischen Parteien man vor 1933 aktiv gewesen war. Doch ist auch nach dem militärischen Status geforscht worden, nach der Zugehörigkeit zur NSDAP, nach Verhaftung und Anklage durch NS-Behörden usw. So sollte ein möglichst vollständiges Bild vom Charakter und Hintergrund eines Antragstellers gewonnen werden, der behauptete, ein Opfer des Faschismus gewesen zu sein. Überdies wurden ein Lebenslauf und drei Bürgen für die Wahrheit der Angaben gefordert.

Die OdF-Lebensläufe wiesen alle das gleiche Format auf, vorgegeben durch die Struktur der Anträge. Wenn auch der jeweilige Schwerpunkt wechselte, je nach Alter, Geschlecht, Klasse und – vermutlich – Charakter, so gaben die Überlebenden im Allgemeinen eine kurze Beschreibung ihrer Familienverhältnisse und ihrer beruflichen Laufbahn, oft mit besonderem Augenmerk auf den Moment, da die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Häufig liest man Aussagen wie die von Alice S.: „Bis die Nazis alles zerstörten.“¹⁷ Was dann folgt, ist eine Schilderung der in den dreißiger Jahren erlittenen Demütigungen und Plagen, darunter der Verlust der Stellung oder des Geschäfts, der Wohnung und von Wertsachen, die Scheidung von einem nichtjüdischen Ehepartner, diverse Festnahmen und Zusammenstöße mit den Behörden und schließlich Zwangsarbeit, die von fast allen „U-Booten“ im arbeitsfähigen Alter irgendwann zu leisten war. Da die meisten Juden bis zum letztmöglichen Augenblick warteten, ehe sie untertauchten, kommt in vielen Zeugnissen auch die berüchtigte Große Fabrik-Aktion von Ende Februar und Anfang März 1943 vor. Alle Überlebenden erwähnen ihren Entschluss unterzutauchen, und sei es nur mit einem Satz. In der Regel formulierten sie ihre Entscheidung auf folgende – oder

¹⁴ Zur Behandlung früherer Opfer des Faschismus im Sowjetischen Sektor Berlins und dann in der DDR vgl. Susanne zur Nieden, *Unwürdige Opfer. Die Aberkennung von NS-Verfolgten in Berlin 1945 bis 1949*, Berlin 2003; Christoph Hölscher, *NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“*. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung, Berlin 2002.

¹⁵ Vgl. zur Nieden, *Unwürdige Opfer*, S. 28–31.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 45–49.

¹⁷ CJA, 4.1, 2106.

ähnliche – Weise: „Um den unmenschlichen Verfolgungen der Nazis zu entgehen, entschlossen sich mein Mann und ich, illegal zu leben.“¹⁸

An diesem Punkt in den Lebensläufen beginnen die Zeugnisse, in Ton, Schwerpunkt und Länge noch mehr voneinander abzuweichen. Einige sind trotzig, andere bringen schieres Elend und Erschöpfung zum Ausdruck. Manche Berichte versuchen alle Erlebnisse und Erfahrungen des Lebens im Untergrund darzustellen, während andere nur Augenblicke von besonderer Bedeutung nennen. Am auffälligsten ist vielleicht, dass etliche Zeugnisse, wie das von Günter W., knapp gefasst sind, und es daneben Aussagen gibt, die viele Seiten lang sind. Sogar die für jeden Untergetauchten gegebenen Schwierigkeiten, also die bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln und Unterkünften, beim Umgang mit der Denunziations- und Verhaftungsgefahr und dem Überleben der Luftangriffe, werden unterschiedlich behandelt. Überlebende personalisieren die Gefahren, denen sie ausgesetzt waren; manche Probleme werden hervorgehoben, andere heruntergespielt, je nach Persönlichkeit und allgemeiner Lebensanschauung, wie auch nach der Bereitschaft und Fähigkeit, Risiken einzugehen. Überdies konnten Erfahrungen mit Nichtjuden die Schwierigkeiten eines Lebens im Untergrund mildern oder verschärfen, was ebenfalls zu einer beachtlichen Erlebensbreite führte.

Herta F. legte den OdF-Administratoren ihren schriftlichen Antrag am 18. Oktober 1945 vor.¹⁹ Sein Inhalt erfüllte die Bedingungen für die Anerkennung als Opfer des Faschismus. Ihr Bericht illustriert aber auch die individuelle und persönliche Natur des Untertauchens in Berlin. Studiert man ihr Zeugnis Zeile für Zeile und vergleicht es mit den Berichten anderer Überlebender, beginnt man zu erkennen, wie unterschiedlich die Existenz der Illegalen in der Stadt war, „wie verschieden, doch gleich“.

Herta beginnt ihren Antrag mit folgendem Satz: „Ich Herta F bin am 27. Mai 1900 zu Berlin geb., lebte 2½ Jahre illegal um mich der Evakuierung zu entziehen, habe eine Tragödie erlebt.“ Nachdem sie erklärt hatte, dass die Gestapo ihren Vater zwecks Deportation festgenommen und ihre kranke Mutter erst in ein Siechenheim und dann nach Theresienstadt verbracht hatte, fuhr sie fort: „Da ich nun übrig blieb warnte man mich als ein großes Auto vorfuhr, unser Hauswart schloß mich im Keller ein, ich wartete ab bis die Luft rein war und flitzte. Nun begann für mich das Vagabunden Leben, denn wie ich ging + stand ohne Geld + Lebensmittel alles ließ ich in der Wohnung zurück.“

Das „große Auto“, das Herta erwähnt, gehörte zur Ausstattung bei den neuen Methoden, die von der Wiener Gestapo bei ihren Razzien auch in Berlin angewandt wurden.²⁰ Der überraschende Zugriff zwang Herta zur Flucht, wobei sie Geld und Lebensmittel zurücklassen musste. In der Tat waren viele Illegale unvorbereitet, wenn die Gestapo an der Türe erschien, vor allem während der Großen Fabrik-Aktion zwischen dem 27. Fe-

¹⁸ CJA, 4.1, 2971.

¹⁹ Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 30544.

²⁰ Um das Zusammentreiben und die Deportation der Berliner Juden zu erleichtern, waren im Oktober 1942 Beamte der Wiener Gestapo, geführt von Alois Brunner, in Berlin eingetroffen. Unter seiner Leitung ergänzte die Berliner Gestapo bestehende und entwickelte neue Methoden. So wurde Juden, um ihrem Selbstmord oder ihrem Untertauchen vorzubeugen, keine vorherige Mitteilung von ihrer Deportation gemacht. Stattdessen wurden sie von der Gestapo überraschend in ihrer Wohnung oder auf der Straße festgenommen, so wie Hertas Vater, und in Lastwagen zu einem Sammelpunkt gebracht. Vgl. Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien 1993, S. 190. Auch Kaplan, *Between Dignity and Despair*, S. 192.

bruar und 5. März 1943, als die Gestapo 8 000 bis 10 000 Personen festnahm und deportierte.²¹

Eine Anzahl von Juden war gewarnt worden, darunter auch Ida G., die am 2. März zu ihrer Bank ging, um Geld abzuheben, und von einem verblüfften Bankbeamten mit den Worten begrüßt wurde: „Frau G. [...] Sie sind noch hier?! Ich habe Informationen, daß bis zum 5. März kein Jude mehr in Berlin sein wird.“ Am folgenden Tag tauchte Ida G. unter.²² Eine kleine Vorwarnung bedeutete für die ersten Monate im Untergrund fraglos einen Unterschied bei der Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidung und Unterkunft. Tatsächlich scheinen viele Juden den Schritt in den „Untergrund“ gut geplant zu haben, so dass Überlebende, die das nicht getan hatten, wie etwa Marie S., oft darauf zu sprechen kamen: „Ich gehörte nicht zu denen, deren wohlgefüllte Brieftasche eine gutvorbereitete Illegalität ermöglichte.“²³

Die Bemerkung der Marie S. weist auf einen wirtschaftlichen Unterschied zwischen den vorbereiteten und den unvorbereiteten „U-Booten“ hin. Wer wenig oder gar kein Geld hatte, befand sich beim Untertauchen sehr im Nachteil. Eva G. zum Beispiel ging mit lediglich 50 RM in den Untergrund, fand aber Helfer, die sie aufnahmen, ohne Bezahlung zu verlangen, „also ohne jeden materiellen Vorteil für sich behielten mich die Leute da“.²⁴ In dieser Hinsicht hatte Eva Glück. Einem Überlebenden zufolge kostete ein Satz Lebensmittelkarten auf dem Schwarzmarkt 250 RM. Bei einzelnen Marken variierte der Preis zwischen 9 und 10 RM.²⁵ Ohne die Hilfe ihrer Bekannten wäre Eva mittellos und daher in noch größerer Gefahr gewesen.

Den vorbereiteten unter den „U-Booten“ erging es besser, jedenfalls eine Zeit lang. Georg S. und seine Frau Rita besaßen 2 000 RM, als sie am 10. Oktober 1942 untertauchten. Sie waren mithin in der Lage, eine Weile unter falschem Namen in Hotels und Gasthäusern unterzukommen, bis dann ihr Geld zu Ende ging und Georg sich genötigt sah, nach einer Verdienstmöglichkeit zu suchen.²⁶ Zum Teil aus finanziellen Gründen machte eine Anzahl von Juden sogar den Versuch, in ihre früheren Wohnungen zu gelangen und dort verbliebene Sachen mit Tausch- oder Verkaufswert zu holen. Die Polizeiakten jener Jahre sind voller ungelöster Fälle versiegelter jüdischer Wohnungen, in die des Nachts eingebrochen worden war.

Aus den Wohnungen geholtes Geld und Sachwerte dienten gewöhnlich zur Beschaffung falscher Papiere oder von Lebensmitteln. Nahrung war stets eine drängende Sorge für die Illegalen, und falsche Papiere öffneten den Zugang zu einer Ebene der Sicherheit, auf der sich eine Vielfalt von Möglichkeiten für eine etwas bequemere Existenz bot. Manche Nichtjuden waren bereit, die Lebensmittel, die sie hatten, mit Juden zu teilen oder die gefährliche Aufgabe zu übernehmen, für Juden Nahrung aufzutreiben, indem sie deren geretteten Besitz tauschten oder verkauften.²⁷ Juden, die über etwas Geld verfügten,

²¹ Vgl. Gruner, *Judenverfolgung*, S. 8.

²² Vgl. ZfA, Akte Ida G., *Mein Untergrund – Leben in Berlin*, S. 6.

²³ LAB, C Rep. 118-01, Nr. 2754.

²⁴ LAB, C Rep. 118-01, Nr. 31267.

²⁵ Vgl. LAB, A Rep. 355, Nr. 18617.

²⁶ Vgl. ebenda.

²⁷ Vgl. Ruth G., *Holocaust Testimony (T-1763)*, *Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies*, Yale University Library; auch Alice Stein-Landesmann, *The Strength of Two*, in: Eric H. Boehm (Hrsg.), *We Survived. The Stories of Fourteen of the Hidden and the Hunted of Nazi Germany. As Told to Eric H. Boehm*, New Haven 1949, S. 2–36, hier S. 21.

konnten auch in den vielen Berliner Restaurants und Kneipen das sogenannte Stammgericht essen, das markenfrei war. Allerdings war das servierte Essen nahezu ohne Fett und Fleisch, also nicht sehr nahrhaft. Ein Überlebender erinnert sich daran, dass er pro Tag fünf Portionen brauchte, um sich bei Kräften zu halten²⁸.

Herta F. tauchte im Spätherbst 1942 unter, als Tausende von Juden noch Zufluchtsstätten bei jüdischen Freunden und Familien zu finden vermochten, die bislang nicht deportiert worden waren. Sie war damit nicht allein.²⁹ Aber überraschende Razzien der Gestapo konnten „U-Boote“ einfangen, die ein Versteck bei noch legal registrierten Juden gefunden hatten:

„Ich wohnte 3 Monate bei meinen Glaubensgenossen bis eines Tags auch die geholt wurden, ich vor lauter Angst flüchtete unters Bett, nachdem nun 1 Stunde vergangen war, und alles ruhig war, kam ich hervor und suchte nach einem Schlüssel, ich versuchte die Tür aufzuschließen, der brach mir die Hälfte vom Schlüssel ab, nun blieb mir nichts anderes übrig entweder ich gehe hier oben kaput oder aus dem Fenster 2 Stück hoch in der Winsstr., denn die Gestapo hatte alle Lebensmittel die wir geschlaucht hatten mitgenommen. Ich nahm alle Laken bzw. Handtücher aus dem Schrank knotete alles zusammen und drehte mir ein Seil, des Nachts zwischen 1-2 ließ ich mich aus dem Fenster ersparen Sie mir alle Einzelheiten, denn es ist schneller niedergeschrieben, als was ich mitmache habe.“

Eine solch dramatische Flucht war nicht ungewöhnlich. Zahlreiche Überlebende berichten, dass sie, wenn die Gestapo kam, unters Bett kriechen oder sich hinter Regalen und Vorhängen verstecken mussten³⁰. Einer gefährlichen Situation entronnen, fand sich Herta abermals ohne Dach über dem Kopf:

„Nachdem ich nun die ganze Nacht auf der Straße umher geirrt bin, suchte ich Tags darauf eine bekannte Familie K Zionskirchstr. auf, wo ich ein paar Nächte schlief, auch hier konnte ich nicht bleiben, denn die Frau verreise mit ihren Kindern, Nächstelang schlief ich auf Böden trieb mich auf der Straße herum gehetzt wie ein verirrtes Schaf, bis ich wieder ein altes Nuttchen³¹ auf der Straße ansprach, ob sie nicht weiß wo ich ein paar Nächte einwohnen kann. Der flunkerte ich vor, mein Bruder ist auf Urlaub gekommen und ein junges Ehepaar möchte mal allein sein, sie sagte Sie haben so treuherzige Augen, schlafen Sie bei mir, sie hatte eine Kochstube in der Schillingstraße 8.“

Die Qualität, die Art und die Dauer eines Verstecks unterschieden sich erheblich und entziehen sich einfacher Kategorisierung. Wie das Beispiel Herta zeigte, war es unglaublich schwierig, eine Unterkunft zu finden; oft war die Fähigkeit erforderlich, überzeugend zu lügen und alle möglichen Risiken einzugehen. Überall in Berlin und Umgebung flüchteten sich Juden, die der Deportation zu entgehen suchten, zu Freunden, Familienangehörigen und Bekannten, die Hilfe und Zuflucht versprochen hatten. Viele aber wussten nicht, wohin sie gehen sollten, oder wurden abgewiesen bzw. nur für ein paar Tage aufgenommen. Nicht selten boten potenzielle Helfer nicht mehr als Mitleid oder Ausflüchte.³² In anderen Fällen hatten es „U-Boote“ mit den häufigen – und durchaus berechtigten – Ängsten ihrer Helfer zu tun. Charlotte J. musste bis Juli 1943 ständig umziehen. Zunächst war sie bei Bekannten untergekommen, konnte dort aber nicht mehr bleiben, als ihre Gastgeber sie nicht länger zu verstecken wagten. Auch das nächste Versteck hatte sie zu

²⁸ Vgl. ZfA, persönlicher Bericht von Kurt Lindenberg.

²⁹ Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 10546.

³⁰ LAB, E Rep. 200-22, Nr. 7 und 8.

³¹ Die Handschrift in Herthas Bericht ist manchmal schwer lesbar, an einigen Stellen könnte das Wort als „Muttchen“ gelesen werden, gemeint ist aber offensichtlich „Nuttchen“.

³² Vgl. Erich Hopp, *Your Mother Has Twice Given You Life*, in: Boehm (Hrsg.), *We Survived*, S. 98–119, hier S. 99.

verlassen, da Nachbarn misstrauisch wurden. Wie sie sich erinnert, verlangten manche Leute auch Geld. Andere erlaubten ihr nicht, die Wohnung zu verlassen, aus Furcht, es könnte entdeckt werden, dass dort eine unbekannte Person lebt. Wieder andere wollten sie tagsüber aus dem Hause haben, und so wanderte sie durch die Berliner Straßen oder saß auf einer Bank im Tiergarten.³³

Nachdem Herta Frau K. verlassen hatte, schlief sie etliche Nächte auf der Straße.³⁴ Sie war damit nicht allein. Eine andere Illegale, Ilse H., verbrachte die ersten Wochen ihrer Zeit im Untergrund in Vorortzügen und Bahnhofswarteräumen; wenig Schlaf und keine warmen Mahlzeiten, so lebte sie Tag für Tag.³⁵ Endlich fand sie den Mut, sich Bekannten anzuvertrauen, in der Hoffnung, eine dauerhafte Unterkunft zu finden.³⁶ Fast alle „U-Boote“ mussten irgendwann im Freien schlafen, auf Fußböden oder in Kellern, „bis gute Freunde uns ab und zu ein Obdach gaben“.³⁷ Die Untergetauchten hatten kaum eine Wahl, wenn es um das Versteck ging. Wie im Falle von Günter W. hat so mancher Unterschlupf diesen Namen kaum verdient: Zehn-Pfennig-Toiletten, Bahnhofswartesaale, Eisenbahnwaggons und Telefonzellen.³⁸ Selbst bei einer Baronin konnte für ein paar Wochen Zuflucht gefunden werden.³⁹ Ein Überlebender, Kurt L., hat sich in acht Monaten im Untergrund in vierzehn verschiedenen Lokalitäten aufgehalten. Er erinnert sich an eine „bunteste Sammlung“ von Verstecken: „Von luxurioser 4 Zimmerwohnung ueber klein Gaertnerlaube, Bombenbeschädigten Zimmer in zusammenbombardiertem Haus, Verkaufsraum eines Kleidungsartikelgeschaefts, Arbeiterhuette in einem Berliner Vorort u.s.w.“⁴⁰

Die Notwendigkeit eines sicheren Unterschlupfs brachte einige Untergetauchte auch mit den zwielichtigen Persönlichkeiten Berlins in Berührung. Erich H., ein Literaturprofessor, und sein Sohn Wolfgang verbrachten die ersten zehn Tage ihres Lebens im Untergrund bei der Madame eines Bordells in der Mulackstraße 40a, in einem Viertel, das bekanntermaßen viele Prostituierte und Kriminelle beherbergte.⁴¹ Erich H. war ein mit reichen Gaben ausgestatteter Mensch, bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten ein angesehener Mann aus bester Familie: Veteran des Ersten Weltkriegs, Professor, Autor, Poet, väterlicherseits Enkel eines Kolberger Rabbis und mütterlicherseits Enkel des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Breslaus.⁴² Er erinnert sich daran, von den Bewohnern der Mulackstraße 40a gut behandelt worden zu sein, betrachtete es nach der Befreiung aber doch als „Paradox“, Sicherheit in einem Bordell gefunden zu haben. Bedenkt man seine vorherige gesellschaftliche Stellung und seinen intellektuellen Rang, muss ihm das „Paradox“ schon als extrem erschienen sein.⁴³

Die oben angeführten Fälle zeigen einige der Schwierigkeiten, die bei der Suche nach Verstecken auftraten, in ihren unterschiedlichen Formen. Die Berichte der Überlebenden belegen, dass das Problem, einen Platz zu finden, wo man bleiben konnte, zwar wäh-

³³ Vgl. ZfA, Akte Charlotte J., Erlebnisse.

³⁴ Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 30544.

³⁵ Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 38009. Vgl. auch LAB, C Rep. 118-01, Nr. 31980.

³⁶ Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 38009.

³⁷ CJA, 4.1, 3089.

³⁸ Vgl. LAB, A Rep. 355, Nr. 18617, 61/I-63.

³⁹ Vgl. LAB, B Rep. 078, Zug. 6026, UH 633, M 009, R 161.

⁴⁰ ZfA, persönlicher Bericht von Kurt Lindenberg.

⁴¹ Vgl. Hopp, *Your Mother*, S. 99.

⁴² Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 30929.

⁴³ Hopp, *Your Mother*, S. 100.

rend der ganzen Kriegsjahre gegeben, jedoch am bedrängendsten in den ersten Monaten des Untertauchens war. Juden, die sich versteckten, mussten sich ihrer neuen Welt erst anpassen und ein Netzwerk von Helfern aufbauen. Die erste Zeit war oft eine Periode langsamer Akklimatisierung, des Experimentierens, des allmählichen Lernens zu überleben. Wer unternahm, hatte sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass andere nicht lange Unterschlupf gewähren wollten oder konnten. Man hatte sich auf die besonderen Ängste der Helfer einzustellen, auch auf die von diesen gestellten Bedingungen. Wie sehr ihr Leben auch bedroht gewesen und nun aus den Angeln gehoben war, mussten die Untergetauchten die Instabilität ihrer neuen Existenz mit dem anscheinend normalen Leben potenzieller nichtjüdischer Helfer in Einklang zu bringen suchen, die ihren Alltag nicht wesentlich zugunsten der „Illegalen“ ändern konnten. Juden hatten aktiv zu sein und Risiken auf sich zu nehmen, wenn sie überleben wollten, und im Laufe der Wochen und Monate begann eine zunehmende Anzahl der Untergetauchten mit dem spannungsreichen Alltag im Untergrund besser und besser fertigzuwerden. Wie Alfred A. gelang es vielen, Netzwerke von Helfern zu schaffen: „Ich sammelte nach und nach einen großen Kreis von Menschen um mich, die für meine Lage ein großes Verständnis aufbrachten und mir halfen.“⁴⁴

Festnahme und Evasion

Kurz nach dem Beginn ihres Aufenthalts in der Schillingstraße hatte Herta eine weitere Begegnung mit der Polizei:

„Am anderen Morgen ich stand gerade vor dem Spiegel und frisierte mich, da hörte ich eine Stimme Frau Krökel kommen Sie doch bitte mal raus, draußen stand ein Schupo und frug, wen sie beherberge sie sagte ich hätte sie auf der Straße angesprochen ich habe kein Quartier, darauf kam er ins Zimmer, wer sind Sie, sind Sie eine Jüdin, ich gab keine Antwort, sind Sie eine Ausländerin, wo haben Sie ihre Papiere, die habe ich verloren dann müssen Sie mit zum Revier.“

Solche Inspektionen waren in Berlin alltäglich. Von den anfänglich 6 500 Berliner Juden, die der Deportation zu entgehen versuchten, wurden im Laufe des Krieges annähernd 4 800 festgenommen.⁴⁵ Diese Verhaftungen sind generell als die schlimmsten Momente der Untergrundexistenz im Gedächtnis geblieben. Bemerkenswerterweise berichten jedoch Dutzende von Illegalen, sie seien mindestens einmal festgenommen worden und dann wieder entkommen.

Manchen verhalf eine Verbindung von Glück und Verwegenheit zum Wiedergewinn der Freiheit, so in einem Falle, als ein Luftangriff die Einfassung eines Sammellagers zerstörte. In anderen Situationen spielte die persönliche Initiative des Illegalen die entscheidende Rolle. Herta F. schilderte ihr Entkommen in allen Einzelheiten:

„Meine Knie schlottern, nachdem ich auf dem Revier gestanden habe war ich hin, bettelte und flehte ich kann nichts dafür daß ich als Jüdin geb bin, ich habe nichts verbrochen, der Beamte sollte mich gehen lassen, wie von einer Tarantel fuhr zurück fassen Sie mich nicht an. Als meine Personalien aufgenommen wurden fuhr grüne Minna vor und ich wurde aufgeladen, dann ging es nach dem Alex, Tegel, Oranienburger Oderbergerstr Revier sollte mich nehmen dann zurück zum Alex, da lud man mich ab, ich wurde 5 Stock hoch über Glasstufen gebracht, dann kam ich in ein

⁴⁴ LAB, C Rep. 118-01, Nr. 30320.

⁴⁵ Richard N. Lutjens, Jr., *Jews in Hiding in Nazi Berlin, 1941–1945* (Ph.D. Diss., Northwestern University, 2012).

Raum mußte mich nackt ausziehen und wurde Leibes visitiert, dann kam ich in eine Zelle unter freiem Himmel alles entzwei es war im November wo die großen Angriffe waren bis zum anderen Morgen wurde ich aufgerufen und zur Hamburgerstr gebracht, ich war dermaßen verzweifelt, daß ich mir die Haare ausriß ich sagte mir jetzt blüht dir das gleiche Los wie deine Glaubensgenossen weg mit dem Transport vergasen. Ich bekam eine Transportnummer mir wurde alles abgenommen. Nach ein paar Tagen kam Herr Hirschstein jetzt Iranischestr tätig und fragte mich ob ich arbeiten möchte, ich sagte ja, denn ich erblickte ein Wink des Schicksals, unser ehemaliges Vereinshaus Kurfürstenstr nahm sich die Wiener Gestapo als Arbeitsplatz, und wir mußten die Aufräumungsarbeiten machen. Wir wurden streng bewacht von unseren Glaubensgenossen & S.S. Ich sondierte wie kommst Du hier weg. Den 2. Tag war die Sache kritischer ich machte Eindruck auf den Oberscharführer und er gab mir leichte Arbeit ich sollte die Scherben auf die Straße werfen, da lief mir ein Schornsteigfeger über den Weg da dachte ich heute oder nie wagst Du es. Ich nahm den Eimer legte mein Mantel bzw. meine Tasche hinein legte den Völkischen Beobachter und Scherben raus und lief was mich meine Beine tragen konnten bis rein nach dem Centrum es ist leicht alles niedergeschrieben, aber versetzen Sie sich in meine Lage.“

Hertas Bericht vermittelt einen Eindruck von der Mühe, die sich die Behörden gaben, um herauszufinden, was die einzelnen untergetauchten Juden wussten. Tatsächlich erwiesen sich die festgenommenen Juden als wertvolle Informationsquellen.⁴⁶ Die Festsetzung eines Illegalen konnte zu einer ganzen Serie von Verhaftungen führen. In dem bekannten Fall Franz Kaufmann, dem vorgeworfen wurde, für mehr als hundert Juden falsche Papiere beschafft zu haben, löste die Festnahme einer einzigen Jüdin, im Sommer 1943, eine Verhaftungswelle aus, der mehr als fünfzig Personen zum Opfer fielen, zumeist Juden. Nahezu alle wurden deportiert, doch nicht ehe ihnen die Gestapo das Versteck anderer Illegaler abgepresst hatte.⁴⁷

Hertas Schilderung der Umstände ihres Entkommens wirft auch Licht auf ein schwieriges Thema in der Geschichte des Holocaust und speziell der Berliner „U-Boote“. Als Herr Hirschstein an Herta herantrat und ihr Arbeit und zeitweiligen Schutz vor der Deportation anbot, hat sie darin „einen Wink des Schicksals“ erblickt. Vorstellungen von Schicksal, Bestimmung und Glück kommen, wenn auch nicht von allzu vielen der Überlebenden erwähnt, doch oft genug vor, um die Frage zu stellen, was mit solchen Worten eigentlich gemeint war. Hatte Herta einfach Glück oder waren in ihrem Fall noch andere Faktoren im Spiel? Allgemeiner gefragt, welche Rolle haben „Schicksal“ und „Glück“ in der Erfahrung des illegalen untergetauchten Lebens in der Stadt gespielt und wie haben diese Begriffe die Nachkriegsberichte der Überlebenden gefärbt? Historiker stehen noch vor der Aufgabe, die Funktion solcher Worte in der Konstruktion der Erinnerung der Überlebenden kritisch zu untersuchen. Natürlich lagen manche Vorgänge außerhalb der Kontrolle der „U-Boote“, etwa die Zerstörung eines Sammellagers durch einen Luftangriff. Jedoch schreiben die Überlebenden dem Schicksal und dem Glück höchstwahrscheinlich Dinge zu, die sie selbst zu kontrollieren vermochten oder die jedenfalls eine logische Erklärung haben.

Verschiedene Faktoren dürften den Gebrauch der Worte „Glück“ und „Schicksal“ durch die Illegalen beeinflusst haben. Erstens haben die Überlebenden mit solchen Begriffen wohl entschuldigen wollen, dass sie davongekommen waren, während so viele andere Juden umkamen. Schrieb man das eigene Überleben dem Glück oder dem Schicksal zu, beruhigte man Schuldgefühle oder doch innere Konflikte. Eine weitere Erklärung mag darin liegen, dass die „U-Boote“ auf diese Weise einen Vorfall charakterisieren, den sie

⁴⁶ Vgl. Doris Tausendfreund, *Erzwungener Verrat. „Jüdische Greifer“ im Dienst der Gestapo 1943–1945*, Berlin 2006, S. 84–87.

⁴⁷ Vgl. LAB, A Rep. 355, Nr. 18617.

damals, als er geschah, noch nicht recht zu verstehen und einzuordnen vermochten. Schließlich werden die Untergetauchten, so banal das auch erscheint, jene Begriffe oft reflexartig, fast ohne Überlegung benutzt haben. So wichtig Sprache ist, wenn Emotionen und Erfahrungen mitgeteilt werden sollen, so richtig ist auch, dass Menschen manchmal einfach nach dem nächstbesten Wort greifen, das vage passend klingt. Wie schon gesagt, enthalten aber nur relativ wenige Zeugnisse die genannten Begriffe. Überlebende erklären, wenn sie ins Detail gehen, recht genau, wie und warum sie überlebt haben. Diese Neigung legt den Gedanken nahe, dass sich die Illegalen in einem weniger willkürlichen und brutalen Milieu bewegten als die Insassen der Lager. Sie waren in der Lage, zumindest ein Mindestmaß an Übersichtlichkeit und Regeln zu schaffen, und konnten damit erklären, wie bestimmte Prozesse bei ihrem Überleben wirksam waren.

Herta hat, wie viele andere Juden, diese „Winke des Schicksals“ so überlegt wie möglich benutzt, um Zeit zu gewinnen und ihre nächsten Schritte zu planen. Nach ihrer Verhaftung sind festgenommene Juden etliche Monate festgehalten, zahllosen Verhören unterworfen und zu Arbeitskommandos eingeteilt worden. Nicht immer ist klar, warum viele entdeckte Juden zwischen Festnahme und Deportation so lange in Haft blieben. Möglicherweise hat man bei Juden, die auf dem Schwarzmarkt tätig waren, in einem festen Arbeitsverhältnis standen oder mit Nichtjuden zusammenlebten, angenommen, dass sie wahrscheinlich an „illegalen“ Aktivitäten beteiligt waren und daher über größere Kenntnisse des Lebens im Untergrund verfügten. Hertas Umstände zur Zeit ihrer Verhaftung – sie lebte getarnt und unter „Ariern“ – erklären vielleicht, warum sie nicht sofort deportiert wurde und in die Lage kam, von Herrn Hirschstein Arbeit angeboten zu bekommen.

Eine andere Einzelheit verdient Erwähnung, wenn sie auch unbedeutend erscheinen mag. Die Polizei nahm Herta im November 1943 fest, in der Zeit, in der, wie sie sagt, „die großen Angriffe waren“. Wir können also ihre Verhaftung auf die Tage zwischen dem 19. und dem 24. November 1943 datieren, als die Royal Air Force in der „Schlacht um Berlin“ die bis dahin schwersten Angriffe auf die Stadt flog; 2966 Menschen kamen ums Leben.⁴⁸ Etliche überlebende Illegale erinnern sich daran, dass sie in dieser Zeit all ihre bescheidene Habe und ihr Versteck verloren. Erst für die Wochen, als die Rote Armee auf Berlin vorrückte, findet die Gewalt des Krieges wieder solche Aufmerksamkeit in den Berichten der Überlebenden.

Nach ihrer verwegenen Flucht, also höchstwahrscheinlich Anfang Dezember 1943, fiel Herta zurück in den „Überleben“-Modus, der vielen Illegalen nun zur zweiten Natur geworden war. Zunächst hatte sie einen Unterschlupf zu finden:

„Ich suchte eine ehemalige Collegin von Siemens auf, die wohnte in der Michaelikirchstr sie lebte mit einen Arier zusammen, die nahm mich auf, bis ich das Pech hatte daß der Mann sich in mich verliebte, nun war mein Bleiben unmöglich. Abends um 11 Uhr kam die Collegin und sagte mir ich muß gehen ich nahm meine naße Wäsche, welche ich mir am Tage dort auswusch über den Arm und zog los ins Hotel 5 Stock Treppenflur und verbrachte dort die ganze Nacht in der Holzmarktstr. Meine Füße starben mir förmlich ab vor Kälte, so vagabundierte ich wieder umher mal im Keller im Stall als wertvolle Informationsquellen + auf Böden verbrachte 1½ Jahre [sic!]. Bis ich eine Schneiderin kennen lernte wo ich Blusen bügelte und wirtschaftete, liefern ging, Wäsche wusch. Kassieren ging, wo ich alles machte nur für bloß schlafen. Die Frau nutzte mich buchstäblich aus. Wenn ich nicht die Katholik zu Ordensschwestern und Brüder gehabt hätte, wo ich buchstäblich kaputt gegangen, denn das waren die einzigen die mir halfen. Uneigennützlich bis dort hinaus, keine Zivilperson half mir.“

⁴⁸ Vgl. Werner Girbig, ... im Anflug auf die Reichshauptstadt, Stuttgart 1970, S. 117.

Konflikte zwischen den Illegalen und ihren Helfern gab es in vielen Formen. Erich Hopp und seine Familie erlebten, wie frühere Kollegen und Freunde es müde wurden, sie mit Lebensmitteln zu versorgen.⁴⁹ Manchmal nützten Helfer die Macht, die sie über Illegale hatten, aus, um sexuelle Gegenleistungen zu erpressen.⁵⁰ Gleichwohl machte eine große Anzahl von Überlebenden im Allgemeinen positive Erfahrungen mit zumindest etlichen Leuten, die ihnen halfen. Wenn man bedenkt, dass an der Rettung eines einzigen Juden dem Historiker Wolfgang Benz zufolge durchschnittlich sieben Personen beteiligt waren, so kamen viele Untergetauchte doch mit wahrhaft selbstlosen Menschen in Kontakt.⁵¹ Einige Illegale lernten während des Krieges sogar ihre künftigen Ehepartner kennen, so Günter F.⁵² In manchen Fällen entstanden bewegende und emotional enge Freundschaften.⁵³ Was persönliche Beziehungen betrifft, so zeigen die Aussagen Berliner Überlebender, dass sie zu den stärksten Faktoren in der Erinnerung an den Krieg gehören. Mehr als regelmäßige Versorgung mit Lebensmitteln und mehr als ein halbwegs sicherer Unter-schlupf war es für die Aufrechterhaltung der Moral essenziell, eine wichtige Person im Leben zu haben, sei es einen Genossen im Untergrund oder einen Helfer.

Hertas Schwierigkeiten wurden noch dadurch komplizierter, dass sie sich in einer Lage fand, in der sie sich als Arbeitskraft verdienen musste. Für viele Illegale war Arbeit unverzichtbar, um Nahrung und Kleidung zu kaufen und um für die Unterkunft zu bezahlen. Eine nicht unbedeutende Anzahl von Überlebenden erinnert sich, zu irgendeinem Zeitpunkt während des Untertauchens gearbeitet zu haben. Bei der Art der Arbeit gab es Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Frauen arbeiteten als Näherin, Kindermädchen und Dienstmädchen, Männer als Schneider, Tischler, Holzfäller oder auch als Fabrikarbeiter.

In ihren Lebensläufen neigten weibliche Überlebende mehr als Männer dazu, über ihre Erfahrungen bei Arbeiten zu sprechen. Diese Abweichung gehört zu den auffallendsten Unterschieden in den Zeugnissen weiblicher und männlicher Illegaler. Es ist vielleicht mit dem Verhältnis zu erklären, das im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwischen bezahlter Arbeit, Geschlecht und Klasse bestand. Viele untergetauchte Frauen, vor allem im vergleichsweise kosmopolitischen und progressiven Berlin, hatten eine gute Schulbildung und eine berufliche Ausbildung genossen. Dennoch galt in der deutschen Gesellschaft eine lebenslange berufliche Karriere bei Frauen nicht in gleichem Maße als integraler Teil der Identität wie bei Männern. Von Männern wurde erwartet, in einem Beruf zu arbeiten; bei Frauen wurde bezahlte Arbeit lediglich toleriert. Möglicherweise haben daher männliche „U-Boote“ die Tatsache ihrer Beschäftigung nicht für erwähnenswert gehalten. Wie ungewöhnlich nun auch die Umstände sein mochten, arbeiten war eine Fortsetzung ihres normalen Lebens vor der Kriegs- oder der NS-Zeit. Männer tendierten nicht dazu, Arbeit als Mittel der Selbstverwirklichung oder auch als ein Element des Lebens im Untergrund zu sehen. Außerdem bedeutete die Art der Beschäftigung, die von untergetauchten Männern ausgeübt wurde, vielfach einen sozialen Rückschritt gegenüber ihrer Tätigkeit vor dem Nationalsozialismus und mag daher nach Kriegsende eine gewisse Verlegenheit geschaffen haben. Hingegen war für viele Frauen eine Arbeit,

⁴⁹ Vgl. Hopp, *Your Mother*.

⁵⁰ Vgl. United States Holocaust Memorial Museum Washington (USHMM), RG-14.070M, Reel 1959, Fr. 877-1607.

⁵¹ Vgl. Peter Schneider, *Saving Konrad Latte*, in: *The New York Times*, 13. 2. 2000, S. 1, der sich hier auf Wolfgang Benz bezieht.

⁵² Vgl. LAB, C Rep. 118-01, Nr. 32306.

⁵³ Vgl. Stein-Landesmann, *The Strength of Two*.

die das Überleben ihrer Familien und ihr eigenes sicherte, zeitweise bestätigend und lohnend, welcher Art die Beschäftigung auch sein mochte.

Arbeit bedeutete aber mehr als einfach nur Geld verdienen. Sie konnte als relativ sichere Deckung dienen und sie brachte die Untergetauchten in Verbindung mit der Außenwelt. Beschäftigung bedeutete täglichen Kontakt mit dem „Feind“, was es den Illegalen ermöglichte, die Komplexitäten der deutschen Gesellschaft an der „Heimatfront“ kennenzulernen. Für manche, einschließlich Herta F., war die Erfahrung entmutigend und ärgerlich. Das ständige Zusammentreffen mit Antisemiten und die Knechtschaft am Arbeitsplatz machen sich in ihren Erinnerungen und denen anderer Überlebender deutlich bemerkbar. Nicht wenige Illegale haben jedoch Arbeiten als einen Atemzug frischer Luft, nach einer langen Zeit im Untergrund, empfunden. So schaute Charlotte B. auf ihre Beschäftigung in einem Laden, in dem sie Kleidung und anderes verkaufte, als auf einen glücklichen Abschnitt in ihrer illegalen Existenz zurück: „[...] wo ich in aller Öffentlichkeit gute treue Freunde sprechen konnte, die ungehindert in den Laden kamen.“⁵⁴

Mit dem Zeugnis von Herta F. wird, zusammen mit anderen Aussagen, deutlich, wie komplex die tägliche Erfahrung einer Untergrund-Existenz in und um die Hauptstadt des nationalsozialistischen Deutschland tatsächlich war. Manche Illegale litten Hunger, hatten keine Lebensmittelkarten oder falsche Papiere und lebten Tag für Tag in der Gefahr, denunziert zu werden. Aber viele Nachkriegsberichte heben auch die kleine, doch so wichtige Freude hervor, die jeder Akt der Solidarität, von Juden oder Nichtjuden, hervorrief, jede neu entstandene Beziehung, jedes eingegangene und gemeisterte Risiko. In solchen Fällen haben die physischen Nöte den Geist nicht gebrochen, da die Untergetauchten eine emotionale Stütze hatten. Andere wiederum hatten zeitweise genügend zu essen und gute Unterkunft. Doch fehlte menschlicher Kontakt oder war die Begegnung mit Nichtjuden emotional derart destruktiv, dass die Erinnerung an jene Jahre fast zur Gänze negativ und mit Zorn, Bedauern und Trauer versetzt ist.

Zu Beginn wurde gesagt, „Verstecken“ sei der Begriff, der die Alltagserfahrung der illegal in Berlin lebenden Juden innerhalb der breiteren Geschichte von Verfolgung und Überleben während des Holocaust am besten trifft. Wenn wir aber allein die Situation in Berlin behandeln, ist der Begriff, so konnte gezeigt werden, doch auch zu schwach und zu eng. Die Erfahrungen der Männer, Frauen und Kinder, die davonkamen, indem sie illegal in Berlin lebten, versteckt und getarnt, waren zu komplex, als dass ihnen ein einziges Wort gerecht werden könnte. Die Erinnerungen der Überlebenden unterscheiden sich so erheblich, dass auf eine bemerkenswerte Handlungsvielfalt und Bewegungsfreiheit geschlossen werden muss, wie man sie für Juden während des Holocaust gewöhnlich nicht für möglich hält. Zu einem großen Teil war diese relative Bewegungsfreiheit darauf zurückzuführen, dass Juden, wie verdeckt auch immer, sich, um zu überleben, unter die nichtjüdische Bevölkerung mischten. Verstecken in dem Sinne, wie der Begriff auf Anne Frank und ihre Familie zutrifft, hätte eine so große Vielfalt von Erfahrungen nicht erlaubt. Und die Vielfalt erklärt vielleicht, warum die 1 700 überlebenden Illegalen kein einheitliches kollektives Narrativ entwickelten, so wie wir es von den Überlebenden der Lager kennen.

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

⁵⁴ ZfA, Akte Dr. Charlotte B., Untergetaucht – an der Oberfläche – 1941/1945.

Maria von der Heydt

„Wer fährt denn gerne mit dem Judenstern in der Straßenbahn?“

Die Ambivalenz des „geltungsjüdischen“ Alltags zwischen 1941 und 1945

Gegenstand dieses Beitrages ist eine im Vergleich zu anderen Kategorien, in welche die Nürnberger Gesetze die Menschen jüdischer Herkunft unterteilten, eher kleine Gruppe. An ihr zeigt sich jedoch besonders deutlich die Willkür der „Rassedefinitionen“ und die Hilflosigkeit der ihnen Unterworfenen. Es handelt sich dabei um Deutsche, die zwar nur zwei jüdische Großeltern hatten, aber abweichend vom gesetzlichen Regelfall nicht unter die sogenannten Mischlinge I. Grades zählten, sondern – so der Wortlaut der ersten Ausführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz – als „Juden galten“.¹ In drei Fällen sollte ein Mischling als Jude gelten: zum einen, wenn er am 15. September 1935 mit einem Juden (auch „Geltungsjuden“) verheiratet war, zum Zweiten, wenn er sich am 15. September 1935 oder später zur jüdischen Religion bekannte, und drittens dann, wenn er einer Beziehung, die als „Rassenschande“ verboten war,² entstammte und nach dem 31. Juli 1936 geboren worden war. Polizei und Innenverwaltung sprachen abgekürzt bald von „Geltungsjuden“.

Viele Juden dagegen fassten unter den Begriffen „Halbjuden“ bzw. „jüdische Mischlinge“, „Geltungsjuden“ und Mischlinge I. Grades zusammen.³ Wohl wegen derartiger begrifflicher Verwirrungen hielt man es noch am 11. Dezember 1942 für erforderlich, auf den verbliebenen zwei Seiten des Jüdischen Nachrichtenblattes an die Erläuterung der Rassengesetzgebung zu erinnern.⁴ Nach Kriegsende verwandten dann Betroffene und jüdische wie nichtjüdische Hilfsstellen unterschiedlichste Begriffe – neben „Mischling I. Grades“ unter anderem „Geltungsjude“, „jüdischer Mischling“, „Glaubensjude“ oder „Sternträger“.⁵

Geltungsjuden: eine heterogene Kategorie

Es gab nur vergleichsweise wenige Geltungsjuden. Die meisten der am 17. Mai 1939 gezählten 46 928 Halbjuden zählten zu den Mischlingen I. Grades, reichsweit bekannte sich

¹ § 5 II der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935, Reichsgesetzblatt (RGBl.) I (1935), S. 1333.

² Gemeint waren sowohl außerehelich geborene Kinder als auch Nachkommen aus den nach dem 15. 9. 1935 geschlossenen Mischehen.

³ Tagebucheintrag vom 18. 8. 1942, in: Tagebuch einer jüdischen Gemeinde 1941/43, im Auftrag der Jüdischen Gemeinde Mainz hrsg. und kommentiert von Dr. Anton Keim, Mainz 1968, S. 82. Vgl. auch Eigenbezeichnung der Anneliese Hein, Centrum Judaicum Archiv Berlin (CJA), 4.1 (Opfer des Faschismus/OdF), Nr. 674 (Antrag vom 5. 11. 1945).

⁴ Jüdisches Nachrichtenblatt (JNBl.) Nr. 50/1942 vom 11. 12. 1942, S. 1f.

⁵ Cilly Kugelmann, Befreiung – und dann? Zur Situation der Juden in Frankfurt am Main im Jahr 1945, in: Monica Kingreen (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938–1945, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 435–456; Rita Meyhöfer, Gäste in Berlin? Jüdisches Schülerleben in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Berlin 1996, S. 245, Anm. 815. Die bei dieser Thematik unvermeidlich häufigen NS-Begriffe werden im Folgenden zur besseren Lesbarkeit des Textes ohne Anführungszeichen o. Ä. verwendet.

nur etwa jeder zehnte Nachkomme aus einer „Mischbeziehung“ zum Judentum.⁶ In größeren Gemeinden lebten zwar anteilig eher mehr Geltungsjuden als in Kleinstädten oder auf dem Lande, doch auch dort machten sie nur einen Bruchteil der in Mischehe verheirateten Juden aus.⁷ Schätzungsweise wurden etwa 7000 Menschen zwischen 1939 und 1945 als Geltungsjuden bezeichnet, etwa 1500 weitere dürften in Österreich gelebt haben.

Nach jüdischem Gesetz hätten ausschließlich Kinder einer jüdischen Mutter Juden sein können, doch danach richtete die deutsche Bürokratie sich nicht.⁸ Vielmehr unterstellten Verwaltung und Justiz schon bei geringfügigen Bezügen zu einer jüdischen Gemeinde oder Vereinigung eine „Zugehörigkeit zum Judentum“. Dem beiderseitig halbjüdischen Ehepaar Friess wurde zum Verhängnis, dass der Ehemann an einer jüdischen Schule unterrichtet hatte.⁹ In anderen Fällen reichten gelegentliche Synagogenbesuche oder frühere Zuwendungen jüdischer Organisationen aus. Sogar Menschen mit nur einem der Herkunft nach jüdischen Großeltern zählten als Geltungsjuden, wenn einem der arischen Großeltern ein Übertritt nachgewiesen und der Betreffende Beziehungen zu einer jüdischen Gemeinde hatte.¹⁰ Uneheliche Kinder geltungs-jüdischer Mütter und angeblich nichtjüdischer Väter waren entsprechend der Definition in den Rassengesetzen eigentlich Vierteljuden, kamen sie aber nach dem Juli 1936 zur Welt, so entstammten sie „verbotenen Geschlechtsverkehr“ mit einer (Geltungs-)Jüdin und galten deshalb als Juden.¹¹ Einige solche Mütter wurden im Oktober 1944 mit ihren zwischen sechs Monaten und acht Jahre alten Kindern nach Theresienstadt deportiert.¹²

Vieles am Schicksal eines Geltungsjuden hing davon ab, ob er sich selbst rechtzeitig als solcher ansah: Als im November 1935 diese Kategorie geschaffen wurde, waren aber nur diejenigen gewiss, keine Mischlinge zu sein, die sich selbst religiös-kulturell als Juden verstanden. Dagegen konnte ein christlicher Nachkomme zweier jüdischer Großeltern kaum verlässlich feststellen, ob sein Name irgendwo in einem Gemeindeverzeichnis erschien, denn jede jüdische Gemeinde entschied für sich, wen sie wann in ihre Register eintrug oder daraus strich; hier existierten keinerlei feste Regeln. Erst ab 1938 führten die Ortsgemeinden, später dann als Zweigstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutsch-

⁶ Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung des 17. 5. 1939, Band 552, Heft 4: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, Berlin 1944, S. 6f.

⁷ Zahlen u. a. bei Wolf Gruner, Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischehen“ 1943, Frankfurt a. M. 2005, S. 181.

⁸ Reichsgericht, Urteil vom 21. 11. 1938, in: Zeitschrift für Standesamtswesen (StAZ) 20 (1940), S. 161.

⁹ Herbert Schultheis, Juden in Mainfranken 1933–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Deportationen Würzburger Juden, Neustadt a. d. Saale 1980, S. 540. Das Ehepaar Friess wurde am 29. 11. 1941 nach Riga deportiert und starb im April 1945 in Bergen-Belsen.

¹⁰ Ablehnungsantrag des Angeklagten und Urteil der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 15. 1. 1942, Bundesarchiv (BArch) Berlin, R 30.02 (5 D 90/1942). Vgl. Hans Robinsohn, Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in „Rassenschandefällen“ beim Landgericht Hamburg, Stuttgart 1977, S. 29.

¹¹ Alexandra Przyrembel, „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003, S. 302. Um Rassenschandeverfahren zu entgehen, gaben uneheliche Mütter oft ausländische Kindsväter an. Auf den Wahrheitsgehalt dieser Angaben kommt es im hier untersuchten Zusammenhang nicht an.

¹² Transportliste des 112. Theresienstadt-Transportes aus Berlin vom 27. 10. 1944 (Bezeichnung in Theresienstadt: I/118), BArch Berlin, ZSg. 138, S. 2534.

land, ihre Verzeichnisse nach einheitlichen Vorgaben der zuständigen Stapostellen, doch die Zweifelsfälle wurden nie vollständig bereinigt.¹³

Ab September 1941 mussten die meisten Geltungsjuden in der Öffentlichkeit den Judenstern tragen; spätestens jetzt wurde die willkürliche Ansicht eines Beamten etwa über die Nähe zur jüdischen Gemeinde lebensgefährlich.¹⁴ In Berlin forderte die Jüdische Kultusvereinigung sicherheitshalber alle ihr jemals als Juden Gemeldeten schriftlich auf, Sterne zu kaufen und zu tragen, so dass viele ihren Status klärten, ehe gegen sie ermittelt wurde.¹⁵ Hielt sich nämlich jemand für einen Mischling und die örtliche Gestapo teilte diese Ansicht nicht, so drohte wegen des Verstoßes gegen die Kennzeichnungspflicht ein Strafverfahren oder die Deportation.¹⁶ Anfangs glaubte der Frankfurter Werner Kümmel noch, man habe ihn nur wegen Bewirtschaftungsverstößen festgenommen. Nach Monaten der Polizeihaft, vor dem Abtransport nach Auschwitz, ließ er dem Vater die Nachricht zukommen, er habe den Schutzhaftschein unterschrieben: „Auf dem Schein stand, ich hätte gegen die Bestimmungen der Judenkennzeichnung und der Lebensmittelkarten verstoßen.“¹⁷ In manchen derartigen Fällen – aber nicht immer – half es, wenn sich arische Verwandte und Nachkommen bei den oberen Dienststellen persönlich für die Inhaftierten einsetzten.¹⁸

Am gefährlichsten wurde sogenannten Halbjuden eine oft anonyme Denunziation oder gar ein Strafverfahren wegen verbotswidriger Liebesbeziehungen.¹⁹ Immerhin 29 von 354 in Düsseldorf unter „Rassenschande“ verzeichnete Gestapo-Ermittlungsverfahren betrafen Menschen mit zwei jüdischen Großeltern; in allen diesen Fällen kam es darauf an, ob es sich um einen Mischling I. Grades oder einen Geltungsjuden handelte, denn nur Geltungsjuden konnte man wegen Rassenschande zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilen.²⁰ Deshalb drängten manche erfolgshungrige Ermittler und Richter darauf, die Verdächtigten als Juden anzusehen, und verschlossen zugleich die Augen davor, dass nach Kriegsbeginn eine Verurteilung zu mehrjähriger Haftstrafe einem Todesurteil gleichkam. Vergeblich betonte eine Mutter zweier Zwillingssöhne 1943 in einem Gnadengesuch: „Die Angehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft ist m.E. für Kinder unbedeutend, denn sie werden ja nicht gefragt, was sie werden wollen, sondern [...] nach dem Willen

¹³ Przyrembel, Rassenschande, S. 347. Zur Gemeindekartei als Verfolgungsinstrument siehe Beate Meyer, Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1938–1945, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), Juden in Berlin 1938–1945, Berlin 2000, S. 291–337, hier S. 314f.

¹⁴ § 1 Abs. 2 der „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden. Vom 1. 9. 1941“, RGBl. I (1941), S. 547.

¹⁵ Gad Beck, Und Gad ging zu David. Die Erinnerungen des Gad Beck, Berlin 1995, S. 75. Vgl. auch den Fall der Familie Lichtenstein, Berlin-Pankow, bei Hans-Rainer Sandvoß, Widerstand in Pankow und Reinickendorf, Berlin 1992, S. 180.

¹⁶ Einzelfälle bei Holger Berschel, Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945, Essen 2001, S. 194 und bei Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn 2002, S. 195ff. und 215–220.

¹⁷ Kassiber Ende Juni 1943, United States Holocaust Memorial Museum Washington (USHMM), Kuemmel Family Collection 2006.166.1.

¹⁸ Sigrid Lekebusch, Die Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland 1933–1945, Köln 1995, S. 72.

¹⁹ Die anonyme Anzeige eines Mischlings I. Grades im September 1941 führte zur Einstufung des Mannes als Geltungsjude, Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-02, Nr. 2368.

²⁰ Przyrembel, Rassenschande, S. 275 und 360.

der Eltern angemeldet“.²¹ Nachdem sich der Rassenschandevorwurf gegen sie zerschlagen hatte, wurde die Berlinerin Anneliese Hein zwar 1941 aus der Haft entlassen, als nunmehrige Geltungsjüdin aber zum Zwangseinsatz bei der Fa. Seibt befohlen und am 15. März 1943 nach Theresienstadt deportiert.²²

Solchen Fällen standen die Anträge gegenüber, welche die Geltungsjuden selbst bei unterschiedlichen Ämtern stellten, um als Mischlinge I. Grades anerkannt zu werden. Beate Meyer schätzt die erfolgreichen Neueinstufungseinträge auf reichsweit zwischen 1 300 und 3 000.²³ Zur Begründung diente meist, dass die Betroffenen schon vor 1935 versucht hätten, aus dem Judentum auszutreten, oder dass die jüdische Eheschließung nur zum Schein erfolgt oder die Scheidung vor 1935 beabsichtigt gewesen sei. Eltern geltungsjüdischer Kinder beantragten deren Austritt aus dem Judentum²⁴ oft dann, wenn diese nur noch als Mischlinge I. Grades weiter die Schule besuchen konnten oder der geschlossene Arbeitseinsatz drohte.²⁵ Nach Beginn der Deportationen aus dem Reichsgebiet stieg die Zahl solcher Statusänderungsanträge nochmals deutlich an; die Jüdische Kultusgemeinde Berlin führte im April 1942 eine Liste derer, die wegen laufender Anträge von der Pflicht, sich mit einem Gelben Stern zu kennzeichnen, befreit waren.²⁶ Obgleich die meisten anderen Einschränkungen weiterhin galten, fielen diese Geltungsjuden zumindest im Straßenbild nicht weiter auf und blieben so von manchen Schikanen verschont.²⁷ Am 12. Oktober 1942 setzte der Innenminister die Antragsbearbeitung kriegsbedingt aus, stellte jedoch zugleich die Antragsteller von Deportationen zurück, damit der Entscheidung über den Antrag nicht vorgegriffen werde.²⁸

Seit 1939 gehörten Geltungsjuden als Zwangsmitglieder der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an.²⁹ Während sich aber die meisten Volljuden zumindest der Form

²¹ Gnadengesuch vom 23. 2. 1943 an das Landgericht Hamburg, Staatsarchiv Hamburg (StA HH), 213-11 Rep. Nr. 3145-43. Ähnlich Ablehnungsantrag des Angeklagten, betreffend das Urteil der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 15. 1. 1942, BArch Berlin, R 30.02 (5 D 90/1942).

²² Anneliese Hein, CJA, 4.1 (OdF), Nr. 674 (Antrag vom 5. 11. 1945). Für den Hinweis danke ich Anna Hájková.

²³ Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999, S. 108. Eine einheitliche Zuständigkeit wurde anscheinend nie bestimmt; Berschel, Judenreferat Düsseldorf, S. 188.

²⁴ Bis 1938 wurden Austritte aus der Religionsgemeinschaft vor dem Amtsgericht erklärt, ab dem 30. 1. 1939 vor der jeweiligen Synagogengemeinde (1. Durchführungsverordnung vom 30. 1. 1939 zum Gesetz über die Rechtsstellung jüdischer Körperschaften vom 28. 3. 1938). Da nicht alle Austrittserklärungen durch die Gemeinden, also de facto durch die Stapo, anerkannt wurden, empfanden die Austrittswilligen ihre Erklärungen eher als „Entlassungsgesuche“ denn als eigenständige Entscheidungen. Am 1. 9. 1941 durften Gemeinden bis auf weiteres keine Austrittsbegehren mehr entgegennehmen. Ab März 1943 musste jedes Austrittsgesuch durch den Reichsminister des Innern (RMdI) genehmigt werden.

²⁵ Gerlind Lachenicht, Getauft und deportiert, in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte (JBBKG) 66 (2007), S. 188–232. Weitere Fälle bei Meyhöfer, Gäste in Berlin?, S. 255 und 258; und Jana Leichsenring, Die katholische Kirche und „ihre Juden“. Das „Hilfswerk beim bischöflichen Ordinariat Berlin“ 1938–1945, Berlin 2007, S. 174.

²⁶ Essner, Nürnberger Gesetze, S. 272.

²⁷ Carola Jüllig, Juden in Kreuzberg, Berlin 1991, S. 216.

²⁸ Rundverfügung des RMdI vom 12. 10. 1942 an Reichsstatthalter u. a. betr.: Abschiebungssperre für Juden i. S. d. § 5 II der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz nach Einstellung der Bearbeitung der Anträge gem. § 7 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, BArch Berlin, R 18/5509.

²⁹ Beate Meyer, Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011, S. 44.

nach als gläubig verstanden, lebte nur ein kleinerer Anteil der Geltungsjuden nach jüdischen Bräuchen.³⁰ Mit der Aufnahme Glaubensferner oder Andersgläubiger war man im traditionell nicht missionierenden Judentum aber nicht vertraut; am ehesten waren Geltungsjuden noch bei Zionisten und Liberalen willkommen, wenn sie sich dann zumindest kulturell-politisch als Juden bekannten. Etliche Jugendliche aus Mischfamilien schlossen sich in der Sehnsucht nach Gemeinschaft zionistischen Gruppen und ihrem Traum von der Besiedlung Israels an. So gelangten einige Geltungsjuden in Hachscharah-Lager und fanden sich, nachdem im März und April 1943 reichsweit die Juden abtransportiert wurden, noch bis 1944 in diesen „Forsteinsatzlagern“ im geschlossenen Arbeitseinsatz.³¹ Mehrheitlich blieben die Geltungsjuden, auch wenn sie aus Anhänglichkeit oder Familiensinn nicht förmlich ausgetreten waren, jedoch bei ihrer bisherigen christlichen, agnostischen oder auch sozialistischen Weltanschauung. Aus dem rein jüdischen Milieu heraus beobachtete man Mischehen und ihre Abkömmlinge skeptisch bis argwöhnisch, zumal als sie wegen ihrer teilweise christlichen Herkunft durch erweiterte Deportationsrückstellung und später die allgemeine Zuweisung nach Theresienstadt vorgezogen wurden. Im Sammellager Große Hamburger Straße 26 erschienen dem vierzehnjährigen Berliner Thomas Geve junge Geltungsjüdinnen als Verräterinnen, die doch nur versuchten, sich vor der Deportation zu retten: „Another dancing circle centered round a pudgy, half-Jewish, blonde accordion player, an expert on cooking and step-dancing. This was the flirting group [...]. Attractive girls having affairs with the officers were in utmost disgrace [...] Still, nobody could have blamed them for liking the Christian half of their parentage as much as the other. A successful friendship could even effect their release“.³² Außerdem zog die Gestapo einen Teil ihrer Helfer und Handlanger aus den Kreisen der einstweilen von der Deportation verschonten in Mischehe Lebenden und der Geltungsjuden heran, auf deren halb-jüdische Herkunft in der Erinnerung distanzierend verwiesen wurde.³³

Religiöse Vorbehalte führten zu Reibungen zwischen Reichsvereinigungsfunctionären und Geltungsjuden, denn die einstigen jüdischen Ortsgemeinden fungierten zwar als Zweigstellen der Reichsvereinigung, sahen sich aber nach wie vor in erster Linie als Glaubensgemeinschaften.³⁴ Der letzte Berliner Gemeindevorsitzende Moritz Henschel, ein ehemaliger Rechtsanwalt, billigte den Zwangsmitgliedern keine Glaubensfreiheit zu: Er warf 1941 der Schulleiterin der genannten „Familienschule Oranienburger Straße“, Dr. Margarete Dräger, vor, dass zahlreiche geltungsjüdische Schulkinder noch 1940 und 1941

³⁰ Rose Winterfeldt, geb. Lehmann, in: Horst Helas, Juden in Berlin-Mitte. Biografien, Orte, Begegnungen, Berlin 2000, S. 233–240, hier S. 234. Interview mit Ursula Pawel, geb. Lenneberg, vom 9. 9. 2004, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 1.

³¹ 1944 wurden die geltungsjüdischen Brüder Alfred, Gerhard und Kurt Wallach aus dem Forsteinsatzlager Jacobsdorf in das Berliner Sammellager verlegt, woraufhin sie flohen und bis Kriegsende untertauchten. Beck, Und Gad ging zu David, S. 146ff. Aus dem Forsteinsatzlager Neumühle wurden im 113. Theresienstadt-Transport am 24. 11. 1944 (I/119) zwölf Geltungsjuden nach Theresienstadt deportiert.

³² Thomas Geve, *Guns & Barbed Wire. A Child Survives the Holocaust*, Chicago 1987, S. 30.

³³ Von rund dreißig Menschen, die im Dienste der Berliner Gestapo nach untergetaucht lebenden Juden fahndeten, lebten elf in Mischehen oder waren teilweise jüdischer Herkunft; vgl. biografische Angaben bei Doris Tausendfreund, *Erzwungener Verrat. „Jüdische Greifer“ im Dienst der Gestapo 1943–1945*, Berlin 2006, S. 125ff.

³⁴ Beate Meyer, „Altersghetto“, „Vorzugslager“ und Tätigkeitsfeld. Die Repräsentanten der Reichsvereinigung in Deutschland und Theresienstadt, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente 2005*, S. 124–149, hier S. 126.

getauft worden seien.³⁵ Nun hatte die Jüdische Gemeinde Berlin diese sogenannte Mischlingsschule gemeinsam mit den christlichen Nichtarier-Hilfsstellen gerade für christliche Kinder jüdischer Herkunft eingerichtet. Im Sommer 1941 waren etwa zwanzig Schüler volljüdisch oder zu drei Vierteln jüdischer Herkunft, die weiteren rund hundert Kinder besuchten auf Geheiß ihrer Eltern – und nicht einer missionierenden Lehrerin – als Geltungsjuden diese einzige „jüdische“ Schule mit christlichem Religionsunterricht.³⁶ Mit ähnlichem Misstrauen begegneten die Gemeindeverwaltungen Mischehegatten, die mit Genehmigung der Gestapo förmlich aus den Kultusgemeinden austraten, auch wenn die Familien an jüdischen Traditionen festhielten.³⁷

Getaufte Juden konnte man schon deshalb nicht pauschal als Konjunkturchristen bezeichnen, weil eine nach 1935 vorgenommene Taufe am Status als Geltungsjude nichts änderte.³⁸ Wenn der Berliner Witwer Moritz Wolle nach einer jahrzehntelangen Mischehe, aus der drei protestantisch getaufte Kinder hervorgegangen waren, mit siebenundsiebzig Jahren im Sommer 1943 zum Christentum übertrat, besiegelte er damit nur einen langjährigen Abschied aus dem Judentum.³⁹ Daran war nichts Ungewöhnliches; auch viele Volljuden lebten nicht mehr religiös und verstanden sich nur kulturell als Juden.⁴⁰ In anderen Fällen klammerten sich verzweifelte Geltungsjuden oder ihre Eltern an die Taufe wie an einen letzten Strohalm – und Geistliche vollzogen solche Taufen im vollen Wissen um deren rein weltlichen Hintergrund.⁴¹ In manchen Fällen trugen solche Taufen zum Überleben bei, in anderen blieben sie nutzlos.⁴² Vor allem Kinder und Jugendliche verwirrte der Glaubenswechsel. Rita Kuhn wollte sich nicht, auch nicht aus reiner Zweckmäßigkeit, taufen lassen: „No, I’m Jewish and I want to die Jewish“.⁴³ Dagegen beschloss Berit Müller: „Es war furchtbar, aus der arischen Schule zu müssen, aber in die Judenschule zu kommen, war noch dreimal so schlimm [...], weil man da immer das Gefühl hatte: Biste denn nun eigentlich ’ne richtige Jüdin? [...] Ich wollte lieber katholisch als jüdisch sein“.⁴⁴ Im Rück-

³⁵ Moritz Henschel am 25. 7. 1941 betr.: Familienschule für nichtmosaische Juden, BArch Potsdam, 75 C Re 1 Akte 7, S. 289.

³⁶ Leichsenring, Hilfswerk, S. 172–176.

³⁷ Elise Marx (Brief vom 21. 2. 1939), Clara Marx (Brief vom 27. 1. 1940), Leo Baeck Institute New York (LBI NY), AR 25137, Ernest and Elise Marx Family Collection, Folder 6.

³⁸ Um Geltungsjuden die Annäherung an einen Mischlingsstatus zu erschweren, waren Gemeindeausritte erst melde-, später auch genehmigungspflichtig; Rundverfügungen der Gestapo Düsseldorf vom 10. 6. 1942, 14. 10. 1942 und 28. 4. 1943, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD), RW MF A 28-1.

³⁹ Moritz Wolle (geb. am 22. 10. 1865) wurde am 10. 1. 1944 nach Theresienstadt deportiert und starb dort am 21. 7. 1944; Hildegard Frisius u. a. (Hrsg.), *Evangelisch getauft, als Juden verfolgt*. Spurensuche in Berliner Gemeinden, Berlin 2009, S. 272.

⁴⁰ Monika Becker, „Die Menschen sind so, wie die Umstände sind“. Familie A., Adlershof, in: Dies./Ronald Friedmann/Anja Schindler, *Juden in Treptow*. Sie haben geheißten, wie ihr heißt, Berlin 1993, S. 144–148, hier S. 146. Rita und Hans Kuhns Mutter war ihrem Mann zuliebe zum jüdischen Glauben übergetreten, Fritz Kuhn jedoch, Auswandererberater der jüdischen Gemeinde Berlin, ließ beide Kinder 1939 noch taufen; Ms. Rita Kuhn, *Talking about Silence*, in: Alison Owings, *Frauen. German Women Recall the Third Reich*, London 1993, S. 451–467, hier S. 456.

⁴¹ Tagebucheintrag vom 22. 3. 1944, in: Edith Höding, geb. Liwerant: *Mein Vater war Jude*, in: Regina Girod/Reiner Lidschun/Otto Pfeiffer, *Nachbarn. Juden in Friedrichshain*, Berlin 2000, S. 148–190, hier S. 178.

⁴² Becker, *Die Menschen sind so*, S. 144–148; Ulrich Gutmair, *Verdrängte Judenmission* in: *taz*, 20. 6. 2008.

⁴³ Kuhn, *Talking*, S. 456f.

⁴⁴ Berit Gehrig, „Bist ’ne jüdische? Haste den Stern?“ Erzählt im Gespräch mit Bruno Schonig, Berlin (West) 1985, S. 5.

blick betont der protestantische Horst Gessner, an der Familienschule Oranienburger Straße als „Folge der gemeinsamen Not und Schwierigkeiten und Diskriminierungen“ Toleranz gegenüber anderen Weltanschauungen und Meinungen gelernt zu haben.⁴⁵

Alltagsleben unter der Verfolgung

Wie alle als Juden Verfolgten wurden Geltungsjuden nach 1938 fast vollständig aus ihren Berufen und dem regulären Arbeitsleben verdrängt und in der Folge, teils in geschlossenen Judenkolonnen, zur Hilfsarbeit in un- und angelernten Stellen verpflichtet.⁴⁶ Im Sommer 1942 wurden die jüdischen Schulen geschlossen und auch Vierzehnjährige wie Erwachsene eingesetzt.⁴⁷ Viele Geltungsjuden arbeiteten jahrelang in Rüstungsfabriken,⁴⁸ andere als Angestellte der Reichsvereinigung in Krankenhäusern, Altenheimen, im Bereich der Deportationsabwicklung oder als Gärtner und Bestatter auf jüdischen Friedhöfen.⁴⁹ Mit den Deportationen der sogenannten Fabrik-Aktion lösten sich die großen Rüstungsarbeitergruppen im März 1943 auf. In Duisburg schickte man die letzten zwölf „beschäftigungslosen Juden“ dem Tiefbauamt als Bombenräumkolonne,⁵⁰ in Frankfurt am Main meldete die Gestapo 268 arbeitsfähige „Rasse- und Geltungsjuden“ zum Zwangseinsatz.⁵¹ In Berlin wählte vorab die Gestapo neue Gemeindemitarbeiter aus, anschließend wurden die Arbeitsfähigen zur Trümmerbeseitigung, in Reinigungs- und Reparaturdienste oder andere Zuträgertätigkeiten für Ungelernte vermittelt.⁵² Die verbliebenen Mischehegatten und Geltungsjuden kamen nun unmittelbar mit dienstverpflichteten Nichtjüdinnen, kriegsuntauglichen deutschen und ausländischen Arbeitern aus verschiedenen Ländern zusammen, was einige als Verbesserung empfanden.⁵³ Horst Gessner und ein ebenfalls geltungsjüdischer Schulfreund gerieten an einen Werkstattbetreiber, der selbst kein Nationalsozialist war: „Wir haben sehr gerne dort gearbeitet. Auch die Zwangsarbeiter, die dort waren – Holländer, Franzosen, Polen. Die wurden von ihm ausgezeichnet behandelt“.⁵⁴

⁴⁵ Horst Gessner, in: *Helas, Juden in Berlin-Mitte*, S. 256–266, hier S. 261.

⁴⁶ Wolf Gruner, *Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 48ff. Biografisch z. B. Beck, *Und Gad ging zu David*, S. 63f.

⁴⁷ Schreiben der HJKV Berlin „An die Eltern unserer Schüler“ vom 26. 6. 1942, BArch Potsdam, 75 C Re 1 Akte 7, S. 138. Zur Zwangsarbeit ehemaliger Schüler siehe Meyhöfer, *Gäste in Berlin?*, S. 258.

⁴⁸ Aubrey Pomerance (Hrsg.), *Jüdische Zwangsarbeiter bei Ehrlich & Graetz*, Berlin-Treptow, Berlin 2003, S. 181.

⁴⁹ Geve, *A Child Survives*, S. 26 und 28. Auch Liselotte Clemens wurde als Sechzehnjährige auf dem Friedhof Weißensee zum „Begraben anderer Juden“ eingesetzt, in: *taz*, 8. 11. 2009.

⁵⁰ Unter ihnen waren drei Geltungsjuden; Joachim Neander, *Die Rosenstraße von außen gesehen – Wechsel der Perspektiven*, in: Antonia Leugers (Hrsg.), *Berlin, Rosenstraße 2–4. Protest in der Diktatur. Neue Forschungen zum Frauenprotest in der Rosenstraße*, Annweiler 2005, S. 163–202, hier S. 185f.

⁵¹ Wolf Gruner, *Der „Geschlossene Arbeitseinsatz“ und die Juden in Frankfurt am Main von 1938 bis 1942*, in: Kingreen (Hrsg.), *„Nach der Kristallnacht“*, S. 259–288, hier S. 281.

⁵² Pomerance (Hrsg.), *Ehrlich & Graetz*, S. 99–107 (Hans Alfred Rosenthal); Interview mit Fritz Gluckstein, 5. 10. 2000, USHMM, RG-50.106*0137; Gehrig, *Bist 'ne Jüdische?*, S. 15.

⁵³ Kuhn, *Talking*, S. 463; Walter Grunwald, *Erlebtes. Eine Autobiographie*. Typoskript 2000, S. 33; Beck, *Und Gad ging zu David*, S. 92.

⁵⁴ Horst Gessner, in: *Helas, Juden in Berlin-Mitte*, S. 263.

Geltungsjuden war der Mieterschutz, ebenso wie anderen Juden, 1939 entzogen worden. Haushalte mit geltungsjüdischen Kindern galten insgesamt als jüdisch und konnten aus den Wohnungen gekündigt werden.⁵⁵ In Hamburg, Halle, Bremen und auch Frankfurt am Main und Dresden drängte man 1943 die bis dahin in arischer Umgebung verbliebenen Mischehepaare und Geltungsjuden in Judenhäuser.⁵⁶ Wer den Judenhäusern entging, fand sich in den Kriegsjahren dennoch meist in primitiven, überfüllten Arbeitervierteln wieder.⁵⁷ Als einziger Vorteil solcher armseligen Lebensverhältnisse konnte gelten, dass sich unter den ebenfalls unterprivilegierten nichtjüdischen Nachbarn nur vereinzelt überzeugte Nationalsozialisten fanden.⁵⁸ Gemeinsam mit der übrigen Innenstadtbevölkerung waren sie dem sich ausweitenden Bombenkrieg ausgesetzt. Hans Kuhn erinnerte sich: „Als Dreizehnjähriger war ich mir [...] überhaupt keiner Gefahr bewußt. Ich hatte irrsinnige Angst vor den Bomben. Das weiß ich genau. Aber keine vor den Nazis.“⁵⁹ Wer durch Bomben die Wohnung verlor, der geriet in zusätzliche Gefahr, deportiert zu werden.⁶⁰

Kinder wie Erika Lewin empfanden die aufgezwungene Armut als ebenso einschränkend wie die judenfeindlichen Gesetze: „Ich wußte fast nichts vom Leben. [...] Für Bücher, sogar für Zeitungen, fehlte das Geld. Ich verstand überhaupt nicht, was in der Welt und mit uns vorging. [...] Wir durften nicht mehr ins Kino oder ins Schwimmbad, mußten sogar das Radio abgeben und so weiter.“⁶¹ Jüngere Kinder vereinsamten oft, denn der offiziell bis 1942 erteilte Schulunterricht verdiente kaum diese Bezeichnung,⁶² und viele wurden durch Mitglieder der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel (BDM) beschimpft und geschlagen, wenn sie sich mit dem Stern auf der Straße zeigten. Ängstliche Eltern lehrten sie, Beleidigungen und Misshandlungen ohne Aufsehen zu erdulden.⁶³ Etliche heranwachsende Geltungsjuden dagegen bewahrten sich den Vorschriften zuwider einen Rest von selbstbestimmter Lebensführung und blieben mit jüdischen oder nichtjüdischen Freunden in Verbindung.⁶⁴ In größeren Städten verschafften sich einige außer-

⁵⁵ § 7 des Gesetzes über die Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939, RGBl. I (1939), S. 864; Marlis Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941–1945, Hildesheim 1987, S. 126ff.; Tagebucheintrag vom 19. 9. 1942 für Mainz, in: Keim (Hrsg.), Tagebuch, S. 90.

⁵⁶ Gruner, Widerstand, S. 184; Clara Marx, Brief vom 1. 5. 1940, LBI NY, AR 25137, Ernest and Elise Marx Family Collection, Folder 6.

⁵⁷ Pomerance (Hrsg.), Ehrlich & Graetz, S. 99–107 (Hans Alfred Rosenthal); Kuhn, Talking, S. 459. Vgl. auch Zimmerangebote und -gesuche des JNBl. im Verlaufe des Jahres 1942. Zum gesellschaftlichen Abstieg vgl. Beate Meyer, „Sie bringen uns wohl nach Warschau“ Die Lebensgeschichte des deportierten Hamburger Juden Alfred Pein, in: Dies. (Hrsg.), Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945. Geschichte. Zeugnis. Erinnerung, Hamburg 2007, S. 89–98, hier S. 91.

⁵⁸ Pawel-Interview, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 2.

⁵⁹ Interview mit Herrn K., http://rosenstrasse-protest.de/interviews/index_interviews.html (16. 10. 2012).

⁶⁰ Ursula Hanauer, geb. Rosenfeld, CJA, 4.1 (OdF), Nr. 599 (4. 8. 1945/18. 10. 1945). Für den Hinweis danke ich Anna Hájková.

⁶¹ Regina Girod, Noch nie war er verreist. Die große Familie der Erika Lewin, in: Girod u. a., Juden in Friedrichshain, S. 57–73, hier S. 62.

⁶² Meyhöfer, Gäste in Berlin?, S. 215; Pawel-Interview, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 2.

⁶³ Girod, Die große Familie der Erika Lewin, S. 62.

⁶⁴ Grunwald, Erlebtes, S. 19 und 23; Interview mit Frau und Herrn B., http://rosenstrasse-protest.de/interviews/index_interviews.html (16. 10. 2012).

dem ab und zu in Umgehung der Judengesetze kleine Freiheiten.⁶⁵ Im Großstadtmilieu Berlins gab es noch 1942 und 1943 verschiedene öffentliche Gaststätten, in denen Juden und ihre Bekannten verkehrten.⁶⁶ Die Gefahr, entdeckt zu werden und als „Schutzhäftling“ in Auschwitz zu enden⁶⁷, spielte der Berliner Lutz Ehrenhaus herunter: „Die einfachen Leute haben sich nicht daran gestört, ob man Jude ist. Da hat kein Mensch gefragt. Ich habe mich auch nicht als Jude gefühlt“. Noch als er 1943 vorgeladen wurde, änderte er sein Verhalten nicht: „Dann habe ich mir den Mantel kurz vorher angezogen. Dann bin ich rein mit dem Judenstern. Bin ich wieder raus, hab den Mantel ausgezogen und übern Arm. Wer fährt denn gerne mit dem Judenstern in der Straßenbahn?“⁶⁸

Viele Verbotsüberschreitungen dienten jedoch allein dem Überleben. Unterernährung gehörte in den Kriegsjahren, wie Berit Müllers Bruder sich erinnerte, zum Alltag der Berliner Arbeiterschicht: „daß wir so einen Hunger gehabt haben! Wir sind mit dem Hundekuchen runtergegangen, auf die Straße, haben angeboten: ‚Hier, wollt ihr Hundekuchen haben?‘ und alle haben den Hundekuchen gegessen.“⁶⁹ Nichtprivilegierte Mischfamilien bekamen keine sogenannte Haushaltskarte. Haushaltswise ausgegebene Güter des täglichen Bedarfs mussten dann ebenso wie Lebensmittel für Untertaucher oder für deportierte Angehörige auf dem Schwarzmarkt erworben werden. Das bedeutete, an verbotenen Orten ohne Stern unterwegs zu sein und auch selbst zu schieben: Anders konnte man bei Wochenlöhnen von unter 100 RM keine 250,- RM für einen Satz Lebensmittelkarten bezahlen, wie sie beispielsweise 1943 in Berlin verlangt wurden.⁷⁰ Dabei halfen enge Beziehungen zu Nichtjuden, die Botengänge übernahmen, Verbotenes aufbewahrten und schwarz einkauften.

Vielen Untertauchern halfen Mischfamilien und Geltungsjuden trotz ihrer eigenen prekären Lage.⁷¹ Früher oder später entschieden sich dann auch Geltungsjuden für das illegale Leben, zumal wenn sie sich ob „nichtjüdischen Aussehens“ und anhand ihrer durch nichtjüdische Angehörige und ein areligiöses Umfeld erworbenen Lebenserfahrung zutrauten, sich unauffällig unter Nichtjuden bewegen zu können.⁷²

Deportationserfassung

„Wenn doch meine Brüder [...] erkennen würden, dass selbst hier in Berlin nur eine ganz kleine Chance besteht, sich als ‚Geltungsjude‘, also Sternträger, durchzukämpfen.

⁶⁵ Berschel, Judenreferat Düsseldorf, S. 195. Berschel nennt Fälle ungenehmigter Straßenbahnbenutzung und Kinobesuche junger Frauen.

⁶⁶ Tausendfreund, Erzwungener Verrat, S. 103.

⁶⁷ Zur Sanktionspraxis siehe Berschel, Judenreferat Düsseldorf, S. 199 und 201, auch BArch Berlin, R 58/2788.

⁶⁸ In: Kunstamt Schöneberg (Hrsg.), Orte des Erinnerns, Band 2: Jüdisches Alltagsleben im Bayerischen Viertel, Berlin ²1999, S. 141f.

⁶⁹ Gehrig, Bist 'ne Jüdische?, S. 16. „Hundekuchen“ ist Tiertrockenfutter.

⁷⁰ Katrin Rudolph, Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und „nichtarischen“ Christen, Berlin 2005, S. 75.

⁷¹ Pomerance (Hrsg.), Ehrlich & Graetz, S. 66–72 und 146f. (Ruth Arndt); ebenda, S. 109–111 (Ernst Ehrenreich); ebenda, S. 181 (Wolfgang Hamburger); Tausendfreund, Erzwungener Verrat, S. 115.

⁷² Manche Juden wurden wegen ihres „jüdischen Aussehens“ aufgegriffen; Berschel, Judenreferat Düsseldorf, S. 197. Vgl. Gerhard Löwenthal, Ich bin geblieben. Erinnerungen, München 1987, S. 75f. Siehe die Artikel von Beate Kosmala und Richard Lutjens in dem vorliegenden Band.

[...] Wiederholt habe ich mit allen dreien in der vergangenen Zeit gesprochen, dass wir mit allen Mitteln versuchen müssen, uns einem Abtransport zu entziehen“, erinnerte sich Joseph (genannt „Eppi“) Chotzen an die gefürchteten Deportationsaufrufe.⁷³ Wie viele Geltungsjuden dieses Schicksal zwischen Oktober 1941 und etwa dem Sommer 1942 traf, ist nur schwer zu schätzen. Von den ab Mitte Oktober 1941 aus verschiedenen Reichsteilen zunächst in das Ghetto Litzmannstadt (Lodz) fahrenden Transporten stellte man nämlich nur in Mischehe Lebende, Ausländer, Alte und Rüstungsarbeiterfamilien zurück, auf teilweise nichtjüdische Herkunft konnte man sich nicht berufen.⁷⁴ So wurden in den ersten Großtransporten geltungsjüdische Ehefrauen mit den Männern, geltungsjüdische Kinder mit dem jüdischen Elternteil deportiert.⁷⁵ Einsprüche arischer Elternteile gegen die Deportation ihrer Kinder wurden nicht bearbeitet, bis es zu spät war.⁷⁶ In Düsseldorf ließen sich zwei Mischlinge I. Grades zu Geltungsjuden erklären, um ihre Mütter zur Deportation begleiten zu können.⁷⁷

Auch die am 31. Januar 1942 erlassenen neuen Osttransport-Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) nahmen nur in Mischehe lebende, alte, gebrechliche, ausländische oder kriegswichtig beschäftigte Juden aus.⁷⁸ Bis Ende 1942 gelangten also Jugendliche und Kinder aus Waisenhäusern oder mit dem alleinstehenden jüdischen Elternteil in die Ghettos und Lager im besetzten Osten.⁷⁹ Immerhin war nach diesen Anweisungen die „Ehetrennung sowie Trennung von Kindern bis zu 14 Jahren von den Eltern“ zu vermeiden, so dass ein arischer Elternteil viele Ehegatten und geltungsjüdische Kinder vor der Deportation bewahrte; 236 von insgesamt 318 Berliner geltungsjüdischen Schulkindern entkamen dem Abtransport.⁸⁰ Am 15. Mai 1942 sollten dann unter anderem alleinstehende Geltungsjuden nicht mehr in die östlichen Lager, sondern nach Theresienstadt gebracht werden.⁸¹ Doch dies wurde in vielen Fällen nicht beachtet.⁸²

Erst am 20. Februar 1943 ergingen diejenigen reichsweiten Erlasse, denen etliche Geltungsjuden ihr Überleben verdanken sollten. Als nur noch etwa 48 000 Juden in den ur-

⁷³ Barbara Schieb, *Nachricht von Chotzen. „Wer immer hofft, stirbt singend“*, Berlin 2000, S. 90.

⁷⁴ Gestapo (Staatspolizeileitstelle Düsseldorf) II B 4/Fl. 82/1257/87/41 g., 11. 10. 1941, betr.: Evakuierung von Juden in das Ghetto Litzmannstadt, Faksimile bei Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945*, Wiesbaden 2005, S. 56–58.

⁷⁵ Julius Juda/Günter Heinz Juda/Else Juda, in: Ingo Loose (Bearb.), *Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941–1944. Ein Gedenkbuch*, Berlin 2009, S. 125f.; Ellen Jurke (geb. am 29. 1. 1924), in: Meyhöfer, *Gäste in Berlin?*, S. 258.

⁷⁶ HStAD, RW 58, 63801 (Arthur und Egon Wagner).

⁷⁷ HStAD, RW 58, 43226 (Schunka–Horn) und 48076.

⁷⁸ Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden in das Generalgouvernement (Trawniki bei Lublin), wiedergegeben bei H. G. Adler (Hrsg.), *Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente*, Tübingen 1958, S. 12–14.

⁷⁹ Freie Universität Berlin (Hrsg.), *Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, Berlin 1995, S. 382 (Horst Görlich); Gottwaldt/Schulle, *Judendeportationen*, S. 399f.

⁸⁰ Meyhöfer, *Gäste in Berlin?*, S. 255.

⁸¹ Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden in das Altersghetto Theresienstadt vom 15. 5. 1942, gez. Müller (RSHA IV B 4 2537/42), Faksimile bei Gottwaldt/Schulle, *Judendeportationen*, S. 268–275.

⁸² Freie Universität Berlin (Hrsg.), *Gedenkbuch*, S. 995 (Edith Pogoda); Klaus Dettmer, *Die Deportationen aus Berlin*, in: Wolfgang Scheffler/Diana Schulle (Bearb.), *Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden*, Bd. 1, München 2003, S. 191–381, hier S. 361 (Dr. Wilhelm Brinkenhoff); Jana Leichsenring, *Wurde der Protest in der Rosenstraße Februar 1943/März 1943 organisiert?*, in: Leugers (Hrsg.), *Rosenstraße 2–4*, S. 81–114, hier S. 96f.

sprünglichen Reichsgrenzen lebten, verfügte das RSHA im Vorfeld der sogenannten Fabrik-Aktion in neuen „Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden nach dem Osten (KL Auschwitz)“, dass nur noch mit Juden verheiratete Geltungsjuden für Osttransporte eingeteilt werden dürften. Gleichzeitig bestimmte man unverheiratete, kinderlose Geltungsjuden für Theresienstadt, die nicht oder nicht mehr mit einem arischen Angehörigen zusammenlebten.⁸³ Den einzelnen Geltungsjuden waren diese Erlasse unbekannt; manche tauchten unter, andere entzogen sich der befürchteten Deportation durch Selbstmord.⁸⁴ Als Horst Gessner jedoch aufgegriffen wurde und hörte, „Aus Euren Knochen wird Seife gemacht“, berief er sich im Sammellager aus reiner Verzweiflung auf den arischen Familienangehörigen.⁸⁵ Auch wenn einige „Geltungsjuden“, von ihren Familien getrennt, in die großen Osttransporte gerieten,⁸⁶ so sprach sich doch herum, dass nichtjüdische Angehörige sich für Verhaftete einsetzten, dass manche Festgenommene wie beispielsweise Rita Kuhn noch am selben Tage entlassen wurden, und dass der nichtjüdische Vorfahr auch verheiratete Geltungsjuden zumindest vor den Auschwitz-Transporten schützen konnte.⁸⁷ Obgleich über Deportationsziele wenig bekannt war, so nahm man doch allgemein seit 1942 an, dass Theresienstadt der vergleichsweise bessere Deportationsort sei.⁸⁸

Im Sommer 1943 galt die Abschiebung der Juden aus Deutschland als im Wesentlichen abgeschlossen. Nur vereinzelte Geltungsjuden waren in Landbezirken und kleineren Städten zurückgeblieben; die weitaus meisten hielten sich jetzt in Berlin auf.⁸⁹ Soweit nicht wie in Frankfurt besonders aggressiv gegen Mischehen und Mischlinge vorgegangen wurde,⁹⁰ konnten die bis dahin Verschonten das Ende der stetigen Deportationsaufrufe als entlastend empfinden. Zwar legten es einzelne Nationalsozialisten gezielt auf die Deportation ihnen persönlich bekannter Geltungsjuden an, wie Gerhard Löwenthal aus Berlin berichtete: „Dem Ortsgruppenleiter [...] war unsere Familie ein besonderer Dorn im Auge. Wir [...] gehörten zu den wenigen in seinem Bereich verbliebenen Juden, die

⁸³ Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden nach dem Osten (KL Auschwitz) vom 20. 2. 1943, RSHA gez. Günther, Faksimile bei Gottwaldt/Schulle, Judendeportationen, S. 373–379; Richtlinien des RSHA zur Wohnsitzverlegung nach Theresienstadt vom 20. 3. 1943, RSHA IV B 4 2037/42 (gez. Günther), abgedruckt als „Dokument 2“ bei Leugers (Hrsg.), Rosenstraße 2–4, S. 213–217.

⁸⁴ Edgar de Vries bei Tausendfreund, Erzwungener Verrat, S. 91; Erni Buker bei Gruner, Widerstand, S. 106.

⁸⁵ Horst Gessner, in: Helas, Juden in Berlin-Mitte, S. 264; Kuhn, Talking, S. 459.

⁸⁶ Hans Heinz Hanauer, geltungsjüdisch verheirateter Geltungs Jude, wurde am 4. 3. 1943 nach Auschwitz deportiert; Ursula Hanauer, geb. Rosenfeld, CJA, 4.1 (OdF), Nr. 599 (4. 8. 1945/18. 10. 1945).

⁸⁷ Margit Edith Oppenheimer, in: Maria Zelzer, Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch, hrsg. von der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1965, S. 248–254; Schieb, Nachricht, S. 91f.; Grunwald, Erlebtes S. 43.

⁸⁸ Meyer, Repräsentanten, S. 129f.

⁸⁹ Im Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken blieben nach der letzten Deportation vom 18. 6. 1943 242 Juden zurück, darunter 23 Geltungsjuden. Monatslagebericht des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken vom 7. 7. 1943, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Falk Wiesemann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München u. a. 1977, S. 485. Die Frankfurter Gestapo verzeichnete am 30. 9. 1943 noch 65 Geltungsjuden; Kugelmann, Befreiung, S. 439f.

⁹⁰ Monica Kingreen, „Die Aktion zur kalten Erledigung der Mischehen“. Die reichsweit singuläre systematische Verschleppung und Ermordung jüdischer Mischehepartner im NSDAP-Gau Hessen-Nassau 1942/1943, in: Alfred Gottwaldt/Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen und juristischen Aufarbeitung, Berlin 2005, S. 187–201.

verhinderten, daß er seinen Bezirk als ‚judenrein‘ melden konnte.“⁹¹ Insgesamt aber ging die Berliner Gestapo hier eher sporadisch vor und zeigte auch keinen besonderen Eifer, möglichst viele Juden in Osttransporte zu drängen.⁹²

Bis Ende 1944 wurden laufend aus Polizeihaft oder Sammellagern Geltungsjuden einzeln oder als kleinere Grüppchen nach Theresienstadt deportiert. Unter ihnen waren Witwer aufgelöster Mischehen ebenso wie verwaiste Kinder oder Jugendliche und nachträglich zu Geltungsjuden erklärte Mischlinge I. Grades.⁹³ Anstatt anhand des elterlichen Status in Osttransporte eingeteilt zu werden, verhalfen jetzt Geltungsjuden ihren Eltern in die begehrten Theresienstadt-Transporte, manche Volljuden gelangten unter Berufung auf den geltungsjüdischen Ehegatten nach Theresienstadt.⁹⁴ Sogar aufgegriffene Untertaucher mit zweifelhaftem Status standen ungeachtet ihrer Verstöße gegen die Sternpflicht und die Lebensmittelgesetze auf den Berliner Theresienstadt-Transportlisten.⁹⁵ Vielleicht beruhte diese „Großzügigkeit“ darauf, dass ein Schutzhaftbefehlsverfahren – anders als die Abschiebung nach Theresienstadt – Ärger und Umstände bereitete: Es mussten Tatbestände belegt, Berichte geschrieben und Weisungen abgewartet werden, so dass es mehrere Monate dauern konnte, bis der Häftling in Auschwitz eintraf.⁹⁶ Erst ab dem 19. Januar 1945 sollten sämtliche Geltungsjuden zusammen mit den jüdischen Teilen bestehender Mischehen nach Theresienstadt deportiert werden.⁹⁷ Am 14. Februar 1945 erfasste der letzte größere Transport aus den Gestapobereichen Frankfurt am Main, Darmstadt und Koblenz neben 159 Partnern bestehender Mischehen 32 meist jugendliche Geltungsjuden.⁹⁸ Aus Berlin ging im Januar, Februar und März 1945 noch je ein Transport ab; unter diesen knapp hundert Menschen waren nur achtzehn Geltungsjuden.⁹⁹

⁹¹ Löwenthal, *Ich bin geblieben*, S. 75f.

⁹² Kurt Jacob Ball-Kaduri, *Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin in den Jahren 1942–43*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 22 (1973), S. 197–241.

⁹³ Ursula Hanauer, *geb. Rosenfeld, CJA*, 4.1 (OdF), Nr. 599 (4. 8. 1945/18. 10. 1945); Werner und Ilse Rosinski, Johanna Kirsch, in: Stefanie Schüler-Springorum, *Fear and Misery in the Third Reich. From the Files of the Collective Guardianship Office of the Berlin Jewish Community*, in: *Yad Vashem Studies* 27 (1999), S. 61–103, hier S. 131.

⁹⁴ Eva-Ruth Lohde kam als Geltungsjüdin am 30. 6. 1943 mit ihrer jüdischen Mutter Charlotte im 93. Alterstransport (I/98) nach Theresienstadt. Am 11. 8. 1944 wurden die Ehepaare Felix und Hedwig Zenz und Willy und Martha Grindel deportiert, im darauf folgenden Transport das Ehepaar Gerhard und Erna Fleck.

⁹⁵ Edgar de Vries wurde nach seiner Verhaftung mit dem Transport I/115 am 11. 8. 1944 nach Theresienstadt deportiert, Karlheinz Gutkind am 13. 10. 1944 mit dem Transport I/117, Heinz Jacobius (geb. 12. 11. 1919) am 24. 11. 1944 mit I/119. Zeugenaussage H. Jacobius vom 6. 5. 1949 im Strafverfahren gg. Günther Abrahamsohn, Entschädigungsakten „Jacobius“ beim Landesverwaltungsamt Berlin, Nr. 66575.

⁹⁶ So im Falle des Frankfurters Werner Kümmel, USHMM, Kuummel Family Collection 2006.166.1.

⁹⁷ Verfügung des Kommandeurs der Sicherheitspolizei für Baden und Elsaß – Außenstelle IV Tauberbischofsheim – an den Landrat in Buchen vom 26. 1. 1945, Nr. 888/45 – IV 4 b I, betr. geschlossener Arbeitseinsatz der jüdischen Teile aus Mischehen. Vermerk: Eilt sehr!, Erlaß des RSHA Berlin vom 19. 1. 1945, in: Paul Sauer (Bearb.), *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1943*, Bd. II, Stuttgart 1966, Dok. Nr. 550 b, S. 383.

⁹⁸ Monica Kingreen, *Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt*, in: Dies. (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“, S. 357–403, hier S. 390.

⁹⁹ In den Transportlisten für Theresienstadt-Transporte vom 5. 1. 1945, 2. 2. 1945 und 27. 3. 1945 als „Geltungsjuden“ bezeichnete Personen. Unter den am 2. 2. 1945 über Berlin deportierten 18 Hamburgern können weitere Geltungsjuden gewesen sein.

Zumindest für die Jahre 1943 bis 1945 kann anhand der hierfür überlieferten Zahlen davon ausgegangen werden, dass anteilig weniger Geltungsjuden als Volljuden deportiert und ermordet wurden.

Zwar waren die Überlebensaussichten in Theresienstadt besser als in den Lagern im Osten, aber auch im dortigen Ghetto bedrohten Hunger, Ungeziefer, Krankheiten und die gefürchteten Osttransporte das Leben der Häftlinge. Mit der Zeit bildeten sich in der Theresienstädter Lagergemeinschaft ungeachtet des allen gemeinsamen Verfolgungsschicksals spezifische Sozialstrukturen heraus.¹⁰⁰ Während deutsche Juden beanstandeten, dass „die Tschechen“ sich angeblich auf Kosten anderer Volksgruppen Vorteile verschafften, zögerten sie selbst nicht, einen Schicksalsgenossen nach seiner „Mischherkunft“ zu bezeichnen¹⁰¹ – ungeachtet dessen, dass dieser ebenso wie sie selber als Jude verfolgt wurde. Den im jüdischen Glauben Verwurzelten konnte ihre Religion gegen solche Vorurteile Halt geben.¹⁰² Nichtjuden dagegen näherten sich dem Judentum weiterhin nur selten an; zum einen lebte auch die jüdische Mehrheit nach unterschiedlichen Riten und Traditionen, und zum anderen stieg in Theresienstadt der Anteil evangelischer und katholischer Christen stetig, als immer mehr bislang Privilegierte in Transporte nach Auschwitz eingereiht wurden und zunehmend Mischehegatten aus dem Altreich und aus Österreich in das Lager gelangten.¹⁰³

In der Theresienstädter Selbstverwaltung sah man deutsche Geltungsjuden, insbesondere die nicht jüdisch Sozialisierten unter ihnen, als potenzielle Problemfälle: „Dr. Epstein ersuchte schließlich die Vertreter der christlichen Gemeinden, die christlichen ‚Geltungsjuden‘ besonders seelisch zu betreuen, da die Geltungsjuden sich schwer sozial einfügen ließen. Ihm wurde erwidert, daß die christlichen Gemeinden hierzu gerne bereit wären, wenn ihnen das notwendige Material zur Verfügung gestellt werden würde [...]“. ¹⁰⁴ Tatsächlich führte wohl nicht die christliche Konfession, sondern der unterschiedliche gesellschaftliche Hintergrund zu Verständnisschwierigkeiten zwischen Geltungsjuden und Lagerselbstverwaltung. Andere deutsche Juden gelangten wegen Kriegsauszeichnungen, ihres Alters, aufgrund von Tätigkeiten für die Reichsvereinigung oder gar künstlerischen oder wissenschaftlichen Verdiensten nach Theresienstadt, was bedeutete, dass es sich bei ihnen mehrheitlich um ältere Angehörige der Mittelschicht und mittleren Oberschicht handelte.¹⁰⁵ Geltungsjuden dagegen waren meist jung und bildeten in ihrer Herkunft einen Querschnitt durch die Gesellschaft bis zur Unterschicht ab. Viele alleinstehende Kinder, die ab 1943 nach Theresienstadt kamen, hatten im engsten Kreis ihrer Mischfamilien traumatisierende Trennungen, stete Angst vor „Rassenschande“ und Denunziation bis

¹⁰⁰ Siehe die Artikel von Anna Hájková, Silvia Goldbaum Tarabini Fracapane und Lisa Peschel in diesem Band.

¹⁰¹ Paul Scheurenberg, Traurige Erlebnisse aus der Nazi-Hölle (Tagebuch), CJA, 6.14, Nr. 2, unpag.; Eintrag vom 27. 9. 1944, in: Martha Glass, „Jeder Tag in Theresin ist ein Geschenk.“ Die Theresienstädter Tagebücher einer Hamburger Jüdin 1943–1945, hrsg. von Barbara Müller-Wesemann, Hamburg 1996, S. 110; Pawel-Interview, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 5.

¹⁰² Pawel-Interview, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 1.

¹⁰³ H. G. Adler, Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, Tübingen ²1960, S. 308.

¹⁰⁴ Vermerk in der kath. Ghettochronik Theresienstadt vom 26. 10. 1943 über Besprechung mit Vertretern der christl. Gemeinden, Diözesanarchiv Wien. Für die Quelle danke ich Anna Hájková.

¹⁰⁵ 1944 wurden aus Berlin rund hundert ab 1910 geborene Geltungsjuden deportiert. Zum Hintergrund nach Theresienstadt deportierter Volljuden vgl. Rita Meyhöfer, Berliner Juden und Theresienstadt, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1996, S. 31–51, hier S. 37–40.

hin zum Verrat erlebt.¹⁰⁶ Ältere Heranwachsende waren aus Schule oder Ausbildung gerissen und in niedere, teils gefährliche Hilfsarbeitertätigkeiten gezwungen worden. Nun sahen sie sich, zumal wenn sie sich als Nichtjuden verstanden, in einer doppelten Marginalisierung: durch die tschechische Mehrheit als Deutsche und durch die deutschen jüdischen Jugendlichen als Christen.¹⁰⁷

Während einige Geltungsjuden zu den christlichen Lagergemeinden fanden, leisteten bei Kindern und Jugendlichen die Lagerselbstverwaltung und vor allem die Betreuer in Hausgemeinschaften und Kinderheimen den größeren Beitrag zur Integration solcher nicht selten sozial „verwaarloster“ und misstrauischer Jugendlicher.¹⁰⁸ Etliche Heranwachsende und Erwachsene förderten ihre Aufnahme in die Gemeinschaft mit beträchtlicher sozialer Intelligenz, indem sie nach dem Paketempfang eher übergroßzügig als sparsam, bei der Arbeit eher übermäßig hilfsbereit als zurückhaltend agierten.¹⁰⁹ Als vorteilhaft erwies sich auch, dass junge deutsche Geltungsjuden dem kollektiven Bild der jüdischen Zukunft eher entsprachen als die Greise der unzähligen „Alterstransporte“. Ganz allgemein standen den Gesunden bessere Arbeitsstellen offen, an denen sie wiederum schnell mit tschechischen Altersgenossen Verbindung aufnahmen.¹¹⁰ Noch mit 55 Jahren fand der Möbelkaufmann Martin Mendelsohn eine Stelle als Sargtischler und erlebte dadurch das Kriegsende in Theresienstadt.¹¹¹ Vor allem aber dürften deutsche Geltungsjuden deshalb überlebt haben, weil viele von ihnen erst in den späteren Transporten nach Theresienstadt gelangten, deren Überlebensraten insgesamt höher als die der 1942 verzeichneten Transporte ausfielen.¹¹² Bis zu den großen Herbsttransporten 1944 schützte die teilweise arische Herkunft weitgehend vor Osttransporten.¹¹³ Danach bewahrten viele junge Geltungsjuden ihre Angehörigen vor Auschwitz-Transporten, da sie wegen ihrer körper-

¹⁰⁶ Edith Kassel, in: Pomerance (Hrsg.), Ehrlich & Graetz, S. 256; Irene Eckler, Die Vormundschaftsakte 1935-1958. Verfolgung einer Familie wegen „Rassenschande“. Dokumente und Berichte aus Hamburg, Schwetzingen 1996.

¹⁰⁷ „Die haben dann ihren Haß, den sie auf die Deutschen hatten, den konnten sie ja nicht bei der SS lassen, aber bei uns konnten sie ihn lassen, und das werde ich nie vergessen.“ Günther Levy, zitiert nach Meyer, Jüdische Mischlinge, S. 339. Peter Harringer schloss sich tschechischen Kindern an, die an seinem Katholizismus weniger Anstoß nahmen als die deutschen Juden; Leichsenring, Hilfswerk, S. 258.

¹⁰⁸ Um Günther Levy kümmerte sich eine ihm zunächst völlig fremde tschechische Betreuerin; Meyer, Jüdische Mischlinge, S. 339. Auch Peter Harringer fand Menschen, die sich noch im Lager seiner annahmen.

¹⁰⁹ Pawel-Interview, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 5. Robert Wachs half schwächeren Kameraden im Barackenbau. Joseph Chotzen und seine Mutter schickten den Deportierten unter großen Entbehrungen Lebensmittelpäckchen, deren Inhalt in Theresienstadt mit „Volljuden“ geteilt wurde.

¹¹⁰ Ursula Lenneberg wurde schon kurz nach ihrer Ankunft 1942 in einem Kinderheim eingesetzt; Pawel-Interview, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 5. Zur Integration der Hamburger Arbeiterfamilie Czapka, die nach dem Tode des arischen Vaters am 26. 2. 1943 deportiert wurde, siehe Elsa Bernstein, Das Leben als Drama. Erinnerungen an Theresienstadt, hrsg. von Rita Bake und Birgit Kiupel, Hamburg 1999, S. 107.

¹¹¹ Gunther Siegmund Stent, Nazis, Women and Molecular Biology. Memoirs of a Lucky Self-Hater, Kensington 1998, S. 28f.

¹¹² Abgesehen vom großen Verwitwetentransport des 10. 1. 1944 weichen die Überlebensraten der Geltungsjuden in 1944er-Transporten nicht wesentlich vom allgemeinen Durchschnitt ab.

¹¹³ Laut internem Aktenvermerk der Theresienstädter Leitung vom 27. 1. 1943 wurde die Einreihung eines Mischlings in den Osttransport des 23. 1. 1943 beanstandet; Adler (Hrsg.), Wahrheit, S. 131. Auch die Ausreihungsanträge lassen erkennen, dass Geltungsjuden aus Osttransporten mit dieser Begründung zurückgestellt wurden (für den Hinweis danke ich Anna Hájková).

lichen Leistungsfähigkeit für die Kommandos beim Barackenbau in Wulkow ausgewählt worden waren.

Schluss

Von Einzelfällen abgesehen, teilten die Geltungsjuden bis in die zweite Jahreshälfte 1942 hinein im Großen und Ganzen das Schicksal aller Juden. Dann jedoch ergingen Bestimmungen, die es letztlich ermöglichten, dass im Verhältnis deutlich mehr Geltungsjuden als Volljuden überlebten. Geltungsjuden hatten diese Regeln nicht geschaffen, sie nutzten sie nur aus, als es um Leben oder Tod ging. Dennoch machten manche unter ihnen nach dem Krieg die Erfahrung, dass ihrem Bemühen um die eigene Rettung etwas Schätziges angeheftet wurde.¹¹⁴ In der Nachkriegszeit verweigerte die Jüdische Gemeinde Berlin arischen Ehegatten sogar die Unterstützung, obwohl deren Austritte aus dem Judentum 1941 unter Drohungen erzwungen worden waren.¹¹⁵ Gelegentlich war später bedauernd zu hören, dass die Nachkriegsgemeinden ja „nur noch“ durch Geltungsjuden und Mischehegatten wiederbegründet werden konnten.¹¹⁶ Erst recht wurde denen argwöhnisch begegnet, die sich endlich einmal nicht über die Herkunft der Eltern bestimmen lassen wollten.¹¹⁷

In der Gesamtaufarbeitung ihres Werdeganges erscheint es vor allem später Ausgewanderten – und dies im Rückblick nach teils erst einem halben Jahrhundert – gelungen zu sein, im Wege einer jüdischen Identitätsbildung mit ihrer Verfolgungserfahrung Frieden zu schließen. Hier lassen vor allem die Berichte der eindeutig jüdisch sozialisierten Menschen¹¹⁸ und der frühzeitig in zionistische Bewegungen eingetretenen Jugendlichen ein konsistentes Selbstverständnis erkennen. Andere entschieden sich dafür, in ihren Heimatstädten als Nachfolger und Vertreter derjenigen weiterzuleben, deren Andenken und Leistung Hitler eben nicht endgültig ausgelöscht haben sollte. Viele ehemalige Geltungsjuden bleiben jedoch in einer anhaltenden Ambivalenz gefangen.

¹¹⁴ Für den Hamburger Fall einer Abstammungslüge ähnlich: Meyer, *Jüdische Mischlinge*, S. 143.

¹¹⁵ Girod, *Die große Familie der Erika Lewin*, S. 71.

¹¹⁶ Wolfgang Benz, *Zwischen Hitler und Adenauer. Studien zur deutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 1991, S. 71. Es war gewiss tragisch, dass viele andere nicht überlebt hatten; dagegen ist nicht erkennbar, weshalb Mischehegatten oder Geltungsjuden eine jüdische Gemeinde entwerten sollten.

¹¹⁷ Nicht selten hatten sich die Herkunftsfamilien von Mischehen einst völlig abgewandt (vgl. Kerstin Meiring, *Die christlich-jüdische Mischehe in Deutschland 1840-1933*, Hamburg 1998, S. 120f.), so dass dann „arischere Angehörige“ moralisch keine andere Hilfsverpflichtung traf als alle sonstigen Nichtjuden, die sich das Schicksal ihnen persönlich bekannter Juden nichts angehen ließen.

¹¹⁸ Vgl. Pawel-Interview, USHMM, RG-50.030.0488, Tape 1; Beck, *Und Gad ging zu David*, S. 80.

Michaela Raggam-Blesch

„Mischlinge“ und „Geltungsjuden“

Alltag und Verfolgungserfahrungen von Frauen und Männern „halbjüdischer“ Herkunft in Wien, 1938–1945

Dieser Beitrag widmet sich Frauen und Männern „halbjüdischer“ Herkunft¹, die durch den Schutz eines nichtjüdischen Elternteils die Zeit des NS-Regimes in Wien überlebten. Das Schicksal jener Menschen, denen „nichts geschah“, die ihren Alltag jedoch unter Bedingungen der Entrechtung, Verfolgung und des Ausharrens angesichts der ständig drohenden Gefahr gestalten mussten, ist für den österreichischen Kontext bislang noch wenig erforscht worden. Im Zentrum der Betrachtung stehen die Handlungsspielräume und Verfolgungserfahrungen „halbjüdischer“ Menschen, deren schiere Existenz die Reinheitsdoktrin nationalsozialistischer Rassenideologie permanent hinterfragte und als „ungelöstes Problem“ vor allem im Zusammenhang mit der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ eine zentrale Rolle spielte.

Die Begrifflichkeiten und Definitionsversuche des NS-Regimes in Bezug auf Menschen mit teiljüdischer Herkunft² sind bis heute verwirrend und verdeutlichen den Konstruktions- und Fiktionscharakter nationalsozialistischer Rassenideologie. Die Tatsache, dass letztendlich auf konfessionelle Kriterien zurückgegriffen werden musste, um rassenideologische Prämissen festmachen zu können, unterstreicht die Absurditäten nationalsozialistischer Ideologie. Mit der ersten Durchführungsverordnung zu den *Nürnberger Gesetzen* am 14. November 1935 konnten Menschen mit einem jüdischen und einem nichtjüdischen Elternteil – je nach Religionszugehörigkeit – sowohl als sogenannte „Mischlinge ersten Grades“ als auch als sogenannte „Geltungsjuden“³ definiert werden. Jene, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, galten trotz ihrer „halbjüdischen“ Herkunft als jüdisch („Geltungsjuden“) und wurden denselben diskriminierenden Bestimmungen wie die restliche jüdische Bevölkerung unterworfen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich wurden diese Gesetze rückwirkend übernommen, wobei als Stichtag für die Religionszugehörigkeit der 15. September 1935 (Tag der Einführung der *Nürnberger Gesetze*) festgelegt wurde. Ein Religionsübertritt nach diesem Datum blieb für die rassenideologische Kategorisierung ohne Wirkung. Des Weiteren wurden Kinder „halbjüdischer“ Herkunft, die nach 1935 geboren wurden, automatisch als „Geltungsjuden“ klassifiziert, auch wenn sie gleich nach der Geburt getauft worden waren, was dazu führte, dass Geschwister innerhalb einer Familie in der NS-Bürokratie mitunter unterschiedlich kategorisiert wurden. Menschen mit einem jüdischen Großelternteil („Vierteljuden“), die der jüdischen Gemeinde angehörten, wurden ebenfalls als „Geltungsjuden“ definiert, wenngleich getaufte „Vierteljuden“ als sogenannte „Mischlinge zweiten Grades“

¹ Die Definition „halbjüdisch“ bezieht sich auf Menschen mit einem jüdischen und einem nichtjüdischen Elternteil. Da es sich hier um einen NS-Begriff handelt, wird dies durch Anführungszeichen verdeutlicht.

² Die Definition „teiljüdisch“, die Menschen mit jüdischen Familienmitgliedern bezeichnet, soll im Kontext der vorliegenden Arbeit wertneutral verwendet werden, wobei auf Anführungszeichen verzichtet wird.

³ Im Zusammenhang mit rassenideologischen Kategorien des NS-Regimes wird auf eine gendersensible Sprachform verzichtet, um die nationalsozialistische Diktion in diesem Zusammenhang nicht zu verfälschen. Siehe auch den Artikel von Maria von der Heydt in diesem Band.

der „deutschblütigen“ Volksgemeinschaft zugerechnet wurden.⁴ Die Tatsache, dass hier abermals die Konfession den Ausschlag für die rassenideologische Kategorisierung gab, sei nochmals hervorgehoben. Die immanenten Widersprüchlichkeiten der *Nürnberger Gesetze* führten mitunter auch dazu, dass selbst das NS-Regime diese Kategorien gelegentlich unscharf verwendete und die verschiedenen Behörden „halbjüdische“ Menschen manchmal „falsch“ einstufte, um sie zu einem späteren Zeitpunkt – oft zum Nachteil der Betroffenen – wieder umzustufen.

Eng verwoben mit der Lebenssituation von Frauen und Männern „halbjüdischer“ Herkunft ist jene ihrer Eltern, deren eheliche Gemeinschaft nach nationalsozialistischer Definition als „Mischehe“ bezeichnet wurde. Diese Beziehungen waren dem NS-Regime ein steter Dorn im Auge, da sie im Kontext nationalsozialistischer Ideologie das Konzept der „Rassenschande“ verkörperten, welchem die Angst vor der „Vermischung und Verunreinigung deutschen Blutes“ zugrunde lag. Der fast pornografisch anmutende Eifer, mit dem das NS-Regime nach dem Erlass der *Nürnberger Gesetze* angebliche Fälle von „Rassenschande“ verfolgte, verdeutlicht diesen Umstand.⁵ Mit dem am 15. September 1935 in Nürnberg erlassenen *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre* wurden „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ verboten.⁶ Bestehende „Mischehen“ wurden letztendlich nicht angetastet, obwohl es immer wieder Versuche in dieser Richtung gab und nichtjüdische Ehepartner unter Druck gesetzt wurden, sich von ihren jüdischen Partnern zu trennen.⁷

Jüdisches Leben im Wiener Kontext

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938 wurde die Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung in Österreich praktisch über Nacht in dramatischer Weise verändert. Das Repertoire der pogromartigen Ausschreitungen, die bereits in den ersten Tagen nach dem „Anschluss“ einsetzten, richtete sich neben den berüchtigten Demütigungsritualen des Straßenwaschens („Reibpartien“) auch in körperlichen Übergriffen und Verhaftungen gegen die recht- und schutzlos gewordene jüdische Bevölkerung.⁸ Dies stellt einen bedeutenden Unterschied zu der seit 1933 wesentlich langsamer eskalierenden Ver-

⁴ Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg 1981, S. 127–129; Cornelia Essner, *Die „Nürnberger Gesetze“ oder: Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945*, Paderborn 2002, S. 171f. und 194f.

⁵ Vgl. u. a.: Michael Ley, *„Zum Schutze des deutschen Blutes ...“. „Rassenschande-Gesetze“ im Nationalsozialismus*, Bodenheim bei Mainz 1997; Alexandra Przyrembel, *„Rassenschande“*. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003.

⁶ Walk (Hrsg.), *Sonderrecht*, S. 127.

⁷ Wolf Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischen“ 1943*, Frankfurt a. M. 2005, S. 178–180. Des Weiteren: Beate Meyer, *„Jüdische Mischlinge“*. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999, S. 91–94 und 185–191; Nathan Stoltzfus, *Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße – 1943*, München 2002, S. 33f.; Even Burr Bukey, *Jews and Inter-marriage in Nazi Austria*, New York 2011, S. 88–94 und 194–196.

⁸ Vgl. dazu insbesondere den Bericht des englischen Journalisten George Eric Rowe Gedye, *Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte*, Wien 1947. Des Weiteren u. a.: Michaela Raggam-Blesch, *Das „Anschluss“-Pogrom in den Narrativen der Opfer*, in: Werner Welzig (Hrsg.), *„Anschluss“*. März/April 1938 in Österreich, Wien 2010, S. 111–124.

folgungssituation in Deutschland dar.⁹ Zu den als Jüdinnen und Juden verfolgten Menschen zählten nicht nur Mitglieder der Kultusgemeinde, sondern auch Angehörige christlicher Glaubensgemeinschaften, Menschen aus sogenannten „gemischten“ Familien („Mischehen“) und Personen ohne konfessionelle Zugehörigkeit. Die pogromartigen Gewaltexzesse im Zuge des „Anschluss“ im März 1938 und die darauf einsetzende systematische Beraubung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung stellen eine Zäsur in der Radikalisierung der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung im gesamten Deutschen Reich dar.¹⁰

Der Großraum Wien war mit seinen im Oktober 1938 erweiterten Grenzen nach Berlin die zweitgrößte Stadt im Deutschen Reich. Im Gegensatz zu Deutschland, wo es mehrere Zentren jüdischen Lebens gab, lebte auch bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme der Großteil der jüdischen Bevölkerung Österreichs in Wien (92 Prozent).¹¹ Nach den demografischen Erhebungen des Historikers Jonny Moser kann angenommen werden, dass zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme insgesamt ca. 201 000 Menschen in Österreich lebten, die nach NS-Definition als Jüdinnen und Juden galten; davon waren 181 882 Menschen „Glaubensjuden“ und schienen damit auch als Mitglieder der Kultusgemeinde auf.¹² Von diesen lebten im März 1938 insgesamt 167 249 in Wien. Zur Einschätzung der Anzahl der als Jüdinnen und Juden definierten Personen wurde im Mai 1939 innerhalb des gesamten Deutschen Reichs eine großangelegte Volkszählung durchgeführt, die erstmals auch „Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze“ erfasste. Demnach lebten nach der ersten Fluchtwelle im Mai 1939 insgesamt noch 91 530 Menschen in Wien, die nach NS-Definition als Jüdinnen und Juden galten. Des Weiteren wurden 14 858 „Mischlinge ersten Grades“ registriert, von denen 1 373 als „Geltungsjuden“ eingestuft waren.¹³ Damit war die Donaumetropole mit ihren 1,9 Millionen Menschen die Stadt mit der höchsten jüdischen Bevölkerungszahl innerhalb des gesamten Deutschen Reichs, da zum selben Zeitpunkt in der 4,3 Millionen Einwohner zählenden Reichshauptstadt insgesamt 82 457 als Jüdinnen und Juden definierte Menschen lebten.¹⁴ In der „Statistik des Deutschen Reichs“ wird diesem Umstand insofern Rechnung getragen, als innerhalb der Alterskohorten von „Mischlingen“ (inklusive der als „Glaubensjuden“ bezeichneten „Geltungsjuden“) sowie den statistischen Berechnungen zu „Mischehen“ immer wieder gezielt auf Berlin und Wien Bezug genommen wird. Während der

⁹ Bukey, *Jews and Inter-marriage*, S. 3f.; Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, New York 1998, S. 74–93.

¹⁰ Vgl. Dieter J. Hecht/Eleonore Lappin/Michaela Raggam-Blesch/Lisa Rettl/Heidemarie Uhl (Hrsg.), *1938. Auftakt zur Shoah in Österreich. Orte – Bilder – Erinnerungen*, Wien 2008; Gerhard Botz, *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39*, Wien 2008; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 2007, S. 262–290; Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991, S. 36f.

¹¹ Nach der Volkszählung aus dem Jahre 1934 lebten 191 481 Jüdinnen und Juden in Österreich, davon 176 034 in Wien. Jonny Moser, *Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945*, Wien 1999, S. 16.

¹² Moser, *Demographie*, S. 18f., 29 und 56.

¹³ *Statistik des Deutschen Reichs*, Band 552: Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939, Heft 4: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, Berlin 1944, S. 8.

¹⁴ Wien im Großdeutschen Reich. Eine statistische Untersuchung über die Lage Wiens nach der Wiedereingliederung der Ostmark in das Deutsche Reich, Wien 1941, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) Wien, 14142, S. 2–5; *Statistik des Deutschen Reichs*, S. 6–8.

jüdische Bevölkerungsanteil in der Donaumetropole bedeutend höher lag, verzeichnete Berlin hingegen eine höhere Anzahl an Menschen, die als „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“ definiert wurden – im Zuge der Volkszählung wurden insgesamt 18 145 „Mischlinge ersten Grades“ (davon 2 401 „Geltungsjuden“) registriert.¹⁵ Diesem Umstand entsprechen auch die Zahlen zu den in „Mischehe“ lebenden Eltern dieser Menschen: Nach der Volkszählung vom Mai 1939 wurden in Berlin 5 919 „Mischehen“ registriert, während in Wien die 4 443 als Jüdinnen und Juden definierten Personen durch eine „Mischehe“ mit einem nichtjüdischen Partner oder einer nichtjüdischen Partnerin geschützt waren; weitere 3 514 „Mischehen“ von Menschen mit teiljüdischer Herkunft (davon 2 195 zwischen „Mischlingen“ und „Deutschblütigen“) wurden für Wien ebenfalls erfasst.¹⁶ Während es also in Berlin mehr „Mischehen“ und dementsprechend mehr Menschen „halbjüdischer“ Herkunft gab, war jedoch auch der Anteil der „Geltungsjuden“ – jener Menschen „halbjüdischer“ Herkunft, die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde blieben – in Berlin (13 Prozent) höher als in Wien (9 Prozent). In diesem Sinne deuten diese Zahlen nicht nur auf das Ausmaß der Säkularisierung innerhalb der jüdischen Bevölkerung in Berlin, sondern auch auf eine bessere Integration in die Gesamtbevölkerung als in Wien hin.¹⁷ Die Anzahl der „Mischehen“ stieg in Wien bis zum Sommer 1941 auf 5 076 registrierte eheliche Verbindungen an, wobei angenommen werden kann, dass dieser Umstand auf die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus den Bundesländern zurückzuführen ist. Bis zum Kriegsende ging die Zahl wieder auf 4 783 „Mischehen“ zurück, was auf die Auflösung der Ehen durch den Tod eines Partners oder eine erfolgte Scheidung deutet.¹⁸ Während der Prozentsatz an Scheidungen von „Mischehen“ im Deutschen Reich zwischen 7–10 Prozent¹⁹, für Hamburg sogar mit 20 Prozent²⁰ berechnet wurde, nimmt Evan Burr Bukey in Wien einen Scheidungsanteil von sieben Prozent an. In den von ihm erforschten Gerichtsakten wird deutlich, dass die Mehrheit der Petenten und Petentinnen, die eine Scheidung einreichten (61,2 Prozent), weiblich war, wobei diese Zahl aber deutlich unter dem von Beate Meyer für Hamburg berechneten Anteil (79 Prozent) lag.²¹ Ein außergewöhnlich tragischer Fall war jener von Michael und Rosa Schwarcz, die mit ihren sieben Kindern in ärmlichen Verhältnissen in der Barackensiedlung Hasenleiten in Wien lebten. Nach dem „Anschluss“ versuchte die nichtjüdische Ehefrau Rosa, die einen fanatischen Nationalsozialisten kennengelernt hatte, sich ihrer Familie sprichwörtlich zu entledigen. Sie wies ihre Kinder aus der Wohnung, wobei die jüngeren im Kinderheim der Kultusgemeinde Aufnahme fanden.²² Michael Schwarcz wurde wegen angeblicher kommunistischer Betätigung von seiner Frau denunziert. Am 13. April 1943 wurde Schwarcz von der Gestapo verhaftet und am 25. November 1943 in Auschwitz ermordet. Dies hielt Rosa Schwarcz jedoch nicht davon ab, auch ihre älteren Kinder Erwin und Hilda Schwarcz als

¹⁵ Statistik des Deutschen Reichs, S. 6.

¹⁶ Ebenda, S. 66–69.

¹⁷ Vgl. dazu auch: Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 24–26; Bukey, *Jews and Inter-marriage*, S. 4–9.

¹⁸ Moser, *Demographie*, S. 54; Bukey, *Jews and Inter-marriage*, S. 95.

¹⁹ Ursula Büttner, *Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich*, Hamburg 1988, S. 57 und 298.

²⁰ Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 73f.

²¹ Bukey, *Jews and Inter-marriage*, S. 94–98 und 133–140; Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 73 und 92.

²² Siehe dazu auch ein Interview mit der ehemaligen Betreuerin im Kinderheim: Edith Taussig (geb. Löw), USC, *Survivors of the Shoah Visual History Foundation*, Interview vom 13.11.1996 in New York, Interview Code 22837, Tape 2.

„Geltungsjuden“ wegen Nichttragens des Judensterns zu denunzieren. Daraufhin wurden im April 1944 alle sieben Kinder nach Theresienstadt/Terezín deportiert, wo sie durch glückliche Umstände überlebten.²³

Generell ist anzumerken, dass die Überrepräsentation von scheidungswilligen nicht-jüdischen Frauen in den Gerichtsakten zum Teil auch dem Umstand geschuldet ist, dass die Mehrheit der „Mischehen“ zwischen nichtjüdischen Frauen und jüdischen Männern geschlossen worden waren – in Wien traf dies mit insgesamt 2 558 Ehen auf 57,6 Prozent der „Mischehen“ zu, in Berlin lag der Anteil sogar bei 65 Prozent (3 829 von insgesamt 5 919 „Mischehen“).²⁴ Des Weiteren wird deutlich, dass nichtjüdische Frauen in der NS-Zeit auch einem stärkeren Druck ausgesetzt waren, sich von ihren jüdischen Partnern scheiden zu lassen als nichtjüdische Männer.²⁵ Die Mehrheit der als „Mischehen“ definierten Verbindungen hielt diesem Druck stand. Trotz Diskriminierung, Bedrohung und Willkür, der Menschen in „Mischehen“ ausgesetzt waren, kann festgehalten werden, dass von den bis Kriegsende im Deutschen Reich verbliebenen Jüdinnen und Juden über 90 Prozent aus „gemischten Familien“ stammten.²⁶ Von den insgesamt 5 512 als Jüdinnen und Juden definierten Menschen in Wien, welche im April 1945 die Befreiung durch die Rote Armee erlebten, lebten demnach die überwiegende Mehrheit in „Mischehen“ oder waren als „Geltungsjuden“ registriert.²⁷

Nicht „Arier“, nicht „Juden“ – Die Situation der „Mischlinge ersten Grades“

Der „Anschluss“ ans nationalsozialistische Deutschland und die über Nacht einsetzende Euphorie der Wiener Bevölkerung, die auch vor dem eigenen Bekannten- und Freundeskreis nicht Halt machte, wurde in „gemischten Familien“ häufig als Schock erlebt. Bereits nach der Geburt getauft, wuchsen die meisten der als „Mischlinge“ definierten Frauen und Männer in einem Umfeld auf, in dem Weihnachten und Ostern zwar gefeiert wurde, Religion aber bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme keine bedeutende Rolle gespielt hatte. Zudem war der als jüdisch definierte Elternteil in den meisten Fällen im Zuge der Heirat aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten, so dass kaum ein Bezug zu jüdischer Tradition vorhanden war. Von den im Rahmen der Volkszählung im Mai 1939 erfassten 14 858 „Mischlingen“ waren abzüglich der als „Geltungsjuden“ definierten Menschen insgesamt 7 215 Frauen und 6 270 Männer als „Mischlinge ersten Grades“ in Wien

²³ Herbert Exenberger, Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848–1945, Wien 2009, S. 211f. Vgl. auch: Michael Schwarz, in: „Nicht mehr anonym“. Fotos aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien, Gestapo-Opferdatenbank: <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html> (30. 6. 2011); Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 6, 16.–19. 4. 1943, DÖW, 8479.

²⁴ Statistik des Deutschen Reichs, S. 60f. Vgl. auch: Meyer, Jüdische Mischlinge“, S. 24; Bukey, Jews and Intermarriage, S. 8.

²⁵ Die Privilegierung von „Mischehen“ zwischen nichtjüdischen Männern und jüdischen Frauen verstärkte diese Tendenz. Waren jedoch Kinder vorhanden, die nicht der Kultusgemeinde angehörten, konnte auch eine „Mischehe“ zwischen einem jüdischen Mann und einer nichtjüdischen Frau als „privilegiert“ gelten. Meyer, Jüdische Mischlinge“, S. 30 und 92–94; Büttner, Not, S. 41f.

²⁶ Stoltzfus, Widerstand, S. 21f.; Kaplan, Between Dignity and Despair, S. 76.

²⁷ Moser, Demographie, S. 54–56. Tätigkeitsbericht der Gemeindeführung für das Jahr 1944 (1. 1945), Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien, Bestand Jerusalem, A/W 118. Die Zahl der im Untergrund überlebenden Jüdinnen und Juden, für die in Wien keine genauen Angaben vorliegen, ist hier nicht eingerechnet.

registriert. Diese galten weder als „Arier“ noch als Juden und hatten somit einen Status, der sich zum Teil auch in einem Zwiespalt bei den Betroffenen niederschlug. Lisa Heilig, zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme gerade 18 Jahre alt, bemerkt dazu nicht ohne Zynismus, dass sie beim Anblick der Bänke mit der Aufschrift „Nur für Arier“ überlegte, welche Hälfte sich jetzt wohl hinsetzen dürfe, die linke oder die rechte.²⁸ Ein Teil der als „Mischlinge“ Klassifizierten wurde erst im Zuge dieser NS-Gesetzgebung mit ihrer jüdischen Abstammung konfrontiert, der bis dahin häufig kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Die 1924 in Wien geborene Eveline Carruthers-Wlach, die in einem integrierten Umfeld mit sonntäglichen Kirchenbesuchen aufwuchs und eine Klosterschule besuchte, wurde erst im Zuge der politischen Unruhen vor dem „Anschluss“ darauf hingewiesen, dass ihr Vater „nicht immer katholisch“ gewesen war.²⁹ Der spätere Widerstandskämpfer Otto Horn, 1923 in Wien geboren, erfuhr erst in der Nacht des „Anschlusses“ von der jüdischen Herkunft seines Vaters, der bereits nach der Geburt getauft worden war, dessen Großvater jedoch ein Cousin der Schriftstellerin und Salonière Berta Zuckerkandl (1864–1945) war. Diese unerwarteten Enthüllungen seines Vaters prägten sein weiteres Leben entscheidend, und Horn war bereits in der ersten Zeit nach der Machtübernahme im Widerstand aktiv, wobei er sich anfangs in einer katholischen Widerstandsbewegung engagierte.³⁰ Die später mit einem Kindertransport nach England gelangte Gitta Deutsch, 1924 in Wien geboren, wuchs in einem jüdisch-protestantischen Umfeld auf, in dem die Vielzahl an Religionen innerhalb des erweiterten Familienkreises als selbstverständlich wahrgenommen wurde:

„Als Kind wusste ich nicht, dass ich ‚Mischling‘ war, wie das später hieß. Ich wusste nur, dass es drei Religionen gab und dass die Verwandten teils katholisch, teils evangelisch, teils mosaisch waren. Das Wort ‚Rasse‘ ist erst mit Hitler gekommen, und da wurde man von einem Tag zum anderen ein ‚Mischling ersten Grades‘ und ‚nichtarisch‘, wie dieses entsetzliche Wort hieß.“³¹

Die Abwehr gegenüber der durch das nationalsozialistische Regime aufgezwungenen Fremddefinition als „Nichtarier“ findet sich in den meisten der autobiografischen Texte und Interviews von Menschen, die in der NS-Zeit dieser Gruppe zugeordnet waren. Nicht überall verlief das Zusammentreffen verschiedener Religionen jedoch harmonisch. In den autobiografischen Erinnerungen werden wiederholt auch Vorbehalte der jüdischen sowie nichtjüdischen Familienteile gegenüber der Verbindung der Eltern thematisiert, wobei diese Spannungen für die damaligen Kinder sehr wohl spürbar waren. Auch antisemitische Tendenzen nichtjüdischer Familienmitglieder stellen in den Erinnerungen keine Seltenheit dar. Im Fall der 1917 geborenen Johanna Nestor fand die Hochzeit ihrer Eltern aufgrund des Widerstands ihres christlichsozialen Großvaters beispielsweise nur unter der Bedingung statt, dass die jüdische Familie des Vaters nicht zur Feier geladen wurde.³² Nichtsdestotrotz gab es auch Familien wie jene von Doris Baumann (geb. Przißbram), die

²⁸ Mädchenname der Zeitzeugin, die anonym bleiben möchte. Lisa D., in: *Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten*, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Band 3: *Jüdische Schicksale*, Wien 1992, S. 319–322, hier S. 321.

²⁹ Eveline Carruthers-Wlach, Interview vom 12. 10. 1989, DÖW, 686, S. 3.

³⁰ Otto Horn, in: *Erzählte Geschichte*, S. 326–332, hier S. 326f.

³¹ Gitta Deutsch, in: *Erzählte Geschichte*, S. 322–326, hier S. 324. Siehe auch: Deutsch, *Böcklinstraßenelegie. Erinnerungen*, Wien 1993, S. 42–50.

³² Johanna Nestor, Interview vom 6. 9. 2007 in Wien, Sammlung „Topographie der Shoah“ am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte (IKT), Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) Wien.

trotz Konversion des jüdischen Elternteils einen starken Bezug zum Judentum pflegten.³³ Im Rahmen der hier erfassten Frauen und Männer, die aus ähnlich gemischt konfessionellen Familienverhältnissen stammten, zählt diese identitäre Zuordnung jedoch zu den Ausnahmen.

„Geltungsjuden“

Die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich rückwirkend übernommenen *Nürnberger Gesetze* trafen auch jene gemischt-konfessionellen Familien unerwartet, die zwar offiziell der jüdischen Gemeinde angehörten, oft aber aufgrund der Heirat mit einem nichtjüdischen Partner ein eher distanziertes Verhältnis zur Kultusgemeinde hatten. Ein Großteil der als „Geltungsjuden“ definierten Frauen und Männer stammte ebenso wie die als „Mischlinge“ klassifizierten Menschen aus Familien, in denen Religion – bis auf den Besuch des jüdischen Religionsunterrichts – keine große Rolle gespielt hatte. Nach „dem Anschluss“ im März 1938 wurden sie nun denselben diskriminierenden Bestimmungen wie die restliche jüdische Bevölkerung ausgesetzt. „Geltungsjuden“ waren gegenüber den als „Mischlinge“ definierten Menschen zahlenmäßig in der Minderzahl – in Wien waren es nach der Volkszählung im Mai 1939 insgesamt 1373 Personen, davon 756 Frauen und 617 Männer.³⁴ Einer der Männer, der in diesen Zahlen jedoch nicht erfasst wurde, war der 1923 geborene Friedrich Kaser.³⁵ Nach dem Tod seines jüdischen Vaters 1928 kam Kaser in das Jüdische Waisenhaus in der Probusgasse, wo er nach eigenen Angaben eine glückliche Kindheit verbrachte. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme trat er aus der Kultusgemeinde aus und übersiedelte zu seiner Mutter und ihrem nichtjüdischen Lebensgefährten nach Deutschland, wo er vom Bürgermeister des Wohnortes in Eidinghausen eine Bestätigung über seine Zuordnung als „Mischling ersten Grades“ erhielt, die „amtsbekannt“ sei. Anfang 1939 kehrte die Familie nach Wien zurück, wo Kaser bis zur Aufdeckung des „Fehlers“ im Jahre 1941 als „Mischling“ aufschien.³⁶ Auch in Kasers Biografie wird der Widerstand gegen die Fremddefinition des NS-Regimes deutlich, wobei er auch nach seiner Kategorisierung als „Geltungsjude“ die Einhaltung der für die jüdische Bevölkerung geltenden Bestimmungen verweigerte. Die als „Geltungsjuden“ klassifizierten Menschen wurden bereits kurz nach dem „Anschluss“ mit ersten Ausgrenzungsmaßnahmen konfrontiert. In der Schule mussten sie gemeinsam mit den als Jüdinnen und Juden definierten Kindern zumeist in separaten Bankreihen sitzen, bis sie schließlich im April (Gymnasien) und Mai (Grundschule) 1938 der Schule verwiesen wurden.³⁷ Des Weiteren wurden die meisten Familien von „Geltungsjuden“ oft innerhalb kürzester Zeit aus ihren Wohnungen vertrieben. Der spätere Präsident der Wiener

³³ Doris Baumann, Interview vom 17. 11. 1987, DÖW, 448, S. 3–10.

³⁴ Statistik des Deutschen Reichs, S. 8.

³⁵ Der Name wurde auf Wunsch des Zeitzeugen anonymisiert.

³⁶ Interview mit Friedrich Kaser (Name anonymisiert) vom 31. 1. 2011 in Wien, ÖAW.

³⁷ Am 27. 4. erfolgte die Anordnung des Wiener Stadtschulratspräsidenten über den Ausschluss jüdischer Schülerinnen und Schüler aus Mittelschulen und Gymnasien, da „eine gemeinsame Erziehung der arischen und jüdischen Schüler unmöglich“ sei. Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 18, 29. 4. 1938, S. 6. Der Ausschluss aus Volks-, Haupt- und Fortbildungsschulen wurde am 9. 5. beschlossen und mit 16. 5. 1938 realisiert. Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 21, 20. 5. 1938, S. 5. Vgl. auch: Exenberger, Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer, S. 270–275.

Kultusgemeinde, der 1925 geborene Paul Grosz, der die NS-Zeit als „Geltungsjuden“ überlebte, da seine Mutter als „Findelkind“ bei einer nichtjüdischen Familie aufgewachsen war, erinnert sich an die Ereignisse des „Anschluss“ wie folgt:

„Wir wohnten, wie ich schon erwähnt habe, in dieser kleinen, hässlichen, dumpfen Wohnung im Parterre, im zweiten Hof. Das hat aber nichts daran geändert, dass wir schon vierzehn Tage, nachdem Hitler gekommen ist, unsere Wohnung räumen mussten, die Parteien hatten Unterschriften gesammelt, damit das Haus judenrein wird. Ich habe in meinem ganzen Leben niemals mehr so schlecht gewohnt wie dort, wo ich rausgeworfen worden bin, auch während der ganzen Kriegszeit nicht. Aber offensichtlich war es unseren Nachbarn über Nacht nicht mehr möglich, uns das noch zu gönnen, diesen ‚Palast‘.“³⁸

Eine der wenigen Familien, die in ihrer Wohnung verbleiben konnte, war jene von Vilma Neuwirth, 1928 in Wien geboren, da die Wohnung auf den Namen der nichtjüdischen Mutter angemeldet war. Nichtsdestotrotz war die Familie gleich nach der Machtübernahme im Haus Verfolgungen ausgesetzt, da die wenigen nichtjüdischen Nachbarinnen und Nachbarn sich plötzlich als begeisterte Nationalsozialisten entpuppten, die auch vor gezielten Übergriffen nicht Halt machten.³⁹ Im Fall von Gertrude Putschin, die mit ihrer Familie und ihrem sechsjährigen Pflegebruder Alfred im Gemeindebau Sandliten wohnte, hatte die durch eine Anzeige in Gang gesetzte Ausweisung aus der Wohnung tragische Konsequenzen. Nachdem die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Familie gelenkt worden war, durfte der Bruder als Jude in der gemischtkonfessionellen Familie nicht länger verbleiben und kam in das Waisenhaus in der Grünentorgasse, von wo er im September 1942 gemeinsam mit den übrigen Heimkindern nach Maly Trostinec deportiert und dort gleich nach der Ankunft ermordet wurde.⁴⁰

Im Zuge dieser „Wohnungsarisierungen“ wurde die jüdische Bevölkerung sukzessive in bestimmten Stadtteilen – in Wien vor allem im 1., 2., und 9. Bezirk – angesiedelt, wobei mehrere Familien in Sammelwohnungen zusammengedrängt wurden.⁴¹ Bereits im Sommer 1938 kam es zu weiteren Einschränkungen, da die jüdische Bevölkerung sowohl eine jüdische Kennkarte besitzen als auch den Zusatznahmen „Sara“ oder „Israel“ annehmen musste.⁴² Jüdinnen und Juden wurden aus dem öffentlichen Leben verdrängt, wie etwa aus Parkanlagen, Kinos, Theatern und Lokalen ausgeschlossen. Neben einer Vielzahl an Verboten und Abgaben, die der jüdischen Bevölkerung auferlegt wurde, fiel vor allem die Kennzeichnungspflicht vom September 1941 ins Gewicht, die Jüdinnen und Juden ab dem sechsten Lebensjahr zum Tragen eines „Judensterns“ verpflichtete⁴³ und diese damit

³⁸ Paul Grosz, in: *Erzählte Geschichte*, S. 205–210, hier S. 206f.

³⁹ Vilma Neuwirth, *Glockengasse 29. Eine jüdische Arbeiterfamilie in Wien*, Wien 2008, S. 61–68.

⁴⁰ Gertrude Putschin, Interview vom 12. 8. 1986, DÖW, 356, S. 4. Vgl. auch: Opferdatenbank „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ am DÖW, <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html> (30. 6. 2011); Petra Rentrop, *Tatorte der „Endlösung“*. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez, Berlin 2011.

⁴¹ Gerhard Botz, *Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik*, Wien 1975, S. 60–78; Lydia Marinelli (Hrsg.), *Freuds verschwundene Nachbarn*, Wien 2003, S. 27f.; Birgit Jöhler/Maria Fritsche (Hrsg.), *1938 Adresse: Servitengasse. Eine Nachbarschaft auf Spurensuche*, Wien 2007, S. 43–47. Siehe dazu auch den Bestand an Hauslisten aus dem Archiv der IKG Wien: A/VIE/IKG/II/NAM/WOHN/Hauslisten.

⁴² Walk (Hrsg.), *Sonderrecht*, S. 233 und 237.

⁴³ Ebenda, S. 347.

auch Anpöbelungen durch die nichtjüdische Bevölkerung aussetzte. Viele der in diesem Rahmen erfassten Jugendlichen versuchten in der Anfangszeit diese Brandmarkung zu umgehen, indem sie den Stern mittels Stecknadeln oder Druckknöpfen an der Bekleidung festmachten, um ihn jederzeit ablegen und damit Orte besuchen zu können, die ihnen offiziell verboten waren.⁴⁴ Gertrude Horn, 1924 geboren, war eine dieser Jugendlichen, die gelegentlich an dienstfreien Tagen mit Freundinnen Ausflüge ohne Stern machten. Anfang 1942 wurden sie von ihrer Vorgesetzten in der Wäscherei „Habsburg“, der Frau des berüchtigten, für Deportationen zuständigen SS-Mannes Josef Weizl, in einem Lokal entdeckt. Daraufhin wurde sie von einem Schnellrichter zu sechs Wochen Arrest im Polizeigefangenenhaus Rossauer Lände verurteilt. Horn wurde später als Mitglied der Widerstandsorganisation „Mischlingsliga“ im Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert und im Mai 1945 bei Ravensbrück befreit.⁴⁵ Es gibt Hinweise darauf, dass ab Spätsommer und Herbst 1942 kleinere „Vergehen“ von Menschen in „Mischehen“ und aus „gemischten Familien“ verschärft geahndet wurden, um auf diese Weise zur „Entjudung des Reichsgebietes“ beizutragen und deren Zahl zu dezimieren.⁴⁶ Die 1922 in Wien geborene Schneiderin Katharina Fischer wurde beispielsweise im Februar 1943 wegen „Unterlassung der jüdischen Kennzeichnungspflicht“ festgenommen und am 14. April 1943 nach Auschwitz deportiert, wo sie am 11. Dezember 1943 ermordet wurde.⁴⁷ Trotz der zuweilen drakonischen Strafen, mit denen das Verdecken oder Nichttragen des Sterns geahndet wurde, behielten viele der Jugendlichen dieses Verhalten bis Kriegsende bei.⁴⁸ Die 1929 geborene Ruth Mirecki, die in der NS-Zeit ebenfalls als „Geltungsjüdin“ definiert wurde, reflektiert dies in einem Interview wie folgt:

„Wenn man das heute erzählt, klingt das alles unsagbar dumm, weil man eigentlich für nichts ein Risiko eingegangen ist, das man damals nicht abgeschätzt hat. [...] Man hat's getan. Und vielleicht hat das auch dazu beigetragen [...] Man war stärker, wenn man sich weniger gefürchtet hat. Wenn man übermütig war, war man stärker. Man hat's leichter ertragen.“⁴⁹

⁴⁴ Vgl. Lotte Freiburger, *Erinnerungen* (o. J.), Manuskript, DÖW, 22103, S. 6; Karl Jelinek, in: *Erzählte Geschichte*, S. 225–229, hier S. 228; Putschin, Interview, DÖW, 356, S. 15.

⁴⁵ Gertrude Horn, Interview vom 13./14. 1. 1989, DÖW, 554, S. 17f. und 21f.

⁴⁶ Im Zuge der Diskussionen im Rahmen der Wannsee-Konferenz und den Folgetreffen kam es zu merkbaren Verschärfungen im Alltag von „Mischehen“ und „Mischlingen“. Da eine „Endlösung“ der „Mischehen-“ und „Mischlingsfrage“ sich nicht durchsetzen konnte, kam es zu verschiedenen Vorstößen auf regionaler Ebene. In Frankfurt ging die Gestapo beispielsweise dazu über, „jüdische Mischehepartner“ unter dem Vorwand kleinerer, zum Teil fiktiver „Verstöße“ zu verhaften, um sie als „Schutzhäftlinge“ zu deportieren. Weitere Verhaftungen wurden auch in Hamburg, Offenbach, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt festgestellt. Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße*, S. 172–177. Siehe auch: Monica Kingreen, *Tödliche Verfolgung von als jüdisch klassifizierten „Mischehepartnern“ in der Rhein-Main-Region*, in: Brigitte Gensch/Sonja Grabowsky (Hrsg.), *Der halbe Stern. Verfolgungsgeschichte und Identitätsproblematik von Personen und Familien teiljüdischer Herkunft*, Gießen 2010, S. 57–66. Für Wien konnte Bukey ähnliche Vorstöße der lokalen NS-Behörden festmachen. Bukey, *Jews and Inter-marriage*, S. 148–163.

⁴⁷ Katharina Fischer, in: „Nicht mehr anonym“, <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html> (30. 6. 2011).

⁴⁸ Vgl. dazu: Gertrude Kalmar, in: *Erzählte Geschichte*, S. 235–237, hier S. 236; Kaser, Interview, o. S.; Ernst Neumann, in: *Erzählte Geschichte*, S. 255–260, hier S. 259f.; Neuwirth, *Glockengasse*, S. 75f.; Johanna Sentall, in: *Erzählte Geschichte*, S. 280–283, hier S. 283; Helene Wohlgemuth (Mädchennamen der Zeitzeugin), Interview vom 1. 2. 2011 in Wien, ÖAW.

⁴⁹ Ruth Mirecki, Shoah-Foundation-Interview vom 25. 11. 1997 in Wien, Interview Code 38836, Tape 2.

Gruppenidentität „halbjüdischer“ Menschen

Im Zusammenhang mit Männern und Frauen „halbjüdischer“ Herkunft stellt sich die Frage, inwiefern sich diese als Gruppe wahrnahmen und Solidaritäten untereinander entwickelten. Gegenwärtigen Forschungen zufolge wird deutlich, dass sowohl „Mischlinge“ als auch die als „Geltungsjuden“ definierten Menschen gemeinsam mit ihren Familien größtenteils auf sich allein gestellt waren.⁵⁰ Im sogenannten „Altreich“ gab es zwar eine Organisation für „jüdische Mischlinge“, die „Vereinigung 1937“, die jedoch auf keiner autonomen Gründung basierte, sondern aus dem Reichsverband „nichtarischer“ Christen (später: Paulus-Bund) hervorgegangen war, nachdem der Ausschluss jener Mitglieder, die keine „Halbjuden“ waren, im Februar 1937 behördlich angeordnet worden war. Die „Vereinigung 1937“ konnte ihre Tätigkeit als Zusammenschluss „jüdischer Mischlinge“ nur mehr bis August 1939 entfalten, wobei die Organisation zum Teil unter strenger Aufsicht der Behörden stand.⁵¹ Im österreichischen Kontext gab es keinen vergleichbaren Zusammenschluss. Als Versuch in diese Richtung kann die „Mischlingsliga Wien“ angesehen werden, die allerdings aus einer von Otto Ernst Andreasch und Otto Horn 1941 gegründeten kommunistischen Widerstandsorganisation hervorging und junge Menschen sammelte, die von den *Nürnberger Gesetzen* betroffen waren. Nach der Deportation der meisten Mitglieder formierte sich die Organisation 1943 neu als „Mischlingsorganisation“, die auch sogenannte „Geltungsjuden“ aufnahm, wobei der Widerstand nach wie vor im Zentrum der Tätigkeit stand. Im Februar 1944 wurde die Organisation durch Verrat zerschlagen und ein Teil der Mitglieder verhaftet.⁵² Neben den selbstorganisierten Zusammenschlüssen gab es auch Bemühungen kirchlicher Organisationen um „nichtarische“ Jugendliche. In Wien war hier neben der „Schwedischen Mission“ vor allem die 1940 gegründete „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ unter der Leitung von Pater Ludger Born tätig, die einer Reihe von Menschen aus gemischt-konfessionellen Familien Unterstützung bot. Bezeichnenderweise war mehr als die Hälfte der 23 Mitarbeiterinnen der Hilfsstelle selbst jüdischer Herkunft (12) oder lebte mit einem jüdischen Partner in „Mischehe“, wobei acht Frauen die Shoah nicht überlebten.⁵³ Die Hilfsstelle betreute auch eine Mädchengruppe („Donnerstagskinder“), die sich vorwiegend aus „Geltungsjüdinnen“ zusammensetzte. Unter den Mädchen war beispielsweise die spätere Schriftstellerin Ilse Aichinger, die in einem Essay aus dem Jahr 1978 die Bedeutung dieser wöchentlichen Zusammenkünfte für die beteiligten Mädchen beschrieb:

⁵⁰ Vgl. James F. Tent, *Im Schatten des Holocaust. Schicksale deutsch-jüdischer „Mischlinge“ im Dritten Reich*, Köln u. a. 2007, S. 42f.; Bukey, *Jews and Inter-marriage*, S. 194f. Vgl. auch: Büttner, *Not*, S. 31, 59 und 71; Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 12f.

⁵¹ Aleksandar-Sasa Vuletic, *Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich. Verfolgung und organisierte Selbsthilfe 1933–1939*, Mainz 1999, S. 220–267.

⁵² Der als „Mischling“ verfolgte Otto Horn und die als „Geltungsjüdin“ verfolgte Gertrude Horn (geb. Fanto) überlebten und heirateten nach dem Krieg. Otto Horn, in: *Erzählte Geschichte*, S. 328–332; Gertrude Horn, in: *Erzählte Geschichte*, S. 223–225. Vgl. auch: Tagesbericht der Gestapo Wien, 1.–1. 3. 1944, DÖW, 8479.

⁵³ Diözesanarchiv Wien (DAW), Erzbischöfliche Hilfsstelle, Kassetten 3, Faszikel 2, Born Dokumentation Hilfsstelle, Handschriftliche Manuskripte, Ordner 4; Ludger Born SJ, *Die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien*, *Miscellanea LXIV a*), hrsg. von Lothar Groppe, Wien 1979, S. 105–123. Für den Hinweis auf den größtenteils noch unerschlossenen Bestand der Hilfsstelle im DAW bedanke ich mich bei Anna Hájková.

„Heute, das war Donnerstag. Die anderen Tage hießen gestern, vorgestern, vorgestern oder auch morgen, übermorgen, überübermorgen. Sie teilten die alten Lasten unter sich, Vergangenheit und Zukunft, sie teilten unter sich Unsicherheit, Furcht vor Bomben und Staatspolizei, Gerüchte, Deportationsmöglichkeiten, schlechte Nachrichten. Sie waren ein finsterer Vorhang, und vielleicht wären manche von uns fortgegangen aus diesem Raum, der sich unsere Welt, unser Leben nannte, wäre nicht der helle blitzende Streifen gewesen, der uns das Licht hinter dem Vorhang bewies, die Möglichkeit der anderen Existenz, der Wärme, der Freude, der Geborgenheit, des Spiels. Des sinnvollen und unaufhebbaren Augenblicks. Dass es Orte gab wie den Universitätsplatz oder den kleinen Anbau im zweiten Hof (sic) des erzbischöflichen Palais: ich weiß viele, für die das der einzige, und genug, für die es der letzte Beweis dieser anderen Existenz war.“⁵⁴

Auch Gerhard Baader, der als „Mischling“ in Wien überlebte, betonte in einem Interview die wichtige Funktion der „Erzbischöflichen Hilfsstelle“, welche die Familie aus ihrer sozialen Isolation herausholte.⁵⁵ Erfahrungen der Unterstützung und Solidarität dieser Art wurden jedoch nur einer Minderheit der als „Halbjuden“ definierten Menschen zuteil. Während die „Vereinigung 1937“ im sogenannten „Altreich“ als eine Art Selbsthilfeorganisation gegründet wurde, die für die Verbesserung der Situation von „Mischlingen“ eintrat, wurde die „Mischlingsliga“ in Wien bereits unter völlig veränderten Vorzeichen ins Leben gerufen, wobei neben dem Widerstand auch die Solidarität mit anderen Verfolgten im Zentrum stand. Aufgrund der Tatsache, dass es sich hierbei um eine politische Organisation handelte, die im Widerstand aktiv war, blieb der Kreis der Beteiligten jedoch begrenzt. Dasselbe gilt für kirchliche Organisationen wie die „Erzbischöfliche Hilfsstelle“, die ebenfalls nur einen beschränkten konfessionellen Kreis betreuten. Wie auch aus den autobiografischen Quellen deutlich wird, war die Mehrzahl der „halbjüdischen“ Frauen und Männer in der NS-Zeit auf sich alleine gestellt.

Eingriffe in die Privatsphäre – Definition der „Rassenschande“

Ein wesentlicher Aspekt in Bezug auf den Alltag und die Handlungsspielräume der Frauen und Männer „halbjüdischer“ Herkunft ist der Umstand, dass das NS-Regime auch vor Eingriffen in die Privatsphäre nicht zurückschreckte. Im Zuge der rassenideologischen Bestimmungen, die im *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (1935)* ihren Ausdruck fanden, waren die Möglichkeiten der legalen Partnerwahl stark beschränkt. Demzufolge konnten „Mischlinge ersten Grades“ lediglich mit Partnern eine Verbindung eingehen, die ebenfalls „halbjüdischer“ Herkunft waren. Eine Heirat mit einem jüdischen Partner führte zur Klassifizierung als jüdisch, was zur Folge hatte, dass diese Menschen in den späteren Deportationsprozess der jüdischen Bevölkerung eingeschlossen wurden. Ein Beispiel dafür ist der Feldmarschall-Leutnant Johann Friedländer (1882–1945 Auschwitz/Pless), bis 1937 Mitarbeiter im Bundesministerium für Heereswesen, der als „Mischling“ gemeinsam mit seiner jüdischen Frau im September 1943 von Wien nach Theresienstadt und von dort 1944 nach Auschwitz deportiert wurde. Friedländer wurde nach der Evakuierung des Lagers im Jänner 1945 auf dem Todesmarsch nach Pless ermordet.⁵⁶ Für Ehen mit nichtjüdischen Partnern und den als „deutschblütig“ ein-

⁵⁴ Ilse Aichinger, Ein Blick zurück, in: Born, Die Erzbischöfliche Hilfsstelle, S. 138f–138i.

⁵⁵ Gerhard Baader, Interview vom 2. 7. 2012 in Wien, ÖAW.

⁵⁶ Vgl. Martin Senekowitsch, Feldmarschalleutnant Johann Friedländer 1882–1945. Ein vergessener Offizier des Bundesheeres, Wien 1995, S. 21–28.

gestuften „Mischlingen zweiten Grades“ (Vierteljuden) bedurften „Mischlinge ersten Grades“ einer Ausnahmegenehmigung, die gegenwärtigen Forschungen zufolge so gut wie nie erteilt wurde.⁵⁷ „Geltungsjuden“ stand generell nur eine Heirat mit Menschen derselben Kategorisierung offen, wobei es Hinweise darauf gibt, dass damit der Schutz durch den nichtjüdischen Elternteil gefährdet war.⁵⁸ Da die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich praktisch über Nacht stattfand, wurden Frauen und Männer „halbjüdischer“ Herkunft damit konfrontiert, dass bestehende Beziehungen plötzlich als „Rassenschande“ definiert wurden. Trotz der Gefahr der Denunziation wurde ein Teil dieser Beziehungen heimlich weitergeführt.⁵⁹ Elisabeth Beran, 1919 in Wien geboren, die bereits mit ihrem nichtjüdischen Freund verlobt war und einige Zeit später ein Kind erwartete, versuchte als „Mischling“ durch eine Bewilligung des Reichsinnenministeriums eine Heiraterlaubnis zu erlangen. Das Gesuch hatte zur Folge, dass ihre jüdische Mutter sich einer Reihe von entwürdigenden „rassenkundlichen“ Untersuchungen aussetzen musste. Aufgrund der Ablehnung der Genehmigung musste Beran ihr Kind 1941 schließlich unehelich zur Welt bringen.⁶⁰

Die Gefahr, der sich Menschen „halbjüdischer“ Herkunft dabei aussetzten, wird am Beispiel der 1921 in Wien geborenen Erna Musik deutlich, die nach NS-Kategorien als „Geltungsjüdin“ definiert wurde. Auch Musik setzte nach dem „Anschluss“ ihre Beziehung mit ihrem nichtjüdischen Freund weiter fort und im August 1942 wurde ihre gemeinsame Tochter geboren. Aufgrund der politischen Aktivitäten ihres späteren Mannes Karl Musik wurde die Gestapo auf sie aufmerksam. Sie wurde im Jänner 1943 verhaftet und aufgrund des Anklagepunktes der „Rassenschande“ nach Auschwitz deportiert. Karl Musik, der zu diesem Zeitpunkt an der Front war, konnte noch rechtzeitig untertauchen. Erna Musik wurde im Mai 1945 in einem Nebenlager des KZ Ravensbrück befreit.⁶¹ Die Eingriffe des NS-Regimes in das Privatleben „halbjüdischer“ Menschen hatte entscheidende Auswirkungen auf die Identitätskonzepte und Biografien der Betroffenen, die zum Teil für die Dauer des NS-Regimes um die Möglichkeit gebracht wurden, legitime Beziehungen zu führen.

Alltagsleben im Krieg

Neben beruflichen Beschränkungen wurden die als „Halbjuden“ definierten Menschen auch mit Bildungs- und Ausbildungsbeschränkungen konfrontiert, die „Mischlinge“ und

⁵⁷ Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 166–174; Jeremy Noakes, The Development of Nazi Policy towards the German-Jewish „Mischlinge“ 1933–1945, in: Leo Baeck Institute Year Book 34 (1989), S. 291–354, hier S. 315–319.

⁵⁸ Nach dem am 20. 2. 1943 als „Geheim“ eingestuften Deportations-Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wurden „Geltungsjuden“, die nicht mit einem „deutschblütigen“ Elternteil zusammenlebten, in die Deportationen nach Theresienstadt miteingeschlossen. Vgl. Gruner, Widerstand in der Rosenstraße, S. 50–52. Dies wird u. a. im Fall der Geschwister des in der NS-Zeit als „Geltungsjuden“ klassifizierten Gerhard Braun und der als „Mischling“ geltenden Ursula Braun deutlich. Während Gerhard und Ursula Braun, die sich bei der Hochzeit ihrer Geschwister kennenlernten, durch den Schutz ihrer nichtjüdischen Elternteile in Berlin verbleiben konnten, wurden ihre verheirateten Geschwister gemeinsam mit ihrer Tochter deportiert und ermordet. Nina Schröder, Die Frauen der Rosenstraße. Hitlers unbeugsame Gegnerinnen, München 2003, S. 58–96, hier S. 58–64 und 69f.

⁵⁹ Für den deutschen Kontext vgl. u. a.: Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 174f.

⁶⁰ Elisabeth Beran, in: Erzählte Geschichte, S. 312–316, hier S. 315.

⁶¹ Erna Musik, in: Erzählte Geschichte, S. 252–254, hier S. 253f.

„Geltungsjuden“ zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlichem Ausmaß betrafen. Während „Mischlingen“ noch bis Juli 1942 der Besuch einer weiterführenden Schule möglich war, wurden „Geltungsjuden“ bereits im April und Mai 1938 der Schule verwiesen und mussten eigens eingerichtete jüdische Schulen besuchen.⁶² „Halbjuden“, die bereits im Arbeitsleben standen, verloren als „Nichtarier“ innerhalb kürzester Zeit ihre berufliche Stellung und mussten daraufhin häufig mit Arbeiten vorliebnehmen, die weit unter ihren Qualifikationen lagen. Für Menschen, die als „Geltungsjuden“ klassifiziert waren, war eine berufliche Tätigkeit mit besonderen Hürden verbunden. Viele „gemischte“ Familien verloren innerhalb kürzester Zeit ihr Einkommen und waren auf die Unterstützung nichtjüdischer Hilfsorganisationen oder der Kultusgemeinde angewiesen.⁶³ In einigen Fällen kam es dabei in weiterer Folge zu einem Rollentausch, indem nichtjüdische Frauen den Lebensunterhalt bestritten, da dies ihren jüdischen Ehemännern nicht mehr möglich war.⁶⁴ Während „Mischlinge“ im Verlauf der Kriegsjahre die gleichen Lebensmittelkarten wie „Nichtjuden“ erhielten, wurden „Geltungsjuden“ gemeinsam mit der jüdischen Bevölkerung sukzessiv vom Bezug der Grundnahrungsmittel ausgeschlossen, indem sie ab Oktober 1942 weder Fleisch, Eier, Milch noch Obst bekommen und nur ein bitteres Schwarzmehl beziehen konnten.⁶⁵

Männliche „Mischlinge“ mussten nach einer Verordnung vom 25. Juli 1935 bis zum Ausschlusserslass vom April 1940 Wehrdienst leisten, wobei einige der als „Mischlinge“ definierten Männer aufgrund militärischer Auszeichnungen im Krieg oder durch Schutz ihrer Vorgesetzten noch bis zum endgültigen Ausschluss im September 1942 im Heer verblieben, einige unentdeckt sogar bis Kriegsende.⁶⁶ Davon erhofften sich betroffene Wehrmachtsangehörige wie Helmut Krüger oder Alfred Posselt die Wiedererlangung der Staatsbürgerrechte sowie vor allem Schutz für jüdische Familienmitglieder, wobei beide Hoffnungen letztendlich enttäuscht wurden.⁶⁷ Einige der als „Mischlinge“ eingestuften Frauen und Männer der jüngeren Generation wurden hingegen aufgrund ihres nicht eindeutig verortbaren „rassischen Status“ auch zu nationalsozialistischen Jugendorganisationen verpflichtet.⁶⁸ Vera Röllig, 1932 geboren, musste während ihrer Schulzeit der Ortsgruppe des Bundes Deutscher Mädel (BDM) in ihrer Nachbarschaft beitreten. Nach einem halben Jahr, in welchem sie regelmäßig die Heimabende besucht hatte, wurde sie während einer offiziellen Feier, der sogenannten „Knotenverteilung“, vor Publikum für nicht würdig erklärt, den „Knoten“ an der Uniform zu tragen.⁶⁹ In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass öffentliche Ausgrenzungen und Ausschlüsse aus einer eng definierten Gemeinschaft nicht ohne Konsequenzen für die identitäre Entwicklung der Betroffenen blieben.

⁶² Walk (Hrsg.), Sonderrecht, S. 379. Zum Schulausschluss von „Geltungsjuden“ siehe Anm. 37.

⁶³ Siehe dazu u. a.: Grete Kling, in: *Erzählte Geschichte*, S. 238–241, hier S. 239f.; Ernest Schindler, in: *Erzählte Geschichte*, S. 276–279, hier S. 277.

⁶⁴ Siehe dazu u. a.: Carruthers-Wlach, *DÖW*, 686, S. 6. Siehe dazu auch die Tagebücher der in „Mischehe“ lebenden Therese Lindenberg: Christa Hämmerle/Li Gerhalter (Hrsg.), *Apokalyptische Jahre. Die Tagebücher der Therese Lindenberg 1938 bis 1946*, Wien 2010.

⁶⁵ Walk (Hrsg.), Sonderrecht, S. 387; Putschin, Interview, *DÖW*, 356, S. 8.

⁶⁶ Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 230–237; Bryan Mark Rigg, *Hitlers Jüdische Soldaten*, Paderborn 2003, S. 56, 177–180 und 190.

⁶⁷ Helmut Krüger, *Der halbe Stern. Leben als deutsch-jüdischer „Mischling“ im Dritten Reich*, Berlin 1993; Alfred Posselt, *Soldat des Feindes*, Wien 1993.

⁶⁸ Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 256f.

⁶⁹ Vera Röllig, Interview vom 10. 9. 2007 in Wien, ÖAW.

Das „ungelöste Problem“ der „Mischlingsfrage“

Innerhalb der nationalsozialistischen Rassenideologie kam es im Verlauf des Krieges zu merkbaren Verschärfungen. Im Zuge mehrerer Konferenzen zur sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ im Jänner, März und Oktober 1942 wurde die Frage der „Mischlinge“ und der „Mischehen“ diskutiert, welche für die Nationalsozialisten ein unerledigtes Problem darstellten. Während die Vertreter der Parteikanzlei auf eine Einbindung in den Deportations- und Vernichtungsprozess drängten, um diese Gruppe endgültig „zum Verschwinden“ zu bringen, plädierte Staatssekretär Wilhelm Stuckart und Ministerialrat Bernhard Lösener aus dem Reichministerium des Innern für ein Sterilisationsverfahren, da die „psychologischen und politischen Auswirkungen an der Heimatfront“ seitens der „deutschen“ Angehörigen unberechenbar seien.⁷⁰ Diese Bedenken setzten sich durch. Die Tatsache, dass die angekündigten „neuen Erkenntnisse“ auf dem Felde der Massensterilisation jedoch nicht umsetzbar waren, führte dazu, dass „Mischlinge“ letztendlich in ihrer Gesamtheit bis zum Kriegsende weitgehend vor radikalen Verfolgungsmaßnahmen geschützt blieben, obwohl die Pläne dazu nie ganz aufgegeben wurden und sie durch eine Reihe von Bestimmungen erhebliche Einschränkungen erfuhren.⁷¹

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie sich diese Radikalisierung der nationalsozialistischen Rassenideologie im Alltagsleben der Betroffenen auswirkte. Die meisten der als „Mischlinge“ klassifizierten Frauen und Männer wurden neben persönlichen Einschränkungen auch mit der Verfolgung jüdischer Familienmitglieder konfrontiert. Die 1914 in Wien geborene Doris Baumann beschreibt in diesem Zusammenhang das Schicksal ihrer älteren Schwester Margarita, die durch ihren jüdischen Ehemann, den Rechtsanwalt Dr. Rudolf Singer, als Jüdin galt. Nach dem Selbstmord ihres Mannes am Tag nach dem „Anschluss“ erlitt sie einen Nervenzusammenbruch und kam schließlich in die Heil- und Pflegeanstalt für Geistes- und Nervenranke „Am Steinhof“. Im Oktober 1942 wurde sie der Zentralstelle für jüdische Auswanderung überstellt und nach Maly Trostinec deportiert, wo sie ermordet wurde.⁷² Während „Mischlinge ersten Grades“ – soweit sie nicht mit einem jüdischen Partner verheiratet waren – gemeinsam mit ihren in „aufrechter Mischehe“ lebenden jüdischen Elternteilen von den zunehmenden Verfolgungsmaßnahmen ausgenommen waren, wurden „Geltungsjuden“ – wie bereits aufgezeigt – denselben diskriminierenden Bestimmungen wie die restliche jüdische Bevölkerung unterworfen. Von den im Februar 1941 einsetzenden „Evakuierungstransporten“ (Deportationen) wurden sie gemeinsam mit den in „Mischehe“ lebenden jüdischen Ehepartnern „zurückgestellt“ – dies jedoch auf unbestimmte Zeit. Nichtsdestotrotz landeten immer wieder auch Männer und Frauen mit nichtjüdischem Elternteil auf den „Evakuierungslisten“ und wurden von sogenannten „Aushebern“ in die berüchtigten „Sammellager“ der zur Deportation bestimmten Menschen gebracht, wo sie bis zur Aufklärung des Falles – soweit diese erfolgte – verbleiben mussten. Die 1923 in Wien geborene Lotte Freiberger, die als „Geltungsjüdin“ katego-

⁷⁰ Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 2, Frankfurt a. M. 10²⁰⁰⁷, S. 441.

⁷¹ Essner, „Nürnberger Gesetze“, S. 385f. und 419f.; Hilberg, Vernichtung, S. 436–445; Noakes, The Development of Nazi Policy, S. 337–348; Beate Meyer, Gratwanderungen. „Jüdische Mischlinge“ zwischen Mehrheitsgesellschaft und Verfolgung 1933–1945, in: Gensch/Grabowsky (Hrsg.), Der halbe Stern, S. 37–55, hier S. 48f.; Mark Roseman, Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte, München 2002, S. 114–119 und 144f.

⁷² Baumann, Interview, DÖW, 448, S. 20–22; Shoah-Opferdatenbank: <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html> (30. 6. 2011). Zu Maly Trostinec siehe Rentrop, Tatorte.

risiert war, wurde in der Wohnung ihrer Eltern dreimal „ausgehoben“ und beschreibt in einem Interview die unvorstellbare Nervenanspannung, bis sich die Lage aufklärte.⁷³ Auch Martin Vogel, 1922 in Wien geboren und ebenfalls „Geltungsjude“ nach NS-Definition, wurde gemeinsam mit seinem jüdischen Vater mitten in der Nacht zu einer sogenannten „Kommissionierung“ in das Sammellager in der Castellezgasse gebracht, wo sie nur nach Vorlage des „Ariernachweises“ seiner Mutter freigelassen wurden.⁷⁴ Ab April 1942 mussten auch alle Wohnungen der zum Tragen des „Judensterns“ verpflichteten Jüdinnen und Juden mit einem weißen „Judenstern“ gekennzeichnet sein, was die Lage für die Bewohner noch prekärer machte.⁷⁵ Im Falle eines Ablebens des nichtjüdischen Ehepartners oder Elternteils war der damit verbundene Schutz beendet. Am 18. Dezember 1943 befahl Gestapochef Heinrich Müller auf Anweisung Himmlers die Deportation von Jüdinnen und Juden aus „Mischehen“, deren Ehepartner verstorben waren oder deren Ehe durch Scheidung aufgelöst worden war, sodass am 10. März 1944 noch ein Transport mit 84 Jüdinnen und Juden aus nicht mehr bestehenden „deutsch-jüdischen Mischehen“ von Wien nach Theresienstadt verschickt wurde.⁷⁶ Des Weiteren gibt es weitere Hinweise darauf, dass die Präsenz beziehungsweise Abwesenheit des nichtjüdischen Elternteils im Zusammenhang mit der Verfolgungspraxis der Nationalsozialisten entscheidend war. Im Februar und April 1943 wurden beispielsweise Kinder „halbjüdischer“ Herkunft aus dem Kinderheim der Israelitischen Kultusgemeinde nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz deportiert, obwohl sich die Kultusgemeinde bemühte, auf die nichtjüdischen Elternteile der Kinder zu verweisen.⁷⁷ Die Bedrohung, die von der Radikalisierung der NS-Verfolgungspolitik ausging, wurde auch altersbedingt in unterschiedlichem Ausmaß wahrgenommen. Vera Rollig, die im März 1938 kaum sechs Jahre alt war und als „Mischling“ galt, erlebte die Zeit des NS-Regimes vor allem aus der Perspektive ihrer jüdischen Mutter, wobei die Angst vor Denunziation ständig gegenwärtig war. Im Interview charakterisiert sie die Zeit wie folgt: „Also es hat keinen Moment gegeben, wo man nicht gewusst hätte, es droht eigentlich Gefahr. Keinen! Jedes Läuten an der Tür, was immer [...]“.⁷⁸ In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass Menschen, die zur Machtübernahme bereits Jugendliche waren, den Gefahren oft besser begegnen konnten als solche, die wie Rollig die Schrecken des NS-Regimes als Kinder über die Gefühlswelt der Erwachsenen wahrnahmen.

Zwangsarbeit als Schritt zur Radikalisierung der Verfolgung

Im Verlauf des Krieges mussten die meisten jüdischen Partner von „Mischehen“ sowie die als „Geltungsjuden“ definierten Frauen und Männer Zwangsarbeit leisten. Elisabeth Be-

⁷³ Lotte Freiburger, in: *Erzählte Geschichte*, S. 197–205, hier S. 201 f.

⁷⁴ Martin Vogel, in: *Erzählte Geschichte*, S. 293–301, hier S. 297.

⁷⁵ Kennzeichnung jüdischer Wohnungen durch einen weißen Stern vom 1. 4. 1942, *Jüdisches Nachrichtenblatt*, 10. 4. 1942, Archiv der IKG Wien, Sammlung Jerusalem, A/W 512,3.

⁷⁶ Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße*, S. 185. Siehe auch: Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 5, 14.–16. 3. 1944, *DÖW*, 8479.

⁷⁷ Brief des „Ältestenrates“ an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung betreffend die Überstellung von Kindern des Kinderheims in das Sammellager 2., Miesbachgasse 8 vom 22. 2. 1943, Archiv der IKG Wien, A/W 1922,2; Opferdatenbank: <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html> (30. 6. 2011).

⁷⁸ Rollig, Interview, o. S., ÖAW.

rans Mutter wurde beispielsweise in die Wäscherei „Habsburg“ dienstverpflichtet, wo auch Gertrude Horn als „Geltungsjüdin“ arbeitete. Die Zwangsarbeit fand dort unter verschärften Bedingungen statt, da die Ehefrau des SS-Mannes Josef Weiszl als Vorgesetzte tätig war und die dienstverpflichteten Menschen bei der geringsten Verspätung beispielsweise eine Stunde länger arbeiten mussten und mit Deportation bedroht wurden.⁷⁹ Andere wurden als Müllsortiererinnen und Müllsortierer auf der Müllhalde – der berüchtigten „Mistgstätte“ – eingesetzt oder für die Leergutsammelstelle des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) dienstverpflichtet, wo Leergut sortiert, Fässer, Kisten und Säcke ausgebessert und Material in Züge ein- und ausgeladen wurde. Auch hier waren die Arbeitsbedingungen zum Teil durch zivile Vorarbeiter verschärft, die die jüdischen Zwangsarbeiter zuweilen auch misshandelten, während das militärische Leitungspersonal hingegen zumeist als „korrekt“ erlebt wurde.⁸⁰ Ein weiterer Schritt zur Radikalisierung der Verfolgung von „gemischten Familien“ und Frauen und Männern „halbjüdischer“ Herkunft ist die Einbeziehung dieser Gruppen in den sogenannten „Sondereinsatz J“ gegen Kriegsende. Es gibt Hinweise darauf, dass die Heranziehung von bis dahin ausgenommenen männlichen „Mischlingen“ und nichtjüdischen Ehemännern aus „Mischehen“ zur Zwangsarbeit im Rahmen der Organisation Todt (OT) ab Herbst 1944 dazu intendiert war, „gemischte Familien“ auseinanderzureißen, um den Schutz nichtjüdischer Ehepartner und Elternteile abzuschwächen.⁸¹ Vera Rolligs nichtjüdischer Vater wurde beispielsweise als „jüdisch Versippter“ zu Aufräumarbeiten in bombengeschädigte Gebiete nach Deutschland geschickt und war später im Rahmen der Organisation Todt beim Bau des Atlantikwalls in Frankreich eingesetzt.⁸² Im Jänner 1945 erhielten einige der hier erfassten männlichen „Geltungsjuden“ eine Einberufung zum „Südostwallbau“, einer geplanten Befestigungsanlage gegen die vorrückende Rote Armee. Viele leisteten der Aufforderung im Zuge der bereits sich abzeichnenden Auflösungserscheinungen jedoch nicht mehr Folge.⁸³ Friedrich Kaser hingegen, der sich lange Zeit hindurch als „Mischling“ ausgegeben hatte und kriegswichtige Arbeit für die Siemens-Schuckertwerke leistete, wurde von seinem Arbeitsplatz abgezogen und musste im Rahmen der OT Zwangsarbeit zur Sicherung der Reichsbrücke in Wien leisten.⁸⁴

Die Bombenangriffe in den letzten Kriegsjahren wurden auch von der jüdischen Bevölkerung angstbesetzt erlebt, die zudem häufig mit Unterständen vorliebnehmen musste, die nur mäßigen Schutz boten. Das Massaker in der Förstergasse am 12. April 1945 wurde von der bis dahin noch in Wien verbliebenen jüdischen Bevölkerung als besonders traumatisch erlebt, da die SS nur wenige Stunden vor der Befreiung durch die Rote Armee die neun jüdischen Bewohner des Hauses in der Förstergasse 7 ermordete und somit das Überleben der anderen unmittelbar vor der Befreiung nochmals in Frage stellte.⁸⁵

⁷⁹ Beran, in: *Erzählte Geschichte*, S. 315f.

⁸⁰ Vogel, in: *Erzählte Geschichte*, S. 297–299; Jelinek, in: *Erzählte Geschichte*, S. 227–229; Schindler, in: *Erzählte Geschichte*, S. 278f.

⁸¹ Siehe dazu vor allem: Büttner, *Not*, S. 65f.; Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 238f. und 242f.; Wolf Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45*, Innsbruck u. a. 2000, S. 270–284.

⁸² Rollig, Interview, o. S., ÖAW.

⁸³ Vogel, in: *Erzählte Geschichte*, S. 301. Jelinek, in: *Erzählte Geschichte*, S. 229.

⁸⁴ Kaser, Interview, o. S., ÖAW.

⁸⁵ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation*, Wien 1998, S. 80.

Im Vergleich zu „Geltungsjuden“, die trotz ihres nichtjüdischen Elternteils unmittelbar der Verfolgung durch das NS-Regime ausgesetzt waren, läuft man leicht Gefahr, das Schicksal der als „Mischlinge“ definierten Menschen zu relativieren und die auch für diese Gruppe vorhandenen Bedrohungen zu übersehen. Obwohl sowohl „Mischlinge“ als auch „Geltungsjuden“ letztendlich in der überwiegenden Mehrheit von den Deportationen ausgenommen waren, wurden die Pläne dazu nie ganz aufgegeben.⁸⁶

⁸⁶ Wenige Monate vor Kriegsende, am 15. 1. 1945, bestimmte das RSHA, möglichst bis zum 15. 2. 1945 alle jüdischen Partner von „Mischehen“ und „Geltungsjuden“ nach Theresienstadt zu deportieren. Während aus dem „Altreich“ mehrere Transporte mit diesen bislang geschützten Personengruppen nach Theresienstadt abgingen, kam es in Wien aufgrund der nahenden Front nicht mehr dazu. Vgl. Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße*, S. 187f.; ders., *Zwangsarbeit*, S. 283; Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 309f.

Dieter J. Hecht

Jüdische Jugendliche während der Shoah in Wien

Der Freundeskreis von Ilse und Kurt Mezei¹

Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 erlebten jüdische Jugendliche in Wien einen schrittweisen Ausschluss aus dem öffentlichen Leben. Verbote wie die, Parkanlagen, Bäder, Kinos, Theater, den Wienerwald und die Donau zu besuchen, schränkten ihr Leben zunehmend ein. Nach der Arbeit und an Wochenenden versuchten viele Jugendliche, sich mit Gleichaltrigen zu treffen und auszugehen. Doch die Möglichkeiten hierfür waren sehr beschränkt und sie selbst immer der Gefahr ausgesetzt, verhaftet zu werden. So konnte ein Aufenthalt an der Donau für 15-Jährige zur Verhaftung führen, wovon die Eltern erst am nächsten Tag erfahren; ein Kinobesuch konnte zur psychischen Qual werden, wenn man von einer BDM-Führerin aus der Nachbarschaft gesehen und bedroht wurde.² Misshandlungen durch Gleichaltrige und Erwachsene gehörten zum Alltagsleben; sie konnten sich jederzeit und überall ereignen. Eltern und Verwandte hatten ihre Funktion als Autoritäten und Ratgeber häufig verloren, weil sie selbst ständigen Gefahren ausgesetzt, mit Flucht und anderen Überlebensstrategien sowie ab 1941 mit den bevorstehenden Deportationen beschäftigt waren.

Verstärkt wurde die Entwurzelung der Jugendlichen durch den Ausschluss aus dem öffentlichen Schulwesen, den sich zunehmend verschlechternden Bedingungen in eigens gegründeten „Judenschulen“ und der Entlassung aus ihren Arbeitsverhältnissen. Für Jugendliche nach dem Pflichtschulalter war kein weiterer Schulbesuch vorgesehen, sondern Zwangsarbeit. Am 1. Juli 1942 erfolgte schließlich das Verbot jeglichen Unterrichts für jüdische und *nichtarische* Kinder.³ Der Alltag von Jugendlichen und Kindern fokussierte sich damit auf die Familie und eine immer kleiner werdende Zahl von Freunden und Verwandten. Treffen in privaten Wohnungen waren oft die einzige Möglichkeit, mit Freunden zusammen zu sein. Eine andere waren die von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien organisierten sogenannten Umschulungskurse, die ein außerhäusliches soziales Netzwerk eröffneten. Durch Umschulungskurse und die unbezahlte Mitarbeit in Institutionen der Kultusgemeinde fanden viele Jugendliche eine Beschäftigung. Eine weitere Initiative in dieser Richtung stellte die Übernahme der im Rahmen der Jugendalijah gegründeten JUAL-Schule durch die Kultusgemeinde dar.

In diesem Umfeld entwickelten Jugendliche verschiedene Überlebensstrategien, die einen Balanceakt zwischen ihren altersbedingten Bedürfnissen und den durch die nationalsozialistische Verfolgung geprägten Lebensumständen darstellten. Im Zentrum des vorliegenden Beitrages sollen daher das Alltagsleben der Jugendlichen und die damit verknüpf-

¹ Die Forschungsarbeiten über Jugendliche in Wien während der Shoah, gefördert vom Zukunftsfonds der Republik Österreich, entstanden im Rahmen des Projekts: Dieter J. Hecht/Eleonore Lappin-Eppel/Michaela Raggam-Blesch/Heidemarie Uhl, Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien.

² Hans Reichenfeld, *On the Fringe. A Sort of Autobiography*, Ottawa 2006, S. 33f.; Ruth Klüger, *weiter leben. Eine Jugend*, München ⁴1995, S. 46–48.

³ Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 243–245; Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, Heidelberg ²1996, S. 379.

ten Fragen nach Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Liebe und Religion stehen. Der Annäherung an die Lebenswelt von Jugendlichen soll das Schicksal der Zwillinge Ilse und Kurt Mezei und ihrer Freunde dienen, die ihren Alltag in Briefen, Postkarten, Fotos und Tagebüchern festgehalten haben. Die Dokumente der Mezeis befinden sich im Jüdischen Museum Wien und im Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes. Diese beiden Institutionen haben das Material von der Mutter Margarete Mezei und Hans Neufeld, einem Cousin von Ilse und Kurt, erhalten.⁴ Eine besondere Quelle bilden hierbei die Tagebücher der Zwillinge für den Zeitraum 1941/42.

Tausende Jugendliche und Erwachsene haben ihre Erlebnisse während der Shoah in Tagebüchern und Briefen niedergeschrieben, von denen aber nur ein Teil erhalten blieb. Diese Aufzeichnungen geben Einblicke in das Leben von Juden und Jüdinnen, ihren Alltag, ihre Interpretation der Situation und ihre Weltanschauung. RezipientInnen versuchen aus diesen Zeugnissen häufig, allgemeine Lehren über das Schicksal der Juden und die Shoah zu ziehen. Die Erkenntnisse und Reflexionen einzelner TagebuchautorInnen mögen über ihr eigenes Schicksal hinausgehen, sie bleiben aber immer ein biografisches und historiografisches Fragment, das nur eine Momentaufnahme darstellt und keine Verallgemeinerungen zulässt. Ihrer Bedeutung als wichtigen historischen und literarischen Beitrag zur Dokumentation der Shoah tut dies allerdings keinen Abbruch.⁵

Die Tagebücher von Kurt und Ilse Mezei sind für verschiedene Perioden mit Überschneidungen erhalten geblieben. Die Zwillinge haben ihre Aufzeichnungen in unterschiedliche Hefte und Notizbücher geschrieben, z. B. verwendete Ilse ein Schulheft von Kurt. Beide wussten über die Tagebücher des Bruders bzw. der Schwester Bescheid, lasen von Zeit zu Zeit heimlich die Einträge und fügten Kommentare hinzu. Aufgrund der Informationen in den vorliegenden Exemplaren und weiterer erhaltener Dokumente, wie z. B. akribischer Aufzeichnungen über Fliegeralarme und Luftangriffe auf Wien aus den Jahren 1944/45, wäre es vorstellbar, dass weitere Tagebücher existiert haben. Die formale und inhaltliche Gestaltung ihrer Tagebucheinträge illustrieren unter anderem den unterschiedlichen Charakter von Ilse und Kurt Mezei, wobei das Bewusstsein, dass das Tagebuch vom Bruder bzw. von der Schwester mitgelesen wurde, den Inhalt wohl beeinflusst hat. Ilses Eintragungen geben die Ereignisse eher stenografisch wieder, Kurt neigte zu ausführlicheren Formulierungen und Analysen. Sie beschrieben auch häufig Personen, die sie jeden Tag trafen. Damit vermitteln sie Tagesabläufe, Wege und Zusammentreffen mit Verwandten und Bekannten, ArbeitskollegInnen und FreundInnen. Einige der Letzteren hielten die Freundschaft und Treffen mit Ilse und Kurt Mezei ihrerseits in autobiografischen Aufzeichnungen fest.⁶ Aus diesem Mosaik von Tagebüchern, aber auch von erhaltenen Briefen, wird ersichtlich, wie wichtig es war, den Kontakt mit Freunden in persönlicher bzw. in brieflicher Form aufrechtzuerhalten und dies auch für sich und andere

⁴ Zum Bestand im Jüdischen Museum Wien (JMW) vgl. den Katalog „Papier ist doch weiß? Eine Spurensuche im Archiv des Jüdischen Museums Wien“, Ausstellung des Jüdischen Museums Wien vom 30. 1.–22. 3. 1998, Wien 1998, S. 130–132. Das Jüdische Museum plant die Edition der Tagebücher von Ilse und Kurt Mezei; JMW, Nachlass Margarete Mezei.

⁵ Vgl. Alexandra Zapruder, *Salvaged Pages. Young Writers' Diaries of the Holocaust*, New Haven 2004, S. 7–11.

⁶ Ilses Tagebuch vom 16. 3. bis 5. 10. 1941 und vom 20. 2. bis 2. 9. 1942; Kurts vom 18. 1. bis 18. 3. 1941, vom 16. 4. bis 29. 5. 1941 und vom 13. 8. bis 30. 11. 1941. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Wien (DÖW), 22.176, Nachlass Margarete Mezei; JMW, Archiv, Nachlass Margarete Mezei.

festzuhalten. So gelang es einer Gruppe von 15/16-jährigen Wiener Gymnasiasten, mit einem System von Rundbriefen, Nachrichten auszutauschen und ihr Leben zwischen Flucht und Exil über mehrere Jahre zu dokumentieren.⁷

Diese Dokumente und die detaillierte Aufzeichnung von Radiomeldungen und Zeitungsartikeln sowie deren Interpretation verweisen auf Nachrichten als wichtiges Instrument der Überlebensstrategie von Juden und Jüdinnen im Deutschen Reich. Der Konsum der Nachrichten war mehr als bloße Information, er hatte einen enormen Einfluss auf das Leben der einzelnen, wenn auch keinen auf den Ausgang des Krieges. Wie wichtig Nachrichten waren, zeigte bereits Jurek Becker in seinem 1969 publizierten Roman „Jakob der Lügner“, wo Jakob ausgehend von einer Radiomeldung über den Vormarsch der Roten Armee, seinen Freunden und Bekannten neue Kraft und Hoffnung auf Überleben gab.⁸

Das Schreiben von Tagebüchern (und Briefen) hatte für die VerfasserInnen mehrere Funktionen. Lesen und die Dokumentation des Gelesenen war für viele TagebuchschreiberInnen eine wichtige kulturelle Tätigkeit – oftmals die einzig mögliche –, um dem Alltag und der Einsamkeit zu entfliehen. Das Tagebuch bot einen Zufluchtsort, um gegen die Verfolgung anzuschreiben und Emotionen auszudrücken. So konnte die Trennung von geliebten Menschen und die Hilflosigkeit gegenüber äußeren Ereignissen überwunden und der Glaube an eine bessere Nachkriegszeit bzw. die Hoffnung aufs Überleben bekräftigt werden. Damit war das Tagebuch auch ein Akt des Widerstandes gegen Ausgrenzung, Entmenschlichung und Ermordung.⁹ Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür stellen die Briefe der aus Wien stammenden Edith Hahn-Beer dar. Von April 1941 bis Juni 1942 arbeitete sie als Zwangsarbeiterin auf einem Gut in Aschersleben. Sie schrieb fast täglich Briefe an ihren „Verlobten“ Josef Rosenfeld, der als *Geltungsjude* in Wien (über-)lebte. Edith Hahn-Beer berichtete detailliert über ihr Arbeits- und Alltagsleben, ihre Wünsche und Sehnsüchte sowie ihre Enttäuschungen und Ängste. In ihren Briefen verwies sie ständig auf die Bedeutung der brieflichen Kommunikation für die Überwindung des schwierigen Alltags und der Trennung. Trotz des Wissens über die ungewisse Zukunft und die Deportationen aus Wien, schrieb sie am 16. April 1942 an Rosenfeld über die Schwangerschaft einer Bekannten und ihren eigenen Wunsch, ein Kind zu bekommen: „Junge, nun komme aber ich bald dran. Ich freue mich schon so auf ein Kind.“¹⁰

Die Familie Mezei

Ilse und Kurt Mezei wurden am 13. Mai 1924 in Wien geboren. Zunächst lesen sich die biografischen Eckdaten der Zwillinge wie eine jüdische Normalbiografie: Hochzeit der Eltern 1923, Ausflüge und Urlaubsreisen, Geschenke und Spielzeug, Volksschule und an-

⁷ Jacqueline Vansant, „Damit nie der Kontakt verloren geht“: Rundbriefe Wiener Gymnasiasten jüdischer Herkunft 1938–1942, in: Daniel Azuélos (Hrsg.), *Alltag im Exil*, Würzburg 2011, S. 139–151.

⁸ Alexandra Garbarini, *Numbered Days. Diaries and the Holocaust*, New Haven 2006, S. 58–60. Vgl. Yehuda Bauers Verwendung des religiösen Konzepts der „Amidah“ als aktiven und passiven Widerstand einzelner bzw. einer Gruppe gegen Verbote und Erlässe des NS-Regimes. In diesem Kontext versteht Bauer „Amidah“, was ursprünglich ein Gebet bezeichnet, in der wörtlichen Bedeutung als „aufstehen gegen“. Yehuda Bauer, *Rethinking the Holocaust*, New Haven 2001, S. 120.

⁹ Vgl. Garbarini, *Numbered Days*, S. 120–133.

¹⁰ Edith Hahn-Beer, „Ich will leben!“ Briefe und Dokumente der Wiener Jüdin Edith Hahn-Beer. Arbeitslager und U-Boot in Nazi-Deutschland, Münster 1996, S. 353.

schließlich der Besuch des jüdischen Gymnasiums in Wien. Ihr Vater, Moritz (Maurus), stammte aus Steinbrunn im Burgenland und arbeitete als Journalist und Schriftsteller. Bis 1934 war er Mitglied der sozialdemokratischen Partei und nach deren Verbot bis 1938 im Untergrund aktiv. Margarete Mezei arbeitete vor ihrer Hochzeit als Leiterin der Speditionsabteilung einer Wiener Chemiefirma. In den 1920er und 1930er Jahren verfasste sie Artikel für Zeitungen und arbeitete als Übersetzerin, u. a. gemeinsam mit ihrem Mann. Die Zwillinge besuchten ab 1934 – aus pädagogischen Gründen in getrennten Klassen – das Chajesgymnasium. 1929 übersiedelte die Familie in den von der sozialdemokratischen Wiener Regierung errichteten Gemeindebau, den Karl-Marx-Hof.¹¹

Nach dem „Anschluss“ veränderte sich das Leben der Familie dramatisch. Anfang August mussten alle jüdischen Mietparteien aus ihren Wohnungen in Gemeindebauten ausziehen. Für die Familie Mezei war der Stichtag der 4. August 1938. Sie übersiedelten in die Wohnung der Mutter von Margarete Mezei in den 2. Bezirk, Förstergasse 10/18.¹² Die Zwillinge gingen weiter ins Chajesgymnasium. So veränderte sich ihr Schulalltag weniger dramatisch als bei SchülerInnen, die aus ihren nichtjüdischen Schulen ausgeschlossen bzw. von Jugendlichen, die aus ihren Betrieben entlassen worden waren. Doch Ilse und Kurt Mezei konnten das Chajesgymnasium nicht abschließen, weil die Schule am 17. Oktober 1939 als Gymnasium geschlossen wurde. Danach durften nur mehr PflichtschülerInnen unterrichtet werden, d. h. Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre. Die Mezei-Zwillinge waren zu diesem Zeitpunkt schon 15 Jahre alt.

Bereits im Herbst 1938 versuchte Moritz Mezei, nach Ungarn zu fliehen. Er wurde in Bruck an der Leitha zunächst verhaftet, erreichte schließlich aber sein Ziel. Im Sommer 1939 gelangte er nach Italien, erst nach Mailand, und ab 1940 wurde er im Zuge der Internierung jüdischer Männer aus dem Deutschen Reich von den italienischen Behörden im Internierungslager in Urbisaglia bei Sforzacosta festgehalten. In der gesamten Zeit war er mit seiner Wiener Familie in Kontakt, die ihn auch wirtschaftlich unterstützte. In einem Brief vom 23. Dezember 1940 bat er seine Kinder um eine maschinenschriftliche Abschrift seiner Übersetzungen, damit er sie an Zeitungen schicken könne. Nach dem Sturz von Mussolini und dem Einmarsch der Wehrmacht wurde Moritz Mezei am 30. November 1943 verhaftet und über das Lager Fossoli am 5. April 1944 nach Auschwitz deportiert, wo er im September 1944 ermordet wurde.¹³ Margarete Mezei (1899–1993) blieb mit den Zwillingen in Wien und arbeitete als Beamtin für die Israelitische Kultusgemeinde in der Finanzabteilung. Dadurch war ihre Familie zunächst vor Deportationen geschützt. Margarete Mezei wohnte mit ihren Kindern bis 1942 bei ihrer Mutter Johanna Neufeld, danach musste die Familie in eine Sammelwohnung im gegenüberliegenden Haus Förstergasse 5/13 ziehen, wo auch der Bruder von Margarete Mezei, Leopold Neufeld, und seine Frau Emma wohnten.¹⁴

¹¹ DÖW, 22.176, Nachlass Margarete Mezei; JMW, Archiv, Nachlass Margarete Mezei. Der Karl-Marx-Hof hieß von 1934 bis 1945 Heiligenstädter Hof.

¹² Herbert Exenberger/Johann Koß/Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938–1939, Wien 1996, S. 183f. Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Meldedatenabfrage.

¹³ Herbert Exenberger, Von Italien nach Auschwitz. Der österreichische Schriftsteller und Übersetzer Moritz (Maurus) Mezei, in: Christina Köstner/Klaus Voigt (Hrsg.), Österreichisches Exil in Italien 1938–1945, Wien 2009, S. 167–174.

¹⁴ Emma und Leopold Neufeld wurden am 11. 11. 1943 nach Theresienstadt und am 29. 9. 1944 nach Auschwitz deportiert. Johanna Neufeld wurde ebenfalls nach Theresienstadt deportiert, sie überlebte

Ausbildung und Arbeit

Für Jugendliche und Erwachsene hatten die sogenannten Umschulungskurse große Bedeutung; entweder um überhaupt eine Ausbildung zu bekommen oder um eine neue Qualifikation zu erwerben, die die Auswanderung erleichtern sollte bzw. die Anstellung im Rahmen der Israelitischen Kultusgemeinde ermöglichte. Die Zentrale der Umschulungskurse befand sich von 1938–1940 in der Kohlmessergasse 4 (die heute nicht mehr existiert), unmittelbar neben dem Sitz der Kultusgemeinde in der Seitenstettengasse; in der näheren Umgebung gab es noch zwei Außenstellen, nämlich am Ruprechtsplatz 1 und der Großen Stadtgutgasse 36. In der Schule am Ruprechtsplatz konnten Knaben und Mädchen u. a. Schneiderei, Weißnäherei, Modisterei und Schlosserei sowie Elektrotechnik erlernen. 1940 musste die Zentrale an die Adresse Rabensteig 2, dem Eckhaus zur Seitenstettengasse verlegt werden.¹⁵

Die Mezei-Zwillinge versuchten wie andere Jugendliche, sich in Umschulungskursen fortzubilden und „ehrenamtlich“ in der Kultusgemeinde zu arbeiten. Kurt besuchte den Kurs für Elektrotechnik und arbeitete sodann als Elektriker im Technischen Amt der Kultusgemeinde. Außerdem besuchte er mit seiner Schwester Ilse, seinem Cousin Hans Neufeld (geb. 1925) und seiner Cousine Inge Neufeld (geb. 1922) den Umschulungskurs für Musiker. Hans Neufeld, genannt „Burl“, arbeitete ebenso wie Kurt im Technischen Amt. Inge Neufeld lernte im Musikerkurs ihren späteren Mann, den Komponisten Otto Kollmann, kennen, der den Kurs leitete. Der Musikerkurs war einer der wenige Kurse, in dem die TeilnehmerInnen neben beruflichen Fähigkeiten auch Freizeitaktivitäten nachgehen konnten. In ihren Erinnerungen betonte Inge, dass der Musikerkurs auch ein Feld für „Tanznachmittage mit Flirts und Eifersucht und Karrierewünschen“ war.¹⁶

Auch für Herbert Neuhaus, einen Freund der Mezei-Zwillinge, hatte Musik als eine der letzten Möglichkeiten kreativen Schaffens und als Form der Freizeitbeschäftigung eine große Bedeutung. Sein Vater, der als Arzt im Rothschildspital arbeitete, war vor dem „Anschluss“ u. a. Bereitschaftsarzt in der Volksoper gewesen und so mit vielen Musikern befreundet. Einer dieser Musiker war Julius Deutsch, Violinist der Wiener Symphoniker. Als er nach dem „Anschluss“ seinen Job verlor, verbrachte er viele Nachmittage bei der Familie Neuhaus. Er brachte auch seinen früheren Kollegen, den ersten Violinisten der Symphoniker, Lucian Horwitz, und den ehemaligen Konzertmeister der Wiener Philharmoniker und Mitglied des berühmten Rosé-Quartetts, den Violinisten Julius Stwertka, mit. Diese drei Profimusiker lehrten Herbert Neuhaus das Piano Quartett spielen. Doch im Jahr 1942 wurden Julius Deutsch, Julius Stwertka und Lucian Horwitz deportiert und ermordet.¹⁷

Ein anderer Freund und Kollege von Kurt Mezei war der aus Bischofstetten (Niederösterreich) stammende Walter Fantl-Brumlik (geb. 1924). Er absolvierte den Schlosserkurs und arbeitete im Technischen Amt der Kultusgemeinde, wo es rund 35 „freiwillige Mitar-

und kehrte nach Wien zurück. www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html, Opferdatenbank (31. 5. 2010); Hausliste für den 2. Bezirk, The Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP), AW 436,2.

¹⁵ Jüdisches Nachrichtenblatt, 19. 5. 1940.

¹⁶ Inge Ginsberg, *Die Partisanenvilla. Erinnerungen an Flucht, Geheimdienst und zahlreiche Schlag*, München 2008, S. 49.

¹⁷ Unpubliziertes Manuskript von Herbert Neuhaus, Chicago 2003. Für Hinweise zu Julius Stwertka möchte ich Regina Thumser recht herzlich danken; www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html, Opferdatenbank (11. 6. 2010).

beiter“ gab, u. a. Elektriker, Installateure, Maler, Spengler und Tischler; mehr als zwei Drittel davon waren Jugendliche im Alter von 15 Jahren.¹⁸ Die Arbeit im Technischen Amt bedeutete zunächst Schutz vor Verhaftungen und Zwangsarbeit sowie die Möglichkeit, mit der Straßenbahn zu fahren. Fantl und seine Kollegen mussten Reparaturen in den Institutionen der Kultusgemeinde durchführen, z. B. im Altersheim im 9. Bezirk, Seegasse 9 und in der Mikwe im 2. Bezirk, Flossgasse 14. Den Großteil ihrer Zeit mussten sie für die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung* arbeiten und die meist *arisierten* Villen und Wohnungen von hochrangigen NS-Mitgliedern renovieren. Jugendliche, die nicht für die Kultusgemeinde arbeiteten, wurden in verschiedene Betriebe „zwangs-dienstverpflichtet“. Lotte Freiberger (geb. 1923) etwa absolvierte einen Umschulungskurs für Schneiderei, sie lernte Handschuhe nähen und Kunstblumen herstellen. Zunächst arbeitete sie privat zu Hause. Vom 26. Mai 1941 bis Kriegsende musste sie als „Zwangs-Dienstverpflichtete“ mit rund 30 weiteren jüdischen Mädchen und Frauen in der Schneiderwerkstätte Ostermann im 8. Bezirk, Alserstraße 35 arbeiten. Als „Geltungsjüdin“¹⁹ war sie durch ihre aus dem Judentum ausgetretene *arische* Mutter geschützt. Die Arbeitssituation beschrieb sie folgendermaßen:

„Strengste Isolation von der arischen Werkstatt. Extra Klo, keine Küchenbenützung. Wir stellten unsere Reindeln [Töpfe] aufs Fensterbrett, wo anders war kein Platz. Die Arbeiterinnen der arischen Werkstatt spuckten drauf. [...] Als ich dort eintrat, wurde ich mit einer Gesellschaftschichte von J.[Juden] konfrontiert, wie ich sie früher nie gekannt hatte. Frauen und Mädchen die immer Arbeiterinnen waren, Luftballonverkäuferinnen vom Praterstern, also j. [jüdisches] ‚Proletariat‘ (entschuldig die Bezeichnung) die ein urwienersich gesprochen hatten, unverständlich damals für mich, und die niemand für Juden gehalten hätte, sie waren fast alle getauft. [...] Meine Chefin Fr. Ostermann führte mich in die Werkstatt mit den Worten ein. Es käme ein Mädchen aus sehr gutem Haus, und man möge sich in Gesprächen und Witzen vor mir zurückhalten. Tatsächlich musste ich erfahren wie ordinär Frauen sein können. Hinter vorgehaltener Hand wurden Schlafzimmerszenen erzählt. Sie hätten nicht die Hand gebraucht, denn ich war vollkommen unaufgeklärt. [...] Aber der Humor verging uns bald. Es war ja bereits die Zeit der Deportationen. Täglich wenn ich ins Geschäft kam fehlte die eine oder die andere. Sie kam nie mehr wieder. Wir wurden immer weniger, manchmal fehlten gleich 4 o. 5 von uns, man traute sich kaum mehr in die Firma vor Angst, wer morgen fehlt.“²⁰

Freiberger, Tochter eines Unternehmers, kam durch die Zwangsarbeit erstmals mit Proletarierinnen in Kontakt, deren soziales Milieu sehr verschieden zu ihrem war. Doch die fortschreitende Deklassierung und die gemeinsame Arbeit verminderten die Distanz und schufen ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das jedoch nur von kurzer Dauer war. Freiberger überlebte als einzige dieser Arbeiterinnen in Wien, weil sie wegen des Schutzes durch ihre als *Arierin* geltende Mutter nicht deportiert wurde. Andere Jugendliche und Erwachsene mussten in wehrmachtswichtigen Betrieben Zwangsarbeit leisten, u. a. in der „Leergutsammelstelle“ im 2. Bezirk, Engerthstraße 230. Dort wurden Eisenbahnwaggons und LKWs für die Lebensmittelversorgung der Wehrmacht be- und entladen und Verpackungsmaterialien wie Fässer und Säcke repariert, aber auch gebrauchte Nägel wieder funktions-tüchtig gemacht.²¹

¹⁸ Freiwillige Mitarbeiter im technischen Amt der Israelitischen Kultusgemeinde, September 1939–Februar 1941; CAHJP, AW 1154.

¹⁹ Vgl. die Aufsätze von Michaela Raggam-Blesch und Maria von der Heydt in diesem Band.

²⁰ Erinnerungen von Lotte Freiberger, Manuskript, DÖW, 22103, S. 4f.

²¹ Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 3: Jüdische Schicksale, Wien ²1993, S. 297–300.

Der Arbeitsalltag der Mezei-Zwillinge in den Jahren 1940/41 war durch die Beschäftigung von Ilse in der Telefonzentrale der Kultusgemeinde in der Seitenstettengasse und von Kurt in der technischen Abteilung als Elektriker und Bote geprägt. Einen Einschnitt in das Ausbildungs- und Arbeitsleben stellte der 7. Februar 1941 dar, weil im Zuge der bevorstehenden Deportationen alle Umschulungskurse eingestellt wurden. Die Einstellung des Musikerkurses und die dramatischen Ereignisse um die ersten Deportationen beschreibt Kurt auch in seinen Tagebucheintragungen.²²

Parallel zu den Umschulungskursen der Kultusgemeinde erfolgte bereits im Herbst 1938 nach Berliner Vorbild die Gründung der JUAL-Schule im Rahmen der Jugendalijah, um Jugendliche auf ein Leben in Palästina vorzubereiten. Die Jugendlichen erhielten vormittags theoretischen, nachmittags praktischen Unterricht in verschiedenen Lehrwerkstätten. Die pädagogische Leitung hatte Georg Überall (Ehud Avriel) inne, der auch führend an der Organisation illegaler Transporte nach Palästina (Erez Israel) mitwirkte. Als Schulgebäude diente zunächst das „Dr. Krüger-Mädchenheim“ (ab 1943 Altersheim des Ältestenrats) im 2. Bezirk, Malzgasse 7 und ab 1940 Räumlichkeiten im Palästina-Amt im 1. Bezirk, Marc-Aurel-Gasse 5, unweit des Amtssitzes der Kultusgemeinde. Im Oktober 1938 waren 1159 Knaben und 625 Mädchen in Ausbildung. Ab Kriegsbeginn war Aron Menczer (1917–1943 Auschwitz) die zentrale Persönlichkeit der JUAL-Schule.²³ Die Schülerzahl stieg bis 1940 auf 1 839 Jugendliche (885 Knaben und 954 Mädchen) an. Die Jugendlichen erhielten von 16 Lehrkräften und 10 jungen Madrichim (Ausbildner) Unterricht; darüber hinaus konnten sie im 2. Bezirk, Große Stadtgutgasse 36 von der IKG-Umschichtungsstelle angebotene Kurse für Spenglerei, Schlosserei, Elektrotechnik, Gas- und Wasserinstallation, Schneiderei und Modisterei besuchen.²⁴ Der Lehrplan umfasste auch andere Fächer, wie z. B. Hebräisch, jüdische Geschichte, Palästinakunde, Englisch, Weltgeschichte, Geografie und Naturlehre.²⁵ Wie prägend der Schulbesuch war, verdeutlichen die Erinnerungen von Paul Grosz (1925–2009), dem späteren Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien:

„In der Jugendalijahschule verbrachte ich dann die vielleicht schönsten Jahre meiner Jugend. Während wir, das war eine Ganztagschule, dort gewesen sind, gab es keinen Stress, nicht die Gefahr, der Juden sonst ausgesetzt waren, und erst nach Kriegsbeginn 1939, als die ersten Transporte in das spätere Generalgouvernement geleitet worden sind, haben auch wir Kinder die volle Gewalt, die da angewendet worden ist, zu spüren bekommen. Wir mussten damals, das war ein Teil der Ausbildung der Jugendalijahschule, täglich in den Rothschild-Gärten im 19. Bezirk beziehungsweise in einer Gärtnerei in der Krottenbachstraße unentgeltlich schwere Arbeit leisten, unter dem Vorwand, dass wir dadurch Übung bekommen.“²⁶

Einen Höhepunkt in der Arbeit der JUAL-Schule, die am 1. Januar 1940 von der Israelitischen Kultusgemeinde übernommen wurde, stellte die Eröffnung der Ausstellung „Werk und Weg“ am 1. September 1940 dar. Hier präsentierten die Jugendlichen der Öffentlichkeit ihre manuellen und geistigen Fertigkeiten. In 5 Sälen wurden u. a. ein hebräisches Bilderalphabet, ein Bühnenmodell aus dem „Freischütz“, ein Modell des Tel Aviver

²² Vgl. das Tagebuch von Kurt Mezei, 7. 2. 1941, DÖW, 22.176, Nachlass Margarete Mezei.

²³ Gabriele Anderl, *Emigration und Vertreibung*, in: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hrsg.), *Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft*, Wien 1992, S. 240f.; „We'll Meet again in Palestine“. Aron Menczer's Fight to Save Jewish Children, hrsg. vom Vienna Federal Chancellery Press Service, Vienna 1996.

²⁴ Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 246; CAHJP, AW 1579.

²⁵ Katalog der Jugendalijah-Ausstellung, Wien 1940; Yad Vashem Archives Jerusalem (YVA), O 30/67, S. 5.

²⁶ *Erzählte Geschichte*, S. 209f.

Hafens, eine Oneg-Shabbat-Ecke, ein Modell der Gärtnerei Krottenbachstraße und eines Kibbuzes mit einer Palästina-Karte, Szenen aus Stefan Zweigs „Jeremias“ und ein Gedenk-raum für gefallene Arbeiter und Wächter in Palästina/Erez Israel gezeigt. Für die Ausstellung wurde ein eigener 15-seitiger Katalog mit gedrucktem Einband und hektografiertem Text hergestellt. Gestaltet wurde die Ausstellung von den SchülerInnen, den JugendleiterInnen und ihren LehrerInnen.²⁷ Bei der Ausstellungseröffnung sang der JUAL-Chor und SchülerInnen trugen Gedichte vor. So finden sich im Ausstellungskatalog zwei Gedichte des Schülers Jakob Mannheimer (1920–1941 Riga), die die triste Lebenssituation Jugendlicher in Wien, ihre Probleme, aber auch ihre Hoffnungen schilderten.²⁸

Die JUAL-Ausstellung hatte nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für die Erwachsenen große Bedeutung. Sie bot eine zu dieser Zeit äußerst rare Gelegenheit, eine Kulturveranstaltung zu besuchen. Nachdem Kino, Theater, Oper und andere kulturelle Ereignisse für Juden verboten worden waren, konnten ansonsten nur die Veranstaltungen der Zweigstelle des am 20. Januar 1939 in Berlin gegründeten *Jüdischen Kulturbundes* legal besucht werden. Die Veranstaltungen des *Jüdischen Kulturbundes* wurden in Wien meist früher eingeschränkt und verboten als in Berlin. Darüber hinaus war ab 2. August 1941 der jüdischen Bevölkerung auch der Besuch von Leihbibliotheken verboten.²⁹

Die Jugendalijah und ihre Aktivitäten wurden zum 15. Mai 1941 im Zuge der Auflösung des Palästina-Amtes eingestellt und die JUAL-Schule in der Marc-Aurel-Straße, die zu diesem Zeitpunkt 437 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren besuchten, geschlossen. Menczer musste mit anderen männlichen Mitgliedern der Jugendalijah ins Arbeitslager Doppl zum Zwangsarbeitseinsatz.³⁰ Fast gleichzeitig wurde am 17. Mai eine Gruppe von 50 Mädchen von Wien in den Großraum Magdeburg geschickt, zunächst zur landwirtschaftlichen Arbeit, vor allem zum Spargelstechen in Siems bei Mieste. Sie kamen u. a. nach Aschersleben und Nordhausen, wo sich teilweise bereits Frauen aus Wien zur landwirtschaftlichen Zwangsarbeit befanden. Später arbeiteten die Mädchen auch in anderen Fabriken. Die Mädchen waren großteils zwischen 14 und 20 Jahre alt. Eine dieser Gruppen war Ilse Markstein (geb. 1924) zugeteilt. Sie berichtete ihren Freundinnen Lotte Freiburger und Elizabeth W. Trahan von den schwierigen Lebensbedingungen, von verlausten Matratzen, Schwerarbeit, winzigen Essensrationen, von Blasen an den Händen und der Hitze. Die Mädchen und Frauen kommunizierten intensiv mit ihren FreundInnen und Familien über ihren schwierigen Arbeitsalltag, aber auch über ihre Kolleginnen vor Ort, ihre Wünsche und Ängste sowie das Leben in Wien.³¹ Die Mädchen in Siems verfassten zwischen dem 19. Mai und 16. Juni 1941 ein 46-seitiges Tagebuch über ihren Aufenthalt. Sie schrieben die Einträge abwechselnd und berichteten über ihren Alltag, schilderten ihr Heimweh nach ihren Zusammenkünften im Palästina-Amt in Wien, ihre Sehnsüchte

²⁷ Führende MitarbeiterInnen waren: Prof. Alfred Bergel (1902–1942 Theresienstadt), Miklos Goldmann (1922–1942 Majdanek), Prof. Leo Kulka (1887–1944 Auschwitz), Hans Neumann (1914–1943), Mirjam Neumann (Schicksal unbekannt), Aron Menczer (1917–1943 Auschwitz), Walter Popik (1910–1945 Dachau), Minna Reich (1922–1941 Minsk), Lily Szuran (1922–1941 Lodz) und Martin Vogel (überlebte in Wien). WStLA, Meldedatenabfrage; CAHJP, AW 1579; www.doew.at/ausstellung/shoah-opferdb.html, Opferdatenbank (31. 5. 2010).

²⁸ Katalog der Jugendalijah-Ausstellung, S. 8.

²⁹ Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 204–206, 249f. und 274f.

³⁰ CAHJP, AW 1579.

³¹ Vgl. auch Elizabeth W. Trahan, Geisterbeschwörung. Eine jüdische Jugend im Wien der Kriegsjahre, Wien 1996, S. 129. Zu den Lebensbedingungen in Aschersleben 1941/42 vgl. Hahn-Ber, „Ich will leben!“.

und Hoffnungen.³² Ilse Markstein wurde nach ihrer Rückkehr nach Wien nach Maly Tros-tinec deportiert und am 9. Oktober 1942 ermordet.³³

Insgesamt sind von zionistischen Jugendlichen aus Wien drei Kollektiv-Tagbücher bekannt, die Einträge über Aktivitäten in den Jahren 1940 bis 1942 enthalten. Die Verfasser berichteten über ihre Treffen und Aktivitäten, ihren strengen Verhaltenscode, über ihre Schulungen, ideologischen Diskussionen, Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen und Mitgliedern, Ausschlüssen und den Deportationen von Mitgliedern sowie deren Tod.³⁴ In diesem Zeitraum verschlechterten sich die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der einzelnen Jugendgruppen zunehmend. Im Mittelpunkt der Tätigkeiten standen Hilfsaktionen für einzelne Mitglieder bzw. Paketsendungen nach Doppl und Sandhof, wohin sich mit Aron Menczer und anderen führenden Mitgliedern der Schwerpunkt der zionistischen Jugendarbeit verlagert hatte. Neben den Arbeitslagern Doppl und Sandhof gab es sogenannte Hachschara-, also Ausbildungslager, z. B. in Moosbrunn, wo Jugendliche schwere landwirtschaftliche Arbeit leisten mussten. Die Lebensbedingungen in Hachschara Lagern wie Moosbrunn waren jedoch weit besser als jene in den Arbeitslagern Doppl und Sandhof. Einzelne verfassten Tagebücher über ihre Tätigkeiten. Einer dieser Jugendlichen war der 1924 geborene Otto Berger (heute Bar Gedalia). Berger, der in verschiedenen Arbeitslagern arbeitete, notierte in einem Heft seine Tätigkeiten und zionistische Ausbildung. In seinen Berichten und auf den erhalten gebliebenen Fotos sind Jugendliche beiderlei Geschlechts in ihrem Arbeitsalltag und in ihrer Freizeit zu sehen. Die Aufzeichnungen Bergers verdeutlichen auch, wie wichtig der Kontakt zu Gleichaltrigen in Zeiten der zunehmenden Ausgrenzung und drastisch eingeschränkten Freiheiten war.³⁵

Der Arbeitsalltag und die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung der Jugendlichen veränderten sich im September 1941 durch die Einführung der Kennzeichnungspflicht und die Ausweitung der Deportationen dramatisch. Zwar versuchten die Mitglieder von Jugendorganisationen weiterhin, für ihre Ideale zu arbeiten, am 16. Mai 1942 schlossen die Mädchen der Gruppe *Cherut* (= Freiheit) jedoch ihr Tagebuch mit folgendem Eintrag:

„Liebe Chaweroth! Genau ein Jahr seit unserer Abreise nach Mieste und seit der Julauflösung wollen wir unser Kwuzahbuch schließen. Es ist nichts Nennenswertes mehr einzuschreiben. Es ist ja gar nichts mehr Nennenswert. Wir haben in diesem Jahr 6 der Besten verloren und werden noch weitere verlieren. Wir alle müssen wandern. Wenn auch nicht dorthin, wohin wir wollen. Unsere Kwuzah besteht fast 2 Jahre. Das soll uns Beweis unserer Lebensfähigkeit sein. Ich weiß, dass Ihr nicht aneinander vergessen werdet [sic]. Wir haben zu viel gemeinsames. [sic] Nicht nur gemeinsame Freude, nein, gemeinsames Leid und – ein gemeinsames Ziel. Der Glaube an dieses Ziel wird uns Kraft geben, in tiefster Galuth auszuhalten! Chaweroth, wir sind jung und uns steht noch viel Schönes bevor. Glaub an dieses Schöne, dann kommen wir leichter ans Ziel. Zur Freiheit! [...] Lehitraot be Erez Jisrael [Auf Wiedersehen im Land Israel]“³⁶

³² Cherut Tagebuch (Siems), 19. 5.–26. 6. 1941, YVA, O 30/64; Arbeitsliste Nordhausen, Haldersleben und Aschersleben, 1941, CAHJP, AW 429.

³³ www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html, Opferdatenbank (19. 10. 2009).

³⁴ Ich bedanke mich bei Martin Vogel und Shoshana Duizend-Jensen für die Einsicht in die Tagebücher und in Dokumente der zionistischen Jugendbewegung. Tagebuch der Cherut und Lehawah, Privatbesitz Martin Vogel; Cherut Tagebuch (Siems), 19. 5.–26. 6. 1941, YVA, O 30/64.

³⁵ Am 19. 11. 1940 konnte er mit einer Gruppe Jugendlicher von Wien über Graz, Maribor, Zagreb, Belgrad und Istanbul alliierten, die am 17. 4. 1941 im Kibbutz Afikim ankam. YVA, Dokumente von Bar Gedalja, O 33/4097.

³⁶ Cherut Tagebuch, Privatbesitz Martin Vogel, Eintrag vom 16. 5. 1942. Zur Zionistischen Jugendbewegung vgl. Angelika Jensen, Sei stark und mutig! Chasak We'emaz! 40 Jahre jüdische Jugend in Österreich am Beispiel der Bewegung „Haschomer Hazair“ 1903 bis 1943, Wien 1995, S. 187–190.

Viele Mädchen dieser Gruppe wurden in den folgenden Monaten deportiert. Im September 1942 durfte Menczer nach 17 Monaten wieder nach Wien zurückkehren, um die Jugendalijah endgültig aufzulösen. Über die letzten Treffen der Mitglieder am 19. und 20. September 1942 schrieb Martin Vogel, der Stellvertreter von Menczer, am 28. November 1942 einen Bericht. Er beschrieb die Schwierigkeiten, einen sicheren Treffpunkt für 30–40 Personen zu finden, weil die Gefahr, „ausgehoben“ zu werden, sehr groß war. Der Bericht ist ein außergewöhnliches Dokument, weil er nicht nur die erfolgreiche Arbeit schildert, sondern auch die Konflikte erwähnt, die die zionistische Jugendbewegung einerseits mit der Leitung der Kultusgemeinde hatte und die es andererseits zwischen den politisch unterschiedlich orientierten zionistischen Jugendverbänden gab und die erst durch die Rückkehr Menczers überwunden werden konnten. Doch wurde die Jugendalijah auch bereits an Jom Kipur, also am 21. September 1942, aufgelöst.³⁷ Am nächsten Tag musste Menczer zunächst ins Sammellager im 2. Bezirk, Malzgasse 16 übersiedeln, von wo zwei Tage später die Deportation nach Theresienstadt erfolgte. Als Pädagoge und Betreuer von Kindern und Jugendlichen wurde er am 5. Oktober 1943 zusammen mit 1 200 Kindern, die aus Bialystok nach Theresienstadt überstellt worden waren, nach Auschwitz deportiert und in den Gaskammern ermordet.³⁸

Freizeit, Liebe und Religion

Nach der Arbeit und an Wochenenden versuchten viele Jugendliche, sich zu treffen und auszugehen, wie es ihrem Alter entsprach. Aufgrund der zahlreichen Verbote waren die Möglichkeiten hierfür sehr beschränkt und sie selbst immer der Gefahr ausgesetzt, verhaftet zu werden. Walter Fantl und seine Freunde trafen sich im Grünstreifen hinter dem ehemaligen Kriegsministerium im 1. Bezirk, Stubenring 1 und im 9. Bezirk, am Schlickplatz; Parks und der Donaukanal waren ihnen verboten und wegen häufiger Kontrollen zu gefährlich.³⁹ Andere Jugendliche setzten sich diesen Gefahren aus, weil sie normal leben wollten. Vilma Neuwirth etwa ging im Winter 1940 als Zwölfjährige mit ihrer *arischen* Freundin Hilde im Stadtpark Eislaufen. Ein Trupp SA-Männer sperrte den Platz ab, um eine Kontrolle durchzuführen. Nur durch ihr couragiertes Auftreten und mit Hilfe eines Garderobiers konnte sie entkommen. Die Freundschaft und Solidarität von Hilde hatte für Vilma Neuwirth große Bedeutung.⁴⁰

Beziehungen zu den Freunden der Altersgruppe spielten eine zentrale Rolle, aber auch diejenigen zur älteren Generation. Auf die Bedeutung der Geschlechter- und Generationenverhältnisse verwies bereits ein Tagebucheintrag von Ilse, wo ihr ein erwachsener Mann die Hand gegeben hatte.⁴¹ Denn dies galt als bemerkenswert und ehrenvoll, wenn einem Jugendlichen seitens der erwachsenen Kultusgemeindefunktionäre die Hand gereicht wurde. In dieselbe Kategorie fiel, wenn Jugendliche beim Kennenlernen gleich „per Du“ waren, weil dies im allgemeinen Umgang nur sehr guten Freunden vorbehalten

³⁷ Neunseitiger Bericht von Martin Vogel, YVA, O 30/67.

³⁸ Anderl, Emigration und Vertreibung, S. 248–250.

³⁹ Interview mit Walter Fantl-Brumlik von Michaela Raggam-Blesch und Dieter J. Hecht, 27. 3. 2009.

⁴⁰ Vilma Neuwirth, Glockengasse 29. Eine jüdische Arbeiterfamilie in Wien, Wien 2008, S. 78–81.

⁴¹ Vgl. das Tagebuch von Ilse Mezei, u. a. Einträge vom 29. 7. 41, 2. 8. 1941 und 27. 3. 1942, DÖW, 22.176, Nachlass Margarete Mezei.

war. Die Umschulungskurse, die Spaziergänge und der Aufenthalt auf dem jüdischen Friedhof (Zentralfriedhof) waren oft die einzigen Möglichkeiten, Beziehungen aufzubauen. Sexualität spielte dabei eine wichtige Rolle. So berichtete Wilhelm Stern (1920–1999), „es hat Leute gegeben, die durch diese Suppression ‚oversexed‘ waren, und es hat Leute gegeben, die hatten überhaupt kein Interesse. Die einen haben Angst gehabt, sie versäumen etwas, die anderen haben gesagt, es ist eh schon alles wurscht.“⁴² Über die Wichtigkeit von Beziehungen, die Nähe und Halt geben, schrieb Elisabeth W. Trahan ausführlich in ihren Memoiren. Sie hatte ihren Freund Herbert Neuhaus über Kurt und Ilse Mezei kennengelernt.⁴³ Kurt und Ilse selbst schrieben in ihren Tagebüchern nur sehr verklausuliert und schüchtern über diese Themen, wenn überhaupt. In Iلس Eintragungen ist kaum etwas über Sexualität zu finden. Einen Einblick über ihren Zugang zu diesem Thema bietet jedoch ein Brief vom August 1943 an Rudolf Ehrlich-Permutti, einem Freund und Schulkollegen von Herbert Neuhaus:

„doch ist es durchaus möglich, dass ich in dieser Beziehung zu ‚rückständig‘ bin. Vielleicht ist es ‚Pflicht‘ der Jugend keine Hemmungen zu haben, sondern die Gelegenheiten, die sich einem bieten, zu nutzen, ohne weiter zu denken, ich bin diesbezüglich aber zu überlegt und misstrauisch.“⁴⁴

In Permutti sah Ilse einen Freund des anderen Geschlechts, dem sie offen und selbstkritisch über ihre Einstellung zur Sexualität und über gemeinsame Freunde schreiben konnte. Kurt schien eine ähnliche Einstellung wie seine Schwester gehabt zu haben. Er berichtete in seinem Tagebuch nur schüchtern von Begegnungen mit Mädchen oder Verehrern seiner Schwester. Es war ihm aber wichtig, dass seine Schwester seine Eintragungen über Mädchen respektierte. Am 19. Januar 1941 schrieb er euphorisch über den ersten körperlichen Kontakt mit einem Mädchen im Laufe eines langen Spazierganges durch die Stadt.⁴⁵

„Um $\frac{3}{4}$ holt mich Regy ab, mit ihr zu Susy, ein wenig wieder spazieren, dann zur Urania. Über Ring, Favoriten, Gürtel, Margareten, Gumpendorferstraße, Stumperg., Mariahilferstr., Ring, Kohlmarkt spazieren. Regy, Susy wie gestern, sehr nett. Susy hat sich mit Fritz wieder ausgesöhnt. Zu mir sehr nett. Heim ab Mariahilferstraße nur mit Fritz, Susy. Gehe – in Wiedner Hpstr. – mit Regy einige Schritte eingehängt, zum erstenmal mit einem Mäd! (wenn das die Ilse liest! Ich nehme mir vor, es nicht mehr zu machen; glücklich bin ich, wenn ich mit – Regy spazieren gehe n. eingehängt!)“

In den folgenden Wochen schrieb Kurt immer wieder über Regy (Regina Tuter) und gemeinsame Ausflüge mit ihren FreundInnen. Die Spaziergänge der Jugendlichen durch

⁴² Erzählte Geschichte, S. 292.

⁴³ Vgl. Trahan, Geisterbeschwörung, S. 150ff. Herbert Neuhaus wurde mit seinen Eltern am 11. 11. 1943 nach Theresienstadt deportiert. Er selbst wurde zum Barackenbau im Lager Zossen/Wulkow bei Berlin eingesetzt, was auch seine Eltern vor der Deportation nach Auschwitz schützte. Im Februar 1945 erfolgte der Rücktransport der Häftlinge in Viehwaggons von Wulkow nach Theresienstadt. Dort traf Neuhaus wieder mit seinen Eltern zusammen. Die Familie Neuhaus kehrte Mitte Juli 1945 nach Wien zurück. Unpublizierte Erinnerungen von Herbert Neuhaus, Chicago 2003.

⁴⁴ Ilse Mezei an Rudolf Ehrlich-Permutti, 4. 8. 1943, DÖW, 22.176/22, Nachlass Magarete Mezei, Rudolf Ehrlich-Permutti wurde erstmals am 12. 6. 1942 verhaftet, aber auf Grund der Intervention seines italienischen Vaters nach einigen Wochen wieder freigelassen. Am 7. 10. 1942 wurde er abermals verhaftet und ins Sammellager gebracht. Am 9. 10. 1942 konnte der italienische Konsul ihn aus dem Deportationszug nach Theresienstadt befreien und zunächst nach Triest bringen. Rudolf Ehrlich-Permutti überlebte in Italien und wurde ein bekannter Mathematiker, der u. a. die „Permutti Spaces“ entdeckte. Erinnerungen von Herbert Neuhaus.

⁴⁵ Um den Gesamteindruck der Tagebucheintragungen nicht zu zerstören, wird bei Zitaten auf Namensergänzungen weitgehend verzichtet. Hervorhebungen und Unterstreichungen finden sich im Original.

die Stadt hatten eine wichtige Funktion, weil Parkanlagen seit dem Sommer 1938 verboten waren. Als zentrale Treffpunkte fungierten stark frequentierte Orte wie die Urania, um keine Aufmerksamkeit zu erregen. Ende Februar berichtete Kurt schockiert, dass Regy sich am Sonntag, den 24. Februar 1941 im Sammellager in der Castellezgasse einfinden musste. In der Castellezgasse 35 im 2. Bezirk befand sich zunächst eine jüdische Schule. Teile des Gebäudes wurden bereits ab Februar 1941 als Sammellager für die Deportationen verwendet; ab Oktober 1941 diente das Gebäude ausschließlich diesem Zweck.⁴⁶ Kurt notierte bereits am Freitag, dass die Vorladung die Deportation nach Polen bedeutete. Zum Abschied schenke Regy ihm ein Foto von sich mit folgender Widmung:

„Unsagbar schön, aber leider viel zu kurz war die Zeit, in der wir uns Freunde nannten [...] wollen wir es auch trotz der großen Entfernung dabei bleiben lassen? Vergiß auch weiter nicht an [sic] Deine Freundin Regy“

Regy bedeutete Kurt weiterhin sehr viel. Er blieb mit ihr in Kontakt, schrieb Briefe, schickte Pakete und ärgerte sich, dass seine Freunde nach ihrer Deportation kaum mehr an sie dachten.

Neben den intensiven Sozialkontakten zu seinen Freunden hatte für Kurt und seine Schwester Ilse der Besuch der Gottesdienste große Bedeutung. Die Synagoge und die Gebetszeiten waren meistens der einzige Ort und die einzigen Stunden, wo die Jugendlichen und Erwachsenen die Allgegenwart der NS-Verfolgung weniger spürten. Aus den Tagebüchern geht hervor, dass die Mezei-Zwillinge religiös waren und regelmäßig in der Synagoge in der Seitenstettengasse beteten, die nach dem Novemberpogrom 1938 als einzige mit behördlicher Genehmigung wieder in Stand gesetzt worden war. Einen religiösen Tabubruch erlebte Kurt mit seiner Versetzung in die Verwaltung der Kultusgemeinde im Oktober 1941, weil er dort auch am Schabbat schreiben musste. Folgende Passagen aus den Tagebüchern sollen die Bedeutung des Gottesdienstbesuches verdeutlichen.

[Kurt:] „Samstag, 25. Januar 1941

Ereignisse: Um ½ 10 gehen in den Tempel. Vor diesem treffen Murmelstein.⁴⁷ Im Tempel bin heute in der Ehrenloge (!) Stehe zwar, doch [...] ich bin in der Ehrenloge. Bete auch Haftorah mit. Onkel Adolf bei der Thora. Nachher in Umschulung, Dr. Hift sehr freundlich.“

[Ilse:] „Samstag, 2. August [1941]

Etwas nach ¼ 10h im Tempel, wo f. Mama Platz halte, dann hinter Mann auf e. 3. Sitz, dann ruft m. Fr. Direktor Kolin z. sich. Während d. Haftorah (Murmelnstein!!) auf Platz 46, neben Frl. Wasservogel. Unten Roth ges., Dr. Feldsbg. Kommt auf M. zu, ersuche ihn, er möge mir H. Reichm. l. Vorräum schicken, sagt, ich solle auf ihn warten, und mit ihm hineingehen. Reich. sehr nett, seine

⁴⁶ Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 243–245; Schulbericht der Castellezgasse, 4. 7. 1941, CAHJP, AW 1655.

⁴⁷ Dr. Benjamin Murmelstein (1905–1989) studierte und arbeitete als Rabbiner in Wien. Nach dem „Anschluss“ 1938 leitete er die Auswanderungsabteilung der Jüdischen Gemeinde. In dieser Rolle musste er mit Eichmanns Zentralstelle für jüdische Auswanderung zusammenarbeiten. Im Januar 1943 wurde er nach Theresienstadt deportiert, wo er zuerst Vertreter des Judenältesten, im September 1944 dann Judenältester wurde. Er überlebte und die tschechoslowakische Justizbehörde ermittelte gegen ihn wegen Kollaboration. Später wurde er jedoch freigesprochen und emigrierte nach Rom, wo er bis zu seinem Tod gelebt hat. Anna Hájková, Der Judenälteste und seine SS-Männer: Benjamin Murmelstein, der letzte Judenälteste in Theresienstadt und seine Beziehung zu Adolf Eichmann und Karl Rahm, in: Ronny Loewy/Katharina Rauschenberger (Hrsg.), „Der Letzte der Ungerechten“. Der Judenälteste Benjamin Murmelstein in Filmen 1942–1975, Frankfurt a. M. 2011, S. 75–100 und Doron Rabinovici, „Der letzte der Ungerechten“. Benjamin Murmelstein, in: Felicitas Heimann-Jelinek/Lothar Hölbling/Ingo Zechner (Hrsg.), Ordnung muss sein. Das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Ausstellungskatalog, Wien 2007, S. 187–193.

1. Frage nach d. Bildern, gratuliere ihm f. Dienstag, fragt ob denn nicht mehr am Grabeland sei, ist aber sonst sehr erfreut und frdl. Dann kurz b. Dr. Meller, dann im Haus Harendorf, u. a. getr., gibt m. Hand. [...]“

In den Tagebüchern beschreiben beide stets den Ablauf des Gottesdienstes, die verschiedenen Gebete, wobei sie diese meistens auf Hebräisch schreiben, und kommentieren die gesungenen Lieder. Die Gottesdienste hatten neben der spirituellen eine große soziale Funktion. So berichteten die Zwillinge immer über Personen, die sie getroffen bzw. mit denen sie gesprochen haben. Sehr viele stammen aus dem Umfeld der Kultusgemeindegestellten. Im Gebäudekomplex der Kultusgemeinde befand sich auch das Dach des Kornhäuselturms. Hierbei handelte es sich um ein Flachdach, das nur über das Gebäude der Kultusgemeinde in der Seitenstettengasse erreichbar war und von den umliegenden Häusern nicht eingesehen werden konnte. Dieses Dach konnten die Zwillinge als Mitarbeiter der Kultusgemeinde in ihrer Freizeit und an Wochenenden als besonderen Treffpunkt nützen, um ungestört in der Sonne zu sitzen.

Daneben gab es einen wichtigen und zentralen Treffpunkt: Ab Juli 1940 hatte die Israelitische Kultusgemeinde versucht, auf dem Zentralfriedhof (4. Tor), wo es große Grünflächen und einen Gebäudekomplex gab, für Jugendliche und Kinder Sommerkurse zu organisieren. In der sogenannten Grabeland-Aktion betrieben die Jugendlichen unter der Anleitung von Erwachsenen gleichzeitig auch Landwirtschaft. Obst und Gemüse für die Wirtschaftsstelle der Israelitischen Kultusgemeinde wurde hier angebaut, das vor allem im Altersheim und im Spital der Kultusgemeinde Verwendung fand. Ab 1942 erfolgten regelmäßige Sendungen von Lebensmittelpaketen nach Theresienstadt, z. B. 257 kg Gemüse in 183 Paketen im August 1944. Alle Kinder und Jugendlichen, die an der Aktion, die einer Unterorganisation der Friedhofsverwaltung unter der Leitung von Arthur Reichmann unterstellt war, teilnehmen wollten, brauchten eine Genehmigung der Kultusgemeinde. Jugendliche Mitarbeiter der Kultusgemeinde wie die Zwillinge Mezei arbeiteten im Sommer und Herbst fast täglich auf dem Friedhof.⁴⁸ Jene, die in anderen Betrieben arbeiten mussten, konnten nur an Sonntagen auf den Friedhof kommen. Neben der Arbeit und der Betreuung der kleineren Kinder hatte der „unkontrollierte“ Aufenthalt in der Natur große Bedeutung. Auch konnten sich hier Beziehungen zwischen Jungen und Mädchen entwickeln.⁴⁹ Die derartige Benützung des Friedhofareals war für viele, die nicht für die Kultusgemeinde arbeiteten, keine Selbstverständlichkeit. Die enorme Bedeutung dieser Aktion für die Jugendlichen beschrieb Elisabeth W. Trahan:

„Das vierte Tor, die jüdische Abteilung wurde unser Landhaus, unsere Sommerfrische. Hier war es grün, es gab Bäume und gleich beim Eingang, noch vor den Grabreihen eine große Wiese. Hier konnten wir in der Sonne liegen und Ball spielen. Und es gab keine Warnungen oder Verbote: Das vierte Tor hieß alle Juden willkommen, die lebenden und die toten.

Zuerst schien es mir ein wenig gruselig, auf einem Friedhof zu picknicken, zu singen, Karten oder Volleyball zu spielen. Ich staunte darüber, dass Ilse und Kurt, die orthodox waren, auch mitmachten. Dann fiel mir ein, dass die Toten ja kaum gegen unsere Anwesenheit protestieren würden. Wer weiß, vielleicht war ihnen unsere Anwesenheit sogar angenehm? Etwas, das ich nicht erwartet hatte, entstand in mir: Ein Gefühl der Solidarität, der Zugehörigkeit, und ich fing an, mich auf dem Friedhof zu Hause zu fühlen.“⁵⁰

⁴⁸ Vgl. die Tagebücher von Ilse und Kurt Mezei, DÖW, 22.176, Nachlass Margarete Mezei; Grabeland-Aktion 1942-1944, CAHJP, AW 2060.

⁴⁹ Vgl. Trahan, Geisterbeschwörung, S. 157-238; Interview mit Walter Fantl-Brumlik, 27. 3. 2009.

⁵⁰ Vgl. Trahan, Geisterbeschwörung, S. 157f.

Dies galt auch für Lotte Freiburger, die als *Geltungsjüdin* nicht in der Kultusgemeinde arbeitete. Sie konnte nur an Sonntagen auf den Zentralfriedhof fahren. Nach den großen Deportationen von 1941/42 nahmen an den Aktivitäten am Zentralfriedhof auch immer mehr *Mischlinge* teil.⁵¹ Der Zentralfriedhof blieb das einzige wirkliche Ausflugsziel, nachdem im September 1941 die Kennzeichnungspflicht galt. Nun waren sie für jedermann sofort als Juden sichtbar, Arbeits- und Freizeitwege wie die Spaziergänge der Jugendlichen konnten jetzt gefährlich sein. Gleichzeitig veränderte der *Judenstern* Freundeskreise, weil z. B. *Mischlinge* den Stern nicht tragen mussten. Wer den Stern trug, war für die *arische* Bevölkerung ein Paria. Doch wer den *Judenstern* nicht trug, setzte sich der Gefahr aus, verhaftet und deportiert zu werden. Ilse und Kurt thematisierten den *Judenstern* auf unterschiedliche Weise. Ilse war froh, dass es während des Einkaufens am Weg in die Synagoge zu keinen Ausschreitungen kam. Kurt verwandelte die Demütigung in übersteigerten Stolz, indem er den *Judenstern* während seiner Arbeit bewusst zur Schau stellt. Beide mussten, gemeinsam mit anderen Jugendlichen, einige Tage zuvor Sterne aus den Stoffrollen ausschneiden. Den 19. September 1941 kommentierten beide folgendermaßen:

[Kurt:] „Freitag, 19. September

Große Premiere der Judensterne. Ich gehe gegen 10h in die Kartenstelle, wo bis 1h. Ich stehe fast die ganze Zeit vor der Kartenstelle, da es mir Freude bereitet, von den Leuten angestarrt zu werden. Habe Schlosseranzug an. Nachher mit Mimi, die vor der Kartenstelle treffe, zum Kai, von dort fahre in Pension. Von hier ins Spital, von wo mit Stadtbahn heimfahre [...] Der Judenstern stört mich gar nicht, im Gegenteil: Ich trage ihn mit Stolz!“

[Ilse:] „Freitag, 19. September

Vormittag m. Stern einkaufen. Gott sei Dank, Ruhe! z. Mittag in ‚Einheit‘. Gegen ¼ 6h i. d. Tempel, heute um 6h Beginn. Kein Chor. Subak, Harendorf, Feldsberg, etc. anwesend.“

In der folgenden Zeit hielten die Jugendlichen sich meistens in geschlossenen privaten Räumen auf und trafen sich in den Amtsräumen der Kultusgemeinde und in der Synagoge. Ilse arbeitete mit anderen jungen Frauen weiterhin in der Telefonzentrale, wo sie laut Trahan einer der Kommunikationsmittelpunkte und Anlaufstelle für einen weiten Freundeskreis war.⁵² Kurt Mezei hingegen musste für die Kultusgemeinde Botengänge machen.⁵³ Im Zuge seiner Arbeit hatte er auch immer wieder mit den sogenannten Ordnern und Rechercheuren zu tun, die als Angestellte der Kultusgemeinde für die *Zentralstelle* arbeiteten. Sie mussten zur Deportation bestimmte Personen in die Sammellager bringen, den Betroffenen beim Packen helfen und Recherchen über die Wohnungen von Juden und Jüdinnen machen. Sie hafteten mit ihrem Leben und jenem ihrer Familienangehörigen dafür, dass niemand flüchtete. Die *Zentralstelle* erstellte die Deportationslisten und verschickte an die Betroffenen vorgedruckte Postkarten, auf denen sie aufgefordert wurden, sich in den Sammellagern zu melden.⁵⁴

Vom 15. Oktober 1941 an war auch Kurt Mezei als Hilfskraft in die Administration der Deportationen involviert. An diesem Tag wurde er ins „Zimmer 8“ versetzt. Das „Zimmer 8“ in der Seitenstettengasse war das administrative Zentrum in der Kultusgemeinde, das sich mit den Deportationen befasste. In diesem Büro wurden die von der *Zentralstelle* übermittelten Listen abgeschrieben und beraten, welche Mitarbeiter geschützt werden muss-

⁵¹ Interview mit Lotte Freiburger von Michaela Raggam-Blesch und Dieter J. Hecht, 30. 4. 2009.

⁵² Trahan, Geisterbeschwörung, S. 149.

⁵³ Liste der Pensionen, 30. 8. 1941, CAHJP, AW 441.

⁵⁴ Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Wien 2000, S. 285–287.

ten. Zu Beginn der Deportationen arbeiteten sechs Mitarbeiter dort, die zum Großteil zuvor in der Auswanderungsabteilung tätig gewesen waren. Innerhalb eines Jahres stieg der Personalstand auf 15 Personen. Da die MitarbeiterInnen des Zimmers 8 administrativ an den Deportationen mitwirken mussten, galten sie für die Betroffenen als Mittäter. Doch der Einfluss der jüdischen Funktionäre auf die Deportationsliste war nur eine Chimäre. Letztendlich waren sie den Manövern der nationalsozialistischen Machthaber hilflos ausgeliefert. Die verzweifelten Bemühungen, durch Kooperation eine „humanere Vorgangsweise“ zu erreichen, waren langfristig zum Scheitern verurteilt.⁵⁵ Als einer der Hauptverantwortlichen wurde der Rabbiner Benjamin Murrelstein (1905–1989) angesehen, der als enger Mitarbeiter von Löwenherz in der Administration der Kultusgemeinde aufstieg. Seine cholerasche, herrschsüchtige Art machte ihn bei seinen Untergebenen unbeliebt. Wilhelm Stern, ein Mitarbeiter des Zimmers 8, beschrieb ihn in einem Interview als „grob, er hat die Leute hinausgeschmissen, er ist unangenehm gewesen“. Kurt Mezei hingegen beschrieb Murrelstein wertfrei als Chef und Autorität. Auch bezüglich seiner Arbeit im Zimmer 8 notiert Kurt nur die formalen Abläufe, ohne zu erwähnen oder zu reflektieren, dass damit die Aushebungen, die Verbringungen ins Sammellager und schließlich die Deportation vorbereitet wurden.

Deportation und Tod

Repressalien und Verelendung sowie der Verlust von Freunden und Familienangehörigen prägten zunehmend das Alltagsleben von Kurt und Ilse Mezei und der übrigen, immer weniger werdenden Juden und Jüdinnen in Wien. Ilse notierte für den 21. März 1942, dass sie erfahren habe, „d. Joszi gestorben sei“. Der 16-jährige Josef (Joszi) Horowitz zählte zum Freundeskreis von Kurt und Ilse Mezei und besuchte mit Kurt Umschulungskurse. Im Februar 1941 musste er ins Sammellager in der Castellezgasse 35 und sollte mit dem sogenannten 2. Polentransport ins Generalgouvernement deportiert werden. Am 19. Februar vermerkte Kurt in seinem Tagebuch euphorisch seine Freilassung. Rund ein Jahr später fand das Begräbnis von Josef Horowitz am 24. März 1942 am Zentralfriedhof statt. Ilse beschrieb die Beerdigung ausführlich in ihrem Tagebuch.

Im September 1942 erhielten Angehörige der Familie Mezei-Neufeld die Deportationsaufforderung, nämlich Cousin und Cousine Hans und Inge Neufeld. Sie tauchten getrennt unter, lebten rund zwei Monate als „U-Boote“⁵⁶ und trafen sich laut Inge Neufeld bei den Stadtbahnbögen am Gürtel, „jeden Tag einen weiter, jeden Tag eine halbe Stunde später. Das klappte tatsächlich ganz gut. Wir gingen manchmal nur aneinander vorbei, flüsterten uns Informationen zu.“ Ende Oktober konnte sie, ihr Freund Otto Kollmann, ihr Bruder Hans und ihre Mutter mit Hilfe eines *arischen* Freundes der Mutter per Bahn nach Vorarlberg flüchten, von wo sie bei St. Gallkirchen von Mitgliedern der Familie Juens gegen Bezahlung über die Schweizer Grenze geschmuggelt wurden.⁵⁷ Die Flucht der Familie Neufeld im Herbst 1942 ist außergewöhnlich, nur Wenigen gelang zu diesem

⁵⁵ Ebenda, S. 266f. und 341. Siehe zu dieser Zwangslage der jüdischen Funktionäre die Artikel von Beate Meyer und Magda Veselská in dem vorliegenden Band.

⁵⁶ Zu den untergetauchten Juden siehe die Aufsätze von Beate Kosmala und Richard Lutjens in dem vorliegenden Band.

⁵⁷ Ginsberg, Die Partisanenvilla, S. 67.

Zeitpunkt die Flucht aus dem von den Nationalsozialisten beherrschten Territorium. Kurt und Ilse hatten nun die Möglichkeit, mit ihren Verwandten in der Schweiz zu korrespondieren.

Briefe und Postkarten dienten dem Austausch von Informationen, vor allem aber dazu, ein „Lebenszeichen“ zu geben. In ihren Tagebuchaufzeichnungen erwähnten Ilse und Kurt auch die Briefe, die sie an ihren Vater in Italien schickten. Ein Freund von Moritz Mezei in Italien war Paul Pollak (1892–1974), ehemaliger Wiener Polizeiarzt. Beide wurden 1944 nach Auschwitz deportiert. Pollaks Frau Hertha (1905–1997) und ihre beiden Töchter Helga (geb. 1929) und Elisabeth (geb. 1936) wurden im April 1943 nach Theresienstadt deportiert. Die Mezeis korrespondierten regelmäßig mit ihnen und schickten Informationen an Paul Pollak, der damals noch in Italien war.⁵⁸ Auch andere in Wien Verbliebene schickten Briefe und Pakete nach Theresienstadt. Als Antwort kamen meistens zensurierte Dankeskarten.⁵⁹ Durch die großen Deportationen von Theresienstadt nach Auschwitz im Herbst 1944 wurden Verbindungen zwischen Wien und den deportierten Verwandten und Bekannten unterbrochen. Über deren weiteres Schicksal herrschte Ungewissheit. So sah sich Kurt Mezei veranlasst, seinen Cousin Hans Neufeld in der Schweiz am 6. März 1945 zu bitten, sich nach ihrer Großmutter und anderen Freunden zu erkundigen.⁶⁰

Neben dem Schreiben war die Lektüre verschiedener Bücher in den letzten Kriegsjahren oft die einzige intellektuelle Beschäftigung. Da der Besuch öffentlicher Büchereien verboten war, der Freundes- und Bekanntenkreis immer mehr zusammenschrankte, privater Bücherbesitz durch *Arisierungen* weitgehend verloren gegangen war, stellte die Beschaffung von Büchern zunehmend ein Problem dar. Im Juli 1943 eröffnete der *Ältestenrat*, in den die Israelitische Kultusgemeinde inzwischen umgewandelt worden war, eine Leihbibliothek, die den Zugang zu Büchern erleichterte. Einen seltenen Überblick über verfügbare Bücher bietet die Lektüreliste von Kurt Mezei aus dem Jahr 1943. Zwischen Januar und Oktober 1943 las er 28 Bücher, meist populäre Autoren wie Lion Feuchtwanger und Edgar Wallace. Das Lesen eines Buches wurde für viele die einzige Möglichkeit, relativ geschützt einer Freizeitbeschäftigung nachzugehen.

Seit 1942/43 lebten die meisten noch in Wien verbliebenen Juden und Jüdinnen im 2. Wiener Gemeindebezirk, in der Leopoldstadt, vor allem im Viertel zwischen Rembrandtstraße, Prater- und Heinestraße (damals Schönerer Straße). Die ohnehin prekäre Wohnungslage verschärfte sich durch die Bombenangriffe der Alliierten. Jüdinnen und Juden durften Luftschutzkeller nur dann aufsuchen, wenn diese nicht auch von *Arierinnen* und *Ariern* genutzt wurden. Solch ein Hauskeller war oft der rettende Ort, konnte aber auch zur Todesfalle werden. Lotte Freiberger überlebte die Bombardierung ihres Hauses am 10. September 1944. Sie konnte sich mit ihren Eltern aus dem Keller des zerstörten Hauses retten.⁶¹ Die Familie Freiberger erhielt über den *Ältestenrat* ein Zimmer in einer Sammelwohnung. Viele Familien mussten aber in ihren bombengeschädigten Wohnungen ohne Wasser und Toiletten weiterleben.⁶²

⁵⁸ Vgl. Helga Feldner-Busztin und Elisabeth Scheiderbauer, in: *erinnern.at* (Hrsg.), *Das Vermächtnis. Verfolgung, Vertreibung und Widerstand im Nationalsozialismus*, 2 DVDs (2008).

⁵⁹ Postkarten aus Theresienstadt, VA, O 75/156.

⁶⁰ Postkarte von Kurt Mezei an Hans Neufeld, 6. 3. 1945, JMW, Inv. 13711,3.

⁶¹ Erinnerungen von Lotte Freiberger, Manuskript, DÖW, 22103, S. 8f.

⁶² Notizzettel von Kurt Mezei aus seiner Briefftasche, JMW.

Als am 12. März 1945 der Fliegeralarm ertönte, flüchteten Lotte Freibergers, ihre Mutter und vier weitere Mitbewohner in den Keller des Amtssitzes des *Ältestenrates* in der Seitentengasse 2–4. Juden und Jüdinnen, die den *Judenstern* trugen, durften nur im oberen Keller Zuflucht suchen. Der tiefere Keller, der durch ein mittelalterliches Kellersystem mit der Innenstadt verbunden war, war der *arischen* Bevölkerung und den Gestapo-Mitarbeitern vom Morzinplatz vorbehalten. Lotte Freibergers Mutter, die keine „Sterntägerin“ war, forderte ihre Tochter auf, den *Judenstern* zu verdecken und mit ihr in den tieferen Keller zu gehen. Ihre vier Mitbewohner blieben im oberen Keller. Dort suchten auch Ilse und Margarete Mezei Zuflucht. Kurt Mezei war als „Melder“ unterwegs, um Bombenschäden anzuzeigen. Der obere Keller wurde durch einen Bombeneinschlag verschüttet und 19 Personen wurden getötet; darunter die Mitbewohner Lotte Freibergers und Ilse Mezei. Margarete Mezei konnte schwer verletzt geborgen werden. Lotte Freibergers und ihre Mutter gelangten über das Kellerverbindungsnetz am Kohlmarkt wieder ans Tageslicht.⁶³ Wilhelm Stern, ein Arbeitskollege von Kurt Mezei, saß normalerweise bei Fliegeralarm als Sanitäter im Luftschutzkeller des *Ältestenrates*. An diesem Tag aber war er mit 40 Grad Fieber krank zuhause in der Rembrandtstraße 39. Den Luftschutzkeller dort durfte er als Jude nicht betreten, dennoch blieb er unversehrt.⁶⁴

Das Begräbnis von Ilse Mezei fand am 23. März 1945 am Zentralfriedhof am 4. Tor statt. Margarete Mezei befand sich bis Kriegsende im Spital in der Malzgasse. Kurt Mezei arbeitete weiter für den *Ältestenrat*. Wie der Großteil der Wiener Bevölkerung versteckte er sich und suchte vor den Kampfhandlungen vom 11. auf den 12. April 1945 in Kellern Zuflucht. Wenige Stunden vor der Befreiung durch die Rote Armee am 12. April wurden der 21-jährige Kurt Mezei gemeinsam mit acht weiteren Personen von einer SS-Einheit aus dem Keller des Hauses Förstergasse 7 geholt und ermordet.⁶⁵

Schlussgedanke

Wer in Wien überlebte, hatte Glück, überlebte durch Zufall. Rationale Entscheidungen konnten in gewissen Situationen helfen, doch waren sie kein zuverlässiger Schutz vor Deportation und Ermordung. Auch der relative Schutz durch die Arbeit für die Israelitische Kultusgemeinde und den späteren *Ältestenrat* waren keine Überlebensgarantie. Nur die Flucht vor dem Nationalsozialismus konnte das Überleben langfristig sichern. Das Leben der Jugendlichen in Wien war schwierig, geprägt von Ausgrenzung und Verfolgung. Anhand der Schicksale der Familie Mezei und der mit ihnen befreundeten Familien wird deutlich, dass Leben in Wien nur einen scheinbaren Schutz bot. Die Schicksale von Jugendlichen wie Wilhelm Stern und Lotte Freibergers zeigen weiters, dass die zufällige Abwesenheit von gewohnten Orten ihr Überleben bedingte. Dies wird durch den tragischen Tod der Mezei Zwillinge in den letzten Tagen und Stunden des nationalsozialistischen Regimes kontrastiert. Die Tagebücher und autobiografischen Dokumente der Jugendlichen

⁶³ Interview mit Lotte Freibergers von Michaela Raggam-Blesch und Dieter J. Hecht, 30. 4. 2009. Jonny Moser, Österreich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 67–93, hier S. 70.

⁶⁴ Interviews mit Wilhelm Stern von Doron Rabinovici, Wien 1998, Privatarchiv von Rabinovici.

⁶⁵ Gedenktafel der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Förstergasse 7; Begräbnisbuch der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, 23. 3. 1945.

lassen nur in bedingtem Ausmaß Rückschlüsse auf Alltagsleben und Überlebensstrategien von Jugendlichen in Wien zu. Doch sie zeigen, dass die Jugendlichen in ihr Leben Komponenten integrierten, die Jugendalltag stets geprägt haben, wie Liebe, Eifersucht, Schreiben etc. In ihrer Gesamtheit und der Fülle an Ereignissen verweisen die Dokumente aber gleichzeitig auf die Singularität des Einzelschicksals, das Verallgemeinerungen zum Leben und Überleben von Jugendlichen nicht zulässt. In gewisser Weise sind die Tagebücher, Briefe und Fotos als Widerstand gegen Ausgrenzung, Entmenschlichung und Ermordung zu verstehen.

Mary Fulbrook

„Unschuldig schuldig werden“?

Systemische Gewalt und die Verfolgung der Juden von Będzin

Dieses Kapitel will Aspekte jüdischer Alltagserfahrungen im Großraum Będzin mit den Intentionen und Handlungen derjenigen zusammenführen, die ich als Hitlers willige Ermöglicher und wissende Profiteure bezeichnen möchte.¹ Mein Fokus richtet sich dabei auf eine Ebene, von der ich denke, dass sie bisher keine angemessene Aufmerksamkeit erfahren hat, und zwar die der „systemischen Gewalt“. Darunter verstehe ich Handlungen, die Formen menschlichen Leids herbeiführen, das eine direkte Folge der Funktionsweise eines spezifischen Systems ist, zugleich aber doch anscheinend nur „indirekt“ von Vertretern dieses Systems verursacht wird, die in einer gewissen Entfernung von diesem Leid aktiv sind. Eben dieser Umstand, dass die Opfer nicht wussten, wer für ihr alltägliches Leid verantwortlich war, und die Tatsache, dass die Verantwortlichen selbst gerade weit genug entfernt waren, um die unmittelbaren Auswirkungen ihres Handelns nicht wahrnehmen zu müssen, zwingen uns, das Wesen der Täterschaft und die diesbezüglich anerkannten Erklärungen unter dem Gesichtspunkt der systemischen Gewalt zu überdenken. Der hier dargestellte Fall wird, so hoffe ich, ein Schlaglicht darauf werfen, welche Bedeutung Mobilisierung und Verhalten ganz unabhängig von persönlichen Absichten und Beweggründen haben, wenn Voraussetzungen für einen Massenmord geschaffen werden.

Als Fallstudie habe ich den Landkreis Będzin gewählt.² Dieser liegt im damaligen Ostoberschlesien, einem Gebiet, das nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen im September 1939 in das Großdeutsche Reich eingegliedert wurde. Von da an war es bis 1945 Gegenstand der Reichsinnenpolitik und insofern unverwechselbar, als seine Bevölkerung ganz überwiegend aus Polen und Juden bestand. Es waren insgesamt wohl 85 000 Juden, die die miteinander verbundenen Ghettos von Będzin und Sosnowiec durchlaufen haben, mehr also, als in der Besatzungszeit aus ganz Frankreich deportiert wurden. Am Ende wurden sie in den Tod geschickt, nachdem zuvor ihre Arbeitskraft, die in „Shops“ (Werkstätten) bei der Herstellung oder Reparatur von Uniformen und Stiefeln, aber auch bei der Munitionsproduktion und im Berg-, Straßen- und Eisenbahnbau eingesetzt worden war, über einen recht langen Zeitraum hinweg sehr bedeutend für die nationalsozialistische Kriegführung gewesen zu sein schien.

Es besteht meist wenig oder kein Zweifel darüber, welche Personengruppen ganz offenkundig in die „Täter“-Kategorie fallen, weil sie aktiv und direkt daran beteiligt waren, die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung zu misshandeln und zu ermorden. Die Lud-

¹ Dieser Artikel ist aus der Arbeit an meinem Buch: *A Small Town near Auschwitz*, Oxford 2012, hervorgegangen und dort auch schon auszugsweise und in etwas anderer Form nachzulesen. Ich bin dem Leverhulme Trust überaus dankbar für ein dreijähriges Stipendium, das als Teil dieser Forschung in ein größeres Projekt mit dem Titel *Dissonant Lives: Generations and Violence through the German Dictatorships*, Oxford 2011, geflossen und aus dem die vorliegende Fallstudie erwachsen ist.

² Ich verwende durchgängig die polnische Schreibweise. Zwar wurde die Stadt während der deutschen Besatzung in „Bendsburg“ umbenannt, doch gab es dafür – anders als im Fall Kattowitz – keinerlei Anknüpfungspunkt in einer früheren deutschen Bezeichnung. „Bendsburg“ blieb eine kurzlebige Erfindung der Nationalsozialisten.

wigsburger Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen hat in ihren Untersuchungen den Angehörigen von SS, Gestapo und lokalen Polizeikräften, die an Verhaftungen und Deportationen von Juden zur Sklavenarbeit oder in das nahegelegene Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz beteiligt waren, beträchtliche Aufmerksamkeit gewidmet.³ Wir wissen deshalb entsprechend viel über diejenigen, die die nationalsozialistische Herrschaft mit großer Brutalität durchsetzten und denen Juden an der Frontlinie der Gewalt daher direkt und von Angesicht zu Angesicht ausgesetzt waren, und diese Täter an der Frontlinie waren es auch, die sich als markante Einzelpersonen den Überlebenden derart einprägten, dass Letztere sich an diese am ehesten erinnerten.

Doch hinter diesen offensichtlichen Tätern, die physische Gewalt ausübten, lagen noch andere, unterstützende Linien der Herrschaft sowie Machtstrukturen, von denen die Juden, wenn überhaupt, nur eine vage Vorstellung hatten. Die jüdischen Ältestenräte und die jüdische Miliz fungierten, wenn man dies so formulieren darf, als eine Art Puffer, der verhinderte, dass die Juden unmittelbar mit dem in Berührung kamen oder etwas darüber erfuhren, was hinter ihren Gewalt- und Unterdrückungserfahrungen stand. Daraus ergibt sich ein gewisses Missverhältnis zwischen der Wahrnehmung, die jüdische Opfer von den Tätern der nationalsozialistischen Rassenideologie hatten, und der Funktionsweise des dahinter stehenden Systems, das keine geringeren Auswirkungen auf sie hatte. Hinzu kommt, dass Einzelpersonen, die sich ihr Leben vor der Deportation ins Gedächtnis rufen – sei es in mündlichen Berichten oder Memoiren, sei es in Zeugenaussagen, die für historiografische oder juristische Zwecke aufgenommen wurden –, dazu neigen, sich an traumatische Ereignisse und Augenblicke, an individuelle Akte besonderer Brutalität zu erinnern. Sie denken weniger an die längeren Phasen des Alltagslebens, so entsetzlich ihnen diese zur fraglichen Zeit, vor und zwischen den schlimmsten Momenten auch erschienen sein mögen.

So verdichten sich diese Nachkriegsquellen zu einem besonderen Bild davon, was es bedeutete, ein „Täter“ zu sein. Dabei stehen viele dieser Quellen verständlicherweise im Schatten von Auschwitz. Eine gewisse teleologische Tendenz lassen auch Historiker deutlich erkennen, wenn sie zu verstehen versuchen, wie ein System brutaler Verfolgung, Enteignung und Ausbeutung in die Massenvernichtung münden konnte. So hat sich die Vorstellung vom „Täter“ mit der am Ende stehenden Brutalität, mit dem Töten selbst verknüpft.

Ich will mich hier indessen auf den Ghettoisierungsprozess und das Alltagsleben in den Jahren konzentrieren, die der Vernichtung der jüdischen Gemeinde vorausgingen. Insbesondere richtet sich mein Fokus auf die Wahrnehmungen und das Handeln des Landrates Udo Klaus, der dem Landkreis Będzin als Chef der Zivilverwaltung vorstand. Ich gehe dabei der Frage nach, wie sein Tun Ergebnisse zeitigte, die zumindest teilweise von ihm nicht beabsichtigt waren. Dazu gehörten die Verursachung unmittelbaren Leids ebenso wie die wahrscheinlich unwissentliche Schaffung von Voraussetzungen für den Massenmord. In seinen Memoiren wie auch in seinen Aussagen, die er während der langwierigen juristischen Untersuchungen zu den Kriegsverbrechen in dem von ihm zu verantwortenden Gebiet machte, behauptete Klaus mehrfach, er habe nicht „unschuldig schuldig werden“ wollen. Er versuchte, sich von den „echten Nazis“ zu distanzieren und wiederholte, dass er häufig nicht dort gewesen sei, weil er seinen Militärdienst geleistet habe und daher auch nicht für das haftbar gemacht werden könne, was währenddessen in seinem Bezirk

³ Einen Überblick bietet Sybille Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000.

vor sich gegangen sei. Gerade weil Klausas ein Mann war, der sich sowohl im fraglichen Zeitraum als auch danach als „anständiger Deutscher“ sah, der „nur Verwaltung“ betrieb und der in Bezug auf die Konsequenzen nationalsozialistischer Politik vermutlich erst Skrupel entwickelte, als die „Endlösung“ schon ein fortgeschrittenes Stadium erreicht hatte, ist der Fall dieses besonderen „gewöhnlichen Nazis“ so interessant.

Ich sollte hinzufügen, dass ich Udo Klausas persönlich gekannt habe und Angehörigen seiner Familie aus der „zweiten Generation“ noch immer freundschaftlich verbunden bin.⁴ Deshalb war es für mich auch geradezu niederschmetternd zu erfahren, dass Klausas sich nicht nur schon im Dezember 1932 erfolgreich um Aufnahme in die SA beworben hatte und keine drei Wochen nach Hitlers Machtübernahme auch in die NSDAP eingetreten war, sondern auch, dass er überhaupt so etwas wie ein offizieller Vertreter des NS-Systems gewesen war. Dies schien mir angesichts der langjährigen Freundschaft mit seiner Familie umso schwerer zu begreifen, und ich habe mich wegen dieser persönlichen Verbindungen sehr bemüht – erfolgreich, wie ich hoffe –, einer ganzen Reihe von Fallstricken auszuweichen: Es bestand die Gefahr, Klausas für mehr verantwortlich zu machen, als ihm zukommt, nur aus der Empörung heraus, dass er in irgendeiner Form „mit dem Teufel paktiert“ hatte. Zugleich gab es für jemanden, der Klausas gut kannte, die verständliche Versuchung, ihn entlasten zu wollen, oder auch nur die, seine Berichte für bare Münze zu nehmen und so den Exkulpierungsversuchen eines ehemaligen Nationalsozialisten Vorschub zu leisten. Nicht zuletzt konnte ich mich eines gewissen Unbehagens nicht erwehren, den Lichtkegel der Historikerin derart auf einen einzelnen „gewöhnlichen Nazi“ zu richten: Udo Klausas Fall ist sicher typisch für viele, und es kann denjenigen, die ihm nahestanden, nicht sehr angenehm sein, ausgerechnet seine Geschichte in dieser Form detailliert analysiert zu sehen, während so viele andere, ähnliche Fälle unbeachtet bleiben. Der Versuch, das historische Material objektiv ausgewogen zu präsentieren, war daher nicht zuletzt wegen meines persönlichen Engagements in diesem Fall besonders anspruchsvoll. Ich hoffe aber, dass die so entstandene Erzählung sich dank meines gesteigerten Bewusstseins für die emotionale Sensibilität und für die Implikationen, die jeder historischen Deutung innewohnen, am Ende als besonders nachvollziehbar erweist.

Ghettoisierung im Landkreis Będzin

Der Landkreis Będzin war ein großer Bezirk nordöstlich von Kattowitz (Katowice), der etwa 40 bis 55 Kilometer von Auschwitz (Oświęcim) entfernt war und von einem Landrat, einer Art leitenden Verwaltungsangestellten, administriert wurde. Zu diesem Landkreis gehörten rund 65 ländliche Gemeinden und die drei bedeutenderen Städte Będzin, Czeladź und Dąbrowa Górnicza. Letztere waren Teil des Ballungsraumes in dem Industrie- und Bergbauggebiet rund um Kattowitz. Direkt im Süden dieser drei Städte und östlich von Kattowitz bildet die Stadt Sosnowiec (von den Deutschen in Sosnowitz umbenannt) einen weiteren Teil dieses Ballungsraumes. Sosnowiec hatte einen eigenen Oberbürgermeister und war zugleich Sitz des Polizeipräsidenten, dessen Befugnisse bis in den dichter

⁴ Zu Dank verpflichtet bin ich besonders einem von Udo Klausas Söhnen, Herrn Dr. Ekkehard Klausas, weil er mir persönliche Briefe und anderes Material aus dem Familienarchiv zugänglich gemacht hat. Ich bin tief beeindruckt von seiner Bereitschaft, sich der Vergangenheit seines Vaters zu stellen, ihr auf den Grund zu gehen und sie zu erörtern.

bevölkerten Süden des Landkreises Będzin reichten. Die Ghettoisierung im Landkreis Będzin und in Sosnowiec ging Hand in Hand; es fanden gemeinsame Strategiebesprechungen statt, auf denen erörtert wurde, wie die fortschreitende Exklusion und Segregation sowie nicht zuletzt die Einschließung der Juden durchzuführen sei.

Die Ghettoisierung im Landkreis Będzin und der Nachbarstadt Sosnowiec verlief in mehreren Phasen, die sich deutlich voneinander unterschieden, aber doch überschnitten. Es gab weder einen eindeutig auszumachenden Augenblick, in dem ein bestimmtes Ghetto eingerichtet wurde, noch waren die vielfältigen Motive der Nationalsozialisten für die Ghettoisierung beständig die gleichen; dazu dauerte der Prozess zu lange, in dem die verschiedenen Bevölkerungsgruppen voneinander getrennt und in dem die Juden aus dem Gebiet in zunehmend eingeschränkten Lebensbedingungen eingeschlossen wurden.⁵

1939 lebten die Juden im Landkreis Będzin nicht in einem bestimmten, klar umrissenen Gebiet. Einen erheblichen Anteil jüdischer Bevölkerung hatte die Stadt Będzin selbst; dort lebten bei Kriegsbeginn bei einer Gesamtbevölkerung von 54 000 Menschen schätzungsweise 24 495 Juden. Dabei gab es freilich eine erhebliche Fluktuation; so wuchs diese Zahl mit der Vertreibung der Juden aus anderen Gegenden und nahm durch die Deportationen in Arbeitslager wieder ab, und zwar lange bevor die letzten Selektionen für die Vernichtung durchgeführt wurden. Es gab ferner bedeutende jüdische Gemeinden in Czeladź im Westen und in Dąbrowa Górnicza im Osten. Die erste Einwohnererfassung vom Dezember 1939 ergab, dass im Landkreis insgesamt, also unter Einschluss seiner ländlichen Gebiete mit ihren Weilern und Dörfern, aber auch der drei genannten Städte, etwa 33 286 Juden lebten.⁶ Im Süden von Będzin wies Sosnowiec eine ähnlich hohe Zahl jüdischer Bewohner auf, doch fiel deren prozentualer Anteil an der dortigen Gesamtbevölkerung kleiner aus, weil die benachbarte Industriestadt insgesamt viel größer war.

Insgesamt lebten zu diesem Zeitpunkt geschätzte 77 056 Juden in dem als „Oststreifen“ bekannten Gebiet, das jenseits der „Polizeigrenze“ im Westen lag, aber nicht Teil des im Osten angrenzenden Generalgouvernements war.⁷ Wegen häufiger Bevölkerungsbewegungen in den folgenden dreieinhalb Jahren, die sich teilweise aus der Zwangsumsiedlung von Juden aus anderen Gebieten in den „Oststreifen“, teils aus der Migration von Juden innerhalb dieses Gebiets ergaben (einschließlich der Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung von Auschwitz nach Będzin und Sosnowiec, die 1941 der „Germanisierung“ von Auschwitz dienen sollte), gibt es eine gewisse Fluktuation auch bei diesen Zahlen. Im September 1940 schätzte Moshe (Moniek) Merin, der Vorsitzende der Judenräte der jüdischen Gemeinden in Oberschlesien, dass in dem Gebiet insgesamt etwa 115 000 Juden wohnten, die über kleinere Gemeinden verstreut, aber in größerer Dichte auch in den Städten anzutreffen waren.⁸ Sosnowiec war zu dieser Zeit als eine Stadt aufgeführt, in der rund 23 500 Juden lebten. Bei einer Gesamtbevölkerung von 115 000 Einwohnern lag ihr

⁵ Vgl. auch Tim Cole, Ghettoisation, in: Dan Stone (Hrsg.), *The Historiography of the Holocaust*, Basingstoke 2004, S. 65–87.

⁶ Zahlen nach Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz, S. 121.

⁷ Die Polizeigrenze sollte den Zuzug bzw. den Wegzug aus diesem überwiegend polnisch und jüdisch bevölkerten Gebiet verhindern, das sich in seiner ethnischen Struktur stark von den weitgehend deutsch besiedelten Gebieten im Westen unterschied. Die Region um Będzin selbst war nie ein Teil Preußens bzw. des Deutschen Reiches, sondern vor dem Versailler Vertrag und den danach durchgeführten Volksabstimmungen Teil des russisch beherrschten Königreiches Polen gewesen.

⁸ Archiwum Państwowe w Katowicach (Staatsarchiv Kattowitz/APK), 1600/3, Ältestenrat der jüdischen Kultusgemeinde in Dombrowa O/S, Bulletin Nr. 1, Sosnowitz, 15. 9. 1940, Bl. 1.

Anteil demnach bei etwa 20 Prozent. In der Stadt Będzin war die jüdische Bevölkerung dagegen sowohl in absoluten Zahlen als auch anteilig insgesamt am größten; bei einer Gesamteinwohnerzahl von 50 000 Menschen stellten die rund 25 000 Juden dort die Hälfte der Bevölkerung. Indessen erinnerte sich Klausas später in seinen Memoiren, dass die Stadt im Jahr 1943, als seine Familie die Region verließ, insgesamt rund 27 000 Einwohner gehabt habe. Diese Zahl reflektierte er selbst nicht, obschon sie eine statistische Angabe ist, die frösteln lässt: Zu diesem Zeitpunkt waren schon 25 000 frühere jüdische Bewohner von Będzin „evakuiert“ worden, und Zehntausende Juden hatten die Ghettos von Będzin und Sosnowiec durchlaufen.⁹

Die erste Phase der Ghettoisierung wurde durch die Einwohnererfassung im Dezember 1939 eingeleitet und zielte darauf ab, Juden aus attraktiven Behausungen und Gegenden zu entfernen, um Deutschen deren Übernahme zu ermöglichen. Dazu wurden die Juden gezwungen, ihre jeweiligen Unterkünfte zu verlassen und in konzentrierten Gruppen verwarhloste, unattraktive Quartiere zu beziehen, an denen die Deutschen selbst zwar kein Interesse hatten, die aber oft von den bisherigen polnischen Bewohnern geräumt werden mussten. In Będzin verkomplizierte sich die Lage zusätzlich dadurch, dass die Deutschen eine Woche nach ihrem Einmarsch 1939 nicht nur die Große Synagoge, sondern auch die meist von Juden bewohnten umliegenden Häuser und Straßenzüge niedergebrannt hatten. Dabei ermordeten sie mehrere hundert Juden, indem sie sie lebendig verbrennen ließen oder niederschossen, wenn sie versuchten, den Flammen zu entkommen. Abgesehen davon, dass dies Angst und Kummer in einem ungeheuren Ausmaß verursachte, verkleinerte es überdies den Wohnraum drastisch, der der jüdischen Bevölkerung noch zur Verfügung stand. Waren sie schon durch die Verpflichtung stigmatisiert, Armbinden mit dem Davidstern tragen zu müssen, wurden sie jetzt, ab dem Winter 1939/40, überdies in den ärmeren Gegenden der Stadt zusammengepfercht, vor allem in den überfüllten, feuchten und heruntergekommenen Behausungen rund um den Marktplatz (Rynek).

Udo Klausas kam im Februar 1940 in Będzin an, um seinen Posten als Landrat anzutreten. Als Jurist, der sich sowohl einer Laufbahn in der zivilen Verwaltung als auch dem Militärdienst verschrieben hatte und der sich überdies schon an paramilitärischen Umtrieben beteiligt hatte, bevor die Nationalsozialisten 1933 das staatliche Gewaltmonopol für sich beanspruchten, war Klausas ein klassischer Vertreter der „Generation des Unbedingten“.¹⁰ Die Position eines Landrates war lange ein Karriereziel für ihn gewesen. Er trat damit in die Fußstapfen seines Vaters, der Landrat von Leobschütz (heute Głubczyce) gewesen war. Im Winter 1939/40 war Klausas noch als persönlicher Referent August Jägers beschäftigt gewesen, der in der Verwaltung des Warthegaus als Stellvertreter des Reichsstatthalters und Gauleiters Arthur Greiser eine prominente Rolle spielte.¹¹ Zuvor hatte sich Klausas schon bei Aufgaben auf niedrigeren Sprossen seiner Karriereleiter bewährt, zunächst im Sudetenland im Winter 1938/39 und dann im Frühjahr 1939 im soeben besetzten Böhmen und Mähren.

⁹ Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland in Köln (LVR), Bestand K., I – 08, Udo K., 1980 verfasste Erinnerungen unter dem Titel „Erlebt – überlebt. Erster Teil, 1910–1948“, auch unter dem Titel „Erlebt – davongekommen. Erinnerungen – Band I – 1910 bis 1948“ (im Folgenden zitiert als LVR, „Erlebt“), S. 141.

¹⁰ Michael Wildt, *Generation des Unbedingten*, Hamburg 2002; Fulbrook, *Dissonant Lives*.

¹¹ Greiser wurde nach dem Krieg vom polnischen Obersten Gerichtshof zum Tode verurteilt und 1946 in Poznań (Posen) gehängt; siehe Catherine Epstein, *Model Nazi: Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland*, Oxford 2010.

Viele von Klausas Äußerungen über seine Zeit in Będzin sind nicht sonderlich exakt: Seine Datumsangaben sind oft nebulös, und es gibt auffällige Auslassungen. Dennoch ist es sehr wahrscheinlich, dass ihm angesichts der Politik, an deren Umsetzung er beteiligt war, mit der Zeit tatsächlich unwohl wurde. Dabei ist es besonders wichtig festzuhalten, dass Klausas zwar wegen seines Militärdienstes selbst oft nicht vor Ort war, die Juden aber, die von den von Klausas beförderten Maßnahmen betroffen waren, gar keine Möglichkeit hatten, das Gebiet zu verlassen. Sie mussten mit den Folgen der von den Nationalsozialisten beschlossenen Maßnahmen leben bzw. an ihnen sterben, auch wenn der Landrat sich nicht in dem Bezirk aufhielt, für den er verantwortlich war.

Für diejenigen, die daran zu leiden hatten, war es unerheblich, ob der Landrat vielleicht Unbehagen bei den Anweisungen verspürte, die er von seinen Vorgesetzten im NS-Regime erhielt, und ob er möglicherweise insgeheim an den Maßnahmen zweifelte, mit deren Durchführung er betraut war. Was zählte war, dass Klausas wie so viele seiner Generation und seines Standes der nationalsozialistischen Bewegung gefolgt war, mit der er seine Karriere als junger Erwachsener verknüpft hatte. Als er dank ihr den erträumten Posten noch vor seinem 30. Geburtstag erreichte, wollte er seine Stellung nicht dadurch gefährden, dass er aus der Reihe tanzte. Zunächst nur provisorisch zum Landrat ernannt, wurde Klausas erst im Frühsommer 1942 endgültig im Amt bestätigt, nachdem die erste größere Deportation nach Auschwitz schon erfolgt war. Zu diesem Zeitpunkt schienen all seine Referenzen und Qualifikationen glänzend genug, um dergleichen bei einem so jungen Mann zu rechtfertigen. Ob es nun aus Karrierismus oder aus Furcht war, unangenehm aufzufallen und die nachteiligen Konsequenzen zu tragen, die das geringste Anzeichen von Widergesetzlichkeit unweigerlich nach sich zog: Klausas war weder in einem Alter noch auf einer Stufe seiner Karriereleiter angelangt, noch war er ansonsten so veranlagt, dass er die eigene Zukunft und die seiner Familie aufs Spiel hätte setzen wollen. Nicht zuletzt war er, wie so viele „gewöhnliche Nazis“, geblendet von den rassistischen Vorurteilen seiner Zeit.

In den Memoiren, die Klausas 1980 abschloss (zu diesem Zeitpunkt war er schon seit etwa 20 Jahren Ziel einer Untersuchung der Ludwigsburger Zentralstelle gewesen), wollte er sich daran erinnern, nicht ohne Mitgefühl für die jüdische Bevölkerung gewesen zu sein, die unter seiner Verwaltung gelebt hatte. Seinen Ausführungen zufolge gab es in dem Bezirk, für den er verantwortlich gewesen war, „wohl 40 000 Juden, die bei meiner Ankunft schon daran erkennbar waren, dass sie weiße Armbinden mit dem Zion-Stern tragen mussten. Sie waren in einem besonderen Stadtviertel zusammengedrängt, lebten unter kümmerlichsten Ernährungsverhältnissen.“¹²

Die Armut dieser Juden war freilich eine unmittelbare Folge der nationalsozialistischen Enteignungen: Sie führten dazu, dass die Juden ihren Lebensunterhalt verloren und dass sich ihr Lebensstandard rapide verschlechterte. Klausas selbst zog mit seiner Frau in die ehemalige „Villa des Juden Schein“, und sie profitierten davon, dass sie Mobiliar, das seinen jüdischen Besitzern gewaltsam abgenommen worden war, zu sehr niedrigen Preisen von der Treuhandstelle kaufen konnten. Bei allem später behaupteten Mitgefühl gehörten Klausas und seine Frau mit ihrer wachsenden Familie zur fraglichen Zeit ganz gewiss zu Hitlers wissenden Profiteuren.¹³

¹² LVR, „Erlebt“, S. 142.

¹³ Meine Darstellung stützt sich hier auf Briefe von Klausas Frau an ihre Mutter. Ich bin ihrem Sohn überaus dankbar dafür, mir die Verwendung dieser Briefe gestattet zu haben. Siehe auch Götz Aly, *Hitlers Volksstaat*, Frankfurt a. M. 2005.

Die fortschreitende Verarmung als uneingeständene Folge nationalsozialistischer Maßnahmen war schon ausreichend, um Klausas unmittelbaren Vorgänger, einen gewissen Grotjan, in einem seiner letzten Berichte vom 1. März 1940 zu folgenden Zeilen zu veranlassen:

„In den Städten tritt immer dringender das Judenproblem in den Vordergrund. Die Anzahl der existenzlosen Juden wird immer größer. Es treten daher Nahrungs- und Versorgungsschwierigkeiten auf, die den Ausbruch von epidemischen Seuchen sehr leicht zur Folge haben könnten. Insbesondere das Frühjahr dürfte den Ausbruch von Seuchen außerordentlich stark begünstigen [...]“

Mit Rücksicht auf die vorbezeichneten täglich immer größer werdenden Schwierigkeiten der jüdischen Bevölkerung und weil auch die Wohnungslage der täglich zunehmenden reichsdeutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter immer dringlicher wird, ist die Entscheidung der Judenfrage im hiesigen Gebiet außerordentlich dringend geworden. Ich bitte daher, mit allem Nachdruck für eine recht baldige Durchführung der Evakuierungsmaßnahmen gegen die Juden einzutreten.¹⁴

Wir sehen hier die klassischen Anfänge eines selbst geschaffenen „Problems“, zu dessen Lösung zunächst „Evakuierung“ in einem rein geografischen Sinne des Begriffs vorgeschlagen wurde, was dann aber in nicht einmal zwei Jahren zu einer gänzlich anderen und endgültigen „Lösung“ mutieren sollte.

Wenn auch in dieser Phase die Verarmung der Juden durch die Konfiszierung ihres Eigentums, die Übernahme ihrer Geschäfte und Unternehmen durch die Treuhandstelle und wegen einschneidender Beschränkungen ihrer Handlungsmöglichkeiten und Lebensmittelrationen bereits begonnen hatte, so waren doch bei weitem noch nicht alle der in Będzin nach Zehntausenden zählenden Juden an einem Ort konzentriert. Zugleich entsprach es nicht näherungsweise den Tatsachen, wenn Klaus in seinen Erinnerungen vermerkte: „[Z]u meiner Zeit passierte in dieser Hinsicht keine Umsiedlung“. Vielmehr hatte der Landrat unmittelbar Schritte zu verantworten, die zu „Umsiedlung“ und Ghettoisierung führten, und er war auch direkt daran beteiligt.¹⁵ Gewiss war der Polizeipräsident von Sosnowiec, Alexander von Woedtke, eine treibende Kraft, wenn es darum ging, die Ghettoisierung einzuleiten und in allen ihren Phasen durchzusetzen, wobei er zur Rechtfertigung eine Vielzahl „örtlicher“ Probleme anzuführen wusste. Der Landrat von Będzin war es aber, der mit seiner Position unmittelbar dafür verantwortlich war, dass die Pläne für die „Germanisierung“ umgesetzt wurden, und er befürwortete und förderte jeden einzelnen Schritt auf dem Weg zur Konzentrierung der Juden.

Anfangs zielten die Deutschen vor allem darauf ab, einige Straßen und Gebiete „judenrein“ zu machen, indem sie die Juden aus den fraglichen Orten zwar entfernten, sich aber keine weiteren Gedanken darüber machten, wo diese eine neue Bleibe finden würden. Diese Abschottung bestimmter Gebiete in der Absicht, die Juden an der „Verseuchung“ des Bodens zu hindern, den die Deutschen für sich selbst vorgesehen hatten, erfolgte im Rahmen einer als „Judenbann“ bezeichneten Maßnahme. Ein solcher „Judenbann“ konnte über bestimmte Gebiete verhängt werden, zu denen Juden der Zugang danach verboten war. Gegen jegliche Übertretung dieses Verbots schritten die Deutschen sofort disziplinierend ein. Dies konnte Verhaftung, Einkerkерung und Deportation bedeu-

¹⁴ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStAPK), HA XVII Rep. 201e. Ost 4 Reg. Kattowitz Nr. 14, Bericht vom 1. 3. 1940, Bl. 5f. Abdruck in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1945, Band 4: Polen. September 1939–Juli 1941, bearbeitet von Klaus-Peter Friedrich, Mitarbeit: Andrea Löw, München 2011, Dok. 91, S. 244.

¹⁵ LVR, „Erlebt“, S. 151.

ten, aber auch die umstandslose Erschießung des Übertretenden. Der „Judenbann“ entwickelte sich zwangsläufig schrittweise, denn er zog seine Kreise ebenso schnell, wie die jüdische Gemeinde aus bestimmten Straßenzügen und Häusern vertrieben und an anderer Stelle untergebracht werden konnte. Aus der Sicht der Deutschen ging dies alles nicht schnell genug, während es aus der Sicht der Juden erst gar nicht hätte passieren dürfen, doch als der Prozess einmal ins Rollen gekommen war und mittels überlegener physischer und politischer Gewalt durchgesetzt wurde, war er zu weitreichend und verlief viel zu schnell, als dass die Betroffenen halbwegs hinnehmbare Wege hätten finden können, um ihre Situation zu bewältigen.

Es ist wichtig festzustellen, dass das Ziel während dieser Phase vor allem darin bestand, bestimmte Gebiete von Juden zu „säubern“, während ihre „Konzentrierung“ in einem bestimmten Gebiet nachrangig war. Von Woedtke, der die „Festigung des deutschen Volkstums“ zu fördern wünschte, formulierte in einem Brief an Walter Springorum, den Regierungspräsidenten von Kattowitz, es sei wichtig, „in erster Linie die Bereinigung der Haupt- und Geschäftsstraßen sowie der Hauptwohnviertel von der jüdischen Bevölkerung“ zu erreichen.¹⁶ Dies aber war keineswegs eine leichte Aufgabe, auch wenn auf die Juden keinerlei Rücksicht genommen wurde.

Der Ghettoisierungsprozess verkomplizierte sich, als einer von Himmlers mächtigen Satrapen, SS-Oberführer Albrecht Schmelz, auf den Plan trat. Er übernahm im Herbst 1940 das Kommando über das wachsende Imperium von SS-geführten Arbeitslagern (und auch über eine Art Leiharbeitsorganisation der SS, die jüdische Arbeitskräfte billig an private Unternehmen vermietete), das als „Organisation Schmelz“ bekannt wurde und darauf angewiesen war, dass arbeitsfähige Juden weiterhin vor Ort verfügbar waren.¹⁷ Während die ursprünglichen Germanisierungspläne für das Gebiet erkennen ließen, dass – wie im Warthegau geschehen – an eine Abschiebung von Juden und Polen ins Generalgouvernement gedacht worden war, wurde diese Option nicht mehr aktiv verfolgt. Doch die Konzentrierung von Juden in Gebieten, in denen sie zuvor nie gewohnt hatten, in Gebieten, in denen sich oft nicht nur die ärmlicheren Behausungen von Polen befunden hatten, sondern auch Werkstätten und Unternehmen, die nach der Konfiszierung jüdischen und polnischen Besitzes jetzt von der Treuhandstelle geführt wurden, verursachte auch Schwierigkeiten, die besonders den städtischen Behörden wohl bewusst waren.¹⁸ Aus Klausas Bericht vom 29. November 1940 geht freilich hervor, dass diese Schwierigkeiten nicht so sehr mit einer wie auch immer gearteten Anteilnahme am Schicksal der Juden zu tun hatten, als vielmehr mit wirtschaftlichen und praktischen Erwägungen zusammenhingen:

„Der Polizeipräsident von Sosnowitz beabsichtigt, in Bendzin, Czeladz und Strzemieszyz [sic] ein offenes Ghetto einzurichten. Die Lösung der Frage ist meiner Ansicht nach nicht sehr vordringlich, in Czeladz und Strzemieszyz aber ohne weiteres durchführbar. In Dombrowa wird sie mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein, in Bendzin sind ernsthafte Störungen des Wirtschaftslebens zu befürchten. Das Verfahren der Grundstücksgesellschaft, einzelne Hauptstraßen nach und nach freizumachen, scheint organischer und erfolgsversprechender.“¹⁹

¹⁶ APK, Regierung Kattowitz, 119/2785, Brief von Woedtke an Springorum, 14.12.1940, Bl. 2.

¹⁷ Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz, S. 139–153; Wolf Gruner, *Jewish Forced Labor under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938–1944*, Cambridge 2006, S. 196–229.

¹⁸ Siehe z. B. GStAPK, HA XVII Rep. 201e. Ost 4 Reg. Kattowitz Nr. 13, Bericht des Oberbürgermeisters von Sosnowitz, 30.11.1940, Bl. 116.

¹⁹ GStAPK, HA XVII Rep. 201e. Ost 4 Reg. Kattowitz Nr. 14, Bericht vom 19.11.1940, Bl. 6f.

Damit wurden unmittelbare Pläne für die Errichtung eines Ghettos in dieser Phase dem Ziel untergeordnet, bestimmte Gebiete von Juden zu „befreien“, wobei die Bedürfnisse von ökonomisch produktiven Unternehmen Berücksichtigung fanden.

Am 8. Januar 1941 trafen sich Polizeipräsident von Woedtke, der Oberbürgermeister von Sosnowiec, Schönwälder, und der Landrat von Będzin, Klaus, um Einzelheiten auszuarbeiten und Mittel und Wege zu einer Umsetzung des Vorhabens zu erörtern. Sie verständigten sich auf folgende Ziele:

„[...] die Freimachung gewisser Straßen, die wegen ihrer Bedeutung für den Verkehr oder wegen der Tatsache, dass an ihnen Wohnungen von überdurchschnittlicher Güte sich befinden, von der jüdischen Bevölkerung zu räumen sind, und die Zuweisung bestimmter Wohnviertel zum ausschließlichen Wohnen an die Juden,

[...] die Zuweisung der wegen ihrer Verkehrsbedeutung oder ihrer besseren Wohnungen hervorgehobenen Straßen und Wohnviertel zum ausschließlichen Wohnen für die deutsche Bevölkerung, wobei diese auch nur die für sie vorgesehenen Straßen bewohnen darf.

Einen nach solchen volkspolitischen Gesichtspunkten ausgerichteten Plan unter Abgrenzung der ausschl. den Deutschen vorbehaltenen Straßen und unter Festlegung der ausschl. für die Juden bestimmten Wohnviertel nach den derzeitigen Bestand der Städte aufzustellen, ist Aufgabe der Städte bzw. unter Aufsicht des zuständigen Landrats in Będzin [...]

Aufgabe der staatlichen Polizeiverwaltung ist es, nach endgültiger Aufstellung der einzelnen Pläne den Juden das Betreten bestimmter Straßen, Plätze, Grünanlagen durch Polizeiverordnung zu verbieten und ihnen, wo notwendig, gewisse Straßenübergänge anzuweisen, mit anderen Worten also, den in den einzelnen Städten auszusprechenden Judenbann zu verhängen.“²⁰

Obwohl Vertreter der betroffenen jüdischen Gemeinden wiederholt verzweifelte Bitten um eine Drosselung des Tempos vortrugen, wurden diese Pläne in den folgenden Monaten in die Tat umgesetzt. Die Furcht vor Seuchen und die vermeintliche Notwendigkeit, die deutsche bzw. „arische“ Bevölkerung von den jüdischen „Krankheitsträgern“ fernzuhalten, spielten eine Rolle in einigen Debatten, obwohl es gerade die von den Nationalsozialisten verfolgte Politik war, die zur Verschlechterung des Lebensstandards und so mittelbar zur Verbreitung schwerer Krankheiten und steigenden Sterblichkeitsraten unter den Betroffenen führte.

In mancherlei Hinsicht hatte Klaus nicht unrecht mit seiner Behauptung, er sei „nur“ mit Verwaltung befasst gewesen. Das Problem liegt freilich darin, dass „Verwaltung“ in einem solchen Kontext bedeutete, die Rassenpolitik des nationalsozialistischen Innenministeriums umzusetzen, und dabei war Klaus unmittelbar Gauleiter Fritz Bracht und damit letzten Endes eben auch Himmler und Heydrich unterstellt. „Reine Verwaltung“ war dementsprechend hochpolitisch,²¹ und vieles von dem, was für das Gebiet des Altreiches verordnet wurde, hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die neueingegliederten Gebiete, deren Struktur grundverschieden war.

Heydrichs Befehl vom 1. September 1941, der es Juden im Reich verbot, ihre jeweiligen Wohngemeinden ohne schriftliche Erlaubnis der örtlichen Polizei zu verlassen,²² setzte

²⁰ APK, Der Landrat des Kreises Bendsburg, 771/10, „Betrifft: Gesonderte Unterbringung der jüdischen Bevölkerung in den Städten Sosnowitz, Będzin, Dombrowa und Czeladz, Besprechung im Hause der Kameradschaft in Sosnowitz am 8. 1. d. Js.“, Bl. 51f. Unterstreichungen im Original.

²¹ Es fehlt hier der Raum, um ausführlich darzulegen, in welchem Ausmaß diese Vorstellung von einer „apolitischen Verwaltung“ ein absurder, wenngleich zweckmäßiger Nachkriegsmythos war. Gleiches gilt für zahlreiche andere Selbstentlastungsstrategien.

²² Reichsgesetzblatt I (1941), S. 547.

weitere Schritte in Gang, die zu einer Konzentrierung in immer engeren Gebieten führten. Die Durchführung gestaltete sich allerdings schwierig im Ballungsraum um Dąbrowa, der, wie der Vorsitzende der jüdischen Ältestenräte in Ostoberschlesien Moshe Merin feststellte, faktisch ein einziger großer, vielfach verflochtener Wirtschaftsraum war.²³ Im Oktober 1941 gab es anhaltende Diskussionen darüber, wie die neuen Anweisungen am effektivsten umzusetzen seien; dies galt auch für Vorschläge von Seiten Merins, dass Juden, die noch in vergleichsweise isolierten Gemeinden lebten, doch in Gebiete mit einer dichteren jüdischen Bevölkerung verbracht werden könnten. Im Ergebnis spielte dies dem Vorhaben einer Konzentrierung der Juden in bestimmten Gebieten in die Hände.²⁴

Tatsächlich wurden viele Juden aus den kleineren Dörfern und Weilern in größere Konzentrationen in den Städten überführt, woraufhin eine ganze Anzahl lokaler Beamter nicht ohne Stolz vermeldete, sie hätten keinen Bedarf für die besonderen Passierscheine, mit denen die Juden zur Arbeit gelangen konnten. Der Bürgermeister von Czeladź, ein gewisser Felden, der einer von Klausas engsten Mitarbeitern war und später sein Stellvertreter im Landkreis werden sollte, präsentierte Pläne, nach denen „seine“ 1 200 Juden (aus einer Gesamtbevölkerung von 23 000) in einem sehr kleinen Gebiet zusammengeführt werden sollten, das im Wesentlichen aus einem von zwei Parallelstraßen begrenzten Block bestand.²⁵

Uns liegen unzählige Zeugnisse und mündliche Berichte über die Vielzahl menschlicher Tragödien vor, die aus der Überfüllung, Mangelernährung, Krankheit und Misshandlung entstanden sind und die hier aus Platzgründen nicht referiert werden können. Einzelpersonen, die darüber ausgesagt oder sich unmittelbar nach dem Krieg zu einem Interview bereit gefunden haben, haben oft Details und Zeitstimmung erfasst. Besonders anschauliche und emotional aufgeladene Passagen sind etwa in den Gesprächen zu finden, die in den ersten beiden Nachkriegsjahren von David Boder, einem Professor für Psychologie am Illinois Institute of Technology in Chicago, mit Menschen in *Displaced Persons*-Lagern geführt wurden.²⁶ Auch Zeugenaussagen, die zu diesem frühen Zeitpunkt der Wiener Library übergeben wurden, sind bemerkenswert detailliert. Dasselbe gilt für Aussagen, die im Jüdischen Historischen Institut in Warschau überliefert sind.²⁷ Aber diese Berichte, so unschätzbar wertvoll sie sind, wenn Erfahrungen der Betroffenen, ihrer Freunde und Verwandten in dieser schrecklichen Zeit im Detail rekonstruiert werden sollen, erwähnen die Täter nur vage; sie erscheinen gewöhnlich nur in einer sehr verallgemeinerten Form als „Gestapo“, „Deutsche“ und „Nazis“. Es fällt auf, dass besonders traumatische Augenblicke und Erfahrungen wie die Trennung von nächsten Angehörigen oder deren Tod, Festnahmen, Selektionen und Deportationen, aber auch Überlebensstrategien bei der Ankunft in Auschwitz-Birkenau oder in Sklavenarbeitslagern in diesen Er-

²³ APK, Regierung Kattowitz, 119/2780, Brief vom 27. 9. 1941, Moshe Israel Merin, Der Leiter der Ältestenräte der jüdischen Kultusgemeinden in Ost-Oberschlesien, an den Herrn Regierungspräsidenten in Kattowitz, Bl. 32.

²⁴ APK, Regierung Kattowitz, 119/2780, Briefe vom 26. 10. 1941, Bl. 91– 94.

²⁵ APK, Polizeipräsident Sosnowitz, 807/317, Bl. 238 und 295. Es gibt keinen Ort des Gedenkens für dieses Ghetto im gegenwärtigen Czeladź. Die Spuren dieses Teils der Stadtgeschichte sind lediglich auf dem noch immer existierenden und recht gut erhaltenen jüdischen Friedhof zu finden, der etwas außerhalb der Stadt an der Straße nach Będzin liegt.

²⁶ Einzelheiten unter <http://voices.iit.edu/> (24. 9. 2012).

²⁷ Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego Warszawa (Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau), Bestand 301 (Relacje).

zählungen oft dominieren. Das Grauen erscheint daher als eine frische und sehr präsente Erinnerung, doch abgesehen von der relativ häufig geäußerten Kritik am Judenrat unter Moshe Merin, der als selbstsüchtiger Kollaborateur und als Verräter an den jüdischen Bemühungen um Widerstand oder Rettung wahrgenommen wird, ist die Sicht auf alles, was hinter dem unmittelbaren physischen Gewaltakt lag, schemenhaft, vage und unspezifisch. Diese unmittelbaren Nachwehen beeinflussen noch immer nicht nur Zeugenaussagen, die während juristischer Untersuchungen abgegeben werden, sondern prägen auch spätere Berichte. Dies gilt etwa für die Oral-History-Interviews, die mit Überlebenden aus der Region vom Shoah Foundation Institute der University of Southern California geführt wurden.²⁸

Zu den traumatischen Erfahrungen der Juden selbst kommt noch der Umstand, dass der juristische Fokus in der Nachkriegszeit vor allem auf die Verfolgung von Taten gerichtet wurde, die strafrechtlich definiert und greifbar waren. Dies bedeutete, dass die Untersuchung von Kriegsverbrechen sich ganz überwiegend auf spezifische Fälle von Gewalttaten konzentrierte, die besonders brutal und vorsätzlich begangen wurden.²⁹ Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen auch immer bestimmte, namentlich bekannte Einzeltäter, die möglicherweise noch zur Rechenschaft gezogen werden konnten. Dementsprechend neigten Zeugenaussagen in juristischen Verfahren ebenfalls dazu, auf bestimmte Gewalttaten sowie auch auf die Beweggründe und Handlungen von Einzeltätern zu fokussieren, die Menschen ermordet hatten oder anderweitig mit besonderen Brutalitäten hervorgetreten waren.

Aussagen, die einer juristischen Untersuchung dienen, konzentrieren sich naturgemäß darauf, die jeweils gestellten Fragen zu beantworten. Wenn Überlebenden Namenslisten von Personen vorgelegt wurden, deren Beteiligung an bestimmten Ereignissen oder Gewalttätigkeiten in dem Gebiet nachzuweisen war, dann antworteten sie mit Einzelheiten über diejenigen Einzeltäter, deren Namen sie wiedererkannten oder an die sie sich erinnern konnten, und sie berichteten von besonderen Gewalttaten, wobei sie oft auf entsprechende Fingerzeige des Fragenden antworteten. Viele Überlebende erinnerten sich, wie Menschen gehängt wurden, weil sie des Schwarzhandels bezichtigt worden waren, oder sie berichteten von Massentötungen, die häufig als „Repressionen“ eingesetzt wurden, um die Bevölkerung zu terrorisieren, wenn gerade ein Deutscher verletzt oder getötet worden war. Sie erinnern sich, wie Menschen auf offener Straße brutal und sadistisch misshandelt wurden und aus geringfügigem Anlass oder gänzlich grundlos willkürliche Gewalt erfahren mussten. Kaum jemand erinnert sich an Angehörige der deutschen Zivilverwaltung, und nur in wenigen Ausnahmefällen haben Zeugen ausgesagt, sie könnten sich an die Anwesenheit des Landrats bei kleineren „Aktionen“ erinnern.³⁰

²⁸ Zum Wandel, den das Wesen der Zeugenaussage erfahren hat, siehe auch Annette Wieviorka, *The Era of the Witness*, Ithaca/London 2006.

²⁹ Siehe z. B. Devin O. Pendas, *The Frankfurt Auschwitz Trial, 1963–1965: Genocide, History and the Limits of the Law*, Cambridge 2006.

³⁰ Bundesarchiv (BArch), B 162/7722, Zeugenaussage von Izchak Muszinski (geb. am 10.10.1899), Bl. 197; BArch, B 162/7723, Zeugenaussagen von Izchak Muszinski, Bl. 115f.; BArch, B 162/7723, Zeugenaussage von Jakob Muszynski (geb. am 10.10.1921), Bl. 99. Die Ähnlichkeit der beiden Familiennamen ist auffällig, doch bleibt unklar, ob und ggf. wie diese beiden Zeugen vielleicht miteinander verwandt waren (möglicherweise Vater und Sohn, oder Onkel und Neffe, bei denen sich die Schreibweise der Familiennamen mit der Zeit geändert haben könnte). Als sie ihre jeweiligen Aussagen machten, lebten beide in verschiedenen Kibbuzim in Israel.

Eine dieser Aussagen muss hier stellvertretend für viele andere stehen. Eugenia Dancygier, geborene Fajner, sprach am 27. Mai 1969 von zahlreichen „Grausamkeiten und Barbareien“. Juden seien gehängt worden, weil sie mit Essensmarken oder verbotenen Nahrungsmitteln gehandelt hätten. Dies bestätigen viele andere Überlebende und auch ältere polnische Zeugen aus der Gegend.³¹ Dancygier berichtet über den Gestapo-Mann Hans Dreier aus Kattowitz:

„Im Jahre 1942 am Sammelpunkt auf dem Sportplatz an der Straße ‚ul. Aleja‘ war ich Zeugin seiner schrecklichen Mordtaten. Dreier schoss dort in die Menschenmenge hinein. Mit einem Lächeln um den Mund und einem Revolver in der Hand ging er ganz langsam an den Kinderwagen vorbei und schoss auf die Säuglinge. Eine Mutter, die in meiner Nähe stand – sie hieß Najman und wohnte in der Straße ‚ul. Sienkiewicza 14‘ – erlitt einen Nervenschock, als sie die blutüberströmten und unschuldigen Opfer Dreiers erblickte. Sie schrie ‚wo ist mein Kind?‘ Dreier näherte sich der Frau und an Stelle einer Antwort schoss er sie nieder. Die Frau war sofort tot. Gegen Abend suchte Dreier von uns einige Personen heraus, darunter war auch ich, und gab uns den Auftrag, die herumliegenden Leichen wegzuräumen und sie am Zaun zurechtzulegen. Er sagte dabei ‚Weg mit der Scheiße‘.“³²

Es ist kaum zu bezweifeln, dass derart brutale Gewaltakte zutiefst schockierend waren und lange nachwirkende Traumata verursachten.

Während die Schlinge stetig enger gezogen wurde, blieben ökonomische Erwägungen zentral in dieser Gegend mit ihrem großen Arbeitskräftepotenzial. Im November 1941 war es offenbar die Hauptsorge des Polizeipräsidenten von Woedtke, dass die Juden unter strenger Polizeiaufsicht standen, wenn sie sich zwischen ihren Wohngebieten und Arbeitsplätzen bewegten; daneben war er von Schmelts Auftreten, zu dem er ohnehin ein feindseliges Verhältnis hatte, zunehmend verärgert. Schmelts hatte auch den Eindruck, dass von Woedtke sich mit der Ausstellung von Sonderpassierscheinen für Juden Zeit ließ, die damit selbstständig an ihre Arbeitsplätze gelangen sollten. Von Woedtke schien dieser letzte Rest „Freiheit“ ganz grundsätzlich nicht zu gefallen; er bevorzugte eine Option, die die Bewegungen der Juden in einem noch größeren Ausmaß kontrollierte. Einige von ihnen waren bereits „lagermäßig zusammengefasst“, so dass sie gruppenweise zur Arbeit geführt werden konnten; einige mussten aber immer noch „geschlossen zum Arbeitseinsatz gebracht“ werden. Nach von Woedtkes Ansicht war ständige Kontrolle der Schlüssel: „Es muß unter allen Umständen die Gewähr dafür gegeben sein, daß die Juden ständig unter Aufsicht stehen und keine Gelegenheit haben, sich eigenmächtig zu entfernen.“³³

Von Woedtke verfolgte dieses Ziel beharrlich und brachte es sogar bei der Regierung Kattowitz zur Sprache: „Eine wirkungsvolle Unterbindung der Schiebereien und des Schleichhandels erscheint mir nur möglich durch die völlige Absperrung der Juden in einem Ghetto.“³⁴ Doch eben zu dieser Zeit hatte die selbst aufgebrachte Frage, was mit den Juden zu tun sei, einen gänzlich anderen Beigeschmack erhalten und rückte den Ghettoisierungsprozess in ein völlig anderes Licht.

³¹ Vgl. die Oral-History-Interviews, die ich in der Gegend mit Unterstützung von Marta Szyska in den Jahren 2008 und 2009 geführt habe.

³² BArch, B 162/7722, Bl. 23f.

³³ APK, Regierung Kattowitz, 119/2780, Aktenvermerk über eine Besprechung im Polizeipräsidium Sosnowitz am 12. 11. 1941, Bl. 95-99, hier Bl. 95f.

³⁴ APK, Regierung Kattowitz, 119/2783, Brief von Woedtke an den Herrn Regierungspräsidenten [Springorum] in Kattowitz, 11. 12. 1941, Bl. 14-20, hier Bl. 20.

Ghettoisierung und die „Endlösung“

Bereits seit 1940 hatte es regelmäßige Verhaftungen und Deportationen von Juden nach Auschwitz gegeben, meist wegen irgendwelcher kleinerer Vergehen gegen die unzähligen Bestimmungen, denen sie mehr und mehr unterworfen warfen (dazu gehörte u. a., dass sie jeweils nur den rechten Bürgersteig in Verkehrsrichtung benutzen durften), aber auch, wenn Anweisungen nicht ausgeführt wurden, die die Deutschen über die Judenräte weitergaben. Letztere waren damit genötigt, wie so viele andere auch, an der Misshandlung und Ermordung von Menschen mitzuwirken, für deren Vertretung sie gehalten wurden.³⁵ Schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt (deutlich vor der Errichtung Birkenaus) war allgemein bekannt, dass zwar Polen mitunter von einer Inhaftierung zurückkehren konnten, Juden im Allgemeinen aber nicht – von ihnen kamen Nachrichten oft nur noch in Form einer Geldforderung, die die Kosten für die Entsorgung menschlicher Asche decken sollte, wenn jemand nach der Ankunft im Lager binnen weniger Tage angeblich „an natürlichen Ursachen“ gestorben war.

Als aber Strategien für die Massenvernichtung entwickelt wurden, veränderten sich Ausmaß und Ziele der Deportationen deutlich. Der erste Zug, der den Bahnhof von Będzin in Richtung Auschwitz verließ, war voll mit Beuthener Juden, die Mitte Februar 1942 unmittelbar ermordet werden sollten. Ab März fuhren die Transporte häufiger. Im Mai 1942 erfolgte die erste größere Deportation aus Będzin; eine weitere Selektion und Deportation zog sich im August 1942 über einige Tage hin. Dabei wurden rund 23 000 Juden auf zwei Sportplätzen in Będzin versammelt, die in Arbeitslager deportiert, vorübergehend vor Ort festgehalten oder, im Fall von etwa 4 700 Juden, für den sofortigen Transport in den Tod in Auschwitz selektiert wurden. Ähnliche „Aktionen“ fanden an beiden Daten auch im benachbarten Sosnowiec statt. Gerüchte hatten schon im Frühjahr die Runde gemacht, befeuert von Berichten über die Vorgänge an anderen Orten im Generalgouvernement und im Warthegau, und von der häufigen Beobachtung, dass die sehr Alten, die Kranken, die Arbeitsunfähigen, sowie kleine Kinder und Säuglinge wohl kaum in Arbeitslager verbracht werden konnten. Nach den Ereignissen im August 1942 konnte es keinen Zweifel mehr darüber geben, was diejenigen erwartete, die in dieser Form „evakuiert“ wurden.³⁶

Nach der größeren Deportation vom August 1942 hatte sich die Situation daher unter wesentlichen Gesichtspunkten verändert. Erstens war es nun ziemlich klar, dass viele Juden entweder wussten oder doch wenigstens argwöhnten, dass Selektionen den Tod für all jene nach sich zogen, die für die Arbeit als zu alt, zu jung oder zu krank erachtet wurden. Dies veränderte ihre Wahrnehmung auf die deutschen „Aktionen“ radikal und erschwerte es den Nationalsozialisten, die Menschen zusammenzutreiben. Tricks, wie sie etwa in der Ermunterung der Juden bestanden hatten, sich selbst an bestimmten Sammelpunkten einzufinden, um ihre Papiere stempeln zu lassen, würden daher nie wieder Erfolg haben. Daher mussten Juden unbedingt wirksam festgesetzt werden, um den rei-

³⁵ Siehe z. B. APK, Polizeipräsident Sosnowitz, 807/317, Der Sonderbeauftragte des Reichsführers SS für den fremdvölkischen Arbeitseinsatz in Oberschlesien, Sosnowitz, 1. 11. 1940, Bl. 8f.

³⁶ Diese Entwicklungen und auch die Verbreitung von Gerüchten und Ängsten werden ausführlicher erörtert in Fulbrook, *A Small Town near Auschwitz*; Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz; siehe auch Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945*, Reinbek bei Hamburg 1989.

bungslosen Ablauf von Razzien und Deportationen sicherzustellen. Dies wiederum veränderte den Zweck der Ghettoisierung grundlegend. Was danach folgte – während Klausas noch immer für die Verwaltung zuständig und für die Ghettoisierung verantwortlich war – könnte helfen zu erklären, warum er sich solche Mühe gab, wiederholt und fälschlich zu insistieren, dass er von diesem Zeitpunkt an eigentlich nicht mehr in Będzin präsent gewesen sei.

Den neuen Zweck der Ghettoisierung, das leichtere Einfangen der Juden für die Deportation, formulierte ausdrücklich der Gestapo-Beamte, der in Kattowitz für Judenfragen zuständig war, also kein Geringerer als der gefürchtete Dreier. Er äußerte sich dazu im September 1942 bei einem Treffen städtischer Beamter in Będzin. Die prominente Rolle, die Dreier bei vorangegangenen Deportationen zusammen mit Kollegen wie Dr. Mildner gespielt hatte, der ein häufiger Besucher in Auschwitz war, war zu diesem Zeitpunkt wohl bekannt, und die städtischen Behörden wussten ohne Frage, welches Ziel die weitere Ghettoisierung verfolgte und worin die vorgeschlagene „Lösung“ bestand. Das von einem Stadtbeamten verfasste Protokoll dieses Treffens vermerkte: „Bei der örtlichen Vorbereitung weiterer Evakuierungen ist daran gedacht worden, die Juden möglichst in einem Stadtteil zusammenzuziehen [...] Die Vorbereitungen sollen so getroffen werden, dass keine Unruhe unter den Juden eintritt.“³⁷

Die städtischen Behörden waren ganz eindeutig verantwortlich dafür, die physische Konzentration der Juden zu organisieren, damit schließlich die Razzia durchgeführt werden konnte. Dies war, wie sie einräumten, nicht ganz einfach, da die Opfer inzwischen meist wussten, was ihnen bevorstand. Es ist bemerkenswert, dass die Behörden zwischen „ökonomisch nützlichen“ Juden und solchen unterschieden, die sofort ermordet werden sollten. Das Protokoll des Treffens hielt fest: „Zunächst dürften bei den Betrieben die im Arbeitsprozess stehenden Juden erfasst werden. Bei dieser Erfassung könnte sich dann die Anzahl derjenigen feststellen lassen, die für die Evakuierung in Betracht kämen.“³⁸

Die städtischen Behörden waren in den folgenden Monaten unmittelbar daran beteiligt, eine bemerkenswert präzise Aufstellung derjenigen Juden zu erstellen, die von ihren deutschen Arbeitgebern als wesentlich für das Funktionieren ihrer Unternehmen angesehen wurden.

Die Zivilverwaltung in Będzin war sich deshalb zu diesem Zeitpunkt auch völlig im Klaren darüber, dass diese letzte Phase der Ghettoisierung nichts anderes war als die Einspernung vor der endgültigen „Evakuierung“, die Będzin gänzlich „judenfrei“ machen sollte. Viele Überlebende haben diese Formulierung später immer wieder und unabhängig voneinander wiederholt, in Oral-History-Interviews, die ein halbes Jahrhundert nach dem Ereignis geführt wurden, und auch in den schon erwähnten, von der USC Shoah Foundation geführten Gesprächen. Dass dieses Wort sich derart in den Köpfen von Überlebenden festsetzen konnte, die es später nach Australien, Großbritannien und Nordamerika verschlug, ist ein starkes Indiz für seine weitverbreitete Gebräuchlichkeit im Alltag. Es überrascht kaum, dass Klausas nach dem Krieg ungern allzu eng mit den Ereignissen dieser Zeit in Verbindung gebracht werden wollte.

Es gab noch weitere Gründe, warum die Ghettoisierung und eine „Endlösung“ immer dringlicher erschienen, und zwar jetzt auch aus der Sicht der städtischen Behörden. Ihnen war sehr bewusst, dass sie Vorschriften zu folgen hatten, die für das Altreich erlassen

³⁷ GStAPK, HA XVII Rep. 229. BA Ost 12 St. Bendsburg/1, Bericht vom 29. 9. 1942.

³⁸ Ebenda.

worden waren, wobei sie es aber mit völlig anderen Umständen zu tun hatten. Anfang Oktober 1942 klagte der Oberbürgermeister von Sosnowiec, dass es wegen des beschleunigten Tempos, mit dem Polen zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt wurden, und wegen der jüngsten „Evakuierung“ von etwa 6 000 Juden eine zunehmende Arbeitskräfteknappheit in der Gegend gebe.³⁹ Dies hatte weitere Auswirkungen auf die Deutschen, die sich über Engpässe bei bestimmten Waren wie Zigaretten und Schokolade beschwerten. Die Bedingungen sollten sich noch einmal dramatisch verschlechtern, als der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Wirkung zum 19. Oktober 1942 beschloss, die Lebensmittelzuteilung für die Juden noch weiter, faktisch auf Hungerrationen zu kürzen, was vorhersehbare Folgen sowohl für die Arbeitsproduktivität als auch für den Gesundheitszustand der Bevölkerung hatte. Aus diesem Blickwinkel schien daher eine „Endlösung“ immer dringender zu werden:

„Auf eine neue Anweisung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft erhalten die Juden vom 19. Okt. ds. Js. ab Lebensmittel nur noch in sehr beschränktem Umfang. Jede Zuteilung von Fleisch, Eiern und auf Sonderzuteilung ausgegebene Mangelwaren an Juden ist in Zukunft ausgeschlossen. Es fragt sich, ob unter diesen Umständen nicht mit allen Mitteln die weitere Evakuierung der Juden durchgeführt werden sollte. Der Erlass des Reichsministers bezieht sich auf das ganze Reich und hat im Altreich bei der geringen noch vorhandenen Zahl von Juden sicherlich keinerlei Bedeutung für die einzelne Gemeinde. Hier aber, wo die Juden in großem Umfang in den Arbeitsprozess eingeschaltet sind, hat der Erlass zur Folge, dass immer mehr Juden für den Arbeitsprozess ausfallen müssen, der öffentlichen Wohlfahrt der Kultusgemeinen anheim fallen und als Seuchenträger, die vollkommen unterernährt der Krankheit keinen Widerstand mehr leisten können, die deutsche Bevölkerung in ganz erheblichem Masse gefährden.“⁴⁰

Anders als in früheren Jahren, als die Gefahren von Epidemien bereits als Anlass zu ernster Besorgnis für die Deutschen erwähnt worden waren, gab es nun einen kurzen Weg zu einer „Lösung“ – die schlichte Tötung der jüdischen Bevölkerung, die inzwischen als unmittelbare Folge der deutschen Ausbeutungspolitik, von Überfüllung und Mangelernährung tatsächlich und nicht nur im übertragenen Sinne zum „Krankheitsträger“ geworden war und damit eine echte „Gefahr“ für den deutschen Staat darstellte.

Die Stimmung der folgenden Monate hat Rutka Laskier in einem Notizbuch festgehalten.⁴¹ Rutka war Jahrgang 1929 und stand, als sie ihre Zeilen schrieb, kurz vor der Pubertät. Die meisten Einträge in ihrem Tagebuch stammen aus der Zeit zwischen dem 19. Januar und dem 24. April 1943. Sehr viel Raum nehmen Gespräche mit ihren Freundinnen und Freunden ein, besonders aber ihr wachsendes Interesse an einem Jungen namens Janek. Rutka hatte vorher das akademisch anspruchsvolle Fürstenberg-Gymnasium besucht, das von den Deutschen nach dem Einmarsch geschlossen worden war; sie hatte großes Interesse an Literatur und war geübt darin, ihre Gedanken zu Papier zu bringen. Ihre Beobachtungen, nicht so sehr der Täter, als vielmehr der Auswirkungen, die die nationalsozialistische Besatzung auf die Opfer hatte, sind bemerkenswert klarsichtig. Am 5. Februar 1943 war sie so weit, die Existenz Gottes zu bezweifeln:

„Der Funken Glaube, den ich einmal besaß, hat sich inzwischen gänzlich verloren, wenn es Gott gäbe, würde er bestimmt nicht erlauben, dass man Menschen bei lebendigem Leib in den Ofen

³⁹ GStAPK, HA XVII Rep. 201e. Ost 4 Reg. Kattowitz Nr. 13, Der Oberbürgermeister der Stadt Sosnowitz, 6. 10. 1942, Bl. 126, S. 1.

⁴⁰ Ebenda, Bl. 127, S. 3f.

⁴¹ Rutka Laskier, Rutkas Tagebuch. Aufzeichnungen eines polnischen Mädchens aus dem Ghetto, Berlin 2011.

stößt, dass kleinen Kindern mit dem Karabiner der Kopf zertrümmert wird oder dass man sie in einen Sack stopft und vergast [...] die es nicht gesehen haben, glauben es nicht; aber es ist kein Märchen, es ist die Wahrheit.⁴²

Am folgenden Tag notierte sie, welche Wirkung all dies auf sie selbst hatte: „Etwas ist in mir zerbrochen. Wenn ich an einem Deutschen vorbeigehe, zieht sich in mir alles zusammen, ich weiß nicht, ob aus Angst oder Hass [...].“⁴³

Rutkas Eintrag von diesem Tag ist lang, und sie erinnert sich darin auch an Ereignisse vom vergangenen Sommer, insbesondere an die Selektion, die am 12. August 1942 auf dem Hakoach Sportgelände in Będzin begann. Ihrem Bericht über ihre eigene Selektion zur Zwangsarbeit und über ihre anschließende Flucht aus dem Waisenhaus, in dem die für die Deportation vorgesehenen festgehalten wurden, fügte sie hinzu:

„[...] ach, das Wichtigste habe ich vergessen, ich sah mit eigenen Augen, wie ein Soldat einer Mutter ihr einige Monate altes Kind entriss und es mit dem Kopf gegen einen Laternenpfahl schlug. Das Gehirn zerspritzte auf dem Holz, die Mutter bekam einen Anfall, ich schreibe das, als wäre nichts geschehen, als wäre ich mit den Grausamkeiten vertraut, aber dabei ich bin doch jung, ich bin vierzehn Jahre alt und habe noch nicht viel im Leben gesehen, und trotzdem bin ich schon derart gleichgültig. Ich empfinde [...] jetzt nur eine so schreckliche Angst, wenn ich eine ‚Uniform‘ sehe, befällt mich Trauer über die Massen, die auf den Tod warten. Haha, hier kann man verrückt werden, wenn man sich das alles bewusst macht.“⁴⁴

In einem letzten, nicht ganz klar einzuordnenden Fragment, das nach ihrem letzten Tagebucheintrag vom 24. April 1943 folgt und das frühere Datum des 11. August 1942 trägt, obwohl es eindeutig nicht diesen Tag beschreibt (es war der Tag vor dem Beginn der Selektionen vom 12. August), schrieb Rutka über den Winter im Ghetto:

„Der Schnee sinkt in großen weißen Flocken herab und verdeckt den Schlamm der Straße mit einem weißen Überzug. Winter. Doch auf der Straße hört man nicht das fröhliche Geschrei der Kinder, das für gewöhnlich die Ankunft des Winters kennzeichnet. Für die meisten Bewohner des Ghettos ist der Winter gleichbedeutend mit dem Gespenst der Not und des Hungers. Überall Schlangen, Schlangen nach Kartoffeln, nach Steckrüben, Kohlen, Brot. Ärmlich gekleidete Kinder strecken den Passanten ihre Hände entgegen. Diese Kinder sind das Stigma des grauen Ghettos. Die Eltern wurden umgesiedelt, und die ihrem Schicksal überlassenen Kinder treiben sich auf der Straße herum. Die Gesichter der Menschen sind bekümmert und traurig. Plötzlich ein Schrei. Ein Polizist versetzte einem verhutzelten Greis einen Stoß, dieser fiel hin und schlug mit dem Kopf gegen einen hervorstehenden Stein. Der weiße Schnee saugte das Purpur des Blutes auf. Hier weint eine Frau, ihr Mann wurde verhaftet, wer weiß, ob sie ihn je wiedersieht ...

Vom Kirchturm schlägt es fünf. Die Arbeiter der Werkstatt strömen auf die Straße. Schlecht ernährte Mädchen, anämisch⁴⁵

Der Wert dieser Beschreibungen liegt in ihrer Aussagekraft über Menschen, die sich an ihr Leben klammern, wohl wissend, dass auch sie am Ende wahrscheinlich todgeweiht sind. Aber für Rutka war nicht zu erkennen – wie für so viele andere auch nicht –, wer für ihre Lage verantwortlich war.

Im Winter und Frühjahr 1942/43 erlebten die Juden von Sosnowiec und Będzin die letzte Phase der Ghettoisierung in dieser Gegend. Sie wurden in ein Ghettogebiet gezwungen, das aus den zwei kleineren, miteinander verbundenen Ghettos Śródula bzw.

⁴² Ebenda, S. 53.

⁴³ Ebenda, S. 56.

⁴⁴ Ebenda, S. 63. Zweite Auslassung im Original.

⁴⁵ Ebenda, S. 113 und 115. Der Text bricht ab, da der restliche Text auf der Originalseite verwischt ist.

Klein Srodula und Kamionka bestand. Die Auflösung des Ghettos begann am 22. Juni 1943 und endete während der ersten beiden Augustwochen, nicht ohne dass vorher heftiger Widerstand von Seiten der Juden gebrochen werden musste. Viele von ihnen versteckten sich in „Bunkern“ oder lieferten sich bewaffnet ein letztes Gefecht mit den Deutschen. Die letzten in dem Gebiet verbliebenen Juden wurden zusammengetrieben und umgebracht. Es überlebten nur diejenigen, denen die Flucht geglückt oder denen es gelungen war, sich zu verstecken, Schutz durch die „Rossner“-Shops zu finden, oder auch in die Gruppe zu kommen, denen die Säuberung des leeren Ghettos übertragen wurde.

Wie schon gesagt, datierte Udo Klausas die endgültige Aufgabe seines Landratspostens in Będzin und seine Rückkehr zur Wehrmacht ebenso beständig wie falsch auf den August 1942: Diesen Zeitraum gab er in allen drei Aussagen an, die er vor der Ludwigsburger Zentralstelle machte, und auch in seinen Memoiren.⁴⁶ Seine Datumsangaben sind auch für andere Zeiträume recht vage, z. B. gab er längere Kriegsdienstzeiten an, als er tatsächlich ableistete, in dem offenkundigen Versuch, für bestimmte Zeiträume, in denen besondere Ereignisse stattfanden, seine Abwesenheit zu belegen. Klausas ist allerdings konsequent in seiner falschen Behauptung, er habe Będzin im August 1942 verlassen, was unmittelbar damit zu tun gehabt habe, dass er Zeuge einer Deportation geworden sei, obwohl er aussagte, weder gewusst zu haben, dass der Bestimmungsort Auschwitz gewesen sei, noch, was dieser Bestimmungsort letztlich bedeutete. Er behauptet, ihm sei dennoch klar geworden, dass ein Verbrechen im Gange gewesen sei, und dass er kein Verlangen gehabt habe, „unschuldig schuldig“ zu werden; deshalb habe er sich, so sein Bericht, freiwillig für eine Rückkehr an die Front gemeldet und die Gegend nach wenigen Tagen verlassen, nicht ohne zuvor angeblich erfolglos versucht zu haben, das Leben eines jüdischen Angestellten zu „retten“. Tatsächlich wissen wir dank einer ganzen Anzahl zeitgenössischer Quellen, dass Klausas erst im Dezember 1942 an die Front gefahren ist und dass sich der Termin schlicht mit dem Ende einer krankheitsbedingten Dienstunterbrechung erklären lässt.⁴⁷ Da dies mit einer medizinischen Untersuchung zusammenhing, wird man nicht unbedingt davon sprechen können, dass er sich lieber freiwillig an der Front opfern wollte als sich an der Heimatfront zum Komplizen eines Verbrechens zu machen. Allerdings scheint Klausas tatsächlich insofern Einfluss auf das Ergebnis seiner Untersuchung genommen zu haben, als er sich dem Arzt offenbar als etwas gesünder präsentierte, als er es tatsächlich war. Dieser Fall eines möglichen inneren Widerstands ist höchst komplex.⁴⁸ Es ist aber bemerkenswert, dass Klausas dadurch, dass er seine angebliche Abwesenheit ab August 1942 so betonte, sich faktisch, aber wahrheitswidrig aus jeglicher Verantwortung für die letzte Ghettoisierungsphase zu lösen suchte. Diese war aber von der Stadtverwaltung beschlossen worden, während er ihr noch vorgesessen hatte, und sie war ausdrücklich dafür gedacht gewesen, die verbleibende jüdische Bevölkerung einzusperren, während sie der letzten Razzia und ihrer Ermordung harrete.

Die Naivität, die Klausas mit seiner rückschauenden Behauptung zur Schau stellte, er habe (offenbar als Einziger in der ganzen Gegend) nicht gewusst, was in Auschwitz vor sich ging, ist offenkundig nicht echt. Auch seine Behauptung, sich selbst freiwillig für den Kriegsdienst gemeldet zu haben, verzerrt die Wahrheit etwas. Tatsächlich war er längere

⁴⁶ BArch Ludwigsburg, B 162/2196; B 162/7723, Bl. 210–213.

⁴⁷ Siehe z. B. APK, Regierung Kattowitz, 119/6335, Brief vom Generalleutnant u. Inspekteur, Wehersatz-Inspektion Kattowitz, 20. 10. 1942, Bl. 127.

⁴⁸ Vgl. Fulbrook, A Small Town near Auschwitz.

Zeit krank gewesen, seine deswegen erfolgte Freistellung vom Dienst näherte sich ihrem Ende und ließ sich nur mit dem Nachweis verlängern, dass er für den aktiven Kriegsdienst aus gesundheitlichen Gründen nicht tauglich war. Klausas wurde im August untersucht, und zwar einen Tag vor dem Beginn der Deportation. Der Arzt konnte keine körperlichen Gebrechen bei Klausas feststellen, die es gerechtfertigt hätten, ihn noch länger freizustellen, und Klausas war seinerseits nicht bereit, vage Beschwerden und Verdauungsschwierigkeiten anzuführen, da dies den unsoldatischen Eindruck hätte aufkommen lassen, dass er versuchte, sich vor seinen militärischen Pflichten zu drücken.⁴⁹ Er wurde daher, obschon er weiterhin Symptome zeigte, die auf eine nicht völlige Genesung hindeuteten, für tauglich befunden, zumindest motorisiert an der Front Dienst zu tun. Ein genauer Termin dafür stand zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht fest, und nach einiger Verzögerung – die Regierung unter Springorum tat ihr Möglichstes, um Klausas Dienste in der Zivilverwaltung zu behalten – erhielt er seinen Marschbefehl schließlich für den 1. Dezember 1942, also deutlich nach dem von Klausas immer wieder behaupteten Augusttermin. Zu diesem Zeitpunkt aber war das Schicksal der Juden durch weitere Einsperrung in einem geschlossenen Ghetto besiegelt. Sie war zusammen mit der von Dreier vertretenen Kattowitzer Gestapo geplant und in Gang gesetzt worden, als Klausas noch aktiv auf seinem Posten war, und sie wurde von der Zivilverwaltung unter Klausas Stellvertreter Hans Felden und dem anscheinend ziemlich inkompetenten Bürgermeister von Będzin, einem gewissen Kowohl, durchgeführt. Auch wenn Klausas selbst nicht mehr präsent war, als Rutka Laskier langsam verzweifelte und sich wie ein todgeweihtes Tier zu fühlen begann, so waren es die von ihm in einer früheren Phase sanktionierten und ermöglichten Maßnahmen, die das Mädchen und Tausende andere Menschen in eben diese Lage gebracht hatten.

Und doch: Während viele Details in Klausas späterem Bericht offenkundig unwahr sind, und zwar in einer Form unwahr, dass ihm dies in den Nachkriegsgerichtsverfahren von Nutzen war, steckt ein Körnchen psychologischer Wahrheit in seiner Geschichte. Die Briefe, die seine Frau im fraglichen Zeitraum an ihre Mutter schrieb, lassen erkennen, dass Klausas zwar braungebrannt und wohlgenährt aus seiner Erholungskur im Sommer 1942 zurückkam, aber doch in sehr schlechter Stimmung war und dass sich seine „Nerven“ in einem schlechteren Zustand befanden als je zuvor; ihre Briefe zeugen ferner von einer gewissen Entspannung bei Klausas, nachdem die größere Augustdeportation ohne Schwierigkeiten vonstattengegangen war. Die Selektionen für die Deportation fanden an zwei Orten in Będzin statt; einer davon war das Hakoach-Sportgelände gleich gegenüber der Villa, die Klausas Familie bewohnte, und Klausas war vermutlich verstört von dem, was er als ein Verbrechen von ungeheurem Ausmaß wohl erkannte. Trotzdem scheint er in seinen Erinnerungen einmal anzudeuten, dass es nur böse sei, jemanden tatsächlich in die Gaskammern von Auschwitz zu führen, nicht aber, als SS-Mann Gefangene „auf der Flucht zu erschießen“, wie es eine klassische NS-Formulierung auch dann nannte, wenn der Schütze die fragliche Situation selbst dadurch provoziert hatte, dass er etwa den Gefangenen eine zuvor konfiszierte Kappe holen ließ.⁵⁰

Wo immer Klausas moralische Grenzen genau gezogen waren, vor dem Endstadium der Judenverfolgung, der physischen Vernichtung, scheint er zurückgeschreckt zu sein. Allerdings hatte er dies auf keiner Etappe des Weges getan, der dorthin geführt und dies er-

⁴⁹ Ich stütze meine Ausführungen hier auf Briefe, die Klausas Frau in dieser Zeit an ihre Mutter geschrieben hat. Ihrem Sohn bin ich sehr dankbar dafür, dass er die Verwendung gestattet hat.

⁵⁰ LVR, „Erlebt“, S. 156.

möglichst hatte: Weder die Stigmatisierung der Juden noch ihre Segregation noch ihre Einsperrung, die während des langen, von ihm beaufsichtigten Ghettoisierungsprozesses erfolgt war, hatte ihn aufschrecken können. Auch äußerte er zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Bedenken angesichts des Leids, das nationalsozialistische Politik seinen Mitmenschen bis dahin zugefügt hatte. Erst etwa 40 Jahre nach den von ihm beschriebenen Ereignissen versuchte er, in seinen Memoiren Mitgefühl für sie aufzubringen.

Es waren gerade die Vorurteile und Handlungen von Menschen wie diesem hochgebildeten Juristen und professionellem Staatsbeamten, denen anscheinend erst unwohl wurde, als das Endergebnis der Ghettoisierungspolitik deutlich sichtbar war, die es ermöglichten, dass andere an der Frontlinie der Gewalt den Holocaust in die Tat umsetzen konnten.

Fazit

Die historische Forschung hat „Täter“ bisher meist in einem konzeptionellen Rahmen konstruiert, der etwas weiter gefasst ist, aber doch in vielerlei Hinsicht demjenigen strafrechtlicher Ermittlungen ähnelt, die die Aussagen der Überlebenden mitgeformt haben. Diese „Täterforschung“ hat sich von Anfang an auf die Strategen an der Spitze konzentriert, also auf Hitler, Himmler und Heydrich, auf wichtige „Schreibtischtäter“ und hohe Bürokraten wie Eichmann, die in dem wuchernden System der Verfolgung und schließlich der Vernichtung Schlüsselrollen spielten. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Fokus erheblich erweitert und schließt nun z. B. auch „Vordenker der Vernichtung“ ein, die auf der Ebene von Bevölkerungsplanern und Rassentheoretikern tätig waren. Dabei findet auch das spezifische Klima Berücksichtigung, in dem sich entsprechende Strategien als Vorbedingungen für den Massenmord entwickeln konnten.⁵¹ Aus naheliegenden Gründen wurde ein sehr starker Schwerpunkt bei der Frage gesetzt, wie „gewöhnliche Menschen“ zu Mördern wurden, sei es in den Einsatzgruppen, in der SS, der Wehrmacht oder in Polizeieinheiten. Auch situative Faktoren haben Beachtung gefunden, etwa die Brutalisierung durch den Krieg, soziale Zwänge in den fraglichen Gruppen, aber auch Triebfedern wie persönliche Motivation und Ideologie. Insbesondere dem Antisemitismus wurde eine große Bedeutung zugeschrieben, und zwar sowohl in seiner traditionellen Ausprägung als auch in der Form, die ihm erst nationalsozialistische Sozialisierung und Propaganda gegeben haben. Vergleichsweise wenig Beachtung erfuhr bisher das Problem, wie diese Politik an der Basis umgesetzt wurde, von denjenigen, die sich gerade unterhalb der strategiebildenden Ebene bewegten, keine hohen Entscheidungsträger waren und sich gerade hinter den Frontlinien der Gewalt bewegten.⁵²

Seitdem Raul Hilberg sein begriffliches Dreieck aus „Tätern, Opfern und Zuschauern“ skizziert hat, neigt die Forschung dazu, von ihm unbeabsichtigt, die Zuschauer als eine irgendwie außerhalb des Unterdrückungssystems stehende Gruppe zu begreifen, während Täter und Opfer als natürliche Hauptakteure erscheinen.⁵³ Das „Zuschauen“ warf die

⁵¹ Siehe z. B. Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991.

⁵² Siehe jüngst Markus Roth, *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Göttingen 2009.

⁵³ Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1992. Vgl. auch Donald Bloxham/Tony Kushner, *The Holocaust: Critical Historical Approaches*, Manchester 2005, S. 176–211.

Frage auf, wie viel die Leute wussten, und warum sie nicht aktiv Widerstand leisteten. Das Problem hingegen, was auch die „Zuschauer“ taten, um dem System sein Funktionieren in der bekannten Weise zu ermöglichen, wurde kaum angesprochen. Hilbergs Dreieck lässt wenig konzeptionellen Raum dafür, Beziehungsgeflechte unter Gruppen zu untersuchen, die in dem Sinne, dass sie den nationalsozialistischen Rassismus aktiv ermöglichten und wissentlich von ihm profitierten, deutlich mehr taten, als es die landläufige Vorstellung von „Zuschauern“ nahelegt.

Ich habe hier versucht, mich auf etwas zu konzentrieren, was sich als „systemische Gewalt“ bezeichnen ließe, und auf die Wahrnehmung und Darstellung dieses Phänomens durch diejenigen, die ich als „Ermöglicher“ bezeichnen möchte. Außerdem wollte ich einige der Erfahrungen vermitteln, die diejenigen machen mussten, die von den Konsequenzen dieser Art von Gewalt mit voller Wucht getroffen wurden, ohne je zu erfahren, wo diese ihren Ursprung hatte. So lassen sich meines Erachtens die Alltagserfahrungen der Augenzeugen mit den Handlungen derjenigen zusammenbringen, die dem strafrechtlichen, nur unmittelbare Täter erfassenden Netz zwar entgangen sind, aber trotzdem – absichtlich oder nicht – dazu beigetragen haben, die praktischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Holocaust möglich werden konnte.

Aus dieser Analyse ergibt sich, dass die Suche nach individuellen Intentionen oder Motiven an der Basis möglicherweise zwar nicht gänzlich fehl am Platze, aber doch unzureichend ist. Statt dessen, oder doch wenigstens zusätzlich sind die Wege zu untersuchen, über die Menschen dazu bewegt werden konnten, bestimmte Rollen auszufüllen, sowie auch die Konsequenzen – nichtintendierte eingeschlossen – ihrer Handlungen in einem größeren System, in dem sie mit ihrer jeweiligen persönlichen Funktion immer nur kleine Rädchen waren. Diese waren relativ unbedeutend für die Ebene der weitreichenden strategischen Entscheidungen, aber sie waren zentral, wenn es darum ging, die Politik umzusetzen, die an anderer Stelle beschlossen wurde. Die fortschreitende Durchsetzung dieser auf Schwächung und Erniedrigung abzielenden Strategie wirkte sich auf ihre Adressaten verheerend aus und schuf so weitere „Gründe“ dafür, dass eine „Endlösung“ aus der Perspektive der deutschen „Herrenrasse“ zunehmend notwendig erschien. Sie schuf außerdem eine ganz praktische Situation, in der eine solche Lösung von den Kräften, die unmittelbar Gewalt ausübten, ganz leicht umgesetzt werden konnte. Das Handeln der Zivilverwaltung trug daher sowohl dazu bei, die Bedingungen zu schaffen, in denen der Völkermord weithin als die einzige „Lösung“ „denkbar“ wurde, als auch dazu, die Bedingungen zu schaffen, in denen eine solche „Lösung“ am effizientesten in die Praxis umgesetzt werden konnte. Ohne dies vielleicht jemals beabsichtigt zu haben, und auch wenn bei Udo Klaua deutlich zu erkennen ist, dass er es mit den „Nerven“ zu tun bekam, als die mörderischen Folgen klar wurden, war dieses Handeln der Zivilbevölkerung eine Schlüsselvoraussetzung für den Genozid. Die systemische Gewalt muss auch in jeden Bericht einbezogen werden, der sowohl der Erfahrung der Opfer gerecht werden als auch verstehen helfen will, wie die letzten Etappen der „Endlösung“ schließlich ermöglicht wurden.

Aus dem Englischen übersetzt von Pascal Trees

Benjamin Frommer

Verfolgung durch die Presse

Wie Prager Bürokraten und die tschechische Polizei halfen, die Juden des Protektorats zu isolieren

Als das nationalsozialistische Deutschland im März 1939 die Tschechoslowakei zerstörte und das Protektorat Böhmen und Mähren errichtete, gewann es nicht nur ein industrialisiertes Land in strategisch wichtiger Lage. Den Deutschen fiel nun die Kontrolle über eine der am besten integrierten jüdischen Gemeinden Europas zu; die Juden in der Tschechoslowakei sprachen durchweg Tschechisch und/oder Deutsch, lebten in der Bevölkerung verstreut und schlossen in ungewöhnlich hohem Maße Ehen mit Nichtjuden.¹ Infolgedessen wurde der auf Genozid zielende Prozess von Identifizierung und Separierung der Juden zu einem komplexen und langwierigen Vorgang. In den Monaten und Jahren nach dem März 1939 erließen die Behörden im besetzten Protektorat Böhmen und Mähren eine Reihe die Unterdrückung ständig steigender Vorschriften, welche die Juden zunehmend von ihren nichtjüdischen Nachbarn trennten. Beamte beschränkten erst und sperrten dann den Zugang zu öffentlichen Bädern, Restaurants, Tanzlokalen, Parks und anderen sozialen oder der Erholung dienenden Einrichtungen. Weitere Maßnahmen zogen dem Einkauf von Lebensmitteln und sonstigen Waren immer engere Grenzen, ebenso der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und bestimmter Straßen; der Gebrauch von Radio, Telefon und Fahrrädern wurde pauschal verboten. Erwachsene Juden verloren ihre Stellung und sahen sich aus Vereinen usw. hinausgeworfen; ihre Kinder wurden von den Schulen ausgeschlossen, ganze Familien aus Städten und Dörfern umgesiedelt. In seinem bahnbrechenden Werk über den Holocaust der böhmischen und mährischen Juden hat der tschechische Historiker Miroslav Kárný diesen schrittweisen Ausgrenzungsprozess als die Schaffung eines „Ghettos ohne Mauern“ bezeichnet, das die Juden von ihren nichtjüdischen Nachbarn separierte und die Bedingungen für die am Ende stehende Deportation in Ghettos und Vernichtungslager schuf.²

Bislang haben sich Historiker auf den Erlass der antisemitischen Verordnungen konzentriert, doch die Auswirkung weitgehend unerforscht gelassen. Wie Kárný, so haben auch John G. Lexa und Helena Petrův eine Reihe der im Protektorat verfügbaren antisemitischen Maßnahmen zusammengefasst, aber nur konstatiert, dass ihr kumulativer Effekt darin bestanden habe, „die Juden vollständig zu isolieren“. Keiner von beiden untersucht jedoch, wie dieser Prozess konkret abgelaufen ist.³ In der umfassendsten englischsprachi-

¹ Nach Schätzungen waren in der Fünfjahresperiode von 1928 bis 1933 nicht weniger als 43,8% der von Juden und Jüdinnen in Böhmen geschlossenen Ehen interkonfessionell; in Mähren waren es 30%; Kateřina Čapková/Michal Frankl/Peter Brod, Czechoslovakia, in: Gershon David Hundert (Hrsg.), *The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*, Vol. 1, New Haven, S. 376. Ezra Mendelsohn (*The Jews of East-Central Europe between the World Wars*, Bloomington 1983, S. 145) nennt mit 32% eine geringere, doch immer noch bedeutende Zahl.

² Miroslav Kárný, „Konečné řešení“: Genocida českých židů v německé protektorátní politice, Praha 1991, S. 50.

³ Helena Petrův, *Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava 1939–1941*, Praha 2000, S. 143; John G. Lexa, *Anti-Jewish Laws and Regulations in the Protectorate of Bohemia and Moravia*, in: Avigdor Dagan/Gertrude Hirschler/Lewis Weiner (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia. Historical Studies and Surveys*, Vol. III, Philadelphia/New York 1984, S. 77.

gen Arbeit über die Region beschreibt Livia Rothkirchen die Wirkung der antisemitischen Vorschriften in passiver Form: „Hunderte von völlig unschuldigen Menschen wurden gestraft, weil sie eine Straße kreuzten, zu der ihnen der Zugang verboten worden war, weil sie illegal Obst gekauft oder die für Juden festgesetzten Einkaufszeiten verletzt hatten, auch wenn dies ‚Verbrechen‘ nur eine Sache von Minuten war.“⁴ Soweit überhaupt von Durchführung die Rede ist, gilt die Aufmerksamkeit der Rolle der Deutschen. So schreibt Kárný: „Und eine weitere Unzahl der kleinlichsten Maßnahmen, deren Verletzung die Gestapo mit Terror und Inhaftierung ahndete, diente der Isolierung der Juden von der tschechischen und bestimmt auch von der deutschen Bevölkerung.“⁵

Im Folgenden wird versucht, da fortzufahren, wo Kárný, Rothkirchen und andere aufgehört haben, das heißt die Bestrafung der Verstöße gegen die antisemitischen Vorschriften genauer zu erforschen. Im Gegensatz zu der in der Literatur vorherrschenden Ansicht wird dabei dargelegt, dass die tschechische Bürokratie beim Bau des „Ghettos ohne Mauern“ eine entscheidende Rolle gespielt hat. Die Wissenschaft hat bislang alle tschechischen Funktionäre – außer die höchstrangigen – entweder ignoriert, entlastet oder gepriesen. In seiner 457 Seiten starken Geschichte des tschechischen Faschismus gleitet Tomáš Pasák über die „Anfänge der Arisierung und des schändlichen Antisemitismus“ auf lediglich drei Seiten hinweg und schließt mit einer unbelegten Erklärung tschechischer Faschisten, dass „alle Arten antijüdischer Aktionen von den tschechischen Behörden unmöglich gemacht“ worden seien.⁶ Ebenso sagt Detlev Brandes, dass „die [autonome Verwaltung] den Juden die Umgehung eines großen Teils der kleinlichen Einschränkungen und Schikanen erlaubte“.⁷ Hingegen erweisen meine Forschungen, dass die deutschen Besatzer die antisemitischen Gesetze und Verordnungen keineswegs allein exekutiert haben: Von den Prager Ministerien über die Bezirkschefs („hejtmani“) bis zu Bürgermeistern und lokalen Polizeidienststellen waren tschechische Beamte integrale Teile des Unterdrückungssystems. Ebenso, in bestimmten Fällen, die jüdischen Führer in Prag und ihre Vertreter in den Städten und Dörfern des Protektorats.⁸ Auf den folgenden Seiten geht es um das systematischste Mittel, mit dem tschechische Beamte die antisemitischen Maßnahmen durchzusetzen halfen: um Verfolgung durch die Presse.

⁴ „Hunderte“ ist sicherlich untertrieben, siehe Livia Rothkirchen, *The Jews of Bohemia and Moravia. Facing the Holocaust*, Lincoln, Neb./Jerusalem 2005, S. 121f.

⁵ Kárný erwähnt, dass die Gendarmerie ihre Fälle der Gestapo vorzulegen hatte, verfolgt diese interessante Frage aber nicht weiter; ders., *Konečné řešení*, S. 50f. In meiner Studie über Nachkriegs-Vergeltung habe ich ebenfalls auf die Rolle der Gestapo bei den Reaktionen auf antisemitische Denunziationen hingewiesen; Benjamin Frommer, *National Cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia*, New York 2005, S. 170ff.

⁶ Aller Wahrscheinlichkeit nach sind damit gewalttätige antisemitische Akte gemeint, die sowohl die tschechischen wie die deutschen Behörden zu unterbieten suchten. Wäre der Satz als Gesamturteil über die tschechische Beamtenschaft gemeint, würde freilich unter den Teppich gekehrt, auf welcher vielfache Weise Bürokraten nach der Pfeife der Faschisten tanzten. Pasák weist in der Tat auf die „Verbindungen kollaborationistischer und faschistischer Stellen mit deutschen Ämtern hin, doch zielt das auf die kollaborationistische tschechische Presse, nicht auf die staatliche Bürokratie; Tomáš Pasák, *Český fašismus (1922–1945) a kolaborace (1939–1942)*, Praha 1999, S. 282 und 323.

⁷ Detlev Brandes, *Die Tschechen unter Deutschem Protektorat. Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942)*, München 1969, Bd. I, S. 199.

⁸ Siehe den Aufsatz von Magda Veselská in diesem Band.

Verfolgung durch die Presse

Um den Prozess der Verfolgung durch die Presse zu verstehen, müssen wir zuerst das tschechische Innenministerium ins Auge fassen. Als die Deutschen das Protektorat Böhmen und Mähren errichteten, ließen sie den größten Teil der bürokratischen Infrastruktur des Landes intakt. Das Verteidigungs- und das Außenministerium der Tschechoslowakei wurden zwar aufgelöst, aber das Innenministerium blieb in Funktion, zumeist mit denselben Gesichtern (plus einigen deutschen Kontrolleuren). Diese tschechischen (oder zumindest in tschechischer Sprache schreibenden)⁹ Beamten übten weiterhin viele ihrer früheren Tätigkeiten aus, zu denen auch die Überwachung der Presse gehörte; es ging um Anzeichen krimineller Aktivitäten und insbesondere aufrührerischer Tendenzen. Im Prager Innenministerium wurden die Tageszeitungen und Wochenblätter gelesen, bestimmte Artikel ausgeschnitten, aufgeklebt und nach Themen geordnet. In manchen Fällen, zum Beispiel bei Nachrichten über andere Länder, waren die Ausschnitte einfach ein Mittel, Ereignisse zu registrieren und höherrangige Beamte auf dem Laufenden zu halten, aber wenn Artikel von einer potenziellen Straftat handelten, nahm das Ministerium die Ausschnitte zum Anlass, polizeiliche Untersuchungen in Gang zu setzen. Mit der Zeit veränderte sich der thematische Schwerpunkt der ausgewählten Artikel und damit wechselten auch die Objekte der Verfolgung. Vor 1938 sammelten und sortierten Beamte des Innenministeriums Artikel über Kommunisten und Deutsche. Nach 1939 sammelten und sortierten diese Beamten Artikel über Kommunisten und Juden. Vor der Besetzung wurden Artikel über Gewaltakte gegen Juden ausgeschnitten, danach über die Juden selbst.

Die antisemitischen Artikel kamen von einer Reihe tschechisch- und deutschsprachiger Zeitschriften, Hauptquellen waren jedoch *Vlajka* [Das Banner] und *Arijský boj* [Arischer Kampf].¹⁰ „Das Banner“ war das namensgebende Flaggschiff der größten tschechischen faschistischen Organisation, einer rechtsradikalen Bewegung, die Mitte der dreißiger Jahre einen antideutschen Nationalismus predigte, sich während der Okkupation aber flugs zu einer Verfechterin der Kollaboration wandelte und dabei den Hass auf alles Jüdische – real oder eingebildet – beibehielt. Die wilde Sprache der Bewegung und ihre wiederholten Angriffe auf führende tschechische Kollaborateure in der Protektoratsregierung veranlassten schließlich die Deutschen, Zeitung und Bewegung zu verbieten. „Arischer Kampf“ hingegen erhielt den Segen der Okkupanten.¹¹ Zwar hatte die Wochenzeitschrift ihre Wurzeln in tschechischen Antisemiten-Zirkeln, doch spielten die Deutschen bei ihrer

⁹ Bei den Dokumenten aus den Kriegsjahren ist es oft schwierig, die Nationalität des Verfassers zu bestimmen, eine schwer greifbare und auch wandelbare Sache in Böhmen und Mähren, Ländern mit gemischter und zweisprachiger Bevölkerung. Viele Beamte konnten sowohl in tschechischer wie in deutscher Sprache schreiben. Doch gibt es Anhaltspunkte. So weist das Deutsch in einem Dokument manchmal zahlreiche Fehler auf, die von einem kompetenten Beamten korrigiert werden mussten. Ferner hat während der Besetzung kaum ein Beamter, der sich als Deutscher verstand, in tschechischer Sprache geschrieben. Auch mussten Schriftstücke, die an einen Beamten deutscher Nationalität gerichtet waren – und mehr und mehr alle Schreiben –, in deutscher Sprache abgefasst sein. Mit anderen Worten, ein Text in korrektem Deutsch ist kein sicherer Hinweis auf die Nationalität des Verfassers, während die Verwendung des Tschechischen auf einen tschechischen Verfasser deutet. Mit seltenen Ausnahmen – gewöhnlich wenn es sich um Informanten handelt – erfolgte der Schriftverkehr in tschechischer Sprache zwischen zwei Tschechen und wird hier auch so behandelt.

¹⁰ Andere waren z. B. *Prager Abend*, *Obrana národa*, *Polední list*, *České slovo*.

¹¹ Jana Jedličková, *Zobrazování Židů v protektorátních časopisech Arijský boj*, *Přítomnost*, *Roj*, Diplomarbeit Masaryk-Universität Brno, 2008, S. 52f.

Gründung im Jahre 1940 und dann während der ganzen Protektoratszeit bei ihrer Leitung eine ausschlaggebende Rolle.¹² Als eine tschechische Version von Julius Streichers „Stürmer“ erklärte sich das Blatt stolz zum „Zentralorgan der antijüdischen Bewegung“ im Protektorat. Seine höchste Auflage bewegte sich zwischen 20 000 und 23 000, doch zählten vor allem die Identität und die Macht seiner eifrigsten Leser.¹³

„Arischer Kampf“ diente allen vier Missionen, die Jaroslava Milotová in ihrer Studie über die tschechische Presse der Kriegsjahre ausgemacht hat: Die Zeitschrift wollte die Tschechen davon überzeugen, dass Maßnahmen gegen die Juden zum Vorteil der Tschechen selber seien; sie suchte die Exilregierung in London als ein Instrument der Juden anzuschwärzen, und sie mühte sich, den Tschechen klarzumachen, „dass das Protektorat früher oder später judenfrei sein werde“. Vor allem aber sammelte und publizierte das Blatt antisemitische Denunziationen.¹⁴ Die „Denunziationsrubrik“ war das Herzstück der Zeitschrift: Woche für Woche waren mehrere Seiten mit Schmähbriefen und Berichten gefüllt, die einzelne Juden und judenfreundliche Nichtjuden aufs Korn nahmen und dabei Ort, Beruf und sogar den Namen nannten. Der Chefredakteur, Rudolf Novák, hat die Mission des Wochenblatts einmal folgendermaßen definiert: „In berichtender Weise [...] entlarven wir Judenfreunde, Beneš-Leute und dergleichen.“¹⁵ „Arischer Kampf“ forderte seine Leser ganz offen zur Denunziation auf: „Schreibt uns, ruft uns an (unsere Telefonnummer ist 313-75), besucht uns! Nehmt aktiv am reinigenden antijüdischen Kampf teil.“¹⁶ Das Blatt erhielt daraufhin 60 denunziatorische Zuschriften pro Tag.¹⁷ Im Oktober 1941, lange nachdem „Arischer Kampf“ seine Denunziationsrubrik eingerichtet hatte, wies der oberste nationalsozialistische Presse-Funktionär andere tschechische Zeitungen an, die Praktik zu übernehmen und systematisch anzuwenden: „Ich rate Ihnen an, [...] öffentliche Säulen zu errichten, an denen Sie der Öffentlichkeit bestimmte Juden vorsetzen oder Arier, die mit Juden verkehren oder ihnen helfen. Ich rate Ihnen das dringend an!“¹⁸

Die Anklagen, die in der Presse erhoben wurden, betrafen eine Reihe von Verstößen, die im Lauf der Zeit wechselten. Zu einem guten Teil folgten die gedruckten Denunziationen dem Gang der antisemitischen Vorschriften. Wenn zentrale und lokale Behörden den Juden bestimmte Tätigkeiten untersagten, reagierten Antisemiten sogleich mit dem Anschwärzen von Juden, die sich eben dieser Tätigkeiten schuldig gemacht haben sollten. Nachdem zum Beispiel die Verwaltung des Protektorats im Herbst 1939 die Juden mit einer Verbotswelle von öffentlichen Plätzen ausgeschlossen hatte, wurden in zahlreichen Briefen Juden beschuldigt, solche Verbote missachtet zu haben. Anschläge denunzierten Juden, sie hätten Kneipen besucht, Restaurants frequentiert, an Tanzveranstaltungen teil-

¹² Siehe z. B. die Methoden, mit denen die Gestapo Václav Piša „ermunterte“, seine Stellung einzunehmen; Frommer, *National Cleansing*, S. 165.

¹³ Vojtěch Dolejší, *Noviny a novináři: Z poznámek a vzpomínek*, Praha 1963, S. 386f.

¹⁴ Jaroslava Milotová, *Die Protektoratspresse und die „Judenfrage“*, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente* 1997, S. 153–183, hier S. 164.

¹⁵ Národní archiv (Nationalarchiv/NA), Prag, f. NS (Národní soud), TNs 6/47: R. Novák verdict (26. 7. 1947), 12.

¹⁶ Státní oblastní archiv (Staatliches Gebietsarchiv/SOA), Prag, f. MLS-KH, Ls 646/46: *Arijský boj* II: 29 (26. 7. 1941), S. 3.

¹⁷ NA, f. NS, TNs 6/47: R. Novák verdict (26. 3. 1947), 11.

¹⁸ Milotová, *Die Protektoratspresse und die „Judenfrage“*, S. 173; Jakub Končelík/Barbara Köpplová/Jitka Kryšpínová, *Český tisk pod vládou Wolfganga Wolframa von Wolmara: Stenografické zápisy Antonína Fingera z protektorátních tiskových porad 1939–1941*, Praha 2003, S. 457.

genommen und öffentliche Bibliotheken benutzt. Nachdem die Gestapo eine Ausgangssperre für Juden ab 8 Uhr abends verhängt hatte, erschienen Artikel mit der Anklage, Juden seien nach 8 Uhr gesehen worden. Häufige Anschuldigungen galten auch: jüdischen Geschäftsinhabern, die ihren Laden nicht als „jüdisch“ gekennzeichnet hatten; nichtjüdischen Geschäftsinhabern, die es unterließen, ein Schild „Juden nicht zugänglich“ anzubringen; Juden, die nach wie vor in öffentlichen oder privaten Organisationen beschäftigt waren; Juden, die in für sie verbotenen Parks oder Straßen und sonst irgendwie „lungern“ gesehen worden waren; Juden, die zu nicht erlaubten Zeiten einkauften – und Nichtjuden, die sie bedienten; Juden, die in Flüssen badeten, in der Straßenbahn oder mit dem Rad fuhren usw. usw. Bis Herbst 1941 sahen sich Juden auch der Beschuldigung ausgesetzt, ihren Bezirk verlassen oder sich sonst unerlaubt bewegt zu haben und – das war am gefährlichsten – ohne den gelben Stern gesehen worden zu sein beziehungsweise den Stern irgendwie verdeckt zu haben. Recht oft enthielten die denunziatorischen Artikel auch die Forderung nach weiteren Sanktionen oder nach strengerer Interpretation der bestehenden Vorschriften, etwa nach deren Ausdehnung auf „Mischehen“-Familien.

Das Innenministerium schickte derartige Zeitungsausschnitte den böhmischen und mährischen Provinzämtern (Zemské úřady) in Prag und Brünn (Brno) zu, die sie an die Vorsteher der Bezirke (okresní hejmani) weiterleiteten, wo sich die Verstöße gegen die antisemitischen Verfügungen angeblich ereignet hatten. Die Bezirksleiter wiesen dann die Gendarmerie oder die Polizei an, der Sache nachzugehen;¹⁹ diese untersuchten den Fall und verhörten den Beschuldigten wie auch Zeugen. Danach fasste der Gendarmenchef einen Bericht für den Bezirksleiter ab, der das Schriftstück normalerweise etwas umschrieb und seine Version nach Prag oder Brünn sandte. Obwohl alle Beamten sowohl auf der lokalen wie auf der Bezirksebene guten Grund hatten, die deutschen Behörden zu fürchten, die ja die Dokumente einsehen konnten, reagierten sie durchaus unterschiedlich. Trotz der Beschränkungen der Okkupation sind die Variationen in diesen Berichten und ihr Detailreichtum eine wertvolle Quelle zum besseren Verständnis dafür, wie Juden und Nichtjuden miteinander und mit den Vertretern des Staatsapparats umgingen. Bei den Äußerungen der Gendarmerie und der Polizei können grob drei Grundmuster unterschieden werden: a) positiv, „ja, die Anschuldigungen treffen zu“; b) gemischt, „ja, es ist etwas dran, doch nur mit Einschränkungen“; und c) negativ, „nein, die Anschuldigungen sind falsch“.

Die Reaktion der Polizei

a) In zahllosen Fällen haben die lokalen Gendarmen nach der Untersuchung berichtet, dass die Anklagen in der Tat begründet seien. Solch positive Feststellungen reichten von scheinbar banalen bis zu tödlich ernstesten Fällen, illustrieren aber insgesamt die grausame Absurdität der Kampagne zur Isolierung der Juden. Zum Beispiel erregte sich „Arischer Kampf“ in der Ausgabe vom 19. Juli 1941 darüber, dass der Hundezüchter-Verband von Louny in einem Schaukasten ein Foto zeige, auf dem auch der Hund eines Juden zu

¹⁹ Polizei gab es nur in den größeren Städten, die über unabhängige Kräfte verfügten, zuständig vornehmlich für die öffentliche Ordnung. In den größten Städten, vor allem in Prag, war die Polizei für alle wichtigen Aufgaben zuständig, während das flache Land von Gendarmen (četníci) überwacht wurde, im Grunde eine vom Prager Innenministerium kontrollierte „Staatspolizei“.

sehen sei – nicht der Jude selber, nur sein Hund. Das Innenministerium schickte den Artikel an das böhmische Provinzialamt, das den hejtman von Louny informierte, der wiederum den Chef der lokalen Gendarmerie mit der Untersuchung des Falles beauftragte. Bald kam das Ergebnis: die Anschuldigung treffe zu; zwar habe die Verbandsleitung alle Juden längst ausgeschlossen, aber das Foto mit dem Hund übersehen. Der Gendarmeriechef setzte jedoch hinzu, es bestehe kein Grund zur Besorgnis. Auf Grund der Recherche seiner Leute habe der Verband das Problem durch die Schaffung einer neuen Fotomontage gelöst, das nur die Hunde der derzeitigen Mitglieder präsentiere.²⁰ Die Folgen der Anklage und gewiss die Anklage selbst mögen trivial erscheinen, indes demonstriert die Entfernung des Hundes eines Juden aus einer Fotografie, wie weit die örtlichen Antisemiten gingen, um die Juden – und ihre bald auch konfiszierten Lieblingstiere – zu isolieren, und wie bereitwillig die lokalen Funktionäre – was noch verstörender ist – auch auf die absurdesten Klagen eingingen.

Für Otto Winter, einen jüdischen Fabrikarbeiter in Rakovník, waren die Folgen ernster. Im Juli 1941 stand im „Arischen Kampf“ die Behauptung, Winter arbeite in einem Werk als Nachtwächter, was gegen die Sperrstunden-Vorschrift verstoße. Nachdem sie vom Innenministerium diesen Artikel erhalten hatten, forschten die lokalen Gendarmen nach und bestätigten den Vorwurf. In seiner Befragung gab der Fabrikdirektor zu, Winter zu der nächtlichen Tätigkeit abgeordnet zu haben, weil dieser auf Grund antisemitischer Verordnungen seine Dauerstellung als Aufseher verloren hatte. Winter taugte wegen seiner fortgeschrittenen Jahre und einer verkrüppelten Hand nicht mehr für schwere körperliche Tätigkeit, und so hatte ihm der Direktor aus Freundlichkeit eine weniger anstrengende Aufgabe zugewiesen. Kaum war aber der Artikel erschienen, hatte der Betrieb, noch ehe die Gendarmen auftauchten, Winter zu manueller Arbeit eingeteilt.²¹ In diesem Fall hatte also „Arischer Kampf“ sein Ziel sogar ohne Prager Intervention erreicht, doch brachte es der Staatsapparat fertig, mit seiner Untersuchung die Forderung der Zeitung nachträglich zu bestätigen und damit ihren Einfluss zu verdeutlichen.

Ein Verhaltenswandel, der einer Bestrafung zuvorkommen sollte, war jedoch keineswegs immer erfolgreich. Im Dezember 1939 und abermals im Januar 1940 beklagte sich „Das Banner“ darüber, dass ein Jude, Rudolf Beck, zusammen mit seinem Sohn häufig ein Wirtshaus im Prager Stadtteil Smíchov besuchte. Auf Weisung des Provinzialamts leitete die Polizei eine Untersuchung ein und kam zu dem Ergebnis, dass die Beschwerde der Wahrheit entspreche. Tatsächlich fanden sie heraus, dass Beck Stammgast war, obwohl das Wirtshaus deutlich sichtbar gekennzeichnet war: „Juden nicht zugänglich“ (Židům nepřístupno). Nun war es nicht verwunderlich, dass Beck dort willkommen war, schließlich handelte es sich bei ihm um den früheren Vorstand des S. K. Holešovice-Fußballklubs, der seinen Aufenthalts- und Versammlungsraum in eben jenem Lokal hatte. Indes hatte Beck, obwohl er mehr als 30 Jahre hier Gast gewesen war, nach dem Erscheinen des ersten Artikels sofort seine Besuche eingestellt. Doch kam dieser Akt der Selbstbestrafung zu spät. Die Prager Polizei erlegte ihm eine Buße von 1 000 Kronen auf, und sein Sohn musste 200 bezahlen.²²

Lokale Behörden warteten nicht immer auf Prager Druck. Als das Provinzialamt den Polizeichef von Königgrätz (Hradec Králové) auf einen Bericht im „Arischen Kampf“ hin-

²⁰ NA, f. PZÚ-AMV, 207-1478-17: Okresní úřad v Lounech (23. 8. 1941).

²¹ NA, f. PZÚ-AMV, 207-1478-18: Okresní úřad v Rakovníku (22. 7. 1941).

²² NA, f. PZÚ-AMV, 207-939-16: Policejní ředitelství v Praze (11. 3. 1940).

wies, in dem vier Juden einiger Verstöße bezichtigt wurden, antwortete er, dass er den Befehl, sie zu bestrafen, bereits erteilt habe. So erhielt ein Jude einen Bußgeldbescheid über 300 Kronen, weil sein Sohn nach 8 Uhr abends mit dem Rad gefahren war, ein anderer musste 50 Kronen zahlen, weil er außerhalb der erlaubten Zeiten eingekauft hatte, und ein dritter wanderte für drei Tage ins Gefängnis, weil er den Bezirk ohne Erlaubnis verlassen hatte; der vierte erhielt drei Tage Haft wegen Verletzung der Sperrstunde diktiert.²³ Manche dieser Strafen mögen uns recht gering erscheinen, damals aber waren sie durchaus fühlbar. Namentlich die Prager Polizei verhängte regelmäßige Geldstrafen von mehr als 1 000 Kronen, und das war, in einer Zeit, da Juden legal nur noch einen Hungerlohn verdienen konnten, eine enorme Summe. Außerdem: Wenn die anscheinend geringfügige Haftstrafe abgelaufen war, lieferte die Polizei den Häftling manchmal an die Gestapo aus. Am gefährlichsten war aber, dass sich in späteren Jahren an die Inhaftierung unmittelbar die Deportation anschloss.

b) Manchmal berichteten Gendarmeriechefs, dass die Anschuldigungen zwar den Tatsachen entsprächen, der Missetäter aber danach keine Strafe verdiene, weil er – oder sie – nicht gegen den Buchstaben des Gesetzes verstoßen habe. Beamte des tschechischen Innenministeriums reagierten freilich wiederholt recht ablehnend auf Plädoyers für Milde. So berichtete im Juni 1941 „Arischer Kampf“, in Poděbrady sei eine Jüdin um 5.55 Uhr nachmittags in einem Kolonialwarengeschäft gesehen worden (zu einer Zeit, da Juden nur zwischen 3 und 5 Uhr einkaufen durften). Auf Prager Weisung verhörten lokale Gendarmen die Frau und teilten dann mit, sie habe um 5.55 Uhr nicht eingekauft, sondern früher am Nachmittag, und sei nur zurückgekommen, um ihre Waren auf dem Weg nach Hause abzuholen. Dies stellte Prag nicht zufrieden. Einer der Spitzenleute des Innenministeriums antwortete, die Direktive sei doch klar: „Juden haben ihre Einkäufe (einschließlich der Mitnahme gekaufter Waren) während der für sie vorgesehenen Stunden zu erledigen.“ Ein anderer Beamter fügte in einer gekritzelten handschriftlichen Notiz hinzu: „Erheben Sie Anklage wegen Verletzung der für Juden festgesetzten Einkaufsstunden.“²⁴ In einem ähnlichen Fall hatte sich ein Jude in Písek offenbar einen Weg ausgedacht, die Vorschriften zu umgehen, die dem Genuss von Fassbier entgegenstanden. Nachdem im September 1941 „Arischer Kampf“ berichtet hatte, der Mann habe sich in einer Gastwirtschaft aufgehalten, erklärte der Bezirksvorsteher seinem Vorgesetzten in Prag, der betreffende Jude habe ja nicht im Gasthaus getrunken, sondern sich nur einen Krug füllen lassen und das Bier mit nach Hause genommen; um ein Übriges zu tun, setzte der Vorsteher hinzu, nach Erscheinen des Zeitungsartikels habe der Jude die Bierabholung sofort gestoppt. Abermals bedeutete das Innenministerium unmissverständlich, Gasthaus sei Gasthaus, und Juden dürften sie nicht betreten. Im zweiten Anlauf, sozusagen, verhängten die Gendarmen eine Strafe von 300 Kronen.²⁵

c) Neben solch positiven Reaktionen gab es auch eine beträchtliche Anzahl negativer Berichte, in denen Gendarmerie und Polizeichefs erklärten, der jeweilige Vorwurf der antisemitischen Presse könne nicht bestätigt werden oder sei nachweislich falsch. Die Häufigkeit und die Deutlichkeit dieser negativen Berichte sind bemerkenswert, da die Gestapo nach Belieben schalten und walten konnte und tschechische Beamte ihre Korres-

²³ NA, f. PZÚ-AMV, 207-1478-18: Policejní ředitelství v Hradci Králové (4. 7. 1941).

²⁴ Ebenda: Velitel četnické stanice v Poděbradech (7. 7. 1941) an Okresní úřad v Poděbradech; ebenda: PMV (4. 8. 1941) an PZÚ.

²⁵ NA, f. PZÚ-AMV, 207-1478-17: Okresní úřad v Písku (2. 10. 1941).

pondenz den deutschen Okkupanten vorzulegen hatten. Die Atmosphäre der Zeit und die der Polizei auferlegten Beschränkungen bedenkend, wollen wir mehrere mögliche Gründe für die Diskrepanz zwischen dem ursprünglichen denunziatorischen Artikel und den Ergebnissen der amtlichen Untersuchung unter die Lupe nehmen: 1. Die Veränderung der Umstände in der Zeit von der Anschuldigung bis zur Untersuchung. 2. Bewusste Lügen in den Berichten der lokalen Beamten. 3. Lügen, bewusst oder unabsichtlich, der Antisemiten.

1. Es ist möglich, dass die ursprüngliche Denunziation den Tatsachen entsprach und auch die Untersuchung genau war, trotz der Diskrepanz zwischen beiden. Vielleicht hatte ein Verstoß gegen antisemitische Vorschriften vorgelegen, doch die Sache war vor dem Eingreifen der Polizei abgestellt worden. Wie die angeführten Beispiele zeigen, haben viele Juden und „Judenfreunde“ erfahren, dass ihr Name in den Spalten von „Arischer Kampf“ oder „Das Banner“ genannt worden war, vielleicht von Freunden oder durch eigene Lektüre der Blätter. Zwischen der Zeit, da das Innenministerium einen Presseauschnitt an das Provinzialamt schickte, und der Ankunft des Vorgangs bei der lokalen Polizei verstrichen oft mehrere Wochen, was dem Denunzianten ausreichte, sein Verhalten zu ändern, Ausreden zu erfinden und Spuren zu verwischen. Doch selbst in diesen Fällen erfüllten die Artikel ihren Zweck: Juden begannen sich an die Vorschriften zu halten und Nichtjuden lernten Kontakte zu vermeiden.

2. Es ist ebenso möglich, dass lokale tschechische Beamte und Polizisten Verletzungen der antisemitischen Verordnungen zu vertuschen und Übertreter zu schützen suchten. Die örtlichen Behörden waren sich schließlich der Folgen für die Denunzianten wohl bewusst und lehnten es vielleicht ab, den Antisemiten als Werkzeug zu dienen. In solchen Fällen hätten sie einer der schändlichsten Seiten der Okkupation mutig Widerstand geleistet. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass viele in der Tat so handelten, doch ist das schwer zu beweisen, da Vertuschungsmanöver wenig Papier hinterlassen. Aber selbst wenn die Polizei Juden oder sogenannte Judenfreunde deckte, erfüllte die ursprüngliche Denunziation wahrscheinlich ihren Zweck. Da mag in einem bestimmten Fall keine Bestrafung erfolgt sein, doch erfolgte wahrscheinlich eine Warnung. Man kann sich gut vorstellen, was der wohlwollende Gendarm zu dem Angezeigten sagte: „Schauen Sie, mir gefällt das nicht, Ihnen gefällt das nicht; diesmal drück ich noch ein Auge zu, aber nehmen Sie sich in acht, nächstes Mal hätte ich keine Wahl.“ In vielen Berichten ist vermerkt, dass die Behörden, obwohl kein Verstoß festgestellt worden sei, künftig ein Auge auf den Verdächtigen haben würden.

3. Ein dritter Grund für die Diskrepanz kann sein, dass die Denunziation in einem Artikel einfach falsch war. Eine beachtliche Anzahl der Anschuldigungen hat offenbar in der Tat nicht zugehtroffen. Manche waren unhaltbar, weil die unterstellte Handlung gar nicht als Vergehen galt beziehungsweise noch nicht oder nicht für die entsprechende Kategorie von Personen als Vergehen galt. So bezichtigte „Arischer Kampf“ 1940 einen Juden, sich auf dem Marktplatz von Theresienstadt – ehe dort das Ghetto eingerichtet wurde – aufgehalten zu haben. Auf Anfrage aus Prag antwortete der Polizeichef, dass das nicht strafbar sei – noch nicht, wie dieser Beamte und andere mit beunruhigender Häufigkeit anmerkten.²⁶ In sonstigen Fällen erwiesen sich Anklagen als falsch, weil die denunzierten Juden eine offizielle Genehmigung besaßen für das, was sie taten und was ohne Spezialerlaubnis

²⁶ NA, f. PZÚ-AMV, 207-1478-18, S. 54: Velitel ČS v Terezíně (24. 6. 1941) an OÚ Roudnice n/L.

allerdings illegal gewesen wäre. Zum Beispiel „enthüllte“ „Das Banner“ im März 1940, und zwar in böartigster antisemitischer Sprache, dass sich in Prag Gruppen junger Juden regelmäßig in einem Gebäude nahe dem Alten Marktplatz trafen und dort paramilitärische Übungen veranstalteten. Vom Innenministerium zur Stellungnahme aufgefordert, erklärte die Prager Polizei, diese Juden seien Angehörige einer anerkannten zionistischen Jugendorganisation und hätten Erlaubnis, sich auf die geplante Auswanderung nach Ecuador vorzubereiten. Die Polizei fügte hinzu, Nachbarn hätten sich über den „beträchtlichen Lärm“ beschwert, den die Kinder machten, doch würden diese nicht an Waffen ausgebildet und ihre Aktivitäten seien den deutschen wie den tschechischen Behörden durchaus bekannt.²⁷ Da die Deutschen die jüdische Gemeinde anwies, alle möglichen Aufgaben zu erfüllen, etwa die Inventarisierung des Hab und Guts von Exilanten und Deportierten, gab es für Antisemiten vielfache Gelegenheiten, in offiziell zugelassenen Tätigkeiten illegales Verhalten zu entdecken.

Weitere Anschuldigungen waren gegenstandslos, weil der fragliche „Jude“ entweder in Mischehe lebte oder selbst „Mischling“ und daher von bestimmten Restriktionen ausgenommen war – wiederum „noch“. Ein Jude, dem in Čáslav vorgeworfen wurde, mit dem Fahrrad gefahren zu sein, bewies den Gendarmen, dass das Rad seiner nichtjüdischen Ehefrau gehörte. In einem Artikel wurde zwei Mädchen in Domažlice vorgehalten, sie hätten in einem für Juden verbotenen Bereich gebadet, doch ergab die Untersuchung, dass sie eine nichtjüdische Mutter hatten. In Prag wurde der frühere Besitzer des Louvre Cafés denunziert, einen „Arier“ besucht zu haben, aber seine Papiere zeigten, dass er kein „Volljude“, sondern nur ein „Mischling“ war und deshalb noch immer mit „Ariern“ fraternisieren durfte.²⁸ Manchmal handelte es sich um eine Person, die selbst nicht jüdisch war, sondern lediglich einen jüdischen Ehepartner hatte. Im Mai 1941 berichtete „Arischer Kampf“, in Světlá nad Sázavou habe eine Jüdin grob reagiert, als sie durch Zurufe aus dem Auditorium aufgefordert worden sei, ein Theater zu verlassen. Auf Anweisung aus Prag suchten die lokalen Gendarmen die Frau auf, die dann acht verschiedene Dokumente präsentierte, die sämtlich bewiesen, dass sie und alle ihre Großeltern „Arier“ seien. Sie hatte im Februar 1938 einen Juden geheiratet, brauchte sich selber aber, als Nichtjüdin, nicht an die antisemitischen Restriktionen zu halten.²⁹

Dass in den Denunziationen der antisemitischen Blätter und in den Untersuchungsberichten der Gendarmerie so oft „gemischte“ Familien auftauchen, hatte mehrere Gründe. Lange ehe die Mischehen vor einer unterschiedlichen Regelung der Deportation standen, haben sie die volle Entwicklung und Durchsetzung der antisemitischen Maßnahmen erheblich kompliziert.³⁰ Die lokalen Behörden im Protektorat fragten wiederholt nach: Wenn der Ehemann Jude ist, die Frau aber nicht, kann sie dann zu jeder Stunde für die Familie einkaufen? Gehört das Telefon im Hause dem jüdischen oder dem nichtjüdischen Ehepartner und soll es konfisziert werden? Oder – in einem der verwickelteren Fälle – wie soll mit einer jüdischen Frau verfahren werden, die einen Gemischtwarenladen für Juden in eben dem Hause betreibt, in dem ihr „arischer“ Ehemann eine Kneipe für

²⁷ NA, f. MV-NR, k. 12045, sign. E-3449, S. 879f.

²⁸ NA, f. PZÚ-AMV, 207-1478-18, S. 76: Policejní ředitelství v Praze č.j. 18 677/pres (11. 8. 1941).

²⁹ NA, f. MV-NR, k. 12045, sign. E-3444, S. 1f.

³⁰ In Mischehe lebende Juden waren von den Hauptwellen der von 1941 bis 1943 nach Theresienstadt und nach Osten gehenden Deportationen ausgenommen, wurden jedoch in Massen im Winter 1945 nach Theresienstadt verbracht. Dank des späten Datums haben die meisten den Krieg überlebt.

„Arier“ unterhält? Auf dem gemeinsamen Ladenschild war sowohl „Juden nicht zugänglich“ wie „Jüdisches Geschäft“ zu lesen.³¹ Die Konfusion, die bei der Anwendung der antisemitischen Verordnungen herrschte, verleitete viele Denunzianten dazu, Mischehen in der inkorrekten Annahme anzuschwärzen, es liege eine Verletzung von Gesetzen vor. Allerdings wählten sich Antisemiten „Mischehen“ auch ganz bewusst zum Ziel, weil sie die Behörden unter Druck setzen wollten, das Verfolgungsprogramm nicht nur auf jüdische Ehepartner von Nichtjuden, sondern auch auf diese selbst auszudehnen. Außerdem dezimierten die Deportationen die jüdische Gemeinde zusehends, so dass die Denunzianten ihre Opfer mehr und mehr unter den Partnern von Mischehen und unter den „Mischlingen“ suchen mussten.³²

Etliche Denunziationen waren falsch, weil der Denunziant eine Person einfach wegen ihres oder seines Namens beziehungsweise Aussehens fälschlicherweise für einen Juden oder eine Jüdin hielt. Nachdem ein Dr. Süß denunziert worden war, meldete die Polizei von Písek, sie könne einen Juden dieses Namens in der ganzen Stadt nicht finden; der einzige Dr. Süß sei ein Christ, Chefarzt des hiesigen Krankenhauses.³³ Ein anderer Nichtjude mit einem scheinbar jüdischen Namen (oder Gesicht?), Norbert Julius Oesterreicher, wurde anonym angezeigt, sich in einem Wettbüro aufgehalten zu haben. In diesem Falle machte sich die Prager Polizei nicht einmal die Mühe, den Sachverhalt zu untersuchen. In ihrem Bericht hieß es: „Die betreffende Person ist uns schon mehrmals zugeführt worden, weil man ihn als Juden identifizierte. Er ist amtsbekannt.“ Oesterreicher wurde umgehend freigelassen.³⁴

Manchmal war die antisemitische Anschuldigung jedoch schlicht eine Erfindung – die wenig oder gar nichts mit Antisemitismus zu tun hatte. Karel Svoboda, der erste, der 1945 vom Volksgericht in Kutná Hora zum Tode verurteilt wurde, gestand in seinem nach Kriegsende durchgeführten Verfahren, dass er seinen Schwager fälschlich bezichtigt hatte, die Juden mehr zu mögen als die Deutschen. Sein wahres Motiv war Rache; der Schwager hatte ihn aus dem Haus geworfen. (Svoboda hat auch seine Ex-Frau beschuldigt, „ein Hurenweib wie Hitler“ zu sein. Später gab er zu, er habe ihr eins auswischen wollen, da sie nicht in dem Feld arbeiten wollte, das ihnen gemeinsam gehörte.³⁵ In beiden Fällen war es ihm gelungen, „den öffentlichen Bereich zu privatisieren“.³⁶) Kurzum: Informanten sind keine zuverlässigen Leute. Selbst wenn sie anfänglich brauchbares Material liefern, kommen sie oft mit der Zeit dazu, auszuschmücken und zu fabulieren (siehe „Our Man in Havana“). Wie andere Quellen auch, verraten die denunzierenden Artikel primär

³¹ Das Innenministerium verfügte, dies sei unproblematisch, solange die Frau nicht Kinder in der „arischen“ Wirtschaft bediene, sich dort nicht länger aufhalte und einen separaten Eingang zur gemeinsamen Wohnung benutze; NA, PZÚ-AMV, 207-939-17, S. 169: MV č. 82590 pres./Odd. C-1940 (18. 11. 1940).

³² Die in Mischehe lebenden Juden können auch deshalb häufig zur Zielscheibe geworden sein, weil sie gegen die ihnen auferlegten antisemitischen Beschränkungen öfter verstießen als die sogenannten Volljuden gegen deren Vorschriften. Schließlich war bei Juden, die mit Nichtjuden verheiratet waren, die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie mit Nichtjuden, so der Verwandtschaft ihres Partners, Beziehungen unterhielten. Und Nichtjuden werden öfter mit in Mischehe lebenden Juden und der Nachkommenschaft – mit denen sie wiederum oft verwandt waren – verkehrt haben.

³³ NA, f. PZÚ-AMV, 207-1478-17: Okresní úřad v Písku (28. 7. 1941).

³⁴ NA, f. PP (1941–1950), k. 1752, S. 94f.

³⁵ SOA, f. MLS-KH, Ls 1/45: Rozsudek v případě K. Svobody (11. 9. 1945).

³⁶ Jan T. Gross, *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton 1988, S. 117–121.

die Ziele und die Geistesverfassung ihrer Autoren, und antisemitische Geister sind nicht gerade die logischsten oder reflektierendsten. Sie neigen dazu, Juden zu sehen, wo keine sind (zum Beispiel in den Familien Rockefeller und Roosevelt). Je weniger Juden verblieben, umso wahrscheinlicher ist es, dass Antisemiten, denunziationstrunken, für ihren Grimm Ziele zu erfinden hatten.

Ein Netz der Repression

Das Unterdrückungsgeflecht, das vom Innenministerium geknüpft wurde, mag seine Ergänzung in einem parallelen Netz um die Jüdische Kultusgemeinde in Prag (JKG) gehabt haben. Bei Vergleichen heißt es hier vorsichtig zu sein, da die jüdischen Funktionäre nur sehr enge Spielräume bei ihrer Arbeit hatten und da nur geringe Reste der Zentralakten der JKG den Krieg überlebt haben. Immerhin gibt es Spuren in den noch vorhandenen Akten der regionalen Jüdischen Gemeinde in Slaný. So hat zum Beispiel der Vertreter der Juden in Slaný am 5. März 1941 auf eine Anfrage der Prager JKG reagiert, welche eine ortsansässige Frau betraf, die im „Arischen Kampf“ angeschuldigt worden war. Wie so viele lokale Polizeichefs antwortete der örtliche jüdische Funktionär, die Beschuldigung sei falsch, die Frau habe nicht gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit verstoßen, indem sie nach Prag gefahren sei; zwar sei sie in den Zug nach Prag eingestiegen, aber an einer der nächsten Stationen wieder ausgestiegen.³⁷ In einem schwererwiegenden Fall forderte die Prager JKG Slaný auf, den Vorwürfen gegen einen jüdischen Einwohner nachzugehen. Die JKG Slaný teilte mit, die im „Arischen Kampf“ aufgestellten Behauptungen seien leider zutreffend: Trotz mehrfacher Warnungen durch jüdische Funktionäre habe der betreffende Mann immer wieder gegen das Ausgehverbot nach 8 Uhr verstoßen und sei kürzlich sogar aus einem Boxkampf um die Jugendmeisterschaft hinausgeworfen worden. Die lokale Kultusgemeinde habe ihn gezwungen, ein Versprechen zu unterschreiben, dass er künftig seine Verstöße gegen die antisemitischen Vorschriften unterlassen werde, doch habe er sich nicht daran gehalten. Frustriert durch ihre Unfähigkeit, ihr Mitglied im Zaum zu halten, und offenbar in der Sorge, dessen Verhalten könne der gesamten Gemeinde schaden, ging die JKG Slaný in ihrer Reaktion auf die Denunziation im „Arischen Kampf“ noch einen Schritt weiter. Der Bericht schloss: „Daher haben wir in Übereinstimmung mit der regionalen Gemeinde [in Kladno] Herrn L. bei dem Ausbildungsgut in Lípa [SS Lager Linden] einschreiben lassen.“³⁸ Mit anderen Worten: die lokalen jüdischen Führer beschlossen, das Problem dadurch zu lösen, dass sie den Unruhestifter aus der Gemeinde verbannten und an das Landwirtschaftliche Ausbildungslager für die Juden des Protektorats überwiesen.

Wenn wir diese parallele Entwicklung beiseitelassen, so hat das Netz der Repression, das um das Innenministerium entstand, zwei Gruppen zusammengebracht, die Historiker traditionellerweise auseinanderhalten: Bürokratie und Faschisten. Die tschechischen Faschisten waren ein buntscheckiger Verein und nie zahlreich. Selbst mitten in der Weltwirt-

³⁷ Archiv Židovského muzea Prahy (Archiv des Jüdischen Museums in Prag/AŽMP), f. Židovská náboženská obec (ŽNO) Slaný, poř.č. 59, sign. 102068, Úřední korespondence: ŽNO Slaný (5.3.1941).

³⁸ Ebenda, Úřední korespondence: ŽNO Slaný (22.2.1941) und ŽNO Praha č.j. 7147 (21.2.1941). Siehe auch den Artikel von Magda Veselská in dem vorliegenden Band.

schaftskrise hat die extreme tschechische Rechtspartei, die Nationale Faschistische Gemeinde [Národní obec fašistická (NOF)], in den Wahlen von 1935 nur zwei Prozent der Stimmen gewinnen können.³⁹ Die Banner (Vlajka)-Bewegung, die während der Besetzung eine viel größere Bedeutung erreichte, zählte 1939 lediglich 13 000 Mitglieder, bei einer tschechischen Bevölkerung von mehr als sieben Millionen.⁴⁰ Dass die Faschisten zahlenmäßig so schwach waren, hat Historiker dazu geführt, ihnen jede Bedeutung abzusprechen und ihre Rolle bei der Ausübung der NS-Herrschaft zu ignorieren. „Nicht einmal die tschechischen Faschisten vermochten ihr antisemitisches Programm zu verwirklichen“, konstatiert Petrův.⁴¹ Kárný sieht zwar die „unschätzbaren Dienste“, die Faschisten den Nationalsozialisten durch Denunziationen leisteten, meint aber, sie seien „in der Nation isoliert“ gewesen.⁴² Pasák, Autor des Hauptwerks über den tschechischen Faschismus, spricht wiederholt von ihrer „Isolation“ und kommt zu dem Schluss, ihre Propaganda sei „dem Denken, der Mentalität, den Bedürfnissen und dem Geist der Nation völlig fremd“ gewesen.⁴³ Die Tatsache, dass viele Faschisten in den späteren Kriegsjahren ihre tschechische Identität aufgaben und sich als Deutsche bezeichneten, hat im Rückblick die Ansicht, dass sie eigentlich immer irgendwie „untschechisch“ gewesen seien, nur noch bestätigt. Pasák sagt: „In den Dienst der Nazis stellten sich vor allem Leute, wie sie in jeder Nation zu finden sind – national indifferent, von schwachem Charakter, Karrieristen, diverse, nicht anerkannte Talente“, habgierige Personen, Feiglinge [...] Die Kollaborateure verfügten nie über irgendeine Autorität in der Nation.“⁴⁴

Nun mögen die Faschisten und andere eingefleischte Antisemiten verachtet gewesen sein, doch waren sie keineswegs isoliert. Trotz ihrer geringen Zahl und ihres Unvermögens, Stellen in der Regierung zu besetzen, belegt das hier präsentierte Material, dass sie sich wiederholt durchaus fähig zeigten, die tschechische Bürokratie in ihrem Sinne zu lenken. Der Fall Antonín Stehlík beweist gut genug, dass die tschechische Verwaltung manchmal von einem einzigen Antisemiten instrumentalisiert werden konnte. Dank der Bereitschaft des Innenministeriums, sein Gerede als ernsthafte Quelle zu behandeln, findet sich im Zentralarchiv eine lächerlich dicke Akte über Světlá nad Sázavou, ein nettes Städtchen südöstlich von Prag. Im Frühjahr und Sommer 1941 übersandte das Innenministerium des Protektorats dem Bezirkskommissar in Světlá mehr als ein Dutzend Denunziations-Artikel, die im „Arischen Kampf“ erschienen waren, und zwar jeweils mit der Weisung, Stellung zu nehmen. Eine unglückselige Lehrerin hatte offenbar in der Vergangenheit eine Liaison mit einem Juden gehabt. In ihrer Vernehmung gab sie an, die Beziehung sei rein intellektuell gewesen und sie habe jeden Kontakt sofort abgebrochen, nachdem die Schulen angewiesen worden waren, Verbindungen mit Juden zu beenden. In dem Dokument erscheint ihre Aussage als eine Übung in demütigender Selbstkritik: „Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass es mit meiner beruflichen Position unvereinbar ist, derartige Beziehungen einzugehen, und daher gehe ich ihnen [den Juden] wann immer möglich aus dem Wege [...] Ich meide jüdische Gesellschaft auch aus rassistischen Gründen.“ Nachdem sie auf eine ganze Reihe ähnlicher Anschuldigungen gegen Ortsansässige, jüdisch

³⁹ Pasák, *Český fašismus*, S. 115.

⁴⁰ Ebenda, S. 300.

⁴¹ Petrův, *Právní postavení židů*, S. 33.

⁴² Kárný, *Konečné řešení*, S. 12.

⁴³ Pasák, *Český fašismus*, S. 305.

⁴⁴ Ebenda, S. 272.

und nichtjüdisch, reagiert hatten, vernahmen die Gendarmen den Verfasser der Artikel, Antonín Stehlík, und brachten ihn zu dem Eingeständnis, dass er keinerlei Beweise für seine Behauptungen habe. Das stoppte jedoch weder ihn noch das Innenministerium. Nach einer weiteren Weisung aus Prag, eine erneute Denunziation im „Arischen Kampf“ zu untersuchen, erklärte der Chef der Gendarmerie in Světlá – offensichtlich enerviert –, Stehlík sei „schon oft wegen krimineller Delikte bestraft worden und völlig unzuverlässig“.⁴⁵

Dass Innenministerium, Bezirkskommissare und örtliche Polizeikräfte involviert waren, wirft wichtige Fragen der Verantwortung und der Komplizenschaft auf. Petrův unterscheidet mit Recht „zwischen der Verantwortung jener, die an den Ursprüngen der antisemitischen Maßnahmen standen, und der Aufgabe derjenigen, die sie, auf Grund geringeren oder größeren Zwangs, passiv einhielten“.⁴⁶ Man kann gewiss ihre Vorstellung von einer „passiven“ Wahrung der Gesetze in Frage stellen – wobei die archivalischen Quellen zeigen, dass die tschechische Zentral- und Provinzbürokratie weit mehr tat –, doch kann man nicht umhin, eine gewisse Sympathie mit den in der Klemme steckenden lokalen Behörden zu empfinden. Wenn sie einmal von Prag die Weisung erhalten hatten, einen Fall zu untersuchen, blieb ihnen kaum etwas anderes übrig, als zu reagieren, und oft haben sie offenbar ausweichend oder bewusst verdunkelnd berichtet. Selbst die aktivsten lokalen Vollstrecker antisemitischer Vorschriften konnten jedoch mit dem Prager Wunsch, die Gesetze in vollem Umfang durchzusetzen, in Konflikt geraten. Als der Polizeichef von Hradec Králové meldete, er habe zwei Juden 50 beziehungsweise 100 Kronen Bußgeld auferlegt, wegen des Besuchs einer Tanzveranstaltung und wegen nicht genehmigten Hausierens, erntete er kein Lob. Im Gegenteil. Das Provinzialamt teilte ihm mit, die Strafen seien „zu niedrig“, und ermahnte ihn, „dass [er] nächstes Mal in Fällen von Verletzungen der polizeilichen Maßnahmen nach dem Prinzip vorzugehen [habe], dass die Strafe nach den finanziellen Verhältnissen des Straffälligen hart genug sein muss, um einer Wiederholung der Straftat vorzubeugen“.⁴⁷

Das Maß der Verantwortung dahingestellt, zeigen die Quellen, dass tschechische Beamte sowohl in Prag wie in der Provinz an der Durchsetzung antisemitischer Maßnahmen im Protektorat beteiligt waren. Wenn Beamte in der Zentrale die Stellen in der Provinz anwiesen, Anschuldigungen nachzugehen, die in antisemitischen Blättern wie dem „Arischen Kampf“ erhoben worden waren, legitimierten sie die Denunziationen und die dahinterstehende antisemitische Gesinnung. Jede Untersuchung trug, ungeachtet ihres Resultats, dazu bei, die Denunzianten zu ermutigen und deren Kritiker zu entmutigen. Und diese Botschaft kam von tschechischen, nicht von deutschen Behörden. Noch wichtiger war, dass die antisemitischen Artikel dank der offiziellen Reaktion Ergebnisse zeitigten. Im Sommer 1941 rühmten sich die Redakteure des „Arischen Kampf“ ihrer Erfolge: „In fast allen Fällen, über die wir geschrieben haben, ist schon Abhilfe geschaffen worden.“⁴⁸ Da und dort haben Juden und Nichtjuden ihr Verhalten auch vorausseilend modifiziert, und manchmal hat die örtliche Polizei sofort auf Anschuldigungen reagiert

⁴⁵ NA, f. MV-NR, k. 12044, sign. E-3444, S. 3–18.

⁴⁶ Petrův (Právní postavení, S. 145) bemerkt, dass letztere Gruppe ein notwendiger Teil des NS-Apparats zur Vernichtung der Juden gewesen ist.

⁴⁷ NA, f. MV-NR, k. 12044, sign. E-3444, PZÚ 36909 pres. Odd. C (7. 7. 1941): Úprava styku židovského obyvatelstva s arijským.

⁴⁸ SOA, f. MLS-KH, Ls 646/46: Arijský boj II: 29 (26. 7. 1941), S. 3.

und gegen jüdische wie nichtjüdische „Missetäter“ Strafen verhängt. In vielen Fällen bedurfte es eines Anstoßes – oder mehrerer Anstöße – aus Prag, um die lokalen Behörden in Bewegung zu setzen. Im Laufe der Zeit rechneten lokale Beamte und auch die Bürger mit Prager Interventionen und suchten durch ihr Verhalten dem Zorn der antisemitischen Presse vorzubeugen. Jeder neue Artikel, gleichgültig wie absurd oder bösartig, trug dazu bei, die Juden des Protektorats in den „sozialen Tod“ zu treiben, in der gleichen Weise wie in Deutschland, wo, so sagt Marion Kaplan, „der soziale Tod Voraussetzung von Deportation und Genozid war“.⁴⁹ Da sie die antisemitische Presse als eine ernst zu nehmende Quelle von Nachrichten über kriminelle Aktivitäten nahmen, wurden Innenministerium und lokale Polizei zum Komplizen bei der Durchsetzung antisemitischer Sanktionen. Diese respektablen Beamten fungierten mithin als Instrumente nicht nur der anscheinend allmächtigen und gefürchteten Nationalsozialisten, sondern ebenso von niederträchtigen Antisemiten und der ansonsten verachteten faschistischen Bewegung.

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

⁴⁹ Obwohl sich Kaplan hier auf die bereitwillige Beteiligung gewöhnlicher Deutscher an der Schaffung einer „Rassengemeinschaft“ bezieht, die jüdische Nachbarn ausschloss, kann die Formel mit Nutzen auch auf das Protektorat angewendet werden. Gleichgültig, ob gewöhnliche Tschechen die Juden aktiv zu isolieren suchten – manche taten das, manche nicht –, so hatten doch die antisemitischen Vorschriften eine kumulative Wirkung, die ebenfalls jene Isolierung herbeiführte; Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, New York 1998, S. 5.

Magda Veselská

„Sie müssen sich als Jude dessen bewusst sein, welche Opfer zu tragen sind ...“

Handlungsspielräume der jüdischen Kultusgemeinden im Protektorat bis zum Ende der großen Deportationen

Über das Leben der jüdischen Kultusgemeinden im Protektorat Böhmen und Mähren während des Zweiten Weltkrieges ist nicht viel bekannt. Lediglich über die zentrale Rolle der Jüdischen Kultusgemeinde in Prag (fortan Prager Gemeinde) mit ihrem großen Apparat sind wir informiert; sie war der Ansprechpartner der Prager Zentralstelle für jüdische Auswanderung (fortan Zentralstelle) und koordinierte die jüdischen Gemeinden im Protektorat Böhmen und Mähren (fortan Protektorat) in der Provinz.¹ Doch obwohl die meisten Angelegenheiten zentral geregelt wurden, mussten die Vertreter der Gemeinden auch ihren alltäglichen Kampf mit lokalen Behörden führen, waren sie doch schließlich die Repräsentanten aller gemäß der Verordnung des Reichsprotectors über das jüdische Vermögen vom 21. Juni 1939, d. h. de facto nach den Nürnberger Gesetzen, als Juden geltenden Personen. Im folgenden Text werden die Hauptakteure und die Grundzüge der Interaktion zwischen den Gemeinden und den lokalen Behörden sowie zwischen Prag und der Provinz charakterisiert. Es handelt sich dabei um eine erste Untersuchung des erhalten gebliebenen Archivmaterials und um einen Versuch, erste vorsichtige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ein Literaturverzeichnis zu diesem Thema wäre sehr kurz. Zwar gibt es Analysen verschiedener Aspekte der Geschichte des Protektorats,² auch wurden mehrere Editionen von Schlüsseldokumenten zur Besatzungspolitik veröffentlicht.³ Die meisten Publikationen, die sich mit dem Schicksal der Juden im Protektorat beschäftigen, konzentrieren sich jedoch auf ihre zunehmende Entrechtung, ihre Deportation nach Theresienstadt und in andere Konzentrations- und Vernichtungslager und auf ihr Leben dort. Analysen anderer Aspekte, z. B. des Anteils der tschechischen Behörden an der Einführung der antijüdischen Maßnahmen, sind eher selten zu finden.⁴

¹ Beim Wort „Provinz“ handelt es sich um einen zeitgenössischen Ausdruck, der sich z. B. auch im Namen der entsprechenden Abteilung der Prager Gemeinde während des Zweiten Weltkrieges widerspiegelt: Abteilung für Provinzangelegenheiten. Dasselbe gilt auch für das Wort „Sprengel“, das schon in dem 1890 erlassenen und die Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden regelnden Gesetz benutzt wird, worunter das Gebiet verstanden wurde, für das eine jüdische Gemeinde zuständig war.

² Im Deutschen vor allem Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, 2 Bde., München und Wien, 1969 und 1975; im Tschechischen Jan Kuklík/Jan Gebhart, *Velké dějiny zemí Koruny české*, Bd. XVA-B, 1938–1945, Praha/Litomyšl 2006–2007. Dort ist eine ausführliche Bibliografie zum Thema zu finden, daher soll hier darauf verzichtet werden.

³ Vor allem etablierte Editionen von Miroslav Kárný und Jaroslava Milotová, wie z. B. dies. (Hrsg.), *Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“*. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha (= *Sborník k problematice dějin imperialismu*, Bd. 21), Praha 1987; dies., *Od Neuratha k Heydrichovi (Na rozhraní okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“)*, in: *Sborník archivních prací* 39 (1989), Nr. 2, S. 281–394; dies./Margita Kárná (Hrsg.), *Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941–1942*. Eine Dokumentation, Berlin 1997.

⁴ Miroslav Kárný, *Politické a ekonomické aspekty „židovské otázky“ v pomnichovském Československu*, in: *Sborník historický*, 1989, Nr. 36, S. 171–212; ders., *„Konečné řešení“*. Genocida českých Židů v německé protektorátní politice, Praha 1991; Wolf Gruner, *Das Protektorat Böhmen und Mähren und*

Vollständig fehlen Untersuchungen der einzelnen Protektoratsbehörden (z. B. des Reichsprotektorsamtes) und deren Tätigkeit, Kompetenzen und Interaktion mit anderen, tschechischen sowie deutschen Behörden. Nicht einmal zur Prager Gemeinde als der zentralen jüdischen Instanz und der Zentralstelle als ihrer übergeordneten Behörde gibt es umfassende analytische Monografien.⁵ Das einzige in diesem Kontext relevante Buch, eine Edition mehrerer Berichte der Prager Gemeinde aus den Jahren 1942–1943, ist insofern problematisch, als die veröffentlichten Dokumente hier weder in einen Kontext gestellt noch kommentiert wurden und die Einleitung faktische Fehler, Unstimmigkeiten und Fehlinterpretationen der wenigen zitierten Quellen enthält.⁶ Ruth Bondy konzentriert sich in ihrem Buch über Jakob Edelstein natürlich auf den Leiter des Palästina-Amtes und nicht auf die Prager Gemeinde während des Krieges,⁷ und Livia Rothkirchen setzt sich in ihrer Studie über die böhmischen und mährischen Juden mit diesem Thema nicht systematisch auseinander.⁸

Der wichtigste Grund für den Mangel an Literatur zum oben definierten Thema liegt auf der Hand: Als Resultat der Aktion ARLZ (Auflockerung/Räumung/Lähmung/Zerstörung), der auch die meisten die Deutschen kompromittierenden Dokumente zum Opfer fielen, sind die relevanten Quellen nicht überliefert.⁹ Das einst anscheinend umfangreiche Archiv der Prager Gemeinde aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges¹⁰ blieb nicht erhalten, nur die Dokumente haben überdauert, die direkt nach Kriegsende von der vom American Jewish Joint Distribution Committee finanzierten Dokumentationsaktion gesammelt wurden und sich heute zum größten Teil in Yad Vashem befinden. Hierbei handelt es sich vor allem um regelmäßige Berichte der Prager Gemeinde aus den Jahren 1939–1944. Diese dienten jedoch als offizielle Stellungnahme und Berichterstattung der Prager Gemeinde gegenüber der Zentralstelle, was ihre Sprache und Inhalte in hohem Maße beeinflusste. Außerdem befindet sich im Archiv des Jüdischen Museums in Prag eine Auswahl der Akten der Prager Gemeinde aus der Besatzungszeit.¹¹ Auch die Akten der Zentralstelle blieben nur fragmentarisch erhalten. Einzelne Dokumente sind im Nationalarchiv in Prag zu finden, die meisten beziehen sich jedoch auf die Gründung der Zentralstelle und nicht

die antijüdische Politik, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente* 2005, S. 27–62. Vgl. auch Chad Bryant, *Prague in Black: Nazi Rule and Czech Nationalism*, Cambridge 2007.

⁵ Zur Zentralstelle siehe vor allem Jaroslava Milotová, *Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag. Genesis und Tätigkeit bis zum Anfang des Jahres 1940*, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente* 1997, S. 7–30.

⁶ Helena Krejčová/Jana Svobodová/Anna Hydráková (Hrsg.), *Židé v protektorátu. Hlášení Židovské náboženské obce v roce 1942. Dokumenty*, Praha 1997.

⁷ Ruth Bondy, „Elder of the Jews“: Jakob Edelstein of Theresienstadt, New York 1989.

⁸ Livia Rothkirchen, *The Jews of Bohemia and Moravia: Facing the Holocaust*, Lincoln/Jerusalem 2005. Folgende deutsche Dissertation zum Thema bringt auch kaum etwas Neues: Marc Oprach, *Nationalsozialistische Judenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. Entscheidungsabläufe und Radikalisierung*, Hamburg 2006.

⁹ Oldřich Sládek, *Plán ARLZ a jeho vliv na dochovanost archiválií z období nacistické okupace Československa*, in: *Sborník archivních prací* 28 (1978), Nr. 2, S. 358–409.

¹⁰ Die Prager Gemeinde erhielt z. B. regelmäßig Kopien sämtlicher Korrespondenz aller jüdischen Gemeinden im Protektorat, führte die Kartotheek aller als Juden geltenden (also mehr als 100 000) Personen usw. Dieser Aktenbestand müsste eigentlich Hunderte von Archivkartons füllen.

¹¹ Etwa 13 Kartons vom Material verschiedenster Natur sind im Bestand *Židovská náboženská obec Praha za okupace* [Die jüdische Kultusgemeinde Prag während der Okkupation], *Archiv Židovského muzea Prahy* [Archiv des Jüdischen Museums in Prag] (AJMP).

auf ihre spätere Tätigkeit und ihre Umwandlung in das Zentralamt für die Regelung der Judenfrage im Jahr 1942.

Das Leben der Protektoratsgemeinden während des Zweiten Weltkrieges lässt sich aber zumindest teilweise aus den wenigen erhalten gebliebenen Kriegsakten rekonstruieren, die vor allem im Archiv des Jüdischen Museums in Prag aufbewahrt werden, und aus den Dokumenten der Bezirksämter und Oberlandräte. Dieser Aufsatz basiert jedoch ausschließlich auf den Dokumenten aus dem Archiv des Jüdischen Museums in Prag.

Kurze Vorgeschichte

Als 1890 die Verhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden in den tschechischen Ländern gesetzlich geregelt wurden, lebte in Böhmen die Mehrheit der Juden verstreut auf dem Land; es gab hier fast 200 Gemeinden, wobei die größte und dominierende diejenige in Prag war. In Mähren lebten die Juden dagegen eher in kleineren Städten, weswegen hier die Zahl der Gemeinden im Jahr 1890 wesentlich niedriger war – etwa 60. Das jüdische Leben in Böhmen und Mähren prägten in jener Zeit vor allem drei Merkmale: ein massiver Umzug in Städte, schnell fortschreitende Assimilation und ein starker Geburtenrückgang. Die Zahl der böhmischen Gemeinden und ihrer Mitglieder sank infolgedessen dramatisch in den 1920er und 1930er Jahren,¹² während in Mähren die Situation mehr oder weniger unverändert blieb, da die untergegangenen Gemeinden von neu entstandenen – vor allem in den sich in dieser Zeit entwickelnden Industrie- und Gesellschaftszentren – ersetzt wurden. Unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg konzentrierten sich böhmische und mährische Gemeinden vorwiegend auf ihre religiösen Aufgaben (Gottesdienst, Religionsunterricht, Beerdigungsbrüderschaften) und auf soziale Fürsorge um die wenigen Mitglieder, die sich noch zur Religion bekannten.

Die Situation im Protektorat Böhmen und Mähren

Die Besetzung der tschechischen Länder im März 1939 und vor allem die Entstehung des Protektorats brachten nicht nur für die Juden immense Veränderungen mit sich. Einer der signifikantesten Aspekte der neuen Situation im Protektorat war die Zweigleisigkeit der Verwaltung. Ab jetzt existierten nebeneinander deutsche Besatzungs-¹³ und theoretisch autonome Protektoratsorgane, die oft einen sehr ungleichen Kampf um ihre Kompetenzen führten. Auf der tschechischen Seite gab es im Bereich der politischen Verwaltung den Staatspräsidenten, die Regierung mit dem Ministerpräsidenten, Ministerien, die Landesämter in Prag (für Böhmen) und Brno/Brünn (für Mähren) sowie die politischen Bezirke, die das Gebiet mehrerer Gerichtsbezirke einnahmen und in denen ein Bezirks-

¹² Der Verband der böhmischen jüdischen Kultusgemeinden stellte in seiner Generalversammlung im Jahr 1934 fest, dass die Zahl der Juden auf dem böhmischen Lande im Vergleich zur Volkszählung in 1921 um 40% sank, Protokoll o valném shromáždění Svazu českých náb. obcí židovských v Praze, dne 31. května 1934 [Protokoll der Vollversammlung des Verbandes der tschechischen jüdischen Kultusgemeinden in Prag, am 31. Mai 1934], AJMP, Bestand Jüdische Kultusgemeinde (JKG) Slaný 34694.

¹³ Einige von ihnen kopierten Strukturen und Kompetenzen aus dem Reich, andere wurden speziell für das Protektorat erschaffen.

amt und Bezirkshauptmann an der Spitze standen. Auf deutscher Seite war das zentrale und wichtigste Amt das Reichsprotektorsamt in Prag. Die Situation in den Regionen wurde von Oberlandräten überwacht, die jeweils das Gebiet mehrerer politischer Bezirke übernahmen. Zudem gab es auf deutscher Seite einen massiven Polizeiapparat.

Für die tschechischen Juden und jüdischen Gemeinden stellte die wichtigste Zäsur die Errichtung der Prager Zentralstelle für jüdische Auswanderung am 21. Juli 1939 dar – einer organisatorischen Einheit in der Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei beim Reichsprotector für Böhmen und Mähren in Prag. Diese sollte sich zunächst vor allem auf die Auswanderung der Juden und den Raub ihres Vermögens konzentrieren. Sie konnte ihre Aufgaben jedoch nicht ohne ein Gegenüber auf Seiten der Juden erfüllen, das ihren verlängerten Arm darstellen und sich um die Umsetzung ihrer Befehle kümmern sollte. Die Wahl der Zentralstelle fiel auf die Jüdische Gemeinde in Prag, die mit der gegenwärtigen Situation der jüdischen Bevölkerung genau vertraut war: In der Hauptstadt gab es eine große Zahl von Flüchtlingen aus den Grenzgebieten und aus dem Deutschen Reich, und mit den aus der spezifischen demografischen und sozialen Struktur der Prager Juden resultierenden Problemen war sie täglich konfrontiert. Was wohl noch wichtiger war, sie – als dominierende tschechische Kultusgemeinde – war im Unterschied zu der einzigen möglichen Alternative, dem *Nejvyšší rada svazů náboženských obcí židovských v Čechách, na Moravě a ve Slezsku* [Höchsten Rat der Verbände der jüdischen Kultusgemeinden in Böhmen, Mähren und Schlesien] offensichtlich auch in der Lage, den notwendigen Apparat aufzubauen und für den Moment auch zu finanzieren. Aus deutscher Sicht hatte sich vermutlich das Wiener Muster – die dortige Israelitische Kultusgemeinde unter strenger deutscher Kontrolle – bewährt, was bei dieser Entscheidung auch eine wichtige Rolle gespielt haben dürfte.

Deutsche und tschechische Verwaltung und die jüdischen Gemeinden im Protektorat

Bei ihrer Gründung war die Zentralstelle nur für Prag und Umgebung zuständig, wo zu jener Zeit etwa die Hälfte aller Protektoratsjuden lebte. Erst mit der Zeit wurden ihre Kompetenzen ausgedehnt: Im Herbst 1939 wurde kurzzeitig eine Dienststelle in Moravská Ostrava (Mährisch Ostrau) errichtet, die sich aber nur um die Vorbereitung und Organisation der ersten Transporte der Juden nach Nisko am San kümmern sollte und dann wieder aufgelöst wurde. Mitte Februar 1940 wurde die Zuständigkeit der Prager Zentralstelle auf das ganze Protektoratsgebiet erweitert.¹⁴

Jedoch war die Stellung der Zentralstelle umstritten und sie stand, vor allem in Mähren, in Konkurrenz zu anderen deutschen Stellen. Vor allem die Gestapoleitstelle in Brünn war hinsichtlich der die Juden betreffenden Maßnahmen in Mähren seit März 1939 sehr aktiv. Daran änderte sich mit der Gründung der Zentralstelle im Juli 1939 und auch nach der Erweiterung ihrer Kompetenzen auf das ganze Protektoratsgebiet im Februar 1940 nichts: Die Brüunner Gestapoleitstelle trat nach wie vor als die für die jüdischen Gemeinden in Mähren zuständige Behörde auf und wollte über alles genauestens informiert sein. So verbot sie Anfang Juli 1940 den Gemeinden, direkt mit anderen Ämtern zu

¹⁴ Milotová, Zentralstelle, S. 23.

kommunizieren. Alle Eingaben musste sie zuerst bewilligen und sogar die Korrespondenz mit der Zentralstelle wollte sie in Durchschrift bekommen.¹⁵ Ohnehin durften aber die Eingaben an die Zentralstelle sowie alle zentralen Behörden in Prag nicht direkt, sondern ausschließlich über die Prager Gemeinde gestellt werden.¹⁶

Wahrscheinlich in Reaktion auf diese Kompetenzfragen wurde Ende 1940 auch in Brünn eine Dienststelle der Prager Zentralstelle errichtet; sie war aber nur für das Gebiet des Brünner Oberlandrates zuständig, für das restliche Protektoratsgebiet Mährens war dies nach wie vor Prag.¹⁷ Da aber die Mitarbeiter der Brünner Dienststelle der Zentralstelle offensichtlich nicht besonders aktiv waren und sich die Prager Zentralstelle außerdem mit der Brünner Gestapoleitstelle offenbar nicht anlegen wollte, spielte diese weiterhin eine dominante Rolle. Im Mai 1941 entschied sie sich schließlich – wahrscheinlich wegen des Umfangs der Aufgaben und Anliegen der jüdischen Gemeinden –, einen Vermittler zu ernennen: Ab jetzt durften sich die mährischen Gemeinden nur über die Brünner Gemeinde an die Brünner Gestapoleitstelle wenden.¹⁸

Zudem wurden die Vertreter der einzelnen Kreisgemeinden, die immer für mehrere Kultusgemeinden zuständig waren, fast täglich zu lokalen Dienststellen der Gestapo vorgeladen, die vor allem Informationen über einzelne Personen und häufig über ihr Vermögen verlangten. Aus diesem Grunde wurde der Vorstand der Gemeinde in Mährisch Ostrau Salo Krämer nach dem Krieg vereinzelt als Kollaborateur angesehen, obwohl aus den Verhörprotokollen der Gestapo-Mitarbeiter eindeutig hervorgeht, dass dies nicht der Fall war.¹⁹ Robert Redlich von der Kreisgemeinde in Olomouc (Olmütz) wurde alle zwei oder drei Tage vorgeladen.²⁰ Die Gestapo verlangte auch verschiedenste Berichte, etwa über Bücher in jüdischem Besitz, und Karteien, etwa der „Arier“ in Mischehen.²¹ In Zlín (Zlin), wo es nie eine Jüdische Gemeinde, dafür aber den Sitz des Oberlandrates und eine Gestapo-Dienststelle gab, musste die Kreisgemeinde in Uherské Hradiště (Ungarisch Hradisch) ein Ortssekretariat errichten. Für die Kommunikation mit den Behörden war dann ein von der Gemeinde beauftragter Sekretär zuständig.

Diejenigen mit derartigen Verbindungsfunktionen hatten eine Schlüsselbedeutung inne, denn es hing von ihren persönlichen Fähigkeiten und Qualitäten, aber vor allem von ihrem jeweiligen Gegenüber ab, wie viel sie zu erreichen imstande waren. Mitunter gelang es zwar, „Beziehungen“ mit den Behörden aufzubauen, auf die man sich jedoch

¹⁵ Schreiben des Gemeindevorstehers der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) in Brünn an alle Jüdischen Kultusgemeinden in Mähren, 4. 7. 1940, AJMP, JKG Holešov 62618.

¹⁶ Anweisung der ŽNO Praha – odbor pro věci venkova [JKG Prag, Abteilung für Provinzangelegenheiten] an alle JKG, Nr. 054444/41 vom 4. 11. 1941, AJMP, JKG Slaný 102068.

¹⁷ Schreiben der IKG Prostějov (Prossnitz) an IKG Holešov (Holleschau), Věc [betrifft]: Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Brünn, 26. 12. 1941, AJMP, JKG Holešov 62380.

¹⁸ Schreiben der IKG Prossnitz an den Leiter der IKG Holleschau, 28. 5. 1941, AJMP, JKG Holešov 64216.

¹⁹ Siehe z. B. Protokoll aus dem Verhör von Edith Schubertová, 3. 2. 1946, Archiv bezpečnostních složek Praha [Archiv der Sicherheitsdienste Prag], 52-1-426; Protokoll aus dem Verhör von Jan Seringer, 11. 11. 1946, ebenda, 52-1-389.

²⁰ Vgl. z. B. Akten-Vermerk über die Vorsprache bei der Geh. Staatspolizei Olmütz am 19. 12. 1941 von 8.15–9.45 Uhr, AJMP, JKG Olomouc 101403.

²¹ Oběžník pro Bystřici p/H [Rundschreiben für Bystřice pod Hostýnem] – Kartotéka pro tajnou státní policii [Kartei für die geheime Staatspolizei], 24. 7. 1940, AJMP, JKG Holešov 62618; Schreiben des Ortssekretariats in Zlín an JKG Uherský Brod (Ungarisch Brod), betrifft: Soupis knih [Verzeichnis der Bücher], 15. 12. 1941, ebenda.

nicht verlassen konnte; die Interaktion mit der Gestapo war stets von Sorgen und ärgsten Befürchtungen begleitet, und kaum etwas war vorhersehbar. Dieselbe Dienststelle der Gestapo konnte sowohl streng als auch nachsichtig sein, ganz nach Belieben: Die Dienststelle in Zlin machte etwa die Gemeinde in Holešov (Holleschau) auf eine Jüdin, die sich nicht vorschriftsgemäß mit dem Gelben Stern gekennzeichnet hatte, nur aufmerksam, ohne jedoch gegen die Frau selbst vorzugehen.²² In einem anderen Fall, in dem ein Einzelner den geltenden Verordnungen zuwidergehandelt hatte, legte sie dagegen den Juden im ganzen Oberlandrat eine Kollektivstrafe auf (alle Juden durften bis zum 10. 12. 1940, d. h. etwa einen Monat lang, ihren Wohnort nicht verlassen, mit Ausnahme derer, die wegen der Arbeit reisen mussten). Die von der Jüdischen Gemeinde Holleschau in dieser Sache erlassene Warnung enthielt auch den folgenden Appell: „Diese Aufforderung nicht zu befolgen, hätte nicht nur die Verhaftung des Schuldigen zur Folge, sondern die Einziehung weiterer 10 Juden.“ Der Ortssekretär in Zlin, Hugo Redlich, Bruder der oben erwähnten Robert und Egon Redlich, erreichte etwas später bei der Gestapo Zlin, dass die Strafe um einige Tage gekürzt wurde.²³

Im Bereich der politischen Verwaltung waren vor allem die Oberlandräte aktiv, die für das bewegliche Vermögen der Juden in der Provinz und dessen Verkauf zuständig waren. In manchen Oberlandratsbezirken und Städten wurde nämlich die jüdische Bevölkerung noch lange vor ihrer Deportation nach Theresienstadt in einem Ort, einem Viertel, einer Straße oder einzelnen Häusern konzentriert und konnte nicht ihre ganze bewegliche Habe mitnehmen.²⁴ Auch die Kontakte zu den Oberlandräten waren sehr unterschiedlich: Es kam vor, dass sie zugunsten der Gemeinden intervenierten,²⁵ dies stellte aber keineswegs die Regel dar. Insgesamt vertraten die Oberlandräte die offizielle deutsche Politik gegenüber den Juden, aus den Dokumenten geht jedoch hervor, dass sie sich in die inneren Angelegenheiten der Gemeinden eher nicht einmischten.

Innerhalb der tschechischen Protektoratsverwaltung hatten vor allem die Bezirksämter gewisse Kompetenzen gegenüber den Juden. Sie konnten die Situation in der Region mit Bekanntmachungen oder Verordnungen im positiven sowie im negativen Sinne beeinflussen. Die einzelnen Bezirksämter, deren Verantwortliche mitunter gar nicht sicher waren,

²² Schreiben der JKG Ungarisch Brod, Ortssekretariat Zlin, an JKG Holleschau, betrifft: Helene Schindler, 30. 12. 1941 und folgende Schreiben, AJMP, JKG Holešov 62648.

²³ Bekanntmachung der IKG Holleschau, 15. 11. 1940, AJMP, JKG Holešov 62665; folgende Warnung der Vertrauensperson in Vizovice (Wizowitz) an die Juden daselbst, 18. 11. 1940, ebenda; Schreiben des Ortssekretariats in Zlin an JKG Ungarisch Brod, 2. 12. 1940, ebenda.

²⁴ Siehe z. B. Schreiben der IKG Prossnitz an JKG Olmütz, 2. 12. 1941, AJMP, JKG Prostějov 85481; Schreiben der JKG Ungarisch Brod an JKG Holleschau, 21. 10. 1941, ebenda, JKG Holešov 62618; jeder Einzelne (Männer, Frauen sowie Kinder, vertreten von ihren Eltern) musste dabei eine Erklärung unterschreiben, die ihm verbot, sein eigenes Vermögen zu veräußern, verschenken usw., siehe Protokoll unterschrieben von Franziska Duda (in Vertretung ihrer Tochter Vera Duda), 12. 8. 1942, ebenda, 62651; zur Zuständigkeit der Oberlandräte in dieser Angelegenheit siehe Rundschreiben Nr. V/42 vom 4. 3. 1942, ebenda.

²⁵ Im September 1941 bat z. B. die JKG in Prag die Kreisgemeinde in Kladno, beim Oberlandrat vorzusprechen und zu erwirken, dass die Krankenhäuser in Slaný (Schlan) und Velvary (Velvarn) auch die jüdischen Patienten behandeln, denn nach ihren Informationen änderte der Oberlandrat in Mladá Boleslav (Jung Bunzlau) den Beschluss des dortigen Bezirksamtes, dass jüdische Patienten im lokalen Krankenhaus nicht behandelt werden dürfen. Schreiben der JKG Prag (Abteilung für soziale Fürsorge) an JKG Schlan, 30. 9. 1941, AJMP, JKG Slaný 102883(b).

wer überhaupt als Jude anzusehen sei,²⁶ gingen diese Fragen sehr unterschiedlich an, was für die Gemeinden praktische Probleme bedeutete: Der Sprengel²⁷ der Gemeinde Hollerschau lag z. B. infolge von Änderungen in der Verwaltungsstruktur von einem bestimmten Zeitpunkt an auf dem Gebiet zweier politischer Bezirke, in denen unterschiedliche lokale Regeln gelten konnten.²⁸ Die Kundmachungen der einzelnen Bezirksämter, die das Leben der Juden erschwerten, betrafen verschiedenste Bereiche, so konnte von ihnen etwa das Verbot ergehen, innerhalb des Bezirkes zu reisen, was nicht nur für die Arbeitenden ein großes Problem darstellte.²⁹ In Kralupy nad Vltavou (Kralup an der Moldau) durften die Juden „keine Personen weiblichen Geschlechts arischer Abstammung als Dienstmädel unter 50 Jahre halten und beschäftigen“ (September 1940), in Velvary (Velvarn) wurde ihnen die Benutzung von Wäschereien verboten (März 1942). Auf der anderen Seite erlaubte das Bezirksamt in Kralup an der Moldau im Juli 1941 jüdischen Arbeitern beim Straßen- und Eisenbahnbau, auch außerhalb der offiziellen Einkaufszeiten ihre Einkäufe zu besorgen.³⁰ Die Entscheidungen der Bezirksämter waren also sehr individuell, wobei die persönlichen Kontakte zwischen den Repräsentanten der Gemeinden und diesen tschechischen Behörden auch hier eine Rolle spielen konnten.

Die Gemeinden sahen sich außerdem von vielen Seiten mit Angriffen und Versuchen, ihres Besitzes habhaft zu werden, konfrontiert; in diesem Zusammenhang seien z. B. die Versuche der tschechischen Organisation *Národní souručenství* [Nationalgemeinschaft], der *Československá církev husitská* [Tschechoslowakische Hussiten-Kirche] oder des NSDAP-Apparats erwähnt, die sich vor allem der den Gemeinden oder Einzelnen gehörenden „freien“ Räume, Wohnungen oder ganzen Gebäude (Synagogen) bemächtigen wollten. In diesem Bereich hatte jedoch die Prager Zentralstelle das letzte Wort.³¹

Die beschriebene Situation war für die Protektoratsgemeinden, hauptsächlich in Mähren, und vor allem für ihre Repräsentanten sehr verwirrend und stellte sie vor große organisatorische Probleme. Extrem viel hing von ihrem „Erfolg“ im Bereich der persönlichen Kontakte zu den Vertretern der einzelnen Behörden ab. Sie mussten die Situation vor Ort

²⁶ Wie im Fall der Familie Duda aus Dřevohostice bei Přerov (Prerau), wo es um die Entscheidung ging, ob die Kinder in der Familie arisch oder jüdisch sind, vgl. z. B. Schreiben der JKG Hollerschau an JKG Prag – Aussenstelle Ungarisch Brod, 3. 8. 1942, AJMP, JKG Holešov 62651.

²⁷ Zum zeitgenössischen Begriff „Sprengel“ siehe Anmerkung 1.

²⁸ Schreiben der JKG Hollerschau an JKG Prag, 16. 11. 1940, AJMP, JKG Holešov 62665.

²⁹ Schreiben der JKG Hollerschau an ihre Vertrauensleute Emil Schrötter und Hanuš Kohn, betrifft: Instrukce ohl. opouštění okresu [Anweisungen betr. Verlassen des Bezirkes], 17. 11. 1940, AJMP, JKG Holešov 62665.

³⁰ Kundmachung der Bezirksbehörde in Kralup a. d. M., Nr. 27290-VII-25-5 ai 40, 1. 9. 1940, AJMP, JKG Slaný (Kralupy nad Vltavou), ohne Nummer; Schreiben des Okresní úřad v Kralupech n/Vlt. [Bezirksbehörde in Kralup a. d. M.] an Obchodní grémium Kralupy n/Vlt., Velvary [Handelsgremium Kralup a. d. M., Velvarn], Opis [Abschrift], 29. 7. 1941, ebenda; Kundmachung der Bezirksbehörde in Kralup a. d. M., Nr. 6891-VII-25-5 ai 1942, Opis [Abschrift], 4. 3. 1942, ebenda.

³¹ Schreiben des Pfarramtes der Tschechoslowakischen Hussiten-Kirche an JKG Schlan, 7. 5. 1939, AJMP, JKG Slaný 102887(a); Oběžník II/1939 [Rundschreiben II/1939] des Höchsten Rates der Verbände der Jüdischen Kultusgemeinden in Böhmen, Mähren und Schlesien, 12. 6. 1939, ebenda, 102886(b). – Schreiben des Národní souručenství, Okresní sekretariát Kralupy nad Vltavou [Nationalgemeinschaft, Bezirkssekretariat Kralup an der Moldau] an JKG Schlan, 14. 10. 1940, ebenda, 102935 und Schreiben der JKG Prag an JKG Schlan mit der Anweisung, wie in der Angelegenheit vorzugehen ist (mit Verweis auf die Verordnung des Reichsprotectors vom 7. 10. 1940, dass eine leere Wohnung nach einem Juden nur mit Genehmigung der Zentralstelle wieder besetzt werden kann), 20. 10. 1940, ebenda, 102935.

ausbalancieren, Fehler in der Kommunikation mit Ämtern vermeiden, mit ungeheuer großem Fingerspitzengefühl mit ihren Gegenübern umgehen. Oft wussten sie auch nicht, wem sie eigentlich gehorchen sollten. Ihr Leben wurde offiziell aus Prag geregelt, und so erhielten sie über die Prager Gemeinde zahlreiche Anweisungen von der Zentralstelle; die Gestapo und andere lokale Behörden waren aber eindeutig näher.

Prag und Provinz. Hierarchische Struktur der Gemeindeverwaltung

Nachdem die Zentralstelle sie im Juli 1939 zu ihrem Gegenüber auf jüdischer Seite bestimmt hatte, begann die Prager Gemeinde, sehr schnell zu handeln. Schon Ende des Monats lud sie die Vertreter aller etwa 130 Protektoratsgemeinden nach Prag ein, wo sie sich am 30. Juli 1939 versammelten und über die Situation und aus ihr resultierende Aufgaben informiert wurden.³² Der Sekretär und spätere Leiter der Prager Gemeinde František Weidmann erklärte ihnen die neuen Prioritäten: Neben den nach wie vor aktuellen religiösen Aufgaben waren dies vor allem die Förderung der *Auswanderung* und die *soziale Fürsorge* für ihre Mitglieder, deren wirtschaftliche Lage sich infolge der antijüdischen Maßnahmen schnell verschlechterte. Auch die Bedeutung des Schulwesens wurde betont (normaler Schulunterricht, aber auch die sogenannte *Umschulung* im Zusammenhang mit der Auswanderung und der Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben), und die Kultur, die den Juden in dieser schwierigen Situation Halt geben sollte. Zu einem weiteren Schlüsselthema wurde die angeordnete *Statistik*, also die Registrierung und Erfassung von Personen und auch des *Vermögens* Einzelner und der Gemeinden.

Absolute Priorität hatte zu diesem Zeitpunkt die Auswanderung. In diesem Bereich war für die böhmischen Juden die Prager Gemeinde und für die mährischen Juden die Brünner Gemeinde zuständig, wobei sich das Palästina-Amt in Prag auf die Auswanderung nach Palästina und die Gemeinden auf alle anderen Länder konzentrierten. Da die Auswanderung zu diesem Zeitpunkt nur für die Juden möglich war, die in Prag ihren Wohnsitz hatten, erwartete die Prager Gemeinde einen Zustrom von Personen aus der Provinz und wollte die dafür notwendigen Bedingungen in Prag schaffen. Sie forderte dabei viel zu optimistisch, dass die Gemeinden monatlich mindestens 15 Prozent ihrer Mitglieder zur Auswanderung nach Prag schicken sollten.³³

Zwei Wochen nach der ersten Versammlung wurden die Vertreter der Provinzgemeinden wieder nach Prag einberufen; die Information, dass die Juden aus dem Protektorat zur Vorbereitung ihrer Auswanderung nach Prag umziehen müssen, hatte Panik hervorgerufen. Auch die Prager Gemeinde stellte inzwischen fest, dass die Unterkunftsmöglichkeiten in Prag sehr begrenzt waren, da die Stadt durch den Zuzug von Flüchtlingen und seit März 1939 von Angehörigen des deutschen Besatzungsapparats ohnehin überfüllt war. Deswegen legte sie Mitte August 1939 eine Reihenfolge fest, in der die tschechischen Juden zur Auswanderung nach Prag umziehen sollten. Alle Provinzgemeinden sollten dabei helfen, das verlangte Kontingent von 200 Personen, die sich täglich bei der Zentral-

³² Schreiben des Ústřední svaz sionistický (Palestinský úřad) [Zionistischer Zentralverband (Palästina-Amt)] und Židovská obec náboženská v Praze [Jüdische Kultusgemeinde in Prag], 24. 7. 1939, AJMP, JKG Slaný 102886(b).

³³ Schreiben der JKG Prag an JKG Schlan, 7. 8. 1939, AJMP, JKG Slaný 102886(b); František Weidmann, Židovská náboženská společnost a její reorganizace [Jüdische Religionsgemeinschaft und ihre Reorganisation], 30. 7. 1939, ebenda; Rede Jakob Edelsteins vom 30. 7. 1939, ebenda.

stelle zur Auswanderung melden sollten, zu erfüllen, und zu diesem Zweck wurden noch im August 1939 die ersten Statistiken zusammengestellt.³⁴

Am 22. September 1939 wurde allen Gemeinden befohlen, innerhalb von zwei Tagen die Erfassung aller Juden (einschließlich Grundinformationen über ihr Vermögen) in ihrem Sprengel durchzuführen.³⁵ Diese Aufgabe zu erfüllen war jedoch insofern schwierig, als die Gemeinden bis dahin nur über ihre Mitglieder eine Übersicht hatten. Wenn sich die übrigen Juden, wie etwa „Geltungsjuden“,³⁶ nicht selber meldeten, mussten die Gemeinden verschiedenste Wege nutzen, um eine vollkommene Erfassung gewährleisten zu können: die Informationen überprüfen, die sie vom Hörensagen hatten,³⁷ oder Briefe mit Nachfragen an Gemeindeämter schicken.³⁸ Alles wurde sehr schnell erledigt, denn der Druck seitens der Zentralstelle, mit der die Repräsentanten der Prager Gemeinde fast täglich verkehren mussten, war riesig; trotz aller Anstrengungen, die Erfassung von Anfang an sorgfältig umzusetzen, wurden aber noch 1941 „neue“ Juden registriert.³⁹ Die Idee, dass die potenziellen Auswanderer nach Prag umziehen, erwies sich schließlich als undurchführbar; letztlich wurden nur die Auswanderungsmappen nach Prag gebracht und bei der Zentralstelle eingereicht (das sogenannte Mappieren).⁴⁰

Die Kommunikation mit etwa 130 einzelnen Provinzgemeinden war für die Prager Gemeinde ein schwieriges Unterfangen. Der einfacheren Organisation halber sollten die immer noch selbstständigen Gemeinden einen Vertreter benennen, der für den Kontakt mit der Prager Gemeinde zuständig war. Die gegenwärtigen Verantwortlichen der Gemeinden sollten in ihren Funktionen bleiben; in der Versammlung im Juli 1939 wurde ihnen der Rücktritt grundsätzlich verboten.⁴¹ Die personellen Änderungen in den Vorständen der jüdischen Gemeinden im Herbst 1939 waren also entweder in der Auswanderung oder der Verhaftung der Verantwortlichen begründet.⁴²

³⁴ František Weidmann, Referát k poradě zástupců náboženských obcí Protektorátu Čechy a Morava, konané dne 13. srpna 1939 [Bericht für die Besprechung der Vertreter der Kultusgemeinden des Protektorats Böhmen und Mähren am 13. August 1939], AJMP, JKG Slaný 102886(b); Schreiben der JKG Prag an JKG Schlan, 13. 8. 1939, ebenda.

³⁵ Rundschreiben der JKG Prag an alle Kultusgemeinden, 22. 9. 1939, AJMP, JKG Slaný 102886(b).

³⁶ Zur Definition der sogenannten Geltungsjuden siehe den Beitrag von Maria von der Heydt in diesem Band.

³⁷ Schreiben der JKG Schlan an Karel Neumann in Brandýsek, 6. 12. 1941, AJMP, JKG Slaný 102894.

³⁸ Schreiben der IKG Holleschau an das Obecní úřad v Brusném [Gemeindeamt in Brusné], 25. 6. 1940, AJMP, JKG Holešov 62607.

³⁹ Schreiben des Leiters der JKG Holleschau an JKG Ungarisch Brod, 24. 10. 1941, AJMP, JKG Holešov 62618.

⁴⁰ Schreiben der IKG Prossnitz an die JKG Holleschau, Gegenstand: Instrukce ohledně převedení vystěhovalecké agendy na krajské obce. Návštěva Dra Bonna a Dra Schwarze. Zpráva [Anweisungen betreffend die Übertragung der Auswanderungsagenda an die Kreisgemeinden. Besuch von Dr. Bonn und Dr. Schwarz. Bericht], 15. 12. 1940, AJMP, JKG Holešov 62380.

⁴¹ František Weidmann, Židovská náboženská společnost a její reorganizace [Jüdische Religionsgemeinschaft und ihre Reorganisation], 30. 7. 1939, AJMP, JKG Slaný 102886(b).

⁴² Wie etwa im Fall der Verhaftung zweier Funktionäre der Gemeinde in Holleschau, des langjährigen Vorstehers Otto Hayek und des Matrikenführers Ernst Michalovsky, am 1. 9. 1939 im Rahmen der Aktion Albrecht I. Die Gemeinde in Holleschau verlangte im Frühling 1940, dass sie aus dem KZ Buchenwald entlassen werden; ihr Antrag an die Prager Zentralstelle wurde auch von ihrer damaligen Kreisgemeinde in Prossnitz befürwortet und unterstützt. Dies blieb jedoch ohne Erfolg und erst 1941 wurde Frau Michalovska informiert, dass sie sich wegen der Entlassung ihres Mannes direkt an das RSHA wenden soll. Schreiben der JKG Holleschau an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag, 25. 6. 1940, AJMP, JKG Holešov 62682; Schreiben des Ortsekretariats für Zlin und Umgebung der JKG Ungarisch Hradisch an JKG Holleschau, 7. 6. 1941, ebenda, 62618.

Zuerst versuchte die Prager Gemeinde die Vertreter der mährischen und der böhmischen Gemeinden separat nach Prag einzuladen, wenn es nötig war. Im Dezember 1939 entschied sie sich jedoch, jeweils für mehrere Gemeinden eine Kreisgemeinde als Verbindungsinstanz zu bestimmen.⁴³ Die Kommunikation zwischen Prag und der Provinz funktionierte danach in einem hierarchischen System: Die Prager Gemeinde erteilte Weisungen an die Kreisgemeinden, welche die Informationen an alle ihnen untergeordneten Gemeinden weiterleiteten. Diese wiederum verständigten Vertrauensleute, die in jedem Ort ernannt wurden, in denen Juden – und sei es nur eine einzige Person – lebten. Die Vertrauensleute konnten sowohl Männer als auch Frauen sein; die einzige Bedingung für die Ausübung dieser Funktion war offensichtlich ihr guter Gesundheitszustand, denn manche Ortschaften waren recht weitläufig und oft war es nötig, in einer sehr kurzen Frist Informationen weiterzuleiten oder zu sammeln.⁴⁴ Diese hierarchische Struktur setzte eine effektive Zusammenarbeit voraus und verlangte von den Verantwortlichen ein hohes Maß an Zuverlässigkeit sowie – trotz persönlicher Einstellungen, Eigenschaften oder gegenseitigen Ab- oder Zuneigungen – maximale Professionalität.

Neue Informationen erhielten die Gemeinden regelmäßig in Form von Rundschreiben oder Berichten einzelner Abteilungen der Prager Gemeinde (Leitung, Finanzabteilung, Abteilung für Provinzangelegenheiten, Auswanderungsabteilung), denen oft Anlagen mit ausführlicher Anweisung zum Ausfüllen der verlangten Formulare angeschlossen wurden, um die Informationen in einer standardisierten Form von den Gemeinden zu sammeln und so zu gewährleisten, dass sie in Prag für das ganze Gebiet des Protektorats rechtzeitig bearbeitet werden konnten. Auch eine negative Antwort musste gemeldet werden, damit ein vollständiger Überblick gewonnen wurde. Da die Erledigungsfristen fast immer sehr kurz waren, kommunizierte die Prager Gemeinde mit der Provinz per Post (Briefe, Rundschreiben), und wenn die Zeit dies nicht zuließ, telefonisch oder auch telegrafisch. Wenn eine Kreis- oder lokale Gemeinde nicht ausreichend Zeit zum Sammeln und Bearbeiten der verlangten Daten hatte, wurden sie von einem Mitarbeiter persönlich mit dem Zug nach Prag gebracht.⁴⁵

Die vor allem die Auswanderung betreffenden Neuigkeiten wurden außerdem mit Hilfe der Prager Ausgabe des auch in Berlin und Wien erscheinenden Jüdischen Nachrichtenblattes verbreitet, die seit November 1939 das offizielle Mitteilungsorgan der Prager Gemeinde war.⁴⁶

Für die wichtigsten und aktuellsten Aufgaben, d. h. für die Auswanderung, Umschulung und später auch für den Arbeitseinsatz der Juden, wurden im Frühjahr 1940 in jeder Kreisgemeinde Referenten ernannt, die die entsprechende Agenda in ihrem Kreis organisierten. Da aber die Zahl der Mitarbeiter jeder Gemeinde sehr begrenzt war, übte gewöhnlich eine Person mehrere Funktionen aus: Der Leiter der Kreisgemeinde in

⁴³ Referat Dra Weidmanna [Bericht Dr. Weidmanns], 13. 12. 1939, AJMP, JKG Slaný 102886(b).

⁴⁴ Frau Věra Srpová aus dem Dorf Brandýsek wurde z. B. infolge ihres schlechten Gesundheitszustandes in 1942 dieser Funktion entkleidet, Schreiben der JKG Prag – Ortsstelle Schlan an Věra Srpová, 11. 6. 1942, AJMP, JKG Slaný 102877.

⁴⁵ Schreiben der JKG Holleschau an JKG Prag (leitenden Sekretär Weidmann), 24. 9. 1939, AJMP, JKG Holešov 62607.

⁴⁶ Krejčová/Svobodová/Hydráková (Hrsg.), *Židé*, S. 157–162; Ruth Bondy, Chronik der sich schließenden Tore. Jüdisches Nachrichtenblatt – *Židovské listy* (1939–1945), in: *Theresienstädter Studien und Dokumente* 2000, S. 86–106.

Olmütz Robert Redlich war zugleich auch der Auswanderungs- und Umschulungsreferent.⁴⁷

Trotz aller Appelle und optimistischer Erwartungen ging die Auswanderung der tschechischen Juden im Herbst 1939 nicht in dem Tempo vonstatten, welches sich die Prager Gemeinde gewünscht hätte. Es war kaum mehr möglich, Visa zu bekommen, und ohnehin sollte die Auswanderung aus dem Protektorat nicht diejenige aus dem „Altreich“ gefährden, was eine der Grundvoraussetzungen bei der Gründung der Prager Zentralstelle gewesen war. Trotzdem wurden die Gemeinden Ende 1939/Anfang 1940 mehrmals ermahnt, dass die Zahl der zur Auswanderung angemeldeten Personen zu niedrig sei. Auch wenn das verlangte Kontingent der Auszuwandernden, die täglich ihre Mappe bei der Zentralstelle einreichen mussten, mit der Zeit sank,⁴⁸ hatten die Gemeinden große Probleme, die von ihnen verlangte Personenzahl⁴⁹ zum Mappieren zu überzeugen; vor allem in der Provinz waren die Menschen an der Auswanderung offensichtlich nicht interessiert und hatten gar nicht die Möglichkeit dazu, da sie keine Verwandten oder Freunde im Ausland hatten, weder über Visa noch ausreichend Gelder verfügten, oder sie waren einfach nur optimistisch, was ihre Zukunft in der Heimat anging. Das Mappieren bedeutete aber auch, dass die jeweilige Person eine komplette Übersicht ihres Vermögens vorlegen und je nach der Höhe des Vermögens eine Auswanderungsumlage bezahlen musste, was sicher den Druck seitens der Prager Zentralstelle verstärkte. Um das Kontingent zu füllen, versuchten die Gemeinden anfangs, vor allem unbemittelte Juden nach Prag zu schicken; mit dieser Strategie kamen sie aber nicht lange durch. Der Druck auf die Prager Gemeinde war riesig, und diese war gezwungen, ihn auf die einzelnen Gemeinden weiterzugeben. Den Gemeinden standen aber keine Druckmittel zur Verfügung: „Wir machen Sie noch einmal auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam, denn falls wir nicht den nötigen Kontingent bereit haben, werden gegen uns unangenehme Repressalien vorgenommen. Es kommt nicht darauf, ob die Personen auswandern wollen, sondern es ist Ihre Pflicht, uns ohne Rücksicht darauf, ob sie wollen oder nicht wollen, solche [unbemittelte] Personen zu melden“, schrieb die Gemeinde in Holleschau an einen ihrer Vertrauensleute im Mai 1940.⁵⁰

Dasselbe galt auch für die Registrierung der Männer zwischen 18 und 45 Jahren für das Umschulungsgut Lípa (Leipa oder auch Linden bei Německý Brod/Deutsch Brod), das im Juli 1940 von der Prager Gemeinde eröffnet wurde.⁵¹ Diejenigen, die noch eine Arbeit hatten, konnten nicht für drei Monate zur Umschulung gehen, und die anderen waren offensichtlich nicht interessiert und bereit, ihre Familien so lange zu verlassen. Es ist auch fraglich, inwieweit ihnen die Umschulung in ihrer Situation sinnvoll erschien, und ob sie

⁴⁷ Bericht der Auswanderungsabteilung der JKG Olmütz, über die Tätigkeit vom 1. Februar 1941 bis zum 15. Februar 1941, überreicht durch den Leiter der Abteilung: Robert Redlich, 17. 2. 1941, AJMP, JKG Olomouc 101403; Bericht der Umschulungsabteilung der JKG, Olmütz vom 1. Januar bis zum 31. Januar 1941, überreicht durch den Leiter der Umschulungsabteilung Robert Redlich, 3.1. (sic) 1941, ebenda.

⁴⁸ Im Mai 1940 waren es täglich nur 55 Personen gegenüber 200 Personen im Herbst 1939, Schreiben der JKG Prag an die JKG Holleschau, 30. 5. 1940, AJMP, JKG Holešov 62380.

⁴⁹ Ein proportioneller Teil des gesamten Protektoratskontingents je nach Anzahl der Juden in ihrem Sprengel.

⁵⁰ Schreiben der JKG Holleschau an Emil Schrötter in Wizowitz, Aktenzeichen 254/40, nicht datiert [6. 5. 1940], AJMP, JKG Holešov 62607.

⁵¹ Oběžník XV/40 ŽNO Praha – oddělení venkovských obcí [Rundschreiben XV/40 der JKG Prag – Abteilung für Provinzgemeinden], 10. 7. 1940, AJMP, JKG Slaný 102886(b).

den Aufenthalt in Linden nicht nur als Zwangsarbeit wahrnahmen. Jede Gemeinde musste aber eine bestimmte Zahl von Personen schicken. Dieses Kontingent zusammenzustellen, kam für sie einem Albtraum gleich. Auf verschiedenste Weise versuchten sich die Gemeinden zu helfen, so dass die Prager Gemeinde sie z. B. im Februar 1941 ermahnen musste, dass die von ihnen geschickten Kranken und Untauglichen nicht in das Kontingent mit einberechnet werden.⁵²

Die jüdische Bevölkerung nahm sowohl das Mappieren als auch die Registrierung für Linden als Strafe wahr, wie die Reaktionen der Betroffenen andeuten.⁵³ Die Gemeinden respektive ihre Vertreter waren sich dessen bewusst, aber sie sahen keinen Ausweg: Sie mussten ihre Aufgaben erfüllen, sonst wären sie für die unangenehmen Folgen für sich selbst, für die Mitarbeiter der Prager Gemeinde sowie für die Juden in ihrem Sprengel verantwortlich gewesen. Zugleich war die Registrierung für Linden offensichtlich das einzige Zwangsmittel, das ihnen zur Verfügung stand, wenn es mit Einzelnen Probleme gab, die für alle ernste Konsequenzen hätten haben können. Die Rücksicht auf die gesamte Gemeinschaft der Juden wird ständig auch in den Schreiben der Prager Gemeinde, die sich direkt gegenüber der Zentralstelle zu verantworten hatte, betont. Das Bemühen der Gemeinden, die Situation der Juden in der jeweiligen Region möglichst gut oder unverändert zu halten und die Aufmerksamkeit nicht auf sich zu lenken, war von zentraler Bedeutung.

Diese Angst vor nicht weiter spezifizierten, aber offensichtlich befürchteten Repressalien, Problemen, Strafen usw. ist auch in den Akten zu anderen Angelegenheiten der Gemeinden zu spüren. Auf der persönlichen Ebene stellte auf dem Land die Verhaftung durch die Gestapo die größte Drohung dar – das Schicksal der Verhafteten war meistens unbekannt, die Gemeinden erfuhren irgendwann von ihrem Tod. Auch das Leben der Gemeinden konnten am schlimmsten die von der Gestapo auferlegten Strafen beeinflussen.

Um Probleme und Gefahren zu vermeiden, beschäftigte sich die Prager Gemeinde durch die Provinzgemeinden auch mit jedem konkreten unklaren oder problematischen Einzelfall vor Ort, wenn Probleme mit der nicht-jüdischen Umgebung oder sogar in eigenen Reihen drohten: Aufmerksam verfolgte sie z. B. die regionalen Ausgaben der Zeitung *Árijský boj* [Der arische Kampf], und wenn dort ein konkreter Vorfall angeprangert wurde, verlangte sie von der zuständigen Gemeinde eine sofortige Überprüfung des Sachverhalts und eventuelle weitere Schritte. Als Beispiel kann hier der Fall von Otto Löwy aus Slaný (Schlan) erwähnt werden, der das Verbot, nach 8 Uhr abends auszugehen und öffentliche Betriebe (Gaststätten usw.) zu besuchen, nicht einhielt. Da weder die Mahnung der lokalen Gemeinde noch der Kreisgemeinde in Kladno halfen, wurde Löwy schließlich für das Umschulungslager Linden registriert.⁵⁴

⁵² Oběžník VIII/41 ŽNO Praha – oddělení pro věci venkova [Rundschreiben VIII/41 der JKG Prag – Abteilung für Provinzangelegenheiten], 18. 2. 1941, AJMP, JKG Slaný 102875.

⁵³ Karel Weinstein verbrachte sogar sieben Monate in Linden unter der Bedingung, dass er nicht zum Mappieren gezwungen werden wird, wozu es aber später doch kam. In einem an die Gemeinde Holleschau adressierten Brief beschwert er sich bitter darüber. Schreiben Karel Weinsteins aus Wizowitz an JKG Holleschau, 16. 9. 1941, AJMP, JKG Holešov 62654.

⁵⁴ Schreiben (wahrscheinlich von der Kreiskultusgemeinde in Kladno) an Otto Löwy, 4. 2. 1941, AJMP, JKG Slaný 102882; Schreiben der JKG Schlan an JKG Prag in Reaktion auf einen nicht erhalten gebliebenen Artikel in der Zeitung *Árijský boj* [Arischer Kampf], wo sie informiert wird, dass Otto Löwy in Einverständnis mit der Kreisgemeinde in Kladno wegen seines Verhaltens für das Schulgut Linden registriert wurde, 22. 2. 1941, ebenda, 102068.

Ein Mitarbeiter einer Jüdischen Gemeinde im Protektorat während des Zweiten Weltkrieges zu sein, brachte aber nicht nur eine riesige Verantwortung, Stress und Angst, sondern auch eine Menge Arbeit mit sich. Dies ist beispielsweise gut am Posteingang und -ausgang der Gemeinde in Schlan zu erkennen: Im Jahre 1938 gingen insgesamt 25 Sendungen ein oder wurden abgeschickt, ein Jahr später nur 19 Briefe, 1940 waren es schon 723. Den Höhepunkt erreichte die Aktivität der Gemeinde im Jahre 1941, als 4 571 Briefe ins Korrespondenzbuch eingetragen wurden. Ab 1942 nahm die Zahl im Zusammenhang mit den fortschreitenden Deportationen nach Theresienstadt, die im Herbst 1941 begonnen hatten, wieder ab: 1942 waren es 3 449, 1943 dann 554 Posten und von Januar bis August 1944 nur noch 294 Sendungen.⁵⁵

Die Arbeitsbedingungen der Gemeinden wurden im Laufe der Zeit immer schwieriger: Trotz der großen Geldsammlung, die im Herbst 1939 unter dem euphemistischen Namen „Opfern – Aufbauen – Leben“ durchgeführt worden war,⁵⁶ fehlte es an Geld für die Auswanderung⁵⁷ und auch für alles Andere. Vor allem aus diesem Grunde wurden im Frühling 1940 die Finanzen aller Gemeinden zentralisiert. Alle Mittel (Bargeld, Konten usw.) der Gemeinden sowie ihre Einkünfte wurden von der Prager Gemeinde übernommen, und die Gemeinden bekamen je nach ihrem Bedarf sogenannte Dotationen, genau bestimmte Summen, zurück, aus denen sie ihre Tätigkeit, wie etwa die soziale Fürsorge, finanzierten.⁵⁸ Außerdem mussten sie zur selben Zeit für die Prager Gemeinde erneut eine Übersicht ihres unbeweglichen Vermögens zusammenstellen, denn die Zentralstelle hatte festgestellt, dass einige Gemeinden inzwischen ihr unbewegliches Vermögen verkauften oder über den Verkauf verhandelten, was laut deutscher Verordnungen nicht zulässig war – alle Erträge aus solchen Transaktionen sollten nämlich in den Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren als Vermögensträger der Zentralstelle zur Finanzierung der Auswanderung und später der Deportationen nach Theresienstadt gehen.⁵⁹ Durch die Verordnung des Reichsprotektors über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 5. März 1940 wurde neben diesen finanziellen Angelegenheiten auch die Stellung der Prager Gemeinde geregelt: Sie war nun offiziell den anderen Gemeinden übergeordnet und hatte das Weisungsrecht über sie, was in der Praxis u. a. bedeutete, dass sie ihnen Aufgaben übertragen und auch die Beamten der Gemeinden ernennen oder abberufen konnte. Meistens diente sie aber nach wie vor als Vermittler zwischen der Zentralstelle und den Gemeinden auf dem Land, nur selten kam sie mit eigenen Aufträgen.⁶⁰

Im Laufe der folgenden Monate mussten die Gemeinden zahlreiche Aufgaben auf Prager Weisung erfüllen. Es handelte sich etwa um verschiedenste Meldungen, Statistiken oder die Erfassung von Gegenständen oder gar Lebewesen (Schreibmaschinen, Pelzsa-

⁵⁵ Siehe die Korrespondenzbücher der JKG Slaný unter den Nummern 102836, 102974, 102976, 102988, 102989 und 102990 sowie zwei Hefte ohne Nummer, in: AJMP, JKG Slaný.

⁵⁶ Siehe z. B. Appell der JKG Prossnitz an die Juden in ihrem Sprengel, sich der Sammlung anzuschließen, 24. 9. 1940, AJMP, JKG Prostějov 51705.

⁵⁷ Aus diesem Geld wurden den Einzelnen nämlich auch z. B. die Reisen nach Prag zum Mappieren bezahlt.

⁵⁸ Für soziale Fürsorge siehe z. B. Zpráva o činnosti [Bericht über die Tätigkeit], nicht datiert [1940], AJMP, JKG Slaný 102886(b).

⁵⁹ Siehe Schreiben des Ministeriums für Schulwesen und Volksbildung an JKG Prag, betrifft: Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag. Beteiligung bei der Ueberführung des Besitzes jüdischer Kultusgemeinden (Übersetzung), 5. 4. 1940, AJMP, JKG Holešov 62547.

⁶⁰ Text mit dem Titel Weisungsrecht der Jüdischen Kultusgemeinde Prag/Právo židovské náb. obce v Praze udělovati pokyny, 23. 5. 1940, AJMP, JKG Slaný 102886(b).

chen, Haustiere, um nur einige von ihnen zu nennen). „Höhepunkte“ ihrer Aktivitäten bildeten 1941/42 die Registrierung aller Juden für die geplanten Transporte und anschließend die technische Abfertigung der Deportationen nach Theresienstadt, die in Prag und Brünn schon im Herbst 1941 aufgenommen wurden und 1942 in hohem Maße die Provinz betrafen. Als direkte Folge der wachsenden Nummer der „judenfreien“ Gebiete im Protektorat kam es dann im Frühling 1942 zu einer neuen Regelung der Organisation der Provinzgemeinden: Sie wurden aufgelöst, verloren ihre ohnehin nur scheinbare Selbstständigkeit und wurden zu Außenstellen (ehemalige Kreisgemeinden) und Ortsstellen (ehemalige Gemeinden) der einzigen immer noch bestehenden jüdischen Gemeinde in Prag.⁶¹ Die Prinzipien ihrer Interaktion mit der Prager Gemeinde blieben aber gleich; die Außenstellen und Ortsstellen sollten über die Prager Gemeinde die Befehle vor allem der Zentralstelle⁶² in die Tat umsetzen. Nach dem Ende der großen Deportationen im Sommer 1943 blieben im Prinzip nur die Außenstellen, also die ehemaligen Kreisgemeinden, erhalten, die sich um alle nötigen Angelegenheiten in der ganzen Region kümmerten. Die Funktionäre der Außenstellen oder die beauftragten Vertrauensleute in den Ortsstellen rekrutierten sich bis zum Kriegsende meistens aus den Reihen der in den Mischchen lebenden Juden.

Zusammenfassung

Ein Funktionär einer jüdischen Gemeinde im Protektorat zu sein, war eine unglaublich schwierige und kaum zu lösende Aufgabe. Die Situation, die mit der Besetzung der tschechischen Länder geschaffen wurde, war für die Gemeinderepräsentanten vollkommen neu und häufig wussten sie nicht, wie sie mit ihr umgehen sollen. Plötzlich wurden sie für das Schicksal aller in ihrem Sprengel als Juden geltenden Personen verantwortlich gemacht und mit Arbeit überhäuft.⁶³ Befehle und Weisungen bekamen sie meistens aus Prag, von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung über die Prager Gemeinde, die selbst unter immensem Druck stand. Sie sollten sie in die Tat umsetzen, hatten aber weder mit den Aufgaben noch mit deren Umfang Erfahrungen. Sie kümmerten sich um viel mehr Menschen als zuvor und kämpften mit der zunehmenden Zahl antijüdischer Maßnahmen, die ihr Leben allgemein erschwerten. Außerdem standen sie nicht nur mit der Prager Gemeinde im Kontakt, sondern auch mit einer Reihe anderer – lokaler – Behörden, von denen sie oft einander widersprechende Weisungen bekamen. Infolge der sich ständig verwandelnden Situation in der Verwaltung (Gebiet der einzelnen Oberlandräte, der Gemeindesprengel, der Kreisgemeinden, der Gestapo-Dienststellen, Personenaustausch in den Behörden sowie Gemeinden) mussten sie immer mit einer neuen Situationen zurechtkommen und sich neu orientieren.⁶⁴

⁶¹ Seit 1943 Ältestenrat der Juden in Prag.

⁶² Seit 1942 Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Prag.

⁶³ Wobei die Sprengel der einzelnen Gemeinden und Kreisgemeinden während des Krieges mehrmals abgeändert wurden, vgl. dazu z. B. Schreiben der JKG Prag an die JKG Schlan, 21. 1. 1941, AJMP, JKG Slaný 102894 und die darauf folgende Reaktion der JKG Schlan vom 26. 1. 1941, ebenda; Oběžník XXX/1941 ŽNO Praha – oddělení pro záležitosti venkova [Rundschreiben XXX/1941 der JKG Prag – Abteilung für Provinzangelegenheiten], 7. 10. 1941, ebenda, 102875.

⁶⁴ Der Charakter der Interaktion mit diesen Behörden unterschied sich von der Situation im Deutschen Reich, siehe den Aufsatz von Beate Meyer in diesem Band sowie dies., Tödliche Gratwände

Ihre Möglichkeiten waren sehr begrenzt: Sie wurden für alles verantwortlich gemacht und mit Repressalien bedroht, obwohl sie im Grunde keinen wirklichen Einfluss ausüben konnten. Die Strafen, die sie fürchteten, waren zwar nirgendwo näher spezifiziert worden; offensichtlich ängstigten sich aber die Funktionäre der Gemeinden auf dem Land – im Unterschied zu den Mitarbeitern der Prager Gemeinde – weniger vor der Zentralstelle (das Schlimmste, was direkt aus Prag angeordnet wurde, war die Deportation nach Theresienstadt, und dieser konnte man ab Herbst 1941 ohnehin nicht mehr entgehen), sondern eher vor der Gestapo vor Ort. Zwischen der Zentralstelle und den Gemeinden standen die Mitarbeiter der Prager Gemeinde wie ein Blitzableiter. Die Gemeinden sahen in ihrer Situation offensichtlich keinen Ausweg, keinerlei Handlungsspielraum, was sich auch in ihren Äußerungen widerspiegelt: „Wir müssen darauf hinweisen, dass wir Juden alle Anforderungen, die an uns gestellt werden, voll erfüllen müssen“, schreibt z. B. die Gemeinde Hollerschau im September 1941, als sie ein Kontingent zur Auswanderung zusammenstellen musste.⁶⁵ In einem Brief an Karel Weinstein mit dem Appell, sich mappieren zu lassen, heißt es wieder: „Sie müssen sich als Jude dessen bewusst sein, welche Opfer zu tragen sind, und dieses Opfer welches wir jetzt von Ihnen verlangen, ist das kleinste Opfer.“⁶⁶ Auch aus den eigenen Reihen mussten sie Probleme erwarten: Es gab immer wieder Einzelne, die die ganze Gemeinde mit ihrem Verhalten bedrohten, wobei der Gemeinde nur wenige Mittel zur Verfügung standen, sie zur „Vernunft“ zu bringen.

Die Beziehungen zwischen den Funktionären der Gemeinden und der Kreisgemeinden⁶⁷ sowie zwischen den Kreisgemeinden und der Prager Gemeinde, deren Beamte im direkten, sicher nervenaufreibenden Kontakt mit der Zentralstelle standen und darüber hinaus in den Dimensionen des ganzen Protektorats und aller Protektoratsjuden denken mussten, waren oft gespannt. Die einzelnen Gemeinden hielten z. B. das Verbot, mit Behörden oder mit der Zentralstelle direkt zu kommunizieren, oft nicht ein, was wiederum der Prager Gemeinde Probleme verursachte.⁶⁸ Auf der anderen Seite war es für die lokalen Gemeinden manchmal schwierig, die Perspektive der Prager Gemeinde zu verstehen, denn sie bekamen nur konkrete, isolierte Anweisungen und oft kontextlose Informationen und konnten sich kaum vorstellen, wie belastend und anspruchsvoll der tägliche Kontakt mit den Mitarbeitern der Zentralstelle sowie das ganze Spektrum der zu lösenden Probleme sein konnten.⁶⁹

rung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011.

⁶⁵ Zur Rolle der Reichsvereinigung bei den Deportationen siehe den Aufsatz von Beate Meyer in diesem Band, zu den Konflikten zwischen der Israelitischen Kultusgemeinde Wiens und der jüdischen Bevölkerung angesichts der ersten Deportationen aus Wien ins besetzte Polen im Herbst 1939 und im Frühjahr 1941 siehe Andrea Löw, Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia, „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 59–76.

⁶⁶ Schreiben des Leiters der JKG Hollerschau an Karel Weinstein in Zlín, 21.9.1941, AJMP, JKG Holešov 62654.

⁶⁷ Vgl. dazu z. B. den Ton des Schreibens der JKG Olmütz an die JKG Prossnitz, betr. Meldungen, 28.11.1941, AJMP, JKG Prostějov 85474.

⁶⁸ Die Gemeinden wurden wiederholt ermahnt, dieses Verbot einzuhalten, vgl. dazu z. B. Rundschreiben der JKG Prag IV/1941, 20.1.1941, AJMP, JKG Slaný 102875.

⁶⁹ Siehe etwa die Briefe und Tagebucheinträge des berühmten tschechischen jüdischen Schriftstellers Karel Poláček, der während des Krieges einige Monate für die Treuhandstelle bei der Prager Gemeinde beim Sortieren der Bücher arbeitete und in diesem Auftrag auch die Kreisgemeinden besuchte, Karel Poláček, Úvahy. Korespondence. Deník z roku 1943, Praha 2001, S. 255–328.

Kurzum, die wenigen, die als Funktionäre einer jüdischen Gemeinde während des Krieges tätig waren, gerieten in eine Situation, die kaum beneidenswert war. Es war offensichtlich von zentraler Bedeutung, wer die Funktion des Gemeinderepräsentanten gegenüber den Behörden vertrat und ob es ihm gelang, einen zumindest geringen Handlungsspielraum zu erkämpfen. Die „persönlichen“ Beziehungen waren aber sehr fragil und nicht von langer Existenz – wiederholt kam es zu Änderungen in der Struktur der Behörden sowie der Angehörigkeit zu den Verwaltungseinheiten, was jeweils zur Folge hatte, dass die mühevoll aufgebauten Beziehungen zu einem Beamten an Bedeutung verloren, denn ein anderer Beamter oder eine andere Behörde war jetzt für eine Gemeinde zuständig.

Die Ausgangspunkte der einzelnen Funktionäre waren dabei unterschiedlich: Es gab sowohl solche, die schon vor 1939 in den Gemeinden tätig gewesen waren, als auch diejenigen, die bis zu ihrer Ernennung keinerlei Interesse an der jüdischen Gemeinde oder am jüdischen Leben allgemein gehabt hatten, da sie sich nicht als Juden fühlten und erst nach der Einführung der Nürnberger Gesetze mit ihrem Judentum konfrontiert wurden. So oder so, sie bemühten sich, im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeit das Leben der Juden im Protektorat zu organisieren und – da sie die Bedingungen kaum verbessern konnten – die negativen Auswirkungen der antijüdischen Politik mit ihren bescheidenen Möglichkeiten in Grenzen zu halten.

Lisa Peschel

Gegen eine uniforme Definition des Jüdischseins: Drei Kabarets aus dem Ghetto Theresienstadt

Über sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gestatten uns erst jüngst entdeckte Quellen neue Einblicke in das Ghetto von Theresienstadt: Bei diesen neuen Dokumenten handelt es sich um Kabarets und Theaterstücke, die die Gefangenen selbst geschrieben haben. Während der Forschungen zum kulturellen Leben des Ghettos, die ich 2005 in der Tschechischen Republik und in Israel betrieben habe, haben mir Überlebende und ihre Familien geholfen, in kleinen Archiven und Privatsammlungen mehrere bis dahin unveröffentlichte Manuskripte aufzufinden.¹ Hier analysiere ich kurz drei dieser Theresienstädter Kabarets, die alle von Juden aus der Tschechoslowakei geschrieben wurden. Ich will zeigen, dass die Gefangenen Theateraufführungen benutzten, um die ihnen von den Nationalsozialisten aufgezwungene homogene und entmenschlichende Identität rassistischer Unterlegenheit von sich zu weisen, indem sie sich selbst in ihrer ganzen nationalen, politischen, sprachlichen und religiösen Verschiedenheit auf den Bühnen des Ghettos in Szene setzten. Die Manuskripte lassen erkennen, dass sie ihre Vorkriegsidentitäten bewahrten, indem sie Narrative schufen, die Kontinuitäten zwischen ihrer Vergangenheit und ihrer Gegenwart in Theresienstadt herstellten. Dadurch, dass sie Stücke aufführten, die ihre Identifikation mit bestimmten Gemeinschaften zum Ausdruck brachten, erkannten überdies Schauspieler und Zuschauer ihre Mitgefangenen als Mitglieder dieser Gemeinschaften und inszenierten so auch ihre Zugehörigkeit zu Gemeinschaften außerhalb des Ghettos.

Welche waren diese größeren Gemeinschaften, denen die tschechoslowakischen Juden in Theresienstadt sich zugehörig fühlten? Im Ghetto bedeutete „tschechoslowakischer Jude“ fast immer „tschechischer Jude“, da aus der Slowakei nur knapp 1 500 Gefangene und zudem sehr spät, in den letzten Kriegsmonaten, nach Theresienstadt deportiert worden waren. Dagegen kamen fast 73 600 aus den tschechischen Regionen Böhmen und Mähren.² Allerdings waren die tschechischen Juden keineswegs eine homogene Gruppe. Sie waren vor dem Krieg in sämtlichen politischen Parteien von den Kommunisten bis hin zu den konservativen Agrariern zu finden gewesen, hatten religiöse Auffassungen von der Orthodoxie bis zum Atheismus vertreten und sich entweder auf Deutsch oder Tschechisch oder in beiden Sprachen gleichermaßen verständigt.³

¹ Elf dieser Manuskripte sind 2008 in einer zweisprachigen, deutsch-tschechischen Anthologie veröffentlicht worden, deren englische Ausgabe in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung demnächst erscheint. Siehe Lisa Peschel (Hrsg.), *Divadelní texty z terezínského ghetta/Theatertexte aus dem Ghetto Theresienstadt, 1941-1945*, Praha 2008 und dies., *Performing Captivity, Performing Escape. Cabarets and Plays from the Terezín/Theresienstadt Ghetto*, Calcutta 2012.

² Ludmila Chládková, *The Terezín Ghetto*, Praha 1991. Tschechische Juden waren anfangs einige Monate lang die einzigen Gefangenen des Ghettos, nachdem es im November 1941 errichtet worden war. Ab dem Sommer 1942 wurden dann auch Juden aus anderen Ländern nach Theresienstadt deportiert: 42 000 kamen aus Deutschland, 15 000 aus Österreich und kleinere Gruppen aus den Niederlanden, Dänemark sowie, gegen Ende des Krieges, auch aus der Slowakei und Ungarn.

³ Bei der Volkszählung von 1930 nannten 2,4 Prozent der befragten Tschechoslowaken das Judentum als ihre Religion; 1,3 Prozent gaben Hebräisch oder Jiddisch als ihre Sprache an. Sprecher des Jiddischen lebten fast ausschließlich in den östlichen Regionen der Slowakei und in dem Teil Ruthe-

In diesem Aufsatz will ich nur einer einzigen, in der tschechoslowakischen Volkszählung institutionalisierten Identifikationskategorie nachgehen, und zwar der Nationalität. Das Statistische Amt befand 1921, dass Nationalität als ethnische Zugehörigkeit zu verstehen sei, wobei die Muttersprache das Hauptkriterium war; Juden durften indessen unabhängig von der Sprache, derer sie sich bedienten, die jüdische Nationalität angeben.⁴ In der Wahl der jüdischen Nationalität spiegelten sich die verschiedensten Standpunkte; diese konnten von der Befürwortung eines jüdischen Staates über den Wunsch nach einer Stärkung jüdischer Identität in der Diaspora bis hin zu dem Bedürfnis reichen, sich aus dem deutsch-tschechischen „Nationalitätenkonflikt“ herauszuhalten, der in der Tschechoslowakei ausgefochten wurde.⁵ In der Volkszählung von 1930 gaben von den in Böhmen, Mähren und Schlesien lebenden Bürgern, die das Judentum als ihre Religion nannten, 36 Prozent die tschechoslowakische, 31 Prozent die jüdische und 30 Prozent die deutsche Nationalität an.⁶ Theateraufführungen in Theresienstadt gaben allen drei Gruppen die Möglichkeit, ihre Identifikation mit ihrer jeweiligen Nationalität zu inszenieren. Zu den bekannten Stücken aus der Vorkriegszeit, die im Ghetto zur Aufführung gelangten, gehörten zum Beispiel *Der Blumenstrauß* (*Kytice*), ein Balladenzyklus aus der tschechischen nationalen Renaissance von Karel Jaromír Erben, Goethes *Faust* und deutschsprachige Operetten wie *Die Fledermaus* und Scholem Aleichems *Tewje der Milchmann*.⁷

Die trennenden Linien zwischen diesen drei Gruppen waren freilich beweglicher und durchlässiger, als es die Volkszählungsstatistik nahelegt. Daher werde ich hier erörtern, inwieweit die Gefangenen sich mit tschechischsprachiger Kultur, deutschsprachiger Kultur und mit dem Zionismus identifizierten (Identifikationen, die sich keineswegs gegenseitig ausschlossen), anstatt sie einer tschechischen, deutschen oder jüdischen „Nationalität“ zuzuordnen. Anhand von drei Kabaretts werde ich zeigen, wie diese Texte es den Gefangenen ermöglichten, Kontinuitätslinien von der Vergangenheit in die Gegenwart zu ziehen, und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu stiften, das nicht nur die verschiedenen Gemeinden in Theresienstadt, sondern auch in der Welt jenseits der Ghettomauern erfasste.

niens, der am Fuße der Karpaten liegt. Siehe Joseph Rothschild, *East Central Europe between the two World Wars*, Seattle 1977, S. 89f. und Tatjana Lichtenstein, *Making Jews at Home: Jewish Nationalism in the Bohemian Lands, 1918–1938* (Ph.D. Diss., University of Toronto, 2009), S. 99.

⁴ Das Büro traf diese Entscheidung nach einer langen Debatte darüber, ob für die Nationalität die subjektive Wahl der befragten Person ausschlaggebend sei, oder man sich auf objektivere Kriterien wie Sprache stützen solle. Dies wurde als schwierig empfunden, da nur wenige böhmische und mährische Juden Jiddisch sprachen und daher ihre Nationalsprache „verloren“ hatten. Siehe Lichtenstein, *Making Jews at Home*, S. 80f.

⁵ Zu den tschechischen Juden und dem Nationalitätenkonflikt bis zum Ende des Ersten Weltkriegs siehe Hillel Kieval, *The Making of Czech Jewry: National Conflict and Jewish Society in Bohemia, 1870–1918*, New York/Oxford 1988.

⁶ Livia Rothkirchen, *The Jews of Bohemia and Moravia: 1938–1945*, in: *The Jews of Czechoslovakia: Historical Studies and Surveys*, Bd. III, hrsg. von Avigdor Dagan, Gertrude Hirschler und Lewis Weiner, Philadelphia 1984, S. 3–74, hier S. 12. Die Zahlen für Böhmen und Mähren unterschieden sich deutlich, wobei die mährischen Juden stärker dazu neigten, für die jüdische Nationalität zu optieren. In Böhmen wählten 46 Prozent die tschechoslowakische, 31 Prozent die deutsche und 20 Prozent die jüdische Nationalität. In Mähren-Schlesien entschieden sich 52 Prozent für die jüdische, 29 Prozent für die deutsche und 18 Prozent für die tschechoslowakische Nationalität. Siehe Ezra Mendelsohn, *The Jews of East Central Europe*, Bloomington 1983, S. 159.

⁷ Der Überlebende Karel Heřman hat Plakate gesammelt, die detaillierte Informationen über das kulturelle Leben im Ghetto vermitteln. Zu diesen vier Aufführungen siehe die Sammlung Heřman, *Sbírkové oddělení Památníku Terezín* (Sammlungsabteilung der Gedenkstätte Theresienstadt, fortan SO PT), Inv. Nrs. PT 4304, 3981, 4045 und 3918.

Das II. tschechische Kabarett (II. český kabaret)

Tschechischsprachige Gefangene in Theresienstadt inszenierten und besuchten eine große Bandbreite von Theateraufführungen, von den Stücken Karel Čapeks bis zu der Kinderoper *Brundibár*.⁸ Den bei weitem herausragendsten Einfluss auf die in tschechischer Sprache vorliegenden Originalmanuskripte hatte aber das ungeheuer populäre *Befreite Theater (Osvobozené divadlo)* des Schauspielerduos Jiří Voskovec und Jan Werich. In erhalten gebliebenen Notizen des Gefangenen Josef Taussig, der offenbar vorhatte, nach dem Krieg einen Essay über das Theresienstädter Kabarett zu schreiben, ist die Rede von drei tschechischen Kabaretts im Ghetto, die „das Befreite Theater kannten und bewunderten“.⁹ Überlebende, die das Manuskript des *II. tschechischen Kabarett*s gesehen haben, konnten den Einfluss von Voskovec und Werich überall erkennen, sei es an der Revue-Form, sei es an ihrer besonderen Art des Wortspiels.¹⁰

Aus Dokumenten in der Gedenkstätte Theresienstadt geht hervor, dass vier Autoren zu dem Kabarett beigetragen haben: Dr. Felix Porges, Vítězslav „Pidla“ Horpatzky, Pavel Stránský und Pavel Weisskopf.¹¹ Sie alle kamen mit demselben Transport junger Arbeiter aus Prag im Dezember 1941 an. Porges inszenierte das *II. tschechische Kabarett*, schrieb mehrere der Szenen und komponierte die Musik. Er und seine Künstlerkollegin Elly Bernstein, die er im Ghetto kennenlernte und heiratete, blieben bis zum Kriegsende in Theresienstadt. Stránský, der die Texte für einige der Lieder geschrieben hat, war im Frühjahr und Sommer 1944, als das Kabarett aufgeführt wurde, nicht mehr im Ghetto, da er bereits im Dezember 1943 nach Auschwitz deportiert worden war. Über Horpatzky und Weisskopf und ihren Anteil am Text des Kabarett ist wenig bekannt.

Mit ihrem Skript brachten die Autoren mehrere Elemente der Vorkriegsvergangenheit in das Ghetto, darunter auch den Stil der von ihnen verehrten Künstler Voskovec und Werich. Dieser Stil bedeutete aber mehr als bloß Vertrautheit und Vergnügen: Voskovec und Werich hatten einen äußerst speziellen Humor, mit dem sie jedes erdenkliche politische Ereignis kommentierten, so makaber es auch sein mochte, und Hitlers Machtzunahme versorgte sie leider mit reichlich Stoff. Ein Beispiel waren die politischen Hinrichtungen, die im Sommer 1934 stattfanden und als die „Nacht der langen Messer“ bekannt wurden. Zwischen dem 30. Juni und dem 2. Juli brachte das NS-Regime wenigstens 85 Menschen um, von denen die meisten der Sturmabteilung (SA) angehörten, ebenfalls Nationalsozialisten also, die als Bedrohung für Hitlers Macht angesehen und deshalb beseitigt wurden. In Voskovecs und Werichs Revue *Der Henker und der Narr (Kat a blázen)*, die im Herbst 1934 Premiere hatte, versuchte Henker Raduzo herauszubekommen, wie sich der Narr Mahuleno wohl noch vorschriftsmäßig hinrichten lassen würde, obwohl sie beide seit Jahren auf einer verlassenen Insel gestrandet waren:

⁸ Siehe SO PT, Inv. Nrs. PT 3883 und 4010.

⁹ Josef Taussig, Über Theresienstädter Kabarette, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1994, S. 207–246, hier S. 234.

¹⁰ Die Akte einer Revue sind, anders als die eines Kabarett, gewöhnlich durch ein Thema oder eine recht frei organisierte Handlung miteinander verbunden, aber beide werden definiert als populäre Theaterunterhaltung, die Musik, Tanz und Sketche miteinander verbindet und häufig zeitgenössische Gestalten, Nachrichten oder Literatur satirisch behandelt.

¹¹ Siehe SO PT, Inv. Nrs. PT 3826–3831. Das Kabarett trägt in allen Dokumenten den Titel *Lacht mit uns (Smějte se s námi)*, der zugleich eine der ersten Zeilen des ersten Liedes ist.

Mahuleno: Jeder weiß, dass ich etwas Rum kriege; ich hab' ein Recht auf ein Fläschchen Rum vor meiner Hinrichtung, ein Schluck, um mich zu wappnen!

Raduzo: Verflixt, er hat recht, ich muss ihm den Rum geben, aber wo soll ich den bloß hernehmen?

Mahuleno: Frag' mich nicht; dafür bist Du verantwortlich. Ich geh ins Gefängnis und warte auf meinen Rum. Und denk bloß nicht, dass ich bis zum 30. Juni warte – wenn sich der Tag jährt, an dem Freunde ihre Freunde umbringen.¹²

Mit diesem Passus bezogen Voskovec und Werich sich auf die bedrohlichen Ereignisse, die gleich hinter der Grenze stattfanden, und lösten die Sorge ihres Publikums humorvoll auf. Porges und Horpatzky setzten in ihren Rollen als komisches Duo eine ähnliche Strategie ein, um eines der traumatischsten Ereignisse in der Geschichte des Ghettos zu verarbeiten. Am 11. November 1943 wurden alle Gefangenen im Bauschowitz Kessel, der gerade außerhalb von Theresienstadt lag, gezählt. Fast 40 000 Menschen wurden dort gezwungen, einen kalten und feuchten Tag lang im Freien zu stehen, ohne zu wissen, ob man sie zählen oder ermorden würde.¹³ Viele Gefangene starben in der Folgezeit, weil sie dabei schwer erkrankt waren. Das *II. tschechische Kabarett*, geschrieben im April 1944, stellte sich diesem Vorfall in einer Szene, in der Horpatzky bemerkt, dass Porges das tschechische Volkslied *Auf den Wiesen des Herrn* vor sich hin summt.

P. Horpatzky: Sie sind ziemlich fröhlich. Wissen Sie aber, dass wir in Theresienstadt tatsächlich eine Wiese des Herrn hatten?

F. Porges: Nein, davon weiß ich nichts.

P. Horpatzky: Die hieß Bauschowitz Kessel. Dort gabs ein großes Treffen, sehr schöne Massenszenen.

F. Porges Aha, ich weiß schon, wie dort das All-Sokol-Treffen war.¹⁴

Die Anspielung auf den Sokol, die nationalistische tschechische Turnorganisation, dürften die tschechischen Juden ohne weiteres sofort erkannt und verstanden haben. An den riesigen, choreografierten Übungen, die bei All-Sokol-Treffen veranstaltet wurden, nahmen Hunderte von Mitgliedern teil. Indem sie die Gefangenenzählung mit einer Sokol-Versammlung verglichen, fügten Porges und Horpatzky das Ereignis auf eine komische Art in ihr Skript ein und verankerten es damit fest in einem Deutungsrahmen aus der Vorkriegszeit.

Die Autoren machten Kontinuität auch ausdrücklich zu einem Gegenstand ihres Skripts, beschränkten sich aber nicht darauf, ihre Vergangenheit mit der Gegenwart zu verknüpfen. Alle Szenen waren – mit Ausnahme der ersten und der letzten, die im Ghetto selbst spielten – in ein Nachkriegsprag der Zukunft verlegt, das in jeder Hinsicht mit dem Vorkriegsprag ihrer Vergangenheit identisch war. Im Rahmen des Kabarett besuchten Porges und Horpatzky beliebte Wahrzeichen am Wenzelsplatz, trafen alte Freunde aus Theresienstadt und ergingen sich in Erinnerungen an ihre Erfahrungen im Ghetto. Indem sie eine Kontinuität darstellten, die nicht nur von der Vergangenheit in die Gegenwart, sondern auch von der Gegenwart in die Zukunft reichte, woben sie selbst Theresienstadt in ein Narrativ ein, das ihr eigenes Überleben projiziert.

¹² Jiří Voskovec/Jan Werich, *Kat a blázen*, in: Jiří Voskovec/Jan Werich, Hry, Praha 1980, S. 155–276, hier S. 173.

¹³ Das Ereignis ist dargestellt bei H. G. Adler, *Theresienstadt: das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Göttingen 2005, S. 158–161.

¹⁴ Felix Porges/Vítězslav Horpatzky/Pavel Stránský/Pavel Weisskopf, *Das II. tschechische Kabarett*, übersetzt von Michael Wögerbauer, in: Peschel (Hrsg.), *Divadelní texty/Theatertexte*, S. 214–277, hier S. 234.

Das *II. tschechische Kabarett* versetzte die Darsteller in die Lage, sich wieder mit tschechischsprachigen Gemeinden im Ghetto selbst zu verbinden, einschließlich der Gemeinschaft derjenigen, die die Arbeit von Voskovec und Werich bewunderten. Diese Verbundenheit hatte nicht nur emotionale und ästhetische Aspekte, sondern auch einen besonderen politischen Gehalt. Viele Anhänger des Befreiten Theaters gehörten einer Generation an, deren früheste Erinnerungen bei der Weltwirtschaftskrise einsetzten und die ins Erwachsenenalter eintraten, als sich die faschistische Bedrohung in Europa auszuweiten begann. Voskovec und Werich, beide Jahrgang 1905, waren für diese jungen Tschechen, jüdische wie nichtjüdische, gleichsam zu Bannerträgern geworden. Obwohl sie sich entschieden weigerten, einer politischen Partei beizutreten, traten sie in ihren Aufführungen doch für linke Ideen von sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit ein und waren engagierte Antifaschisten. Dieses Engagement nahm in dem Maße zu, in dem Hitlers Macht wuchs. Ihre Komödien wurden schärfer, blieben aber im Kern optimistisch und stärkten die Moral des Publikums mit ihrem Vertrauen auf die Stärke gewöhnlicher, aber geeinter Menschen.¹⁵ Die Gefangenen in Theresienstadt wussten, dass Voskovec und Werich 1939 in die Vereinigten Staaten geflohen waren, noch bevor die Nationalsozialisten Böhmen und Mähren besetzten, und dass sie über die Radiosendungen der *Voice of America* die Verbindung zur Gemeinschaft der tschechischen Antifaschisten aufrechterhielten. Indem sie den Stil von Voskovec und Werich ins Ghetto brachten, inszenierten sie ihre fortdauernde Zugehörigkeit zur größeren Gemeinschaft der Antifaschisten außerhalb der Ghettomauern – und ihre eigene Opposition gegen die Nationalsozialisten.

Das Hofer-Kabarett

Im Ghetto arbeiteten deutschsprachige Darsteller aus Böhmen und Mähren eng mit denen aus Österreich und Deutschland zusammen. Eine Lesung des *Faust* beispielsweise, die Philipp Manes aus Berlin organisierte, wurde von Teilnehmern aus Deutschland, Österreich und Böhmen bestritten. Das Gleiche gilt auch für das vielleicht bekannteste Kabarett im Ghetto, *Das Karussell* des Berliner Schauspielers und Regisseurs Kurt Gerron.¹⁶ In dem Hofer-Kabarett, das einer Darstellung tschechisch-jüdischer Verbundenheit mit der deutschsprachigen Kultur am nächsten kam, traten auch Schauspieler aus allen drei Ländern auf. Eine Sammlung von Liedern, die aus der Feder des Gastgebers, Autors und Darstellers Hans Hofer stammen, ist im Jüdischen Museum in Prag erhalten.

Hofer (sein eigentlicher Name war Hans oder Hanuš Schulhof) wurde 1907 in Prag geboren, zog aber 1924, als er 17 Jahre alt war, mit seiner Familie nach Wien. Er war bis nach dem Anschluss am Wiener Theater aktiv und kehrte dann nach Prag zurück.¹⁷ Im Juli 1942 wurden er und seine österreichische Frau Lisl (geb. Steinitz) gemeinsam nach Theresienstadt deportiert, wo sie sofort im deutschsprachigen Kulturleben des Ghettos aktiv wurden.¹⁸

¹⁵ Jarka Burian, *Modern Czech Theatre: Reflector and Conscience of a Nation*, Iowa City 2000, S. 51.

¹⁶ Siehe SO PT, Inv. Nrs. PT 3981 und 3933.

¹⁷ Siehe František Ehrmann/Ota Heidlinger/Rudolf Iltis (Hrsg.), *Terezín*, Praha 1965, S. 320.

¹⁸ Erich Weiner, *Freizeitgestaltung in Theresienstadt*, in: Rebecca Rovit/Alvin Goldfarb (Hrsg.), *Theatrical Performance during the Holocaust: Texts, Documents, Memoirs*, Baltimore 1999, S. 209–230, hier S. 220. Hofer ist auf mehreren Plakaten genannt, die in der Sammlung Heřman erhalten sind, einschließlich SO PT, Inv. Nrs. PT 3850, 3911, 3981, 4072–4076, 4045 und 4194–4195.

Da Hofer einen so großen Teil seiner Laufbahn in Wien verbracht hat, ist schwer zu sagen, ob seine Theateraktivitäten im Ghetto eher für deutschsprachige tschechisch-jüdische Künstler oder eher für österreichisch-jüdische Künstler repräsentativ waren. Die Frage, inwieweit es dabei überhaupt einen wahrnehmbaren Unterschied gibt, übersteigt die Möglichkeiten meines Aufsatzes, doch habe ich mich dafür entschieden, seine Arbeit als stellvertretend für deutschsprachige tschechische Juden anzusehen, weil – das Beispiel *Das Ghettomädel* zeigt es – der Einfluss österreichischer Theaterformen für diese Gruppe typisch gewesen zu sein scheint.

Die Kontinuität kultureller Formen aus der Vorkriegszeit in Hofers Texten dürfte für das Publikum in Theresienstadt offenkundig gewesen sein: Alle seine Lieder orientierten sich an Wiener Operetten- und Kabarett-Melodien aus den 1920er und 1930er Jahren. Die meisten seiner Liedtexte drehten sich um das Leben im Ghetto, und Anspielungen auf Ereignisse in Theresienstadt erlauben oft sogar eine recht genaue Datierung ihrer Entstehung. So befasste sich eine seiner Arbeiten, *Der Hauptplatz*, mit der sogenannten *Stadtverschönerung*, die in Vorbereitung des Besuchs einer Kommission des Internationalen Roten Kreuzes in Theresienstadt im Juni 1944 vorgenommen wurde. Der Text, wahrscheinlich im Frühjahr 1944 geschrieben, folgte der Melodie von *Mein Herr Marquis (Adele)* aus der Operette *Die Fledermaus*.¹⁹

Es gab hier nen Platz,
 Auf den darf ka Katz,
 Denn ringsum war Stacheldraht.
 Dann brachte man Sand
 Und der Draht verschwand
 Und Blumen man angepflanzt hat.
 Dann baute man hin in der Eil' 'nen Pavillon
 Und brachte Rasch hin Geigen und Saxofon
 Und 40 Mann Kapelle, die war'n sofort zur Stelle.
 Jetzt hört man hier bei Tag und bei Nacht Prachtkonzert
 Und mancher Mann denkt still bei sich, wenn er das hört,
 Ja, sehr komisch, hahaha ist die Sach, hahaha
 drum verzeihn sie hahaha wenn ich lache hahahaha
 ja, sehr komisch hahaha ist die Sache hahaha
 Sehr komisch hihihhi sind *die*.

Hofer etablierte eine Form der Kontinuität, indem er einfach eine Melodie aus dieser beliebten Operette ins Ghetto brachte. Eine weitere stellte er mit der besonderen Art her, wie er der Arie Bedeutung für ihre eigene, gegenwärtige Erfahrung verlieh. In *Die Fledermaus* kehrt Adele, die eigentlich die Kammerzofe des Marquis ist, in ihrer Verkleidung als Schauspielerin mit dem sanften Spott dieser Arie vorübergehend die Machtverhältnisse um, die zwischen ihr selbst und ihrem Arbeitgeber bestehen. Mit seinen Texten brachte Hofer sich selbst und seine Zuhörer in eine ähnliche Machtposition, nämlich die der Kritiker, die dem Handeln der Nationalsozialisten eine bizarre Komik abgewinnen konnten, ohne sie als sonderlich bedrohlich anzusehen. In den letzten vier Zeilen trat das letzte *die* (mit dem die Nationalsozialisten gemeint waren) an die Stelle des *Sie* aus der Original-*Fledermaus*, mit dem Adele den Marquis anspricht: Dies war Hofers einzige, subtile Anspielung auf die Unterdrücker, und mit ihr demontierte er sie und ihre ausgeklügelten Pläne, indem er sie eher als Quelle der Erheiterung denn der Furcht darstellte.

¹⁹ Siehe SO PT, Inv. Nr. PT 4045.

Es gibt allerdings einen deutlichen Unterschied zwischen Hofers komischem Stil und dem Humor in den tschechischsprachigen Manuskripten. Eine Forscherin hat bemerkt, dass für das Wiener Kabarett eher eine „Mischung aus skurrilem und warmherzigem Witz“ als eine beißende Satire charakteristisch sei.²⁰ Hofers Texte stützen dies; seine Verse sind gewiss satirisch, wirken aber eher verwundert als bissig. Während der Humor in tschechischsprachigen Kabarettis die traumatischsten Ereignisse im Ghetto wie die Gefangenenzählung und abgehende Transporte ansprach, mieden Hofers deutschsprachige Texte diese Themen. Seine Lieder galten Alltagsproblemen des Ghettolebens, die von dem Versuch, eine gestohlene Thermosflasche zurückzubekommen über Korruption in den Küchen bis hin zu den bürokratischen Hindernissen beim Erwerb einer Eintrittskarte für das Theater reichten. Er geht diesen täglichen Mühen sorgfältig und witzig bis ins Detail nach, versucht aber nicht, die gefährlichsten Seiten des Ghettolebens komödiantisch umzudeuten.

Die deutschsprachigen Texte unterschieden sich von den anderen auch darin, dass ihnen eine klare Orientierung auf die Zukunft fehlte. Die tschechischsprachigen Juden stellten sich in ihren Kabarettis ihre Rückkehr nach Prag vor, während die Zionisten sich auf ein Leben in Palästina einstellten; die deutschsprachigen Kabarettis sahen nicht über die Gegenwart hinaus. Warum war das so? Als Hitlers Einfluss wuchs, mussten die deutschsprachigen tschechischen Juden mitansehen, wie der Antisemitismus ihrer nichtjüdischen deutschsprachigen Nachbarn stärker wurde. Gleichzeitig mussten sie erfahren, wie antideutsche Ressentiments unter ihren tschechischsprachigen Nachbarn zunahmen. Sie konnten sich offensichtlich nur schwer vorstellen, welchen Platz die deutschsprachige Kultur in einer Nachkriegstschechoslowakei würde einnehmen können, und es fiel ihnen nicht leichter, sich auszumalen, wo sie selbst sich nach dem Krieg in einer tschechoslowakischen Gemeinschaft wiederfinden würden. Hofers eigener Fall war wahrscheinlich wegen seiner langen Jahre in Wien kompliziert. Wenn seine Texte für die Inszenierung einer Verbundenheit mit der österreichischen Kultur standen, muss dieses Verbundenheitsgefühl von seinem Wissen um die Gewalt beeinträchtigt worden sein, die Juden während der Annexion nicht nur von deutschen Nationalsozialisten, sondern auch von gewöhnlichen Einwohnern Wiens angetan worden war. Anders als das tschechischsprachige Kabarett, das sein Theresienstädter Publikum mit einer spezifisch tschechischen politischen Gemeinschaft verknüpfte, der sie sich nach dem Krieg wieder anzuschließen hofften, standen Hofers Texte für die Verbindung mit einer diffuseren, rein ästhetischen Vorstellung von einer deutschsprachigen Kultur. Seine Lieder mögen ein Solidaritätsgefühl unter seinen Zuschauern erzeugt haben, indem sie ihre gemeinsame Hingabe an eine deutschsprachige Kultur zur Aufführung brachten, aber sie inszenierten keine Beziehung zu einer spezifischen politischen Gemeinschaft außerhalb der Ghettomauern.

Das Purimspiel

Die Zionisten in Theresienstadt konzentrierten sich im kulturellen Leben tendenziell eher auf Vorlesungsreihen und auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. In Theateraktivitäten waren sie dagegen weniger involviert als andere Gefangene. Spezifisch jüdi-

²⁰ Lisa Appignanesi, *The Cabaret*, New Haven 2004, S. 206.

schem Theater widmeten sich lediglich zwei Gruppen. Die Prager Regisseurin Irena Dodalová, die jedoch keine Zionistin war, organisierte mit der Unterstützung von Evžen Weisz einige Aufführungen, die sich auf klassische jiddische Texte stützten; diese Stücke waren eher eine ästhetische als eine politische Wahl.²¹

Der junge Zionist Walter Freud war sehr viel aktiver, wenn es darum ging, Aufführungen mit jüdischer Thematik zu organisieren. Freud wurde 1917 in Wien geboren, wuchs aber in Brünn auf. Während der nationalsozialistischen Besatzung wurde er von der Brünner jüdischen Gemeinde als *Shaliach* angestellt und bereiste ganz Mähren, wobei er Vorlesungen zu jüdischen Themen hielt.²² Er besuchte regelmäßig die Stadt Strážnice, um mit einer großen Makkabi-Jugendgruppe zusammenzuarbeiten.²³ Dort lernte er Ruth Felixová kennen, die er 1941 heiratete. Anfang 1942 wurde Walter zum Leiter des jüdischen Waisenhauses in Brünn ernannt; nur wenige Monate später wurden die dort untergebrachten 80 Kinder mitsamt ihren Betreuern nach Theresienstadt deportiert.

Im Ghetto wurden Walter und Ruth für die Arbeit im Heim L410 für junge Mädchen eingeteilt. In der Gedenkstätte Theresienstadt überlieferte Plakate zeigen, dass in vielen seiner Aufführungen junge Darsteller sowohl aus dem Heim L410 als auch aus dem zionistischen Heim für Jugendliche Q710 auftraten. Er stellte mehrere Programme für bestimmte Feiertage zusammen und brachte auch selbst Texte wie die deutschsprachige Revue *Wie war Mordechai?* und das tschechischsprachige Stück *Menorah* für Chanukka auf den Weg.²⁴ Der einzige Originaltext aus Freuds Hand, der bisher entdeckt wurde, ist das deutschsprachige *Purimspiel*, das sich im Beit Terezín-Archiv in Israel erhalten hat. Aus einem Plakat im Archiv der Gedenkstätte Theresienstadt geht hervor, dass es im März 1943 aufgeführt wurde.²⁵

Der Text des *Purimspiels* stellte in mehrfacher Hinsicht Kontinuitäten zwischen der Vorkriegsgegenwart und der Gegenwart her. So führten seine Themen und sein komischer Stil die Tradition des *Purimspiels* fort, von humorvollen Aufführungen also, mit denen der Purimfeiertag seit dem 16. Jahrhundert begangen wurde.²⁶ Die auf dem Buch Esther basierende Purimerzählung handelte vorgeblich zwar von der Vergangenheit, bezog sich aber zugleich auf Gegenwart und Zukunft, indem sie Sieg und Überleben der Juden angesichts drohender Vernichtung darstellte.²⁷ Die Gefangenen dürften die Paral-

²¹ Siehe z. B. das Souvenirplakat für eine Aufführung von Yitzkhok Leibush Peretz' *The Golden Chain* und Scholem Aleichems *Tewje der Milchmann*, SO PT, Inv. Nr. PT 3918. Weisz stammte aus der Karpatoukraine am östlichen Zipfel der Zwischenkriegstschechoslowakei, so dass seine Muttersprache Jiddisch gewesen sein könnte.

²² In der Zionistischen Bewegung bildete der *Shaliach* vor allem Jugendliche aus, um sie auf ihre Auswanderung nach Palästina vorzubereiten.

²³ Maccabi-Gruppen waren Ableger einer internationalen jüdischen Sportorganisation. Die erste Gruppe in der Tschechoslowakei wurde 1919 gegründet. Siehe Ruth Bondy, *Mezi námi řečeno. Jak mluvili Židé v Čechách a na Moravě*, Praha 2003, S. 90.

²⁴ Siehe SO PT, Inv. Nrs. PT 8413 und 8420.

²⁵ Siehe SO PT, Inv. Nr. PT 4041.

²⁶ Brigitte Dalinger, *Verloschene Sterne: Geschichte des jüdischen Theaters in Wien*, Wien 1998, S. 19.

²⁷ Das Buch Esther berichtet über Ereignisse, die im 5. Jh. v. Chr. in Shushan, der Hauptstadt Persiens, stattgefunden haben. Der Schurke Haman hat den persischen König Ahasver durch eine List dazu gebracht, der Ermordung der Juden zuzustimmen. Haman, ein Minister des Königs, beginnt mit seinen Plänen gegen die Juden, nachdem Mordechai, Ahasvers jüdischer Türhüter, ihm eine Verneigung verweigert, weil er sich als Jude nur vor Gott verneigt. Haman sagt Ahasver, die Juden gehorchten den Gesetzen des Königs nicht und verlangt eine Anordnung, die es den Feinden der Juden erlau-

lelen zu ihrer eigenen Situation ohne weiteres erkannt haben. Indem Freud die Purimgeschichte nach Theresienstadt brachte, gab er zu verstehen, dass diese Gefangenschaft lediglich als eine weitere Prüfung in der langen Reihe von Katastrophen zu verstehen sei, die das jüdische Volk schon überstanden hatte.

Der Text brachte auch europäische und deutschsprachige kulturelle Traditionen in die Gegenwart des Ghettos. Freuds *Purimspiel* selbst war wie ein Kabarett aufgebaut, mit kurzen Sketchen und Szenen, die einander mit Musikeinlagen abwechselten. Freud baute vielfach auf den gleichen musikalischen Einflüssen wie Hofer auf, wenn er seine Szene auf populäre deutschsprachige Kabarettlieder stützte und Melodien aus Filmen und Operetten verwendete. So lehnte sich eine ganze Szene an das Lied *Auf Wiedersehen Herr Fröhlich* an, das schon in den 1920er Jahren eine populäre Kabarettnummer gewesen war.²⁸ Sie endete mit dem folgenden Vers, in dem Elemente der Purimgeschichte zu erkennen sind:

Fr. Müller: Herr Schön, Herr Schön!

Schön: Was gibt es Frau Müller?

Fr. Müller: Haben Sie schon gehört?

Schön: Ich weiss, es tut sich etwas in Schuschan!

Fr. Müller: Aber was, Herr Schön!

Schön: Sie wissen es?

Fr. Müller: Und ob ichs weiss, der Haman hat auf der Burg mit dem König und der Königin einen Krach gehabt und der König lässt ihn aufhängen.

Schön: Ist denn das auch sicher?

Fr. Müller: Natürlich und dann sind wir frei, der 14. Adar fällt ins Wasser.

Schön: Auf Wiedersehen, Frau Müller.

Fr. Müller: Auf Wiedersehen, Herr Schön!²⁹

Hofer und Freud nutzten diese Lieder allerdings auf eine fundamental verschiedene Weise. Hofers Lieder verbanden die geliebten kulturellen Formen aus der Vergangenheit seines Publikums mit Ereignissen aus ihrer Gegenwart im Ghetto. In seinem Fall ist das Medium die Botschaft: Seine Zuschauer erlebten die Kontinuität ihrer eigenen ersehnten deutschsprachigen Kultur. In Freuds Stück waren die deutsche Sprache und die Vorkriegsmelodien, die den jungen Zionisten vertraut waren, nur ein Vehikel für den wesentlich wichtigeren, spezifisch jüdischen Inhalt. Wie spätere Szenen hervorhoben, wollten die jungen Zionisten Hebräisch lernen, das dann als Medium der Vermittlung jüdischer Kultur an die Stelle der deutschen Sprache treten würde.

Sowohl der Text des *Purimspiels* als auch der Stil der Aufführung, wie ihn die Regieanweisungen nahelegten, dienten dazu, die Bande zwischen den Zionisten in Theresienstadt zu stärken und ein Gefühl der Verbundenheit mit der größeren zionistischen Gemeinschaft außerhalb des Ghettos herzustellen. Von Anfang an knüpfte die Aufführung über die Handlungen der Darsteller, wie sie in den Regieanweisungen erhalten sind, ein starkes Band zwischen ihnen und den Zuschauern, das ebenso inklusiv wie informell wirkte:

ben sollte, diese an einem bestimmten Tag, dem 13. Adar, zu töten. Der König willigt ein, nicht wissend, dass seine zweite Frau Esther, die junge und schöne Königin, ein jüdisches Waisenmädchen und Mordechais Nichte ist. Als Esther dem König Hamans Plan enthüllt, verurteilt Ahasver Haman zum Tode. Ahasver kann zwar seine eigene Anordnung nicht widerrufen, erlässt aber eine zweite, die es den Juden gestattet, sich selbst zu verteidigen, und diese triumphieren über ihre Feinde.

²⁸ Der Rhythmus von Freuds Text passt allerdings nicht zu der vertrauten Melodie; die Szene dürfte eher gesprochen als gesungen worden sein.

²⁹ Walter Freud, *Purimspiel*, in: Peschel (Hrsg.), *Divadelní texty/Theatertexte*, S. 362–413, hier S. 379.

(Die gesamte Theatertruppe mit dem Direktor kommt durch das Publikum eine Huha Horra singend³⁰ auf das Podium.)

Direktor: Nun ihr Künstler kommt jetzt her,
alles freut sich schon so sehr,
euer Spiel sich anzuschauen ...³¹

Indem die Darsteller durch das Publikum auf die Bühne gingen, versinnbildlichten sie ihren Status als Mitglieder und Vertreter der Gemeinschaft. Die Grenzen zwischen Publikum und Schauspielern blieben fließend, da die Darsteller sich auch während des Stücks unter den Zuschauern bewegten und deren Anwesenheit kommentierten. Als beispielsweise der Regisseur versuchte, den König dazu zu bewegen, sich den anderen Darstellern auf der Bühne anzuschließen, antwortete der König:

Direktor: Schnell herauf aufs Podium,
dort ist der Platz fürs Publikum.
König: Ich sag es euch in einem Satz.
Ich such zum Sitzen einen Platz.
Direktor: Ha ha, was fällt Dir ein?
Weisst du denn nicht, die ersten Reihen
sind reserviert – Tabu – Honoration!
König: Zu der gehöre ich auch, habe einen Thron –
Direktor: Nur für den Ältestenrat,
und du bist nur König – ohne Staat!
und dann nur ein König im Spiel.
König: Und die da sind echt, auch in Zivil!³²

Es ist sehr wahrscheinlich, dass einige Mitglieder des Ältestenrates bei der Aufführung tatsächlich dabei waren. Der Vertreter des Judenältesten im Frühjahr 1943, Jakob Edelstein, vorher selbst Judenältester, war Zionist, und das Stück wurde in den Magdeburger Barracken aufgeführt, wo sich die Verwaltungsbüros des Ältestenrates befanden. Doch anstatt sie feierlich als verehrte Gäste zu behandeln, schließt Freud sie in die Gemeinschaft ein, indem er sie in seinen humorvollen Kreis aufnimmt und sie zum Mitlachen auffordert.³³ Auf seine Art war dieser Witz allerdings genauso bissig wie der von Porges und Horpatzky über die Gefangenenzählung. Einerseits stimmte es, dass die Ratsmitglieder in ihrer Zivilkleidung nicht die Insignien der Macht trugen, die König Ahasver erwarten durfte. Andererseits, und dies wussten alle Gefangenen und auch die Mitglieder des Ältestenrats selbst, konnten ungeachtet ihrer Titel und ihrer Befugnisse alle ihre Entscheidungen in jedem Moment von der SS gekippt werden. Freud schreckte in seinem *Purimspiel* nicht vor der existenziellen Bedrohung zurück, der sie sich gegenüber sahen: Sie alle waren letztlich auf Gedeih und Verderb denen ausgeliefert, die sie im Ghetto gefangen hielten.

³⁰ Huha Horra: wahrscheinlich der *hora*, ein Kreistanz, oft aufgeführt zu dem hebräischen Volkslied *Hava Nagila*, das möglicherweise auch das Lied ist, das die Darsteller bei Betreten der Bühne singen. Was *Huha* bedeutet, ist unklar. Möglicherweise soll das Wort dem Namen des Tanzes eine komische Wendung geben.

³¹ Freud, *Purimspiel*, S. 373.

³² Ebenda.

³³ Beim Purimfest, das ein karnevalsähnlicher Feiertag ist, werden traditionell hierarchische Machtstrukturen auf den Kopf gestellt. Obwohl auch andere tschechisch- und deutschsprachige Kabarett-Satiren auf die jüdischen Führungspersonlichkeiten im Ghetto enthalten, sieht dieses Manuskript als einziges in der Sammlung eine solche Satire auch in Anwesenheit der fraglichen Führungspersonlichkeiten vor.

Schluss

Mit allen diesen drei Texten im Kabarett-Stil schufen die Autoren einen Sinn für Kontinuität zwischen ihren Vorkriegsvergangenheiten und ihrer Gegenwart im Ghetto. In einigen Fällen dehnten sie diese Kontinuität auf eine imaginierte Nachkriegszukunft aus. Die Stücke erlaubten es Darstellern und auch den Zuschauern, ein Zugehörigkeitsgefühl zu den Gemeinschaften in Szene zu setzen, die sie sowohl in Theresienstadt selbst als auch in der Welt außerhalb des Ghettos als ihre eigenen ansahen. Doch erfüllten sich für diejenigen Gefangenen, die den Krieg überlebten, die Hoffnungen, denen diese Stücke Gestalt gaben? Erstreckte sich die Kontinuität, die sie darstellten, tatsächlich in die Zukunft, und konnten sie sich ihren Gemeinschaften außerhalb des Ghettos wieder anschließen?

Viele der tschechischsprachigen tschechischen Juden, insbesondere die vergleichsweise jungen und politisch links orientierten, integrierten sich wieder in die tschechoslowakische Gesellschaft der Nachkriegszeit, eine Gesellschaft, die sich nach sechs Jahren nationalsozialistischer Besatzung unter nationalen Gesichtspunkten sehr viel tschechischer gab als zuvor und politisch auch weiter links stand als vor dem Krieg. Sie stießen angesichts des Nachkriegsantisemitismus auf verschiedene, mehr oder weniger gravierende Schwierigkeiten, u. a. bei ihren Bemühungen, ihr Eigentum zurückzubekommen. Tausende emigrierten, spätestens als die Kommunisten 1948 an die Macht gelangten. Aber viele von denen, die an die Versprechungen der neuen Regierung von sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit glaubten, blieben in der Tschechoslowakei. Für sie übertrug sich die Kontinuität, die sie im Ghetto inszeniert hatten, in einem gewissen Ausmaß auf eine Kontinuität in der Nachkriegszeit. Horpatzky und Weisskopf erlebten die neue Ordnung allerdings nicht mehr; beide kamen nach ihrer Deportation aus Theresienstadt nach Auschwitz im Herbst 1944 um. Da Porges nicht weiter deportiert wurde, gelang es ihm, ein Archiv seiner eigenen Werke sowie Arbeiten anderer Künstler zu retten, das er während seiner Zeit im Ghetto zusammengestellt hatte.³⁴ Obwohl er diese Arbeiten mit nach Hause brachte, als er und Elly nach Prag zurückkehrten, befassten sich weder sie noch Stránský nach dem Krieg mit Theater. Stránský überlebte sieben Monate in Auschwitz, Zwangsarbeit in Schwarzheide und einen Todesmarsch, der ihn zurück nach Theresienstadt führte. Er blieb in der Tschechoslowakei und feierte seinen 90. Geburtstag in Prag im Februar 2011. Er hat zwei Söhne und vier Enkelkinder.

Viele der überlebenden Zionisten hatte der Krieg nur in ihrer Überzeugung gestärkt, dass allein die Auswanderung nach Palästina eine sichere Zukunft gewährleistete. Als die Einwanderung nach Israel 1948 legalisiert wurde, verließen Tausende tschechische Juden das Land.³⁵ Viele Überlebende aus Theresienstadt entschieden sich für den Kibbuz Givat Chayim, wo sich heute das Beit Terezín-Archiv befindet. Freud erlebte die Erfüllung seines Traumes nicht. Er kam nach seiner Deportation aus Theresienstadt nach Auschwitz im Herbst 1944 um.

³⁴ Die hier zitierte und in den genannten Anthologien wiedergegebene Version des Kabarett hat Hana Lojínová aufbewahrt, die in dem Kabarett Tänzerin war.

³⁵ Die Schätzungen schwanken, doch nach den meistzitierten Statistiken traten von den 43 000 Juden, die nach dem Krieg in die Tschechoslowakei zurückgekehrt waren, zwischen 15 000 und 19 000 um 1948/49 die Reise nach Israel an. Siehe Petr Brod, *Židé v poválečném československu*, in: Václav Veber (Hrsg.), *Židé v novodobých dějinách*, Praha 1997, S. 147–162, hier S. 151.

Die deutschsprachigen tschechischen Juden kehrten in eine Nachkriegstschechoslowakei zurück, die für deutschsprachige Kultur kaum Platz hatte. Diejenigen, die sich bei der Volkszählung von 1930 für die deutsche Nationalität entschieden hatten, sahen sich von der Vertreibung bedroht. Als das Innenministerium im September 1946 schließlich eine Verordnung ausgab, die die Position von „Personen jüdischer Herkunft“ klärte, waren gegen etwa 1500 Juden, die einen Antrag auf Beibehaltung ihrer tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit gestellt hatten, Ermittlungen eingeleitet worden, bei denen sie sich Fragen zu ihrer „nationalen Zuverlässigkeit“ hatten gefallen lassen müssen.³⁶

Hans Hofer überlebte die Deportation nach Auschwitz und mehrere Monate in Kaufering, einem der Außenlager Dachaus. Lisl überlebte mehrere harte Arbeitslager, bevor sie in Mauthausen befreit wurde. Die beiden kehrten im Juli 1945 nach Prag zurück. Da er zweisprachig und ein engagierter Linker war, blieb er in der Tschechoslowakei und setzte dort seine Schauspielerkarriere anderthalb Jahrzehnte lang fort. 1960 siedelte er aber in die DDR über, wo er sich dem Ensemble des Rostocker Volkstheaters anschloss und die von ihm so geliebten Lieder aus der *Fledermaus* wieder auf Deutsch darbieten konnte. Er setzte sich Anfang 1973 zur Ruhe und starb am 12. April desselben Jahres. Lisl folgte ihm nach Abschluss ihrer Ausbildung als Beleuchtungstechnikerin in Prag nach Rostock und arbeitete bis zu ihrem Ruhestand im Volkstheater. 1989 kehrte sie für ein Interview mit dem Regisseur Volker Kühn nach Theresienstadt zurück und beschrieb das dortige Theaterleben für Kühns Dokumentarfilm *Totentanz: Kabarett hinter Stacheldraht*. Kurz nachdem der Film im deutschen Fernsehen ausgestrahlt worden war, starb sie am 11. Februar 1992 in Rostock.³⁷

Aus dem Englischen übersetzt von Pascal Trees

³⁶ Helena Krejčová, Český a slovenský antisemitismus, 1945–1948, in: Karel Jech (Hrsg.), Stránkami soudobých dějin: Sborník statí k pětadesátinám historika Karla Kaplana, Praha 1993, S. 158–172, hier S. 161. Vgl. auch David Gerlach, Juden in den Grenzgebieten: Minderheitenpolitik in den Böhmischesen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 2008, S. 12–47.

³⁷ Volker Kühn, *Kabarett im KZ*, Begleitbuch zum CD/DVD-Satz *Totentanz: Kabarett im KZ*, Neckargemünd 2000, S. 38.

Anna Hájková

Mutmaßungen über deutsche Juden: Alte Menschen aus Deutschland im Theresienstädter Ghetto

Jacob Jacobson, der 67 Jahre alte frühere Direktor des Gesamtarchivs der Juden in Deutschland, bemerkte nach dem Krieg zu seiner Zeit in Theresienstadt: „Es dauerte wohl für jeden einige Zeit, bis er sich in die neuartigen Verhältnisse hineingefunden, und bis er gelernt hatte mit Theresienstädter Augen zu sehen und alles um sich herum aus der Besonderheit Theresienstadts zu verstehen und gerecht zu beurteilen.“¹ Jacobsons Äußerung ist in vielerlei Hinsicht repräsentativ für die ältere Generation deutscher Juden, die ins Ghetto Theresienstadt deportiert wurden. Als er nach Theresienstadt kam, war er ein alter Mann; er besaß nur eine geringe Kenntnis der Tschechoslowakei oder der tschechischen Kultur. Theresienstadt war für ihn zunächst ein Schock, doch konnte er sich den Verhältnissen im Ghetto anpassen und wurde zu einem Teil der „Zwangsgemeinschaft“.

Der vorliegende Artikel analysiert die Stellung älterer deutscher Juden in der Theresienstädter Häftlingsgemeinschaft. Er nennt ihre Zahl und ihre Sterblichkeit, skizziert ihre Lebensbedingungen im Ghetto, spürt außerdem ihren kulturellen Werten nach und fragt, wie sie sich verhalten haben, was ihnen wichtig war und wie sie sich kulturell von anderen Gruppen unterschieden. Er untersucht ihr Bild vom Ghetto und ihr Verständnis der „Zwangsgemeinschaft“. Die meisten älteren deutschen Juden im Ghetto waren eine besondere Gruppe von Underdogs, die sich indes in Theresienstadt als überraschend geschickt und flexibel erwies.

Ein solcher Versuch wirft freilich die Frage auf, wie wir denn die Geschichte einer dezimierten Gruppe schreiben können, eine Geschichte von Menschen, die sterben? Schließlich haben 92,18 Prozent der älteren deutschen Juden Theresienstadt nicht überlebt.² Wir Historiker arbeiten normalerweise über Leben, nicht über Tod. Auch sind die Quellen mit Vorsicht zu behandeln: Zeugnisse werden von denen geschrieben, die noch leben. Jene, die ein Tagebuch führen, machen nur Notizen, solange es ihnen nicht allzu schlecht geht. Berichte, die nach dem Krieg entstanden, stammen allein von Überlebenden. Doch können wir die Beziehung der Verfasser zu ihren Freunden und Verwandten untersuchen, während diese starben. Wir können sehen, wie sie mit dem Tod in Theresienstadt umgingen, als er zu einem wahrscheinlichen Ereignis wurde. Das mag meine Interpretation zu positiv erscheinen lassen. In der Tat haben einige der älteren deutschen Juden die Befürchtung geäußert, Theresienstadt in zu rosigem Licht geschildert zu haben. Aber die Untersuchung von Schrecknissen hat nun einmal ein inhärentes Problem: Ein Blick auf das Elend ist noch keine Analyse; auch kann der Prozess einfach überwältigend sein. Das Folgende ist daher eine Wanderung auf schmalen Grat.

¹ Bericht von Jacob Jacobson, Yad Vashem Archives Jerusalem (YVA), O2, 373. Hier und im Folgenden habe ich die Orthografie nicht verbessert. Ich danke Ingrid Schupetta, Stefanie Schüler-Springorum, Peter Boehm, Eric Gordy und Rochelle Côté für ihre Kommentare und Hinweise, ebenso Doris Bergen und Till van Rahden für ihr detailliertes Feedback.

² Gesamtzahl für die gesamte Existenz von Theresienstadt, gezählt für die vor Ende 1883 Geborenen (die also 60 Jahre und älter im Jahr 1943 waren). In Theresienstadt waren 32 077 mehr als 60 Jahre alte deutsche Juden, von ihnen haben 2 510 überlebt.

Die Ankunft deutscher Juden in Theresienstadt

Theresienstadt wurde im November 1941 als Durchgangslager für Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren gegründet. Später, als die deutschen und österreichischen Juden ankamen, erhielt das Lager die Funktion eines Ghettos für Ältere und eines „Vorzugslagers“. Noch später putzten die Nationalsozialisten Theresienstadt als Propagandalager auf, das einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes gezeigt werden konnte. Der letzte Aspekt ist in der Theresienstadt-Forschung oft überbetont worden, wobei leicht aus den Augen geriet, dass dieser Besuch und der danach gedrehte Propagandafilm wenig Einfluss auf das Alltagsleben im Ghetto hatten. Die Häftlinge starben an Unterernährung, waren von Schmutz und Ungeziefer geplagt und lebten unter der stets gegenwärtigen Drohung der Deportation nach Osten. Insgesamt wurden 148 000 Juden nach Theresienstadt verbracht: 74 000 aus dem Protektorat, mehr als 42 000 aus Deutschland und über 15 000 aus Österreich, außerdem noch kleinere Gruppen aus den Niederlanden, Dänemark, der Slowakei und Ungarn. Über 33 000 Menschen – mehrheitlich ältere – starben in Theresienstadt an Krankheiten und Unterernährung. Die meisten Familien waren getrennt untergebracht, Männer und Frauen in verschiedenen Behausungen oder Räumen. Die Zimmer enthielten von Insassen hergestellte Stockbetten und beherbergten zwischen acht und sechzig Insassen. Theresienstadt stand unter SS-Verwaltung, da aber nur dreißig SS-Angehörige anwesend waren, übernahmen tschechische Gendarmen, die alle drei Monate ausgetauscht wurden, die Bewachung.

Es gab eine jüdische Selbstverwaltung, die ein komplexes System von Abteilungen hervorbrachte.³ Theresienstadt war eher über- als unterorganisiert. Das Ghetto wurde jedoch nie ein Arbeitslager. Auf Grund der heruntergekommenen Verhältnisse in der Stadt und des hohen Anteils alter und kranker Menschen mussten 90 Prozent der Arbeitsleistung für die Erhaltung der Infrastruktur des Ghettos verwendet werden.⁴ Es bestand für jeden zwischen 14 und 60 Jahren Arbeitspflicht (die Grenzen veränderten sich im Laufe der Zeit). Wer über 60 Jahre alt war, brauchte nicht zu arbeiten, wollte er doch tätig sein, musste er einen Abteilungsleiter finden, der ihn beschäftigte. Daher bezeichne ich als „alt“ die über 60-Jährigen.

Die Lebensmittel wurden im Ghetto nach dem jeweiligen Status als Arbeitskraft verteilt. Es gab ein kompliziertes System der Zuteilung, nach dem entschieden wurde, wer berechtigt war, Sonderrationen und Zubaßen zu empfangen. Grob gesprochen wurde zwischen Schwerarbeiter, Normalarbeiter, Krankem und Nichtarbeiter unterschieden. Zwar ist eine Tabelle der pro Tag in jeder Kategorie zugeteilten Kalorien überliefert, nach der Nichtarbeiter 1 487 Kalorien erhalten sollten. Tatsächlich fielen aber in der Praxis die Portionen der Nichtarbeiter jedoch anders aus, waren oft kleiner und enthielten vor allem keine Vitamine, Ballaststoffe oder Eiweiß. Nur diejenigen, die schwere körperliche Arbeit zu leisten hatten, etwa Handwerker oder Köche, schafften es in die Kategorie „Schwerarbeiter“.

Ab Juni 1942 wurden bestimmte Gruppen von Juden aus ganz Deutschland, insgesamt 42 000, nach Theresienstadt verbracht. Das Referat IVB4 des Reichssicherheitshauptamts hatte die Deportation der über 65 Jahre alten gebrechlichen Juden mit Ehegatten, dekorierten Weltkriegsteilnehmer mit ihren Frauen, jüdischer Partner aus nicht mehr beste-

³ Für einen Überblick siehe die zwei Gliederungen (August 1944 und Januar 1945) in VVA, O64, 24.

⁴ Siehe Miroslav Kárný, „Pracovní“ či „zaopatřovací“ Terezín? Iluze areality tzv. produktivního ghetta, in: Litoměřicko XXV (1989), S. 95–107.

henden Mischehen und solcher jüdischer „Mischlinge“, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten („Geltungsjuden“), verfügt, ferner der Funktionäre der Reichsvereinigung der Juden; auch untergetauchte Juden, die aufgespürt worden waren, wurden, wenn sie Glück hatten, nicht nach Auschwitz, sondern nach Theresienstadt verschickt. Beim Kriegsende, von Januar 1945 an, wurden die meisten jüdischen Partner aus noch bestehenden Mischehen hierher gebracht.⁵

Die Schaffung dieser speziellen Kategorien hatte eine beruhigende Wirkung: Die Deportierten erwarteten günstigere Lebensbedingungen in einer Stadt mit einem angenehmen Klima. Viele der deutschen Juden rechneten damit, dass Theresienstadt in ihr Erfahrungsschema passte, dass es zu den böhmischen Badeorten gehörte, zu Karlsbad, Franzensbad und Marienbad.

Zahlen und Menschen

Es waren meist ältere Menschen, vor allem Frauen (die zwei Drittel der Deportierten in den deutschen Transporten ausmachten), die aus dem „Altreich“ nach Theresienstadt verbracht wurden. Wie Rita Meyhöfer in ihrer Studie über die Berliner Deportierten nach Theresienstadt zeigte, handelte es sich bei ihnen um Angehörige der Mittelklasse und der oberen Mittelklasse. Die Mehrheit der aus Berlin Deportierten hatte zuvor in Wilmersdorf, Charlottenburg und Schöneberg gewohnt.⁶

Fast drei Viertel der Deportierten (73 Prozent) waren älter als 60 Jahre, und darin sind die Mischehen-Transporte des Winters 1945 enthalten, die im Durchschnitt wesentlich jünger waren. Der typische Ankömmling aus Berlin war eine 79 Jahre alte Frau. Großen Teilen der eintreffenden deutschen und österreichischen Juden wurden Unterkünfte in den unmöblierten Dachböden der großen Kasernen zugewiesen, dies waren in dem bereits überfüllten Ghetto die einzig verfügbaren noch leeren Räume, weil sie als Unterkunft so wenig geeignet waren. Die alten Leute lagen hier auf dem nackten Boden; die nächsten Waschgelegenheiten befanden sich in einem tiefer gelegenen Stockwerk oder im Freien. Ab 1943, als sich die Verhältnisse in Theresienstadt etwas besserten, lebten die deutschen Juden zumeist nicht mehr in Kasernen, sondern in Häusern – doch waren die Kasernen geräumiger und verfügten oft über bessere Infrastruktur.⁷

Das Zusammenwirken elender Wohnverhältnisse, mangelhafter Ernährung und Alter sowie minimaler medizinischer Versorgung führte alsbald zu vielfachem Tod unter übel-

⁵ Beate Meyer, „Altersghetto“, „Vorzugslager“ und Tätigkeitsfeld: Die Repräsentanten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Theresienstadt, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 2004, S. 124–149; Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945, Wiesbaden 2005. Die Kategorien bedeuten jedoch nicht, dass alle Älteren über 65 Jahre tatsächlich nach Theresienstadt deportiert wurden: Im Jahr 1942 gerieten 37% der Menschen aus dieser Gruppe, die noch in Deutschland waren, in einen der *Osttransporte*.

⁶ Rita Meyhöfer, Berliner Juden und Theresienstadt, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1999, S. 31–51.

⁷ Die meisten der von mir untersuchten Diaristen und Autoren von Erinnerungsberichten schreiben darüber, dass sie in Häusern lebten, im Unterschied dazu lebten die jüngeren Menschen gewöhnlich in Baracken. Siehe auch Margarete Peddes (Archiv Památniku Terezín/Archiv der Gedenkstätte Theresienstadt [APT], A, 10549) und Arnošt Kleins Tagebuch (Archiv Židovského muzea Prahy/Archiv des Jüdischen Museums in Prag [AŽMP], Terezín, 324) (beide waren Hausälteste und schrieben ausführlich über ihre Hausbewohner).

ten Bedingungen. Im September 1942, als die Belegung mit 60 000 Insassen ihren Höhepunkt erreichte, starben 3 976 Personen; älter als 65 Jahre waren 3 700, und 2 450 kamen aus dem „Altreich“. Die SS „löste“ das Problem der Überbelegung, indem sie alte Menschen gezielt nach Treblinka schickte; niemand von ihnen hat überlebt. Nach der Welle der Treblinka-Transporte waren nur noch 33 Prozent der Ghetto-Insassen älter als 65 Jahre. Gegen Ende 1942, dem Jahr, in dem die meisten deutschen Juden dort eintrafen (insgesamt 33 505 Menschen), änderte sich gleichzeitig die Zusammensetzung: 8 953 starben dort, 6 913 wurden in die Lager im Osten verbracht. Am 31. Dezember 1942 war nur noch die Hälfte der deutschen Deportierten am Leben und somit auch in Theresienstadt. Nur einmal erwies sich hohes Alter als Vorteil: Während der im Herbst 1944 stattfindenden Liquidierungs-Transporte schützte die SS die über 65-Jährigen, um die Illusion des Altersghettos zu erhalten. Zwischen Ende Oktober 1944, als der letzte Transport nach Auschwitz ging, und Anfang Januar 1945, als aus dem Protektorat eine erhebliche Anzahl von Juden aus Mischehen anlangte, waren die deutschen Juden eine ebenso starke Gruppe wie die tschechischen.⁸

Da die große Mehrheit der deutschen Juden älter als 60 Jahre war, unterlagen sie nicht mehr der Arbeitspflicht; oft waren die alten Menschen ohnehin zu krank oder zu schwach. Sie zählten dann allerdings zur Kategorie der Nichtarbeiter, die nur ein Minimum an Lebensmitteln erhielt. Aber selbst wenn die Älteren arbeiteten, erreichten sie selten vorteilhafte Stellungen, in denen sie Zugang zu Sonderzuteilungen oder gar Schwerarbeitsrationen gehabt hätten. Der Mangel an Nahrung hatte fatale Folgen. Die Menschen wurden schwächer und konnten nicht einmal leichtere Krankheiten abwehren. Infektiöse Enteritis trat so häufig auf, dass man sie „terezínka“ nannte; ihre Opfer starben an Dehydrierung und Herzschwäche. Im Frühjahr 1943 besuchte Karl Loewenstein, der Leiter der Ghettowache, die Pathologie. Er war schockiert: „Die Leichen der Verstorbenen, die ich hier sah, bestanden lediglich aus mit Haut überzogenen Knochen. Diese Toten waren im wahrsten Sinne des Wortes verhungert. Ich sah Leichen, die nicht schwerer waren als ein kleines Kind.“⁹ Als er nachfragte, bestätigten die Ärzte, dass solche Leichen gang und gäbe seien.

Im Folgenden wird die Sterblichkeit alter Menschen in Theresienstadt analysiert.¹⁰ Gibt es signifikante Unterschiede hinsichtlich Geschlecht und Herkunft? Der Schwerpunkt liegt auf den drei größten Gruppen: den älteren Deutschen, Tschechen und Österreichern. Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die über 65-Jährigen, die entweder im Ghetto starben oder dort befreit wurden – die in Lager im Osten Deportierten sind also ausgeschlossen.

Die Sterberate älterer deutscher Juden lag etwas höher als die der tschechischen und österreichischen Juden. Alte tschechische Jüdinnen verzeichneten die „niedrigste“ Sterblichkeit, 84,47 Prozent, ältere deutsche Männer die höchste, 92,60 Prozent. Alles in allem ist das Ergebnis insofern überraschend, als die Differenz nur sieben Prozent beträgt. Die

⁸ Am 29.10.1944 lebten 3 671 deutsche und 3 764 tschechische Juden im Ghetto (Menschen aus dem Sudetengau wurden als Tschechen gezählt). Vojtěch Blodig irrt in seiner Kalkulation, zu diesem Zeitpunkt wären deutsche Juden in der Mehrheit gewesen: Blodig, Die letzte Phase der Entwicklung des Ghettos Theresienstadt, in: Miroslav Kárný/Vojtěch Blodig/Margita Kárná (Hrsg.), Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“, Prag 1992, S. 267–278, hier S. 268.

⁹ Karl Loesten [Nachkriegsnachname Loewensteins], Aus der Hoelle Minsk in das „Paradies“ Theresienstadt 1941–1945, Leo Baeck Institute New York (LBI NY), ME 398, S. 262.

¹⁰ Ich möchte meinem Vater Radko Hájek für seine Hilfe bei der Analyse dieser Daten danken.

Tabelle 1

Gruppen	Insgesamt	In Theresienstadt verstorben	Prozent
Tschechische Frauen	3 225	2 724	84,47
Tschechische Männer	2 431	2 067	85,03
Deutsche Frauen	12 268	11 133	90,75
Deutsche Männer	6 865	6 537	92,60
Österreichische Frauen	3 833	3 272	85,36
Österreichische Männer	2 371	2 120	89,41

tschechischen Juden kamen häufig mit ihren Kindern und Enkeln ins Ghetto, während die Familien der deutschen Deportierten meist emigriert oder in andere Lager verschleppt worden waren; außerdem wurden ältere deutsche Juden gezielt nach Theresienstadt deportiert. Man sollte annehmen, dass die Anwesenheit der Familie die Sterberate der tschechischen Alten herabgesetzt haben würde, doch war das offensichtlich nicht der Fall. Viele junge tschechische Juden erwähnen die Anwesenheit ihrer Großeltern und deren rapides Hinscheiden.¹¹ In dieser Hinsicht ist die Sterblichkeit der deutschen Juden also nicht außergewöhnlich hoch. Es ist auch merkwürdig, dass die österreichische Rate nicht höher liegt, da die älteren österreichischen Juden ohne ihre Familien in Theresienstadt ankamen.

Sybil Milton sagte in ihrem bahnbrechenden Artikel „Women and the Holocaust“, Frauen hätten sich in Konzentrationslagern und Ghettos besser angepasst und daher manchmal bessere Überlebenschancen gehabt.¹² Auf Miltons Aufsatz gestützt, hat Anita Tarsi die Situation der älteren deutschen Frauen in Theresienstadt untersucht. Sie kam zu dem Ergebnis, dass diese in der Tat eine höhere Überlebensrate hatten als die älteren deutschen Männer.¹³ Zwar fehlt uns zuverlässiges Material zur Überprüfung der Behauptung Sybil Miltons, doch dank der Häftlings-Datenbank des Instituts Theresienstädter Initiative können wir die Lage in Theresienstadt genauer in Augenschein nehmen und Tarsis These überprüfen.

Wenn wir die oben gezeigte Tabelle betrachten, sehen wir, dass die Sterblichkeitsrate der Frauen nicht wesentlich geringer ist als die der Männer; die Differenz ist noch kleiner als bei den nationalen Gruppen. Jedenfalls ist der gewiss vorhandene Unterschied nicht groß genug, um außerhalb des historischen Zusammenhangs relevant zu sein. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts und seit es eine bessere medizinische Versorgung der Frauen gibt, vor allem gynäkologische Fürsorge, haben Männer eine kürzere Lebenserwartung als Frauen. Die alten deutschen Juden, die nach Theresienstadt deportiert wurden, zwischen

¹¹ Miloš Pick, *Naděje se vzdát neumím*, Brno 2010, S. 35. Vgl. auch Interview von Irena S., *AŽMP, Vzpomínky*, 407.

¹² Sybil Milton, *Women and the Holocaust: The Case of German and German-Jewish Women*, in: Renate Bridenthal/Atina Grossmann/Marion Kaplan (Hrsg.), *When Biology Became Destiny: Women in Weimar and Nazi Germany*, New York 1984, S. 297–333, hier S. 311 und 313. Diese Aussage muss in dem Kontext gesehen werden, dass die Mehrzahl der Lagerüberlebenden Männer waren, und Frauen viel schlechtere Chancen hatten, die Selektion zu überstehen.

¹³ Anita Tarsi, *Das Schicksal der alten Frauen aus Deutschland in Theresienstadt*, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente* 1998, S. 100–130.

1860 und 1883 geborene Menschen, gehörten der ersten Generation an, auf die diese Verbesserung des Gesundheitswesens Einfluss gehabt hatte. Die Differenz in den Sterblichkeitsraten der Männer und Frauen ist also die Folge des historischen medizinischen Fortschritts, nicht einer besseren Anpassung der Frauen. In einem zweiten Schritt wird nun die Periode zwischen der Ankunft in Theresienstadt und dem Tod untersucht, wiederum mit der Frage, ob Unterschiede zwischen Männern und Frauen festzustellen sind.

Tabelle 2¹⁴

Gruppe	Tage -19	20-49	50-99	100-199	200-299	> 499	Gesamt	Median
Tsch. Fr.	463	385	524	560	569	222	2 723	98
Tsch. M.	250	278	375	482	520	162	2 067	124
Dt. Fr.	1 731	1 711	1 702	2 811	2 106	1 023	11 084	112
Dt. M.	817	974	1 028	1 646	1 304	567	6 336	117
Östr. Fr.	377	523	626	788	620	316	3 250	109
Östr. M.	214	309	379	515	490	200	2 107	144
Insgesamt								
Tsch.	715	665	900	1 049	1 090	384	4 803	108
Dt.	2 579	2 716	2 758	4 494	3 437	1 604	17 588	114
Östr.	591	832	1 005	1 303	1 110	517	5 358	115

Ältere Frauen starben also in Theresienstadt wesentlich früher als Männer. Tschechische jüdische Frauen starben im Durchschnitt innerhalb von 98 Tagen nach ihrer Ankunft, die Männer innerhalb von 124 Tagen. Für die deutschen Juden betrug die Differenz nur fünf Tage (112 für die Frauen, 117 für die Männer). Die älteren Tschechen starben früher als die Deutschen und Österreicher. Die meisten Menschen, 24,7 Prozent, starben zwischen dem 100. und dem 199. Tag nach der Ankunft, die zweitgrößte Gruppe, 20,4 Prozent, zwischen dem 200. und dem 499. Tag. Eine Analyse dieser traurigen dünnen Zahlen legt mehrere Folgerungen nahe: Erstens: Die Älteren starben nicht unmittelbar nach ihrer Ankunft, wie es in Erinnerungsberichten oft gesagt wurde. Wurden sie nicht weiter deportiert, lebten sie lang genug – zwischen drei Monaten und anderthalb Jahren –, um als Lagerinsassen präsent zu sein. Zweitens: Ältere Frauen starben ebenso oft wie die Männer und in der Regel früher als diese, um rund 10 Prozent: Die Frauen schieden im Durchschnitt nach 109, die Männer nach 120 Tagen dahin. Wir können also Tarsis These widerlegen.

Natürlich könnten und sollten diese Ergebnisse noch weiter geprüft werden. Es wäre zum Beispiel interessant, das genaue Alter der über 65 Jahre alten Männer und Frauen – am Tag ihres Todes in Theresienstadt – herauszufinden. Vielleicht waren die Frauen im Durchschnitt älter. Auch ist zu bedenken, dass viele der deutschen Frauen allein eintrafen, die meisten Männer hingegen mit ihrer Frau. (In die Emigration gingen mehr Männer als Frauen.) Es müsste also festgestellt werden, ob jene ohne Partner früher starben. Überdies wäre danach zu fragen, in welchem Maße die Transporte nach Osten unsere

¹⁴ Median bedeutet hier den Mittelwert der Verteilung der Anzahl der Tage zwischen Ankunft und Tod. Für einige Personen (sehr wenige, zum Beispiel 13 der älteren tschechischen Juden) können wir das Geschlecht nicht feststellen, daher der Unterschied in der Gesamtzahl.

Statistik beeinflussen. Derartige Forschungen kosten jedoch viel mehr Zeit und Energie als die hier vorgelegte Untersuchung, die einen quantitativen Rahmen zu der anschließenden qualitativen Analyse zeigen sollte. Quantitative Analysen können also, wann immer sie möglich sind, sehr hilfreich sein bei der Ausbalancierung qualitativer Feststellungen oder zu neuen Fragestellungen führen.

Leben in Theresienstadt

Nahezu alle Zeugnisse zu diesem Thema stimmen darin überein, dass die tschechisch-jüdische Mehrheit gegen die deutschen Juden voreingenommen war. Doch ergab sich solche Voreingenommenheit aus einem asymmetrischen Verhältnis. Jede Gemeinschaft entwickelt Annahmen über in ihr existierende Gruppen, dazu gesellen sich Machtstrukturen, die von Faktoren wie Alter, Ankunftszeit, Kultur und Herkunft abhängen. In Theresienstadt war die Tatsache, dass die tschechischen Juden zuerst da waren, sieben Monate vor den deutschen, ein wichtiger Faktor in der Gestaltung der Struktur der Gemeinschaft. Ferner stellten sie für einige Zeit die absolute Mehrheit dar und blieben auch danach die größte Gruppe im Ghetto. Die jungen tschechischen Juden wurden die sozial dominante Gruppe im Ghetto; sie hatten den besten Zugang zu Ressourcen und waren gleichzeitig eine Gruppe mit hohem sozialen Status und Prestige.¹⁵

Kurzum, die tschechischen Juden waren die soziale Elite im Ghetto, und für sie rangierten die deutschen Juden am unteren Ende der sozialen Hierarchie. Letztere kamen erst seit Juni 1942 an, sie waren alt, schwach, verwirrt, sprachen kein Tschechisch und hatten kaum eine Vorstellung von tschechischer Kultur, Geschichte oder Politik. Für sie war die Tschechoslowakei das Land mit dem Dreibädereck¹⁶ und jenes, in das einige ihrer Freunde und Verwandten emigriert waren. Theresienstadt war in diesem Sinne die erste Begegnung der Reichsdeutschen mit etwas Tschechischem, wo das deutsche Element nicht a priori das stärkere darstellte.

Meine Forschung zeigt den kräftigen, ja dominanten Einfluss von Nationalität als einem kategorisierenden Faktor in der Zwangsgemeinschaft. Die meisten Insassen eines jüdischen Ghettos dachten in Stereotypen, die nationalistischen Anschauungen entstammten und während der ganzen Dauer von Theresienstadt recht lebendig blieben.¹⁷ In diesen Anschauungen mischten sich nationale, ethnische, kulturelle und biologisierende Elemente. So wurde zum Beispiel von den deutschen Juden gesagt, sie sähen so und so aus und verhielten sich dementsprechend – nur weil sie aus Deutschland kamen.

Den tschechischen Juden stand ein ganzes Arsenal negativer historischer Stereotype zur Verfügung, aus dem sich alle in Theresienstadt vertretenen Generationen und die Men-

¹⁵ Anna Hájková, Die fabelhaften Jungs aus Theresienstadt. Junge tschechische Männer als dominante soziale Elite im Theresienstädter Ghetto, in: Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), Im Ghetto. Neue Forschungen zu Alltag und Umfeld (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 25), Göttingen 2009, S. 116–135.

¹⁶ Für eine herausragende kulturgeschichtliche Untersuchung der jährlichen Kurreisen-Rituale siehe Miriam Triendl-Zadoff, Nächstes Jahr in Marienbad. Gegenwelten jüdischer Kulturen der Moderne, Göttingen 2007.

¹⁷ Zum stärker werdenden Nationalismus in der Tschechoslowakei in dieser Zeit siehe u. a. Tara Zahra, Kidnapped Souls: National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands, 1900–1948, Ithaca 2008.

schen der verschiedenen Regionen bedienten, ob sie nun Tschechisch, Deutsch oder beides sprachen. Jiří Borskýs Meinung ist ein gutes Beispiel dafür, was viele tschechische Juden über die neu eintreffenden Deutschen dachten: „Unangenehme Nachricht war die Ankunft des ersten Transports aus Berlin am 2. Juni 1942. Es war ein fremdes und fremdsprachiges Element, sehr unterschiedlich in ihren saupreußischen Gewohnheiten. Wir fürchteten zurecht, dass die SS die Juden aus dem Reich bevorzugen wird.“¹⁸

Solch feindseliger Ton blieb den deutschen Juden nicht verborgen. Die eben zitierte Kritik findet ihr Gegenstück in der Aussage Egon Strassburgers, eines älteren Berliner Juden, der 1943 nach Theresienstadt verbracht wurde:

„Die Tschechen mochten die Deutschen nicht lieben, und sie waren leider immer der Meinung, dass die deutschen Juden schuld an Hitlers Debut waren. Und bewies der Deutsche Anhänglichkeit an sein Vaterland, so behaupteten die Tschechen, dies wäre ein schlechter Zug. Dabei liebte niemand leidenschaftlicher die Heimat als der Tscheche, der geradezu von einem besonderen Chauvinismus war. Die Tschechen hatten ja niemals unter Benesch [sic] und Masaryk zu leiden gehabt.“¹⁹

Kurz gesagt, die deutschen Juden kamen in eine Gemeinschaft, deren älteste und stärkste Gruppe missgünstige und ziemlich konstante Vorurteile gegen die Neuankömmlinge hegte. Das war eine Gegebenheit, mit der sie irgendwie zurechtkommen mussten.

Von dem Schock abgesehen, den die Deportationen in den Osten verursachten (den Menschen war ja gesagt worden, Theresienstadt sei ihre endgültige Bestimmung), war die zweite Sorge eines jeden Häftlings der Hunger. Menschen, die Nichtarbeiter-Rationen erhielten, drohte der Hungertod. Das traf vor allem alte Menschen und somit den Großteil der deutschen Juden.

Und so hungerten die älteren deutschen Juden, verloren an Gewicht und mussten zusehen, wie ihre Freunde und Bekannten starben. Gewicht wurde zu einem der zentralen Themen in den Tagebüchern und den Aussagen der ersten Nachkriegszeit. Menschen verloren 30 bis 40 kg im Laufe eines Jahres, und wenn sie dann nicht starben, blieb ihr Gewicht konstant. Louis Salomon, ein 74 Jahre alter Berliner, wunderte sich sehr darüber, dass er 48 kg verlieren und trotzdem am Leben bleiben konnte.²⁰

Die Menschen suchten, so gut sie es vermochten, eine gute Stellung zu bekommen, wo sie entweder sogenannte Zubeßen erhielten oder aber eine Tätigkeit ausübten, in der sie an zusätzliche Lebensmittel kamen, sei es durch bevorrechteten Zugang, sei es durch Diebstahl. Viele der deutschen Juden fanden, dass im Ghetto Arbeiten nicht nur gutes Verhalten war, sondern für die Älteren über Leben und Tod entschied. Martha Glass aus Hamburg, die ihren Mann in Theresienstadt verlor, notierte in ihrem Tagebuch sechs Wochen nach ihrem 65. Geburtstag: „Ich selbst hätte zu gerne eine mir zusagende Arbeit, kann aber in meinem Alter nichts mehr finden. Nur Arbeitende sind hier Menschen, bekommen extra Rationen usw., Bäder. Alle alten Leute sind überflüssig und sollten verrecken. Wie lange werde ich es aushalten!!!!“²¹

¹⁸ Jiří Borský, APT, A, 476. Hier und im Folgenden meine eigene Übersetzung aus dem Tschechischen. Für einen ähnlichen Tonfall siehe den Eintrag vom 19. 1. 1943 in Arnošt Kleins Tagebuch.

¹⁹ Manfred Strassburger, YVA, O33, 988. Siehe auch den Brief „an unbekannte Freunde“ von Elly und E. Michaelis, LBI NY, AR 11148 (nach Februar 1945 in der Schweiz geschrieben).

²⁰ Tagebuch von Louis Salomon (nach Mai 1945 geschrieben, dieser Eintrag wurde also in der Rückschau verfasst), YVA, O33, 1560.

²¹ Martha Glass, „Jeder Tag in Theresin ist ein Geschenk“. Die Theresienstädter Tagebücher einer Hamburger Jüdin 1943–1945, hrsg. von Barbara Müller-Wesemann, Hamburg 1996, Eintrag vom 19. 3. 1943.

Mit dem Lebensmittelproblem war auch die Frage von Post und – ganz besonders – Paketen verbunden. Die Anzahl der Lebensmittelpakete, die von außen ins Lager kamen, variierte erheblich, aber meist war der größte Teil der ankommenden Post adressiert an tschechische Juden. Nur Menschen aus dem Protektorat konnten viermal im Jahr ein 20-kg-Paket schicken; jedermann sonst, einschließlich der tschechischen Juden, durfte 2-kg-Pakete empfangen, so oft sie eben kamen. Doch auf Grund der hohen tschechischen Mischehenrate der Vorkriegszeit und nichtjüdischen Freunde erhielten die meisten tschechischen Juden ziemlich regelmäßig Pakete, während das in der deutschen Gruppe nur bei einer Minderheit der Fall war. Es ist daher nicht überraschend, dass nahezu alle deutschen Juden ihre Mithäftlinge beneideten. Käthe Breslauer, eine ehemalige Lehrerin aus Berlin, sagte im Rückblick: „Während die Reichsdeutschen nur kleine Päckchen erhalten durften, bekamen die Tschechen Riesenpakete, die ihnen von Bekannten, denen sie Überweisungsscheine ausgehändigt hatten, übersandt wurden.“²² Jedoch konnte der Schein, der einen nichtjüdischen Freund berechnigte, ein Paket zu schicken, die sogenannte Zulassungsmarke, von den tschechischen Insassen ihren nichtjüdischen Bekannten nicht einfach zugeschickt werden: Die Übersendung von Paketen war ein recht komplizierter Vorgang.²³ Indes wurden tschechische Juden, die Pakete in Empfang nehmen konnten, zu einem ständigen und mit wachsender Bitterkeit durchsetzten Thema in den Berichten deutscher Juden. Die Pakete der Anderen erschienen immer größer und gehaltvoller, sie trafen regelmäßiger ein – und ihr Inhalt wurde nicht geteilt.

Die meisten Insassen lebten in nach Geschlechtern getrennten Massenunterkünften, auf die alle Neuankömmlinge von der „Raumwirtschaft“ verteilt wurden. Das führte zu einer recht heterogenen Gesellschaft. Louis Salomon, der zu der kleinen Gruppe orthodoxer Juden gehörte, hat seine sechzehn Zimmergenossen anschaulich geschildert:

„Der Stubenaelteste war aus Wien, ein geborener Ungar, 74 Jahre alt, ein sonst guter Kerl, aber sehr jaehzornig, er machte allerhand Geschaefte mit Goldsachen, Kleidungsstuecken und anderes. Nr. 2, ein Rechtsanwalt aus Breisberg, auch ueber 70, ein sehr netter Mensch. Nr. 3, ein Arzt aus dem Protektorat, ein sehr vornehmer Herr, der immer Hunger hatte. Nr. 4, ein Bankprokurist aus Wien, Zionist und trotz seines Berufs Geldveraechter. Nr. 5, ein Diplomkaufmann aus Berlin, Zionist und Jugendfuhrer. Nr. 6, ein Pelzhaendler aus Wien, polnischer Nationalitaet. Nr. 7, ein Herr aus Wien, der alles verstehen wollte, aber kein Vertrauen genoss. Nr. 8, ein pensionierter hoher Eisenbahn-Ingenieur aus Prag, der nichts von Judentum hielt. Nr. 9 ein Juwelenhaendler aus Wien, der des morgens Talles und Tefillen legte, dann aber die Menschen betrog. Nr. 10, ein Handelsvertreter aus Breslau, zaenkisch und rechthaberisch. Nr. 11, ein Konfektionaer aus Breslau, ein sehr netter Mensch. Nr. 12, Inhaber einer Moebelfabrik aus Breslau, ein wenig angenehmer Bursche. Nr. 13, ein Kuerschner aus Berlin, der im Norden ein Pelzgeschaefte hatte. Nr. 14 ein Kaufmann aus Bonn am Rhein der dort Putzgeschaefte hatte. Nr. 15, ein kriegsverletzter Reisender aus Berlin, aus den niedrigsten Volksschichten stammend, ein Vielfrass, der mein und dein nicht unterscheiden konnte. Nr. 16, ein ehemaliger Rittmeister, ich glaube aber Rittmeister aus einem Gestuet, ein Ungar, der sehr unangenehm war und von allen gemieden wurde. Der Hausaelteste war auch Czeche, ein ehemaliger kleiner Gastwirt vom Lande, der uns Juden aus Deutschland moeglichst zuruecksetzte. Auch ich gehoerte nicht zu seinen Freunden, da er mich zuruecksetzte und mir die Zulagen, die mir als Arbeiter zustanden, zurueckhielt und anderen zuteilte.“²⁴

²² Käthe Breslauer, Wiener Library London (WL), P.III.h, 215 (15.1.1956).

²³ Wie dargestellt bei František Beneš/Patricia Tošnerová, Pošta v ghettu Terezín = Die Post im Ghetto Theresienstadt = Mail Service in the Ghetto Terezín, Praha 1996.

²⁴ Tagebuch von Louis Salomon, YVA, O33, 1560.

Menschen aus früheren Mischehen waren oft Eltern, und die zurückgelassenen Kinder stellten eine Verbindung zur nichtjüdischen Gesellschaft dar. Die Position der „arisch Versippten“ kam mit spezifischen Vor- und Nachteilen. Einerseits verfügten sie über einige Verwandte, die ihnen schrieben und Pakete schickten, die sie buchstäblich durchfütterten. Sie hatten außerdem „einen Grund zu überleben“, jemand, der draußen auf sie wartete und mit dem sie in Verbindung standen, anders als viele deutsche Juden, die den letzten Brief von ihren emigrierten Kindern schon vor Jahren bekommen hatten. Unter den Überlebenden finden wir einen überproportionalen Anteil von Partnern früherer Mischehen.²⁵ Die briefliche Verbindung war aber nur einer der Faktoren, der zu ihrem Überleben beitrug. Wer aus einer Mischehe kam, war im Durchschnitt jünger und überdies später nach Theresienstadt deportiert worden, als die Verhältnisse etwas besser waren. Auch genossen Partner von Mischehen einen gewissen Schutz vor Transporten nach Auschwitz.²⁶

Auf der anderen Seite bezeugen die Tagebücher dieser Leute ihre extreme Einsamkeit; sie lebten von Brief zu Brief. Wer Kinder, „Mischlinge“, in Deutschland hatte, litt überdies unter quälender und ständiger Ungewissheit. Auf Nachrichten zu warten, führte auch zu sozialer Unsicherheit, die Menschen fragten sich, ob die Deportation nicht ihr Ansehen geschmälert, die Zuneigung ihrer Verwandten geschwächt und ihre Autorität als Eltern beschädigt hatte. Da sie fast nichts über die Mechanismen der langsamen und unzuverlässigen Postzustellung für Theresienstadt wussten (Postkarten konnten monatelang unterwegs sein, wenngleich Pakete nur normale Zeit brauchten), nahmen viele das Ausbleiben von Post als Zeichen abnehmender Zuneigung, oder sie glaubten, man hätte die Kinder als jüdisches deportiertes Elternteil in Verlegenheit gebracht. Margarete Pedde sprach in ihrem Tagebuch ihre Tochter an: „Schämst Du Dich etwas, daß Deine Mami im Ghetto ist? Aber nein – das tust Du nicht. So viel Gedanken schwirren mir durch den Kopf.“²⁷

Pedde hatte ihre schwangere Tochter Inge zurücklassen müssen. Deren Freund war ein Nichtjude, und auf Grund der Nürnberger Gesetze konnten sie nicht heiraten. Für ein bürgerliches Milieu eigentlich eine unvorstellbare Situation, die jedoch unter den gegebenen Umständen akzeptiert wurde.²⁸ Wann immer sie ein kleines Kind sahen – meistens ein tschechisches Kind –, wurden die jüdischen Eltern und Großeltern daran erinnert, dass sie bei wichtigen Familienereignissen nicht dabei waren: wenn ihre Kinder Babysachen kauften, bei der Geburt von Enkelkindern und bei deren ersten Zähnen, Geh- und Sprechversuchen. Pedde brachte im August 1943 ihre ganze Hilflosigkeit zum Ausdruck:

²⁵ In meiner Analyse von 78 Anträgen für den Status eines Opfers des Faschismus (OdF) waren 33 Mischehen, dies bedeutet einen viel größeren Anteil (42%) als der von Partnern aus Mischehen in den Transporten nach Theresienstadt. Centrum Judaicum Archiv Berlin (CJA), Collection 4.1 (OdF). Zudem ist ein großer Teil der Überlebendenberichte von Partnern aus Mischehen.

²⁶ H. G. Adler, Theresienstadt 1941–1945: Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, Tübingen 1960, S. 224–240 und 193, behauptet, „Versippte“ [konnten sich] meist nicht [retten].“ Er hat allerdings keinerlei außer anekdotischen Nachweis dafür – das Register der „arischen“ Verwandten ist nicht überliefert (siehe auch die vorherige Anmerkung). Für einen Fall der Deportation siehe den Antrag von Erich Kalkstein, CJA, 4.1, 941.

²⁷ Tagebuch von Margarete Pedde, Eintrag vom 14.10.1943, AŽMP, Terezín, 324.

²⁸ Ingeborg Hecht, Als unsichtbare Mauern wuchsen. Eine deutsche Familie unter den Nürnberger Rassengesetzen, Hamburg 1984. Hechts Vater, der von ihrer Mutter geschieden war, wurde nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz deportiert. Hecht (die in einer ähnlichen Situation war wie Peddes Tochter) bringt eine interessante Perspektive, wie die „arische“ Seite den Kontakt nach Theresienstadt aufrechterhielt.

„Liebe Inge! Ein kleines spielendes Kind von vielleicht acht Monaten (wie Gitta) [ihre Enkelin Brigitte] brachte mich derart zum Weinen, daß ich jetzt in der äußersten Ecke des Hauses auf einer Fensterbank sitze, schreibe und heule. Mein Heimweh wird täglich größer und mein Herzweh schlimmer. Schon mehr wie ein Jahr von Dir getrennt zu sein, hätte ich nie für möglich gehalten. In Gedanken bin ich immer bei Euch. Ich sehe die Kleine so deutlich vor mir, als ob ich sie greifen könnte. Wie ich das Kind lieb habe, ahnst Du kaum.“

In religiöser Hinsicht unterschieden sich die deutschen Juden von der tschechischen und der österreichischen Gruppe. Die überwältigende Mehrheit der nicht zum Christentum konvertierten deutschen Juden waren praktizierende Juden. Unter ihnen gab es kaum Atheisten oder Agnostiker, wie man sie häufig unter tschechischen Juden antraf. Auch brachten die deutschen Juden den konservativen Ritus mit, namentlich die Deportierten aus Frankfurt und Hamburg.²⁹ Dieser moderne und doch ausgesprochen konservative Ritus war den tschechischen Juden neu und unbekannt. Interessanterweise waren die Gottesdienste offenbar keine Stätte der Begegnung für die Juden unterschiedlicher geografischer Herkunft. Die Wiener, Frankfurter und die mährischen gläubigen Juden besuchten ihre jeweiligen Gottesdienste, obschon einige der deutschen Rabbis recht bekannt waren, so der Frankfurter Leopold Neuhaus, der einige Zeit als oberster Rabbi des Ghettos amtierte. Zwar fanden sich einige Intellektuelle, die manchmal an anderen Gottesdiensten teilnahmen oder sogar dort predigten, wie Leo Baeck, aber der „Normalverbraucher“ blieb in seiner oder ihrer lokal abgegrenzten Gemeinde. Hier zeigt sich, wie sehr Religion habituell verstanden wurde; sie bot Tröstung, aber nur im vertrauten Rahmen der eigenen Gemeinde.

Eine Ausnahme stellten die Christen im Ghetto dar, zwar getauft, doch „rassisch jüdisch“.³⁰ Es gab eine katholische sowie eine evangelische Gruppe, beide mit agiler Agenda. So organisierte die katholische Gemeinde Predigten, Bibellesungen, Hilfen für Kranke, religiöse Unterweisungen der Kinder und eine Vortragsreihe.³¹ Beide christlichen Gemeinden waren aktiv in Anwerbung der katholischen oder evangelischen Neuankömmlinge. Dabei zählten die Katholiken Angehörige aller großen nationalen Gruppen in ihren Reihen; sie kamen aus Prag und Olomouc, Berlin und Wien, es gab Gottesdienste auf Tschechisch und Deutsch. Wieso waren es nur die Christen, die jenseits von ethnischen Trennlinien operierten? Es lag nicht nur an ihrer geringen Zahl, dass sie zusammenhielten – die Hamburger oder Frankfurter Gruppe praktizierender Juden war noch kleiner. Die Offenheit der christlichen Gemeinde wurde noch zusätzlich durch eine gewisse Verachtung ihrer Nachbarn und durch die nach außen wirkenden Kontakte der Aktivisten in der Gemeinde gefördert.

Was waren die zentralen Werte der alten deutschen Juden in Theresienstadt? Zum einen gab es den ständig wiederkehrenden Bezug auf den früheren Status und die Kontinuität der alten Muster. Für viele Männer waren es die Erlebnisse, die sie im Ersten Weltkrieg gehabt hatten. Sie sprachen von ihren militärischen Auszeichnungen, die sie auch in den

²⁹ Hamburg: Dora Lehmann, *Erinnerungen einer Altonaerin 1866–1946*, Hamburg 1998; Frankfurt: Erna Ogutsch an Else Christaller, 3. 2. 1946, *Alte Synagoge Essen*, AR 4729.

³⁰ Jana Leichsenring, *Die katholische Gemeinde in Theresienstadt und die Berliner Katholiken*, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente 2004*, S. 178–222; Arthur Goldschmidt, *Geschichte der evangelischen Gemeinde Theresienstadt 1942–1945*, Tübingen 1948.

³¹ *Chronik der r.-k. Gemeinde Theresienstadt*, passim, Diözesanarchiv Wien, Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken, Kasette 1. (Die Direktorin des DAW, Annemarie Fenzl, bereitet eine Edition der Chronik vor.)

diversen Anträgen hervorhoben,³² doch war die Anhänglichkeit an Militärisches eben für jene deutschen Juden charakteristisch, die nicht emigriert waren: die älteren und politisch konservativen. Noch wichtiger war der Habitus der Fronterfahrung: Einige der Männer sprachen immer wieder davon, wie sie vier Jahre im Schützengraben überlebt hatten, umgeben vom Tod und ohne Möglichkeit, sich zu waschen; Theresienstadt konnte sie nicht beeindrucken.

Viele hielten sich an ihren früheren Stand oder ihren ehemaligen Beruf. Menschen, die Kollegen gewesen waren, erkannten einander auf der Straße wieder und trafen sich dann, um über die alten Zeiten zu reden.³³ Alte Leute, die sich, wenn sie mit jemand sprachen, sehr ernsthaft über den einstigen gesellschaftlichen Status erkundigten und ihr Verhalten danach einrichteten, waren so zahlreich, dass Witze darüber gemacht wurden. In Theresienstadt spielte es schließlich keine Rolle, ob jemand adelige Freunde hatte oder selber dem Adel angehörte; sie hausten alle im gleichen Raum, zogen sich vor anderen aus und um, trugen die gleiche Kleidung und warteten in der gleichen Schlange vor der Toilette.

Die Unterschiede der gesellschaftlichen Herkunft machten sich immer wieder bemerkbar.³⁴ Elisabeth Argutinsky, die aus Berlin stammende Witwe eines russischen Grafen, illustrierte die Bedeutung dieser Problematik bei der Schilderung ihrer Zimmergenossen: „Erschreckend war die Erkenntnis, wie dünn unsere Schicht war, und wie unmöglich, nach Aufgabe aller Begriffe der Ästhetik, der Kultur, des Individualismus es war, sich an alles zu gewöhnen, gewissermaßen sich die Angewohnheiten der Unkultivierten zu eigen zu machen.“³⁵ Indes machte Argutinsky ihren Frieden mit ihren Genossen, und sie schafften sich kleine Nischen. Leider wurde die Zimmerbelegschaft bei der nächsten Reorganisation auseinandergerissen – die Insassen des Ghettos mussten recht häufig umziehen. Argutinsky kam in die Nachbarstube mit 37 Insassen, und mit ihren neuen Genossen war sie gar nicht glücklich:

„Für beide Teile begann das Zusammenleben mit einem anderen Kulturniveau, ein schauerhafter Zustand, der mit unserem völligen Unterliegen endete. [...] Man nennt das Heraufkommen der Unkultivierten, ein Säfteanstieg von unten, ist hier das Schlimmste [...] alle sagen, solange wir noch mit Ariern zusammenlebten, nahmen sich die Juden zusammen – jetzt wird aus jedem Schacherjuden ein Vorgesetzter.“

Die Erzählerin machte klar, dass sie, ein distinguiertes Individuum, mit ihrer neuen „proletarischen“ Umwelt nicht auskommen konnte. Sie fühlte sich nicht respektiert, verlangte von den anderen, ruhig zu sein und Rücksicht zu nehmen. Jedoch war sie allein, während ihre unmittelbaren Nachbarn zu einer fünfköpfigen Familie gehörten. In ihren eigenen Augen hatte Argutinsky das letzte Wort, die Macht der Interpretation. Ihre Dominanz ergab sich für sie aus dem Besitz eines wahrhaft sinnvollen inneren Wertes, nämlich von „Kultur“, unerreichbar für den „Plebs“. Selbst wenn sie sich „entzivilisieren“ musste, um

³² Edmund Hadra, LBI NY, AR 1249, 2; auch beispielsweise die Gründe, die in den Ausreisungsanträgen gegeben wurden, YVA, O64, 12–22. Auf die militärische Erfahrung rekurrierten viele deutsche Juden, um ihren Status und ihre Männlichkeit zu bestätigen.

³³ Diese Treffen und Gespräche über den Beruf waren so beliebt, dass Philipp Manes in seine Vortragsreihe eine Serie über die Karriere der Menschen einbaute; Philipp Manes, *Als ob's ein Leben wär*. Tatsachenbericht Theresienstadt 1942–1944, hrsg. von Ben Barkow und Klaus Leist, Berlin 2004, S. 89f. und passim.

³⁴ Ich stütze mich in der Klassenanalyse auf Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M. 1982.

³⁵ Aufzeichnungen von Elisabeth Argutinsky, Eintrag vom 15. 3. 1943, Beit Terezin, 16.

im Ghetto überleben zu können, war, wie sie glaubte, ihr „Kultur“ angeboren, eine Art von innerem Kompass.

Schließlich ist festzuhalten, dass Argutinsky, wie viele andere deutsche Juden, wenn sie von Plebs sprach, selten ethnische Herkunft ins Spiel brachte. Das war für ihre Lage bezeichnend: Eine hierarchische Abgrenzung nach ethnischen Kategorien schied aus; deutsche Juden rangierten auf der Leiter der Theresienstädter Gesellschaft ganz unten. Sie akzeptierten ihre Position, ansonsten hätten auch sie eine ethnisch begründete soziale Hierarchie gesehen, wie das die tschechischen Juden oft taten. Die anderen als Unterklasse zu qualifizieren, war für die deutschen Juden ein Mittel der Selbstabgrenzung, der Etablierung einer sozialen Hierarchie. Der „Säfteanstieg von unten“, die Canaille – man braucht nur an Thomas Manns alten Konsul Buddenbrook zu denken –, das ist eine dramatisch andere Gruppe, von gänzlich geringerem Wert als die eigene Gemeinschaft. Dieser Unterscheidungsmechanismus erhielt für die alten Deutschen bürgerlicher Herkunft im Ghetto Theresienstadt besondere Bedeutung: Hier waren alle zusammengewürfelt, bebraut der wirtschaftlichen Merkmale, die zuvor Klassengrenzen abgesteckt hatten. Alle Zimmerbewohner hatten gleiche Bettgestelle und gleiche Lebensmittelrationen. Mit dem Fehlen des wirtschaftlichen Vermögens wurde das kulturelle Vermögen ausschlaggebend für die Legitimation der eigenen sozialen Überlegenheit und für die Aufrechterhaltung des Selbstgefühls, der gesellschaftlichen Einordnung.³⁶ Das Bewusstsein gesellschaftlicher Superiorität gewann für die deutschen Juden, die der Oberschicht und der oberen Mittelklasse angehört hatten, oft entscheidende Bedeutung; es war das einzige Bindeglied zu ihrem früheren Leben und verlieh ihnen ein Gefühl von Kontrolle und Kontinuität.

Alte deutschen Juden waren im kulturellen Leben von Theresienstadt sowohl als Organisatoren als auch als Besucher sehr aktiv, doch zeigten sie, im Vergleich zu tschechischen und österreichischen Juden, einen altmodischen Geschmack. Als sich der Leiter des „Orientierungsdienstes“ und Organisator der geschätzten Vortragsreihe, der frühere Pelzhändler Philipp Manes, entschloss, auch Lesungen von Theaterstücken zu veranstalten, verfiel er sofort auf Goethes „Faust“: „Die Wahl der Stücke bildete für mich kein Problem. Gibt es überhaupt einen Zweifel, was man bringen soll? Doch nur Goethe. Und wenn ihn – dann nur Faust. Ich griff nach den Sternen.“³⁷ Indem er sich für Faust entschied, manifestierte Manes seine Bindung an das innerste, heiligste Herz deutscher Kultur. Er war bei weitem nicht der einzige, der sich immer wieder mit dem Stück beschäftigte; es wurde aus der Bibliothek ausgeliehen und zitiert, ein Häftling schrieb sogar eine interpretierende Abhandlung.³⁸ Die tschechischen Juden nahm der Faust nicht gefangen, vielmehr wurde das Drama als eine langweilige Geschichte mit ellenlangen Monologen empfunden. Was wir als einen wunderschönen und bedeutungsvollen Ausdruck von Kultur sehen, ist oft für Menschen, die aus einem anderen kulturellen Umfeld kommen, unverständlich. Tschechische Juden weinten, wenn sie Raphael Schächters Aufführung von Smetanas „Verkaufter Braut“ hörten. Für die deutschen Juden war das eine Operette.³⁹

Der deutsch-jüdische Geschmack erwies sich aber nicht nur bei der Auswahl von Stücken als altmodisch, sondern auch bei deren Inszenierung. Manes war begeistert von sei-

³⁶ Ich folge der Argumentation von Rogers Brubaker und Frederick Cooper, nach der „Identität“ ein zu unklarer Begriff für eine konzise Analyse ist, und stütze mich daher auf die von ihnen vorgeschlagene Terminologie. Siehe dies., *Beyond Identity*, in: *Theory and Society* 29 (2000), S. 1–47.

³⁷ Manes, *Als ob's ein Leben wär*, S. 134.

³⁸ Edmund Hadra, LBI NY, AR 1249.

³⁹ Siehe den Artikel von Lisa Peschel in diesem Band.

nem „innigen“ und „einfachen, rührenden“ Gretchen.⁴⁰ Ähnliches galt für viele der reichsdeutschen Kabarets, die, anders als tschechische Darbietungen, entschieden unpolitisch waren. Die deutschsprachigen Produktionen einiger der Deutsch sprechenden tschechischen Juden, wie zum Beispiel Petr Kien, waren hingegen modern und politisch.⁴¹ Dies kann nicht allein mit der Furcht vor dem SS-Personal erklärt werden, das kein Tschechisch verstand. Zumeist wurde ja die Kontrolle von tschechischen Informanten besorgt, deren Anwesenheit im Allgemeinen kein Geheimnis war. Auch gab es deutschsprachige Kabarets, die politisch und kritisch waren, wenngleich seltener.⁴²

Die alten deutschen Juden brachten wenig Interesse für Fußball auf, einem in Theresienstadt außerordentlich populären und öffentlich ausgeübten Sport.⁴³ Die Spiele fanden dreitausend oder sogar viertausend Zuschauer jeden Alters und jeder Herkunft. Aber während alle tschechischen Juden erpicht darauf waren, die Spiele zu besuchen,⁴⁴ hielten sich deutsche Juden zurück. In all den Zeugenberichten und Tagebüchern deutscher Juden, die ich analysiert habe, ist nicht einmal vom Besuch eines Fußballspieles die Rede; überhaupt wird Fußball kaum jemals erwähnt.⁴⁵ In der tschechischen und der österreichischen Gesellschaft war Fußball in den Zwischenkriegsjahren ein Massenphänomen geworden, in dem es keine Alters- oder Klassenschranken gab. Deutschland hatte dieses Phänomen nicht erlebt. Dem klassischen Theresienstädter deutschen Juden, der zwischen 1860 und 1880 geboren war, galt Fußball als eine Sache der Arbeiterklasse.

Faust, Kabarett, Fußball: Diese drei Beispiele liefern Belege dafür, wie stark generationell segmentiert die deutschen Juden nach 1918 waren, oder zumindest die Gruppe, die nach Theresienstadt deportiert worden war. Deutsche Juden zerfielen offenbar viel stärker in Generationensegmente als zur gleichen Zeit die tschechischen und österreichischen Juden.

Theresienstadt in den Augen der älteren deutschen Juden

Die zentralen Begriffe, die das Gefühl von Selbstverständnis und Gemeinschaft konstituierten,⁴⁶ waren Mut, Zähigkeit oder vielleicht Pflicht und Pathos. Diese Konzepte mögen voneinander sehr verschieden und ohne Zusammenhang erscheinen, doch sind sie miteinander verbunden.

Viele Zeugnisse heben hervor, wie wichtig es für die Alten war, nicht zu klagen, auszuhalten, sich in sein Schicksal zu fügen. Die Leidensbereitschaft, wie sie die Texte atmen, hat etwas Hartes und doch zugleich etwas sehr Passives an sich. Ein gutes Beispiel bietet

⁴⁰ Manes, *Als ob's ein Leben wär*, S. 135 und 137.

⁴¹ Petr Kiens Figur der Medea ist entschieden reif, reflektierend, ambivalent, sexuell aufgeladen und gewalttätig; siehe sein Manuskript „Medea“, WL, 1365/2, 8.

⁴² Siehe u. a. Myra Strauss' *Gedichte* (Strauss war Österreicherin), WL, 958.

⁴³ Über Fußball in Theresienstadt siehe Nicole Schlichting, „Kleiderkammer schlägt Gärtner 9:3“. Fußball im Ghetto Theresienstadt, in: Nurinst 2006, hrsg. von Jim G. Tobias und Peter Zinke, Nürnberg 2006, S. 73–90; František Steiner, *Fotbal pod žlutou hvězdou*, Praha 2009; Hájková, *Fabelhafte Jungs*.

⁴⁴ Hana L. zur Autorin, 16. 1. 2009, Haifa. Hanas alte Großmutter schaute gerne den Spielen zu.

⁴⁵ Günther Levy (ein Pseudonym), ein zehnjähriger „Geltungsjude“, der in Theresienstadt in einem der deutschsprachigen Jugendheime lebte und dort Fußball spielte, er spielte Fußball als Teil der Jugendheim-Kultur (die vollständig von tschechischen Juden dominiert wurde) und nicht als ein deutscher Jude; Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999, S. 343.

⁴⁶ Brubaker/Cooper, *Beyond Identity*.

die Erinnerung der 45 Jahre alten Stuttgarter Chemikerin Martha Haarburger an den berüchtigten Zählungsappell im Bauschowitz Kessel. Im November 1943 verbrachte die SS alle zu einem leeren Platz zwischen Theresienstadt und Bauschowitz/Bohušovice. Die Häftlinge standen sechzehn Stunden lang in Regen und Kälte, ohne Toiletten oder die Möglichkeit, sich zu setzen, während die SS sie zu zählen versuchte. Haarburger erinnerte sich vor allem an die alten Frauen:

„Ich froh erbärmlich. Aber da schaute ich die alten, ausgemergelten Frauen an, die tapfer standen, mit trüben, müden Augen, und ich dachte an die Freunde, die weit von mir aufgestellt waren, einige wohl nicht einmal auf trockenem Boden, sondern in Morast. Ich wollte standhalten, trotz Kälte und Erschöpfung.“⁴⁷

Zugleich sind die Selbstzeugnisse der deutschen Juden, ob zeitgenössische Tagebücher, ob Nachkriegsberichte, mit *Topoi* des Pathos' durchsetzt, manchmal mit einem Ton des Leidens oder mit dem Fokus auf Dinge, die Empfindungen wecken, welche ausdrücklich thematisiert wurden. Tschechische Erzähler sprechen von vergleichbaren Situationen hingegen mit Ironie oder Sentimentalität. Ein Beispiel ist ein Brief der 72 Jahre alten Berlinerin Therese Klein. Kurz nach Kriegsende erinnert sie sich an den Augenblick, da sie ihre Familie zum letzten Mal sah:

„[...] aber Rita [Tochter] und Kind sahen in meinen Augen hübsch aus. Es ist mir nicht leicht, am 15. 10. 44 gingen sie von mir, Daisy mit dem Rucksäckchen auf dem kleinen Rücken, glaubte rosig von der Reise, und waren ihre letzten Worte: ‚Omi, Du sollst nicht traurig sein, ich werde immer Päckchen schicken und [unlesbares Wort] schreiben.‘ Lieber Herr Müller, man möchte kaum glauben, was ein Mensch doch an Leid ertragen kann, meine Hoffnung ist leider auf den Nullpunkt gesunken [...].“⁴⁸

Klein schreibt darüber, wie sie ihre nächsten Familienangehörigen verliert, ihr Kind und ihre Enkelin, und zu nichts zurückkehrt. Die meisten älteren deutschen Juden, die keine „arischen“ Verwandten hatten und nach Deutschland zurückkehrten, mussten diese Erfahrung machen. Eine verzweifeltere Situation ist kaum vorstellbar. Doch ist es typisch, dass Klein nicht zusammenbrach, dass sie die Emotionen über den Verlust ihrer Lieben artikulieren konnte. Sie fand ein Narrativ – bezeichnenderweise eines voller Pathos, das zu ihrem kulturellen Hintergrund passte –, welches ihr ermöglichte, die Katastrophen, die über sie und ihre deutsch-jüdischen Leidensgenossen hereinbrachen, zu verstehen.

Dieser Ton gehört untrennbar zum Mut und zur Zähigkeit der alten deutschen Juden, wie wir sie oben erwähnt haben; sie waren Pole der kulturellen Zugehörigkeit als bürgerlicher, gebildeter, kultivierter Deutscher und Jude. In vieler Hinsicht stellten sie genau die Werte dar, die für das ganze deutsche Bürgertum, sofern im gleichen Zeitraum geboren wie die hier untersuchte Gruppe, zentral waren. Kann uns also Theresienstadt etwas über die Geschichte der dorthin deportierten Juden im Allgemeinen und der deutschen Juden im Besonderen sagen? Ich denke schon. Wir sollten die genannten Werte im Auge haben, wenn wir uns mit der Geschichte der deutschen Juden in der späten Wilhelminischen und der Weimarer Zeit beschäftigen.⁴⁹

⁴⁷ Martha Haarburger, YA, MIE, 711/596 (1945).

⁴⁸ Therese Klein an Herbert Müller und Yvonne Adler (August 1945), YA, O5.

⁴⁹ Es gibt eine reiche Literatur zu deutschen Juden in der Wilhelminischen Zeit und eine substantielle Menge für die Weimarer Jahre. Zentrale Arbeiten sind u. a. Marion Kaplan, *Making of Jewish Middle Class: Women, Family, and Identity in Imperial Germany*, New York 1991; Michael A. Meyer (Hrsg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, 4 Bde.: Stephen M. Lowenstein u. a. (Hrsg.),

Wie haben die älteren deutschen Juden die Theresienstädter Zwangsgemeinschaft erfahren? Die Häftlingsgesellschaft war, im Vergleich zu anderen Ghettos wie Lodz oder Warschau, relativ homogen und miteinander verbunden; alles in allem handelte es sich in der Tat eher um eine Gemeinschaft als um einen willkürlich zusammengewürfelten Haufen von Menschen, die miteinander leben mussten. Das fand seinen Ausdruck in einem Kodex von ungeschriebenen Verhaltensregeln, die Neuankömmlinge schnell zu lernen hatten. Zu diesen Regeln gehörten folgende Vorstellungen:

– Arbeit für das Ghetto diene dem Erhalt der Gemeinschaft. Daraus folgte die Logik der Lebensmittelrationen, die zumeist als gerecht angesehen wurden, selbst von vielen Alten.

– Dem „Aufbaukommando“, also den ersten zwei, nur aus Männern bestehenden Transporten, die eine desolate Stadt auf weitere Deportationen vorbereiten sollten, gebühre hohes Prestige. Die Angehörigen der Kommandos galten als hochverdiente Pioniere mit entsprechendem Status.

– Kinder seien die Zukunft und sollten daher bessere Betreuung, Ernährung und Lebensbedingungen haben.

– Freizügige Sexualität und Intimität. Es gab die Auffassung, Sexualität und romantische/sexuelle Beziehungen seien eine schöne, sinnvolle und legitime Weise, die Zeit zu verbringen und mit der Haft zurechtzukommen.

Die genannten Punkte trugen zu der Entstehung des Theresienstädter master narratives bei, was ich „die Legende von Theresienstadt“ nenne: ein allgemein akzeptiertes Bild, bereits im Ghetto entstanden, vom wahren Theresienstadt, eine legitimierende Geschichte über einen Ort, an dem die Insassen für die Kinder sorgten und zivilisiert miteinander umgingen, ein reiches kulturelles Leben pflegten und selbstlos für die Verbesserung der Lebensverhältnisse arbeiteten.⁵⁰

Wir haben hier das faszinierende Moment vor uns, dass ältere deutsche Juden, die nicht weiter deportiert wurden oder starben – oder eben bevor es dazu kam –, sich sehr für ihre neue Umgebung zu interessieren begannen. Das geschah trotz der strukturellen Hindernisse, der kulturellen Vorurteile der stärksten Gruppe, der schlechten Behausung, des minimalen Zugangs zu Lebensmitteln und des Mangels an Tschechischkenntnissen. Die deutschen Juden erkundeten das Städtchen, um mehr über die Verhältnisse herauszufinden, um zu sehen, wie die Selbstverwaltung funktionierte und wo was zu bekommen war. Sie lernten rasch ihre neuen Nachbarn kennen und waren zu neuen Freundschaften bereit – nicht nur mit deutschen Juden, sondern auch mit Juden anderer Herkunft. Die deutsch-jüdischen Alten nahmen die Legende von Theresienstadt bereitwillig an, wollten an ihr teilhaben; wie das Jacob Plaut ausdrückte, ein 75 Jahre alter Witwer aus Bayern: „Wenn auch die Zukunft in Th[eresienstadt] für mich nicht gerade rosig aussah, ließ ich den Kopf nicht hängen, und um mich zu betäuben, verrichtete ich jegliche mir gebotene Arbeit.“⁵¹

Umstrittene Integration 1871–1918 (Bd. 3), Avraham Barkai/Paul Mendes-Flohr (Hrsg.), *Aufbruch und Zerstörung 1918–1945* (Bd. 4), München 1997; Donald Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Baton Rouge 1980; Michal Brenner, *The Renaissance of Jewish Culture in Weimar Germany*, New Haven 1996; Till van Rahden, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925*, Göttingen 2000.

⁵⁰ Jacob Plaut: „Zwei Jahre brauchten die Juden, um Theresienstadt einigermaßen bewohnbar zu machen. Kanalisation, elektrisches Licht, Bäder wurden eingerichtet, die verbreitete Annahme, dass Juden nur Handel treiben würden, ist in Theresienstadt glänzend widerrufen worden, jedes Handwerk war vertreten.“ YVA, MIE, 1942.

⁵¹ Ebenda.

Die älteren deutschen Juden kamen aus einem Milieu, wo man voreheliche sexuelle Erfahrungen missbilligte, wo überhaupt kaum über Sexualität gesprochen wurde. Theresienstadt aber, wo junge Leute mit einem aktiven und romantischen Sexualleben das Klima bestimmten, blieb nicht ohne Wirkung auf die Wertvorstellungen der alten Deutschen. Etliche Zeugnisse erwähnen die flirtende, gut aussehende, unbekümmerte Jugend in einem ausgesprochen wohlwollenden Ton.⁵² Der Hausälteste Otto Bernstein akzeptierte das Anrecht jüngerer Leute und deren Anspruch auf eine private Sphäre als ein legitimes Bedürfnis.⁵³

Was das Verhältnis der Theresienstädter deutschen Juden zur Sexualität angeht, so gab es einen klaren Unterschied zwischen den Generationen. Die älteren deutschen Juden befanden sich in der Rolle von Beobachtern oder schufen auch manchmal Gelegenheiten, waren aber nicht mehr selber aktiv. Bei den jüngeren deutschen Juden lagen die Dinge ganz anders. Viele der jüngeren deutsch-jüdischen Frauen knüpften romantische oder sexuelle Beziehungen zu anderen Insassen an, sehr oft zu jungen Tschechen, der sozialen Elite des Ghettos.⁵⁴ Solche Beziehungen waren Teil der sexuellen Ökonomie im Ghetto. Bei dem Tausch investierten Frauen ihre Attraktivität und ihre Gesellschaft (was im Sinne Bourdieus als soziales Kapital zu verstehen ist) und wurden dafür in die soziale Elite aufgenommen (vorausgesetzt sie eigneten sich die dementsprechenden kulturellen Verhaltensmuster an und lernten etwas Tschechisch); auch profitierten sie materiell.⁵⁵ Bezeichnenderweise entstanden diese Verhältnisse meist zwischen „fremden“ Frauen und „einheimischen“ (tschechischen) Männern, wodurch die klassische Dichotomie schwächer – stärker geschaffen wurde: schwächer war fremd und weiblich, stärker einheimisch und männlich. Sexualität war also auch ein Mittel des sozialen Aufstiegs, aber nur für diejenigen, die in einem sexuell aktiven Alter waren und als attraktiv angesehen wurden.

Deutsche Juden beider Geschlechter und aller Generationen konstatierten wieder und wieder, wie sorgfältig sich tschechische Frauen anzogen, welche Aufmerksamkeit sie ihrer Frisur widmeten und – dies vor allem – dass sie sich schminkten.⁵⁶ Make-up schien den deutschen Jüdinnen unbekannt zu sein. Indes war es notwendig, wollte man zur Ingroup gehören. Die tschechische Umgebung machte den jüngeren deutschen Frauen bewusst, dass ihre Anpassung auch die Anpassung der äußeren Erscheinung erforderte. Eva Noack Mosse, 42-jährige ehemalige Journalistin, wurde im Februar 1945 nach Theresienstadt deportiert, wo sie in der Zentralevidenz arbeitete. Ihre neuen Kolleginnen legten ihr nahe, sich zu schminken und Haare in kunstvolle Locken zu legen.⁵⁷ Die älteren deutschen Juden sahen die geschminkten jüngeren tschechischen Frauen weder als billig aufgetakelte Prostituierte noch als elegante Pariserinnen. Sie verstanden das Schminken als Ausdruck

⁵² Neben anderen: Hedwig Ems, YA, O33, 91; Thea Höchster, YA, O33, 3534.

⁵³ Otto Bernstein, YA, O33, 1549.

⁵⁴ Jiří Borský und Willy Mahler (APT, A, 5704) hatten deutsche Freundinnen, Helene und Gertrud. Ruth Herskovits' ältere Stiefschwester Lotte und Arnold M.s jüngere Schwester Elli hatten beide tschechische Freunde, die, so wird beschrieben, sich „um sie kümmern“ und sie in ihre gesellschaftlichen Kreise einführten. Interview mit Arnold M., 5.9.1995, Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam, Nr. 16; Ruth Gutmann-Herskovits, Auswanderung vorläufig nicht möglich. Die Geschichte der Familie Herskovits aus Hannover, hrsg. von Bernard Stöbel, Göttingen 2002, S. 133.

⁵⁵ Anna Hájková, Sexual Barter in Times of Genocide: Negotiating the Sexual Economy of the Theresienstadt Ghetto, in: Signs: Journal of Women in Culture and Society 38 (Spring 2013), No. 3, S. 503–533.

⁵⁶ Tagebuch-Fragment von Bernhard Kolb, Eintrag vom 19. 6. 1943, YA, O2, 387.

⁵⁷ Tagebuch von Eva Noack Mosse, Eintrag vom 26. 2. 1945, WL TAU, 504d.

von Lebenshunger, von Hunger nach Leben hier und jetzt – und sei es auch in einem Ghetto. Das war gut beobachtet, denn genau hier lag das Motiv der jungen Tschechinnen. Sie hatten ihre Jugend in einem Ghetto zu verbringen, und da lebten sie ihre Jugend nun auch aus, ohne viel Rücksicht auf weniger Bevorzugte, und sie lebten, so kann man sogar sagen, weitgehend glücklich.

Alles in allem ist der Ton deutsch-jüdischer Berichte generell positiv (tschechisch-jüdische Tagebücher klingen öfter klagend). Die deutschen Juden loben die Organisation des Ghettos, äußern sich gebührend enthusiastisch über die „aufopfernde Arbeit“ und anerkennen die Effektivität. Diese Würdigung der Tätigkeit der Administration wurde nicht nur gegenüber den alten Bekannten von der Reichsvereinigung zum Ausdruck gebracht, sondern auch gegenüber den erst jetzt kennengelernten tschechischen Juden. Wenn sie die hochrangigen tschechischen Funktionäre charakterisieren, gebrauchen deutsche Juden manchmal das Wort „Schlitzohr“ oder sie erwähnen ihre Schwäche für attraktive Sekretärinnen, doch geschieht all das in einem wohlwollenden Ton. Ebenso positiv werden die vielen interessanten Ghetto-Genossen beschrieben, dazu die schöne Umgebung, auch wenn sie nur vom Festungswall aus zu sehen ist, und die Stadt selbst, die mit ihrer klassizistischen Architektur an Italien erinnere.

Die deutschen Juden, alt wie sie waren, lernten sogar etwas Tschechisch und nahmen unbewusst tschechische Ausdrücke an. Rose Scooler spricht in ihrer „Ode an mein Bett in Theresienstadt“ von einer „Policzka“ und nicht von einem Wandregal.⁵⁸ Margarete Pedde nennt sich *babičko*, *Oma*, oder *maminka*, *Mama*.⁵⁹

Das Verhältnis zwischen den tschechischen und den deutschen Juden, den beiden größten Gruppen im Ghetto, ist besonders interessant, da es auf vielfältige Weise asymmetrisch war. Die tschechischen Juden waren an den deutschen als Gruppe kaum interessiert; sie werden nur beiläufig und am Rande erwähnt: als Leute, die um Essen betteln, die sterben oder in irritierender Weise deutsch-national bleiben. Wenn ein deutscher Jude das Interesse eines tschechischen Insassen weckte, dann weil er oder sie eine bemerkenswerte, berühmte Person war.

Dagegen brachten die deutschen Juden viel mehr Neugier für die Tschechen auf. In den Berichten der Deutschen wird die formidable körperliche Erscheinung der jungen tschechischen Juden hervorgehoben. Man schildert sie in physischen, biologisierenden Begriffen und betont ihr „gesundes“ und „athletisches“ Aussehen. Wiederholt werden sie als eine „schöne Rasse“ beschrieben, als „weitgehend assimiliert“ und „nichtjüdisch“ wirkend. Dieses „assimilierte“ Aussehen wird manchmal als „germanisch“ bezeichnet, manchmal aber auch als „typisch slawisch“: „Ein prachtvoller Menschenschlag. Prächtige Bur-schen – stramme junge Mädels. Eine richtige Augenweide. Der slawische Typ überwiegend, die Assimilation scheint in der Tschechoslowakei weit vorgeschritten zu sein.“⁶⁰ Egon Strassburger erinnerte sich an seine Begegnung mit den tschechischen Juden:

„Die Tschechen war [sic] mir liebe Menschen, sie waren offen, klar, höflich und begabt. Immer erwiesen sie sich als gute, verlässliche Kameraden. So besonders waren die Männer und Frauen aus der Brüner und Prager Gegend reizende Leute. Und weh tat es mir oft, wenn es hieß, gestern sind

⁵⁸ WL TAU, 586. Vgl. auch Hájková, Die Poesie aus dem Ghetto, in: die tageszeitung, 21.1.2012.

⁵⁹ Tagebuch von Margarete Pedde, Eintrag vom 17.8.1943, AŽMP, Terezín, 324. Die Existenz des tschechischen Vokativs war den nichttschechischen Insassen unbekannt, die dann über ihren Freund Jirko (Jirka, Verniedlichung von Jiří) oder Hund Budulínku (Budulínek) schrieben.

⁶⁰ Bericht von Otto Bernstein, YVA, O33, 1549; Strassburger, YVA, O33, 988.

sie im Transport gegangen. Ihr Aussehen war ganz germanisch, und sogenannte jüdische Merkmale gab es selten. Die Menschen sind groß und stramm, und besonders charmant sind die Frauen. In Wut und Harnisch versetzt, sind sie tapfere, unerbittliche Gegner. Sie sind fleißig und scheuten nie eine körperliche Arbeit. Faulheit und Bequemlichkeit kennt der tschechische Jude nicht.“

Von der Tschechoslowakei wussten die deutschen Juden nur wenig. Philipp Manes, der aufmerksame Chronist des Ghettos, merkte dazu an:

„[Wir] wissen als so nahe Nachbarn nichts von der Kultur des Landes, wir hätten selbst in friedlichen Zeiten vom ‚Behm‘ leicht ironisch gesprochen und gemeint – na, was leisten die schon? Die Industrie Gablonz und Reichenberg ist deutsch – was gibt’s sonst? Kaum etwas von Bedeutung. [...] ich kenne leider auch zuwenig von der Tschechoslowakei, um über Land und Leute viel sagen zu können. [...] Hier gäerte alles – heißes Temperament, vielleicht von glühendem, noch feurigen Boden (die heißen Quellen Karlsbads bezeugen ihn) her ist das Volk lodender.“⁶¹

Diese zugegebenermaßen etwas bizarre Erklärung weist darauf hin, wie oft das Unbekannte im Rahmen des Vertrauten gedeutet wird; hier kommt wieder das Dreibädereck ins Spiel. Der biologisierende Blick sieht einen Zusammenhang zwischen Menschen und Boden. Wenn wir die gegebene Situation mit der Begegnung östlicher und westlicher Juden in anderen Ghettos vergleichen, können wir nicht sagen, dass deutsche Juden in Theresienstadt ostjüdische Stereotype benutzten. In Theresienstadt entwickelten die deutschen Juden neue Klischees, die auf der bereits vorhandenen Kenntnis und auf den Asymmetrien der Macht beruhten. So kam es, dass die tschechischen Juden als schön beschrieben wurden, als dominant in körperlicher Hinsicht: Darin zeigte sich die Wirkung der sozialen Hierarchie. Macht wurde hier als Schönheit interpretiert.

Ältere deutsche Juden wiesen wiederholt darauf hin, wie assimiliert – kulturell oder sozial – die tschechischen Juden seien. Dies wirft die Frage auf, wie das zu verstehen ist: Waren die tschechischen Juden wirklich in höherem Maß assimiliert? Oder sollten wir solche Bemerkungen als kategorisierenden Zugriff bei der Einordnung der einen Person und der anderen begreifen, wenn die eigene Person als „genuin“ jüdisch empfunden wird und die anderen als „nicht in der rechten Weise jüdisch“ gesehen werden, folglich als assimiliert? Wenn wir die deutsch-jüdische und die tschechisch-jüdische Entwicklung in der Zwischenkriegszeit bedenken, mit der hohen Zahl von Mischehen in der Tschechoslowakei⁶², dann deuten die Geschichten von mährischen Juden, die im Ghetto walachische Pelze trugen, den 28. Oktober feierten und František Halas’ „Für Prag“ rezitierten, darauf hin, dass uns Theresienstadt – mit seinem erzwungenen Vergleich – sehr wohl etwas über den Grad der Assimilierung vor dem Krieg sagt. Während die tschechischen Juden, vor allem die jüngeren Generationen, sich auf eine Auflösung im nichtjüdischen Milieu zubewegten, lebte die ältere Generation deutscher Juden – die Protagonisten dieses Essays – mehr unter ihresgleichen.⁶³ In Theresienstadt, wo die älteren Deutschen sich fortwährend auf deutsche Hochkultur bezogen, auf Goethe, Schiller und Bismarck, wo sie sich an zentralen Konzepten von Pflicht, Bindung, Leiden und Opfer orientierten, haben viele von ihnen, als sie mit den tschechischen Juden konfrontiert wurden, entdeckt, wie jüdisch oder deutsch-jüdisch sie letzten Endes waren.

⁶¹ Manes, Als ob’s ein Leben wär, S. 113ff.

⁶² Die Zahl der gemischten Ehen in den 1930er Jahren in Böhmen war die höchste in ganz Europa – jeder zweite Jude heiratete einen Nicht-Juden; Franz Friedmann, Einige Zahlen über die tschechoslowakischen Juden. Ein Beitrag zur Soziologie der Judenheit, Prag 1933.

⁶³ Marion Kaplan präsentiert in ihrem klassischen „Making of Jewish Middle Class“ das Argument eines sich selbst reproduzierenden jüdischen kulturellen Milieus.

Die alten deutschen Juden in Theresienstadt weisen manche charakteristischen Merkmale auf, die uns bewegen sollten, unser Verständnis von deutsch-jüdischer Kultur- und Sozialgeschichte zu überprüfen und zu ergänzen. Zwar halten sie in der Tat an vielen der vertrauten Werte fest, an Mut, Pflicht und Pathos, doch zeigten sie sich auch überraschend zäh, aufnahmebereit und flexibel, und das, obwohl sie die Gruppe im Ghetto waren, die sich von Anfang an den übelsten Bedingungen gegenüber sah: Sie waren alt, kamen ohne Verwandte, kannten die Sprache nicht und waren mit massiven Vorurteilen der tschechischen Mehrheitsgesellschaft konfrontiert. Verglichen mit der Überlebensrate der älteren Tschechen, die Verwandte in der Nähe hatten, war die Sterblichkeit der Deutschen eigentlich „niedrig“. Dieses Ergebnis entspricht den qualitativen Feststellungen über die Zähigkeit und Flexibilität der älteren deutschen Juden. Obwohl sie aber ein Teil der Gemeinschaft von Theresienstadt wurden, haben sie für die junge Elite nicht wirklich existiert. Die Lücke zwischen den Generationen erwies sich im Hinblick auf die soziale Hierarchie als unüberbrückbar.

Überleben war keine Sache des Zufalls. Unter den überlebenden alten Deutschen finden wir viele mit nichtjüdischen Verwandten, doch auch nicht wenige, die als Hausälteste fungierten, also eine Tätigkeit ausübten, mit der keine sonderlichen körperlichen Anstrengungen verbunden waren, gleichwohl bessere Lebensmittelrationen. Auch fiel zwar die überwältigende Mehrheit der älteren deutschen Juden den Strapazen der Transporte oder in Theresienstadt dem Hunger zum Opfer, aber wer überlebte, war immerhin vor den Liquidierungstransporten im Herbst 1944 geschützt.

Die alten deutschen Juden zählten gewiss nicht zur Theresienstädter Jeunesse dorée, doch wenn sie am Leben blieben – und dank der strukturellen Bedingungen, die ich skizziert habe, ist das einigen hundert tatsächlich gelungen –, wurden sie die ersten Chronisten des Ghettos.⁶⁴ Die jüngeren Überlebenden waren zu sehr mit dem Wiederaufbau ihres Lebens beschäftigt, mit dem Abschluss ihrer Bildung und Ausbildung, mit der Gründung von Familien. Die zurückkehrenden alten deutschen Juden fanden ein Vakuum vor, Verwandte und Freunde waren tot, die Heimatstadt zerstört, der Zufluchtsort zunächst oft ein DP-Lager. So drängte es diese alten und zumeist einsamen Menschen, vor ihrem Hinscheiden Zeugnis abzulegen.⁶⁵ In ihren Berichten spiegelt sich ihre Faszination für die Welt von Theresienstadt; manchmal kommt eine Art von Stolz zum Ausdruck, überlebt zu haben, nicht nur beschreibend, sondern auch erklärend. Ihre Zeugnisse bieten einen Reiseführer, eine Enzyklopädie, einen Bericht über ihre Neugier und Aufnahmebereitschaft. Wenn die Geschichte der alten deutschen Juden in Theresienstadt eine Moral hat, so die, dass wir, selbst wenn die gegebenen Strukturen extrem ungünstig sind, wenn wir mehr über Menschen in Extremsituationen wissen wollen, gut auf die vielen Stimmen aus Theresienstadt hören sollten, so unterschiedlich sie sind. Sie können uns zeigen, dass es oft die Underdogs sind, die uns als Erste die Geschichte erzählen.

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

⁶⁴ Zu den Chronisten vgl. Samuel D. Kassow, Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos, Reinbek bei Hamburg 2010.

⁶⁵ Viele der Erinnerungsberichte sind als Briefe an Bekannte oder Verwandte im Ausland verfasst und betonen, wie einsam die Schreibenden sind. Viele der OdF-Anträge aus Berlin bezeugen den Tod des Antragstellers innerhalb von drei Jahren nach der Befreiung.

Silvia Goldbaum Tarabini Fracapane

„Wir erfuhren, was es heißt, hungrig zu sein.“¹

Aspekte des Alltagslebens dänischer Juden in Theresienstadt

„Wäre ich ein Däne, wollte ich singen.

Bin doch ein Deutscher.“

Das summt ein deutscher Insasse von Theresienstadt²

Dänische³ Juden in Theresienstadt nahmen eine vergleichsweise privilegierte Stellung ein. Erstens – und das war am wichtigsten – blieben sie von den Transporten nach Osten ausgenommen; zweitens bekamen viele Dänen im Sommer 1944 bessere Unterkünfte, und nicht zuletzt begannen sie ab Ende Februar 1944 Lebensmittelpakete zu erhalten. Diese Pakete, die hauptsächlich vom dänischen Staat bezahlt wurden, haben gelegentlich fast sagenhafte Dimensionen angenommen, nicht zuletzt auf Grund von Aussagen anderer Häftlinge, die die mit Paketen bedachten Dänen beneideten.⁴ So entstand weithin der Eindruck, die Dänen hätten nicht unter Hunger zu leiden gehabt. Das Bild, das wir aus den Berichten der Dänen selbst gewinnen, sieht jedoch ganz anders aus.

In der Literatur ist, wenn die Dänen erwähnt werden, vornehmlich von ihren Privilegien die Rede, wogegen ihr Alltagsleben in Theresienstadt nicht eingehender behandelt wird. Überdies hat sich die Forschung hauptsächlich mit der Organisation des Paketversands beschäftigt, also – meist auf die Akten dänischer Ministerien gestützt – mit dem Handeln der dänischen Verwaltung.⁵ Im Vergleich zu anderen Insassen des Ghettos waren die Dänen tatsächlich in vieler Hinsicht privilegiert, und ihre Lebensbedingungen können als fast ohne Probleme erscheinen. Hört man den dänischen Überlebenden zu, zeigt sich freilich, dass auch für die Dänen die 18 Monate in Theresienstadt nicht immer so „leicht“ waren, wie es den Häftlingen anderer Nationalität erschienen war.

Nahezu ein Drittel der dänischen Überlebenden hat Zeugnisse über ihr Ghetto-Erlebnis hinterlassen,⁶ doch sind diese Berichte nicht repräsentativ für die Gesamtgruppe, da die ältesten Deportierten in den Quellen nicht in Erscheinung treten. Gleichwohl ermöglichen uns jene Aussagen einen guten Einblick in den Alltag der nach Theresienstadt

¹ Hilde Wallach in einem Brief an ihre Tochter, November 1978. Ich danke Marion Novack, New York, die mir Kopien der Zeugnisse ihrer Eltern zur Verfügung stellte.

² Benzion Epelmann, *Ghetto-dagbog. Fange i Theresienstadt*, Kopenhagen 2005, S. 69.

³ Ich benütze den Begriff „dänisch“ für alle aus Dänemark deportierten Menschen, ungeachtet ihrer tatsächlichen Staatsbürgerschaft.

⁴ Vgl. Ruth Bondy, *Elder of the Jews. Jakob Edelstein of Theresienstadt*, New York 1989, S. 391; George E. Berkley, *Hitler's Gift. The Story of Theresienstadt*, Boston 1993, S. 155.

⁵ Die Forschung zum Hilfswerk behandelt auch den Besuch des Roten Kreuzes, die Befreiung der dänischen Juden und ihren Transport nach Schweden; siehe Jørgen Hæstrup, ... Til landets bedste, Bd. 1–2, Kopenhagen 1966/1971; Leni Yahil, *The Rescue of Danish Jewry. Test of a Democracy*, Philadelphia 1969 (Hebräisch 1966), S. 285–319; Hans Sode-Madsen, *The Perfect Deception. The Danish Jews and Theresienstadt 1940–1945*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 38 (1993), S. 263–290; ders., *Reddet fra Hitlers helvede – Danmark og De Hvide Busser 1941–1945*, Kopenhagen 2005.

⁶ Insgesamt habe ich Zeugnisse von mehr als 135 dänischen Überlebenden ermittelt. Es handelt sich sowohl um frühe wie um spätere Berichte, veröffentlichte und unveröffentlichte, in schriftlicher Form und als Interviews.

verbrachten Dänen. Auf den folgenden Seiten sollen, auf der Basis der diversen Quellen erster Hand, einige Aspekte des Ernährungs- und Hungerproblems untersucht werden, wie es die „wohlhabenden“ Dänen erlebt haben.

Nach einem Blick auf die demografische Zusammensetzung der Transporte aus Dänemark werden die Ansichten der Überlebenden zu Ernährung und Hunger dargestellt, um so ein Bild der dänischen Alltagserfahrung vor und nach dem Eintreffen der Pakete zu vermitteln. Wenn die Lebensmittelpakete die gegebene Gesundheitslage verbesserten, so hatten sie doch auch Wirkungen auf die Beziehungen innerhalb der Gruppe und auf deren Verhältnis zu den anderen Insassen des Ghettos. Ich werde einige Beispiele der gruppeninternen Problematik und des Übergangs von Armut zu Reichtum vorstellen.

Die Demografie der dänischen Transporte

Vor der „Judenaktion“ im Oktober 1943 setzte sich die dänische jüdische Gemeinde aus drei unterschiedlichen Gruppen zusammen: Da waren erstens die alteingesessenen jüdischen Familien, etwa ein Viertel der Juden in Dänemark. Assimiliert und oft zur Oberschicht oder oberen Mittelklasse gehörend, stammten sie von den ersten Juden ab, die sich, zu Beginn des 17. Jahrhunderts, in Dänemark niedergelassen hatten. Die Hälfte der etwa 6500 Juden in Dänemark stellten jedoch die sogenannten „russischen Juden“ und deren Nachkommen. Von 1882 bis 1914 waren sie aus Russland und Osteuropa geflüchtet. Unter der ersten Generation befanden sich viele arme Schneider oder Schuster, doch folgten deren Kinder, in Dänemark geboren, nicht oft der Profession der Eltern, sondern erreichten, nach entsprechender Schulbildung, einen höheren sozialen Status.⁷ Die „Russen“ wurden von den alten dänisch-jüdischen Familien häufig als „zu jüdisch“ angesehen, und bis 1936 waren sie in der Verwaltung der Jüdischen Gemeinde nicht vertreten, obwohl sie die alten jüdischen Familien an Zahl übertrafen.⁸

Die dritte Gruppe, rund ein Viertel aller Juden in Dänemark, umfasste jüdische Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft, die seit 1933 nach Dänemark gelangten. Ein Drittel von ihnen waren Kinder oder junge Männer und Frauen auf Hachscharah,⁹ die in den späteren dreißiger Jahren aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei ohne ihre Eltern nach Dänemark gekommen waren. Sie sollten nach einem Jahr Dänemark verlassen und nach Palästina gehen, doch hat das der Beginn des Zweiten Weltkriegs verhindert.

Im Oktober 1943 gelang es einer Mehrheit der Juden in Dänemark, nach Schweden zu entkommen; sie waren gewarnt worden, dass ihre Deportation unmittelbar bevorstehe.¹⁰

⁷ Morten Thing, *De russiske jøder i København 1882–1943*, Kopenhagen 2008, S. 608.

⁸ Ebenda, S. 517f.

⁹ Hachscharah, hebräisch für Vorbereitung, meint hier die landwirtschaftliche Ausbildung für die Emigration nach Palästina. Zwei Gruppen jüdischer Jugendlicher kamen unter Hachscharah nach Dänemark: mit der Jugendalijah 14–16-Jährige, mit der Hechaluz-Bewegung junge Männer und Frauen, 17-jährig und älter, gemeinsam war ihnen, dass die meisten auf Bauernhöfen lebten, wo sie ohne Lohn arbeiteten; Jørgen Hæstrup, *Dengang i Danmark*, Odense 1982; Lone Rünitz, *Diskret Ophold*, Odense 2010.

¹⁰ Für unterschiedliche Interpretationen der Flucht und Rettung siehe Yabil, *Rescue*; Ulrich Herbert, Best, *Biographische Studien über Radikalismus. Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989*, Bonn 1996; Hans Kirchhoff, „SS-Gruppenführer“ Werner Best and the Action against the Danish Jews – Oktober 1943, in: *Yad Vashem Studies XXIV* (1994), S. 195–222; Tatiana Brustin-Berenstein, *The Historiographic Treatment of the Abortive Attempt to Deport the Danish Jews*, in: *Yad Vashem*

So sind im Rahmen der „Judenaktion“ weniger als 500 Menschen nach Theresienstadt verbracht worden.

Tabelle: Die vier Transporte von Juden aus Dänemark¹¹

1. Transport, 2. Oktober (Ankunft Theresienstadt 5. Oktober), XXV/1	83
2. Transport, 2. Oktober (Ankunft Theresienstadt 6. Oktober), XXV/2	198
3. Transport, 13. Oktober (Ankunft Theresienstadt 14. Oktober), XXV/3	175
4. Transport, 23. November	16
Einschließlich:	
Ankunft Theresienstadt Januar u. April 1944 (XXV/4-4Ez)	10*
Ankunft Theresienstadt v. Berlin Januar u. April 1944 ohne dänische Transport-Nr.	4*
In Sachsenhausen verblieben	1*
Von Sachsenhausen nach Majdanek deportiert	1*
Gesamtzahl der in den vier Transporten Deportierten	472
Zahl der in Theresienstadt Eingetroffenen	470
Zahl der Opfer	
In Theresienstadt umgekommen	51
In Theresienstadt geborene und umgekommene Kinder	2
In anderen Lagern umgekommene Deportierte	2**
Rückkehrer	
Nach Schweden im April 1945	423
Darunter im Ghetto geborene Kinder	3
Angeheiratete nichtdänische Frauen und ein Kind	7
Dänisches Kind aus Deutschland deportiert	1
Ursprünglich aus Dänemark Deportierte, die im April 1945 zurückkehrten	412
Im Januar 1944 zurückgekehrt	5***
Im Mai 1945 zurückgekehrt	2****
Überlebende der ursprünglich aus Dänemark Deportierten	419

* Diese Frauen, Kinder und Männer wurden zunächst nach Ravensbrück bzw. Sachsenhausen verbracht.

** Ein Mann, der im Dezember 1943 von Sachsenhausen nach Majdanek kam, und ein Mann, der im März 1944 von Theresienstadt nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurde.

*** Fünf Personen wurden im Januar 1944 nach Dänemark zurückgeschickt.

**** Der Mann vom Transport 4, der in Sachsenhausen verblieben war, und ein Häftling aus Theresienstadt, der in der Kleinen Festung einsaß und daher bei der Befreiung der Dänen nicht anwesend war.

Die dänische Gruppe in Theresienstadt zählte 470 Personen, von denen 466 eine dänische Transportnummer hatten.¹² Ihre Zusammensetzung spiegelte die Vielfältigkeit wider, welche die jüdische Gemeinde im Dänemark der frühen vierziger Jahre aufwies, zu der ja

Studies XXVII (1986), S. 101-218; Gunnar S. Paulsson, The ‚Bridge over the Øresund‘. The Historiography on the Expulsion of the Jews from Nazi-Occupied Denmark, in: Journal of Contemporary History 30 (1995), No. 3, S. 431-464, siehe auch S. 465-479 für Kirchhoffs Antwort „Denmark. A Light in the Darkness of the Holocaust? A Reply to Gunnar S. Paulsson“; Vilhjálmur Örn Villjálmsson, „Ich weiß, was ich zu tun habe“, in: RAMBAM Nr. 15 (2006), S. 72-93.

¹¹ Silvia G. T. Fracapane, Myter og misforståelser om deportationerne til Theresienstadt, in: RAMBAM Nr. 17 (2008), S. 56-65.

¹² Vier Männer von Transport XXV/4 kamen von Sachsenhausen nach Theresienstadt, mit Berliner Transportnummern.

Schuster ebenso gehörten wie Juristen, Näherinnen oder Ärzte.¹³ Der jüngste Deportierte war 6 Monate alt, der älteste 89 Jahre, den 249 Männern standen 221 Frauen gegenüber. Unter den Deportierten befanden sich viele Familien mit Kindern, in ihrer Mehrheit „russische Juden“. Die alten dänisch-jüdischen Familien waren nur mit einigen wenigen Familien vertreten. Sie stellten allerdings die Mehrheit der älteren Deportierten, manche zusammen mit erwachsenen Söhnen und Töchtern.

Annähernd 70 Prozent der Deportierten besaßen die dänische Staatsbürgerschaft, weitere 10 Prozent hatten seit mehr als 20 Jahren in Dänemark gelebt, ohne je die Staatsbürgerschaft beantragt zu haben, und die restlichen 20 Prozent waren Flüchtlinge, die in den dreißiger Jahren Schutz in Dänemark gesucht hatten. In der letzten Gruppe waren die jungen Leute auf Hachscharah überrepräsentiert; stellten sie in Dänemark ein Drittel der jüdischen Flüchtlinge, machten sie hingegen in der Gruppe der Flüchtlinge unter den Deportierten ganze 70 Prozent aus.¹⁴

106 Jungen und Mädchen waren zum Zeitpunkt der Deportation noch keine 20 Jahre alt, sie machten also fast ein Viertel der Deportierten aus, darunter 41 von der Jugendalijah, und auch die Zahl derer, die 65 Jahre und älter waren, nämlich 75 Männer und Frauen, muss als relativ hoch gelten.

Von den 51 erwachsenen Dänen, die in Theresienstadt umkamen, starben 39 in den ersten sechs Monaten, vor dem Eintreffen der ersten Lebensmittelpakete. Einige waren schon bei ihrer Festnahme ernstlich krank und starben schon bald nach der Ankunft im Ghetto. Den Berichten zufolge gab es mindestens zwei Selbstmorde.¹⁵ Die meisten Dänen, die im Ghetto verstarben, gehörten zu den ältesten der Gruppe, 34 von ihnen waren 65 Jahre und älter; sie arbeiteten nicht und erhielten daher kleinere Lebensmittelrationen.

Die Privilegien der Dänen in Theresienstadt

Anfang November 1943, einen Monat nachdem die ersten Transporte aus Dänemark in Theresienstadt angekommen waren, kam Adolf Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt nach Kopenhagen und handelte mit Werner Best, dem Reichsbevollmächtigten für Dänemark, eine Abmachung aus, die aus drei Punkten bestand:

¹³ Es wird oft behauptet, die Mehrheit der Deportierten seien ausländische Juden gewesen, während es den alten dänischen Familien gelungen sei, nach Schweden zu entkommen, siehe Hans Kirchhoff, *A Light in the Darkness of the Holocaust?*, S. 467; Hans Sode-Madsen (Hrsg.), *I Hitler-Tysklands Skygge – dramaet om de danske jøder*, Kopenhagen 2003, S. 235. Eine demografische Studie aus dem Jahre 1945 über die dänischen Juden in Schweden und Theresienstadt zeigt jedoch, dass 8,3 Prozent der alten dänischen Familien deportiert wurden, 6,8 Prozent der „russischen“ Juden und 7,7 Prozent der Flüchtlinge, Julius Margolinsky, *Statistiske Undersøgelser over Fordelingen paa Alder og Køn m. m. blandt Flygtninge fra Danmark i Sverige*, Stockholm 1945. Dies wird gestützt von einer Untersuchung der Transportlisten (vollständige Listen der vier dänischen Transporte befinden sich in den Yad Vashem Archives Jerusalem: YVA, O64/275).

¹⁴ Sie zählten 28 Chaluzim plus drei in Dänemark geborene Kinder und 43 Mitglieder der Jugendalijah. Die Gruppe der Jugendalijah war 1943 in Dänemark 184 Personen stark. Da sie vor den Razzien im Oktober 1943 nicht gewarnt wurden, waren sie in Theresienstadt überrepräsentiert.

¹⁵ Zeugnis von Rudolf Nathansohn, YVA, O27/20; Interview von Silvia G. T. Fracapane (im Folgenden: SGTf) mit Johan Grün, 30. 5. 2007. Im Protokoll, das Dr. Friediger in Theresienstadt führte, ist noch eine dritte Person genannt, die Selbstmord begangen habe, versehen mit einem Fragezeichen. Ich möchte Hanka Friediger danken, die mir eine Kopie des Protokolls zur Verfügung stellte.

- „1. Juden über 60 Jahre sollen nicht mehr festgenommen und deportiert werden.
2. Halbjuden und Juden in Mischehe, die festgenommen und deportiert sind, sollen freigelassen und nach Dänemark zurückgebracht werden.
3. Sämtliche aus Dänemark deportierten Juden sollen in Theresienstadt bleiben und dort in absehbarer Zeit von Vertretern der dänischen Zentralverwaltung und des Dänischen Roten Kreuzes besucht werden.“¹⁶

Dieser Besuch, so wurde zusätzlich vereinbart, sei aber nicht vor Frühjahr 1944 erwünscht; auch sollten die dänischen Deportierten zwar mit Personen im Heimatland korrespondieren, jedoch vorerst keine Lebensmittelpakete empfangen dürfen.

Indes gingen die ersten Pakete, obwohl noch keine offizielle Erlaubnis vorlag, bereits am 21. Februar mit der Post aus Kopenhagen ab und trafen Ende des Monats im Ghetto ein.¹⁷ Die Aktion war das Werk einer privaten Organisation, die Dr. Richard Ege und seine Frau Vibeke ins Leben gerufen hatten; zu ihr gehörten Hans Fuglsang-Damgaard, Bischof von Kopenhagen, Professor P. Brandt-Rehberg, Pfarrer Fritz Lerche und Ruth Bredsdorff. Das Geld für die Pakete kam vom Sozialministerium und von privaten Spendern.¹⁸

Nachdem Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, begleitet von einem Repräsentanten des Dänischen Roten Kreuzes und einem Beamten der Dänischen Zentralverwaltung, am 23. Juni 1944 das Ghetto besucht hatten, wurden die Paketsendungen schließlich offiziell zugelassen und nun vom Dänischen Roten Kreuz organisiert.

Bei den frühen Sendungen ergab sich ein großes Problem daraus, dass die dänische Verwaltung von den deutschen Stellen keine Liste der Deportierten erhalten hatte; bei der Antwort auf die Frage, wer denn eigentlich deportiert worden war, sah sie sich vor allem auf Postkarten angewiesen, die Häftlinge gleich nach ihrer Ankunft in Theresienstadt nach Dänemark schickten, ferner auf Mitteilungen nichtjüdischer Familienmitglieder oder Kollegen, die das Außenministerium davon verständigten, dass bestimmte Personen festgenommen worden waren.¹⁹

Einige Tage vor dem Besuch des Internationalen Roten Kreuzes erhielten etliche dänische Juden bessere Unterkünfte; sie wurden aus den Kasernen und den Westbaracken – wo damals viele Frauen untergebracht waren – in vier Häuser verlegt, die sich in der Seestraße 22, der Rathausgasse 1 und 3 und in der Langestraße 7 befanden.²⁰ Die neuen Bewohner dieser Häuser waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle dänische Staatsbürger, und die meisten der rund 50 Personen, die in die Seestraße 22 kamen, gehörten zur Gruppe der alten dänisch-jüdischen Familien. In der Seestraße wohnten neben den Dänen auch die sogenannten Prominenten.

Die Privilegien der dänischen Juden in Theresienstadt – am wichtigsten die Verschönerung von den Transporten nach Auschwitz und der Empfang von Lebensmittelpaketen –

¹⁶ Telegramm 1353 von Dr. Best, 3. 11. 1943, dazu die Antwort vom 5. 11.; The Danish National Archives in Kopenhagen (DNA), Collection Auswärtiges Amt, Inland II geheime Judenmaßnahmen, Box 226; siehe auch Arthur Arnheim, *Hvorfor slap danskerne i Theresienstadt for at blive transporteret „østpå“?*, in: RAMBAM Nr. 12 (2003), S. 126–129.

¹⁷ Sode-Madsen, *Hitler-Tysklands Skygge*, S. 244; SGTf-Interview mit Eggi Lewysohn, 13. 7. 2008. Eggi erhielt sein erstes Paket am 29. 2. 1944, woran er sich wegen des speziellen Datums im Schaltjahr erinnerte.

¹⁸ Sode-Madsen, *The Perfect Deception*, S. 279; Richard Ege, *Pakker til Theresienstadt*, in: *Jødisk Samfund*, Bd. 22, Nr. 1, 1948, S. 11.

¹⁹ Siehe DNA, Akte UM120D43/3.

²⁰ Max Friediger, *Theresienstadt, Kopenhagen 1946*, S. 105, 111 und 113.

bedeuteten das Überleben für 89 Prozent der aus Dänemark Deportierten.²¹ Am 15. April 1945 nahmen schließlich Rotkreuzbusse einer dänisch-schwedischen Rettungsaktion die dänische Gruppe auf und brachten sie nach Schweden.

Ernährung im Ghetto

Bei ihrer Ankunft in Theresienstadt waren die Dänen wohlgenährt, erst recht im Vergleich zu anderen Insassen, die bereits in ihren Herkunftsländern durch die zahlreichen antijüdischen Gesetze und Verordnungen unter Lebensmittelmangel gelitten hatten. In Dänemark waren manche Nahrungsmittel rationiert, weshalb sich Essgewohnheiten ändern mussten, doch brauchte niemand zu hungern, und Juden erhielten die gleichen Rationen wie die anderen Bewohner des Landes. Die Butterzuteilungen gehörten zu den größten in Europa,²² und Eier, Käse, Milch und Fleisch waren überhaupt nicht rationiert.

Als die Dänen im Ghetto ankamen, waren sie arm, da sie in fast allen Fällen nur wenige Minuten Zeit zum Packen gehabt hatten oder bei Fluchtversuchen festgenommen worden waren. Zu Beginn ihres Lebens im Ghetto beneideten folglich die Dänen die tschechischen Insassen, die Lebensmittelpakete empfangen durften, deshalb mehr zu essen hatten und Tauschgeschäfte machen konnten²³.

Lebensmittel wurden nach unterschiedlichen Kategorien verteilt: Wer nicht arbeitete, erhielt weniger als die Arbeiter, und Schwerarbeiter – die körperlich harte Tätigkeiten ausübten – bekamen noch Sonderrationen. Auch wer mit Lebensmitteln umzugehen hatte (also Köche, Bäcker und Transporteure von Mehl und Kartoffeln), kam in den Genuss von Zusatzrationen, ebenso Angehörige des Ältestenrats.²⁴ Die Tagesration für einen arbeitenden Häftling bestand aus knapp einem Liter Flüssigkeit – Ersatzkaffee und Suppe –, dazu zwei bis vier oft schwarze oder verfaulte Kartoffeln, etwa 350 Gramm, und von Zeit zu Zeit ein bisschen Knorpelfleisch. Gab es manchmal keine Kartoffeln, wurden statt dessen Knödel oder Graupen ausgegeben.²⁵ Der „Normalarbeiter“ erhielt neben den zweitäglichen „Mahlzeiten“ auch alle drei Tage ein Kilo Brot und 70 bis 100 Gramm Zucker; Arbeiter erhielten außerdem einmal in der Woche etwa 40 bis 60 Gramm Margarine, je nach Arbeitsgruppe.²⁶

²¹ Trotz des Schutzes wurde ein Mann am 20. 3. 1944 nach Auschwitz deportiert.

²² Mit 315 Gramm pro Woche waren die Rationen 1942 um 50 Prozent höher als die Butterrationen der Deutschen. Niederländische Rationen beliefen sich auf 145 Gramm pro Woche, norwegische auf 210 Gramm. Vgl. Joachim Lund, *Hitlers spisekammer – Danmark og den europæiske nyordning 1940–1943*, Kopenhagen 2005, S. 293.

²³ Klara Ruben, *Danske børn i Theresienstadt – specialopgave, Frøbelseminaret 1948–50*, unveröffentlicht, S. 11. Ich danke Klara Tixell für ihre Kopie des Essays. Die Tschechen durften jedoch nur ein paar Pakete pro Jahr empfangen. Zu den Richtlinien über den Paketempfang vgl. František Beneš/Patricia Tošnerová, *Pošta v ghettu Terezín = Die Post im Ghetto Theresienstadt = Mail Service in the Ghetto Terezín*, Praha 1996.

²⁴ H. G. Adler, *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Göttingen 2005 (Original 1955), S. 347.

²⁵ Eva Roubickova, *We're Alive and Life Goes on. A Theresienstadt Diary*, New York 1998, S. 134.

²⁶ Diese Mengenangaben bei Adler, *Theresienstadt*, S. 354–356; es handelt sich um die festgesetzten Mengen, die tatsächlich ausgegebenen Portionen waren oft geringer, da es in den Küchen zu Diebstählen kam. Vgl. auch Friediger, *Theresienstadt*, S. 59, und andere frühe dänische Zeugnisse wie das Interview mit Johan Grün, in: *Theresienstadts Karakter af Internat blev bevaret*, in: *Jyllands-Posten*, 15. 7. 1945; To unge Jøder fortæller om Theresienstadt-Lejren, in: *Morsø Folkeblad*, 11. 7. 1945.

Diese eintönige Ernährung war ohne Vitamine und nicht nahrhaft. Es fehlten Fette, Protein, Obst, Gemüse und Milchprodukte, weshalb viele Häftlinge unter diversen Mangelkrankheiten litten.²⁷

In den dänischen Zeugnissen ist immer wieder von Hunger und elenden Lebensbedingungen die Rede. Welche Rolle die Nahrung spielte, ist zum Beispiel aus einem Tagebuch zu ersehen, dessen Verfasser vom 28. Dezember 1943 bis zum 14. April 1945 nahezu täglich notierte, was er zu essen bekam.²⁸ Das ist natürlich weder eine Besonderheit der dänischen Häftlinge noch des Ghettos Theresienstadt, aber wenn man sich vor Augen hält, dass die Dänen allgemein als „wohlhabend“ gelten, ist ihr Fokus auf die Ernährung, auch seitdem die Pakete anzukommen begannen, nicht nur notierend, sondern vermittelt auch eine Vorstellung von den Lebensbedingungen weniger privilegierter Häftlinge.

Oktober 1943 – Februar 1944

Die Mehrheit der Dänen wurde bald nach ihrer Ankunft in den Dachböden der Hannover-Kaserne (Männer) und der Hamburger- bzw. Dresdner Kaserne (Frauen und Kinder) untergebracht.²⁹ Einige Dänen erhielten den Status von „Prominenten“, was dann auch die Familienangehörigen einschloss; alles in allem handelte es sich um 13 Personen. Anfang Sommer 1944 erreichten noch zwei weitere Dänen diesen Status.³⁰ Prominente hatten das Recht, nicht zu arbeiten, wovon aber etliche keinen Gebrauch machten.³¹ Zwar bekamen sie nicht – wie weithin geglaubt – mehr Lebensmittel als andere Häftlinge, hatten aber Anspruch auf besseren Wohnraum und lebten mit ihren Familien in kleinen Zimmern, anfänglich in der Berggasse 4, später dann in der Seestraße 22 und 28; meist waren sie Angehörige der alten dänischjüdischen Familien, nur einer kam aus der Gruppe der „Russen“.

Bei ihrer Ankunft in Theresienstadt mussten die Dänen, noch ehe man ihnen ihre Habe wegnahm, Postkarten an Freunde oder an die Familie in Dänemark schreiben. Die ersten Karten tragen das Datum „5. Oktober“, der Tag, an dem der Transport XXV/1 eintraf. Ein junges Mädchen von der Jugendalijah fragte ihre Pflegeeltern in Dänemark: „Könnt Ihr mir mal etwas Lebensmittel senden?“³² Die meisten Ankömmlinge hatten jedoch Angst vor der Zensur und erfanden daher, wenn sie um Lebensmittel baten, irgendeinen Code. So schrieb ein junger Mann, ebenfalls von der Jugendalijah, am 29. Novem-

²⁷ Alfred Wolff-Eisner, *Über Mangelkrankungen auf Grund von Beobachtungen im Konzentrationslager Theresienstadt*, Würzburg 1947.

²⁸ Tagebuch von Salomon Katz, Privatsammlung. Ich danke Birgit Krasnik Fischermann für die Einsicht in das Tagebuch.

²⁹ Die Menschen vom Transport XXV/2 und XXV/3 kamen zuerst in die Westbaracke, wo sie für eine Woche bzw. einige Tage isoliert blieben.

³⁰ Ruth Bondy, *Prominent auf Widerruf*, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente 1995*, S. 136–154; Anna Hyndráková/Helene Krejčová/Jana Svobodová, *Prominenti v ghettu Theresienstadt 1942–1945*, Praha 1996; Axel Feuß, *Das Theresienstadt-Konvolut*, Hamburg/München 2002.

³¹ Adler, *Theresienstadt*, S. 311; Bondy, *Prominent*, S. 147; dazu mehrere Gespräche mit Ellen Oppenheim, eine dänische Prominente, die verschiedene Arbeitsstellen hatte; SGTf-Interview mit Hanka Friediger, 25. 6. 2009.

³² Hæstrup, *Dengang i Danmark*, S. 249.

ber 1943: „Grüsst Onkel Mads, ich sehne mich sehr nach ihm.“³³ Mads ist ein dänischer Männername – mad hingegen bedeutet Essen.

Dass die Ghetto-Nahrung einen Mangel an Kalorien aufwies, führte zu sofortigen Gewichtsverlusten. Nach acht Wochen in Theresienstadt notierte eine 33 Jahre alte Frau am 28. November 1943 in ihren Aufzeichnungen: „Wurde heute gewogen – 51,90 kg, habe also seit dem 1. Oktober 14 Pfund verloren.“³⁴ In acht Wochen 7 Kilogramm. Ein 40 Jahre alter Anwalt, der sich in Dänemark guter Gesundheit erfreut hatte, wurde zu Arbeiten beim Straßenbau eingeteilt und verlor, seiner Frau zufolge, in den fünf Monaten vor seinem Tod im März 1944 rund 40 Kilogramm.³⁵ Ein ebenfalls 40 Jahre alter Schneider hielt am 15. November 1943 in seinem Tagebuch fest, dass er seit Anfang Oktober um mindestens 8 Kilogramm leichter geworden sei.³⁶ In Aussagen, die sie 1945 nach ihrer Ankunft in Schweden machten, bezeugten zwei Männer, beide 58 Jahre alt, dass sie vor der Ankunft der Pakete 32 bzw. 23 Kilogramm verloren hatten, und ein junger Mann erwähnte einen Gewichtsverlust von 12 Kilogramm während seiner Zeit im Ghetto.³⁷ Im Vergleich zu anderen Insassen Theresienstadts fiel der Gewichtsverlust der Dänen noch relativ niedrig aus,³⁸ was den Paketen zu verdanken war.

Im Gegensatz zu den Männern nahmen viele Frauen in Theresienstadt zu. Eine Dänin, 1943 siebzehn Jahre alt, wog am Ende ihrer 18 Monate Haft 5 Kilogramm mehr.³⁹ Sowohl Überlebende wie Historiker haben dieses Phänomen als das Resultat von Amenorrhö erklärt.⁴⁰ Dr. František Bass, ein tschechischer Häftling und Gynäkologe, zeigte jedoch, dass die Gewichtszunahme keineswegs nur bei nicht-menstruierenden Frauen eintrat (25 Prozent), sondern sehr wohl auch bei Frauen, die nach ihrem Eintreffen in Theresienstadt weiter menstruierten (16 Prozent).⁴¹

³³ Postkarte an Jørgen Buch von Herbert Kain, Privatsammlung. Ich danke Birthe Kain für die Erlaubnis, die Ghetto-Dokumente ihres verstorbenen Mannes zu benutzen.

³⁴ Selfa Diamant, Taschentagebuch, unveröffentlicht, Privatsammlung. Am 21.12.1943 notierte Selfa: „Wurde heute gewogen, 51,70 kg, verlor 200 gr.“ Ich danke Jørgen Ehlers für die Erlaubnis, die Papiere seiner Mutter zu kopieren.

³⁵ Magna Metz, Beretning, 1946, Archiv des Museums des dänischen Widerstandskampfes in Kopenhagen (AMDW), Akte Nr. 10485-1.

³⁶ Tagebuch von Salomon Katz, S. 13, Privatsammlung.

³⁷ Vom World Jewish Congress, Stockholm 1945, gesammelte Zeugnisse, siehe Zeugnisse von I. Marcouse, Rudolf Nathansohn und Karl Feuerstein, YVA, O27/20.

³⁸ Siehe den Artikel von Anna Hájková in diesem Band.

³⁹ Ellen Oppenheim an die Autorin, 26.2.2010. Die Gewichtszunahme ist auch im Tagebuch ihres Bruders, Ralph Oppenheim, erwähnt, Eintrag vom 24.9.1944, Dänisches Jüdisches Museum in Kopenhagen (DJM), JDK 207A35/7.

⁴⁰ Ebenda; Otto Schwarzbart, Var alt forgæves? Theresienstadt, som det var, unveröffentlichtes Manuskript, 1945-1948 (Datierung unsicher), S. 93. Ich danke Otto Schwarzbart für die Überlassung einer Kopie seines Manuskripts.

⁴¹ František Bass, L'amenorrhée au camp de concentration de Terezin (Theresienstadt), S. 216, in: *Gynaecologia*, April 1947, Nr. 123, S. 211-219. In Theresienstadt beantworteten 800 Frauen einen Fragebogen zum Gesundheitszustand, vor allem zu ihrer Menstruation und anderen gynäkologischen Aspekten; manche Frauen nahmen um bis zu 15 kg zu. H. G. Adler (Theresienstadt, S. 524) erwähnt dies, auch wenn er sich zugleich auf Bass bezieht: „Die Frauen wurden während Amenorrhoe oft rundlich und gewannen ein blühendes Aussehen.“ Siehe auch Eli Lesklýs Zeichnung, Prisoners' disease, in: Vladimir Melamed (Hrsg.), *They Shall Be Counted: The Theresienstadt Ghetto Art of Erich Lichtblau-Lesklý*, Los Angeles: Los Angeles Museum of the Holocaust, 2010, S. 152.

Hungrige Kinder

Nicht nur Erwachsene litten unter den schmalen Lebensmittelrationen. Obwohl Eltern alles in ihren Kräften Stehende taten, um für ihre Kinder zu sorgen, spürten diese doch auch das Fehlen einer ausreichenden Ernährung. 1946 hat Sulamith Choleva beschrieben, wie die Kinder, die zu Hause noch gut genährt waren, schon im ersten Winter „abmagerten und blasse Wangen bekamen. Sie fingen eine Krankheit nach der anderen ein: Keuchhusten, Scharlach, Gelbsucht und Eiterflechte“.⁴²

Choleva, eine angehende Lehrerin, hatte sich mit einer Kollegin von der Jüdischen Mädchenschule in Kopenhagen zusammengetan und eine „Schulgruppe“ für dänische Kinder ins Leben gerufen. In ihrem Artikel erzählt sie auch, dass die ältesten Kinder, 11 bis 14 Jahre alt, die „Schule“ nach kurzer Zeit wieder verließen und arbeiteten, dadurch ein kleines Zubrot verdienen konnten. Anfang 1944 waren viele Kinder krank, als aber die Lebensmittelpakete einzutreffen begannen, verbesserte sich ihr Zustand etwas.⁴³

Die Zeugnisse von Kindern, die zu jung waren, um sich durch Arbeit Zulagen zu verschaffen, enthalten oft schmerzliche Erinnerungen daran, dass sie anderen Lebensmittel wegnahmen oder nicht mit ihnen teilten. Die neun Jahre alte Conny Cholewa hatte in der Kriechlingsküche, in der das Essen für die jüngsten Kinder zubereitet wurde, die Rationen für ihre jüngere Schwester zu holen. Jahre später hat sie sich noch immer geschämt, weil sie damals als Kind der Versuchung nicht widerstanden und auf dem Rückweg von der Küche einen Teil der Portion ihrer Schwester gegessen hatte.⁴⁴ In den Memoiren der überlebenden Kinder ist häufig von Hunger die Rede und von der Suche nach Gelegenheiten, die Zuteilungen etwas aufzubessern; Geburtstage blieben im Gedächtnis, weil es da als Geschenk etwas zu essen gab, das nicht mit anderen geteilt werden musste, zum Beispiel ein bisschen Zucker oder ein Biskuit.⁴⁵

Manchmal schildern überlebende Kinder das Verhalten ihrer Eltern, die unter den gegebenen Verhältnissen große Schwierigkeiten hatten, für ihre Kinder zu sorgen.⁴⁶ Der Schmerz, der mit der Unfähigkeit verbunden war, Bitten der Kinder um etwas zu essen zu erfüllen, findet auch in den wenigen Zeugnissen Ausdruck, die wir von Eltern junger Kinder besitzen. Eine Mutter von zwei Kindern beschrieb die Situation ihrer Familie:

„[...] die Kinder baten immer um mehr Brot. Gewöhnlich brachten wir sie früh zu Bett, da wir ihnen nichts geben konnten. Wenn sie schliefen, spürten sie den Hunger nicht so arg. Aber dann wachten sie mitten in der Nacht auf und weinten um etwas zu

⁴² Sulamith Coleva, *Dansk Skoleundervisning i Theresienstadt*, in: Inger Merete Nordentoft/Aage Svendstorp, *Og Hverdagen skiftede – Skolen i de onde Aar*, Kopenhagen 1946, S.137-147, hier S.141.

⁴³ Choleva, *Dansk Skoleundervisning i Theresienstadt*, S.144; Friediger, *Theresienstadt*, S.75f.

⁴⁴ Gitte Juhl, *Breve til Yoanna*, unveröffentlicht, 2005. Ich danke Jeppe Juhl für eine Kopie. Jakob Andersen, *Det store bedragi kz-lejren*, in: *Ekstra Bladet*, 5.3.1979, S.11; SGTF-Interview mit Dina Donde, 3.6.2007.

⁴⁵ SGTF-Interview mit Birgit Krasnik Fischermann, 1.11.2007; Robert Fischermann, 7.7.2008; SGTF-Interview mit Dina Donde; Gyda Weinstein, *Interview 01999*, Visual History Archive, USC Shoah Foundation Institute, 1995; Birgit Fischermann, *Et barn på 5 år blev deporteret*, in: *Pigtraad-Gestapofangen*, Oktober 1983, S.111; Marcus Choleva, *Dreng i Theresienstadt*, in: *Jødisk Orientering*, Bd.64, Nr.9, Oktober 1993, S.40-42.

⁴⁶ Gyda Weinstein, *Interview 01999*, Visual History Archive, USC Shoah Foundation Institute, 1995; SGTF-Interview mit Rachel Berkowitz, 28.6.2010.

essen. Wir waren immer glücklich, wenn sie bis tief in den Vormittag schliefen, so dass wir sie nicht zu füttern brauchten.“⁴⁷

Obwohl 10 Prozent der dänischen Deportierten Kinder waren, gibt es nur wenige solcher Berichte über die Lage der Eltern unter den Lebensbedingungen des Ghettos.⁴⁸

Schleusen

„Rahm hat den Ausdruck ‚schleusen‘ verboten. Von jetzt an heißt das ‚stehlen‘.“
(Ralph Oppenheim, 17. 3. 1944⁴⁹)

In vielen Zeugnissen und Memoiren taucht der Begriff „schleusen“ auf. Schleusen gehörte für Kinder wie Erwachsene bald zum Theresienstädter Alltag. Das Wort hatte die gleiche Bedeutung wie in den Konzentrationslagern der Ausdruck „organisieren“. Wie andere Insassen des Ghettos auch schleusten die Dänen Lebensmittel, wenn sie eine Chance dazu hatten, und in manchen Zeugnissen wird dies unter moralischen Gesichtspunkten erwähnt und als Sorge von Auswirkungen auf das Leben nach der Zeit im Ghetto geäußert.⁵⁰ Für die Insassen des Ghettos bestand jedoch ein großer Unterschied zwischen schleusen und stehlen. Geschleust wurden alle möglichen Sachen und Lebensmittel vor ihrer Verteilung, stehlen nannte man es, wenn man einem Leidensgenossen etwas wegnahm. In den Augen der meisten Insassen des Ghettos war „Kameradschaftsdiebstahl“⁵¹ ein Verbrechen, während jedermann schleuste, um zu überleben, auch wenn es strafbar war und die Strafen hart ausfallen konnten.

Bertold Boldes war der erste dänische Deportierte, der vom Ghetto-Gericht verurteilt wurde; im Januar 1944 erhielt er fünf Tage Haft.⁵² Zwei junge Männer, Mænni Ruben und Herbert Kain, standen im Februar vor Gericht, beide weil sie eine ihnen nicht mehr gültige „Zusatzkarte“ zu benutzen versucht hatten; Kain bekam fünf Tage Haft, Ruben zehn Tage.⁵³

Alex Eisenberg erhielt im Februar 1944 eine Haftstrafe von drei Monaten, weil er, zusammen mit zwei deutschen Häftlingen, 70 Kilogramm Kartoffeln „geschleust“ hatte.⁵⁴

⁴⁷ Beretning fra Theresienstadt, 1946, S. 9, DJM, JDK 207X1.

⁴⁸ SGTF-Interview mit Sonja Katz, 23. 6. 2009; SGTF-Interview mit Karen Katznelson, 4. 6. 2007; Ber Nachman Kasinsky, Interview 26133, Visual History Archive, USC Shoah Foundation Institute, 1997; Magna Metz, 1946, AMDW.

⁴⁹ Ralph Oppenheim, unveröffentlichtes Tagebuch, DJM, JDK 207A35/7.

⁵⁰ Epelmann, Ghetto-dagbog, S. 62f.; Ruben, Danske børn 1948–50, S. 37; Mélanie Oppenheim, Theresienstadt – Survival in Hell, London 2001, S. 77.

⁵¹ Leo Säbel an die Verfasserin, 1. 3. 2010; siehe auch Friediger, Theresienstadt, S. 69; Adler, Theresienstadt, S. XLII und L; Epelmann, Ghetto-dagbog, S. 25 und 62–66.

⁵² SGTF-Interview mit Bertold Boldes, 28. 11. 2007; Tagesbefehl Nr. 403, 22. 1. 1944, Archiv Židovského muzea Prahy (Archiv des Jüdischen Museums in Prag/AŽMP), Inv. T 144; Bertold Boldes Zeugnis, 1945, YVA, O27/20. Der Tagesbefehl gibt keinen Grund für das Urteil, und in diesem Fall besteht auch eine Diskrepanz zwischen dem frühen und dem späteren Zeugnis. Als ich Bertold Boldes im Jahre 2007 interviewte, sagte er mir, er sei festgenommen worden, weil er versucht habe, seine Essenskarte mit einer auf der Straße gefundenen abgerissenen Nummer ein zweites Mal zu benutzen. 1945 hatte er ausgesagt, man habe ihn verhaftet, weil er ein paar Kartoffeln geschleust habe.

⁵³ Tagesbefehl Nr. 413, 22. 2. 1944, und Tagesbefehl Nr. 415, 28. 2. 1944, AŽMP, beide Inv. T 144. Siehe auch Klara Tixell, Sult, in: Jacques Blum u. a., „Jødeaktioner“ i Danmark oktober ’43, Kopenhagen 2010, S. 79.

⁵⁴ Tagesbefehl Nr. 416, 29. 2. 1944, AŽMP, Inv. T 144. Es ist bemerkenswert, dass Alex Eisenberg dies in keinem seiner Zeugnisse erwähnt, siehe Alex Eisenberg, Løbet, Fredensborg 1955, und Theresien-

Auch nach dem Eintreffen von Lebensmittelpaketen wurden Dänen bei dem Versuch er-
tappt, sich zusätzlich Nahrungsmittel zu verschaffen. Im Dezember 1944 wurde Eggi Lewy-
sohn zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, weil er von seiner Arbeitsstätte etwas Obst hatte
mitgehen lassen.⁵⁵

Von den zehn Dänen,⁵⁶ die wegen „Schleusens“ bestraft wurden, kam nur einer mit einer
Geldstrafe plus Ermahnung davon, alle anderen mussten ins Gefängnis. Die Geldbuße muss-
te ein Däne zahlen, der 100 Gramm Spinat von der „Landwirtschaft“ ins Ghetto zu schmug-
geln versucht hatte.⁵⁷ Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, dass in diesem Falle die Strafe so
milde ausfiel, weil der Vater des Verurteilten der dänische Rabbiner war, der die Dänen im
Ältestenrat vertrat. Einige Tage zuvor waren drei deutsche oder tschechische Männer zu drei
Tagen Haft verurteilt worden, weil jeder 200 Gramm Spinat geschmuggelt hatte.⁵⁸

Schlimmer als eine Gefängnisstrafe war allerdings der Verlust einer guten Stellung. Eine
Frau hat geschildert, was es für ihren Mann bedeutete, seinen Job als Bügler zu verlieren,
nachdem er von seiner Arbeitsstelle Stoff gestohlen hat, aus dem er Mützen herstellen soll-
te, um sie gegen Brot zu tauschen. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und verlor
seinen Posten: „Als mein Mann nach den drei Wochen herauskam, wurde er zu schwerer
Arbeit eingeteilt. Er musste als Müllmann und beim Straßenbau arbeiten. Er konnte das
nicht lange aushalten, weil er kein richtiges Essen bekam.“⁵⁹ Wie schon erwähnt, blieben
die Dänen von den Transporten nach Auschwitz verschont, auch diejenigen, die Haftstrafen
erhalten hatten; wer ansonsten ins Gefängnis musste, riskierte die Deportation.⁶⁰ Die
härteste Strafe, die einem Dänen auferlegt wurde, war die Verbringung in die „Kleine Fest-
tung“, das dem Ghetto benachbarte Gestapo-Gefängnis. Das traf Herbert Kain, einen jun-
gen Mann von der Jugendalijah, der am 14. Januar 1945 im Zuge der sogenannten Zigaret-
ten-Affäre verhaftet wurde.⁶¹ Ab 22. März 1945 saß er in einer der engen Zellen der Klei-
nen Festung, wo ihn dann am 8. Mai 1945 sowjetische Soldaten befreiten.

stadt Elegi, Aarhus 1993. Es wird aber von einem seiner Freunde von der Jugendalijah bestätigt, vgl.
mehrere Gespräche mit Leo Säbel.

⁵⁵ Mitteilungen der Jüdischen Selbstverwaltung, Nr. 56, 27.12.1944, AŽMP, Inv. T 145; SGTf-Inter-
view mit Eggi Lewysohn.

⁵⁶ Diese Zahl beruht auf Erwähnungen in Tagesbefehlen, Mitteilungen und Zeugnissen von 1945
und 1946.

⁵⁷ Tagesbefehl Nr. 422, 13.3.1944, AŽMP, Inv. T 144.

⁵⁸ Adler, Theresienstadt, S. 488. Siehe auch Tagesbefehl 421, in: Anna Hyndráková u. a. (Hrsg.), *Denní
rozkazy Rady starších a Sdělení židovské samosprávy Terezín 1941–1945*. Regesta, Praha 2003, S. 417.

⁵⁹ Beretning fra Theresienstadt, 1946, S. 9f., DJM, JDK 207X1. Siehe auch Mitteilungen der Jüdi-
schen Selbstverwaltung, Nr. 38, 28.8.1944, AŽMP, Inv. T 145, wonach seine Strafe vier Wochen Ge-
fängnis betrug.

⁶⁰ Benjamin Murmelstein, *Terezín – il ghetto-modello di Eichmann*, Bologna 1961, S. 175.

⁶¹ Es gibt verschiedene Versionen, warum er auf die Kleine Festung kam. Herbert Kain, *En ung jøde
kom til Fyn – og vendte tilbage*, in: *Fynske Årbøger*, 1994, S. 55–69, und Eggi Lewysohn (SGTf-Inter-
view) sagen beide, er sei wegen einer geschmuggelten Schusswaffe festgesetzt worden; B. Murmel-
stein, der letzte Judenälteste von Theresienstadt, schreibt über die sogenannte Zigaretten-Affäre:
„Endlich wurde beschlossen, innerhalb einer festgesetzten Frist die ganze Verantwortung auf einen
der Verhafteten abzuwälzen, der als Däne nicht Gefahr lief, deportiert zu werden. In der Zwischen-
zeit konnten alle Spuren illegaler Tätigkeit in den Nachbardörfern verschwinden.“ Benjamin Mur-
melstein, Benjamin Murmelsteins Theresienstadt. Eichmanns Musterghetto, übersetzt und ediert von
Monika Eck, Michael Wögerbauer und Anna Hájková, unveröffentlichtes Manuskript, 2005. Vgl. auch
Benjamin Murmelstein, *Pašování cigaret (1947)*, Státní Oblastní Archiv Litoměřice (Staatliches Ge-
bietsarchiv Leitmeritz), *Spisy k trestní věci proti Karlu Rahmovi (1947)*, LSP 441, Karton 134. Ich
danke Anna Hájková dafür, dass sie mich auf diese Dokumente aufmerksam gemacht hat.

Von den zehn Personen der dänischen Gruppe, die wegen Schleusens oder Schmuggels verurteilt wurden, kamen sieben aus der Jugendaljah; einen traf es zweimal. Das kann reiner Zufall sein, doch sind auch andere Erklärungen möglich. Erstens handelte es sich um junge Leute, deren Arbeit – oft in der Landwirtschaft oder der Proviantur – es leichter machte, an zusätzliche Lebensmittel heranzukommen. Außerdem waren ihre Lebensbedingungen schlechter als die der dänischen Staatsbürger, die noch vor dem Besuch des Roten Kreuzes im Juni 1944 in bessere Unterkünfte verlegt wurden, während die staatenlosen und „deutschen und tschechischen Dänen“ in den Militärbaracken blieben.⁶² Die Zeugnisse der Mitglieder von Jugendaljah und Hechaluz unterscheiden sich daher erheblich von den Berichten der alten dänischjüdischen Familien – und selbst der „russischen“ Familien, die, zumindest sofern sie Kinder hatten, ebenfalls vor dem Besuch in Privaträume gekommen waren.

In der Lage sein zu tauschen

„Und nur wer erlebt hat, ständig Hunger zu haben, weiß, was es bedeutet, ein solches Lebensmittelpaket zu bekommen. Dann herrschte Seligkeit.“ (Isak Levi⁶³)

Als die dänischen Lebensmittelpakte einzutreffen begannen, veränderte sich der Status der Dänen; sie wurden „wohlhabend“ und waren daher in der Lage zu tauschen. Eine knappe Skizze des Wandels findet sich in folgender Schilderung, gegeben im Oktober 1945:

„Als wir in Theresienstadt ankamen, waren wir die Ärmsten der Armen. Es waren immer Dänen, die Stunde um Stunde in Kälte und Regen um ‚Nachschub‘ anstanden (um das übrig gebliebene Essen). Aber die Pakete, die das Dänische Rote Kreuz schickte, sorgten alsbald für eine Änderung unseres Rufs. Ja, es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, dass uns jedermann wegen des Verhaltens unserer Vaterlandes Achtung zollte. Dänemark erntete große Sympathie und Bewunderung bei Leuten aus allen Nationen.“⁶⁴

Im Frühjahr 1944 bekam die Mehrheit der Dänen Pakete. Anfänglich trafen die Pakete jedoch nicht regelmäßig ein, und viele erhielten vor dem März 1944 – oder sogar noch später – gar nichts.⁶⁵ Im Sommer 1944 scheint es bei der Post, wenn die Pakete aus privater Hand zum Dänischen Roten Kreuz gingen, Unregelmäßigkeiten gegeben zu haben, was aus den genauen Listen zu ersehen ist, in denen etliche Dänen festhielten, wie viele Pakete sie von wem und mit welchem Inhalt in Empfang nehmen durften.⁶⁶

⁶² Die Frauen und Kinder in HV und der Westbaracke, die Männer in BIV und AII. Nach einer Liste der Empfangsscheine für Pakete vom Oktober 1944 „Fortegnelse over kvitteringer fra danske jøder i Theresienstadt for modtagne levnedsmiddelpakker – Oktober 1944“ lebten zu dieser Zeit mindestens 155 Angehörige der dänischen Gruppe (die damals 420 Personen zählte) noch in den Militärbaracken oder in der Westbaracke. Es waren vor allem Staatenlose und Flüchtlinge, die noch nicht in die Dänen-Häuser verlegt worden waren, doch auch einige dänische Staatsbürger („russische Juden“) wohnten weiterhin in den Baracken. Ich danke Leo Säbel für eine Kopie der Liste.

⁶³ Isak Levi [Pseudonym], Paa Vej til Gaskamrene, Odense 1945, S. 66.

⁶⁴ Kopie des Zeitungsausschnittes, mit Bleistift datiert auf „Oktober 1945“. Hierfür danke ich Bjørn Kern.

⁶⁵ Nach Listen und frühen Zeugnissen scheinen viele Personen nicht vor Ende März oder April Pakete erhalten zu haben.

⁶⁶ Selfa Diamant, Taschentagebuch, Privatsammlung; Ellen Oppenheim, unveröffentlichte Taschentagebücher. Ich danke Ellen Oppenheim dafür, dass sie mir ihre privaten Dokumente, Tagebücher

Die Pakete wogen 5 Kilogramm und enthielten zumeist Haferflocken, Butter, Zucker, Würste, Käse, Marmelade, Knäckebrot und von Zeit zu Zeit auch Vitamine. Maximal konnten Dänen zwei Pakete pro Monat bekommen, doch trafen jede Woche welche ein, und im Durchschnitt durfte eine vierköpfige Familie mit zwei Paketen in der Woche rechnen;⁶⁷ ein alleinstehender Deportierter musste sich dagegen mit einem alle vierzehn Tage begnügen, war also schlechter dran als die Familien.

Auch Freunde und Verwandte, die nach Schweden geflohen waren, betätigten sich als Spender; in ihren Paketen fanden sich Luxuswaren wie Zucker, Marmelade, Karamell, Biskuits, Kuchen, Orangen, Zitronen und sogar Schokolade.⁶⁸ Mehr als 60 Jahre später sind die Menschen, die keine solchen Pakete erhalten haben, noch immer enttäuscht.⁶⁹

Aber auch nach der Ankunft der Pakete nahm die Verpflegung noch immer beträchtlichen Raum in Tagebüchern und Aufzeichnungen ein, und die „verschlüsselten“ Botschaften über Lebensmittel und Hunger dauerten an. Eine 56 Jahre alte Frau schrieb am 1. Mai 1944 an ihre Tochter in Dänemark: „Liebe Grüße an Frau Maden“;⁷⁰ im Juli unterschrieb der 28 Jahre alte Mendel Meier Munitz eine Postkarte mit „Sohn Bruder og Schwager Madsult“.⁷¹ Und noch im September 1944 enthielt eine Karte den Wunsch „Bitte grüße Tante Sult“⁷² – sult bedeutet in der dänischen Sprache Hunger. Dies zeigt, dass die Dänen auch nach dem Eintreffen von Paketen und nach dem Besuch des Roten Kreuzes, als das Schicken von Lebensmittelpaketen offiziell erlaubt wurde, noch immer Hunger litten. Auch deutet es darauf hin, dass der Übergang von arm zu „reich“ vielleicht nicht so plötzlich erfolgte, wie es die Historiker bisher geschildert haben.⁷³

Aus den Listen, die zwei Familien führten, scheint hervorzugehen, dass Pakete des Dänischen Roten Kreuzes nicht vor dem Herbst 1944 angekommen waren, während Sendungen des Schwedischen Roten Kreuzes ab Mitte Juli eintrafen. Die schwedischen Pakete enthielten Ovomaltine, Zucker, Honig, Haferflocken, Süßigkeiten und Sardinen oder Kekse.⁷⁴

Mit den Paketen wurden die Dänen so „wohlhabend“, dass sie auch andere Dinge als Lebensmittel einzutauschen vermochten: Töpfe und Pfannen, Kleidung, Stoff, um Kleider zu nähen, Decken, Spielzeug für Kinder oder sogar bessere Unterkünfte, dazu Dienstleistungen wie die Renovierung der Behausung – dies alles konnte gegen Lebensmittel aus den dänischen Paketen erworben werden.⁷⁵ Selbst Wertsachen waren für Lebensmittel zu

und Notizen aus dem Ghetto zur Verfügung gestellt hat. Siehe auch Epelmann, *Ghetto-dagbog*, S. 80; Torben L. Meyer, *Flugten over Øresund*, Kopenhagen 1945, S. 207.

⁶⁷ Die Organisatoren suchten die Pakete für Familien so zu verteilen, dass sie nicht alle zur gleichen Zeit ankamen.

⁶⁸ Siehe die Empfangsscheine für Pakete, AMDW, 30D5; Ellen Oppenheim, *Taschentagebücher*, unveröffentlicht.

⁶⁹ Ber Nachman Kasinsky, Interview 26133, Visual History Archive, USC Shoah Foundation Institute, 1997; SGTF-Interview mit E.E., 24. 2. 2010.

⁷⁰ Karte in Privatsammlung. Maden bedeutet Essen, kann aber leicht wie Madsen, ein häufiger dänischer Vorname, gelesen werden. Ich danke Poul und Sara Trier Pedersen für Kopien.

⁷¹ Postkarte von Mendel Meier Munitz an Elieser Munitz, 17. 7. 1944, YVA, O27/22.

⁷² Kopie der Postkarte datiert 14. 9. 1944, AMDW, 10815-1.

⁷³ Siehe die Arbeiten von H. Sode-Madsen und L. Yahil, *Rescue*, S. 285–319.

⁷⁴ Ellen Oppenheim, *Taschentagebücher*, unveröffentlicht; Selfa Diamant, *Taschentagebuch*, Privatsammlung.

⁷⁵ Tixell, *Sult*; Friediger, *Theresienstadt*, S. 113; SGTF-Interview mit Eggi Lewysohn; SGTF-Interview mit Hanka Friediger, 25. 6. 2009.

haben: Ein Schneider hielt Ende 1944 in seinem Notizbuch fest, wie er für seine Frau eine silberne Halskette und für sich selber eine Armbanduhr erhandelte. Er war damals „wohlhabend“ geworden, da er in der „Spedition“ arbeitete, wo er neben seinen Paketen aus Dänemark auch als Schwerarbeiter kategorisiert wurde und sehr gute Essensrationen bekam.⁷⁶ Es gab noch andere Formen von Tauschgeschäften. Ein Däne, der vor der Deportation wohlhabend gewesen war, im Ghetto aber wirklich Hunger litt, traf angeblich in Gegenwart eines Anwalts ein Abkommen mit einer niederländischen Frau, die in einer Küche arbeitete. Sie durfte an ihrer Arbeitsstelle essen und brauchte daher ihre Essenskarte nicht, so war sie in der Lage, dem Dänen ihre Tagesration gegen Bezahlung nach Krieg und Befreiung abzutreten. Laut der Frau des Anwalts, der die Vereinbarung formuliert hatte, kam die Frau nach 1945 tatsächlich nach Dänemark und hat das, was ihr versprochen worden war, in voller Höhe ausbezahlt bekommen⁷⁷.

Teilen

In den dänischen Berichten wird oft bezeugt, dass Deportierte ihre Lebensmittel mit Leidensgenossen innerhalb und außerhalb der dänischen Gruppe geteilt haben, ebenso oft heißt es, dass nicht geteilt wurde. Zu dieser Frage wäre es verfehlt, generalisierende und vermutlich auch falsche Aussagen zu treffen. Jedoch scheint unter den Deportierten aus Dänemark kein ausgeprägtes Gefühl der Zusammengehörigkeit geherrscht zu haben. Vor allem wird dies in den Berichten der sogenannten „russischen Juden“ vermerkt.⁷⁸ Im Gegensatz dazu werden in den Aussagen von Angehörigen alter dänisch-jüdischer Familien die Unterschiede in den Lebensbedingungen der diversen Gruppen kaum behandelt; die Dänen dieser Gruppe standen unter dem Eindruck, dass sich alle gegenseitig halfen.⁷⁹ Da sie in privilegiertester Lage lebten, haben sie höchstwahrscheinlich die Unterschiede nicht so wie andere empfunden. In den Zeugnissen der deportierten Flüchtlinge aus Dänemark kommt oft eine tiefe Dankbarkeit dafür zum Ausdruck, als Dänen geschützt gewesen zu sein, während problematische gruppeninterne Beziehungen nur selten erwähnt werden.⁸⁰ Ein Beispiel liefert eine Frau aus der Jugendalijah, die nach dem Krieg erklärte: „Wir haben niemals Hunger gehabt.“⁸¹

Der Mangel an Zusammengehörigkeitsgefühl in der dänischen Gruppe zeigte sich auch beim Teilen der Lebensmittelpakete. Zwei Überlebende, die ich interviewt habe, schilderten eine Erfahrung, die zeigt, welche Bedeutung Klassenunterschiede innerhalb der Gruppe hatten. Diese zwei Personen, die beide zu „russischen Juden“ gehörten, aber aus verschiedenen Familien stammten, erzählten, dass der dänische Oberrabbiner, Dr. Friediger, es abschlug, ihnen Lebensmittel aus jenen Paketen auszuhändigen, die an bereits verstorbene Häftlinge geschickt worden und also übriggeblieben waren. Dr. Friediger war für diese Pakete verantwortlich; den Aussagen zufolge hatte er sich mit dieser Zuständigkeit selbst

⁷⁶ Lommekalender fra Theresienstadt, DJM, JDK 207A94/1.

⁷⁷ Mélanie Oppenheim, Theresienstadt, S. 78.

⁷⁸ SGTF-Interview mit E.E., 24. 2. 2010; SGTF-Interview mit Karen Katznelson, 4. 6. 2007.

⁷⁹ SGTF-Interview mit Ralph Oppenheim, 28. 1. 2007; SGTF-Interview mit L.R., 23. 5. 2009; Corrie und Sven Meyer, Theresienstadt – det iscenesatte bedrag, Kopenhagen 1991.

⁸⁰ Siehe den autobiografischen Roman von Paul Aron, Ben, Kopenhagen 1997; Brief an „Politiken“ von Alex Eisenberg, 13. 10. 1978, als Teil einer Debatte über den Besuch des Roten Kreuzes, AMDW.

⁸¹ Helga Esther Hammer, geb. Gerson, 1958, YVA, O3/874.

betrault, was in der dänischen Gruppe schließlich, Anfang 1945, zu Klagen führte.⁸² Jedenfalls entschied Friediger eigenhändig, wer aus jenem Bestand von Paketen Zulagen erhielt:

„... [Frau Meyer] erhielt keine Pakete, da sie nicht auf direktem Wege nach Theresienstadt gekommen war.⁸³ Und dann ging sie zum Rabbi – sie war eine Meyer [aus einer der alten dänischjüdischen Familien] ... Sehen Sie, er [der Rabbi] bekam die Pakete der Leute, die gestorben waren. Frau Meyer erhielt Wurst und dieses Extra und jenes Extra und so sagte sie zu meinem Mann: ‚Geh zum Rabbi, da wirst Du etwas kriegen, da Du sonst nichts bekommst.‘ Und da ging er hin – und dann sagte der Rabbi zu meinem Mann, dass er ein Schnorrer ist, ein Bettler. – Es gab Klassenunterschiede [im Ghetto].“⁸⁴

Diese Familie hatte ein zwei Jahre altes Kind, das, wie seine Mutter, zu jener Zeit noch sehr krank war, nachdem beide sechs Monate in Ravensbrück verbringen mussten. Eine junge Frau wandte sich ebenfalls an Dr. Friediger und bat für sich und ihre Eltern um Lebensmittel, da sie im Sommer 1944 längere Zeit keine Pakete bekommen hatten. Ihre Mutter hatte schon vor der Festnahme eine Gehirnblutung erlitten und war in Theresienstadt immer wieder längere Zeit krank. Auch in diesem Fall lehnte es der Oberrabbiner ab, Sonderrationen zuzuteilen. Die junge Frau war gleichfalls überzeugt davon, die Ablehnung sei darauf zurückzuführen, dass sie trotz ihrer dänischen Staatsbürgerschaft keine „richtige“ Dänin war, sondern eine „russische Jüdin“.⁸⁵ Während es in den Quellen keine Aussagen über Kritik an der Verteilung der Pakete im Sommer 1944 gab, so wurde doch im Januar 1945 eine Petition gegen den Alleingang des Oberrabbiners bei der Paketverteilung unterzeichnet. Bei den Unterschriften auf der Petition – deren Ergebnis unbekannt ist – waren alle Gruppen und Schichten innerhalb der dänischen Gruppe vertreten, die Kritik an Friedigers Umgang mit den Paketen wurde also breit geteilt.⁸⁶

In einigen wenigen Fällen wurde innerhalb der dänischen Gruppe über die Grenzen zwischen den alten dänischen Familien, den „Russen“ und den Flüchtlingen hinweg geteilt. Ein wichtiges Beispiel ist Otto Schwarzbart, ein Tscheche von der Jugendalijah, der 1939 nach Dänemark gekommen war und nun in Theresienstadt der Familie des Anwalts Oppenheim half. Frau Oppenheim hatte in der dänischen Frauenbewegung zur Unterstützung der Jugendalijah eine führende Rolle gespielt. In Theresienstadt schloss sich der junge Tscheche alsbald einer Gruppe von Häftlingen an, die mit tschechischen Gendarmen Handel trieben und allerhand Waren ins Ghetto schmuggelten; wiederholt brachte er den Oppenheims Lebensmittel, Kohlen usw., woran sich alle Oppenheims häufig erinnerten.⁸⁷

Die Frage, wie weit die Dänen mit Angehörigen anderer Gruppen teilten, wird unterschiedlich beantwortet. In dänischen Zeugnissen wird oft gesagt, am „Wohlstand“ hätten andere Nationalitäten in hohem Maße partizipiert.⁸⁸ Jedoch haben wir auch Berichte, in denen es heißt, die Dänen hätten ihre Lebensmittel vornehmlich für sich behalten. In seinem Werk über Theresienstadt hat H. G. Adler den Dänen Gier vorgeworfen und

⁸² Vgl. Tagebuch von Salomon Katz, Eintrag vom 6. 1. 1945, Privatsammlung, und das Tagebuch von Ralph Oppenheim, Einträge vom 3., 5. und 12. 1. 1945, DJM, JDK 207A35/7.

⁸³ Sie war, wie Frau Katznelson, zuerst nach Ravensbrück deportiert worden, beide mit kleinen Kindern.

⁸⁴ SGTf-Interview mit Karen Katznelson, 4. 6. 2007.

⁸⁵ SGTf-Interview mit E.E., 24. 2. 2010.

⁸⁶ Wie Anm. 82.

⁸⁷ Mehrere Unterhaltungen mit Ellen Oppenheim im Zeitraum von 2008 bis 2010; Mélanie Oppenheim, Theresienstadt, S. 29f.; mehrere Einträge im Tagebuch von Ralph Oppenheim, DJM, JDK 207/A35/7; Manuskript von Otto Schwarzbart; SGTf-Interview mit Otto Schwarzbart, 1. 6. 2008.

⁸⁸ Tixell, Sult; Epelmann, Ghetto-dagbog, S. 92.

außerdem behauptet, die Pakete hätten zu Arroganz und in einigen Fällen auch zu sexueller Korruption geführt.⁸⁹ Leni Yahil zitiert Ze'ev Shek, der zur zionistischen Jugendbewegung in Theresienstadt gehörte und erklärt habe, die älteren Dänen hätten „sich den Ruf der Selbstsucht erworben“.⁹⁰ Hingegen hätten, so wiederum Shek, die „dänischen“ Mitglieder von Hechaluz ihre Lebensmittelpakete getreulich mit ihren Kameraden anderer Nationalität geteilt.⁹¹

Was die von Adler sogenannte sexuelle Korruption betrifft,⁹² so ist darüber in den dänischen Aussagen wenig zu finden. Auf Grund der Pakete waren die Dänen gewiss attraktive Partner, doch wird darauf nur von wenigen dänischen Überlebenden angespielt. In dem Tagebuch-Roman von Ralph Oppenheim, geschrieben während seiner Zeit in Theresienstadt und veröffentlicht 1945, sagt er: „Und die Unzucht blüht. Viele vierzehn-, fünfzehn-jährige Mädchen verkaufen sich aus Hunger für ein paar Kartoffeln oder eine Scheibe Brot. Die Dänen stehen wegen ihrer Pakete in hohem Kurs, und ein Mädchen ist ebenso hoch angesehen, wenn sie einen Dänen ‚kapern‘ kann, als wenn es ihr gelingt, sich mit einem Koch zu verloben. Einem Koch oder einer Köchin beigegeben zu werden, ist das höchste Ziel in den Bestrebungen der meisten.“⁹³

Es gibt einige dänische Quellen⁹⁴, die Ähnliches besagen, doch hat nur ein Mann seine sexuellen Beziehungen in Theresienstadt explizit thematisiert:

„Anfänglich, als mich der Hunger sehr plagte, war ich an körperlichen Beziehungen nicht sonderlich interessiert, nachdem aber unsere Lebensmittelpakete aus Dänemark eintrafen und ich besser ernährt war, interessierte ich mich wieder für Sex.

Meine erste Freundin war Helen, die aus Holland kam. Sie wog ungefähr 80 bis 90 Pfund. Für Essen tat sie alles. Wenn ich zusätzliches Essen hatte, brachte ich ihr etwas. Sie hungerte, und ich glaube, man könnte sagen, dass ich mir das zunutze machte. Sie war nur Haut und Knochen und hatte Hunger. Ich war kräftiger, nicht so hungrig und konnte mir Zulagen verschaffen.“⁹⁵

Gerhard Valfer war 1939 als Mitglied der Jugendalijah aus Deutschland nach Dänemark gekommen. Zur Zeit der Deportation 19 Jahre alt, war er einer der 85 alleinstehenden Männer der dänischen Gruppe, die sich im Alter zwischen 15 und 50 befanden.

⁸⁹ „Ihr Sinn für Gemeinschaft wurde, bis auf Ausnahmen, durch beschämenden Geiz beeinträchtigt. Dank großzügiger Hilfe aus der Heimat hatten sie es leicht, stolze dänische Assimilanten zu sein. Mit den übrigen Gruppen vertrugen sie sich gut, besonders bei den Tschechen waren sie beliebt. Ihr verhältnismäßiger Reichtum wurde auch beneidet, der einzelne dänische Juden zu Hochmut und zu sexueller Korruption verleitete.“ Adler, Theresienstadt, S. 306.

⁹⁰ Interessant ist, dass dieses Zitat nicht in der dänischen Version des Buches erscheint (S. 255), wohl aber in der englischen, Yahil, *Rescue*, S. 296.

⁹¹ Ebenda.

⁹² Ich finde Anna Hájková's Überlegungen nützlicher; sie spricht über sexuellen Austausch im Allgemeinen und unterscheidet zwischen instrumentalem Sex und rationalen Beziehungen im Besonderen, siehe Anna Hájková, *Sexual Barter in the Time of a Genocide. Sexual Economy of the Theresienstadt Ghetto*, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, Frühjahr 2013. Ich danke Anna Hájková dafür, dass sie mir ihren Essay in einer früheren Fassung übersandt und ihre Kenntnisse und ihr Material über die dänische Gruppe in Theresienstadt großzügig mit mir geteilt hat.

⁹³ Ralph Oppenheim, *An der Grenze des Lebens. Theresienstädter Tagebuch*, Hamburg 1961 (dänisch 1945), S. 230.

⁹⁴ Epelmann, *Ghetto-dagbog*, S. 33f.; siehe auch das Interview mit einer anonymen dänischen Frau, die davon sprach, dass sich in Theresienstadt junge Mädchen gegen Lebensmittel verkauft hätten, *Hungern orsakade ett allas krig mot alla i „idealghettot“*, in: *Svenska Morgonbladet*, 17.5.1945.

⁹⁵ Jerry Valfer (mit Kate Rutherford), *Jerry's Story*, Coon Valley 2000, S. 56.

Schlussbemerkung

Die Dänen stellten im Ghetto einen Ausnahmefall dar: Sie genossen Schutz, und nach einem halben Jahr lebten die meisten von ihnen etwas besser als andere, da sie Lebensmittelpakete erhielten und annehmbarere Unterkünfte beziehen konnten. Obschon innerhalb der Ghetto-Gesellschaft nur eine sehr kleine Gruppe, sagen uns ihre Zeugnisse viel über das Leben im Ghetto, gerade weil sie geschützt waren und daher Theresienstadt nicht im Schatten von Auschwitz schildern, wie es naturgemäß bei Berichten Überlebender der Fall ist, die aus dem Ghetto deportiert worden waren.

Die Aussagen der sogenannten „wohlhabenden“ Dänen in der Theresienstädter Ghetto-Gesellschaft erwähnen immer wieder Lebensmittel und Hunger; das gilt für die Zeugnisse derjenigen, die relativ viel bekamen, wie für die Berichte jener, die nur wenig erhielten. Der Fokus auf Nahrung ist nichts Besonderes, zeigt einfach die Gedanken der Insassen von Theresienstadt wie überhaupt die hungriger Menschen. Er ist dennoch bemerkenswert, weil die Dänen allgemein als die „wohlhabenden“ Paketempfänger und folglich als nicht hungrig dargestellt werden. Gewiss, die Dänen bekamen Pakete, doch heißt das nicht, dass sie genug zu essen hatten. Sie litten weniger Hunger als die meisten anderen Insassen des Ghettos, doch kreiste ihr Denken weiterhin ums Essen.

Die Mehrheit der Dänen überlebte, weil sie von den Transporten nach Osten ausgenommen waren und Pakete erhielten. Die Dänen konnten den Inhalt der Pakete tauschen, und dies blieb im Ghetto, so klein die dänische Gruppe auch war, nicht unbeachtet. Viele nicht-dänische Beschreibungen der Dänen stehen unter dem Eindruck, die Dänen würden „die ganze Zeit“ Pakete erhalten. In der bisherigen Forschung zu Theresienstadt sind bislang die Stimmen der Dänen ungehört geblieben, so dass wir die Situation der Dänen stets nur mit den Augen der Anderen gesehen haben. Ziehen wir das Zeugnis der Dänen in Betracht, so wird aus einer geglätteten Erzählung von Privilegien und Rettung ein differenziertes Bild über Bedeutung der Unterschiede im Alltag einer heterogenen Gruppe, in der nicht allen die gleichen Vorteile zuteil wurden.

In der Erforschung der Hilfsaktionen besteht noch ein Mangel an Kenntnis über die Lebensmittelpakete, die aus Schweden nach Theresienstadt geschickt wurden, an Dänen wie an Angehörige anderer Nationalitäten; im Februar 1945 kamen zum Beispiel 1 309 Pakete aus Schweden, 1 113 aus Dänemark.⁹⁶

Die vielen Pakete, die aus Dänemark an Menschen gingen, die nach Theresienstadt aus anderen Ländern deportiert worden waren, bleiben ein bisher unerforschtes Thema. Viele dieser Pakete wurden an Personen geschickt, die man im Herbst 1944 deportiert hatte. In welchem Maße haben solche Pakete zum Wohl des ganzen Ghettos beigetragen? Schließlich könnte man noch die allgemeine Frage stellen, welche Rolle der Hunger bei der Aufspaltung einer Gemeinschaft spielt, sei es eine kleine – wie die Dänen –, sei es eine größere – wie die Theresienstädter Gesamtgemeinschaft.

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

⁹⁶ F. Beneš/P. Tošnerová, Die Post, S. 286.

Maura Hametz

„Leben im Blut“ in der schönen Stadt: Juden und Nationalsozialisten in Triest 1943–1945¹

«Avevo una città bella tra i monti
rocciosi e il mare luminoso ...
Tutto mi portò via il fascista inetto
ed il tedesco lurco.»²

In diese Worte fasste der Dichter Umberto Saba, ein italienischer Jude, im Jahr 1944 seine Verzweiflung über das Schicksal seiner Heimatstadt Triest. Saba beschuldigte die italienischen Faschisten und die Deutschen, „alles fortzunehmen“, differenzierte dabei aber zwischen „unfähigen“ Italienern und „unersättlichen“ Deutschen, deren unstillbare Gier seine „schöne Stadt“ zerstörte. Sabas Charakterisierung spiegelt den Mythos von den Italienern als *brava gente*, als anständiges Volk wider, und damit auch den Gedanken, dass diese mit Gräueltaten nichts zu tun haben wollten und dementsprechend auch nur eine zu vernachlässigende Rolle im Holocaust gespielt hätten. Die Tatsache, dass 85 Prozent der italienischen Juden überlebten, sowie der Wunsch des Westens, das Land nach dem Krieg zu rehabilitieren, trugen zur Festigung dieses unkritischen Urteils bei.

Antisemitismus war im modernen Italien insbesondere in konservativen und katholischen Kreisen stets präsent. Er fand indessen in dem säkular geprägten Staat bis zum Ersten Weltkrieg keine politische Resonanz. Als die Faschisten aber 1929 ihre Versöhnung mit der katholischen Kirche vollzogen, wurden bald auch Zweifel an der Haltung der Juden zum italienischen Staat laut. Die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland 1933 und der daraufhin einsetzende Zustrom jüdischer Flüchtlinge aus Mitteleuropa nach Italien brachten den Antisemitismus ins nationale Bewusstsein.³ Trotzdem blieben Italiens Juden bis 1938 in das nationale Leben integriert.

Die Juden in Triest teilten die Faschismuserfahrung mit ihren Glaubensgenossen auf der italienischen Halbinsel, doch stießen die mit Mitteleuropa verknüpfte Rassenideologie und

¹ Die Verfasserin möchte gerne den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der vom Institut für Zeitgeschichte und von der University of Toronto in Berlin organisierten Tagung „Everyday Approaches to the Persecution of Jews of Greater Germany, 1941–45: Work in Progress“ für ihre sachkundigen Kommentare und verständige Kritik danken, insbesondere Doris Bergen, sowie den Kolleginnen und Kollegen von der Old Dominion University, darunter Heidi Schlipphacke, Austin Jersild, Jane Merritt, Michael Carhart, Erin Jordan und Kathy Pearson.

² Umberto Saba, Avevo, in: *Il Canzoniere*, abgedruckt in: *Tutte le poesie*, hrsg. von Arrigo Stara, Milano 1988, S. 510: „Ich hatte eine schöne Stadt zwischen den felsigen Bergen und dem leuchtenden Meer ... Der unfähige Faschist und der gefräßige Deutsche haben mir alles genommen.“ Hier aus dem Italienischen übersetzt von Sonja Schilcher. Sabas Titel, *Il Canzoniere* (Liedersammlung), verweist auf das Werk Francesco Petrarca.

³ Zur Situation der Triester Juden unter habsburgischer und italienischer Oberhoheit siehe Lois Dubin, *The Port Jews of Habsburg Trieste: Absolutist Politics and Enlightenment Culture*, Stanford 1999; Tullia Catalan, *La comunità ebraica di Trieste (1781–1914): politica, società e cultura*, Trieste 2000; Silva Bon, *Gli ebrei a Trieste 1930–1945*, Gorizia 2000 sowie dies., *La persecuzione antiebraica a Trieste*, Udine 1972. Ferner in Maura Hametz, *Zionism, Emigration, and Anti-Semitism in Trieste: Central Europe's 'Gateway to Zion', 1896–1943*, in: *Jewish Social Studies* 13 (Spring/Summer 2007), No. 3, S. 103–134 sowie dies., *The Ambivalence of Italian Anti-Semitism: Fascism, Nationalism and Racism in Trieste*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 16 (December 2002), No. 3, S. 376–401.

Politik in diesem östlichen Grenzland mit einem komplexen Verständnis von Religion, Rasse, Ethnizität, sozioökonomischem Status, faschistischem Patriotismus und italienischem Nationalismus zusammen. Triests Geschichte als führender Handelshafen der Habsburgermonarchie, die Rolle, die die Stadt in der Zwischenkriegszeit als „Tor nach Zion“ gespielt hatte, ihr Irredentismus und ihr Engagement für die Pläne konservativ-nationalistischer Italiener formten hier die Erfahrungen und ließen auch die Reaktionen auf den faschistischen Antisemitismus komplexer ausfallen. Mit Italiens Kriegseintritt im Mai 1940 verschob sich der Akzent von einer gesetzlich legitimierten Diskriminierung hin zu einer gewalttätigen Verfolgung der Juden. Als die Deutschen Triest ab September 1943 in ihre Operationszone Adriatisches Küstenland (OZAK) eingliederten, ergaben die Ankunft deutscher Soldaten und die Übernahme nationalsozialistischer Taktiken und Politik eine brisante Mischung. Zwanzig Jahre faschistischer Herrschaft hatten die Bevölkerung des Grenzlands an Gewalt gewöhnt, und Triest wurde zum Standort des Todeslagers Risiera di San Sabba. Die die Stadt umgebende Landschaft des Triestiner Karstes und Istriens versanken in ungebremster Gewalt, in einem mörderischen Kreislauf der Vergeltung, der Juden, Partisanen und Slawen (vor allem ethnische Slowenen) in einen Strudel der Vernichtung und des Todes zog.

Anomale Positionen: Juden in Triest unter den faschistischen Rassengesetzen

Im Juli 1938 veröffentlichten italienische Rassenwissenschaftler ein Mussolinis Rassengesetze unterstützendes „Manifest“, in dem sie definierten, was es bedeuten sollte, „Jude“ zu sein.⁴ Maßnahmen, die zwischen September und November 1938 eingeführt worden waren, schlossen Juden von öffentlichen Schulen und aus dem öffentlichen Dienst aus. In Triest allein durften 500 Schüler ihre Schule nicht länger besuchen, und 80 Lehrer und neun Universitätsprofessoren wurden entlassen.⁵ Auf dem Verordnungsweg wurde es Juden verboten, Mischehen einzugehen und (arische) Italiener bei sich zu Hause zu beschäftigen. Viele verloren darüber ihren Lebensunterhalt und ihren Besitz.⁶ Angesichts der Shoah werden die italienischen Rassenmaßnahmen mitunter als „Kleinigkeiten“ abgetan. Gleichwohl waren sie, wie die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens neunjährige Triester Jüdin Ida Marcheria äußerte, „demütigend und schmerzhaft [...] es gab immer mehr Verbote, und sie wurden immer niederträchtiger“. Selbst nach ihren Erfahrungen in Auschwitz erinnerte sie sich noch daran: „Wir hatten in unserem Alltag alle Bezugspunkte verloren; es gab keinen Ort mehr, an dem wir uns noch geschützt und sicher fühlen konnten.“⁷ Die Maßnahmen waren in Triest besonders verwirrend, wo mit Enrico Paolo Salem ein Mann jüdischer Herkunft von 1933 bis zum August 1938 als Bürgermeister amtierte, der überdies seit 1921 Mitglied der Faschistischen Partei war.⁸

⁴ Der Text des Manifestes ist online zugänglich unter: <http://www.lasecondaguerramondiale.com/manifesto-della-razza> (Zugriff am 1.6.2011).

⁵ Galliano Fogar, *Trieste in guerra 1940–1945: società e resistenza*, Trieste 1999, S. 30.

⁶ Die Texte der meisten Rassenstatuten, die zwischen September 1938 und Februar 1942 verkündet wurden, sind zugänglich unter: <http://www2.varesenews.it/articoli/2003/giornomemoria2003/memoria/memoria/leggi/provedimenti.htm> (Zugriff am 24.10.2010).

⁷ Aldo Pavia/Antonella Tiburzi, *Non perdonerò mai*, Portogruaro 2006, S. 22.

⁸ Zur Familie Salem und zu Enrico Paolo Salems anomaler Stellung angesichts der faschistischen italienischen Gesellschaft und zu den Rassengesetzen siehe Silva Bon, *Un fascista imperfetto: Enrico Paolo Salem Podestà "ebreo" di Trieste*, Gradisca-Gorizia 2009.

Auch nachdem die antijüdische Kampagne begonnen hatte, blieb manches ungeklärt. Deutsche Vorstellungen von einer arischen Identität ließen sich nicht ohne weiteres auf Italien übertragen. Das „arische Profil“, das die faschistische Propaganda vertrat, trug weniger die Züge des deutschen Ariers als vielmehr diejenigen von Michelangelos David, was nicht nur den Bezug zur italienischen Hochkultur herstellte, sondern auch dem biblischen König der Juden Tribut zollte.⁹ Die Haltung der italienischen Regierung zu den rund 50 000 Juden im Land blieb komplex. Ein auf den Januar 1939 datierter Bericht, der dem *American Jewish Joint Distribution Committee (Joint)* zugeht, tat Italiens antisemitische Maßnahmen als den Versuch ab, die Deutschen zu beschwichtigen. Echter Antisemitismus sei „außerhalb eines kleinen Kreises in der Regierung“ und abgesehen von denjenigen, die unmittelbar davon profitierten, „inexistent“.¹⁰ Im Februar 1940 berichtete ein Beobachter des *Joint*, es habe in Italien, „von einigen sehr seltenen Fällen abgesehen“, keine Gewalt gegen Juden gegeben.¹¹ Im August vermerkte die Generaldirektion „Demografie und Rasse“ (*Demorazza*), dass die Maßnahmen gegen die Juden in einigen Bereichen sorgsam durchgeführt würden, während man die Juden andernorts „in Ruhe“ ließ.¹² Auch in einem Bericht an den *Joint* vom Sommer 1941 war diese Sicht der Dinge noch zu erkennen: „Die antisemitischen Gesetze werden nicht rigoros angewendet [...] Reiche Juden haben immer noch mittelbar teil an wirtschaftlichen Aktivitäten. Arme Mitglieder der jüdischen Gemeinden erhalten weiterhin auch städtische Unterstützung.“¹³ Trotzdem stellte der Bericht fest: „Das Programm der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vernichtung der italienischen Judenheit wird gründlich und unerbittlich umgesetzt.“¹⁴

Die Juden in Triest waren besonders gefährdet durch die Verfolgung, die mit dem Bündnis zwischen Italien und Deutschland zusammenhing. Mit fünf- bis sechstausend Juden lebte in Triest während der Zwischenkriegsjahre die größte Gruppe jüdischer Einwohner.¹⁵ Diese war in einer Gesamtbevölkerung von rund 210 000 Menschen eine gut sichtbare Minderheit, die in Wirtschafts- und Intellektuellenkreisen ebenso Einfluss hatte wie in bestimmten Berufssparten und auch unter den italienischen Nationalisten. Das Verzeichnis, das die Faschisten 1937 von den (nach Ahnenreihen, nicht nach religiöser

⁹ The American Jewish Joint Distribution Committee Archives (New York) [im Folgenden: AJJDCA (NY)], Collection 33/44, File 715 (Italy, General 1938–1941), Confidential Report, Andrew McFaydean an New York Office, 25. 1. 1939, kommentierte die Verbreitung dieser italienischen Darstellung der Rassenhierarchie und des „Ariertums“. Die Abbildung auf der Titelseite der ersten Ausgabe von *La difesa della razza*, einer von dem Journalisten Telesio Interlandi geführten rassistischen und antisemitischen Zeitschrift der Faschisten, ist zu sehen unter: <https://segue.middlebury.edu/view/html/site/ital0450a-f05/node/1416460> (Zugriff am 27. 10. 2010).

¹⁰ AJJDCA (NY), Collection 33/44, File 715 (Italy, General 1938–1941), Confidential Report, Andrew McFaydean an New York Office, 25. 1. 1939.

¹¹ AJJDCA (NY), Collection 33/44, File 719 (Italy, Refugees General 1940–1942), Situation of Italian Jewry.

¹² Renzo De Felice, *Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo*, Torino 1993, S. 584–588. – Die *Demorazza* (Direzione generale per la demografia e la razza) wurde 1938 ins Leben gerufen und unterstand dem italienischen Innenministerium.

¹³ AJJDCA (NY), Collection 33/44, File 719 (Italy, Refugees General 1940–1942), The Jewish Situation in Italy (Summer 1941).

¹⁴ AJJDCA (NY), Collection 33/44, File 719 (Italy, Refugees General 1940–1942), Situation of Italian Jewry.

¹⁵ Einige Schätzungen veranschlagen die jüdische Bevölkerung in den späten 1930er Jahren bei über 7 000. Diese Zahl schloss nicht ortsansässige Juden und Flüchtlinge ein; außerdem spiegelte sie die veränderte Registrierungsgrundlage wider: Diese erfolgte nun nicht mehr aufgrund der (praktizierten oder bekundeten) Konfession, sondern auf der Basis von Rassenbiologie oder Blut.

Zugehörigkeit definierten) Triester Juden anlegten, führe 400 Hausbesitzer auf, unter denen sich Minister, Senatoren, Universitätsprofessoren, leitende Versicherungs- und Bankangestellte, Großreeder und Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Industrie befanden. Die Gesamtaufstellung ihres Besitzes umfasste 92 Seiten. Der Provinzkorporationsrat (*Consiglio provinciale delle corporazioni*) steuerte ein ergänzendes Verzeichnis von 172 örtlichen Geschäften bei, die Juden gehörten.¹⁶ In vielen Fällen waren die Juden wegen ihrer internationalen Handels- und Lieferverbindungen und auch wegen ihrer beruflichen und persönlichen Einbindung in Netzwerke in Mitteleuropa und im Mittelmeerraum so prominent. Die Präsenz ausländischer Juden in Triest und ihr Einfluss ließen Anschuldigungen wegen ihrer „ausländischen Loyalitäten“, aber auch wegen ihrer verschworenen Bruderschaft und ihrer Geldgier aufkommen. All dies befeuerte verbreitete antisemitische Stereotype.

Eine in den 1920er Jahren zwischen der Schifffahrtlinie *Lloyd Triestino* und dem *Joint* getroffene Vereinbarung garantierte dem in Triest ansässigen Unternehmen das Recht, 50 Prozent der polnischen und 75 Prozent der deutschen Juden zu befördern, die bei ihrer Auswanderung nach Palästina vom *Joint* unterstützt wurden. Damit erwarb sich Triest seinen Namen als „Tor nach Zion“. 1925 richtete Lloyd eine direkte Verbindung von Triest nach Palästina ein. Die Emigration erreichte ihren Höhepunkt, als Hitler in Deutschland an die Macht kam und bevor die Behörden in Palästina Einreisebeschränkungen verhängten. Doch gelangten auch 1934 über 17 000 Emigranten aus Mitteleuropa über Triest nach Palästina. Insgesamt gelang zwischen den Weltkriegen über 100 000 Menschen auf diesem Wege die Auswanderung.¹⁷

Zwischen 1918 und 1938 kamen bis zu 16 000 „ausländische“ Juden nach Italien, die sich unter die „einheimische“, 45 000 Köpfe zählende jüdische Bevölkerung mischten. Als der Argwohn gegenüber jüdischen Einwanderern nach 1933 wuchs, wurden die eingeborenen italienischen Juden zunehmend von den „fremden“ Juden unterschieden. Im September 1938 sprach Mussolini von dem Beitrag, den „loyale italienische Juden“ leisteten, und unterschied sie von Zionisten, von religiösen und von internationalistischen Juden, die er als „unversöhnliche Feinde des Faschismus“ ansah.¹⁸

Die Bereitschaft, die Loyalität italienischer Juden anzuerkennen, brachte die italienische Bezeichnung *Discriminati* hervor. Mit ihr wurden solche Juden und deren Familien bezeichnet, die von der Rassendiskriminierung aufgrund ihres gesellschaftlichen Beitrags, wegen ihrer Loyalität oder wegen ihres sonstigen Wertes für Italien von rassendiskriminatorischen Maßnahmen ausgenommen waren. Prominente Juden in Triest sahen dies als eine Möglichkeit an, der Verfolgung zu entkommen.¹⁹ Die faschistische Regierung sah über das „Rassenproblem“ hinweg und unterdrückte ihren Argwohn gegenüber dem Zio-

¹⁶ Governo Italiano, Presidenza del Consiglio dei Ministri, Dipartimento per il coordinamento amministrativo, Property Seizure in the Adriatic Coast Area Operations Zone: Udine, Gorizia, Trieste, Pola (Pula), Fiume (Rijeka) and Lubiana (Ljubljana), Rapporto Generale, April 2001, S. 203–205, zugänglich unter: http://www.governo.it/Presidenza/DICA/7_ARCHIVIO_STORICO/beni_ebraici/english_version/201_240_cc.pdf (Zugriff am 1. 6. 2011).

¹⁷ Marco Bencich, Il comitato di assistenza agli ebrei di Trieste (1920–1940), in: *Qualestoria* 34 (2006), Nr. 2, S. 38–45.

¹⁸ Benito Mussolini, *Opera omnia XXIX* (1 ottobre 1937 – 10 giugno 1940), hrsg. von Edoardo Susmel und Duilio Susmel, Firenze 1959, S. 146.

¹⁹ Zu diesen Ausnahmen in Italien siehe Michele Sarfatti, *Gli ebrei nell'Italia fascista: vicende, identità, persecuzione*, Torino 2000, S. 156–159. Zur Situation in Triest siehe Bon, *Gli ebrei a Trieste*, S. 75.

nismus, um ihre Verbindungen in den östlichen Mittelmeerraum nicht zu gefährden und um Italiens Ambitionen im Nahen Osten zu fördern.

Auf Triests jüdische Gemeinde wirkte sich die Trennung zwischen eingeborenen und „ausländischen“ Juden verheerend aus. Während insgesamt lediglich 4,5 Prozent der italienischen Juden im Ausland geboren waren, lag dieser Anteil in den nordöstlichen Regionen des Landes, in denen auch Triest liegt, mit 43,2 Prozent zwischen 1900 und 1930 sehr viel höher.²⁰ Selbst die jüdischen Führungspersönlichkeiten, die als Kaufleute über den größten Einfluss verfügten, entstammten Familien, die in anderen Kronländern der Habsburgermonarchie beheimatet waren – sei es die Familie Morpurgo aus Österreich, die hinter der *Assicurazione Generali* stand, sei es die Familie Frigessi aus Ungarn, der die *Riunione Adriatica di Sicurtà* gehörte. Sie alle unterhielten auch während der Herrschaft der Faschisten in Italien enge Verbindungen zu den Nachfolgestaaten.²¹ Per Gesetz wurde im September 1938 Juden die italienische Staatsangehörigkeit aberkannt, wenn diese erst nach 1919 erworben worden war, und „ausländische“ Juden wurden gezwungen, Italien binnen sechs Monaten zu verlassen.²² Zwar hatten viele der Privilegierten in Triest schon vor 1919 in der italienischen Adria-region gelebt. Dennoch wurde schnell offenkundig, wie sehr Mitteleuropa zum Einzugsgebiet der Stadt gehörte, und wie groß die Einwohnerfluktuation durch ihren Hafen war, als die Volkszählung von 1938 zu dem Ergebnis kam, dass 289 Familien (insgesamt 722 Menschen) Juden „ausländischer“ Herkunft vorstanden.²³ Verbindungen zu internationalen Häfen, Kulturen und Gemeinden ermöglichten diesen Juden die Flucht aus der Adriastadt, bis im Juli 1939 nur noch 46 dieser Familien dort verblieben. Gleichzeitig kamen ständig weitere Flüchtlinge über Italiens östliche Grenze.²⁴ Der hohe Anteil eingessener ausländischer Juden und neu eintreffender Flüchtlinge brachte die Bemühungen der Triester Behörden um eine Durchsetzung der Rassengesetze durcheinander. Darüber hinaus verkomplizierte sich die Lage durch den ungeklärten Status der „staatenlosen“ Juden, die entweder die Bedingungen für die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten nicht erfüllten oder sie verloren hatten und nun in Triest gestrandet waren.

Im August 1939 ordnete die faschistische Regierung die Schließung der Unterstützungsstellen für deutsche Juden an,²⁵ doch das Komitee in Triest konnte als das „älteste“ seiner Art, das sich einer „ausgezeichneten Reputation unter hohen Beamten der italienischen

²⁰ Sergio Della Pergola, *Trasformazioni sociodemografiche degli ebrei a Trieste e in Italia nord-orientale (XIX e XX secolo)*, in: *Il mondo ebraico: gli ebrei tra Italia nord-orientale e impero asburgico dal medioevo all'età contemporanea*, hrsg. von Giacomo Todeschini und Pier Cesare Ioly Zorattini, Pordenone 1991, S. 517–552, hier S. 524.

²¹ Zur Bedeutung jüdischer Wirtschaftseliten siehe Anna Millo, *L'élite del potere a Trieste: Una biografia collettiva 1891–1938*, Milano 1989 und Giulio Sapelli, *Trieste italiana: Mito e destino economico*, Milano 1990.

²² Ausländische Juden waren solche ohne italienische Staatsangehörigkeit oder solche, die sie durch eigene Wahl oder Verleihung nach 1919 erworben hatten, seltener automatisch kraft der Verträge, die den Ersten Weltkrieg beendeten.

²³ Archivio Centrale dello Stato (Roma), Ministero Intero, Direzione generale pubblica sicurezza [im Folgenden: ACS, MI, PS] (1930–56), A16, b. 16, n. 86 Trieste, undatierte Liste (Oktober 1938?).

²⁴ ACS, MI, PS (1930–56), A16, b. 16, n. 86 Trieste, Bericht, 18. 7. 1939.

²⁵ Entgegen anderslautenden Behauptungen der faschistischen Regierung schätzte der Bund der italienisch-jüdischen Gemeinden [Union of Italian Jewish Communities], dass sich Ende 1939 noch etwa 4000 jüdische Flüchtlinge auf italienischem Boden befanden. AJJDC (NY), Collection 33/44, File 718 (Italy, Refugees General 1937–1939), Forecast for the Activity during the Four Quarters 1940.

Regierung“ erfreute, seine Tätigkeit fortsetzen.²⁶ Bis weit in das Jahr 1941 hinein arbeiteten diverse internationale jüdische Organisationen wie *Hicem* (die wichtigste Agentur, die europäische Juden bei der Auswanderung unterstützte) und *Delasem* (die offizielle jüdische Auswanderungsbehörde in Italien) mit Vertretern der örtlichen jüdischen Gemeinde zusammen.²⁷ Die Mitarbeiter dieser Organisationen verhalfen Juden nicht nur zur legalen Durchreise, sondern unterstützten sie, mit stillschweigender Billigung faschistischer Funktionäre, bis Mai 1940 bei der Auswanderung. Am häufigsten ging diese über heimliche Fahrten mit kleinen Booten, als Fußmärsche über die französische Grenze oder durch Versuche vonstatten, die britische Blockade auf See zu überwinden und so nach Palästina zu gelangen.²⁸ „Ausländische“ Juden, die nicht ins Ausland verfrachtet werden konnten, wurden in Lager in den ländlichen, meist südlichen Regionen des Landes gebracht.

Unsichere Orientierungen: Die Förderung deutscher Interessen in Triest während der Kriegsjahre

Die Lage im Lande verkomplizierte sich durch die widersprüchlichen Reaktionen, die Italiens Eintritt in den Krieg als Achsenmacht zeitigte. Die frühe und aktive Unterstützung für den Faschismus und konservativ-nationalistische Haltungen der Italiener, die noch irredentistischen Traditionen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg entstammten, verstärkten die Ambivalenz, ja die Feindseligkeit, die in Triest mitunter gegenüber den Deutschen herrschte. Es gab noch immer tief sitzende Ressentiments wegen der Niederlagen, die den Italienern von den gegenwärtigen Verbündeten insbesondere bei Caporetto zugefügt worden waren. Einige erinnerten sich noch daran, dass sie wegen ihrer irredentistischen Ansichten in österreichischen Lagern interniert gewesen waren. Gleichzeitig verstärkten die Enttäuschung über die italienische Herrschaft und die Wut über die vermeintliche Missachtung, mit der die Regierung das Grenzland seit seiner Annexion im Jahr 1921 behandelte, die Nostalgie für die „goldene Ära“ der habsburgischen Ordnung.

Als der Krieg ab Mai 1940 mit den Feldzügen auf dem Balkan, in Libyen und in Russland bereits Entbehrungen, wirtschaftliche Schwierigkeiten und bittere Lehren gebracht hatte, verstärkte sich die Neigung, nach „Sündenböcken“ zu suchen. Zwar entgingen die *Discriminati* den unmittelbaren Auswirkungen der Rassengesetze, doch litten alle Juden unter dem eskalierenden Antisemitismus. Die Propaganda nährte Stereotype vom gegenwärtigen Juden und der Gefahr, die er angeblich darstellte. Ein Hauptmann aus Triest offenbarte eine verbreitete Wahrnehmung der Juden, die auf dem Balkan und in Russland in der italienischen Armee dienten, als er die „Parade der Menschheit“ beschrieb, die „in einem endlosen Rhythmus vorüberzog [...] viele Juden überall“. Er

²⁶ AJJDC (NY), Collection 33/44, File 715 (Italy, General 1938–1941), Situation of the Refugees in Italy, 26. 3. 1940.

²⁷ AJJDC (NY), Collection 33/44, File 715 (Italy, General 1938–1941), Unione delle comunità israelitiche italiane an American Jewish Joint Distribution Committee (Paris), 2. 2. 1940. Ab 1940 war Genua für die Mehrzahl der italienischen Juden auf der Halbinsel verantwortlich; das Triester Komitee behielt indessen die Kontrolle über Fälle, die Juden in Triest, Fiume, Pola, Udine und Gorizia betrafen, sowie auch über alle Fragen, die die Auswanderung von Italienern nach Palästina betrafen.

²⁸ AJJDC (NY), Collection 33/44, File 715 (Italy, General 1938–1941), Situation of the Refugees in Italy, 26. 3. 1940.

beschrieb die Juden als Nomaden und jüdische Frauen als exotische, aber doch körperlich deformierte Verführerinnen.²⁹

Der Antisemitismus in Triest schlug in offene Gewalt um, als im September und im Oktober 1941 eine Welle von Pogromen durch Italien fegte. Diese erreichte ihren Höhepunkt mit dem Brand der Triester Synagoge am 8. Oktober, der mit dem Besuch des faschistischen Antisemiten und NS-Sympathisanten Roberto Farinacci in der Stadt zusammenfiel.³⁰ Überdies beschuldigte die Triester Polizei im Oktober 1941 einen von den Rassengesetzen ausgenommenen Juden, einen faschistischen Squadrista körperlich attackiert zu haben. Dem Polizeibericht zufolge kam es zwischen zwei Trupps aus dem Ort zu Handgreiflichkeiten. Diesen waren gegenseitige Beschimpfungen vorausgegangen, die der „nicht ganz einwandfreien arischen Herkunft“ einiger *Squadristi* galten, die als *Discriminati* dennoch weiterhin den Faschisten dienten.

Die Notlagen der Kriegszeit verschärften die Spannungen in der oberen Adria-region. Der italienische Angriff auf Griechenland im August 1940 machte Triests griechische Gemeinde zu einer suspekten Gruppe, und er riss überdies Gräben zwischen den Juden auf: Schon vor dem Angriff war den Kindern und Enkeln der Korfuer Juden, die um die Jahrhundertwende in der Stadt Unterschlupf gefunden hatten, der Besuch italienischer Schulen verboten gewesen, und nun waren ihnen auch die jüdischen Schulen verschlossen.³¹

Der Einmarsch der Achsenmächte in Jugoslawien im Frühjahr 1941 und die anschließende Zerstückelung des Landes machte aus den autochthonen Slawen (überwiegend Slowenen), die bereits der faschistischen Italienisierungspolitik verdächtig und verfolgt worden waren, nationale „Feinde“. Ihr Status in der Stadt begann, sich dem der Juden anzugleichen, und während der Jahre 1942/43 wurden beide Gruppen, die als emblematische „Feinde“ des Faschismus galten, ständig Opfer von Gewalt.³² Im Mai 1943 überfielen und plünderten faschistische Banden jüdische und slowenische Geschäfte als Vergeltung für einen Partisanenhinterhalt, der sich zuvor im Triestiner Karst östlich der Stadt ereignet hatte und bei dem sechs faschistische Soldaten getötet worden waren.³³ Die Stadtregierung antwortete mit der Verhaftung von 16 *Squadristi*, unter denen auch die Brüder Mario und Tiberio Forti waren, die aus einer Mischehe zwischen einem jüdischen Vater und einer arischen Mutter stammten. Der Präfekt Tamburini war der Ansicht, dass sich die Vergeltungsangriffe gegen slawische Geschäfte hätten richten müssen und gab den rassisch unzuverlässigen Fortis die Schuld für die Exzesse der Kampfgruppe. Gleichzeitig schützte die örtliche Polizei alle an dem Vorfall Beteiligten, einschließlich der Forti-Brüder, die mit dem Präfekten seit langem bekannt waren. Die Verhafteten wurden kurz in örtlichen Gefängnissen festgehalten oder italienischen Sicherheitskräften übergeben, ohne dass es zu einem Gerichtsverfahren kam.³⁴

²⁹ Archivio di Stato (Trieste), Prefettura Gabinetto [im Folgenden AdS (TS), Pref. Gab.] (1943) b. 446, Guerra: Stralci lettere censurate, Pompeo Pavanello an seine Frau Alda Pavanello, 18. 5. 1942.

³⁰ Silva Bon, La politica del consolato general germanico a Trieste nei primi anni Quaranta, in: *Qualestoria* 22 (1994), Nr. 1-2, S. 87f. und Sarfatti, Gli ebrei nell'Italia fascista, S. 201f. Die Synagoge wurde am 8. 7. 1942 ein weiteres Mal geschändet.

³¹ Silva Bon, La persecuzione razziale fascista e la scuola media ebraica di Trieste (1938-1943), in: *Università degli studi di Trieste – Dipartimento dell'Educazione, La scuola media ebraica di Trieste, Trieste 1999*, S. 48.

³² Silva Bon, Un campo di sterminio in Italia, in: *Il Ponte* 34 (November/Dezember 1978), Nr. 11-12, S. 1446.

³³ Bon, La persecuzione razziale fascista e la scuola media ebraica, S. 50f.

³⁴ Bon, Gli ebrei a Trieste, S. 273-279.

Die Kooperation innerhalb der deutsch-italienischen Achse öffnete der nationalsozialistischen Propaganda Tür und Tor. Indem die faschistische Regierung nach dem Vorbild bereits etablierter Institutionen in Florenz, Mailand und Ancona nun auch in Triest ein Zentrum für die Erforschung des jüdischen Problems, das *Centro per lo studio del problema ebraico*, gründete, demonstrierte sie ihren Willen, sich stärker um eine Lösung des jüdischen „Problems“ zu bemühen. Der deutsche Generalkonsul Ernst von Druffel, der seit 1939 in Triest auf Posten war, nutzte die Gelegenheit, um die Flammen der vorhandenen deutschfreundlichen und antisemitischen Strömungen anzufachen.³⁵ Als er von seinem vorherigen Posten in der Tschechoslowakei in die Adriastadt versetzt wurde, förderte von Druffel die deutsch-italienischen Beziehungen und bemühte sich, deutsche Ansichten zu Kultur und Rasse zu verbreiten. 1942 behauptete er, Präfekt Tamburini habe unter dem Einfluss der Juden Bürgermeister Luigi Ruzzier entlassen wollen, weil dieser ein bekannter Antisemit sei. Er behauptete weiterhin, dass führende jüdische Familien in Triest, insbesondere Angehörige der Familie Morpurgo-Stock, italienische Gesetze ständig unterliefen.³⁶ Als Vizepräsident der Italienisch-Deutschen Kulturvereinigung (*Associazione italo-germanica di cultura*) arbeitete von Druffel eng mit dem Verbandspräsidenten Francesco Giunta zusammen, einem Anwalt, der für sein brutales Vorgehen bekannt war und die faschistischen Kampfgruppen in Triest anführte. In einer Rede vom Januar 1942 feierte der Anwalt Cesare Pagnini, der während der späteren nationalsozialistischen Besetzung Triests Bürgermeister werden sollte, die Umbenennung der Organisation und begrüßte die Rolle, welche die Deutsch-Italienische Gesellschaft bei der Bekämpfung „jüdischer und englischer Propaganda“ spielte. Den Anlass der Feier selbst sah er als einen „strahlenden neuen Frühling“.³⁷

Kollaboration und Hochmut: Nationalsozialistische Macht, italienische Interessen und jüdisches Eigentum im Adriatischen Küstenland

Der Zusammenbruch der faschistischen Regierung nach der Absetzung Mussolinis im Juli 1943 warf Fragen zur Gebietshoheit auf, die nach dem Ersten Weltkrieg zugunsten Italiens entschieden worden waren und die eine Phase der politischen Desorientierung in den Grenzgebieten einleiteten, die sowohl von Italien als auch von Jugoslawien beansprucht wurden.³⁸ Nach dem im September 1943 geschlossenen Waffenstillstand in Italien herrschte Mussolini noch in der Republik Salò im Norden Italiens, doch die Adriaprovinzen einschließlich Triest und die Alpenprovinzen einschließlich Südtirol waren nicht länger Teil seines italienischen Reiches: In Anerkennung des früheren „deutschen“ Status der alten Habsburger Provinzen und auch aus „militärischen Gründen“ errichtete Hitler die OZAK, die auch die umfassende nationalsozialistische Vision von einem Großdeut-

³⁵ Zur Rolle von Druffels siehe Michael Wedekind, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien, 1943 bis 1945. Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“, München 2003, S. 356–360.

³⁶ Bon, La politica del consolato general germanico, S. 68, 73–75 und 88f.

³⁷ Zitiert in: Fogar, Trieste in guerra, S. 41.

³⁸ Raoul Pupo, Crisi del regime: guerra totale e resistenza, in: Istituto regionale per la storia del movimento di liberazione nel Friuli-Venezia Giulia, Friuli e Venezia Giulia: Storia del '900, Gorizia 1997, S. 347–370, hier S. 356.

schen Reich widerspiegeln sollte.³⁹ Befehlshaber in dieser Operationszone wurde der Gauleiter von Kärnten, Friedrich Rainer, der nach dem Anschluss eine führende Rolle bei der Nazifizierung Österreichs gespielt hatte und ein eifriger Unterstützer „großdeutscher“ Pläne war. In seinen Machtbereich fielen damit die Provinzen Fiume, Triest, Udine, Pola, Görz und Laibach/Ljubljana. Rainer hatte daran gearbeitet, die slowenischen südslawischen Provinzen in das Großdeutsche Reich zu integrieren, mit der Begründung, dass diese ehemaligen habsburgischen Provinzen den Deutschen gehört hätten und diesen in dem ungerechten Frieden nach dem Ersten Weltkrieg genommen worden seien.⁴⁰ Er behauptete, dass die Mehrheit der Bevölkerung in der Operationszone die italienische Oberhoheit ablehnte und ihr die frühere österreichisch-ungarische Verwaltung vorzog.⁴¹

Während einige tatsächlich von einer Welle der Nostalgie für die Habsburger erfasst worden sein mochten, drängten sich nicht viele danach, die deutsche Herrschaft zu unterstützen. Ein von italienischen Zensoren abgefangener Brief vermittelt eine Ahnung von der herrschenden öffentlichen Meinung:

„Wir haben viele Deutsche nicht nur in der Stadt, sondern auch im Karst. Wer weiß, welche Befehle sie für unsere Stadt haben? Die Triester sind vom Faschismus alle derart abgestumpft, dass sie kein Ereignis mehr in Erstaunen zu versetzen vermag, ganz gleich, ob es schön oder schlimm ist. Eines ist sicher: Wir sind müde, so müde, und wir warten auf das Ende, weil wir nicht wissen, was wir sonst tun sollen, und wir hoffen, dass das Ende schnell kommt. Morgen wird der Papst zu den Katholiken der Welt sprechen. [Oh,] mögen seine sanften Worte von allen gehört werden.“⁴²

Für die Bewohner von Triest war das Ende der Feindseligkeiten aber noch weit entfernt. Die Verkündung der faschistischen Rassengesetze im Jahr 1938 hatte die Hälfte der Triester Juden bis 1942 in die Emigration getrieben. Da internationale Hilfsorganisationen und einheimische Juden dabei Unterstützung geleistet hatten, verblieben im September 1943 nur noch 25 ausländische jüdische Flüchtlinge in der Stadt. Etwa 2 500 in der Stadt verbliebene Juden traf indessen die volle Wucht der nationalsozialistischen Rassengesetze.⁴³ Die *Discriminati* waren nun ohne jeden gesetzlichen Schutz und sahen sich der geballten Gewalt der deutschen Verfolgung ausgesetzt. Bis Dezember 1943 sollten die Nationalsozialisten Triest für judenfrei erklären.

Bis dies aber bewerkstelligt war, hatten die deutschen Beamten mit faschistischen Regierungsstrukturen, lokalen Traditionen und kulturellen Erwartungshaltungen zu ringen, die nationalsozialistischen Zielen nicht unbedingt förderlich waren. Mit Triest betreten die Nationalsozialisten eine Stadt, deren komplexe und widersprüchliche Haltung zu den Deutschen und Deutschland eine lange Geschichte hatte und in der lokale Identitäten

³⁹ Zur militärischen und strategischen Lage siehe Wedekind, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik; Karl Stuhlpfarrer, Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“ 1943–1945, Wien 1969; Roland Kaltenecker, Operationszone „Adriatisches Küstenland“: Der Kampf um Triest, Istrien und Fiume 1944/45, Graz 1993; Stefano Di Giusto, Operationszone Adriatisches Küstenland. Udine, Gorizia, Trieste, Pola, Fiume e Lubiana durante l’occupazione tedesca, 1943–1945, Udine 2005; und Marco Pirina/Annunziata D’Antonio, Adriatisches Küstenland, 1943–1945 (zona d’operazioni litorale adriatico), Pordenone 1992.

⁴⁰ Pier Arrigo Carnier, Lo sterminio mancato: la dominazione nazista nel Veneto orientale 1943–1945, Milano 1982, S. 19.

⁴¹ Galliano Fogar, L’occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera, in: Adolfo Scalpelli (Hrsg.), San Sabba: Istruttoria e processo per il Lager della Risiera, Milano 1988, S. 4.

⁴² AdS (TS), Pref. Gab. (1943) b. 446, Guerra: Stralci lettere censurate, Melania Vlah an Luigi Vlah Capor, 2. 9. 1943.

⁴³ Bon, Gli ebrei a Trieste, S. 265–268 und 343.

nur sehr verschwommen definiert waren. Überdies hatten die Triester im Herbst 1943 begriffen, wie prekär die militärische Lage der Deutschen war; dies erschien aus ihrer lokalen Perspektive umso offensichtlicher, als die deutschen Soldaten sich außerstande zeigten, die in der Gegend operierenden Partisanen erfolgreich zu bekämpfen. All dies verstärkte die in der Stadt herrschende Unsicherheit.

Die lokalen Reaktionen auf die nationalsozialistische Besatzung umfassten das gesamte Spektrum zwischen aktiver Kollaboration und aktivem Widerstand.⁴⁴ Ein großer Teil der städtischen Bevölkerung und auch zahlreiche örtliche Beamte fügten sich der deutschen Herrschaft.⁴⁵ Viele nahmen sie einfach als eine weitere Episode in der Geschichte der Stadt hin, als ein Kapitel in der Saga ihres Grenzlandes. Italienische Nationalisten in Triest, politische Konservative und Faschisten, die die Furcht vor den Bolschewisten und vor den Kräften auf der politischen Linken teilten, hatten sich jahrzehntelang einen offenen Kampf mit Antifaschisten, Slowenen und Kroaten (die ihnen wegen ihres Slawentums als „ethnische“ Feinde galten) geliefert und waren nun bereit, die nationalsozialistische Verwaltung als Verbündete gegen ihre traditionellen politischen Feinde zu akzeptieren.

Der Bürgermeister von Triest, Cesare Pagnini, und der Präfekt von Triest, Bruno Cocconi, fügten sich nicht nur, sondern entschlossen sich zur Kollaboration, vorgeblich, um den italienischen Charakter der Stadt und ihre ökonomischen Interessen zu schützen. Sie unterhielten enge Verbindungen zu den Deutschen, nutzten aber gleichzeitig ihre privilegierten Positionen, um Beziehungen zu italienischen Institutionen und Regierungsstellen in Salò zu pflegen und an italienischen Traditionen und italienischer Politik festzuhalten.

Die bestehenden Brücken nach Salò lieferten Bankangestellten einen Vorwand, um der Beschlagnahmung jüdischen Eigentums und Vermögens durch die Deutschen Widerstand entgegenzusetzen. Unter Verweis auf widersprüchliche Bestimmungen im deutschen und im italienischen Recht zögerten sie die Beantwortung deutscher Anfragen hinaus und vereitelten die Versuche der Finanzverwaltung im OZAK, Geldmittel nach Deutschland zu transferieren. Sie benutzten die italienische Staatsbank, die ihren Hauptsitz in Salò hatte, als Puffer, um Triester Bankvertreter abzuschirmen, die sich bei der Freigabe von Geldmitteln und anderen Vermögenswerten zurückhaltend zeigten. Italienische Bankangestellte im OZAK verweigerten den Deutschen die Herausgabe von Informationen mit der Begründung, dass dies mit italienischen Gesetzen zum Schutz der Privatsphäre unvereinbar sei. Bis weit ins Jahr 1944 hinein weigerten sich Triester Banken, private jüdische Sparbuchguthaben auf deutsche Konten zu überweisen, wobei sie argumentierten, dass unmöglich festgestellt werden könne, ob die fraglichen Beträge legal an diejenigen Arier übertragen worden seien, die nun im Besitz dieser Sparbücher waren.⁴⁶ Dieses fehlende Entgegenkommen gegenüber den Deutschen zögerte Enteignungen zwar hinaus, ist aber nicht als Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft oder gegen die nationalsozialistische Auffassung von Rassenfragen bzw. die entsprechende Politik einzuordnen. Es war ein Bündel von Faktoren, von der individuellen Position und Prominenz über vermeintliche persönliche oder lokale Vorteile und nationalistische Auffassungen bis hin zu übernommenen Haltungen, Vorstellungen und Werten, das die Bereitschaft lokaler italienischer Beamter zur Kooperation beeinflusste.

⁴⁴ Jacques Semelin, *Unarmed against Hitler: Civilian Resistance in Europe, 1939-1943*, Westport, CT 1994.

⁴⁵ Fogar, *Trieste in guerra*, S. 83.

⁴⁶ Governo Italiano, *Property Seizure in the Adriatic Coast Area*, S. 218 und 224.

Im Herbst 1943 erhoben die italienischen Behörden Einspruch gegen den Abtransport von Kunstwerken aus der Villa Varda, dem Anwesen des erst kürzlich verstorbenen Eigentümers Mario Morpurgo de Nilma. Morpurgo de Nilma, seit 1939 ein *Discriminato*, hatte zu den führenden Bürgern von Triest gehört.⁴⁷ Das Büro des Präfekten und auch der Präsident der Sektion Triest der Delegation für die Nationalgeschichte Venetiens [*Deputazione di storia patria per le Venezie*], Piero Sticotti, der ein persönlicher Freund Morpurgo de Nilmas gewesen war, vertraten die Ansicht, dass die Kunstwerke Teil einer privaten Sammlung gewesen seien, die der Erblasser testamentarisch der Stadt Triest vermacht habe und die mit Morpurgo de Nilmas Tod im Herbst 1943 in das Eigentum der Stadt übergegangen seien. Das Handeln der italienischen Behörden war wahrscheinlich Ausdruck einer gewissen Wertschätzung für Morpurgo de Nilma, aber sicherlich auch von dem Wunsch motiviert, jüdischen Besitz als Teil des Triester Vermögens zu schützen und zu erhalten. Nach einer längeren Auseinandersetzung willigten die Deutschen ein, die Sammlung weder aufzulösen noch auszuführen.⁴⁸

Von September 1943 bis Mai 1945 verwendeten die deutschen Behörden erhebliche Energien auf den Erwerb jüdischen Eigentums, das sich im Besitz öffentlicher Einrichtungen befand (es lagerte in öffentlichen Hafenhallen, nachdem es von Regierungsbeamten unter Zwangsverwaltung gestellt worden war) sowie auch von persönlichen Habseligkeiten, die in privaten Wohnräumen und Gebäuden zurückgeblieben waren. In einigen Fällen bremsten die italienischen Behörden deutsche Begehrlichkeiten mit dem Verweis auf komplizierte und widersprüchliche Rechtsprechung, zum Vorteil jüdischer Privatpersonen oder Unternehmen, aus. In anderen Fällen nutzten sie allerdings die Lage aus, um sich persönlich zu bereichern. Der Oberbefehlshaber für das Adriatische Küstenland berichtete von Unregelmäßigkeiten bei den Enteignungen und nannte dabei ausdrücklich die fragwürdigen Vorgänge im Rahmen der „M[öbel]-Aktion“, die „von der ortsansässigen Firma Kühne und Nagel“ durchgeführt wurde.⁴⁹ Letztlich waren die deutschen Erfolge beim Abtransport lokalen Eigentums aber begrenzt.

Die Reaktionen offizieller italienischer Stellen auf die nationalsozialistische Herrschaft waren indessen nicht einheitlich. Wenigstens zu Beginn schienen vor allem Unterwürfigkeit und Akzeptanz für das Verhältnis zwischen der Triester Führungsschicht und deutschen Stellen kennzeichnend zu sein. Als Leiter der Vereinigung für den Erhalt venezianischer Kunstschätze kämpfte Sticotti darum, die Sammlung Morpurgo de Nilmas für Triest zu erhalten, aber in seiner Eigenschaft als Verleger der Triester Kulturzeitschrift *Archeografo triestino* war er eifrig darauf bedacht, deutschen Vorlieben entgegenzukommen, indem er in seinen Artikeln das Habsburger Erbe der Adriastadt und auch die Zusammenarbeit mit den Deutschen vor Ort betonte.⁵⁰ Im Oktober 1943 schrieb der Regionaldirektor des Italienischen Fussballverbandes (*Federazione italiana giuoco calcio*) an den Präfekten und bat um die Erlaubnis, das jährliche Turnier der Stadt veranstalten zu dürfen. Dabei bot er „freien Eintritt“ für Angehörige der deutschen Truppen an und schlug vor, diese könnten ihre eigene Mannschaft aufstellen.⁵¹

⁴⁷ Bon, *Gli ebrei a Trieste*, S. 178.

⁴⁸ AdS (TS), *Segreteria generale*, 4-28/1943, Morpurgo di Nilma.

⁴⁹ Governo Italiano, *Property Seizure in the Adriatic Coast Area*, S. 216f.

⁵⁰ AdS (TS), *Pref. Gab.* (1943) b. 444, 0318 A-B, Piero Sticotti, 20. 11. 1943.

⁵¹ AdS (TS), *Pref. Gab.* (1943) b. 444, 0318 A-B, Umberto Petariny, 18. 10. 1943.

Trotzdem blieben die Treue der Triester zu Italien und auch ihre Verbindungen nach Salò stark genug, um den Zorn der Deutschen zu erregen. Im März 1944 bekräftigte Rainer den deutschen Willen, die Triester gewaltsam von den Italienern zu trennen, indem er Personen, die von außerhalb des Küstengebiets kamen, eine besondere Erlaubnis zum Betreten nationalsozialistischen Territoriums abverlangte und den Aufenthalt in der Adriastadt auf maximal sieben Tage beschränkte.⁵² Während der gesamten Zeit der deutschen Besatzung verlieh die Regierung von Salò weiterhin die italienische Staatsangehörigkeit und nahm auch Einwohnern der Stadt Triest den entsprechenden Eid ab. Die Behörden im Büro des Triester Präfekten achteten sorgsam darauf, dass Neubürger das entsprechende Gelöbnis ablegten und schworen, „der Italienischen Sozialrepublik treu zu sein und ihren Gesetzen loyal zu gehorchen“.⁵³

Akzeptanz und Fügsamkeit: Das Rassenprogramm der Nationalsozialisten, ihre „Judenfrei-Politik“ und San Sabba

Während das Leben in der Stadt für ihre Bewohner weiterhin seinen gewohnten Gang gehen sollte, war es für Juden, Slowenen und Antifaschisten von jeglicher Normalität weit entfernt. Die physische Entfernung der Juden aus den Adriaprovinzen erwies sich als wesentlich einfacher als die Eliminierung ihrer Präsenz, ihres Eigentums, ihres Vermögens und ihres Einflusses. Ihrer Intentionen ungeachtet spielten die Kollaborateure in der Stadt letztlich genau die Rolle, die ihnen von den Nationalsozialisten zgedacht war: Sie fungierten als eine Art „politisches Polster“ zwischen den Nationalsozialisten und der örtlichen Bevölkerung.⁵⁴

Während der ersten paar Wochen der deutschen Besatzung war „dem Augenschein nach alles friedlich“.⁵⁵ Viele jüdische Familien, die vor den Rassengesetzen in der italienischen Gesellschaft gut assimiliert gewesen waren, hatten auch den italienischen Nationalismus und die Sache der Irredenta eifrig unterstützt. Die neue Rechtslage war zwar demütigend und erschwerte ihnen das Leben beträchtlich, doch hatten die italienischen Faschisten die Juden bis dahin nicht so behandelt, dass diese sich physisch bedroht fühlen mussten.

Am 9. Oktober 1943, an Yom Kippur, erlebte Triest die ersten größeren Razzien. Trotzdem zeigten sich die Juden in der Stadt nicht übermäßig beunruhigt, und es wurden weiterhin Gottesdienste in der Synagoge abgehalten. Eine zweite größere Razzia folgte am 29. Oktober. Die Verwaltungsbüros der jüdischen Gemeinde arbeiteten auch nach der Verhaftung des Gemeindegemeindeführers Carlo Morpurgo im Januar 1944 noch einige Tage weiter.

Juden wurden nach und nach und in kleinen Gruppen verhaftet, entweder aufgrund von Denunziationen oder bei Routinekontrollen, bei denen sie keine gefälschten Dokumente vorweisen konnten.⁵⁶ Anfang November 1943 rissen italienische Faschisten in Zivilkleidung – nicht etwa Deutsche oder die SS – die Familie Marcheria aus dem Schlaf und verhafteten sie.⁵⁷ Die Familie wurde ins Coroneo-Gefängnis, die reguläre Strafanstalt der

⁵² Fogar, *Trieste in guerra*, S. 84.

⁵³ AdS (TS), *Prefettura di Trieste: Ufficio cittadinanza (1920–1936)* b. 3454.

⁵⁴ Pupo, *Crisi del regime*, S. 360.

⁵⁵ Laut Ida Marcheria in Pavia/Tiburzi, *Non perdonerò mai*, S. 25.

⁵⁶ Bon, *Gli ebrei a Trieste*, S. 318.

⁵⁷ Pavia/Tiburzi, *Non perdonerò mai*, S. 27.

Stadt, verlegt, wo sie gemeinsam mit anderen jüdischen Gefangenen auf den Abtransport ins Konzentrationslager warten musste. Im Herbst 1943 wurden 546 in Triest verhaftete Juden deportiert; es war unter allen italienischen Ortschaften die zweithöchste Zahl.⁵⁸ Dennoch lebten einige Juden ganz offen in der Stadt und konnten auch in ihren eigenen Wohnungen bleiben. Nerina Zaira Levi hat die Verhaftung ihrer Familie durch die SS in der Wohnung in der Via Petrarca auf den 25. April 1944 datiert.⁵⁹ Ilda Noris Levi Viviani hat sich an den 25. August 1944 als den Tag erinnert, an dem sie mit ihrem Vater und ihren Brüdern verhaftet und in die Risiera verschleppt wurde; dabei waren sie und ihre Familienmitglieder nur zwei SS-Offizieren gefolgt, die sie gebeten hatten, sich einer Routineüberprüfung zu unterziehen.⁶⁰

Die Methoden der Gestapo waren in Italien nachgeahmt worden, seit die Partnerschaft der Achsenmächte im Krieg begonnen hatte, doch die Verlegung der Mannschaft des „Einsatzes Reinhard“ mit fast der gesamten von Odilo Globocnik befehligten Mannschaft, die in Polen 92 Mann gezählt hatte, brachte von den Nationalsozialisten geschultes SS-Personal nach Triest, das in Polen Erfahrung in der Leitung von Vernichtungs- und Konzentrationslagern erworben hatte. Globocnik, der 1904 in Triest geboren worden war, kehrte als Höherer SS- und Polizeiführer der OZAK in die Adriastadt zurück. Globocnik war nicht übermäßig kompetent – Anschuldigungen wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten in seinem Machtbereich verfolgten ihn während seiner gesamten Karriere – aber er war äußerst erfolgreich darin, sich bei seinen Vorgesetzten einzuschmeicheln.⁶¹

Die Mannschaft des „Einsatzes Reinhard“ war dafür verantwortlich, das adriatische Küstengebiet für das Reich zu sichern. Dies bedeutete die physische Eliminierung politischer Gegner, ethnisch und rassisch definierter Feinde sowie all jener, die für „unwürdig“ erachtet wurden, in einem nationalsozialistischen Europa zu leben.⁶² Neben dem Einsatzkommando Reinhard selbst arbeiteten 156 Männer und Frauen aus Triest im Sicherheitsdienst und in der Sicherheitspolizei des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), und 212 Einheimische stellten sich in die Dienste von SS und Gestapo. Nationalsozialistische Personalisten lassen erkennen, dass die Mehrzahl der dem RSHA Unterstellten als Dienstleister tätig war, als Übersetzer, Sekretäre oder Fahrer. Die in den Gestapo-Listen Geführten erscheinen dort als „angestelltes Personal“.⁶³

Das Sonderinspektorat für öffentliche Sicherheit [*Ispettorato Speciale di Pubblica Sicurezza per la Venezia Giulia*], das 1942 in Triest eingerichtet worden war, um antifaschistische Elemente zu unterdrücken, leistete Globocnik und seinem mitgebrachten NS-Personal unentbehrliche Hilfe. Diese faschistischen italienischen Kräfte, die bis September 1943 damit beschäftigt waren, „Nationalitätenprobleme im Grenzland“ mit Gewalt, Unterdrückung und Folter zu lösen, unterstützten nun die nationalsozialistischen Funktionsträger und beteiligten sich an Razzien und Deportationen von Juden, Antifaschisten und „ethnischen Feinden“ des Dritten Reiches. Die Beamten des Inspektorats versorgten die deutschen Beamten mit Informationen über Juden und deren Besitztümer, die 1942 und 1943 in Triest vom Zentrum für die Erforschung des jüdischen Problems zusammengetragen wor-

⁵⁸ An erster Stelle stand Rom mit 1 680 Deportierten.

⁵⁹ Zeugenaussage von Nerina Zaira Levi, 5. 6. 1967, in: Scalpelli (Hrsg.), San Sabba, S. 46.

⁶⁰ Zeugenaussage von Ilda Noris Levi Viviani, 29. 9. 1967, in: Scalpelli (Hrsg.), San Sabba, S. 60.

⁶¹ Vgl. auch Wedekind, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik, S. 306–312.

⁶² Fogar, L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera, S. 10.

⁶³ Ebenda, S. 32f.

den waren.⁶⁴ Die faschistische Miliz wurde bis März 1944 unter der Aufsicht der SS zur *Milizia Difesa Territoriale* umgestaltet, die dem deutschen Oberkommando unterstand.⁶⁵

Globocniks Bemühungen, vermeintliche Bedrohungen für das nationalsozialistische Regime zu erfassen und zu eliminieren, gipfelten im sogenannten „Einsatz R“ und der Errichtung des einzigen Todeslagers und Krematoriums auf italienischem Boden, der zu Triest gehörenden Risiera di San Sabba. Das Lager fand seinen Platz in einer verlassenen Reisfabrik, die in einem verkehrstechnisch gut erschlossenen Industriegebiet an der Küste stand. In der unmittelbaren Nachbarschaft lagen die Arbeiterviertel der Stadt, die AGIP-Raffinerien und die S. Marco-Werft.⁶⁶ Im Herbst 1943 wurde der bereits 1913 errichtete Gebäudekomplex zum Stalag 339, einem Gefängnis für gefangene Soldaten umfunktionierte. Anfang 1944 wurde daraus ein von der Polizei geführtes Internierungslager. Anders als die großen Lager im besetzten Polen befand sich die Risiera in einem dicht bevölkerten Stadtgebiet. In mehreren, rund um einen Hof angeordneten Gebäuden umfasste er Gefangenzellen, Wohnräume für Beamte, Lagerhäuser für beschlagnahmten Besitz, Garagen, die gleichermaßen für Fahrzeuge und Vergasungen genutzt wurden, und nicht zuletzt die berüchtigten Öfen. Diese wurden im Frühjahr 1944 genutzt, um menschliche Überreste zu beseitigen. Im März wurden sie nach Plänen Erwin Lamberts umgebaut, der sich mit seiner Arbeit an den Krematorien im besetzten Polen einen Namen gemacht hatte. Lamberts Verbrennungsanlagen waren von April 1944 bis April 1945 in Betrieb, als die Deutschen aus der Stadt fliehen mussten und die Öfen zerstörten.⁶⁷

Die Lagerkommandanten, SS-Obersturmbannführer Christian Wirth, der sich den Beinamen „Christian der Grausame“ erwarb, und SS-Obersturmbannführer Dietrich Allers, hatten die Oberaufsicht über Verhöre, Folterungen und/oder die Ermordung in San Sabba. Etwa 5 000 Häftlinge wurden hier getötet, insgesamt waren ungefähr 15 000–20 000 Menschen zeitweise im Lager inhaftiert. Zeugenaussagen zufolge fanden Tötungen gewöhnlich bei Nacht statt. Die Deutschen ließen „heitere Musik bei voller Lautstärke“ laufen, um die Schreie aus dem Lager zu übertönen.⁶⁸ Die Tötungsmaschinerie in San Sabba war vor allem für „politische Feinde“ der Faschisten (antifaschistische Partisanen, darunter einige Italiener, aber doch deutlich mehr Slowenen und Kroaten) errichtet worden, die in dem Gebiet gefangen genommen wurden. Einige Juden wurden dort sofort hingerichtet, doch hatte die Risiera in erster Linie die Funktion einer Durchgangsstelle für diejenigen, die in Venetien und anderen Gegenden Italiens und auf dem Balkan gefangen genommen und in Triest vorübergehend festgehalten wurden, bevor ihr Abtransport nach Dachau, Auschwitz oder Mauthausen erfolgte. Während die Gefangenen darauf warteten, leisteten sie im Lager Zwangsarbeit für die SS, wobei sie vor allem Handwerksarbeiten und Dienstleistungen zu verrichten hatten, die den Komplex nahezu autark machten.⁶⁹

⁶⁴ Ebenda, S. 49.

⁶⁵ Di Giusto, *Operationszone*, S. 229f.

⁶⁶ Fogar, *L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 66.

⁶⁷ Comune di Trieste, *Risiera di San Sabba: Monumento nazionale*, Broschüre o. J.

⁶⁸ Renato Sarti, *I me chiamava per nome: 44 787 vierundvierzigtausendsiebenhundertsiebenundachtzig – Risiera di San Sabba*, Milano 2001, S. 62; die in der Literatur angegebenen Häftlingszahlen schwanken zwischen 7 000 bis 20 000; vgl. Wedekind, *Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik*, S. 372.

⁶⁹ Gherardi Bon, *Un campo di sterminio*, S. 1447f. und Fogar, *L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 66f. und 86f.

Der Standort des Risiera-Komplexes in der Stadt und die komplexe Überlappung von deutschem Nationalsozialismus und italienischem Faschismus brachte Anomalien hervor, die es Einzelnen ermöglichte, dem Schicksal zu entgehen, das sie in größeren Lagern auf dem Land mit Sicherheit getroffen hätte. Nationalsozialistische Funktionsträger waren für Bestechung empfänglich, und dank ihrer Korruption gelang einigen Gefangenen die Flucht. Maria Del Monte Grando, die verhaftet und geschlagen wurde, weil sie Informationen über den Aufenthaltsort ihres jüdischen Lebensgefährten Zaccharia Salonicchio preisgeben sollte, konnte in dem Chaos eines Luftangriffs in die Stadt entkommen, nachdem ihr Bruder über eine Mittelsperson dem Hauptmann Gottlieb Hering die gigantische Summe von 380 000 Lire hatte zukommen lassen.⁷⁰ Salonicchio hatte das Glück, einer Verhaftung zu entgehen und konnte sich bis zur Befreiung in Triest verstecken.⁷¹

Unterdrückung und Widerstand: Juden, Slowenen, Partisanen und die Spirale der Gewalt

Die Gräueltaten, die das faschistische Inspektorat in Gebäuden und Villen in der Nähe des Stadtzentrums beging, und auch der Standort der Risiera innerhalb der Stadt machten die Bereitschaft der Faschisten wie auch der Nationalsozialisten deutlich, Gewalt gegen diejenigen anzuwenden, die ihre Herrschaft in der Stadt selbst oder in den Gemeinden der Umgebung herausforderten. Für die deutschen Angehörigen des Einsatzkommandos Reinhard begann mit ihrer Verlegung nach Triest eine „Erholungsphase“, nachdem sie die Aktion Reinhard und angespannte Monate bei dem Massaker an über einer Million polnischer Juden hinter sich gebracht hatten.⁷² Franz Stangl, der ehemalige Kommandant von Treblinka und Sobibor, erinnerte sich an die Monate nach September 1943 als eine „Zeit der Reinigung“. Die in Triest verübten Gräueltaten und auch die Realität der Risiera „verschwanden aus seiner Erinnerung und aus seinem Bewusstsein, als habe es sie nie wirklich gegeben“.⁷³

Für viele Triester begann mit der deutschen Besatzung eine weitere Phase der Gewalt und des Leids. Der Student Pino Robusti schrieb einen Tag vor seiner Hinrichtung in einem Brief an seine Verlobte: „Ich werde eines von Hunderttausenden Opfern sein, die nach einem Massenverfahren in einem Lager oder sonstwo niedergemäht werden. Für Dich wird das schrecklich sein, für die Masse wird es keine Bedeutung haben und nichts sein als noch eine Zahl mit vielen Nullen. Inzwischen hat sich die Menschheit an das Leben im Blut gewöhnt.“⁷⁴

Selbst diejenigen, die weder in rassistischer noch in politischer Hinsicht etwas zu fürchten hatten, mussten sich eingeschüchtert fühlen. Im Mai 1944 erließ Rainer zum „Schutz der

⁷⁰ Fogar, *L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 69.

⁷¹ Maria Del Monte Grando, 5. 4. 1971, in: Scalpelli (Hrsg.), *San Sabba*, S. 125f.

⁷² Das Faksimile des Briefes, in dem Himmler am 30. 11. 1943 Globocnik für seine „großen und einmaligen Verdienste, die Sie sich bei der Durchführung der Aktion Reinhardt für das ganze deutsche Volk erworben haben“, dankt, ist zugänglich unter: http://www.ghwk.de/2006-neu/aktion_reinhardt_3.jpg. Eine englische Fassung ist zu finden unter: <http://www.jewishgen.org/yizkor/belzec1/bel130.html> (Zugriff am 1. 6. 2011).

⁷³ Bon, *Un campo di sterminio*, S. 1440. Vgl. auch Gitta Sereny, *Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker Franz Stangl und die Morde von Treblinka*, München 1995.

⁷⁴ Sarti, *I me ciamava per nome*, S. 66. Zu Robusti siehe Fogar, *L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 74f.

friedlichen Bevölkerung“ eine „Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in der Operationszone Adriatisches Küstenland“, die strenge Bestrafungen einschließlich der Todesstrafe für Banditen oder deren Komplizen vorsah, wenn diese „Handlungen begingen, die die öffentliche Ordnung oder die Sicherheit des öffentlichen Lebens beeinträchtigten“, aber auch für alle, die sich Gewalttaten gegen deutsche Funktionsträger schuldig machten sowie schließlich für jeden, der es versäumte, einen „Kriegsgefangenen, Deserteur oder Agenten feindlicher Mächte zu melden“.⁷⁵ Anlass für diese Anweisungen war die Ermordung von SS-Obersturmbannführer Wirth durch slowenische Partisanen; sie spiegelten das allgemeine Klima der Gewalt und beiläufigen Hinnahme von Brutalität bei denjenigen wider, die sich „an das Leben im Blut gewöhnt“ hatten. Insbesondere für ethnische Minderheiten glitt die Zeit ihrer Verfolgung während der faschistischen Herrschaft unruhig erst in den Krieg und dann in die nationalsozialistische Besatzung ab, um dann in einen gewalttätigen Widerstand umzuschlagen.⁷⁶ Wer sozialistischer Verbindungen oder Sympathien verdächtig war, wurde weiterhin von den Nationalsozialisten verfolgt, wobei die Furcht vor einer Deportation nach Deutschland hinzukam. Die Rekrutierung von Arbeitern für Deutschland war in Italien seit 1941 eine Streitfrage gewesen.⁷⁷ Bis 1943 war eine ganz erhebliche Zahl von Arbeitern aus der bei Monfalcone gelegenen Küstenstadt Duino abgezogen worden, die Verbindungen zu Partisanengruppen unterhielt.

Razzien und strenge Strafen, die aufgrund von Informationen anonymer Informanten verhängt wurden, forderten einen hohen Tribut, und es nützte im Allgemeinen nichts, bei deutschen Stellen vorzusprechen. Im Dezember 1943 beschwerte sich ein Beamter in der Stadt Muggia beim Triester Präfekten, dass vier Arbeiter einer örtlichen Schiffswerft als Antifaschisten verhaftet worden seien, obwohl sie in einem Industriezweig arbeiteten, der von vitaler Bedeutung sei. Die Arbeiter, die von der lokalen Sektion der Faschistisch-Republikanischen Partei (*Partito Fascista Repubblicano*) zur Bestrafung ausgesucht worden waren, hatten zwar in der Vergangenheit Kontakt zu Sozialisten gehabt, konkret aber nichts getan, was ihre Verhaftung hätte rechtfertigen können. Vielmehr, so der Beamte, sei die Denunziation der Arbeiter mit einer Auseinandersetzung zwischen einzelnen *Squadristi* zu erklären. Da keine belastenden Beweise gegen die Arbeiter zu finden waren, wurden sie aus dem italienischen Gefängnis entlassen, dann aber unmittelbar in ein Arbeitslager in Deutschland verschleppt. Der Beamte betonte ausdrücklich die Verärgerung, die diese Verhaftungen und Strafmaßnahmen in der Bevölkerung verursacht hätten.⁷⁸

Als die Deutschen gegen Ende 1943 eintrafen, war die Bevölkerung vor Ort einerseits schon an Gewalt gewöhnt, andererseits in ihrem Widerstand besser organisiert und stärker vereint. Wegen der Verbindungen der Slowenen zu antifaschistischen slawischen Gruppen, Sozialisten und Partisanenverbänden nahmen die Deutschen besonders die slowenischen Teile der Stadt und ihrer Umgebung ins Visier. Bis Dezember 1943 hatten

⁷⁵ AdS (TS), Pref. Gab. (1943) b. 37, Ordinanza riguardante il mantenimento dell'origine pubblico nella Zone di Operazioni 'Litorale Adriatico', 27. 5. 1944.

⁷⁶ Zu Wirths Ermordung durch slowenische Partisanen, die in der Umgebung von Erpelle (Herpelje), einer Kleinstadt in den Bergen des Triestiner Karst südöstlich der Stadt operierten, siehe Fogar, *L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 23.

⁷⁷ AJJDC (NY), Collection 33/44, File 719 (Italy, Refugees General 1940-1942), *The Jewish Situation in Italy* (Summer 1941).

⁷⁸ AdS (TS), Pref. Gab. (1943) b. 447, Commissario prefettizio (Muggia) an Bruno Coceani, 4. 12. 1943.

deutsche Angriffe und Partisanenaktionen den Triestiner Karst, also die Kalksteinhügel und die Ebene oberhalb von und im Osten der Stadt, in Schutt und Asche gelegt. Das Dorf Monrupino mit seinen 921 Einwohnern, das für seine Unterstützung der Partisanen bekannt war, traf es gleich zu Beginn. Bei einer von 300 deutschen Soldaten durchgeführten Razzia am 27. September 1943 wurden drei Jugendliche getötet und 70 Männer aus dem Ort verhaftet und in Lager in Deutschland verschleppt.⁷⁹ Aus dem Dorf Bucuie berichtete der Bürgermeister Federico Golle im Dezember 1943, dass in seiner Ortschaft „wie auch in allen anderen Gemeinden des Hohen Karst ein absoluter Mangel an öffentlicher Ordnung“ herrsche.⁸⁰ Aus Doberdò del Lago hieß es im gleichen Monat: „Das Dorf ist niedergebrannt, und es gibt nichts mehr aufzuzeichnen. Auch ist das öffentliche Register vollständig zerstört. Die Verwaltung befindet sich nun in San Canziano d’Isonzo.“⁸¹ Der Widerstand auf dem Land ließ sich trotz deutscher Vergeltungsmaßnahmen nicht unterdrücken. Ein 60 Kilometer langer Landstreifen entlang der Straße zwischen Triest und Fiume (Rijeka) war für Deutsche, Partisanen und Zivilisten gleichermaßen eine Todeszone. Am 30. April 1944 übten die Deutschen für einen Partisanenangriff Vergeltung, indem sie 287 Zivilisten, vor allem Frauen, Kinder und ältere Überlebende früherer Razzien, Deportationen und Angriffe, in dem kroatischen Dorf Lipa in der Gegend von Karlovac niedermetzten.⁸² Im Herbst 1944 war jegliche öffentliche Ordnung in den Gemeinden am Karst vollständig zusammengebrochen. In den Dörfern Divaccia, Cave Auremiane und Cergnale „bewahrte die Bevölkerung Ruhe“, aber es gab dort keine Bürgermeister und keine Präfekturbeamten mehr, und wie Beamte in der Umgebung berichteten, wollte auch niemand in der Gegend diese Funktionen übernehmen.⁸³

Im Juni 1944 setzten die alliierten Luftangriffe auf Triest ein, und die lokalen Behörden organisierten ein Zivilcorps, das der städtischen Bevölkerung helfen sollte, damit fertig zu werden. Der Tribut, den die Gewalt der Deutschen forderte, wurde in einer Beschwerde des Provinzbefehlshabers (*Comandante provinciale dell’Unione Nazionale Protezione Antiaerea/UNPA*) des Triester Zweiges des Nationalen Verbandes zum Schutz gegen Luftangriffe (*Unione Nazionale Protezione Antiaerea*) offenkundig: Dieser erklärte die schwache Einsatzmoral seiner Männer im September 1944 nicht mit der Belastung durch die Luftangriffe, sondern mit dem Vorgehen der Deutschen, die „Repressalien und Strafen ohne ausreichenden Grund“ verhängten.⁸⁴ Die Mitglieder des Verbandes genossen grundsätzlich Schutz vor Razzien, die der Rekrutierung von Arbeitskräften dienten; trotzdem deportierten die Deutschen zunehmend auch sie. Der Bürgermeister und auch der Präfekt beklagten sich bitterlich über die ungesetzlichen Verhaftungen derart geschützter Arbeiter, von denen sie sagten, sie seien mit einer gefährlichen Arbeit im Zivilschutz betraut.

Während diese Arbeiter zwar tatsächlich im Zivilschutz arbeiteten, waren die italienischen Beamten dennoch nicht ganz aufrichtig in Bezug auf die Natur ihrer Tätigkeit. Bis 1944 hatte die Spirale von Gewalt und Vergeltung in der Stadt eine enorme Unzufriedenheit ausgelöst, die dem antifaschistischen Widerstand Auftrieb gab. Einige der im Zivilschutz tätigen Arbeiter (unter denen sich auch einige Söhne der prominentesten Bürger

⁷⁹ AdS (TS), Pref. Gab. (1943) b. 456, Comune di Monrupino, 3. 12. 1943.

⁸⁰ AdS (TS), Pref. Gab. (1943) b. 456, Comune di Bucuie, 16. 12. 1943.

⁸¹ AdS (TS), Pref. Gab. (1943) b. 456, Comune di Doberdò del Lago, 2. 12. 1943.

⁸² Fogar, *L’occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 25.

⁸³ AdS (TS), Pref. Gab. (1944) b. 477, Comuni: Divaccia, Cave Aur. e Cergnale, 1. 10. 1944.

⁸⁴ AdS (TS), Pref. Gab. (1944) b. 466, Provincial Commander an den Präfekten von Triest, 4. 9. 1944.

befanden, die eingetreten waren, um deutschen Razzien zu entgehen) waren mit Passierscheinen ausgestattet, die es ihnen auch nach der abendlichen Ausgangssperre gestatteten, sich frei in der Stadt zu bewegen, und sie nutzten dies auch zu nächtlichen Widerstandsaktivitäten.

Den deutschen Besatzern fiel es fast ebenso schwer, mit ehemaligen Angehörigen der italienischen Polizei umzugehen wie mit zivilen Widerständlern. Als im Frühjahr 1944 die Miliz für Territorialverteidigung im adriatischen Küstengebiet des Reiches gebildet wurde, standen ihr auf dem Papier rund 10 000 Mann zur Verfügung. Im August 1944 waren davon nur noch 8 000 übrig, und Anfang 1945 war diese Zahl noch einmal auf etwa 6 000 gefallen. Die *Carabinieri*, die nationale Polizei mit ihrer traditionellen Loyalität zum italienischen König, erwiesen sich als besonders unzuverlässig. Von 1 500 *Carabinieri*, die während der deutschen Besatzung in Triest Dienst taten, schlossen sich nur 171 der Miliz für Territorialverteidigung an, und nur etwa 300 traten in die Finanzpolizei ein. Im Juli 1944 befahl das SS-Kommando, alle früheren nationalen Polizeieinheiten in der OZAK aufzulösen.⁸⁵

Im September 1943 geäußerte Hoffnungen, dass die „sanften Worte des Papstes gehört“ werden mögen, erfüllten sich zwar nicht; dennoch war das Vertrauen darauf, dass die katholische Kirche alles tun würde, um das Leiden in Triest wenigstens abzumildern, durchaus angebracht.⁸⁶ Der Bischof von Triest und Capodistria (Koper), Antonio Santin, hatte sich die Reputation erworben, zugunsten der Verfolgten in dem Grenzland zu intervenieren, und er trat sowohl der faschistischen als auch der nationalsozialistischen Führung herausfordernd entgegen. Santin füllte das Amt des Bischofs von Fiume (Rijeka) von 1933 bis 1938 aus, und er konnte dabei ein gutes Verhältnis zwischen den Katholiken in der Stadt und den 1 300 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde herstellen. Als er 1938 in das größere Bistum Triest wechselte, hatte er einen wesentlichen Anteil daran, dass die in der Stadt erscheinende katholische Zeitschrift *Vita Nuova* ihren antisemitischen Grundton aufgab und einen antirassistischen Standpunkt zu vertreten begann, den sie mit einem universellen Humanitarismus begründete. Als Santin am 19. Dezember 1938 nach Rom in den Palazzo Venezia einbestellt wurde, nachdem er sich bei Mussolinis Besuch in Triest im vorangegangenen September einige Bemerkungen über den Diktator erlaubt hatte, trat der Bischof dem Duce entgegen, indem er die Anwendbarkeit der Rassengesetze bei Konvertierten und Kindern aus Mischehen in Frage stellte. Er vertrat dabei den Standpunkt, dass die einschlägigen Passagen zur Mischehe eine Verletzung des Konkordats von 1929 darstellten. Mit dieser Zusammenkunft in Rom gab Santin den Ton vor, in dem er auch später bei faschistischen und nationalsozialistischen Funktionsträgern vorsprach.⁸⁷

Santin stammte aus Istrien – er war in Rovigno/Rovinj geboren – und hatte Zeit seines Lebens für die Rechte und die Würde der slawischen Bevölkerung gekämpft, wobei seine Aufmerksamkeit insbesondere den katholischen Slowenen und Kroaten in seinen Diözesen gegolten hatte. Er trat nie der faschistischen Partei bei. Bei seiner Zusammenkunft mit Mussolini im Dezember 1938 sprach er sowohl „das slawische Problem“ als auch das „jüdische Rassenproblem“ an, wobei er ausführte, dass die faschistische Politik ungerecht, inhuman und unchristlich sei und im Übrigen einen „Affront gegen den religiösen Frie-

⁸⁵ Di Giusto, Operationszone, S. 230.

⁸⁶ AdS (TS), Pref. Gab. (1943) b. 446, Guerra: Stralci lettere censureate, Melania Vlah an Luigi Vlah Capor.

⁸⁷ Sergio Galimberti, La Chiesa, Santin e gli ebrei a Trieste, Trieste 2001, S. 77.

den in Italien“ darstelle.⁸⁸ Zwischen 1939 und 1943 konnte er Flüchtlingen und „ausländischen Juden“ in Triest und Kroatien helfen, indem er eng mit dem Sekretär der Jüdischen Gemeinde, Carlo Morpurgo, zusammenarbeitete und seine Verbindungen zu slowenischen und kroatischen Priestern nutzte. Im März 1943, noch bevor die Nationalsozialisten auf den Plan traten, war er schon für seine Proteste gegen die Folterungen bekannt geworden, derer sich die öffentlichen Sicherheitskräfte bedienten.⁸⁹ Santins Intervention bei den nationalsozialistischen Behörden wurzelte letztlich in der ihm vertrauten Rolle eines Vermittlers zwischen politischen Behörden und seinen Gemeindegliedern in dem konfliktgeladenen, multiethnischen Grenzland.⁹⁰ Während der deutschen Besatzung konzentrierte er sich darauf, die Folterung einzelner Personen zu verhindern, die sich im Gewahrsam der Sicherheitspolizei befanden, und Menschen zu retten, die in Gefahr waren, deportiert zu werden. Sein Einschreiten war erfolgreich im Falle des Triester Schriftstellers Giani Stuparich, der teilweise jüdischer Abstammung war, und auch bei den Eltern der zum Katholizismus konvertierten Schriftstellerin Pia Rimini.⁹¹ Auch half er dabei, Juden zu verstecken und sie außerhalb der Stadt in Sicherheit zu bringen. Schließlich ist ihm die Rettung jüdischer Dokumente und Wertgegenstände aus der Synagoge zu verdanken, die ihm anvertraut wurden.⁹² Er soll Carlo Morpurgo, dem Sekretär der jüdischen Gemeinde, Hilfe angeboten haben, doch lehnte dieser mit dem Hinweis ab, dass ein Kapitän sein sinkendes Schiff nicht verlasse.⁹³

Trotz dieser Interventionen schwieg Santin in der Öffentlichkeit zur Verfolgung der Juden, sieht man von einigen verschleierte Anspielungen auf ihr unverdientes Schicksal ab, die er ab 1938 in seine Reden und Predigten einbaute. In einem vom November 1943 datierenden Brief an Papst Pius XII. gab er seine Sorge um die Juden, insbesondere um diejenigen, die konvertiert waren oder in Mischehen lebten, als Grund für seine Intervention beim deutschen Botschafter an.⁹⁴ Nach dem Krieg behauptete er, keine Kenntnis von der Natur der Gräueltaten in der Risiera gehabt, sondern geglaubt zu haben, es handle sich um eine Durchgangsstation vor der Deportation.⁹⁵ Seine Sympathien für bzw. seine Zusammenarbeit mit dem Antifaschistischen Komitee für die Nationale Befreiung waren wohl bekannt, doch unterhielt er gleichzeitig gute Beziehungen zu dem von den Deutschen eingesetzten Bürgermeister und zum Präfekten. Diese bezeichnete er als „aufrechte Männer“, die ihre Posten angenommen hätten, um die Ernennung von Germanophilen zu verhindern.⁹⁶

Trotz italienischer „Humanität“ und faschistischer „Unfähigkeit“ wurden 6746 Juden von italienischem Boden deportiert. Fast 1200 Juden, die in dem nationalsozialistisch kontrollierten adriatischen Küstengebiet und in Teilen des Veneto zusammengetrieben

⁸⁸ Galimberti, *La Chiesa, Santin e gli ebrei*, S. 81.

⁸⁹ Fogar, *L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 38.

⁹⁰ Liliana Ferrari, *Il clero del Friuli e della Venezia Giulia di fronte all'occupazione (1943-1945)*, in: *Qualestoria* 23 (1995), Nr. 3, S. 1-26, hier S. 5.

⁹¹ Rimini wurde verhaftet und nach Deutschland deportiert.

⁹² Galimberti, *La Chiesa, Santin e gli ebrei*, S. 89-99. Zu Santins Erinnerungen an diese Zeit siehe Antonio Santin, *Al tramonto: ricordi autobiografici di un vescovo, Trieste 1978*. Zur Vita des Bischofs siehe Guido Botteri, *Antonio Santin, Trieste 1943-1945*, Udine 1963; zu seinen Bemühungen ferner: Bon, *Gli ebrei a Trieste*, S. 349f.

⁹³ Galimberti, *La Chiesa, Santin e gli ebrei*, S. 88f.

⁹⁴ Ferrari, *Il clero del Friuli e della Venezia Giulia*, S. 15, Anm. 45.

⁹⁵ Fogar, *L'occupazione nazista del Litorale Adriatico e lo sterminio della Risiera*, S. 88f.

⁹⁶ Fogar, *Trieste in guerra*, S. 243; Santin, *Al tramonto*, S. 108.

wurden, fanden sich in der Risiera wieder. Die meisten wurden zwischen dem 7. Dezember 1943 und dem 24. Februar 1945 in etwas über 20 Transporten deportiert.⁹⁷ Der Aussage des Überlebenden Carlo Grini zufolge befanden sich am Tag der Befreiung am 29. April 1945 noch 28 Juden in San Sabba.⁹⁸ Vier- bis fünfhundert Juden, ein Zehntel der Vorkriegsbevölkerung, waren in Triest verblieben.⁹⁹

In der unmittelbaren Nachkriegszeit reichte die Erinnerung der meisten nicht allzu weit. Die Alliierte Militärregierung funktionierte die Risiera in ein Lager für *Displaced Persons* um und wusch die Wände der Zellen, auf die die Gefangenen ihre letzten Worte und Gebete geschrieben hatten, buchstäblich weiß. Die Ereignisse in Triest und die nationalsozialistischen Verbrechen erfuhren während der Nürnberger Prozesse nur geringe Aufmerksamkeit. Im Klima der Nachkriegszeit wurden die Verbrechen, die Ungerechtigkeiten und auch alles Heldentum zu Munition für die propagandistischen Bemühungen um die Durchsetzung politischer Agenden, die im Zusammenhang mit der Konfrontation zwischen Ost und West, zwischen kommunistischer und demokratischer Politik standen. Verbrechen, die unter der deutschen Besatzung begangen worden waren, ließen sich nur noch schwer von solchen trennen, die das italienische faschistische Regime zu verantworten hatte.

Am Ende war die nationalsozialistische Besatzung verheerend für Triest. Die Behandlung der Juden durch die Italiener erschöpfte sich nicht in „kleinen Unannehmlichkeiten“, die es den Juden erlaubt hätten, den Holocaust in einem Zustand wohlwollender Vernachlässigung zu überleben. Die Ambivalenz der Italiener gegenüber den Deutschen und Deutschland, ihr wohlpropagiertes Engagement für die „Menschlichkeit“ und selbst die fehlende Resonanz der diskriminierenden Rassenpolitik in der italienischen Gesellschaft im Allgemeinen und der Gesellschaft von Triest im Besonderen leisteten nicht viel, wenn es um die Behinderung der von den Nationalsozialisten verfolgten mörderischen Absichten ging. Die Adriastadt hatte sich in zwanzig Jahren faschistischer Herrschaft zu sehr daran gewöhnt, „im Blut zu leben“. Wie Umberto Saba nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem Gedicht „Kleine Geschichten“ beobachtete, teilten Triest und seine jüdische Gemeinde das Schicksal aller im kriegsverwüsteten Europa.

«La casa è devastata,
la casa è rovinata ...
la rovinò dal cielo
la guerra,
in terra
la devastava il tedesco.»¹⁰⁰

Aus dem Englischen übersetzt von Pascal Trees

⁹⁷ Liliana Picciotto Fargion, *Il libro della memoria: Gli Ebrei deportati dall'Italia (1943-1945)*, Milano 1991, S. 29, 60-2.

⁹⁸ Zeugenaussage von Carlo Grini, 5. 6. 1967, in: Scalpelli (Hrsg.), *San Sabba*, S. 39.

⁹⁹ Bon, *Gli ebrei a Trieste*, S. 328. Bis Juli 1945 stieg die Zahl der in Triest registrierten Juden auf 900 an, doch die jüdische Gemeinde war zerstört.

¹⁰⁰ Saba, *Raccontino*, in: *Mediterrancee*, zusammengestellt in: *Tutte le poesie*, S. 544: „Das Haus ist verwüstet, das Haus ist zerstört ... vom Himmel aus zerstörte es der Krieg, auf der Erde verwüstete es der Deutsche.“ Aus dem Italienischen übersetzt von Sonja Schilcher.

Susanne Heim

Widersprüchliche Loyalitäten

Die Reaktionen internationaler jüdischer Hilfsorganisationen auf die Situation der deutschen Juden

In allen Teilen Europas, die sie beherrschten, bedienten sich die Deutschen jüdischer Institutionen als Instrumente ihrer antijüdischen Politik. Entweder funktionierten sie die existierenden Organe der jüdischen Gemeinschaften zu Befehlsempfängern um, oder sie etablierten neue Zwangsinstitutionen, um Juden zur Mitwirkung an der eigenen Verfolgung zu nötigen. Die jüdischen Repräsentanten an der Spitze dieser Institutionen versuchten gleichwohl, die verbliebenen Handlungsspielräume zugunsten der Juden zu nutzen. Doch selbst wenn es ihnen hin und wieder gelang, bei dieser oder jener neu verfügbaren Schikane einen kleinen Aufschub auszuhandeln oder eine Ausnahme für Härtefälle durchzusetzen, so hatten sie häufig keine andere Wahl, als Maßnahmen zu vollstrecken, die sie selbst für verheerend hielten.

In dieser Zwangslage setzten die Vertreter jüdischer Einrichtungen wie der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland oder der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien ihre Hoffnungen zunehmend auf die internationalen jüdischen Organisationen wie das *American Jewish Joint Distribution Committee (Joint)* und den Jüdischen Weltkongress. Von ihnen erwarteten sie nicht nur materielle Unterstützung angesichts zunehmender Verarmung sowie Hilfe bei der Koordination der Auswanderung; häufig stellten die Kontakte zu den internationalen Organisationen auch die letzte Verbindung zur Welt außerhalb des deutschen Machtbereichs dar.

Die führenden Vertreter des *Joint* und des Jüdischen Weltkongresses sahen schon früh, dass die nationalsozialistische Herrschaft die europäischen Juden in ihrer Gesamtheit gefährdete. Entsprechend sammelten sie Informationen über antisemitische Gewalt und judenfeindliche Gesetze in allen europäischen Staaten, die dem deutschen Beispiel nachgeahmt hatten oder von der Wehrmacht besetzt waren. Im Unterschied zu den Berichten jüdischer Institutionen im deutschen Machtbereich entstanden die Lageeinschätzungen des *Joint* und des Jüdischen Weltkongresses nicht unter Zensurbedingungen. Vor allem aber machten sie nicht an den jeweiligen Landesgrenzen halt, sondern spiegelten vielmehr den Versuch wider, der internationalen Verfolgung der Juden auch auf internationaler Ebene zu begegnen. Der *Joint* war in erster Linie eine Hilfsorganisation und als solche auch im Deutschen Reich tätig. Der Jüdische Weltkongress hingegen vertrat den Anspruch, nicht primär philanthropisch, sondern politisch auf die Bedrohung zu reagieren, der die Juden ausgesetzt waren, und lehnte jeden Kontakt mit deutschen Behörden ab. Er verstand sich als Interessenvertretung der Juden allgemein, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer politischen oder religiösen Orientierung.¹

Im Krieg liefen die internationalen Organisationen Gefahr, dass ihre Hilfe für die bedrohten Juden von deutscher Seite funktionalisiert und von Seiten der Alliierten als Ent-

¹ Perlzweig an Barou, 19. 5. 1941, American Jewish Archives (AJA), Cincinnati, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 6, Bl. 125–128; Susanne Heim, Politik oder Philanthropie? Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich 1938–1941, in: Dies./Beate Meyer/Francis Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“, Göttingen 2010, S. 149–165.

lastung der deutschen Kriegswirtschaft und mithin als Feindbegünstigung angesehen würde. Die Befürworter eines antideutschen Boykotts kritisierten Geld- und Lebensmittelsenkungen für die Juden in Deutschland und den besetzten Gebieten ebenso wie viele Zionisten, die alle politischen und finanziellen Anstrengungen auf den Aufbau Palästinas konzentrieren wollten.

Darüber hinaus widersprachen solche Unterstützungsleistungen auch der Außenpolitik der Regierungen in Washington und London. An deren Wohlwollen jedoch war den Vertretern der internationalen jüdischen Organisationen sehr gelegen. Denn durch die Unterstützung der alliierten Regierungen glaubten sie, sich ein Mitspracherecht in der Diskussion um die Nachkriegsordnung und damit die Chance auf einen jüdischen Staat zu sichern. Die Lobbyarbeit der internationalen Organisationen ähnelte in vielem den diplomatischen Bemühungen von Staaten, ihre Interessen auf internationalem Terrain durchzusetzen bzw. die eigenen Handlungsspielräume zu vergrößern. Eine derartige Diplomatie geriet jedoch zunehmend in Widerspruch zur Rettung der bedrohten Juden.

Der Zwiespalt, dem sich die Vertreter der internationalen Organisationen gegenübersehen, zog sich wie ein Riss auch durch ihre eigenen Institutionen: Während die in den Vereinigten Staaten angesiedelten Zentralen sowohl des *Joint* als auch des Jüdischen Weltkongresses die Interessen der alliierten Regierungen im Blick hatten, die sie auf keinen Fall gegen sich aufbringen wollten, agierten die europäischen Repräsentanten beider Institutionen unter dem Eindruck der flehentlichen Appelle der Juden im deutschen Herrschaftsbereich.

Der Balanceakt der internationalen Organisationen zwischen Hilfe für die bedrohten europäischen Juden, Lobbyarbeit und diplomatischen Zugeständnissen an die Regierungen der Alliierten, und schließlich den selbst gesteckten Zielen sind Thema dieses Beitrags. Dabei werden drei Gruppen von jüdischen Repräsentanten unterschieden: die Vertreter der deutschen bzw. österreichischen Juden, die sich an die internationalen Organisationen mit der Bitte um Unterstützung wandten; die jüdischen Funktionäre in den europäischen Dependancen dieser Organisationen und schließlich die Führungsebene der internationalen Organisationen, die in den USA ansässig war.

In gewisser Weise spiegelte sich das Dilemma der nationalen jüdischen Repräsentanten auf internationaler Ebene wider: So wie die Vertreter der Reichsvereinigung oder der Israelitischen Kultusgemeinde sich auf den *Joint* und andere jüdische Organisationen im Ausland zu stützen versuchten, machten die internationalen jüdischen Organisationen Anleihen auf die noch fehlende Staats-Macht bei den alliierten Staaten, von denen sie sich eine Verteidigung der Juden gegen die deutsche Bedrohung erhofften. Besonders deutlich kristallisierten sich die widerstreitenden Loyalitäten, die im zweiten Teil des vorliegenden Beitrags thematisiert werden, im Verlauf des Jahres 1942 heraus, als bei den Vertretern der internationalen jüdischen Organisationen in der neutralen Schweiz und in London, wo sich die Exilregierungen der besetzten europäischen Staaten etabliert hatten, die Informationen über die systematische Vernichtung des europäischen Judentums zusammenliefen.

Verhandlungen und Verzweiflung

Im Januar 1941 reisten Paul Meyerheim von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Josef Löwenherz, Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, mit

Genehmigung der Gestapo für eine Woche zu Verhandlungen mit dem *Joint* nach Lissabon, wo die europäische Zentrale der Organisation ihren Sitz hatte. In den Gesprächen mit den *Joint*-Vertretern Joseph Schwartz und Herbert Katzki warben Löwenherz und Meyerheim um Unterstützung bei der Emigration der Juden aus dem Reich. Löwenherz stand unter besonderem Druck: Aus Wien waren bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn die ersten Juden deportiert worden, und Gerüchte über neue Deportationen kursierten gerade wieder verstärkt in der ehemaligen Hauptstadt Österreichs. Auf der Rückreise von Lissabon machte Löwenherz in Berlin Station und berichtete dem Stellvertreter Adolf Eichmanns, Rolf Günther, von seinen Verhandlungserfolgen in Portugal: Es sei in der nächsten Zeit eine gesteigerte Auswanderung in die USA zu erwarten.² Er habe im Einvernehmen mit Meyerheim den *Joint*-Repräsentanten ein „Maximalprogramm“ präsentiert, das die Auswanderung von monatlich 1500 Personen aus dem Altreich, der „Ostmark“ und dem Protektorat vorsehe. Auch die Aussichten, genügend Devisen für sein Maximalprogramm zu beschaffen, schätzte Löwenherz optimistisch ein. Für vier bis sechs Wochen hatte die Kultusgemeinde noch Devisenreserven oder entsprechende Zusagen vom *Joint*, in der Zwischenzeit müssten weitere Gelder aufgetrieben werden. Löwenherz wollte gleich nach seiner Rückkehr nach Wien beim Konsulat der Vereinigten Staaten vorsprechen und alle notwendigen Schritte für die gesteigerte Auswanderung in die Wege leiten. Schließlich bat er Günther noch um Unterstützung bei der Beschaffung von Eisenbahnwaggons für den Transport der Auswanderer nach Lissabon.

Bis hierhin stimmen die Berichte von Löwenherz und Meyerheim über ihre Verhandlungen in Lissabon weitgehend überein: Auch Meyerheim ging davon aus, dass die US-Konsulate künftig deutlich mehr Visa als bisher ausstellen würden. Und er beriet mit den *Joint*-Vertretern darüber, wie die seit längerem im Reich auf ihre Ausreise in die Dominikanische Republik, auf die Philippinen, nach Shanghai oder anderswohin wartenden Gruppen von Juden bald möglichst an ihr Ziel zu bringen seien.³

Tatendrang und Optimismus, die insbesondere aus Löwenherz' Ausführungen sprechen, erscheinen allerdings in einem anderen Licht, wenn man die Fortsetzung seines Berichts liest: Unter Punkt 4 ging er auf die Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Umsiedlung der Wiener Juden nach Polen ein. Löwenherz notierte: „Abgesehen davon, dass eine derartige Umsiedlungsaktion eine Katastrophe für die Juden bedeuten würde, verwies ich darauf, dass die Durchführung dieses Planes jede weitere Unterstützung des American *Joint* Distribution Committee nicht nur für die Ostmark sondern auch für das Altreich und das Protektorat unmöglich machen würde.“ Was genau Schwartz und Katzki ihm tatsächlich in Lissabon in Aussicht gestellt hatten, ist aus Löwenherz' Aufzeichnungen nicht zu entnehmen. Bezeichnend ist jedoch, dass er die Kontakte zum *Joint* glaubte nutzen zu können, um drohende neue Deportationen abzuwenden.

² Alle Löwenherz-Zitate aus: Aktenvermerk über eine Vorsprache des gefertigten Leiters der Israel. Kultusgemeinde Wien bei Herrn SS HASTUF Guenther im Reichssicherheitshauptamt Berlin, Kurfürstenstraße 116, am 23.1.1941, um 12 Uhr 15, Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien, Bestand Wien, A/VIE/IKG II/AD/2/1.

³ Meyerheims Bericht, noch am 15.1.1941 in Lissabon, aber vermutlich für die Gestapo verfasst, findet sich in Joint Distribution Committee (JDC) New York, AR 1933/44, # 642. Die Akte enthält zudem ein anderes, vermutlich ebenfalls von Meyerheim in englischer Sprache verfasstes Schreiben, das außer über die im vorgenannten Bericht erwähnten Auswanderungsprojekte auch über die Situation der Juden in Deutschland informiert.

Eine solche Hoffnung war keineswegs so illusorisch, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Immerhin hatte Löwenherz bereits die Erfahrung gemacht, dass Eichmann aus dem gleichen Grund schon einmal die antijüdische Politik revidiert hatte: Er hatte im März 1939 veranlasst, dass der Israelitischen Kultusgemeinde Wien – im Unterschied zur Reichsvereinigung der Juden im Altreich – nicht der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts entzogen wurde. Andernfalls hätten die ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen ihre beträchtlichen Devisenzahlungen eingestellt, die zur Finanzierung der jüdischen Emigration dienten und deren Verwendung die von Eichmann geführte Zentralstelle für jüdische Auswanderung kontrollierte.⁴

Der *Joint* wickelte die Finanzierung der jüdischen Auswanderung über ein Clearingsystem ab, um zu verhindern, dass die für die Emigration erforderliche Fremdwährung für die deutsche Kriegswirtschaft vereinnahmt wurde. Die Angehörigen der Auswanderer zahlten das Geld für die Reisekosten ihres Verwandten beim *Joint* in New York ein. Dieser beglich daraufhin den in Devisen aufzubringenden Teil der Reisekosten: in der Regel das Schiffsticket und die Fahrkarte von der deutschen Grenze zum Abfahrtschiffhafen.

Löwenherz argumentierte gegenüber Günther damit, dass der *Joint* nur eine geordnete Auswanderung, keine erzwungene Deportation unterstützen würde. Die Hilfestellung des *Joints* aber sei auch im Falle eines großen Umsiedlungsplans nach Kriegsende unverzichtbar, wenn die Juden das Reich verlassen und nach Übersee auswandern würden. Eine Umsiedlung der Juden innerhalb des deutschen Hoheitsgebiets hingegen, so fasste Löwenherz seine Argumente im Bericht zusammen, „würde nur die Auswanderung erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Das Entjudungsproblem der Ostmark sei auf Grund der bisherigen Erfahrungen und erzielten Erfolge im Wege der legalen Auswanderung zu lösen, umso mehr als derzeit begründete Hoffnung besteht, die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika, San Domingo und anderen Überseeeländern innerhalb des Jahres 1941 beträchtlich zu steigern.“ Günther beruhigte Löwenherz, dass die Gerüchte über bevorstehende Deportationen unbegründet seien; er versprach jedoch, sich bei Eichmann zu erkundigen und Löwenherz dann über die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien zu benachrichtigen.⁵

Warum die jüdischen Repräsentanten glaubten, auf eine substantielle Steigerung der Auswanderungszahlen hoffen zu können, ist nicht klar. Möglicherweise geht die Hoffnung auf die Tatsache zurück, dass dem *Presidents Advisory Committee for Political Refugees* (PACPR), das Präsident Roosevelt in allen Fragen der Flüchtlingspolitik beriet, Ende November 1940 zugesagt worden war, es könne Personen benennen, denen zusammen mit ihren Angehörigen Transitvisa zum vorübergehenden Aufenthalt in den USA ausgestellt werden sollten. Dabei war an Personen gedacht, deren Emigration zwar geplant war, die aber zum Beispiel noch auf der Warteliste für die Einwanderung in die USA standen. Sie sollten nun einreisen dürfen, sich aber zur Weiterreise in ein anderes Land verpflichten. Die Empfehlungen des PACPR waren jedoch für das US-Außenministerium und die Kon-

⁴ Schreiben der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, i.V. Eichmann, Wien, an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, z.H. Reg.Rat Loos, vom 10. 3. 1939; abgedruckt in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (im Folgenden: VEJ), Band 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, bearbeitet von Susanne Heim, München 2009, Dok. 264.

⁵ Aktenvermerk über eine Vorsprache des gefertigten Leiters der Israel. Kultusgemeinde Wien bei Herrn SS HASTUF Guenther im Reichssicherheitshauptamt Berlin, Kurfürstenstraße 116, am 23. 1. 1941, um 12 Uhr 15, Archiv der IKG Wien, Bestand Wien, A/VI/IKG II/AD/2/1.

suln nicht bindend – und führten in der Praxis zu mehr Bürokratie, aber nicht zum Anstieg der Auswandererzahlen.⁶

Die Visapolitik der Vereinigten Staaten rechtfertigte den Optimismus der jüdischen Vertreter nicht – im Gegenteil. Mitte 1940 – die Wehrmacht hatte gerade die Nachbarstaaten im Westen des Reichs sowie Dänemark und Norwegen überrollt und dadurch die Zahl der Flüchtlinge enorm in die Höhe getrieben – erließ das *State Department* neue Richtlinien für die Visavergabe: Die Einwanderung aus Europa und insbesondere aus Deutschland sei drastisch zu reduzieren, um das Einschleusen von Spionen zu verhindern. Die Auslandsvertretungen erhielten die Weisung, Visaanträge besonders streng zu prüfen und nach Möglichkeit hinhaltend zu behandeln, ohne dass jedoch die neuen Bestimmungen öffentlich bekannt gemacht würden. Ein solches internes Reglement war weder für die Antragsteller noch für jüdische Repräsentanten wie Löwenherz und Meyerheim durchschaubar. Entsprechend setzten sie weiterhin ihre Hoffnungen auf die US-Botschaften, besorgten Bürgschaften, Bescheinigungen und Reisegelder, ohne zu ahnen, dass sie kaum Aussicht auf Erfolg hatten. In der Folge fiel zum Beispiel in Wien die Zahl der monatlich ausgestellten Visa zur Einreise in die Vereinigten Staaten von rund 100 auf etwa 15.⁷

Die jüdischen Repräsentanten im Reich nutzten jede sich bietende Gelegenheit, Juden außer Landes zu bringen. Im Unterschied zu den Vertretern der Reichsvereinigung war Löwenherz von der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien dabei eher geneigt, auch illegale Wege zu beschreiten – und geriet deswegen bisweilen mit dem *Joint* in Konflikt. Dessen New Yorker Zentrale vertrat zumindest 1941 noch einen legalistischen Kurs. Als die Gestapo Anfang 1941 Juden aus Österreich nach Jugoslawien abschoß, die jüdischen Gemeinden dort jedoch protestierten, weil sie den Neuankömmlingen keine Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen konnten, beschuldigte der *Joint* Löwenherz, die Transporte organisiert zu haben. Dieser bestritt zwar die Verantwortung, doch ist seine Beteiligung angesichts des Drucks, den die Gestapo auf ihn ausübte, mehr als wahrscheinlich.⁸ Dem *Joint* blieb nichts anderes übrig, als trotz knapper Finanzen die Weiterreise der österreichischen Juden aus Jugoslawien zu finanzieren.

Auch in anderen Situationen verwahrten sich die New Yorker *Joint*-Vertreter dagegen, dass mit den Geldern ihrer Organisation die illegale Auswanderung finanziert und Passfälscher und Fluchthelfer bezahlt würden. Der Grund dafür mag nicht zuletzt in der Einbindung führender Vertreter des *Joint* in die Außen- und Migrationspolitik der Vereinigten Staaten gelegen haben. James Rosenberg, stellvertretender Vorsitzender des *Joint* und Präsident der Tochterorganisation *Dominican Republic Settlement Association*, die in der Karibik eine jüdische Flüchtlingskolonie aufbaute, hatte ohnehin die Devise ausgegeben: „Unsere Regel muss sein: Im Zweifel fragen wir das *State Department!*“⁹ Auch Paul Baerwald, Ehrenvorsitzender des *Joint* und Mitglied des PACPR, verwahrte sich im Frühjahr 1941 noch gegen die Beteiligung des *Joint* an illegaler Fluchthilfe. Die *Joint*-Repräsentanten in

⁶ Refugees and Rescue. The Diaries and Papers of James G. McDonald 1935–1945, hrsg. von Richard Breitman, Barbara McDonald Stewart und Severin Hochberg, Washington 2009, S. 231f.

⁷ Vgl. David S. Wyman, Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938–1941, Amherst 1968, S. 172–176.

⁸ Yehuda Bauer, American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945, Jerusalem 1982, S. 62.

⁹ Hans Ulrich Dillmann/Susanne Heim, Fluchtpunkt Karibik. Jüdische Emigranten in der Dominikanischen Republik, Berlin 2009, S. 72.

Lissabon hingegen, die die Lage in Europa besser überblickten, reagierten in dieser Frage weniger puristisch.¹⁰

Im Verlauf der Jahres 1941 spitzte sich die Situation zu. Am 24. 4. 1941 kündigte Portugal als Reaktion auf den neuerlichen deutschen Expansionsschritt in Richtung Südosteuropa an, es werde keine Transitvisa mehr ausstellen.¹¹ Damit war eine der wichtigsten Auswanderungsrouten Richtung Nord- und Südamerika in Frage gestellt.

Im Mai/Juni 1941 wurde bekannt, dass Personen mit nahen Verwandten in Deutschland keine US-Visa mehr bekommen sollten. Begründet wurde dies wiederum mit der Spionagegefahr. Emigranten, die Angehörige im Reich zurückließen, könnten zu Spitzeldiensten erpresst werden. Am 7. Juni 1941 regte Morris Troper, der Vorsitzende des *European Executive Council* des *Joint*, die Schließung des *Joint*-Büros in Berlin an. Seit Kriegsbeginn hatte der *Joint* den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf das deutsch besetzte Polen verlagert und schon in der ersten Jahreshälfte 1940 die monatlichen Zahlungen nach Deutschland stark einschränken müssen, von 75 000 Dollar im Januar auf 27 000 im Juli.¹² Nun erhielt die Reichsvereinigung in Berlin die Mitteilung, dass sie wegen Überschreitung des Budgets keine Gelder vom *Joint* mehr bekommen würde. Am 14. Juni traf beim *Joint* in New York ein Telegramm aus Berlin ein, in dem halb flehend, halb protestierend dargelegt wurde, dass die Defizitberechnung nicht stimmen könne. Die Berliner jüdischen Repräsentanten rechneten vor, dass noch mindestens ein Guthaben von 80 000 Dollar zugunsten der Reichsvereinigung vorhanden sein müsse aus den hinterlegten Geldern bereits ausgereister Juden. Wörtlich hieß es in dem Fernschreiben: „Wir rechnen damit, dass Ihr jetzt sofort unseren Anforderungen entsprechen werdet, da wir durch USA-Visen-Einschränkung erhebliche Schwierigkeiten haben und annehmen, dass Ihr diese nicht noch durch Nichtzahlung vergrößern werdet“.¹³

Wenige Tage später malte Cora Berliner, die beim Hilfsverein der Juden in Deutschland für den Kontakt mit dem US-Konsulat in Berlin zuständig war, noch die Folgen des Zahlungsstopps im Einzelnen aus. Am 11. Mai war ihr eröffnet worden, dass keine weiteren Visa für die USA ausgestellt würden. Zu diesem Zeitpunkt unterhielt der Hilfsverein zu etwa 3 600 Personen Kontakt, die sehr konkrete Aussichten auf Einreise in die Vereinigten Staaten hatten sowie zu 450 Personen mit einem Visum für einen anderen amerikanischen Staat. Hinzu kamen all diejenigen, die auch ohne Unterstützung des Hilfsvereins ihre Auswanderung bis zu diesem Punkt arrangiert hatten. Der *Joint*, so appellierte Cora Berliner, wisse um die endlose Arbeit und die Kosten, die bis dahin aufgewendet worden seien – und um die Hoffnungen, die nun zerstört würden, wenn diese Menschen ihre Visa nicht bekommen würden.¹⁴ Etlichen von ihnen hoffte der Hilfsverein noch die Ausreise zu ermöglichen. Doch wegen der ausbleibenden Zahlungen des *Joint* drohten nun die Schiffs- und Bahnfahrkarten, die steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen und die Visa zu verfallen. Ob der Brief Cora Berliners die *Joint*-Vertreter in New York

¹⁰ Bauer, *American Jewry*, S. 62.

¹¹ Ebenda, S. 63.

¹² VEJ, Band 4: Polen. September 1939–Juli 1941, bearbeitet von Klaus-Peter Friedrich, Mitarbeit: Andrea Löw, München 2011, S. 43, 130, 164, 215, 279, 292 und 684–687; Bauer, *American Jewry*, S. 60.

¹³ Telegramm vom 14. 6. 1941 an Jointdisco New York, JDC, AR 1933/44, # 663.

¹⁴ Englische Zusammenfassung eines Briefs von Cora Berliner vom 16. 6. 1941, JDC, AR 1933/44, # 663.

umgestimmt hat, ist nicht bekannt. Doch nur wenige Tage später stand nicht nur die Auswanderung Richtung Westen in Frage, sondern auch diejenige Richtung Osten:

Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Damit war sowohl der Fluchtweg über Land nach Shanghai abgeschnitten als auch die Möglichkeit, mit der Transsibirischen Eisenbahn in die Vereinigten Staaten zu entkommen.¹⁵ Im Juli wurden die US-Konsulate in Deutschland und den besetzten Gebieten geschlossen, so dass allenfalls noch Personen mit Visa für Lateinamerika ausreisen konnten.

Am 23. Oktober 1941 wurde die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich generell verboten.

Hilfe für die deutschen Juden hieß von nun an vor allem: Diejenigen, die trotz des Verbots noch entkommen konnten oder schon als Flüchtlinge in den Nachbarstaaten lebten, mussten in Sicherheit gebracht werden – und das bedeutete: raus aus Europa. Der *Joint* verlagerte seine Aktivitäten entsprechend. Bereits seit Kriegsbeginn hatte er die aus dem Deutschen Reich nach Frankreich geflohenen Juden unterstützt, insbesondere die Internierten in den Lagern Le Vernet und Gurs in Vichy-Frankreich, wohin im Oktober 1940 die Juden aus dem Saarland und der Pfalz deportiert worden waren. Auch bei diesen Aktivitäten waren zunächst wieder die Bedenken der New Yorker Zentrale zu überwinden, die fürchtete, dass die Hilfgelder von den Deutschen vereinnahmt werden könnten, und dafür eintrat, dass der *Joint* nichts unternehmen solle, was den Bestimmungen der US-Regierung zuwiderliefe.¹⁶

Der Zwiespalt, in dem sich der *Joint* befand, schlug sich unmittelbar in der Haltung seiner Repräsentanten nieder: Je näher diese, auch rein geografisch, der Roosevelt-Regierung waren, desto mehr agierten sie in der Art von Lobbyisten und desto sorgsamer waren sie darauf bedacht, dass kein Zweifel an ihrer Haltung als loyale Bürger der Vereinigten Staaten aufkam, die gerade im Krieg voll und ganz hinter ihrer Regierung standen. Die europäischen Vertreter des *Joint* hingegen waren angesichts der Notlage der europäischen Juden bisweilen auch dazu bereit, von der Linie des *State Departments* etwas abzuweichen, solange dies nicht allzu offenkundig wurde. Der Kriegsverlauf ließ die Distanz der internationalen jüdischen Organisationen gegenüber ihrer Schutzmacht USA allmählich wachsen. Als ein Indiz für diese Trendwende mag gelten, dass Baerwald, der sich als Ehrenvorsitzender der Organisation noch im April 1941 empört über die Verwendung von *Joint*-Geldern für illegale Fluchthilfe geäußert hatte, schon ein Jahr später mit Stolz auf die Beteiligung des *Joint* an solchen Transaktionen verwies.¹⁷

Hilfspakete, Informationsblockaden und diplomatisches Schweigen

Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Dezember 1941 war es nicht nur politisch unerwünscht, sondern dem *Joint* wie allen US-amerikanischen Organisationen verboten, Gelder nach Deutschland oder in die deutsch besetzten Gebiete zu schicken. Doch ließen sich solche Restriktionen in begrenztem Maße auf dem Umweg über die neutralen Staaten unterlaufen. So sandte der Jüdische Weltkongress Lebensmittelpakete von Portu-

¹⁵ Herbert Strauß, Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943, Frankfurt a. M. 1997, S. 156.

¹⁶ Bauer, American Jewry, S. 158.

¹⁷ Ebenda, S. 62.

gal aus in die polnischen Ghettos.¹⁸ Für den *Joint* agierte in der Schweiz der Leiter der dortigen Israelitischen Gemeinde, Saly Mayer, zwar nicht formell – denn für eine solche Position war die US-Staatsbürgerschaft die Voraussetzung –, aber doch de facto als Repräsentant der Hilfsorganisation.¹⁹ Mayer etablierte mit Wissen der *Joint*-Vertreter in Lissabon ein System des Geldtransfers, das es ermöglichte, die Juden in den deutsch besetzten Gebieten auch weiterhin mit Hilfsgeldern zu unterstützen. Die Gelder wurden als Spenden aus der Schweiz deklariert und damit die Finanzbestimmungen umgangen, die solche Überweisungen im Krieg verboten. Allerdings war von April 1942 an die Überweisung von Dollar auch in die Schweiz verboten, so dass Mayer bis zum Sommer 1943 kein Geld aus den Vereinigten Staaten erhielt und alle Gelder, die er für Hilfsaktionen brauchte, in der Schweiz aufbringen musste.²⁰ Aus der selben Quelle jedoch mussten auch die in der Schweiz lebenden jüdischen Flüchtlinge unterstützt werden. Mayer versuchte, zusätzliche Mittel einzuwerben, indem er den Spendern in Aussicht stellte, dass sie Gelder, die sie während des Kriegs vorstreckten, nach Kriegsende in Dollar aus dem Budget des *Joint* zurückgezahlt bekämen.²¹

Ebenfalls in der Schweiz, nämlich in Genf, befand sich bereits seit geraumer Zeit das Büro des Jüdischen Weltkongresses, das Gerhart Riegner, ein 1933 aus Berlin geflohener Jurist, leitete. Wie der *Joint* so unterhielt auch der Weltkongress Kontakte in die Flüchtlingslager in Frankreich, richtete Petitionen an die französische Regierung, um die Situation in den Lagern zu verbessern – und organisierte auch den Versand von Hilfspaketen sowie Geldüberweisungen von Verwandten in den USA an die Internierten. Im Jahr 1941 lebten etwa 30 000 der insgesamt 100 000 Flüchtlinge in Frankreich in Internierungslagern. Um jugendliche Flüchtlinge auf die Emigration nach Palästina vorzubereiten, unterhielt der jüdische Weltkongress im unbesetzten Frankreich sogenannte *Hachscharah*-Lager und organisierte – 1941 noch in Zusammenarbeit mit dem *State Department* – Not-Visa für bedrohte Juden in den deutsch besetzten Staaten.²² Im April 1941 entschied die Zentrale des Weltkongresses in New York jedoch, alle Sendungen an Juden in den besetzten Gebieten einzustellen.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Steven Wise hatte sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale geworfen, um den Versand von Hilfspaketen sofort zu stoppen, weil er auf gar keinen Fall das ohnehin fragile Wohlwollen der britischen Regierung gefährden wollte, die darauf bestand, den Boykott Deutschlands und seiner Verbündeten strikt einzuhalten.²³ Riegner protestierte gegen die Entscheidung, beugte sich aber letztlich. Abraham Silberschein hingegen, der mit Riegner das Büro teilte und bislang mit

¹⁸ Brotman an Saul Hayes (Montreal), 13.11.1942, AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 15, Bl. 16–18.

¹⁹ Zu Saly Mayer siehe: Yehuda Bauer, „Onkel Saly“ – Die Verhandlungen des Saly Mayer zur Rettung der Juden 1944/45, in: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 188–219; Hanna Zweig-Strauss, Saly Mayer (1882–1950). Ein Retter jüdischen Lebens während des Holocaust, Köln u. a. 2007.

²⁰ Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a. M. 1996, S. 126.

²¹ Ebenda.

²² Report on the Current Activities of the World Jewish Congress (January 1941), AJA, Series A, Subseries 1, Box A5, File 3 (World Jewish Congress Reports 1941), Bl. 58f.

²³ Raya Cohen, The Lost Honour of Bystanders? The Case of Jewish Emissaries in Switzerland, in: The Journal of Holocaust Education, Vol. 9 (Autumn/Winter 2000), No. 2 und 3, S. 146–170, hier S. 161f.

Unterstützung des Jüdischen Weltkongresses die Hilfsorganisation RELICO aufgebaut hatte, widersetzte sich. Im Namen von RELICO schickte er weiterhin Medikamente, Geld und Lebensmittel insbesondere ins besetzte Polen, u. a. an die Jüdische Soziale Selbsthilfe im Warschauer Ghetto.²⁴ Silberschein, der aus Ostgalizien stammte, war in den 1920er Jahren Abgeordneter des polnischen Parlaments gewesen, bevor er 1939 nach Genf übersiedelte. Im Sommer 1942 musste er das Genfer Büro des Weltkongresses verlassen, weil seine Aktivitäten von der Führung des Jüdischen Weltkongresses als Verstoß gegen ihre Weisungen gewertet wurden. Von da an arbeitete er auf sich selbst gestellt. Der Name RELICO wurde sowohl von ihm als auch vom Jüdischen Weltkongress benutzt. Silberschein unterstützte Flüchtlinge mit falschen Papieren, Rat und Tat, und schickte Lebensmittelpakete nach Polen. Er erwarb sich rasch den Ruf, besonders zuverlässig zu arbeiten, so dass sowohl karitative Organisationen als auch Privatpersonen seine Dienste in Anspruch nahmen, um bedürftigen Juden Hilfe zukommen zu lassen. In der ersten Jahreshälfte 1942 schickte er 52 000 Kilogramm Hilfsgüter in mehr als 100 000 Paketen nach Polen; im dritten Kriegsjahr insgesamt Waren im Wert von 200 000 Dollar. Die Bedeutung dieser Sendungen lässt sich erst ermesen, wenn man bedenkt, dass der Hunger im Warschauer Ghetto etliche der Bewohner dazu bewog, sich freiwillig zur Deportation zu melden – die Züge fuhren in das Vernichtungslager Treblinka.²⁵

Dass Silberscheins Paketaktion von den Spitzen der eigenen Organisation untersagt wurde, weil sie der Linie der Alliierten widersprach, ist besonders grotesk vor dem Hintergrund, dass die Alliierten zwar Hilfslieferungen für die hungernden Juden in Polen untersagten, aber für die griechische Bevölkerung, die unter deutscher Besatzung von einer schweren Hungersnot betroffen war, Hilfsprogramme auflegten. Desgleichen war die britische Regierung umstandslos und ohne Rücksprache mit dem amerikanischen Verbündeten bereit, britische Pfund auf die deutsch besetzten Kanalinseln zu transferieren, um das Schicksal der dortigen Bevölkerung zu erleichtern, während sie einen solchen Transfer für die Juden unter deutscher Besatzung vehement abgelehnt hatte.²⁶

Im Herbst 1941 hatten die Nachrichten von den Massenerschießungen von Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion auch Genf erreicht. In seinen Erinnerungen schreibt Riegner: „Ohne allzu viele Details zu kennen, wussten wir, dass an einem bestimmten Ort 10 000 Juden erschossen worden waren und dass man an einem anderen Tausende niedergemetzelt hatte. Derartige Informationen erreichten uns nach und nach von verschiedenen Orten. Wir konnten daraus erkennen, dass an der Ostfront und in den Ostgebieten ein gewaltiges Blutbad an den Juden organisiert wurde.“²⁷

Um die Jahreswende 1941/42, so Riegner weiter, habe er Nachrichten über Tötungsexperimente mittels Gas und Injektionen erhalten.

Obwohl sich die Informationen allmählich verdichteten, war es schwierig, ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen, sie an einflussreiche internationale Institutionen und Regierungen weiterzuvermitteln und erst recht, diese zum Handeln zu bewegen. Das Riegner-Telegramm ist das bekannteste Beispiel dafür: Vermittelt über den Vertreter des Schweizeri-

²⁴ Ebenda, S. 162f.; Monty N. Penkower, Jewish Organizations and the Creation of the U.S. War Refugee Board, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 450 (Jul. 1980), S. 122–139, hier S. 124.

²⁵ Cohen, *The Lost Honour of Bystanders*, S. 163–165.

²⁶ Penkower, *Jewish Organizations*, S. 138.

²⁷ Gerhart M. Riegner, *Niemals verzweifeln. Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte*, Gerlingen 2001, S. 65.

schen Israelitischen Gemeindebunds, Benjamin Sagalowitz, hatte Riegner im Sommer 1942 von dem deutschen Industriellen Eduard Schulte, Generaldirektor eines Bergwerk-Konsortiums, erfahren, „dass all den verschiedenen Formen der Verfolgung ein globaler Vernichtungsplan zugrunde lag, der auf höchster Ebene beschlossen worden war“.²⁸ Sein Versuch, diese Nachricht über das US-Konsulat in Genf an den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses in New York, Steven Wise, weiterzuleiten, wurde vom *State Department* torpediert. In dem Ministerium glaubten die meisten, dass es sich um ein „wildes Gerücht“, um Hetzpropaganda oder zumindest übertriebene jüdische Ängste handele.²⁹ Wise erhielt Riegners am 8. August 1942 aufgegebenes Telegramm erst am 28. August auf dem Umweg über den britischen Parlamentsabgeordneten Sidney Silverman, Vorstandsmitglied der Britischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses, den Riegner zeitgleich informiert hatte.³⁰ Wie anfangs auch Riegner selbst, so verlangte Wise nach weiteren Belegen für die Richtigkeit von Riegners Informationen, um sich nicht dem Vorwurf der Panikmache auszusetzen. Zudem aber sah er sich in einem Loyalitätskonflikt: Sumner Welles, Staatssekretär im *State Department* und einer der wichtigsten Ansprechpartner des Jüdischen Weltkongresses dort, verlangte von Wise, dass er auf Riegners Nachricht nicht öffentlich reagieren solle, bevor sie nicht aus anderer Quelle bestätigt sei. Doch eine Anfrage des *State Department* beim Vatikan blieb wochenlang unbeantwortet, bevor der Heilige Stuhl vage verlauten ließ, auch er habe Meldungen über „harte Maßnahmen“ gegen die Juden erhalten, deren Wahrheitsgehalt jedoch nicht überprüfen können.³¹

Wie Wise, so hielt es auch der zweite Adressat von Riegners Telegramm, der Brite Silverman, für ratsam, sich nicht öffentlich zum Inhalt des Telegramms zu äußern. Er leistete damit entsprechenden Empfehlungen des britischen Außenministeriums Folge. Die Loyalität gegenüber der jeweiligen Regierung mischten sich bei Wise und Silverman mit eigenen Zweifeln am Wahrheitsgehalt der furchtbaren Nachrichten und der Annahme, dass Protesterklärungen allein von jüdischer Seite, ohne entsprechende alliierte Unterstützung, praktisch nichts bewirken würden, möglicherweise sogar zu Racheaktionen der Deutschen an den Juden oder zur Demoralisierung der Opfer führen könnten.³²

Tatsächlich waren die in den Ghettos eingeschlossenen oder von der Deportation bedrohten Juden jedoch eher von der Tatsache demoralisiert, dass die erhoffte Hilfe von außen ausblieb. Selbstverständlich erwarteten sie vorrangig von den jüdischen Organisationen außerhalb des deutschen Herrschaftsbereichs Solidarität. Diese Erwartungen – und auch die folgende Enttäuschung – bekamen in erster Linie die jüdischen Repräsentanten im nicht besetzten Europa zu spüren, die noch Verbindungen in die besetzten Gebiete unterhielten. Jan Karski, Emissär der polnischen Untergrundbewegung, überbrachte im Herbst 1942 dem Vertreter des jüdisch-sozialistischen Bunds in der polnischen Exilregierung in London, Samuel Zygielbojm, die Forderung seiner Genossen aus dem Ghetto

²⁸ Ebenda, S. 63.

²⁹ Arthur Herzberg, *Shalom Amerika! Die Geschichte der Juden in der Neuen Welt*, Frankfurt a. M. 1996, S. 281.

³⁰ Raya Cohen, *Das Riegner-Telegramm – Text, Kontext und Zwischentext*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIII/1994*, S. 301–324, hier S. 310; siehe auch: Christopher Browning, *Hitlers endgültige Entscheidung zur „Endlösung“? Riegners Telegramm in neuem Licht*, in: Ders., *Der Weg zur „Endlösung“: Entscheidungen und Täter*, Bonn 1998, S. 161–173.

³¹ Arthur D. Morse, *While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy*, New York 1967, S. 13.

³² Monty N. Penkower, *The Jews Were Expendable. Free World Diplomacy and the Holocaust*, Urbana 1983, S. 97; Perlzweig an Easterman, 3. 9. 1942, AJA, Series A, Subseries 2, Box A10, File 8, Bl. 40.

Warschau: Die Juden in der freien Welt sollten die alliierten Regierungen mit allen Mitteln inklusive Hungerstreiks, notfalls auch mit tödlichem Ausgang, unter Druck setzen, damit diese den polnischen Juden zur Hilfe kämen. Zygielbojm hatte im Mai 1942 eines der frühen Zeugnisse des Massenmordens in Polen bekannt gemacht: einen Bericht des Bunds, in dem von Massenerschießungen der Juden in der Ukraine, im Baltikum und im Generalgouvernement die Rede war – unter Angabe von Ortsnamen, Daten und Opferzahlen.³³ Am 2. Juni 1942 hatte Zygielbojm die wichtigsten Informationen des Berichts in einer von der BBC übertragenen Rede zusammengefasst und darauf gedrungen, dass die Regierungen Großbritanniens und der USA gezwungen werden müssten, das „größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit“ zu beenden. Alle, die dies nicht wenigstens versucht hätten, seien für das Geschehen moralisch mitverantwortlich.³⁴ Auf die Forderung seiner Warschauer Genossen reagierte Zygielbojm beunruhigt, lehnte aber einen Hungerstreik ab, weil er nichts bewirken würde außer seiner – Zygielbojms – Einlieferung in eine psychiatrische Anstalt.³⁵ Stattdessen setzte der Bund-Vertreter auf andere Mittel, um die Welt aufzurütteln. Gemeinsam mit den in London ansässigen jüdischen Exilpolitikern, darunter Ignacy Schwartzbart, der zweite jüdische Repräsentant im polnischen Exilparlament, und Ernest (Arnošt) Frischer, Vertreter der jüdischen Minderheit in der tschechoslowakischen Exilregierung, forderte Zygielbojm Vergeltung: Die Alliierten sollten die Nationalsozialisten warnen, dass eine Fortsetzung der antijüdischen Verbrechen mit Bombenangriffen auf deutsche Städte und Dörfer beantwortet werden würde.³⁶ Mittels Flugblättern, die über den Mord an den Juden informierten und Strafaktionen androhten, hofften die Exilanten, die Loyalität der deutschen Bevölkerung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung zu unterminieren. Die alliierte Blockade müsse gelockert werden, um die bedrohten Menschen im besetzten Europa zu versorgen. Das Rote Kreuz könne Lebensmittelpakete nicht nur in die Kriegsgefangenenlager, sondern auch in die Ghettos und Konzentrationslager schicken. Jüdische Kinder sollten aus den deutsch besetzten Gebieten evakuiert und geflohenen europäischen Juden die Einreise nach Palästina sowie Trinidad und Curaçao erlaubt werden. Von der Katholischen Kirche wurde verlangt, dass sie führende Nationalsozialisten exkommunizieren solle.³⁷ Diese und ähnliche Vorschläge blieben praktisch folgenlos. Im Mai 1943, ein Jahr nach seiner flammenden Rede im britischen Rundfunk und ein halbes Jahr, nachdem ihm Karski die Botschaft aus Warschau überbracht hatte, nahm sich der über solche Gleichgültigkeit verzweifelte Zygielbojm das Leben, um damit ein letztes Zeichen des Protests zu setzen.³⁸

Die Einsicht, dass den Nachrichten über Deportationen und Massaker an Juden unter deutscher Besatzung ein Plan zur Vernichtung des europäischen Judentums zugrunde lag, setzte sich selbst in jüdischen Kreisen in Europa, den Vereinigten Staaten und Palästi-

³³ Yehuda Bauer, *When Did They Know?*, in: *Midstream*, Vol. XIV (April 1968), No. 4, S. 51–58. Der Bericht des Bund ist dort dokumentiert.

³⁴ Morse, *While Six Million Died*, S. 6; eine englische Übersetzung des in Jiddisch verlesenen Texts von Zygielbojms BBC-Ansprache findet sich in: *AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 8, Bl. 2f.*

³⁵ Jan Karski, *Mein Bericht an die Welt. Geschichte eines Staates im Untergrund*, München 2011, S. 469.

³⁶ Penkower, *The Jews Were Expendable*, S. 76.

³⁷ Perlzweig an Easterman, 17. 12. 1942, *AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 8, Bl. 49–51.*

³⁸ Penkower, *The Jews Were Expendable*, S. 81; Karski, *Bericht an die Welt*, S. 471.

na Ende 1942 nur langsam durch. Bis zum Herbst 1942 ging auch der Weltkongress noch mehrheitlich davon aus, dass die jüdische Bevölkerung in Europa zu einem erheblichen Teil Opfer sowohl von Kriegshandlungen als auch von Massenerschießungen werden würde. Die systematische Vernichtung der Juden, auch der Frauen und Kinder, in eigens eingerichteten Tötungszentren konnte sich noch niemand vorstellen.

Ende September 1942 legte der Soziologe und Demograf Jakob Lestschinsky dem Weltkongress seine Schätzung über die Folgen des Kriegs für die Juden vor. Demnach zählte die jüdische Bevölkerung in Europa zu diesem Zeitpunkt anderthalb Millionen weniger Menschen als bei Beginn des Kriegs. Etwa 900 000 Juden waren Opfer von Massenmord und Bomben geworden oder im Krieg gefallen, und nur etwa eine halbe Million war eines natürlichen Todes gestorben. Das deutsche Judentum, das ökonomisch und kulturell eine der stärksten jüdischen Gemeinschaften war, sah Lestschinsky bereits als komplett ausgelöscht an. Nach dem Krieg werde es eine riesige Zahl jüdischer Witwen und Waisen geben. Dreiviertel der Überlebenden, so die Schätzung des Soziologen, würden Frauen sein, zwei Drittel über 50 Jahre alt.³⁹ Lestschinksys Vorstellung von den Überlebenden offenbart, dass er nicht wusste, wie radikal die Vernichtungspolitik war, die die Deutschen ins Werk gesetzt hatten, und dass die Überlebenschancen von älteren Menschen, Frauen und Kindern besonders gering waren.

Auch als in den letzten Monaten des Jahres 1942 Unglaube und Fassungslosigkeit allmählich der furchtbaren Einsicht wichen, blieben praktische Konsequenzen aus oder die Reaktionen auf die Ebene symbolischer Politik beschränkt. Die polnische Exilregierung in London verabschiedete am 27. November 1942 auf Initiative ihrer beiden jüdischen Mitglieder eine Protestresolution gegen die deutschen Verbrechen an den polnischen Juden, verzichtete dabei jedoch auf die Forderung nach Vergeltungsmaßnahmen sowie auf einen Appell an die nichtjüdische polnische Bevölkerung, den bedrohten Juden zu helfen.⁴⁰ Den 2. Dezember 1942 erklärten führende jüdische Organisationen zum Tag der Trauer, um die zwei Millionen jüdischen Opfer nationalsozialistischer Verbrechen zu beklagen. In 29 Staaten versammelten sich Juden zum Beten und Fasten, hielten öffentliche Schweigeminuten ein oder legten ihre Arbeit nieder. In Tel Aviv nahmen 100 000 Menschen an einer Demonstration teil.⁴¹ Unter den Juden Palästinas hatte bis dahin die Unterstützung der britischen Regierung im Krieg – bei aller Kritik an deren Rolle als Mandatsmacht – als adäquate Antwort auf die Situation der europäischen Juden gegolten. Doch im November 1942 gelangten Juden, die in Palästina gelebt, sich aber bei Kriegsbeginn in Europa aufgehalten hatten und dort in Ghettos und Arbeitslagern inhaftiert worden waren, im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zurück nach Palästina. Als sie von ihren Erfahrungen berichteten, wendete sich das Blatt. Die Vorstellung, dass der militärische Sieg über die Deutschen Vorrang vor der Rettung der Juden haben müsse, geriet ins Wanken.⁴²

Auch in den Vereinigten Staaten und Großbritannien versuchten jüdische Organisationen nun, Pressekampagnen zu initiieren, bekannte Persönlichkeiten zu öffentlichen Er-

³⁹ Bericht von J. Lestschinsky vom 23.9.1942, AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A1, File 7, Bl. 75–79.

⁴⁰ Penkower, *The Jews Were Expendable*, S. 81.

⁴¹ Ebenda, S. 83.

⁴² Dalia Ofer, Israel, in: David S. Wyman (Hrsg.), *The World Reacts to the Holocaust*, Baltimore/London 1996, S. 836–923, hier S. 848; siehe auch Penkower, *The Jews Were Expendable*, S. 78.

klärungen und Regierungen zum Handeln zu veranlassen. In der jüdischen Presse erschienen gehäuft Artikel über die Ermordung der Juden im deutsch besetzten Osteuropa, und in allen Städten der USA mit größeren jüdischen Gemeinden fanden Demonstrationen statt.⁴³

Am 17. Dezember 1942 veröffentlichten die alliierten Regierungen gleichzeitig in Washington, Moskau und London eine gemeinsame Erklärung zur Ermordung der europäischen Juden. Darin wurde Polen als „Hauptschlachthof der Nazis“ bezeichnet und den Verantwortlichen für die Verbrechen Bestrafung angedroht. Es war die Rede davon, dass die in die Arbeitslager verschleppten Juden dort „langsam zu Tode gebracht“ werden. Weiter hieß es: „Die Kranken und Schwachen werden dem Tod durch Erfrieren oder Verhungern preisgegeben oder bewusst in Massenhinrichtungen niedergemetzelt. Viele Hunderttausende vollkommen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder sind bereits Opfer dieser blutigen Gräueltaten geworden.“⁴⁴

Obwohl die Erklärung weit verbreitet wurde, hatte sie kaum praktische Konsequenzen – auch nicht auf Seiten der Unterzeichnerstaaten. Diese hatten es denn auch sorgsam vermieden, konkrete Maßnahmen anzukündigen.

Zwar konnte der *Joint* von Dezember 1942 an den Versand von Hilfsgütern in die besetzten Gebiete wieder aufnehmen, doch das *State Department* behinderte auch nach der Erklärung der Alliierten weiterhin den Informationsfluss und erschwerte damit die Verbreitung wichtiger Informationen über das Schicksal der europäischen Juden. Während es der US-Botschaft in Bern erlaubt war, Firmen in den USA und Großbritannien Informationen über den Zustand ihrer Niederlassungen in den besetzten Gebieten Europas weiterzuleiten, wurden Telegramme von Riegner in die Vereinigten Staaten blockiert.⁴⁵

Riegner sah seine Anstrengungen als gescheitert an. Weder sei mit den Deutschen über die Freilassung der in Ghettos und Arbeitslagern festgehaltenen Juden verhandelt worden, noch hätten sich Länder gefunden, die den Verfolgten, die aus den besetzten Gebieten entkommen waren, Aufnahme geboten hätten. Riegners bitteres Resümee: „Die Standardantwort, die man mit leichten Variationen von den Alliierten immer wieder zu hören bekam, lautete: ‚Wir müssen zuerst den Krieg gewinnen.‘“⁴⁶ Vorschläge, die Bahngleise in die Vernichtungslager zu bombardieren, stießen ebenso auf taube Ohren wie die auch innerhalb des Judentums kontrovers diskutierte Idee, die in den alliierten Staaten lebenden nichtjüdischen Deutschen als Geiseln zu nehmen.

Orientierung auf die Nachkriegszeit

Die mangelnde Resonanz auf politischer Ebene wurde teils kompensiert, teils überdeckt durch Aktivitäten innerhalb der amerikanischen jüdischen Organisationen. Sie hielten Versammlungen ab, gründeten Rettungskomitees wie das *Joint Emergency Committee for European Jewish Affairs* und verfassten Solidaritätserklärungen mit den „Brüdern in den Ghet-

⁴³ Henry L. Feingold, *The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust, 1939–1945*, New York 1970, S. 172.

⁴⁴ Zitiert nach Riegner, *Niemals verzweifeln*, S. 83f. Der Wortlaut der Erklärung unter: <http://archive.jta.org/article/1942/12/18/2859409/text-of-declaration-of-the-allied-nations-on-nazi-slaughter-of-jews> (abgerufen am 10. 8. 2011)

⁴⁵ Penkower, *Jewish Organizations*, S. 126 und 138.

⁴⁶ Riegner, *Niemals verzweifeln*, S. 85.

tos, Totenkammern und Konzentrationslagern“.⁴⁷ Auf der *American Jewish Conference* war im August 1943 in New York alles versammelt, was im amerikanischen Judentum Rang und Namen hatte, darunter auch Steven Wise und Nahum Goldmann vom Jüdischen Weltkongress. Die Protokolle der Konferenz verdeutlichen die Überzeugung führender jüdischer Repräsentanten, dass man in der Gegenwart nichts ausrichten könne und daher wenigstens für die Zukunft Vorsorge getroffen werden müsse.

Um bei der globalen Neuordnung nach Kriegsende nicht wieder auf den zweifelhaften *good will* der Staatsmänner angewiesen zu sein, müssten die Juden, so formulierte es Nahum Goldmann auf dem Kongress, schon jetzt darauf hinarbeiten, dass ihnen künftig die Möglichkeit zum Aufbau eines eigenen Staats in Palästina eingeräumt werde. Die einzige Konsequenz aus den zurückliegenden Erfahrungen, so Goldmann, sei die Masseneinwanderung der überlebenden europäischen Juden nach Palästina. Wie schon Löwenherz Anfang 1941 gegenüber Günther, gingen auch die Spitzen des Jüdischen Weltkongresses davon aus, dass es nach dem Krieg keine Juden in Europa mehr geben würde, weil alle Überlebenden den Kontinent verlassen würden.

Die Welt habe ein Jahrzehnt lang der Zerstörung des europäischen Judentums zugesehen, so Goldmann, und sei daher moralisch verpflichtet, den Juden die Chance zum Aufbau einer eigenen Nation in Palästina zu geben. Mit den Arabern in Palästina werde man sich schon einigen, zumal die Juden bewiesen hätten, dass ihnen nichts ferner liege, „als der arabischen Bevölkerung Palästinas ihre Rechte abzusprechen“.⁴⁸ Nach Kriegsende dürften die Juden nicht zur Repatriierung in ihre bisherigen Heimatländer gezwungen werden, da es Jahrzehnte dauern werde, das zerstörte jüdische Leben in der Diaspora wieder aufzubauen, so dass die jüdische Existenz dadurch weiterhin gefährdet sei. Goldmann weiter:

„Angesichts der tragischen Notwendigkeit zur raschen Lösung des jüdischen Problems, als Ergebnis eines Jahrzehnts der Vernichtung der Juden und angesichts unserer Errungenschaften in Palästina, fordern wir das Recht, unser Schicksal in Palästina selbst zu meistern, unsere Geschicke selbst zu lenken und unsere Einwanderungspolitik und Besiedlung (colonization) selbst zu kontrollieren, sobald die Grundlagen für einen jüdischen Commonwealth gelegt sind.“⁴⁹

Auf das Ziel eines jüdischen Commonwealth hatten sich führende Vertreter der Zionisten bereits im Mai 1942 auf der sogenannten Biltmore-Konferenz verständigt. Im August 1943 war der jüdische Commonwealth bereits fester Bestandteil des Forderungskatalogs für die Nachkriegsordnung. Einwände wie die von Richard Lichtheim, dem Vertreter der Jewish Agency in Genf, fanden schon kein Gehör mehr. Lichtheim hatte das Vorgehen der Deutschen gegen die Juden in verschiedenen besetzten Ländern lange Zeit aufmerksam beobachtet und die Indizien schon deutlich früher als andere dahingehend gedeutet, dass es einen Plan zur Vernichtung der Juden gebe. Im Unterschied zu den meisten jüdischen Repräsentanten, die davon ausgingen, dass alle Bemühungen um Verbesserung der Situation der Juden auf die Nachkriegszeit gerichtet sein müssten, schlug Lichtheim eine internationale diplomatische Initiative vor, um die deutsche Politik zu verurteilen. Obwohl quasi von Beruf Zionist, lehnte Lichtheim die Gründung eines jüdischen Common-

⁴⁷ Brief des Joint Emergency Committee for European Jewish Affairs an Sumner Welles vom 1. 6. 1943, AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A2, File 1, Bl. 146–149.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda, Bl. 65.

wealth ab, da der Zionismus seine Existenzberechtigung verloren habe, wenn es ihm nicht gelinge, die europäischen Juden zu retten.⁵⁰

Doch die Konferenz im August 1943 stand im Zeichen der Nachkriegsplanung auf der Basis der Biltmore-Erklärung. Steven Wise schloss sich der Forderung nach einer Masseneinwanderung der Juden in Palästina in der Nachkriegszeit an. Im Unterschied zu Goldmann ging er in seiner Rede aber auch noch einmal auf die Gegenwart ein, sprach von den Todeslagern in Belzec und Treblinka und davon, dass „Gas in die Todeszellen gepumpt“ werde. Wise appellierte an die Staaten der Anti-Hitler-Koalition, sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, „dass mehr hätte getan werden können und getan worden wäre, wenn die Bedrohten und Gefährdeten keine Juden gewesen wären!“⁵¹ Schließlich wurden verschiedene Komitees gegründet, die die Ziele der Konferenz umsetzen sollten: Ein Nachkriegs- und ein Rettungskomitee, ein Palästina-, ein Organisations-, ein Finanz-, und ein Resolutionskomitee und eines, das Zeugnisse sammeln sollte, um die Verbrechen an den europäischen Juden zu dokumentieren und die vielen Zweifler zu überzeugen. Die Liste der Komitees ist ein Indiz dafür, dass die *Rettung* der europäischen Juden nur noch einer von mehreren Punkten auf der politischen Agenda war. In den Unterlagen des Jüdischen Weltkongresses aus der ersten Hälfte der 1940er Jahre finden sich etliche Dokumente, die eine ähnliche Sprache sprechen: Der Weltkongress bemühte sich, Bündnispartner zu finden, die ihr Mitgefühl mit dem Schicksal der Juden zum Ausdruck brachten und auf die man zählen könnte, wenn es darum ging, die Rechte der Juden nach dem Krieg zu sichern.⁵²

Diese politische Gewichtsverschiebung offenbart auch die Sackgasse, in die die Politik der jüdischen Organisationen auf internationaler Ebene geraten war. Alle Appelle, Resolutionen, Demonstrationen und das Antichambrieren in den Vorzimmern der Macht hatten nicht die erhofften Ergebnisse gezeitigt und die Aktivisten zudem noch dem Vorwurf ausgesetzt, Gräuelpropaganda und haltlose Gerüchte zu verbreiten.

Demgegenüber haben die Vertreter des *Joint* und des Jüdischen Weltkongresses in Europa, mitunter ohne Wissen ihrer jeweiligen Zentrale in den Vereinigten Staaten auch nach dem Beginn des Massenmords noch versucht, den Juden in den deutsch beherrschten Gebieten zu helfen, wo es möglich war. Während sich die Spitzen beider Organisationen nach außen hin bemühten, ihre Loyalität gegenüber den Regierungen der Alliierten zu demonstrieren, waren die Vertreter von *Joint* und Weltkongress in Lissabon und in der Schweiz durchaus auch bereit, die Grenzen, die ihnen diese Loyalität auferlegte, zu missachten. Zu einer Zeit, als Geld-, Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen in die Ghettos und Lager verboten waren, weil sie die Wirtschaftsblockade unterlaufen hätten, organisierten sowohl Silberschein als auch Mayer den Transfer von Lebensmitteln und Geld an die Juden unter der deutschen Besatzung. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und insbesondere das Scheitern aller Bemühungen, die Alliierten zum Stopp des Massenmords zu bewegen, haben auch die Bereitschaft zu illegalem Handeln befördert – einfach aus der Not heraus und aus der Einsicht in die eigene Machtlosigkeit. Insofern findet das Agieren der internationalen Organisationen auf diplomatischer Ebene seine Entspre-

⁵⁰ Raya Cohen, *Confronting the Reality of the Holocaust: Richard Lichtheim 1939–1942*, in: *Yad Vashem Studies XXIII* (1993), S. 335–368, hier S. 366.

⁵¹ AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A2, File 1, Bl. 86 und 95.

⁵² Siehe u. a. AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 2, Box A10, File 14 (*World Jewish Congress; British Section, Zionist Reports 1941–1944*).

chung in dem Verhalten von jüdischen Repräsentanten wie Josef Löwenherz und Cora Berliner, die versuchten, mit Hilfe von flehentlichen Bitten, gut fundierten Appellen und notfalls eben auch mit Tricks und unter Umgehung der Spielregeln diejenige Institution zum Handeln zu bewegen, die sie als ihre Schutzmacht ansahen. Auf beiden Ebenen zeichnete sich das Ende einer Strategie der „geliehenen Macht“ ab und die Notwendigkeit, auf die wenngleich ungenügenden eigenen Kräfte zu bauen. Im Deutschen Reich setzten die jüdischen Repräsentanten immer mehr auf illegale Fluchtmöglichkeiten und wurden dabei, wenn überhaupt, allenfalls von den in Europa stationierten Vertretern internationaler Organisationen unterstützt. Die Spitzen dieser Organisationen gaben ihre Loyalität gegenüber den alliierten Regierungen zwar nicht auf, doch brachten sie die Forderung nach einem jüdischen Staat umso energischer vor, je weniger sie sich sicher sein konnten, dass ihnen ein solcher Staat von alliierten Gnaden zugestanden werden würde. Dass sie diese Forderung mit dem Verweis auf den Massenmord an den europäischen Juden untermauerten, gleichzeitig aber deren Vernichtung schon für unabwendbar ansahen, kaum dass sie überhaupt als systematisches Vorhaben erkannt worden war, verlieh ihrem Protest etwas Halbherziges, was die Juden im deutsch beherrschten Europa zur Verzweiflung und Zygielbojm in den Selbstmord trieb.

Die Vorstellung, dass das europäische Judentum auch nach Kriegsende nicht wiedererstehen würde, war nicht nur ein zionistisches Credo, um die Konzentration aller Kräfte auf den Palästina-Aufbau zu legitimieren. Sie entsprach auch der verbreiteten Überzeugung, dass ethnisch homogene Nationalstaaten die Voraussetzung für Frieden, Sicherheit und Wohlstand seien.⁵³

Bevölkerungstransfers galten seit dem Vertrag von Lausanne 1923 als ein probates Mittel, um ethnische Homogenität herzustellen. Und US-Präsident Roosevelt hatte sich während der frühen 1940er Jahre ebenfalls detaillierte Pläne zur optimalen Bevölkerungsverteilung mittels großangelegter Umsiedlung ausarbeiten lassen.⁵⁴ Für die Juden war die Forderung nach einem eigenen, jüdischen Nationalstaat nicht zuletzt eine Konsequenz aus dem Scheitern des Minderheitenschutzes der 1930er Jahre. Entsprechend teilten denn auch Löwenherz und der Jüdische Weltkongress, obwohl sie das nationalsozialistische Programm der Judendeportationen ablehnten, noch bevor sie von dessen mörderischem Ausgang wussten, die Vorstellung, dass es nach dem Krieg kein Judentum in Europa mehr geben werde, sondern statt dessen eine groß angelegte Umsiedlung der Juden in einen eigenen Staat.

⁵³ Mark Mazower, *No Enchanted Palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*, Princeton 2009, S. 104–148.

⁵⁴ Ebenda, S. 111–113; Susanne Heim, Projekt „M“ – Roosevelts Pläne zur globalen Migrationsregulierung, in: *Leidschrift. Historisch Tijdschrift*, Vol. 22 (2007), No. 1, S. 123–139.

Abkürzungen

ACS	Archivio Centrale dello Stato
AdS (TS)	Archivio di Stato (Trieste)
AGDW	Archiv der Gedenkstätte Deutscher Widerstand
AJA	American Jewish Archives
AJJDCA (NY)	American Jewish Joint Distribution Committee Archives (New York)
AJMP	Archiv des Jüdischen Museums in Prag
AMDW	Archiv des Museums des dänischen Widerstandskampfes
APK	Archiwum Państwowe w Katowicach (Staatsarchiv Kattowitz)
APT	Archiv Památníku Terezín (Archiv der Gedenkstätte Theresienstadt)
ARLZ	Auflockerung/Räumung/Lähmung/Zerstörung
AŽMP	Archiv Židovského muzea Prahy (Archiv des Jüdischen Museums in Prag)
BArch	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BDM	Bund Deutscher Mädel
CAHJP	The Central Archives for the History of the Jewish People
CJA	Centrum Judaicum Archiv
DAW	Diözesanarchiv Wien
DJM	Dänisches Jüdisches Museum
DP	Displaced Persons
DNA	Danish National Archives
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
GDW	Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStAPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HASTUF	Hauptsturmführer
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
IKG	Israelitische Kultusgemeinde
IKT	Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte
JBBKG	Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte
JDC	Joint Distribution Committee
JKG	Jüdische Kultusgemeinde
JMW	Jüdisches Museum Wien
JNBL	Jüdisches Nachrichtenblatt
JUAL	Jugendalijah

KL	Konzentrationslager
KZ	Konzentrationslager
LAB	Landesarchiv Berlin
LBI NY	Leo Baeck Institute New York
LTI	Lingua Tertii Imperii
LVR	Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland
NA	Národní archiv (Nationalarchiv)
NOF	Národní obec fašistická (Nationale Faschistische Gemeinde)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OdF	Opfer des Faschismus
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OT	Organisation Todt
OZAK	Operationszone Adriatisches Küstenland
PACPR	Presidents Advisory Committee for Political Refugees
Reg.Rat	Regierungsrat
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsminister des Innern
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RVJD	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
SGTF	Silvia G. T. Fracapane
SOA	Státní oblastní archiv (Staatliches Gebietsarchiv)
SO PT	Sbírkové oddělení Památníku Tereziín (Sammlungsabteilung der Gedenkstätte Theresienstadt)
SS	Schutzstaffel
StaHH	Staatsarchiv Hamburg
Stapo	Staatspolizei
Stapoleit.	Staatspolizeileitstelle
StAZ	Zeitschrift für Standesamtswesen
TAU	Tel Aviv University
taz	die tageszeitung
TU	Technische Universität
USA	United States of America
USC	University of Southern California

USHMM	United States Holocaust Memorial Museum
VEJ	Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1939-1945 (Edition)
W	Wanderung
WL	Wiener Library
WStLA	Wiener Stadt- und Landesarchiv
YVA	Yad Vashem Archives
ZfA	Zentrum für Antisemitismusforschung
ŽNO	Židovská náboženská obec (Jüdische Kultusgemeinde)

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes

Doris L. Bergen, Dr., Chancellor Rose and Ray Wolfe Professor of Holocaust Studies am Department of History der University of Toronto, Mitglied des Academic Advisory Committee am United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C.; veröffentlichte u. a.: *Twisted Cross: The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill u. a. 1996; *War and Genocide: A Concise History of the Holocaust*, Lanham u. a. 2003, 2. Aufl. 2009 (auch erschienen als *The Holocaust: A Short History*, und *The Holocaust: A Concise History*); als Hrsg.: *The Sword of the Lord: Military Chaplains from the First to the Twenty-First Century*, Notre Dame 2004; *Lessons and Legacies VIII: From Generation to Generation*, Evanston 2009.

Benjamin Frommer, Dr., Associate Professor of History an der Northwestern University, Evanston/Chicago, USA; veröffentlichte u. a.: *National Cleansing: Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia*, Cambridge/New York 2005 (in tschechischer Übersetzung: *Národní očista. Retribuce v poválečném Československu*, Academia/Praha 2010); *Denouncers and Fraternalizers: Gender, Collaboration, and Retribution in Bohemia and Moravia during the World War II and After*, in: Maria Bucur/Nancy M. Wingfield (Hrsg.), *Gender and War in Twentieth-Century Eastern Europe*, Bloomington 2006, S. 111–132; *The Holocaust in Occupied Poland, Then and Now*, in: *East European Politics and Societies* 25 (Summer 2011), No. 3, S. 575–580, auch abgedruckt in: Jan T. Gross (Hrsg.), *The Holocaust in Occupied Poland: New Findings and New Interpretations* (Warsaw Studies in Jewish History and Memory), Vol. 1, New York 2012, S. 231–237.

Mary Fulbrook, Dr., Fellow of the British Academy, Professor of German History am University College London, Chair of the Modern History Section of the British Academy, Leiterin des Projekts „Reverberations of War since 1945“; veröffentlichte u. a.: *Anatomy of a Dictatorship: Inside the GDR 1949–1989*, Oxford 1995; *German National Identity after the Holocaust*, Oxford u. a. 1999; *Historical Theory*, London 2002; *The People’s State: East German Society from Hitler to Honecker*, New Haven u. a. 2005 (deutsch: *Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR*, Darmstadt 2008); *A History of Germany 1918–2008: The Divided Nation*, Malden u. a. 2009; *Dissonant Lives: Generations and Violence through the German Dictatorships*, Oxford 2011; *A Small Town near Auschwitz: Ordinary Nazis and the Holocaust*, Oxford 2012.

Silvia Goldbaum Tarabini Fracapane, M.A., Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin; veröffentlichte u. a.: *Zagłada w Danii: kwestia badan i pamieci*, in: *Zagłada Żydów. Studia i materiały* 3 (2007), S. 156–177; *Myter og misforståelser om deportationerne til Theresienstadt*, in: *Rambam* 17 (2008), S. 56–65; *Déportations au Danemark sous l’occupation allemande*, in: Tal Bruttman/Laurent Joly/Annette Wiewiorka, *Qu’est-ce qu’un déporté? Histoire et mémoires des déportations de la Seconde Guerre mondiale*, Paris 2009, S. 153–174; als Hrsg. zusammen mit Jacques Blum, Eva Bøggild und Yael Enoch: *„Jødeaktionen“ i Danmark oktober ’43*, Kopenhagen 2010; *Jøder fra Dan-*

mark i Theresienstadt, in: Sofie Lene Bak (Hrsg.), *Dansk jødisk historie i Anden Verdenskrigs epoke. En antologi*, Kopenhagen 2011, S. 149–159.

Anna Hájková, M.A., stellt gerade ihre Doktorarbeit „The Inmate Society of Theresienstadt: A Laboratory of the Middle Class. A History of the Theresienstadt Transit Ghetto, 1941–1945“ an der University of Toronto fertig; danach Assistant Professor an der University of Warwick; veröffentlichte u. a.: *Der Judenälteste und seine SS-Männer*. Benjamin Murrelstein, der letzte Judenälteste in Theresienstadt und seine Beziehung zu Adolf Eichmann und Karl Rahm, in: Ronny Loewy/Katharina Rauschenberger (Hrsg.), „Der Letzte der Ungerechten“. *Der Judenälteste Benjamin Murrelstein in Filmen 1942–1975*, Frankfurt a.M. 2011, S. 75–100; *Sexual Barter in Times of Genocide: Negotiating the Sexual Economy of the Theresienstadt Ghetto*, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 38 (Spring 2013), No. 3, S. 503–533.

Maura E. Hametz, Dr., Associate Professor in European History an der Old Dominion University, Norfolk, Virginia, USA; veröffentlichte u. a.: *The Ambivalence of Italian Anti-Semitism: Fascism, Nationalism and Racism in Trieste*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 16 (2002), S. 376–401; *Making Trieste Italian, 1918–1954*, London 2005; *Foreigners in their Own City: Italian Fascism and the Dispersal of Trieste’s Port Jews*, in: David Cesarani/Tony Kushner/Milton Shain (Hrsg.), *Place and Displacement in Jewish History and Memory: Zakor v’ Makor*, London 2009, S. 15–28; *Naming Italians in the Borderland, 1926–1943*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 15 (2010), S. 410–430; *In the Name of Italy: Nation, Family, and Patriotism in a Fascist Court*, New York 2012; als Hrsg. zusammen mit Judith Szapor, Andrea Pető und Marina Calloni: *Jewish Intellectual Women in Central Europe 1860–2000: Twelve Biographical Essays*, Lewiston, NY, 2012.

Dieter J. Hecht, Dr., wiss. Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte (Österreichische Akademie der Wissenschaften) und am Zentrum für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz; veröffentlichte u. a.: *Zwischen Feminismus und Zionismus. Anitta Müller-Cohen (1890–1962). Die Biographie einer Wiener Jüdin* (L’Homme Schriften, Bd. 15), Wien 2008; als Hrsg. zusammen mit dem Zentrum für jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg: *Die Jüdischnationale Partei in Österreich 1906–1938*, „Chilufim“ 7/2009; *At the Crossroads between Different Worlds: Martha Hofmann (1895–1975) a Zionist Pioneer from Austria*, in: Judith Szapor u. a. (Hrsg.), *Jewish Intellectual Women in Central Europe 1860–2000: Twelve Biographical Essays*, Lewiston, NY, 2012, S. 261–292; *Der Weg des Zionisten Egon Michael Zweig. Olmütz – Wien – Jerusalem, Deutsch/Hebräisch*, Baram 2012.

Susanne Heim, PD Dr., Koordinatorin und Mitherausgeberin der Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (VEJ)“; veröffentlichte u. a.: als Bearbeiterin: *VEJ*, Bd. 2: *Deutsches Reich 1938 bis Kriegsbeginn*, München 2009; zusammen mit Hans-Ulrich Dillmann: *Fluchtpunkt Karibik. Jüdische Emigranten in der Dominikanischen Republik*, Berlin 2009; *International Refugee Policy and Jewish Immigration under the Shadow of National Socialism*, in: Frank Caestecker/Bob Moore, *Refugees from Nazi-Germany and the Liberal European States 1933–1939*, Oxford 2009, S. 14–46; *Politik oder Philanthropie? Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen*

Reich 1938–1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 149–165.

Maria von der Heydt, Dr. iur., Rechtsanwältin und freie Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin; veröffentlichte u. a.: „Sobald ich schreiben kann, wirst Du von mir hören“. Johanna Larché-Levy 1876–1967, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 2006, S. 162–203; Auswanderung von „jüdischen Mischlingen“, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 77–95.

Beate Kosmala, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand; veröffentlichte u. a.: Mißglückte Hilfe und ihre Folgen: Die Ahndung der „Judenbegünstigung“ durch NS-Verfolgungsbehörden, in: Beate Kosmala/Claudia Schoppmann, Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945 (Solidarität und Hilfe für Juden in der NS-Zeit, Bd. 5), Berlin 2002, S. 205–235; Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941–1943), in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), Göttingen 2004, S. 135–159.

Andrea Löw, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin; veröffentlichte u. a.: Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006 (2. Aufl. 2010); zusammen mit Markus Roth: Juden in Krakau unter deutscher Besatzung 1939–1945, Göttingen 2011; „Ein Verbrechen, dessen Grauen mit nichts zu vergleichen ist“. Die Ursprünge der Debatte über die Singularität des Holocaust, in: Sybille Steinbacher (Hrsg.), Holocaust und Völkermorde. Die Reichweite des Vergleichs, Frankfurt a. M. u. a. 2012, S. 125–143; als Bearbeiterin: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren September 1939 – September 1941, München 2012; zusammen mit Markus Roth: Das Warschauer Getto. Alltag und Widerstand im Angesicht der Vernichtung, München 2013.

Richard N. Lutjens, Jr., Dr., Visiting Affiliate Assistant Professor of History an der Loyola University Maryland, Baltimore, Maryland, USA; stellte gerade seine Doktorarbeit „Jews in Hiding in Nazi Berlin, 1941–1945“ an der Northwestern University, Evanston/Chicago, fertig.

Beate Meyer, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg; veröffentlichte u. a.: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999 (3. Aufl. 2007); als Hrsg. zusammen mit Birthe Kundrus: Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, Göttingen 2004; als Hrsg.: Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden (1933–1945). Geschichte. Zeugnis. Erinnerung, Göttingen 2006; als Hrsg. zusammen mit Susanne Heim und Francis R. Nicosia: „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010; Tödliche Gratwanderung. Die

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011.

Lisa Peschel, Dr., Lecturer am Department of Theatre, Film and Television an der University of York; veröffentlichte u. a.: *Theatrical Texts from the Terezín/Theresienstadt Ghetto* (Divadelní texty z terezínskéghetta/Theatertexte aus dem Ghetto Theresienstadt), 1941–1945, Prague 2008; “A Joyful Act of Worship”: Survivor Testimony on Czech Culture in the Terezín Ghetto and Postwar Reintegration in Czechoslovakia, 1945–48, in: *Holocaust and Genocide Studies* 26 (Fall 2012), No. 2, S. 209–228; “Structures of Feeling” as Methodology and the Re-emergence of Holocaust Survivor Testimony in 1960s Czechoslovakia, in: *Journal of Dramatic Theory and Criticism* 26 (Spring 2012), No. 2, S. 161–172.

Michaela Raggam-Blesch, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte und APART-Stipendiatin an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; veröffentlichte u. a.: *Zwischen Ost und West. Identitätskonstruktionen jüdischer Frauen in Wien*, Innsbruck/Wien 2008; als Hrsg. zusammen mit Dieter J. Hecht u. a.: *1938. Auftakt zur Shoah in Österreich. Orte – Bilder – Erinnerungen*, Wien 2008; „Wenn die Frau versagt, ist oft die ganze Familie verloren“. Neuanfang im Exil unter geschlechtsspezifischen Aspekten, in: Ulla Kriebner u. a. (Hrsg.), „Nach Amerika nämlich!“ Jüdische Migrationen in die Amerikas im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 181–199; zusammen mit Dieter J. Hecht u. a.: *Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien*, Wien 2013 (in Vorbereitung).

Magda Veselská, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin im Jüdischen Museum in Prag; veröffentlichte u. a.: *Defying the Beast: The Jewish Museum in Prague, 1906–1940*, Prague 2006; *Der Mann, der niemals aufgab. Die Geschichte des Josef Polák, Hauptkurator des Jüdischen Zentralmuseums in Prag zur Zeit des Zweiten Weltkrieges*, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente* 2006, S. 14–83; *Jüdische Volkskunde in der Tschechoslowakei vor 1939? Eine Bestandsaufnahme*, in: *Österreichische Zeitschrift für Volkskunde* 64/113 (2010), Nr. 3, S. 237–253; *The Story of Hana Volavková (1904–1985)*, in: *Judaica Bohemiae* 45 (2010), Nr. 2, S. 5–39; *Jewish Museums in the Former Czechoslovakia*, in: Julie-Marthe Cohen/Felicitas Heimann-Jelinke (Hrsg.), *Neglected Witnesses: The Fate of Jewish Ceremonial Objects during the Second World War and after*, Crickadarn 2011, S. 103–128; *Archa paměti. Cesta pražského židovského muzea pohnutým dvacátým stoletím*, Praha 2012.

Personenregister

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf die Anmerkungen.

- Abrahamsohn, Günther 76
 Adler, Yvonne 193
 Aichinger, Ilse 90
 Aleichem, Scholem 168, 174
 Allers, Dietrich. 230
 Andreasch, Otto Ernst 90
 Argutinsky, Elisabeth 190f.
 Aron, Paul 212
- Baader, Gerhard 91
 Baeck, Leo 14, 20, 27, 189
 Baerwald, Paul 241, 243
 Barou, Noah 237
 Bass, František 206
 Baumann (geb. Przi Bram), Doris 86f., 94
 Baumann, Margarita 94
 Beck, Gad 67, 69, 71, 79
 Beck, Rudolf 142
 Becker, Jurek 101
 Beneš, Edvard 186
 Beneš, František 140
 Beran, Elisabeth 92, 95f.
 Bergel, Alfred 106
 Berger, Otto (heute Gedalia, Bar) 107
 Berkowitz, Rachel 207
 Berliner, Cora 14, 242, 252
 Bernstein, Elly 169, 177
 Bernstein, Otto 195, 196
 Best, Werner 202f.
 Bismarck, Otto von 197
 Boder, David 126
 Boldes, Bertold 208
 Born, Ludger 90
 Borský, Jiří 186, 195
 Bracht, Fritz 125
 Brandt-Rehberg, P. 203
 Braun, Gerhard 92
 Braun, Ursula 92
 Bredsdorff, Ruth 203
 Breslauer, Käthe 187
 Brunner, Alois 30, 55
 Buch, Jørgen 206
 Buker, Erni 75
- Čapeks, Karel 169
 Carruthers-Wlach, Eveline 86
 Choleva, Conny 207
 Choleva, Sulamith 207
 Chotzen, Joseph 74, 78
 Clemens, Liselotte 71
- Coceani, Bruno 226–228, 232, 233
 Cussel, Steffi 41
- Dancygier (geb. Fajner), Eugenia 128
 Deutsch, Gitta 86
 Deutsch, Julius 103
 Diamant, Selfa 206, 210f.
 Dodalová, Irena 174
 Donde, Dina 207
 Donig, Arnold 32
 Donig, Klara 32, 40
 Donig, Walter 32
 Dräger, Margarete 69
 Dreier, Hans 128, 130, 134
 Druffel von, Ernst 224
 Duda, Franziska 156f.
 Duda, Vera 156f.
- Easterman, Alexander 246f.
 Edelstein, Jakob 152, 158, 176
 Ehrenhaus, Lutz 73
 Ehrlich-Permutti, Rudolf 109
 Eichmann, Adolf 18, 20, 35, 110, 135, 202, 239f.
 Eisenberg, Alex 208, 212
 Eisemann, Karl 24
 Ems, Hedwig 195
 Epelmann, Benzion 199, 208, 211, 213f.
 Eppstein, Paul 14, 77
 Erben, Karel Jaromír 168
- Fabian, Hans-Erich 26f.
 Fantl-Brumlik, Walter 103f., 108, 111
 Farinacci, Roberto 223
 Felden, Hans 126, 134
 Felixová, Ruth 174
 Feuchtwanger, Lion 114
 Feuerstein, Karl 206
 Fischer, Katharina 89
 Fischermann, Robert 207
 Fleck, Erna 76
 Fleck, Gerhard 76
 Forti, Mario 223
 Forti, Tiberio 223
 Frank, Anne 50f., 63
 Frank, Edgar 24
 Frauenfeld, Rudolf 53
 Freiburger, Lotte 89, 94f., 104, 106, 112, 114f.
 Freier, Recha 37
 Freud, Walter 174–177
 Friediger, Max 202, 212f.

- Friediger, Hanka 202, 205, 211
 Friedländer, Johann 91
 Frischer, Ernest (Arnošt) 247
 Fürst, Paula 14
 Fuglsang-Damgaard, Hans 203
- Gassenheimer, Ida 43f.
 Gerron, Kurt 171
 Gessner, Horst 71, 75
 Geve, Thomas 69
 Giunta, Francesco 224
 Glass, Martha 186
 Globocnik, Odilo 6, 11, 229f., 231
 Gluckstein, Fritz 71
 Goebbels, Joseph 18
 Goethe, Johann Wolfgang von 168, 191, 197
 Goldmann, Miklos 106
 Goldmann, Nahum 250f.
 Golle, Frederico 233
 Greiser, Arthur 15, 121
 Grindel, Martha 76
 Grindel, Willy 76
 Grini, Carlo 236
 Grosz, Paul 88, 105
 Grotjan 123
 Grün, Johan 202, 204
 Grünberger, Louis 24
 Günther, Rolf 75, 239f., 250
 Gutkind, Karlheinz 76
- Haarburger, Martha 193
 Hadra, Edmund 190f.
 Hahn-Beer, Edith 101
 Halas, František 197
 Hammer (geb. Gerson), Helga Esther 212
 Hammerschlag, Paula 43
 Hanauer, Hans Heinz 75
 Hanauer (geb. Rosenfeld), Ursula 72, 75f.
 Harringer, Peter 78
 Hayek, Otto 159
 Hayes, Saul 244
 Hecht, Felix 188
 Hecht, Ingeborg 188
 Hein, Anneliese 65, 68
 Henschel, Hildegard 35
 Henschel, Moritz 15, 16, 69, 70
 Hering, Gottlieb 231
 Heřman, Karel 168, 171
 Herskovits, Lotte 195
 Herskovits-Gutmann, Ruth 195
 Heumann, Karl I. 19
 Heydrich, Reinhard 18, 38, 125, 135
 Himmler, Heinrich 14, 95, 124f., 135, 231
 Hirsch, Otto 14, 16
 Hitler, Adolf 14, 34, 72, 79, 86, 88, 117, 119,
 122, 135, 146, 169, 171, 173, 186, 220, 224, 251
 Höchster, Thea 195
- Höding (geb. Liwerant), Edith 70
 Hofer, Hans (eigentl. Schulhof, Hanuš) 171–
 173, 175, 178
 Hofer (geb. Steinitz), Lisl 171, 178
 Hopp, Erich 58, 62
 Hopp, Wolfgang 58
 Horn (geb. Fanto), Gertrude 89, 90, 96
 Horn, Otto 86, 90
 Horowitz, Josef (Joszi) 113
 Horpatzky, Vítězslav „Pidla“ 169f., 176f.
 Horwitz, Lucian 103
- Jacobius, Heinz 76
 Jacobson, Jacob 179
 Jäger, August 121
 Jelinek, Karl 89, 96
 Juhl, Gitte 207
- Kain, Herbert 206, 208f.
 Kalmar, Gertrude 89
 Kantorowicz, Gertrud 43
 Kantorowicz, Klara 43
 Karminski, Hannah 14
 Karski, Jan 246f.
 Kasinsky, Ber Nachman 208, 211
 Katz, Salomon 205f., 213
 Katz, Sonja 208
 Katzki, Herbert 239
 Katznelson, Karen 208, 212f.
 Kaufmann, Franz 60
 Kien, Petr 192
 Klaus, Udo 118f., 121–127, 130, 133f., 136
 Klein, Arnošt 181, 186
 Klein, Daisy 193
 Klein, Rita 193
 Klein, Therese 193
 Kling, Grete 93
 Kobilinski, Hannah 26
 Kohn, Hanuš 157
 Kolb, Bernard 195
 Kollmann, Otto 103, 113
 Korn, Paula 43
 Kowohl 134
 Krämer, Salo 155
 Krasnik Fischermann, Birgit 205, 207
 Krüger, Helmut 93
 Kühn, Volker 178
 Kümmel, Werner 67, 76
 Kuhn, Fritz 70
 Kuhn, Hans 70, 72
 Kuhn, Rita 70, 75
 Kulka, Leo 106
- Lambert, Erwin 230
 Laskier, Rutka 131f., 134
 Lenneberg, Ursula siehe Pawel, Ursula
 Lerche, Fritz 203

- Lesklý, Eli 206
 Lestschinsky, Jakob 248
 Levi, Isak 210
 Levi, Nerina Zaira 229
 Levi Viviani, Ilda Noris 229
 Levy, Günther 78, 192
 Lévy (geb. Weissenberg), Hanni 41
 Lewin, Erika 72
 Lewysohn, Eggi 203, 209, 211
 Lichtheim, Richard 250
 Lindenberg, Kurt 57f.
 Lindenberg, Therese 93
 Lösenner, Bernhard 94
 Löwenherz, Josef 113, 238–241, 250, 252
 Loewenstein (eigentl. Loesten), Karl 182
 Löwenthal, Alice 31, 40, 45f.
 Löwenthal, Gerhard 46, 75
 Löwy, Otto 162
 Lohde, Charlotte 76
 Lohde, Eva-Ruth 76
 Lojínová, Hana 177
 Loos, Fritz 240
 Lustig, Walter 27

 Mahler, Willy 195
 Manes, Philipp 171, 190, 191, 197
 Mann, Thomas 191
 Mannheim, Jakob 106
 Marcheria, Ida 218, 228
 Markstein, Ilse 106f.
 Marx, Clara 70, 72
 Marx, Elise 70
 Masaryk, Thomáš Garrigue 186
 Mayer, Saly 244, 251
 McFaydean, Andrew 219
 Meier Munitz, Mendel 211
 Menczer, Aron 105–108
 Mendelsohn, Martin 78
 Merin, Moshe (Monick) 120, 126f.
 Metz, Magna 206, 208
 Meyerheim, Paul 238f., 241
 Mezei, Ilse 5, 9, 99–103, 105, 108–115
 Mezei, Kurt 5, 9, 99–103, 105, 109–115
 Mezei, Margarete 100–102, 115
 Mezei, Moritz (Maurus) 102, 114
 Michaelis, E. 186
 Michaelis, Elly 186
 Michalovsky, Ernst 159
 Michelangelo, Buonarrotti 219
 Mildner, Rudolf 130
 Mirecki, Ruth 89
 Monte Grando, Maria Del 231
 Morpurgo, Carlo 228, 235
 Morpurgo de Nilma, Mario 227
 Mosse, Eva Noack 195
 Mosse, Martha 15, 16
 Müller, Berit 70, 73

 Müller, Heinrich 95
 Müller, Herbert 193
 Munitz, Elieser 211
 Murrelstein, Benjamin 110, 113, 209
 Murzynski, Else 32, 34f., 37f., 44
 Musik, Erna 92
 Musik, Karl 92
 Mussolini, Benito 9, 102, 218, 220, 224, 234
 Muszinski, Izchak 127
 Muszynski, Jakob 127

 Nathansohn, Rudolf 202, 206
 Nestor, Johanna 86
 Neufeld, Emma 102
 Neufeld, Hans 100, 103, 113f.
 Neufeld, Inge 103, 113
 Neufeld, Johanna 102
 Neufeld, Leopold 102
 Neuhaus, Herbert 103, 109
 Neuhaus, Leopold 189
 Neumann, Ernst 89
 Neumann, Hans 106
 Neumann, Karel 159
 Neumann, Mirjam 106
 Neuwirth, Vilma 88, 108
 Novák, Rudolf 140

 Oesterreicher, Norbert Julius 146
 Opfermann, Charlotte 32
 Oppenheim, Michel 18
 Oppenheim, Ellen 205f., 210f., 213
 Oppenheim, Ralph 206, 208, 212, 213f.
 Ostwald, Max I. 19

 Pagnini, Cesare 224, 226, 233, 235
 Pašák, Tomáš 138, 148
 Pawel (geb. Lenneberg), Ursula 69, 72, 77–79
 Pedde, Margarete 181, 188f., 196
 Peiser, Ernst 19
 Peretz, Yitzkhok Leibush 174
 Perlzweig, Maurice L. 246
 Petariny, Umberto 227
 Píša, Václav 140
 Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Giovanni
 Pacelli) 225, 234f.
 Plaut, Jacob 194
 Plaut, Max 18, 22, 27
 Poláček, Karel 165
 Pollak, Elisabeth 114
 Pollak, Helga 114
 Pollak, Hertha 114
 Pollak, Paul 114
 Popik, Walter 106
 Porges, Felix 169f., 176f.
 Posselt, Alfred 93
 Putschin, Alfred 88
 Putschin, Gertrude 88, 89, 93

- Rahm, Karl 208
 Rainer, Friedrich 225, 228, 231
 Redlich, Egon 156
 Redlich, Hugo 156
 Redlich, Robert 155f., 161
 Reich, Minna 106
 Reichmann, Arthur 111
 Rewald, Ilse 34, 36
 Riegner, Gerhart 244–246, 249
 Rimini, Pia 235
 Ringelblum, Emanuel 8
 Robusti, Pino 231
 Rollig, Vera 93, 95f.
 Roosevelt, Franklin D. 240, 243, 252
 Rosenberg, James 241
 Rosenfeld, Josef 101
 Rosenthal, Edith 31–35, 39f., 45
 Ruben, Mænni 208
- Saba, Umberto 6, 217, 236
 Säbel, Leo 208–210
 Sagalowitz, Benjamin 246
 Salem, Enrico Paolo 218
 Salomon, Louis 186f.
 Salonicchio, Zaccharia 231
 Salzmann, Margaritta 32, 40
 Samter, Hermann 26
 Santín, Antonio 234f.
 Schächter, Raphael 191
 Scheurenberg, Paul 77
 Schiller, Friedrich 197
 Schindler, Ernest 93, 96
 Schindler, Helene 156
 Schmelt, Albrecht 124, 128, 129
 Schönwälder, Franz-Josef 124, 125, 131
 Schrötter, Emil 157, 161
 Schubertová, Edith 155
 Schüching, Susanne von 52
 Schulte, Eduard 246
 Schwarcz, Erwin 84
 Schwarcz, Hilda 84
 Schwarcz, Michael 84
 Schwarcz, Rosa 84
 Schwartz, Joseph 239
 Schwarzbart, Ignacy 247
 Schwarzbart, Otto 206, 213
 Scooler, Rose 196
 Segal, Erna 34, 38, 45
 Seligsohn, Julius 14, 16
 Sentall, Johanna 89
 Seringer, Jan 155
 Shek, Ze'ev 214
 Silberschein, Abraham 244f., 251
 Silverman, Sidney 246
 Singer, Rudolf 94
 Springorum, Walter 124, 126, 128, 134
 Srpová, Věra 160
- Stangl, Franz 231
 Stark, Margot 41f.
 Stehlik, Antonín 148f.
 Stern, Adolph I. 19
 Stern, Wilhelm 109, 113, 115
 Sticotti, Piero 227
 Strassburger, Egon 186, 196
 Strassburger, Manfred 186
 Strauss, Lotte 37
 Strauss, Myra 192
 Stránský, Pavel 169, 177
 Streicher, Julius 140
 Stuckart, Wilhelm 94
 Stuparich, Giani 235
 Stwertka, Julius 103
 Süßmann, Gittel 46
 Süßmann, Ruth 46
 Svoboda, Karel 146
 Szuran, Lily 106
- Tamburini, Tuillo 223f.
 Taussig (geb. Löw), Edith 84
 Taussig, Josef 169
 Thernal, Ilselotte 32f., 36, 38, 44
 Troper, Morris 242
 Tuter, Regina 109f.
- Überall, Georg (Avriel, Ehud) 105
- Valfer, Gerhard 214
 Vogel, Martin 95, 96, 106, 108
 Voskovec, Jiří 169–171
 Vries, Edgar de 75f.
- Wachs, Robert 78
 Wagner, Arthur 74
 Wagner, Egon 74
 Wallace, Edgar 114
 Wallach, Alfred 69
 Wallach, Gerhard 69
 Wallach, Hilde 199
 Wallach, Kurt 69
 Weidmann, František 158, 159f.
 Weinstein, Gyda 207
 Weinstein, Karel 162, 165
 Weissenberg, Hanni siehe Lévy, Hanni
 Weisskopf, Pavel 169, 177
 Weisz, Evžen 174
 Weiszl, Josef 89, 96
 Welles, Sumner 246, 250
 Welt Trahan, Elizabeth 106, 109, 111f.
 Werich, Jan 169–171
 Winter, Ille 42
 Winter, Marie 31, 33, 42f.
 Winter, Otto 142
 Winterfeldt, Rose 69
 Wirth, Christian 230, 232

Wise, Steven 244, 246, 250f.

Woedtke, Alexander von 123–125, 126, 128,
129

Wohlgemut, Helene 89

Wolle, Moritz 70

Zenz, Felix 76

Zenz, Hedwig 76

Zuckerandl, Berta 86

Zweig, Stefan 106

Zygielbojm, Samuel 246f., 252

